

JUDENVERFOLGUNG
in Gießen und Umgebung
1933 - 1945

Arbeit einer Schülergruppe
der Liebigschule Gießen
Jahrgangsstufe 12

Teilnehmer:

Clemens Brandl
Stefan Dörfler
Imke von Essen
Christine Fallon
Carsten Germer
Sabine Heuser
Petra Holler
Anette Klee
Regina Lipp
Matthias Mertsching
Ellen Müller
Petra Zschoche

Tutor und für die Überarbeitung zuständig:
Kurt Heyne

Der Oberbürgermeister

111/53.02./17.

Gießen, den 2. März 1943.

Betr.: Beförderung von Juden auf den Nahverkehrsmitteln der Stadt Gießen.

G i e ß e n i s t j u d e n f r e i .

B e s c h l u ß :

=====1
 ✓ Weglegen.

6/10

INHALT

Einleitung	7
A) Allgemeiner Überblick:	
Die Rassenpolitik als Kern der NS-Ideologie - Zahlen	12
B) Der "friedliche Terror": Juden noch gleichwertige Mitbürger? 1933 - 1935	
I. Antisemitismus vor 1933 in Gießen und Umgebung	15
II. Jüdischer Alltag nach der Machtergreifung	20
a) Schule und Ausbildung	20
b) Studenten, Hochschule, Professoren	36
c) Kulturelles Leben - Stadttheater	46
d) Jüdische Geschäftsleute - erste Boykotte, Terror, Druck	49
e) Ärzte und Juristen	53
f) Jüdische Selbständige in Wirtschaft und Handel, vor allem Messen/Märkte und Viehhandel	55
III. Ergebnisse und Erkenntnisse	63
C) Entrechtung und Diskriminierung: 1935 - 1938	
I. Erfassung und Kontrolle in Listen, Auswanderung	73
II. Ausschaltung des jüdischen Viehhandels und Vorgehen gegen Geschäfte	75
III. Die "Ideologiebombe": Rassenhygiene, Rassenpflege	80
IV. Ergebnisse und Erkenntnisse	84
D) Demütigung, Verfolgung, Isolation: 1938/39	
I. Das Jahr 1938: Verordnungen - Reichspogromnacht - wieder Verordnungen	86
II. Arisierungen	99
III. Ergebnisse und Erkenntnisse zu 1938/39	109
E) Vorbereitung und Durchführung der Endlösung: 1939-1942	
I. Konzentration in wenigen Häusern und einschränkende Maßnahmen	112
II. Der Ring wird enger	119

III.	Familienschicksale	122
a)	Familie Stern: die Auswanderung scheitert	122
b)	Familien werden zusammengepfercht: Ghettohäuser	125
c)	Geflüchtete im Ausland: eine Variante der Verfolgung - die Nazis holen geflüchtete Juden ein (Familie Christ/Würzburger)	129
d)	"Liebe Nachbarn" und eine jüdische Familie oder - wie Toni Rudolph die Wohnung genommen wurde	131
IV.	Die "Evakuierung" in Gießen	135
F)	Die Übriggebliebenen: Juden in "privilegierter Mischehe" und "Halbjuden": 1942 - 1945	
I.	Die "privilegierten Mischehen"	148
II.	Das KZ Theresienstadt: letzte Station für Gießener Juden	152
III.	Die letzte Gruppe ist dran - Schicksale von Gießener "Halbjuden"	158
a)	Franz Kirchheimer	158
b)	Die Brüder St.	159
c)	Kurt B. und das Leid von Buchenwald	160
d)	Max, Hermann und Ernst Ludwig W.	164
e)	Franz Soetbeer	165
f)	Werner Schmidt	166
G)	Ursachen für Judenverfolgung und Teilnahmslosigkeit vieler Mitbürger und	168
	Kann sich alles wiederholen?	171
H)	Statt eines weiteren Schlußwortes ein Forschungsbericht	173
I)	Gespräche, Interviews	181
K)	Dokumente	214
L)	Quellenverzeichnis	306

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AStA	Allgemeiner Studentenausschuß
BBG	Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.33
CIA	Central Intelligence Agency
CIC	Counter Intelligence Corps
DAF	Deutsche Arbeitsfront
Dok.	Dokument
Ebd.	Ebenda
GA	Gießener Anzeiger
GAZ	Gießener Allgemeine Zeitung, früher
GFP	Gießener Freie Presse
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HJ	Hitler-Jugend
Kripo	Kriminalpolizei
LLG	Landgraf-Ludwig-Gymnasium
MOHG	Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation
NS	nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OB	Oberbürgermeister
O.T.	Oberhessische Tageszeitung
Pg.	Parteigenosse
RFSS	Reichsführer SS
RGBI	Reichsgesetzblatt
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
SS	Schutz-Staffel
StAD	Staatsarchiv Darmstadt
StAGi	Stadtarchiv Gießen
Stapo	Staatspolizeistelle
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

EINLEITUNG

Diese Arbeit "Judenverfolgung in Gießen und Umgebung 1933-45" wurde zusammen mit der Arbeit über Widerstand im Februar 1983 beim Wettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten eingereicht und ausgezeichnet. Es ist eigenartig, daß wir uns die Einleitung zu unserem Thema erst dann überlegten, als wir unsere Arbeit schon fertig hatten. Aber vielleicht ist der ganze Vorgang der Ermittlung und die Gründe, warum man ein solches Thema nimmt, erst später überhaupt besser zu erkennen und zu reflektieren.

Wenn man vom Rathaus kommt, ist man bekanntlich klüger. Was hat uns bewogen, dieses Thema zu bearbeiten? Die Antwort hierauf wollen wir in einem kleinen 'statement' jedem einzelnen Teilnehmer überlassen. Was uns aber bestimmt mit angeregt hat, ist die enge Städtepartnerschaft zwischen Gießen und der israelischen Stadt Nathanya. Aus dieser Städtepartnerschaft, die anfangs in Israel nur unter enormen Schwierigkeiten durchzusetzen war, ist inzwischen eine Städteverbindung mit persönlichen Beziehungen geworden. (1) Die Stadt Gießen vergibt seit 1981 eine Hedwig-Burgheim-Medaille für Personen, die sich um die Verständigung und Aussöhnung zwischen den Menschen verdient gemacht haben. (2) Im Jahr 1981 wurde sie erstmals Dr. Adam Scheurer verliehen, den wir ja auch interviewt haben. (3) 1982 bekam sie Dr. Bar Menachem, Ex-Oberbürgermeister von Netanya, der früher Alfred Gutmuth hieß und bis 1934 in Wieseck wohnte. Im Anschluß an diese Feier und die Überreichung der Medaille wurde am 29.08.1982 ein Mahnmal auf dem jüdischen Friedhof in Gießen eingeweiht. (4) Dabei und später konnten einige von uns im Gespräch mit Gießener Mitbürgern erfahren, was an furchtbaren Einzelheiten in Gießen 1938 - 1945 geschehen war.

Das veranlaßte uns, unter vielen angebotenen Themen dieses auszuwählen. Viele andere Themen hätten uns auch interessiert, aber bei keinem Thema war soviel aussagekräftiges Material vorhanden wie bei dem ausgesuchten. Kein Thema aber konnte unser Bedürfnis, den Un-menschlichkeiten aber auch den Menschlichkeiten auf den Grund zu gehen, so sehr erfüllen wie dieses. Gleichzeitig hofften wir, über eine bloße Darstellung hinauszukommen und die Ursachen und Folgen des grauenhaften Geschehens von 1933 - 1945 in unserer Stadt zu erkennen und Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

Diese Konsequenzen werden in jedem Abschnitt immer wieder angedeutet oder explizit ausgeführt. Letztlich läuft alles auf die eine große Frage hinaus: Was kann getan werden, um die Beziehungen der Menschen und menschlichen Gemeinschaften sicherer, vorurteilsfreier

-
- 1) Gießener Allg. Zeitung (GAZ) vom 26.7.1978
Gießener Anzeiger (GA) vom 27.6.1978
 - 2) Hör Zu vom 26.9.80
 - 3) GA vom 9.4.1980
GAZ vom 3.9.1981
 - 4) GAZ vom 10.6.1982

und damit - menschlicher zu machen. In diesem Sinne soll die Arbeit der Verständigung dienen, auch wenn sie einen Zeitraum der Geschichte behandelt, in dem von diesem Sinn wenig oder gar nichts zu erkennen war. Die Arbeit kann demnach keine rein historische sein (wenn es das überhaupt gibt), sondern muß psychologische, soziologische, ökonomische und anthropologische Aspekte mit berücksichtigen.

Der Plan und der Verlauf der Arbeit waren durch die Chronologie schon vorgegeben. Chronologie selbst ist kein historischer Wertmaßstab oder Wert an sich oder eine Kategorie, die immer durchschlägt. Man hätte sich auch eine Gliederung nach Sachgesichtspunkten bzw. Themen denken können. In unserem Fall hat jedoch das chronologische Vorgehen einen großen Vorteil: es zeigt bestimmte **Phasen** des Vorgehens der Nationalsozialisten auf, es demonstriert, wie die Schraube beim nächsten Vorgehen noch stärker angezogen wurde, nachdem sie scheinbar gelockert worden war. In der ersten Phase - in der Zeit von der Machtergreifung bis zu den Nürnberger Gesetzen - läuft die Geschichte der Verfolgung erst an, die allmähliche Ausschaltung der Juden aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens aufgrund von Verordnungen und Gesetzen, aber manchmal auch gegen Gesetze, hat noch mehr den Charakter des Ungeplanten, Zufälligen, Willkürlichen, läßt für regionale Eigenmächtigkeiten und Besonderheiten noch viel Raum. Auch ist noch viel mehr Widerstand möglich, Solidarisierung, Hilfe, Rückzug in Nischen oder Auswanderung. Das sollte sich ab 1935 ändern. Jetzt waren doch große Bevölkerungsteile eingestellt auf die "Andersartigkeit" der Juden, ihr Menschenbild vom Juden wandelte sich zusehends, und viele sahen in ihm nicht mehr den gleichwertigen Menschen.

Den nächsten Abschnitt leitet die sogenannte "Reichskristallnacht" oder besser Reichspogromnacht ein. Juden werden von nun an von den andern auch sichtbar abgetrennt. Manche Zeitzeugen sprechen von dahinhuschenden Schatten, die nur zu bestimmten Zeiten ihre dringendsten menschlichen Bedürfnisse stillen konnten. Schattenwesen - der Ausdruck ist gar nicht so schlecht -, Abgestorbene für die andern schon vor dem physischen Tod, jeder Schurkerei von Offiziellen ausgeliefert, schlimmer als Sklavenexistenzen, vor Denunziation nie sicher, auch nicht vor Hunderten von Fallstricken gesetzlicher Art. Wer überleben wollte, vergrub sich am besten zu Hause, fiel nicht auf, weil man ihm sonst typisch jüdische Anbiederung oder hochfahrendes Wesen angelastet hätte. (1)

Das nun folgende Kapitel untersucht die eigentliche Deportation aus Gießen und das Schicksal der wenigen Juden, die noch das Glück hatten, zu überleben. Das Schicksal der Juden in sogenannter privilegierter Mischehe und das von Halbjuden haben wir anschließend untersucht. Soweit diese nicht schon unter Berufsverbot und Schikanen zu leiden hatten, war ihnen doch die Angst vor dem Kommenden allgegenwärtig - eine Liste für ihre Behandlung nach dem "Endsieg" war

1) Siehe Mietaufhebungsklage gegen Toni Rudolph, StAGi Akte Nr. 1526, "Entjudung des Grundbesitzes, Mietaufhebungsklage gegen Israel Rothschild Eheleute 1939/40"

schon angelegt. Da das Schicksal vieler Gießener Juden mit dem KZ Theresienstadt verbunden ist und auch einige wenige überlebten, konnten wir deren Darstellung der Erlebnisse sehr gut verwerten.

Werner Schmidt, der die Rettungsaktion leitete, stellte uns seinen ausgezeichneten Bericht über die Ereignisse Ende Mai 1945 zur Verfügung. Er wird später in den "Mitteilungen" veröffentlicht. Am Schluß werden im Quellenteil alle Hilfsmittel aufgeführt, darunter viele Interviews von ganz kurzer oder mehrstündiger Dauer, Briefe, aber auch eine Unmenge von Akten, die im Stadtarchiv eingesehen werden konnten, und Zeitungsberichte, Institutsführer, Prospekte usw. Dazu kommt noch die Sekundärliteratur, die für den Gießener Raum nicht unbedeutend ist. Eine große Hilfe, ohne die diese Arbeit überhaupt nicht möglich gewesen wäre, war der Leiter des Stadtarchivs, Prof.Dr. Knauß; was er an Hinweisen, Anregungen, Adressen, Hilfen und Kritik uns gegeben hat, ist gar nicht aufzulisten.

Zu danken haben wir aber auch ganz herzlich allen unseren Interviewpartnern und denen, die uns Anregungen und Hilfen gewährt haben. Ihre Namen alle aufzuführen, würde den Rahmen einer Einleitung sprengen.

Ein herzlicher Dank geht aber ebenso auch an die Schulleitung, die Lehrer, die Eltern mit ihrem rührigen Elternratsvorsitzenden und an die geduldigen Freunde und Freundinnen, die manchmal zurückstehen mußten wegen eines Protokolls oder einer Zusammenfassung, wie auch eine Ehefrau nicht vergessen werden soll, die voll und ganz in die Arbeit eingespannt wurde, und auch nicht Herr Heinrich Knapp, der bei der Durchsicht half.

Der Stadt Gießen mit ihrem **gesamten** Magistrat sei herzlich gedankt für die Ausstellung im Mai/Juni 1983 und für den Empfang im November 1983 sowie selbstverständlich für den Zuschuß zur Drucklegung. Der ideellen Unterstützung durch den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Gießen, Prof. Altaras, konnten wir jederzeit gewiß sein, ebenso wie der etlicher ehemaliger Gießener, die heute in Israel und USA leben, die, wie Oberbürgermeister Görnert anlässlich der Enthüllung der Gedenktafel in der Steinstraße am 10. November 1978 erklärte, "unsere Mitbürger waren, bevor ein unmenschliches Regime sie aus der Gemeinschaft ausstieß, deren Heimat die unsere war, deren Sprache die deutsche, ehe man ihnen Heimatrecht und Kulturzugehörigkeit aberkannte, die unter uns ihr Leben lebten in Freud und Leid, in guten und schlechten Tagen, bis sie im Namen des deutschen Volkes verfolgt, geächtet, gequält, getötet wurden." (1)

1) GAZ vom 11.11.1978

STELLUNGNAHME VON TEILNEHMERN AN DIESER ARBEIT

"Bei dem Thema 'Judenverfolgung' haben mich vor allem die Einzelschicksale interessiert. Ich wollte einmal genauer wissen, wie die Situation der Juden hier in unserer Gegend aussah."

Anette Klee

"Ich war dafür, dieses Thema aufzugreifen, da meiner Meinung nach auch die dunkle Vergangenheit eines jeden Landes und Volkes nie in Vergessenheit geraten sollte. Man sollte dabei auch die noch gar nicht so weit zurückliegende Vergangenheit des eigenen Landes und Volkes nicht vergessen."

Petra Holler

"Das Thema 'Nationalsozialismus' ist ein dunkles Kapitel deutscher Geschichte. Bei diesem Wettbewerb haben mich besonders die Einzelschicksale jüdischer Mitbürger und Widerständler mitgenommen, da es sich auf der einen Seite nicht nur um erschütternde Dinge, sondern auch um verblüffende, erstaunliche Sachen handelt, die bisher völlig im Dunkeln lagen. Die schriftliche Festhaltung dieser Dinge erscheint mir als besonders wichtig, da in absehbarer Zukunft auch die letzten Zeugen dieser Zeitepoche uns nichts mehr erzählen können über ein tragisches Stück unserer Geschichte."

Carsten Germer

"Judenverfolgung? - KZs, Gaskammern, Diskriminierung und Demütigung. - Mich hat schon immer interessiert, ob es das in Gießen auch gab. Ich wollte die Problematik mal aus nächster Nähe untersuchen."

Sabine Heuser

"Nachdem ich von einer ehemals verfolgten Jüdin ihr Schicksal persönlich erfahren habe, ist mir erst richtig klar geworden, was Judenverfolgung für die Betroffenen wirklich bedeutete."

Ellen Müller

"Im Zusammenhang mit dem Thema 'Judenverfolgung' haben mich besonders die Einzelschicksale der Gießener Juden interessiert. Ich finde es wichtig, daß man über die Einschränkungen des Lebensbereiches z.B., die die Juden in unserer Stadt ertragen mußten, viel erfährt. Die Vorstellung, daß u.a. die Goetheschule, an der ich oft vorbeigehe, Schauplatz antisemitischer Aktivitäten war, ist schon beeindruckend."

Petra Zschoche

"Dieses Thema interessiert mich sehr und ich finde es sehr wichtig, daß dieses wichtige und dunkle Kapitel der deutschen Geschichte festgehalten wird, bevor die letzten Zeugen dieser Zeit uns, die wir diese Zeit nicht erlebt haben, Erfahrungen und Erlebnisse nicht mehr schildern können."

Stephan Dörfler

"Ein Hauptgrund für mich, an diesem Wettbewerb teilzunehmen, war es, persönlich mit Opfern und Augenzeugen des NS-Regimes sprechen zu können. Durch ihre Berichte führten sie uns die Entbehrungen und Grausamkeiten, die sie durch die Nazis erdulden mußten, lebendiger vor Augen, als dies ein Geschichtsbuch oder Film vermitteln kann. So wurde uns die Notwendigkeit, radikalen Bewegungen zu begegnen bzw. sie überhaupt zu verhindern, sehr stark bewußt."

Imke von Essen

A) ALLGEMEINER ÜBERBLICK: DIE RASSENPOLITIK UND ZAHLEN ZUR JUDENVERFOLGUNG

Rassenpolitik (Antisemitismus in Deutschland)

"Die Rassenideologie mit ihrer Verherrlichung des arischen Menschen und mit ihrer Diffamierung des Juden war für Hitler selbst das Kernstück seiner politischen Weltanschauung. Im Kampf gegen die Juden ist dieser negative Aspekt der Rassenpolitik von vornherein sichtbar. Ideologisch ist der Antisemitismus nicht originell. Die von Hitler, Goebbels und Streicher vertretenen Argumente finden sich alle schon in dem früheren deutschen Antisemitismus, der es im Reichstag von 1893 schon einmal auf 16 Abgeordnete gebracht hatte. Das Neue des nationalsozialistischen Rassenantisemitismus liegt in seiner Konsequenz und in seiner Methode. Es gehört zu den von Hitler vertretenen propagandistischen Grundsätzen, daß das Volk immer nur für den Kampf gegen einen Gegner und eine Sache stehe. So wurde für die nationalsozialistische Propaganda der Jude zur Verkörperung des Bösen schlechthin und ohne Ausnahme. Die widerwärtigsten Formulierungen fand Goebbels, wenn er in seinen 'Fragen und Antworten für den Nationalsozialisten' 1932 den Juden mit Ungeziefer vergleicht, das unschädlich gemacht werden müsse. Ein pornographisches Element fügt Streicher hinzu, wenn er die Spalten seines 'Stürmer' mit Berichten von Verführungen, Schändungen und Ritualmorden anfüllte."(1)

Zahlen und Schicksale der Juden in Deutschland, dargestellt am Beispiel der Stadt Gießen

Im Augenblicke der Machtübernahme gab es in Deutschland rund 500.000 Juden; dazu kamen später 185.000 österreichische Juden. Bis zum Kriegsausbruch hatte sich diese Zahl durch Auswanderung und Vertreibung auf 275.000 reduziert.

Ähnlich verlief die Entwicklung in Gießen und Umgebung. Erwin Knauf hat in seinem Buch "Die jüdische Bevölkerung Giessens 1933 - 1945" die Zahlen und Schicksale festgehalten:

"Bei den Meldebehörden der Stadt Giessen waren vom 30.01.1933 bis zum bitteren Ende insgesamt 1.229 Juden in Giessen und 36 Juden in Wieseck gemeldet. Wir haben versucht, die Schicksale dieser Menschen aufzuklären, aber dies ist leider nur zum Teil gelungen: Von diesen 1.265 Personen (8 = identisch) sind 114 vor dem Holocaust gestorben und meist in Giessen beerdigt, 236 sind im Holocaust umgekommen, 176 gingen in die USA, 115 nach Israel, 18 nach Übersee und Südafrika, 23 nach Südamerika und 48 in westeuropäische Länder. Cirka 530 Schicksale, das sind rund 40 %, blieben damit bis heute ungeklärt. Nach unserer Schätzung, die auf Hochrechnungen beruht, dürften derzeit noch ca. 55 % jener Giessener Juden leben, die dem Grauen in Europa durch rechtzeitige Flucht bzw. Emigration entkommen konnten.

1) Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Band IV, Stuttgart 1959, S. 213 f. Der Beitrag stammt von Karl Dietrich Erdmann.

Die Zahl der in den Vernichtungslagern ermordeten Juden - nach unseren Ermittlungen 236 Menschen (= knapp 20 %) - wird noch etwas höher liegen, da einige der aus Giessen bis 1942 weggezogenen Juden noch in ihren neuen Wohnorten im Reichsgebiet oder im westeuropäischen Ausland (Holland, Belgien, Frankreich und andere Länder) das grausame Schicksal ereilte.

Die große Mehrzahl aber dürfte das rettende Ufer in Übersee erreicht haben; ihr weiterer Lebensweg konnte bisher nicht aufgeklärt werden. Brücken, die gewaltsam abgebrochen wurden, sind von ihnen nicht mehr neu aufgebaut worden. Wer wollte dies nicht verstehen?" (1)

Eine Zahlenübersicht verdeutlicht noch einmal die wechselvolle Geschichte der Juden in Giessen während der letzten vier Jahrhunderte:

1622 = 23 (Familien)		1896 = 750 Juden
1687 = 1 (Beedzahler)		1903 = 875 Juden
1695 = 2 (Beedzahler)		1905 = 913 Juden
1719 = 13 Juden		1910 = 1 035 Juden
1740 = 22 (Beedzahler)		1925 = 1 017 Juden
1782 = 110 Juden		1927 = 943 Juden
1828 = 200 Juden	16.06.	1933 = 855 Juden
1840 = 391 Juden	05.08.	1938 = 364 Juden
1868 = 336 Juden	17.05.	1939 = 259 Juden
1871 = 458 Juden	01.02.	1941 = 190 Juden
1887 = 612 Juden	01.09.	1942 = 141 Juden
1890 = 720 Juden	01.12.	1942 = 14 Juden
	(in 'Mischehen' lebend) (2)	

Die zuletzt erwähnten Menschen wurden dann noch im Februar 1945 verhaftet und deportiert:

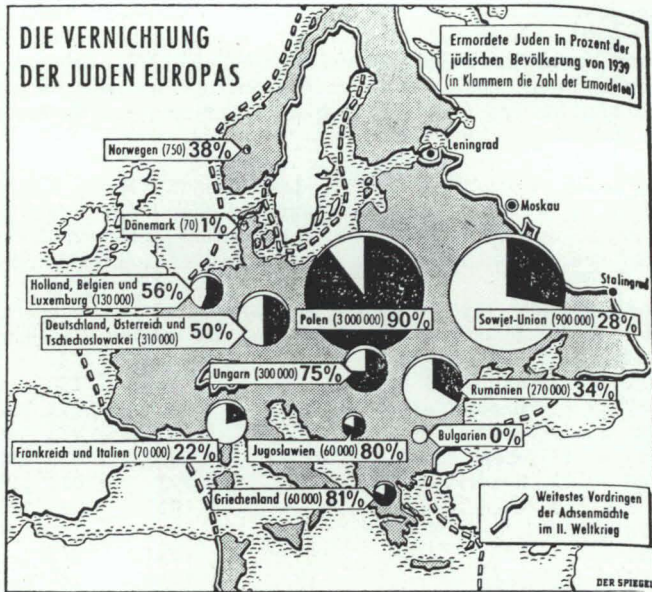
Nach Theresienstadt im Februar 1945 verschleppte jüdische Ehepartner, die in sogenannten Mischehen leben:

Biedenkapp, Selma geb. Katz	Alter Rödgener Weg 16	verst. G.
Bohling, Selma geb. Schneidinger	Asterweg 72	verst. G.
Goldschmidt, Daniel, Theaterarb.	Asterweg 74	verst. G.
Feuster, Emilie geb. Lind aus Garbenteich, lebt in Lich		
Schott, Erna geb. Mendel	Alicenstr. 29	verst. USA
Scheurer, Dora geb. Mainzer	Welckerstr. 10	lebt in G.
Schmidt, Johanna geb. Fein	Wilhelmstr. 9	verst. G.

Ferner werden hier noch genannt: (Frauen, die nicht aus Gießen sind):

Frau Fischer	aus Steinbach, Kr. Gießen	
Frau Jäger	aus Queckborn, Kr. Gießen	
Frau Glitsch	aus Lauterbach	
Frau Konrad	aus Einartshausen/Vogelsberg	
Frau E.Weber	aus Bobenhausen	3)

- 1) Erwin Knauf, Die jüdische Bevölkerung Giessens 1933-1945, 3. Aufl., Wiesbaden 1982, S. 35 f
- 2) Knauf ebd., S. 36. Man muß bei den Zahlen beachten, daß es sich um Mitglieder der beiden religiösen Gemeinden handelt. Mit den Juden, die die Nazis als Rassejuden bezeichneten, ist die Zahl wesentlich höher, siehe Aufstellung von Ludwig Stern v. 12.9.47, Dok. 1a
- 3) Knauf ebd.



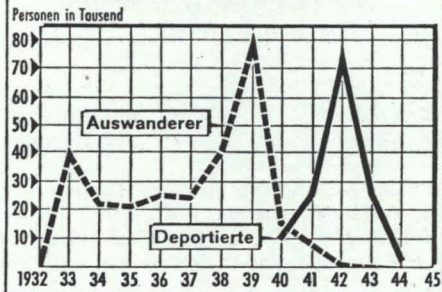
Heinz Höhne,
Der Orden unter
dem Totenkopf,
Gütersloh 1967,
S. 360 und
S. 306

SCHICKSAL DER DEUTSCHEN JUDEN

Jüdische Bevölkerung 1933:	503 000
Auswanderer 1933 bis 1945:	270 000
davon in die USA:	90 000
nach Palästina:	50 000
Ermordete:	170 000
(darunter Auswanderer in solche Länder, die im Verlauf des Krieges von Deutschland besetzt wurden)	
Sterbeüberschuß 1933 bis 1945:	72 000
(- mehr Todesfälle als Geburten, ohne Ermordete)	
Jüdische Bevölkerung 1945:	23 000

Alle Angaben beziehen sich auf die jüdische Bevölkerung des Reichsgebiets in den Grenzen von 1933

Auswanderungen und Deportationen der deutschen Juden 1932 bis 1945



**B) DER "FRIEDLICHE TERROR":
JUDEN NOCH GLEICHWERTIGE MITBÜRGER?
1933 - 1935**

I. Antisemitismus vor 1933 in Gießen und Umgebung

Immer wieder ist gefragt worden, warum der Antisemitismus in der Stadt Gießen und noch mehr im Kreis so stark gewesen war. Zur Erklärung muß man sich die sozialgeographischen und historischen Ausgangsdaten vergegenwärtigen. Die Stadt Gießen war mit ihren vielen Behörden und Schulen, der Universität, den vielen Instituten und Kliniken, dem Stadttheater, den Museen und vielen Ausstellungen, "mit einem außerordentlich rührigen Handel und Gewerbe und einer aufwärtstrebenden Industrie sowie mit einem lebhaften Verkehr das Kultur- und Wirtschaftszentrum nicht nur für das nördliche Oberhessen, sondern auch für das angrenzende preußische Gebiet." (1) Im Gegensatz z.B. zu Marburg, "einer Universitäts-, Beamten- und Rentnerstadt in bauerlichem Umland, nahezu ohne Fabrikarbeiterschaft" (2), hatte Gießen eine beachtliche Industrie und damit **Industriearbeiterschaft** in Innenstadt und stadtnahen Randzonen aufzuweisen. Jeweils etwa ein Viertel der Bevölkerung arbeitete in Industrie und Handwerk, Handel und Verkehr und im öffentlichen oder privaten Dienstleistungssektor. Der Anteil der Beschäftigten in Handel und Verkehr gehörte zu den höchsten in Hessen. Man kann Gießen ohne Bedenken daher zu Beginn und Mitte der dreißiger Jahre als eine Handels- und Industriestadt bezeichnen.

Gießen war zwar **auch** eine Universitätsstadt mit einer gewissen Tradition (Universitätsgründung 1607), die Universität vermochte jedoch das politische und geistige Klima der Stadt nie so nachhaltig zu prägen, wie das beispielsweise bei der Nachbarstadt Marburg der Fall gewesen ist. Zudem war die Universität seit 1930 sehr stark von der politischen Rechten geprägt, so daß von dort eher den Antisemitismus belebende Impulse ausgingen. (3) E.Knauß hat die alteingesessene Bevölkerung des Kreises im Unterschied zur Stadt Gießen wie folgt unterschieden: "Die im mittleren und östlichen Kreisgebiet wohnenden Vogelsberger Bauern, die im südlichen und südwestlichen Teil wohnenden Wetterauer Bauern und die meist in größeren Gemeinden in der Nähe der Stadt Gießen lebenden Arbeiter, Handwerker und Angestellten. Dazwischen gibt es natürlich zahlreiche Übergänge, da relativ wenig reine Bauern- oder Arbeiterfamilien im Kreis Gießen registriert werden können. Die Bauernbevölkerung ist im allgemeinen ernst und

- 1) Adreßbuch Stadtkreis und Landkreis Gießen 1941, S. 2
- 2) Hellmut Seier, Marburg in der Weimarer Republik 1918-1933, in: Marburger Geschichten, herausgegeben von Erhart Dettmering und Rudolf Grenz, Marburg 1980, S. 560
- 3) Siehe auch Jörg-Peter Jatho, Zur Durchsetzung des Nationalsozialismus in der Provinz Oberhessen - unter Berücksichtigung der Stadt Gießen, in: Hessen unterm Hakenkreuz, Frankfurt/M. 1984, S. 184, allerdings mit unzutreffender Kritik an Chroust und Fieberg in ihrem Buch "Frontabschnitt Hochschule" (Jatho, S. 198)

schwerfällig. Ihr ist ein zähes Rechtsbewußtsein eigen ... Doch bestehen zwischen dem Vogelsberger und dem Wetterauer Bauern auch deutliche Wesensunterschiede. Bei dem letzteren spürt man die Offenheit der Landschaft und die Nähe des Rhein-Main-Gebietes. Er ist durch den besseren Boden und das mildere Klima schon immer wohlhabender gewesen, legt auch größeren Wert auf seine Kleidung und versucht, über die Peripherie seines Besitzes hinaus am Geschehen in der Welt und am kulturellen Leben teilzunehmen. Im Gegensatz zu seinem Vogelsberger Standesgenossen ist er auch geselliger und zeigt eine lebhaftere Phantasie. Allen Bauern ist eine konservative, traditionsliebende Grundhaltung gemeinsam ... Das Verhältnis zur Religion ist traditionsgebunden. Man hält sich zur Kirche, ohne eigentlich kirchlich zu sein; man ist stolz auf den angestammten lutherisch-protestantischen Glauben und hat eine gewisse Abneigung gegen den katholischen Glauben oder gegen Frömmerei ... Die in abhängiger Arbeit stehende Bevölkerung des Kreises, die in überwiegender Zahl in stadtnahen Dörfern oder den kleinen Landstädtchen wohnt, ist im allgemeinen weltoffener und umgänglicher. Sie hat einen wachen Sinn für das Tagesgeschehen und steht auch dem politischen Leben näher..." (1).

Was läßt sich nun zur Sozialstruktur der in Gießen lebenden Juden sagen? Für die Beschäftigungsstruktur der in Gießen lebenden Juden ergibt sich für diese Zeit folgende Aufstellung: "5 Rechtsanwälte, 3 Zahnärzte, 4 Ärzte, 6 Lehrer, Studienräte und Referendare, 9 Fabrikanten (u.a. gab es eine Seifenfabrik Sternberg und eine Lack- und Farbenfabrik Sondheim), 2 Weinhändler, 1 Juwelier; an Handwerkern sind aufgeführt 8 Metzger, 4 Schneider, je ein Bäcker, Schuster, Installateur, Theaterarbeiter. **Alle übrigen waren Kaufleute und Händler;** einige Banken befanden sich in jüdischem Besitz oder wurden von jüdischen Direktoren geleitet, so z.B. das Bankhaus Herz in der Neuen Bäume ..." (2)

Das bedeutet, daß die jüdische Bevölkerung in der Stadt Gießen doch im großen und ganzen über dem soziologischen Durchschnitt der Gesamtbevölkerung lag - ganz im Gegensatz zu den meisten Ortschaften im Kreis, wo bei vielen Juden gerade nur das lebensnotwendige Einkommen vorhanden war.

Welche Beziehung besteht nun zwischen Sozialstruktur und Wählerverhalten? Die genauere Aufschlüsselung der Wahlergebnisse und deren Folgen sollen beim Thema Widerstand noch einmal erörtert werden. Hier soll nur die Beziehung zwischen sozio-kultureller Prägung und der Wahl einer so ausgeprägt antisemitischen Partei wie der NSDAP eine Rolle spielen. Es ist von allen Wahlforschern immer wieder auf die Affinität von protestantisch-bäuerlicher Bevölkerung zur Naziartei hingewiesen worden. Wenn man sich auch vor Pauschalurteilen hüten muß, kann man diese Affinität doch für einen Großteil der ländlichen

-
- 1) Knauß, Erwin, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre. In: MOHG, N.F. 45, Gießen 1961, S. 18 f
 - 2) Paul Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, Bd. I, Frankfurt/M. 1971, S. 257

Bevölkerung des Kreises Gießen zwischen 1930 und 1933 wiederfinden. Nur in wenigen größeren Orten wie Lich und Hungen kamen die Katholiken auf 5 %, in vielen Ortschaften lag ihr Bevölkerungsanteil unter 1 %. In einigen Gemeinden des Kreises und auch in der Stadt war zudem der jüdische Bevölkerungsanteil recht hoch. An der Spitze stand Londorf mit 6,5 % (58 Personen), es folgten Reiskirchen, Hungen und Allendorf/Lda. mit einer Zahl um die 4 %. (1) Es wäre allerdings verkehrt, nun daraus den Schluß zu ziehen, daß die Verfolgung allein wegen des hohen jüdischen Bevölkerungsanteils in diesen Ortschaften besonders hart gewesen sei. Wie auch bei anderen Maßnahmen gegen die Juden noch zu zeigen sein wird, spielten die örtlichen Bedingungen und Nazi-Führer eine entscheidende Rolle. Dennoch war der Antisemitismus außerordentlich förderlich für den großen Sieg der NSDAP in Stadt und Kreis Gießen schon lange vor der Machtergreifung. So war schon bei der Reichspräsidentenwahl 1932 ein großer Teil der Bevölkerung zu Hitler geströmt, "dessen wohltonende Propagandareden mit nationalem und antisemitischem Zungenschlag besonders in bäuerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen Anklang fanden." (2) Es ist deutlich aus den Wahlergebnissen zu erkennen, daß der Kreis Gießen in zwei Teile zerfiel, einen westlichen mit Mehrheit für Hindenburg, einen östlichen mit Mehrheit für Hitler. Dieser Trend setzte sich dann bei den folgenden Wahlen fort, bei denen die NSDAP schließlich mit ihren Anteilen weit über dem Reichsdurchschnitt lag. "Die bäuerlichen und bürgerlichen Kreise waren in ihrer überwiegenden Mehrheit vom Rausch der Hitlerbewegung erfaßt und erhofften sich Erlösung von vermeintlichen oder tatsächlichen Notständen." (3) Der Einbruch gelang der NSDAP am wenigsten in Kreisen der Arbeiterschaft in den ausgesprochenen Arbeiterwohngebieten der Stadt Gießen und Wieseck sowie im stadtnahen Kreisgebiet. Der Antisemitismus war hier demgemäß im allgemeinen auch relativ (!) schwach, und es ist uns manche Hilfsaktion für Juden aus diesen Kreisen bekannt geworden.

Gründe für den geringeren Antisemitismus in der Arbeiterschaft und in den sie vertretenden Parteien SPD und KPD waren z.B., daß es einfach kaum wirtschaftliche Berührungs- und damit Konfliktpunkte zwischen beiden gab, und daß diese Parteien in erster Linie Vertreter von Klasseninteressen und nicht von Rassenressentiments waren. Daher waren sie auch im 19. Jahrhundert und bis zum Ende der Weimarer Republik Zuflucht für viele Juden, die sich politisch organisieren wollten, vor allem für jüdische Intellektuelle. "Die Sozialistengesetze von 1878 fielen zeitlich mit der Verstärkung der konservativen antisemitischen Bewegung zusammen; von jetzt an kam es zur stärkeren Annäherung jüdischer Intellektueller an den Sozialismus ... Die optimistische Überzeugung der Sozialisten von der immanenten Überwindung des Antisemitismus war im Grunde eine folgenschwere Verharmlosung des Problems. Freilich bleibt festzuhalten, daß die SPD neben den Linksliberalen und dem Zentrum die stärkste Gruppierung war, die sich jedem antisemitischen Programm verschloß, auch wenn die Hal-

- 1) E.Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten, a.a.O., S. 21
- 2) Ebd., S. 66
- 3) Ebd., S. 67 f

tung der Partei gegenüber den antisemitischen Parteien 'zwischen herablassender Duldung und offener Feindschaft' schwankte. Ablehnung des theoretischen Antisemitismus durch die SPD bedeutet keineswegs das Ende jüdenfeindlicher Mentalität in der Arbeiterschaft, ja es ist noch nicht einmal genügend erforscht, wie weit die Basis der SPD der Ablehnung des Antisemitismus durch die Parteispitze überhaupt folgte." (1)

Die sozio-kulturellen Erkenntnisse werden ergänzt durch die historischen, gerade was den Antisemitismus in Oberhessen betrifft. So konnte schon 1893 Theodor Fritsch in seinem "Antisemiten-Katechismus" feststellen: "Nirgends in Deutschland erwies sich die breite Masse der Bevölkerung für die antisemitischen Ideen so empfänglich als gerade in Hessen, besonders in Oberhessen." (2) So war es bereits 1849-53 zu Ausschreitungen gegen Juden in Langsdorf gekommen, eine Gemeinde übrigens, in der es auch in der Anfangszeit des Nationalsozialismus zu folgenschweren Übergriffen gegen Juden kam (erwähnt im Brief von H.Stern an Sonneborns in USA vom 3.1.39). In diesem Ort war infolgedessen schon um die Jahrhundertwende die Zahl der jüdischen Einwohner stark zurückgegangen, was auch hauptsächlich durch die Agitation der antisemitischen Bauernbewegung des Marburger Bibliothekars Dr.Böckel und seines Nachfolgers Ph.Köhler aus Langsdorf erreicht worden war. Böckels sich fortschrittlich sozial gebendes und national ausgerichtete Programm stieß auf Zustimmung vieler kleiner Bauern und Bürger, also eigentlich jene soziologisch interessante Gruppierung, die auch dem Nationalsozialismus das Wählerpotential lieferte. (3)

"Sein politischer Kampf ging sowohl gegen den Liberalismus wie gegen den Marxismus und stemmte sich auch gegen die industrielle Entwicklung." (4) Böckel und sein Nachfolger Ph.Köhler, ein Bauer aus Langsdorf, hatten auch deshalb solch große Erfolge mit ihrem Ruf nach "Ausschaltung aller Juden aus Handel, Wirtschaft und öffentlichem Dienst" (5), weil es gerade in den abgelegenen oberhessischen Gemeinden immer wieder zu Auseinandersetzungen mit den sogenannten Vieh- und Handelsjuden gekommen war. Einzelne jüdische Viehhändler und Bauchladenkrämer hatten dabei die Unwissenheit und Gutgläubigkeit von manchen Bauern ausgenutzt und sie zum Kauf von schlechter oder nicht benötigter Ware auf Pump überredet und so manchen um seine Existenz gebracht. Das führte leicht zur Gleichsetzung aller Juden mit diesen Händlern und förderte die antisemitische Bewegung. Schon zu Böckels und Köhlers Zeiten wurde etwas veran-

- 1) Peter Herde, Gestaltung und Krisis. Juden und Nichtjuden in Deutschland vom Mittelalter bis zur Neuzeit, in: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen, Wiesbaden 1983, S. 20 f
- 2) E.Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten, a.a.O., S. 34
- 3) Friedrich Heymann, Langsdorfer Heimatbuch, S. 28 f, und Paul Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, a.a.O., Bd. I, S. 478
- 4) E.Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten, a.a.O., S. 34; ebenso E.Knauß, Der politische Antisemitismus im Kaiserreich (1871-1900)
- 5) E.Knauß, ebd.

staltet, was in der Nazizeit immer wieder gefordert und später durchgesetzt wurde: judenfreie Märkte. (1)

Bei Reichstagswahlen war Köhlers Wahlergebnis besonders gut in den Gemeinden Eberstadt, Holzheim, Klein-Eichen, Langsdorf, Lauter, Mainzlar, Muschenheim, Rabertshausen, Ober-Hörgern und Weitershain. Die stadtnahen Gemeinden dagegen wie z.B. Lollar, Großen-Linden, Reiskirchen, Heuchelheim wählten mehrheitlich sozialdemokratisch. Die Parallele zu 1932/33 drängt sich geradezu auf. (2) Zum überragenden Erfolg konnte aber die NSDAP in diesen Jahren erst kommen, als sie auch noch die "Mittelschichten des gesunkenen Liberalismus" (3) für sich gewinnen konnte, die in der Kaiserzeit und noch in der Blütezeit der Weimarer Republik die liberalen Parteien der Mitte gewählt hatten. Diese Entwicklung - ein durch Inflation 1923 und Depression 1930-33 radikalisierten Mittelstand nimmt nicht mehr seine Vermittlungsfunktion zwischen gesellschaftlichem Oben und Unten wahr, weil der Aufstieg nach oben trotz schichtspezifischer Tugenden nicht mehr gelingt, die Angst vor dem Abstieg nach unten aber, also Angst vor Verproletarisierung, das Lebens- und Wahlverhalten prägt - diese Entwicklung war nur von wenigen vorausgesehen worden, so z.B. auch von dem ausgezeichneten Soziologen und Vorbild Ralf Dahrendorfs, Theodor Geiger. In der glänzend geschriebenen Studie "Die soziale Schichtung des deutschen Volkes" von 1932 stützt sich der Autor auf die Statistik der Berufszählung von 1925. Er führt eine seither sehr wichtige sozialpsychologische Kategorie ein: die Schichtmentalität. "Die Mentalität ... ist geistig-seelische Disposition, ist unmittelbare Prägung des Menschen durch seine soziale Lebenswelt und die von ihr ausstrahlenden, an ihr gemachten Lebenserfahrungen. (4) Soziale Schichten sind demnach Gruppen mit einer gemeinsamen Sozialmentalität, die deshalb auch ein spezifisches wirtschaftliches und politisches Verhalten an den Tag legen. Geiger unterscheidet fünf Hauptschichten der Gesellschaft in der Weimarer Zeit: Kapitalisten (ca. 1 %), Alter Mittelstand (ca. 18 %), Neuer Mittelstand (ca. 18 %), Proletaroiden (ca. 13 %) und Proletariat (etwa die Hälfte). Für die oberen Schichten erkennt er, daß ihre Mentalität, ihre schichtsichere Haltung durch die wirtschaftliche Krise erheblich erschüttert ist. Vor allem der Alte Mittelstand der kleinen Selbständigen in **Handel, Gewerbe und Landwirtschaft** ist dadurch gekennzeichnet, daß er "gegenwärtig im Verteidigungszustand" (5) ist. Vor allem der Verlust des ge-

- 1) E.Schmahl, zit. bei E.Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten, a.a.O., S. 36
- 2) Diese These wird von manchen älteren Veröffentlichungen nicht geteilt, so z.B. H.Grebing, "Der Nationalsozialismus", 1960, S.12. Hier wird wie auch bei manchen neueren Veröffentlichungen zu stark von der Theorie des Nationalsozialismus ausgegangen. Siehe auch E.Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten, a.a.O., S. 65
- 3) Seymour Martin Lipset, Der Faschismus - die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Theorien über den Faschismus, hrsg. von E. Nolte, Köln-Berlin 1967, S. 449 ff und 456 ff
- 4) Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932, S. 77
- 5) Ebd., S. 87

sellschaftlichen Prestiges treibt diese Schicht, aber noch mehr den Neuen Mittelstand der Angestellten und Beamten um. Dieser ist das gegebene Einzugsfeld "falscher Ideologien" (1). Geradezu prophetisch erscheint einem, was Geiger über die uns hier wichtige politische Entwicklung andeutet: der abgeglittene alte Mittelstand der Proletaroiden, Selbständige ohne Selbständigkeit, sei von seiner Mentalität her uneinheitlich: "In den Termini der Parteipolitik dürfte man etwa sagen: Nationalsozialisten, Stahlhelm, Zentrum und Kommunisten teilen sich in diese Masse, wobei in letzter Zeit der Nationalsozialismus erheblich gewonnen zu haben scheint." (2) Um diese Schichten zu gewinnen oder endgültig für sich zu vereinnahmen, wurde die antisemitische Hetze in den Jahren vor der Machtergreifung gedämpft, um die Wählerzahl noch zu vergrößern. Trotzdem darf man die Anziehungskraft dieser Parolen nicht zu gering veranschlagen. "Der Antisemitismus wurde so Kernpunkt der antidemokratischen, revanchistischen, antiparlamentarischen und antiliberalen Doktrin der 'Bewegung'." (3)

Nach diesen theoretischen Vorbemerkungen gilt es nun, die praktischen Auswirkungen der antisemitischen Maßnahmen des Nationalsozialismus nach der Machtergreifung zu verfolgen.

II. Jüdischer Alltag nach der Machtergreifung

a) Schule und Ausbildung

Hier fragten wir nach den Möglichkeiten und Bedingungen, über Schule und Lehre, eventuell über Hochschule zu einer geordneten Ausbildung und zu einem Berufsabschluß zu kommen. Welche Lehre konnten Juden noch absolvieren, welche Aktivitäten kultureller und sportlicher Art waren möglich und wie verhielten sich Mitbürger und Nachbarn?

Diese Fragen wurden uns zum größten Teil durch Briefe, die wir auf Anfrage von früheren jüdischen Mitbürgern Gießens erhielten, beantwortet. Der heute 57jährige **Alex Solberg** schrieb uns aus Tel-Aviv (Israel):

"Ich wurde 1927 in Gießen geboren und bis 1933 hatte ich eine schöne Jugend, aber als ich am ersten Schultag die Klasse betrat, da fing es an, wie das heißt. Ich und noch drei jüdische Mitschüler wurden abgesondert und zur letzten Schulbank geschickt, und man ließ uns merken, daß wir Sonderlinge und nur zur Last der Klasse sind. Vom ersten Tag fing es mit dem Schikanieren an. Unser Lehrer namens Klaus machte sich lustig über unseren Glauben und ließ seinen Haß ganz offen merken. Er kam öfters mit seiner SS-Uniform zur Klasse, und meine Mitschüler waren ganz begeistert von der schwarzen Uniform mit den Totenkopfabzeichen, aber für uns Sechsjährige war

- 1) Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, a.a.O., S. 105
- 2) Ebd., S. 90
- 3) Peter Herde, Gestaltung und Krisis, in: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen, Wiesbaden 1983, S. 22. Ähnlich auch K.D.Bracher, Die deutsche Diktatur, Köln 1969, S. 86 ff, S. 157 u.a.

es eine seelische Tortur. Am Anfang ging es noch, und man ließ uns noch zufrieden, und wir wurden manchmal noch zu der Tafel gerufen, aber dann später wurden wir nur noch wie Luft behandelt; an gewissen Stunden mußten wir die Klasse verlassen, zum Beispiel in germanischer Geschichtskunde, welche nicht für Juden war. So ging es weiter. In den Pausen hatten wir Angst, die Schulklasse zu verlassen, da wir immer geschlagen und mit Steinen beworfen wurden ohne Grund unsererseits. Ich könnte noch vieles weiter beschreiben, aber genug davon, 1936 mußten wir jüdischen Knaben die Schule verlassen, da wir minderwertig waren und es nicht paßte, mit Ariern zusammen zu sitzen und die reine arische Luft zu verpesten. Die zwei Jahre bis 1938, als wir nach Israel auswanderten, waren für die Gießener jüdische Jugend eine Qual; wir wurden auf den Straßen beschimpft, mit Steinen beworfen, man ließ uns keine Ruhe und wir wurden die ganze Zeit wie das Freiwild behandelt und wir konnten nichts dagegen machen. Meine Nachbarsfreunde entfernten sich, und ich war meistens allein. Gott sei Dank sind wir 1938 zur echten Heimat Israel zurück, wo wir als freie Menschen leben und unsere Kinder als normale Jugend auf unserem Boden großziehen." (1)

Alex Solberg machte seine Erfahrungen damals in der städtischen Knabenschule in der Nordanlage, die im Krieg zerstört wurde und heute nicht mehr existiert.

Die 1917 geborene **Eva Steinreich**, heute Eva Farrer, schrieb uns aus Florida (USA) über ihre Zeit in Gießen: "... Sie können mir glauben, es war sehr schwer für mich, 1982 nach Gießen zu kommen. Trotzdem war ich froh, dagewesen zu sein. Oberbürgermeister Görmert, die Stadtverwaltung und die Polizei haben sehr dazu beigetragen, den Aufenthalt so schön zu gestalten wie nur irgend möglich. Ich habe sehr viele nette Freunde wiedergetroffen, und sogar meine früheren Schulfreundinnen in einem langen Kaffeeklatsch im Dachcafé ... Als Jude war es einem verboten, schwimmen zu gehen, weder in der Lahn noch im Hallenbad. Als Jude wußte man nie, ob man aus irgend einem Grunde geschlagen würde oder verhaftet. Widerstand konnte man nicht leisten, sonst wäre man sofort erschossen worden, was einem Freund meines Vaters passierte. Es war eine schwere und traurige Zeit.

In der Schule wurde man wie Aussatz behandelt. Mit meinem Bruder, der ins Gymnasium ging, durfte keiner sprechen oder spielen, und die Lehrer fragten ihn nichts; trotzdem mußte er in die Schule gehen. Es ist schwer für Ihre Generation, sich das alles vorzustellen." (2)

Die Auswirkungen der Diskriminierung und Ächtung zeigten sich sogar im privaten Bereich der Schüler, bei ihren Freundschaften. Verständlich, daß die Betroffenheit hier ganz besonders groß war.

"Ich war in einer gemischten Tanzschule bei Bäumke. Der Schlußball war am 30. Januar 1933. Am 31. Jan. sind wir alle nochmals nachmittags tanzen gegangen in großer Eintracht. Dies war der Tag, an dem Hitler gewählt wurde. Und am Montag haben die christlichen

1) Brief v. Alex Solberg, Tel Aviv/Israel, vom 5.11.1983

2) Brief v. Eva Farrer-Steinreich, Hollywood/Florida, USA, vom 3.11.1983

Teilnehmer weggesehen, wenn sie uns, die jüdischen Teilnehmer, auf der Straße sahen, obwohl sie noch am Tag vorher mit einem getanzt hatten. Am 20. Mai (1937) sind wir nach den USA ausgewandert, trotz Schikanen der Gießener Polizei, meiner Familie alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten.

Beinahe hätten wir nicht abreisen können, weil mein Vater keinen schriftlichen Beweis hatte, daß er kein Verbrecher war; dies erfuhren wir erst, als wir in Hamburg auf der Polizei den ganzen Tag festgehalten wurden. Als Jude brauchte man diesen Beweis, um auf das Schiff zu gehen. In letzter Minute wurde dies telefonisch mit Gießen erledigt." (1)

Eva Farrer-Steinreich erzählt an anderer Stelle ein Erlebnis, das sich ihr seit dieser Zeit eingeprägt hat: "Bloß einmal hat ein Mädchen zu mir gesagt: Du Jud, du! Und da hab' ich sie verschlagen. Das könn' Se sich von mir nicht vorstellen, aber das hab ich gemacht. Da wurde ich am nächsten Tage zum Schuldirektor gerufen, da war der Vater mit seiner Tochter da, um sich über mich zu beschweren." (2)

Nicht alle jüdischen Schüler ertrugen die Demütigungen und Angriffe so gefaßt wie Eva Steinreich. So berichtete uns Ursula K. (geb. 1923), wie sie als Schülerin des Lyzeums den Anfang der Verfolgung der jüdischen Schüler erlebt habe. (3) Dabei hätten Schülerinnen einer Mittelstufenklasse ein Schild angeheftet: Juden raus! Die verantwortliche Klassenlehrerin Frau Krautwurst habe aber energisch reagiert und habe die Schülerinnen derart zusammengestaucht, daß in Zukunft so etwas nicht mehr vorgekommen sei. Frau K. berichtete, ihre Freundin Karla Berliner habe damals mit Weinen und Erschütterung reagiert, und sie habe sie getröstet. Dadurch, daß sich ein kleiner Freundeskreis herausgebildet habe, sei den jüdischen Mitschülerinnen die Verfemung nicht so bewußt geworden. **Karla David**, geb. Berliner, lebt seit 1939 in Palästina. Sie "wurde der Gruppe in Kirjat-Anawim angegliedert, diente im Weltkrieg in der Air Force und ist seitdem Hausfrau in Haifa." (4) Sie gab einen ausführlichen Bericht, der symptomatisch die Jugendzeit vieler Gießener Juden widerspiegelt:

"Meine Familie führte ein ziemlich assimiliertes Leben. Man hatte keinen direkten gesellschaftlichen Verkehr mit Nichtjuden, doch wenn meine Mutter, die eine geborene Giessnerin war, ehemalige Schulfreundinnen beim Einkaufen traf, dann hatte man sich immer viel zu erzählen. Mein Vater war der Meinung, daß es sich um eine vorübergehende Zeit handelt und ihm als ehemaligem Frontsoldaten etc. nichts passieren kann. Meine Eltern gehörten der jüdischen Gemeinde in der Südanlage an, zu deren Vorstand mein Vater in den letzten Jahren gehörte.

-
- 1) Brief v. Eva Farrer-Steinreich, Hollywood/Florida, USA, vom 3.11.1983. Die Ernennung Hitlers war am 30.1.1933.
 - 2) Kralovitz, Rolf und Brigitte, Da war nachher nichts mehr da. Ein Dokumentarbericht, Gießen 1983, S. 7 f
 - 3) Interview mit Frau Ursula K. aus Gießen vom Jan. 1983
 - 4) Helmut Josef Stern, Die Gießener Juden in Israel, in: MOHG, N.F., 65. Bd., Gießen 1980, S. 24

Mein Bruder, der sein Abitur in der Oberrealschule machte, wollte ursprünglich Chemie studieren, mein Vater wollte, daß er mit ihm zusammen in der Schirmfabrik tätig sein sollte. Er begann mit einer kurzen Lehrzeit und beschloß dann, sich einem landwirtschaftlichen Vorbereitungslager anzuschließen, um dann 1935 nach dem damaligen Palästina auszuwandern.

Vor mir wurde im allgemeinen zu dieser Zeit sehr wenig über die politische Situation gesprochen.

Mein Großvater hatte ein Schirmgeschäft auf dem Seltersweg, wo man den Boykott spürte und besonders dadurch, daß die Inhaber bei der Nachbargeschäfte sehr frühe Parteigenossen waren. Mein Vater hatte in Gießen nur ein Engros-Lager, doch gehörten verschiedene Detailgeschäfte in anderen Städten dazu, die von nichtjüdischen Filialleiterinnen geführt wurden. Boykott wirkte natürlich zu dem Zeitpunkt, als alle nichtjüdischen Geschäfte "Deutsches Geschäft" anklebten!

1934-35 begannen die ersten Mitschülerinnen mich zu ignorieren. Ich wurde weniger zu nichtjüdischen Kindergeburtstagen eingeladen. Über uns wohnte eine Familie, mit deren Kindern, der Sohn war im selben Alter, das Mädchen war etwas jünger, spielte ich täglich, und der Vater war ein höherer Regierungsbeamter. Von dieser Familie grüßte niemand mehr, selbst wenn man sich "unter 4 Augen" im Treppenhause begegnete. Dagegen wohnte auch eine Lehrerin dort, die trotz Mahnbriefen, die man ihr schickte, öfters abends meine Mutter besuchen kam.

1937 besuchte ich Verwandte in München, und als meine Tante mir dort ein nichtjüdisches Mädchen vorstellen wollte, konnte ich das nicht fassen, denn in Gießen gab es das längst nicht mehr. Die gleiche Freundin verabschiedete sich auch 1939, als mich meine Eltern auf dem Weg nach Palästina bis München begleiteten. In der Schule war die letzte Zeit sehr schwer. Es begann beim Morgenappell, wenn bei der Hymne alle außer uns 3 jüdischen Schülerinnen die Hand hoben, wir mußten daneben stehen. Viele Tage kamen alle, mit Ausnahme einiger Lehrerinnen und uns, in Uniform. Man verspürte bei vielen Lehrern Haß, z.B. antwortete mein Mathematik-lehrer lieber selbst auf seine Frage, wenn ich manchmal als einzige den Finger streckte. Die Lernlust verging so auch und man besuchte die Schule zum Schluß, weil es ein Schulpflicht-Gesetz gab. In meiner Klasse lernte noch eine jüdische Schülerin und wir mußten auf der letzten Bank sitzen. Nie werde ich vergessen, daß eines Tages, als wir morgens die Klasse betraten, ein gedrucktes Plakat über unserer Bank an der Wand angebracht war: "Immer sei der Jude dein Feind." Die erste Stunde war Englisch. Als die Lehrerin die Klasse betrat, sah man ihr an, wie empört sie über das Schild war. Sie verließ sofort die Klasse, kam bald zurück, konnte aber bestimmt nichts dagegen machen. Sie war die einzige von den Lehrern, die sich uns gegenüber korrekt benahm, und als ich 1952 kurz in Gießen war, hätte ich sie gern wegen ihrem menschlichen Verhalten uns gegenüber besucht. Leider vergaß ich ihren Namen im Laufe der Jahre. Das muß in den ersten Monaten von 1938 gewesen sein, trotzdem mußte ich weiter zur Schule gehen, bis wir nach Ostern 1938 keine arische Schule besuchen durften.

Man gründete einen jüdischen Schulunterricht, wo jedoch nur jüngere Schüler lernten. So machte ich einen Nähkurs bei einem jüdischen Schneider, dem man im KZ nach der Kristallnacht dann beide Hände brach.

Als bei meinen Eltern die ersten Gedanken an eine eventuelle Auswanderung begannen, wollten sie in ein anderes europäisches Land oder nach Amerika, da sie sich für zu alt hielten, hier in Palästina ohne Sprachkenntnisse bei dem heißen Klima eine neue Karriere zu gründen. Außerdem war mein Großvater vom Seltersweg 80 Jahre alt und wollte nicht mehr weg.

Die Kristallnacht brachte eine vollkommene Wendung mit sich. Alle Männer nahm man ins Konzentrationslager, manche blieben bis 6 Wochen dort. Es war schwer zu fassen, daß man die Synagogen, die der Treffpunkt der jüdischen Familien in Gießen an Samstagen und Feiertagen waren, verbrannt hatte, wobei unser ehemaliger Nachbar Herr Hermann Hammerschlag, der zufällig am Platz war, ums Leben kam. Danach ging man nur aus, wenn es unbedingt nötig war, und wer nur konnte, versuchte alles zu einer schnellen Auswanderung zu tun, egal wohin.

Meinen Eltern wäre es beinahe gelungen, auf ein Siedlerzertifikat herzukommen, doch als die Angelegenheit im fortgeschrittenen Stadium war, brach der 2. Weltkrieg aus, und damit wurde das unmöglich. Seitdem Ende 1938 alle jüdischen Betriebe in arische Hände übergehen mußten, hatte mein Vater keinerlei Beschäftigung mehr, was für ihn sehr schwer und ungewohnt war. - Da ich selbst noch zu jung war, um einer der Jugendeinwanderungsgruppen hierher angeschlossen zu werden, man mußte mindestens 15 Jahre alt sein bei der Anmeldung, erledigte mein Bruder eine Einwanderung auf die Schule im Kibbuz, in dem er ein Mitglied war, dadurch wurde mir das Leben gerettet. Den 15. Geburtstag feierte ich dann hier, weit weg von den Eltern. Die ersten Jahre hier waren recht schwer, und ein neues Zuhause fand ich erst, als wir 1947 heirateten.

Nach Kriegsausbruch wurde die Korrespondenz mit den Eltern schwierig. Zuerst schrieben sie an nach Holland ausgewanderte Verwandte, die jedoch später selbst deportiert wurden. Die schickten dann die Briefe weiter an uns. Nachher schrieben sie genauso, über Verwandte in Amerika. Das letzte Lebenszeichen war ein Brief über das Internationale Rote Kreuz. Wenn man nach dem Krieg die traurige Tatsache auch wußte, daß unsre Eltern, wie so viele andere, darunter viele Verwandte und Bekannte, solch einen schrecklichen Tod fanden, dauerte es sehr lange, bis man fassen konnte, daß so etwas überhaupt passieren konnte." (1)

Der 1916 in Gießen geborene **Simon Bass** mußte 1933 noch kurz vor dem Abitur seine Schule, das Realgymnasium, verlassen. Sein Klassenlehrer rief ihn vor die Klasse und sagte: "So, damit sind wir mit dir fertig!"

Simon Bass schrieb sich dann an einer Maschinenbauschule ein, wurde angenommen, bekam aber nach Wochen einen Brief, in welchem stand, daß es durch die neue Gesetzgebung "nicht möglich ist, daß Sie hier lernen können". Um wenigstens irgendein Zertifikat zu bekommen, damit die Arbeitschancen in der Emigration besser wären, lernte Simon Bass Konditor (bis August 1934). Er hatte erkannt, daß

1) Brief v. Karola David, Haifa/Israel, vom 26.6.1984

nur noch die Auswanderung eine Chance bot. In der zionistischen Jugendbewegung hatte man ihm diesen Gedanken auch schon nahegebracht. Er konnte gut Hebräisch und gab Elementarunterricht für ältere Menschen noch in Gießen. Im Spätsommer 1934 gelangte Simon Bass nach Palästina. An eine interessante Geschichte, die ganz am Anfang der Nazi Herrschaft sich abspielte, erinnerte sich Simon Bass: "Zu meinem Vater kam ein SA-Mann, der unser Auto haben wollte. Mein Vater wimmelte ihn zunächst noch ab, er müsse erst wegen der Formulare fragen, der Mann solle doch morgen wiederkommen. Mein Vater hatte gute Beziehungen zur Polizei und dadurch wurde die private Bereicherungsabsicht des SA-Mannes vereitelt." (1)

Ein besonders tragisches Schicksal hat **Bruno Oppenheimer** (2), heute in Haifa/Israel lebend, erlebt und durchlitten. 1925 in Gießen geboren, merkte er die Auswirkungen der Machtergreifung schon sehr früh in der Schule mit kleinen Schikanen. So wurde ihm z.B. in seiner Schule, der Alten Pestalozzischule, das Fahrrad kaputt gemacht. Den Boykott vom 1. April 1933 erlebte er in der Neustadt vor dem Lebensmittelgeschäft Speier. SA-Posten standen vor dem Geschäft, und "Kauft nicht bei Juden" war an die Scheiben geschmiert. Als Hitler in Gießen war, durften Juden nicht auf die Straße, erinnerte sich Bruno Oppenheimer, die Vorhänge mußten zugezogen werden. Bruno Oppenheimers Vater war bereits 1927 gestorben, Bruno kam 1937 nach Bad Nauheim, wo ein jüdisches Kinderheim und eine jüdische Berufsschule existierten. Dort erlebte er den 9. November 1938. Die Kinder mußten schnell die Koffer packen und auf den Hof kommen. Die Lehrer wurden nach Dachau und Buchenwald geschickt (siehe Erlebnisbericht eines Lehrers, aus dem wir noch zitieren werden), SA und Pöbel verwüsteten die Bibliothek. "Wir standen ganz erschüttert. Wir mußten uns zusammenstellen und zum Polizeipräsidenten mit den Angestellten des Hauses. Der Pöbel begleitete uns. Der Polizeipräsident fragte: 'Was tut Ihr hier? Alle wieder zurück ins Heim!' Am selben Nachmittag wurden Schreiner geschickt, die die zerstörten Fenster an der Straße mit Holzplatten zunagelten. Erst nach Tagen kehrte wieder normales Leben ein." Bruno Oppenheimer war seit November 1937 Vollwaise, seine Mutter Minnie hatte sich das Leben genommen. Das Rote Kreuz versuchte nun, die jüdischen Waisenkinder ins Ausland zu bringen. Bevor Bruno in die Schweiz ausreisen konnte, besuchte er zunächst seinen Vormund in Gießen, Isidor Rosenbaum. (Dieser wurde später, im September 1942, zusammen mit seiner Frau Dora und seiner Tochter Marianne nach Polen deportiert und ist dort umgekommen.) Bei diesem Besuch will Bruno Oppenheimer Reste der Zerstörung der jüdischen Synagoge in der Steinstraße gesehen haben. Nach einem Besuch am Grab seiner Eltern kehrte er nach Bad Nauheim zurück. Von dort wurde Bruno Oppenheimer zunächst nach Frankfurt in ein Waisenhaus gebracht und konnte endlich am 5. Januar 1939 in die Schweiz ausreisen. Er ist erst 1945 nach Palästina gekommen, 6 Jahre verbrachte er in einem Jugendheim in der Schweiz (35 Jungen, 6 Mädchen), das von einem christlichen Präsidenten gegründet worden war. In Palästina lebte er zunächst im Kibbuz. Als ein Großonkel in Amerika starb, sollte er das Erbe antreten, hatte auch schon

1) Interview vom 14.5.84 in Netanya

2) Interview vom 16.5.84 in Haifa

die Schiffskarte, ging aber nicht hin.

"Bis vor 5 Jahren wollte ich mit Deutschland nichts zu tun haben, nach alldem, was ich erlebt hatte. Durch Jossi Stern lernte ich Erwin Knauf kennen und bekam eine Einladung zur Gedenkfeier an die Reichspogromnacht. Ich konnte es nicht über mich bringen, zu fahren. Später bei der Errichtung des Mahnmals im Aug. 1982 fiel es mir auch sehr schwer, aber ich kam dann doch, und wir alle wurden ja auch herzlich empfangen. Ich bin der einzige Überlebende von unserer Linie." (1)

Wie Freundschaften zerbrachen, gute Bekannte und Mitschüler einen nicht mehr kennen wollten, erlebte auch **Rolf Beifus**, 1921 in Gießen geboren, als 1933 die Nazis zur Macht gekommen waren. (1) "In der Schule war es einfach nicht mehr zu ertragen, ein Lehrer, der sich den Nazis nicht beugen wollte, Dr. Dort, wurde entlassen. Samstags gingen die jüdischen Schüler nicht zur Schule. Jeder versuchte die Verbindungen zu uns abubrechen, wir wurden bei Angriffen von keinem geschützt. Ein guter Freund, Curt K., wandte sich ab, ein schmerzliches Erlebnis für mich." Es faßten einige den Entschluß, sich auf eine Auswanderung nach Palästina vorzubereiten. Diese gelang Rolf Beifus als 17jährigem endlich 1938. Seine Eltern Michael und Hedwig Beifus wurden mit dem Transport vom 17. September 1942 nach Theresienstadt geschafft und sind dort umgekommen.

An den Folgen der gewaltsam unterbrochenen Ausbildung hat heute noch die 1912 in Gießen geborene **Irmgard Abramowitch** (2), Tochter des Rechtsanwalts Dr. Leopold Katz, zu tragen. Sie begann unser Interview in Netanya mit folgenden Worten: "Wir haben als Deutsche gelebt, wir hatten die Manieren wie die Deutschen, warum war der Deutsche über Nacht so grausam geworden? Ich trage persönlich an meinem Schicksal sehr schwer. Ich fühlte mich mit meiner Familie so eingeordnet in Gießen! Und dann auf Befehl dieser Haß und das Ausgestoßensein! Ich glaube, wenn man den Deutschen damals gesagt hätte, sie sollten die Juden küssen, sie hätten es auch getan!" Irmgard Katz machte gerade eine Lehre als Lernschwester, die sie aber 1933 abbrechen mußte. Das wie auch die Emigration nach Frankreich (Colmar 1933) beendeten eine kontinuierliche Berufsausbildung. Ab September 1935 hielt sich Irmgard Katz endgültig in Frankreich auf. Ihr Vater hatte inzwischen den Verkauf seines Hauses bewerkstelligt und das Geld mit Hilfe eines SA-Mannes, der dafür bezahlt werden mußte, nach Luxemburg transferiert. Er wurde deshalb von den Nazis steckbrieflich gesucht. "Das Geld war in Frankreich schnell verbraucht. Jeder wußte, daß wir Emigranten waren und nahm uns ab, was er nur kriegen konnte." Im September 1935 heiratete Irmgard Katz. Als die deutschen Truppen 1940 Paris besetzten, mußte Familie Katz nach Limoges. Irmgard mußte sich, von den Eltern getrennt, mit ihrem Mann in Grenoble verstecken, unter falschem Namen, versteht sich. "Man hat uns nicht ausgeliefert. Eines Tages kamen deutsche Soldaten an das Haus. Wir gingen schnell über eine Leiter nach hinten raus." Die Eltern von Irmgard Abramowitch

-
- 1) Interview vom 18.5.84 im Kibbuz Shluchot/Israel
 - 2) Interview vom 24.5.84 in Netanya

wurden 1943 von Limoges aus nach Auschwitz transportiert und dort umgebracht. "Mein Vater hätte vorher noch nach der Schweiz gekonnt, er hatte jedoch keine Kräfte mehr."

Josef Plaut (1) aus der Mühlstraße war bei Machtergreifung der Nazis 26 Jahre alt - er sollte noch alle Auswirkungen eines Emigranten-daseins kennenlernen. Bei der Vorbereitung zum Externen-Abitur wurde er in der Schule in B. die Treppen hinuntergestoßen und erlitt eine Gehirnerschütterung. Er mußte sich in ärztliche Behandlung ins Kath. Schwesternhaus in Gießen begeben und hat deshalb vom Boykotttag am 1. April in seiner Firma, dem Kaufhaus Hansa (Karstadt), nichts mitbekommen. Josef Plaubs Eltern lebten in Hamburg. Er zog im April 1933 zu ihnen, ging aber schon im Sommer weg, weil er ahnte, was mit den Juden im III. Reich geschehen werde. In Nordfrankreich war es nach seiner Aussage für deutsche Juden schwer zu bleiben, darum fuhr er nach Südfrankreich, wo er verschiedene Arbeiten verrichten mußte. So arbeitete er z.B. in einem Bergwerk, dann bekam er durch Zufall eine befristete Arbeitserlaubnis in einem Textilgeschäft. Mit der Zeit wurde die Zahl der Flüchtlinge immer größer, vor allem im Saarland, wohin er sich dann wandte. Schwierig war es vor allem deshalb, weil viele Franzosen in den neu angekommenen Flüchtlingen nur die Deutschen sahen, die sie als Spione verdächtigten. Josef Plaut wandte sich deshalb nach Spanien, wo er wesentlich besser leben konnte. "Es war dort eine ansehnliche deutsche Kolonie, die uns gut aufnahm. Ich hatte 1937 ungeheures Glück, daß ich bei der Beschießung von Barcelona durch deutsche Einheiten mit dem Leben davonkam. Bei der Beschießung wurde ein Lager getroffen, 6 Stunden vorher war ich im Lager." Josef Plaut, der sich gut in Spanien eingearbeitet und sogar die Vertretung einer Firma bekommen hatte, mußte erneut fliehen und ging 1937 nach Palästina, wo das Leben nach seiner Aussage damals ungeheuer schwer war.

Ein ähnlich wechselvolles Schicksal hatte **Manfred Seligmann** (2), geb. 1912, genannt Männi, zu bestehen. Er ist der Sohn des Metzgers Hermann Seligmann aus der Bahnhofstraße 27. Seine Eltern verließen 1934 Deutschland, gingen zunächst nach Argentinien, dann nach Palästina, wo sie sich im Kibbuz Ginosar am See Genezareth ansiedelten. Bis 1936 konnte Männi Seligmann bei der Lack- und Farbenfabrik Sondheim arbeiten (Nordanlage 9). Er erlebte die Reichspogromnacht in Gießen im November 1938 und hat über diese und die folgenden Erlebnisse in Buchenwald einen Bericht verfaßt. Anfang 1939 gelangte Manfred Seligmann nach Dänemark, wo schon ein Jahr später die Verfolgung wieder einsetzte, als Dänemark besetzt wurde und er im Verborgenen leben mußte. Nach 5 Jahren Dänemark und 2 Jahren in Schweden gelangte Seligmann über Zypern (Exodus!) nach Israel, wo er heute im Kibbuz Ginosar lebt.

1) Interview vom 14.5.84 in Netanya

2) Interview vom 17.5.84 im Kibbuz Ginosar

Auch **Werner Meyer**, dessen Vater ein bekanntes Schuhgeschäft in Gießen hatte, erlebte seine Schülerzeit in Gießen. Beim Machtantritt der Nazis war er 13 Jahre alt: er war erst im Gymnasium, "da war ich aber nicht schlau genug fürs Gymnasium, da ham se mich aufs Realgymnasium versetzt ... Mein Vater wollte nicht auswandern. Der is' nur wegen mir. Der hat gesagt: Ich bin noch da, wenn der Hitler weg is', ich bleib hier. Dann hat er doch gemerkt, dann hat er sich entschlossen. Er hat aber immer gesagt, er geht wieder zurück. Sobald der Hitler weg ist, geh' ich wieder zurück." Aber meine Mutter hat gesagt: 'Nie mehr - geh' ich zurück. Für 100 000 Dollar geh ich nicht zurück.'" (1)

Als Werner Meyer zur Mahnmal-Einweihung im August 1982 nach Gießen kam, wurde er von einigen Gießenern gleich wiedererkannt, weil er seinem Vater, dem "Meyer im Schuh", so ähnlich sieht. Sein früherer Schulkamerad Heinz S., wie Meyer Jahrgang 1920, erkannte ihn sofort wieder. Beide waren lange Zeit auf dem Realgymnasium, der heutigen Herderschule. Heinz S. erklärte uns: "Die meisten von uns waren in der HJ. Das bedeutete aber nun keineswegs, daß wir unsere jüdischen Klassenkameraden geschnitten oder drangsaliert hätten. Wir hatten im Laufe der Jahre immer wieder jüdische Mitschüler, zeitweise 7, darunter neben Werner Meyer Hans-Nathan Rosenthal, Hans Isenberg, Robert Rosenbaum, und besonders unser Mitschüler Süßkind machte alle Streiche von uns mit, war sportlich sehr aktiv, nahm manchmal die Strafen, die wir von den Lehrern bekamen, auf sich für die ganze Klasse. Ich selbst habe 1939 Abitur gemacht, da war kein Jude mehr auf der Schule. Die gingen alle in den Jahren 1933-38 weg." (2)

Wir konnten ermitteln, daß H. Isenberg 1937 mit seiner Familie nach New York emigrierte, wo er heute noch lebt. Die Familie Robert Rosenbaums verzog 1936 nach Frankfurt/M. Die ganze Familie konnte nach Palästina entkommen. Robert und seine Schwester Ruth kamen mit einer Jugend-Alija aus Deutschland heraus. Sie konnten weder Abitur machen noch studieren. "Robert Rosenbaum lernte in der großen landwirtschaftlichen Schule Mikwe-Jisrael, ging dann nach Kirjat-Anawim und arbeitete in einer Reparaturwerkstatt. Dann stellte er sich zum britischen Heer, im israelischen Befreiungskrieg kämpfte er in und um Haifa und fuhr in den Geleitzügen nach Jerusalem. Er war dann Lastwagenfahrer und danach Autobuschauffeur."

(3) Die Chancen waren also ganz unterschiedlich, wenn man nach Palästina oder nach den USA emigrierte. Die Gründe dafür werden im Zusammenhang mit dem Schicksal der Familie Stern genannt werden.

Wie stark der Anteil der jüdischen Schüler in Gießen immer mehr abnahm, konnten wir aus Akten des Stadtschulamtes ersehen. Die Zahlenangaben stimmen zwar in den Akten nicht ganz genau überein, die Tendenz ist aber doch klar zu erkennen. So befanden sich auf der Schillerschule im Mai 1932 noch 25 Schüler mit dem Glaubensbe-

- 1) Kralovitz, Rolf und Brigitte, Da war nachher nichts mehr da, a.a.O., S. 4
- 2) Interview mit Heinz S., Gießen vom 26.2.1984
- 3) Helmut Josef Stern, a.a.O., S. 23

kenntnis israelitisch, 1934/35 waren es noch 19, 1936/37 noch 18. In der Goetheschule werden 1934/35 8, 1936/37 noch 6 Israeliten gezählt, 1937 nur noch 2. Danach durften Juden deutsche Volks- und Oberschulen nicht mehr besuchen. (1)

So meldete Frau Lilli Aaron, Frau des Rechtsanwalts Albert Aaron aus der Bahnhofstraße 46, ihren 9jährigen Sohn Franz 1937 von der Goetheschule ab, "da wir im Laufe des Sommers nach USA auswandern". In dem Schreiben vom 26. Juni 1937 bedankt sich Frau Aaron bei dem Lehrer des Jungen, Herrn Immel, herzlich "dafür, daß sich in der für uns so schweren Zeit mein Junge unter Ihrer Leitung restlos wohl in der Schule gefühlt hat. Wir und er werden in der Fremde jederzeit gerne an Sie zurückdenken." (2)

Im Jahresbericht der Kaufmännischen Berufsschule von 1936/37 heißt es: "Jüdische Schüler besuchen unsere Schule ab März des Jahres (1937) nicht mehr. Die noch schulpflichtigen jüdischen Schüler wurden entlassen." (3)

Besonders drastisch verminderte sich die Zahl auf den höheren Schulen, hatte doch der Nationalsozialismus immer wieder betont, daß die Juden über Abitur und Studium den Aufstieg genommen und die akademischen Berufe "unterwandert" hätten. An Gießens traditionsreicher Bildungsstätte, dem LLG, gab es 1931/32 noch 9 Schüler mit israelitischem Glauben, 1933/34 nur noch 2, 1936 noch 1, und 1937 war auch dieser abgegangen. (4) Die Zahlen für die Mädchenoberschule (Lyzeum) lauten:

1932: 29	1936: 6 Israeliten
1933: 27 Israeliten	1937: 4 Israeliten
1934: 20 Israeliten	1938: 1 Israelit
1935: 12 Israeliten	(5)

In der Langemarckschule (ARG) trat eine besonders drastische Verminderung zwischen 1935 und 1936 ein (von 11 auf 5), was auf gestiegene Auswanderung wegen des politischen Drucks (Nürnberger Gesetze, kein Zwang mehr zum Wohlverhalten für das Regime nach der Olympiade usw.) zurückzuführen ist. (6)

Schwer war es selbstverständlich für jüdische Kinder, im Ausland sich einzuleben und mit den neuen Schulverhältnissen in der Emigration

- 1) StAGi Nr. 462, 463; 459 "Stadtschulamt - Jahresberichte 1932/33, 1933/34, 1934/35" und StAGi Nr. 1190 "Stadtschulamt - Schulstatistik 1928/44", auch Akte 856
- 2) Brief von Frau Lilli Aaron, Gießen, an Hans Immel, Gießen
- 3) StAGi Akte Nr. 459
- 4) StAGi Akte Nr. 842
- 5) StAGi Akte Nr. 844
- 6) StAGi Akte Nr. 842. Interessant ist auch, aus den Akten zu erkennen, wie sich die Unterrichtsinhalte seit 1933 veränderten: die Erziehung zu völkischen Familienidealen und kriegerischem Pathos ging einher mit Abwertung derjenigen, die diesem Ideal nicht entsprachen. Siehe StAGi Akte Nr. 1819 "Schullehrpläne für Volksschulen 1939/42" und StAGi Akte Nr. 1825 "Stoffverteilungspläne für Volksschulen 1935/42"

fertig zu werden. Anhänglichkeit an den früheren Lehrer, aber auch Sehnsucht nach der Heimatstadt Gießen spricht aus dem Brief, den die 9jährige **Ilse Rothenberger** am 15.10.1933 aus Sèvres bei Paris ihrem früheren Lehrer Hans Immel von der Goetheschule schrieb: "Lieber Herr Immel! Es gefällt mir hier ganz gut. Ich gehe hier schon in die französische Schule. Ich komme schon ganz gut mit. Diktate kann ich schon mitschreiben, aber Aufsätze noch nicht. Freundinnen habe ich noch nicht. Ich habe aber schon einen 1er geschrieben. Hier sagt man nicht 1, sondern 10, dieses ist die beste Note ... Was macht meine frühere Klasse? Geht es ihr gut? Wie geht es Ihnen eigentlich? Mir geht es sehr gut! In der Schule bekommen wir immer sehr viel auf, ich muß jeden Tag 2 1/2 Stunden lernen. Die französischen Kinder müssen ebenfalls soviel lernen." (1) Was die junge Ilse Rothenberger vor allem beklagte, ist die Tatsache, daß sie keine gleichaltrige Spielkameradin hatte. Sie versuchte deshalb noch weiter brieflichen Kontakt nach Hause zu halten, hatte aber dabei nicht immer Erfolg, weil manche früheren Bekannten nicht mehr schrieben: "Ich hatte am 7ten December Geburtstag und habe das hübsche Bild, das Sie mir schickten, als Geburtstagsgeschenk auf den Tisch gestellt. Ich habe sehr viele Briefe bekommen, die ich alle beantwortet muß. Alle außer einem Brief von meiner Großmutter gehen nach Gießen." (2) Während Kinder sich besser an eine neue Umgebung anpassen können, ist das bei Erwachsenen mitunter schon wesentlich schwieriger, vor allem, wenn der Beruf sehr stark mit Sprache und Ausbildung des eigenen Landes verbunden ist. Das kommt auch in dem Begleitbrief, den Ilse Mutter dem Brief vom 9.12.33 hinzufügte, zum Vorschein: "Sie können sich gar nicht denken, welche Übermaß von Glück Ihr so überaus herzlicher Brief hervorgerufen hat. Leider kann ich hier außer im eigenen Hause gar nicht ärztlich wirken. Aber es gebricht mir bei 8 Pensionären nicht an Arbeit. Wir haben bis Weihnachten 8 Kinder, dann gehen 2 Kinder weg, hoffentlich finde ich wieder neue, denn ich kann erst unsere Existenz bei 10 Kindern bestreiten, und mein amerikanischer Schwager kann uns ja nicht jahrelang unterstützen. Wenn wir auch sehr ruhig und friedlich leben, so haben uns die Sorgen um die Existenz und das Fremdgefühl im fremden Lande noch nicht verlassen. Eva kommt nach Weihnachten in die Volksschule. Ob sie dann nächstes Jahr eine höhere Schule besuchen kann, hängt auch von unseren Verhältnissen ab. Die Volksschulen sind gut, frei, sogar die Bücher werden gestellt. Man macht keinen Unterschied zwischen In- und Ausländern." (3)

Nachdem Frau Rothenberger geschildert hat, wie ihre Tochter sich schon recht gut eingearbeitet hat und "mit bewundernswerter Zähigkeit" mit den Schwierigkeiten der Sprache fertig wird, kommt sie auf die eigenen und die Probleme ihres Mannes, des Rechtsanwalts Eugen Rothenberger, zu sprechen:

"Mein Mann hilft bei den Aufgaben, bei den Einkäufen, bei der Korrespondenz, er hat für sich noch keine Arbeit gefunden, es ist auch

-
- 1) Brief Ilse Rothenberger vom 15.10.1933 an Hans Immel, Gießen
 - 2) Brief Ilse Rothenberger vom 9.12.1933 an Hans Immel, Gießen
 - 3) Brief von Marg. Rothenberger an Hans Immel vom 9.12.1933

äußerst schwer, etwas zu finden. Es gibt keine Arbeitserlaubnis für irgendwelche Anstellung für Ausländer. Er hat nicht den Mut, etwas Anderes anzufangen, ehe er perfekt spricht und ist in vieler Hinsicht unglücklich.

Aber was hätten wir beide ohne Beruf in Deutschland anfangen können, wo man auch wirtschaftlich nichts anfangen darf. Der Traum 'Deutschland' muß für uns ausgeträumt sein. Aber Sie können überzeugt sein, daß nie ein Wort gegen Deutschland über unsere Lippen kommt und wir uns von allem und allen fernhalten, die Deutschland herabsetzen." (1)

Lehrer Hans Immel mußte wegen dieser Briefe zur Kreisleitung und wurde verwarnt, noch weitere Kontakte mit Juden zu pflegen. (2) Erst 17 Jahre später, im August 1950, erreichte ihn wieder ein Brief seiner früheren Schülerin Ilse: "Ich habe öfters an Sie gedacht in den vielen Jahren, seitdem wir Gießen verlassen haben. Sie waren für mich das Ebenbild eines anständigen deutschen Menschen, von denen es leider nicht viele zu geben scheint. Das hört sich bitter an, aber wir sind längst darüber weg. Ich bin seit vielen Jahren Amerikanerin, bin hier in die Schule gegangen, habe zwei Söhne, die hier geboren sind. Deutschland hat nur noch sehr wenig Bedeutung für mich. Ich habe mich sehr gefreut zu hören, daß Sie den Krieg überstanden haben und hoffe, daß es Ihnen und Ihrer Familie gut geht. Ich würde mich sehr freuen, von Ihnen zu hören." (3) Nur wer weiß oder errahnt, was das Herausreißen aus einem vertrauten Lebenskreis und das Schicksal zweimaliger Emigration erst in Frankreich und dann in den USA bedeutet, der wird diese Worte richtig zu erklären wissen. Zudem muß man bedenken, was zu dieser Zeit alles in der Weltöffentlichkeit über Verbrechen in deutschem Namen bekanntgeworden war.

Nicht nur jüdische Schüler der Volks- und höheren Schulen betraf die Verfolgung, auch wer in eine Berufsausbildung wollte, hatte mit großen Schwierigkeiten zu rechnen. Kurt B. wurde 1916 in Gießen geboren, sein Vater war selbständiger Handwerksmeister im eigenen Geschäft. Kurt B. hätte gern nach Abschluß der Volksschule eine Lehre als Möbelkaufmann begonnen, was aber sein Vater nicht billigte. Auf dessen Wunsch begann er eine Schreinerlehre, die er 1933 erfolgreich abschließen konnte. Die Aushändigung des ihm zustehenden Gesellenbriefes verweigerte man ihm, so daß er ohne Abschluß dastand. Um nicht auf der Straße zu stehen, verwirklichte sich B. seinen Berufswunsch und begann eine kaufmännische Lehre. Aber schon nach 2 Monaten wurde er entlassen - ohne Begründung! "Wahrscheinlich hatten die erfahren, daß ich Halbjude war." (4)

- 1) Brief von Marg. Rothenberger vom 9.12.1933, a.a.O.
- 2) Brief von Ilse Strauss geb. Rothenberger, vom 25.8.1950
- 3) Auch die Lehrer wurden ständigen Kontrollen auf ihre arische Abstammung unterworfen. Die Schulakten jeder Schule bzw. vom Stadtschulamt sind voll von solchen Ariernachweisen und Anfragen der Behörden. Aus Datenschutzgründen erfolgt keine Nennung, Dok. 1, Dok. 2 und Dok. 2a
- 4) Interview mit Kurt B. vom 21.12.1982

Nach der Entlassung arbeitete Kurt B. wieder im Geschäft des Vaters, in dem auch seine beiden Brüder zeitweise tätig waren. 1935 lernte B. in Gießen einen Italiener kennen, bei dem er als Eisverkäufer bzw. Eishersteller arbeiten konnte. Ein knappes Jahr später wird er auch hier entlassen, da das Geschäft einen Lehrling nicht mehr tragen kann. Kurt B. versuchte nun außerhalb Gießens einen Arbeitsplatz zu finden. Nachdem er unter anderem in Coburg und Gelsenkirchen gearbeitet hatte, kehrte er 1940 nach Gießen zurück. Hier wurde er sofort zum Militär eingezogen, doch nach dem Frankreichfeldzug (den er auch wie Kurt St., ein anderer Gießener "Halbjude", noch "mitmachen" durfte) wurde er vorzeitig entlassen und nun in Gießen ständig von der Gestapo überwacht. In den Jahren 1941/42 verrichtete Kurt B. dann als Hofarbeiter in Lollar schwere körperliche Arbeit bei schlechter Entlohnung. Im März 1942 wurde Kurt B. dann verhaftet und nach Buchenwald gebracht. Seinen weiteren Leidensweg haben wir an anderer Stelle ausführlich beschrieben.

Die bisherige Schilderung läßt jedenfalls ganz klar erkennen, daß Juden und sogar Halbjuden noch vor den Nürnberger Gesetzen die berufliche Ausbildung außerordentlich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wurde. Sie "taugten" allenfalls als Hilfsarbeiter, wo man ja mal sehen konnte, wie die "Vertreter des auserwählten Volkes" bei harter körperlicher Arbeit versagen würden.

Parallel zur Ausschaltung der Juden aus Schule und Lehre liefen Aktionen in den Kindergärten und Ausbildungsseminaren, hier vor allem gegen jüdische und halbjüdische Lehrer. Als herausragendes Beispiel müssen wir in diesem Zusammenhang auf das Vorgehen gegen die verdiente Pädagogin **Hedwig Burgheim** verweisen. Über sie sind im Zusammenhang mit der Stiftung der Hedwig-Burgheim-Medaille der Stadt Gießen so viele Artikel und Aufsätze erschienen, daß hier nur das für die Verfolgung ab 1933 Typische herausgestellt werden muß. Diese Verfolgung und Entfernung aus dem Amt geschah ohne Rücksicht auf das, was Hedwig Burgheim vor 1933 alles geleistet hatte: Sie hatte bereits 1921 in Gießen das Fröbelseminar mit 21 Ausbildungsplätzen für Kindergärtnerinnen und 15 für Kinderpflegerinnen eingerichtet. Der Anstalt konnten im Laufe der Jahre ein Lehrerinnen-Seminar für Vorschulerziehung und eine Haushaltungsschule angegliedert werden. Modell-Kindergärten und Horte kamen hinzu. Hedwig Burgheim hat von 1918 bis 1933 mindestens 800 Kindergärtnerinnen und Kinderpflegerinnen ausgebildet. All das zählte 1933 nicht mehr, hatte doch nicht nur das Erziehungsideal Fröbels vom freien, denkenden und selbsttätigen Menschen keinen Platz mehr in der neuen "Führer-Gesellschaft", sondern es paßte einfach nicht ein rassischer "Untermensch" mit außerordentlichen Fähigkeiten in die Vorstellungswelt der Nazis hinein. Wie wir später noch öfter sehen werden, wurde Frau Burgheim auf eine Weise geschadet, die für totalitäre Systeme bezeichnend ist: versteckte Denunziation. Ein Nachbar des Fröbel-Seminars in Gießen schrieb am 25.4.1933 an das Ministerium für Kultus und Bildungswesen in Darmstadt:

"... Als Kämpfer in den Reihen der NSDAP bekannt, fand ich unter dem Regime Ritzel kein Gehör und auch heute tut das Polizeiamt nichts, um endlich dem Unfug ein Ende zu bereiten ... Die Einrichtung des Kindergartens ist weder eine 'Öffentlich-Gemeinnützliche noch Soziale Einrichtung' und liegt nicht im Interesse unserer nationalen und sozialen Erneuerung, sie wirkt vielmehr zersetzend und klassenkämpferisch im echt jüdisch-bolschewistischen Sinne ... Das Seminar untersteht der Jüdin, Frl. Burgheim und als Lehrerin ist die Demokratin Fischer ... angestellt. Irgendwelche patriotischen Lieder dürfen die Kinder nicht singen, die Jüdin mag das Horst-Wessel-Lied nicht hören, vielweniger gestattet sie, daß es gesungen werden darf. In den Hof ist ein Planschbecken gebaut worden ... und meist badeten dann Jungen und Mädchen zusammen ganz nackt in dem kleinen Planschbecken, die Seminarmädchen von 18-20 Jahren standen um das Becken herum, bespritzten auf Veranlassung der Lehrerin Fischer die Kinder mit einem Schlauch. Ich habe auf diesen geradezu 'öffentlichen Skandal' sowohl das Polizeiamt wie auch die Lehrerin Fischer aufmerksam gemacht und um Abhülfe ersucht. Das Polizeiamt hat sich nicht gerührt und Frl. Fischer gab mir zur Antwort, sie erziehe die Kinder in dem neuen System - alla Löwenstein in Berlin - und denke nicht daran, irgend eine Änderung zu treffen. Auf dem Polizeiamt wurde mir persönlich gesagt, die Jüdin Burgheim habe erklärt, wenn mir die Sache nicht passe, möge ich ausziehen, damit war ich Nazimann abgetan. Der ganze Vorstand des Alice-Schulvereins hier ist wohl von Jüdinnen durchsetzt, so sagte mir Justizrat Rosenberg, dessen Frau ebenfalls im Vorstand ist, was ich denn eigentlich wollte, ich hätte gegen den Skandal nichts zu unternehmen. Meiner Ansicht nach gehören alle Privatkindergärten staatlich verboten zu werden ... Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Oberschulrat, mein Gesuch wohlwollend zu prüfen und den Mißständen in dem Kindergarten des Fröbelseminars Gartenstraße 30 ein baldiges Ende zu bereiten. So oft habe ich in Versammlungen Ihren kerndeutschen Vorträgen gelauscht ..."

(1)

Die Denunziation wäre nicht nötig gewesen - Hedwig Burgheim wurde mit dem Ende des Schuljahres, jedenfalls spätestens Juli 1933, entlassen. "Am 12. August 1933 - so weisen es die heute noch vorhan-

-
- 1) StAGi Akte Nr. L 1315-1 "Kleinkinderschule, Kindergarten des Fröbelseminars 1918/34". Im Namen des Vorstands des Alice-schulvereins antwortete Direktor Dr. Kalbfleisch sehr ruhig, bestimmt und sachlich darauf. Im Interview (Okt. 1982) erklärte uns Frau M.Fischer, daß an diesen Anschuldigungen nichts dran gewesen sei. Sie habe keiner Partei angehört und "Brutstätte bolschewistisch-jüdischen Geistes" sei einfach aus den Fingern gezogen gewesen. Übrigens: mit dem Kindergarten solidarisierten sich damals so ziemlich alle Nachbarn. Die Klage von M. hatte keinen Erfolg - so sehr er auch seine nationalsozialistischen Sympathisanten bemühte. Auch die Bürgermeisterei erklärte mit Schreiben vom 15.8.33, daß die Beschwerden "vollständig unbegründet sind. Die bisherige Seminarleiterin, Frl. Burgheim, ist übrigens am 16. Juli lfd. Js. in den Ruhestand getreten." StAGi Akte Nr. 1315-1

denen Unterlagen aus - verzog Hedwig Burgheim von der Gartenstraße 30 in den nahegelegenen Ort Wieseck. Womöglich um abzuwarten. 'Vielleicht ist dieses gespenstische Geschehen nicht von langer Dauer.' Viele Menschen haben das damals geglaubt, obwohl gerade in den ersten Monaten des Jahres 1933 schon eine ganze Anzahl bedrückender neuer Gesetze einen Hinweis auf die kommenden Ereignisse gaben. Die Hoffnung trog. Das Fröbel-Seminar - Hedwig Burgheim hatte während vieler Jahre mit der ihr eigenen Energie und Ausdauer an der Entwicklung dieses Instituts entscheidend mitgewirkt - rief sie nicht zurück." (1)

Eine Begleiterscheinung der Entfernung aus dem Amt war die Ächtung durch die Mitmenschen, durch Personen, die einen plötzlich nicht mehr kennen wollten. Frau Marthel Fischer schilderte uns wie auch R.Kralovitz im Gespräch diese Vorgänge: "1933 spitzte sich die Lage zu. Da haben sie einige Schülerinnen überhaupt nicht mehr begrüßt. Sie wurde ganz still und verzweifelt ..." (2)

Die Nürnberger Gesetze verschärften die Situation für viele Juden in Deutschland. Hedwig Burgheim verließ etwa im November 1935 Gießen (Wieseck), um sich der Kinder anzunehmen, die durch die neuen Gesetze öffentliche Schulen nicht mehr besuchen durften. In Leipzig gelang es ihr, eine jüdische Haushaltungs- und Kindergärtnerinnenschule aufzubauen. Hierhin kamen nun Schülerinnen aus ganz Deutschland. Zwei Jahre später wurde im Zusammenhang mit der Reichskristallnacht auch dieses Werk zerstört, die Schule demoliert. Hedwig Burgheim gab aber nicht auf; im Februar 1939 wurde in der jüdischen Schule der Unterricht wieder begonnen. Es besuchten aber immer weniger Schüler diese Schule, da bereits die Massenauswanderung eingesetzt hatte. In die frei werdenden Räume wurden Juden, die man aus anderen Wohnungen entfernt hatte, eingewiesen. Die Einschränkungen wurden zusehends schlimmer. Als die Leiterin des Altersheimes deportiert worden war, trat Hedwig Burgheim die Nachfolge an. Im Februar 1943 wurde Hedwig Burgheim verhaftet und mit dem 30. Osttransport nach Auschwitz gebracht. Dort ist sie, im sechsundfünfzigsten Lebensjahr, umgebracht worden. (3)

1) R.Kralovitz, Hedwig Burgheim oder die Reise nach Gießen, Gießen 1981, a.a.O., S. 24

2) Ebd., S. 18 f

3) Ebd., S. 29



HEDWIG BURGHEIM

Aus: Rolf Kralovitz, Hedwig Burgheim oder die Reise nach Gießen

b) Studenten, Hochschule, Professoren

Wie auch in anderen Lebensbereichen ist die Veränderung der Universität in nationalsozialistischem Sinne nicht vom Himmel gefallen, sondern hat eine lange Vorgeschichte. Da aber andere Veröffentlichungen bereits ausführlich dieses Thema behandelt haben, sollen nur einige wenige Fakten und Grundzüge angeführt werden.

"Der 'äußeren Gleichschaltung' ab 1933 ging die 'Selbst-Gleichschaltung' (K.D.Bracher) der Hochschulen der Weimarer Republik voraus, wobei die Studenten die maßgeblichen Agenten dieses Prozesses waren. Denn der Nationalsozialismus hatte lange vor dem Durchbruch zur Massenbewegung in der Studentenschaft starken Zulauf gefunden. Die schon 1931 vollzogene innere 'Gleichschaltung' war also kein Werk universitätsfremder Mächte!" (1) Was den Erfolg des Nationalsozialismus an den Universitäten begründete, war einmal der NSdStB, zum andern die Tatsache, daß das völkisch-nationale Gedankengut schon lange vor 1933 viele Studenten und Studentenverbindungen erfaßt hatte. Nationale Begeisterung und nationaler Fanatismus wurden schon früh von Antisemitismus begleitet. Der Dachverband aller Studentenschaften, die DSt (Deutsche Studentenschaft) forderte bereits 1919 auf dem 1. Deutschen Studententag in Würzburg den Ausschluß nichtarischer Studenten zugunsten der arischen. Auch in Satzungen der Korporationen schlug sich das nieder: "Mitglied kann nur werden, der deutschen Stammes ist, auf national-deutschem und deutsch-völkischem Standpunkt steht ..." (2) Viele Korporationen hatten einen solchen Arierparagraphen in ihrer Satzung wie das Corps Hassia. "Für Hassia hat es eine Judenfrage nicht gegeben. Dank unserer völkischen Einstellung haben wir weder Judenstämmlinge noch nichtarisch Versippte. Wurden doch schon seit über 70 Jahren nur Studenten rein arischer Abstammung von uns aufgenommen und Bewerber, die dieser Voraussetzung nicht entsprachen, ausnahmslos abgelehnt." (3) In dem Bericht der Verbindung über diese Zeit wird das nach dem Krieg verharmlost und sogar noch von Bemühungen der Schwesterverbindung Suevia gesprochen, die wenigen Promille nichtarischer Studenten zu retten, aber der Rettungsversuch war selbstverständlich vergeblich. (4)

- 1) Ralf Fieberg, Die Durchsetzung des Nationalsozialismus in der Gießener Studentenschaft vor 1933, in: Frontabschnitt Hochschule, Die Gießener Universität im Nationalsozialismus, Gießen 1982, S. 38
- 2) Satzungen der A.L.V.Agronomia I.N.D.C. 1927, PAG 28, zitiert bei Fieberg, a.a.O., S. 48 bzw. S. 65
- 3) Corps-Zeitung der Hassia zu Gießen Nr. 113, Sonderdruck Sommersemester 1935, S. 8, zitiert bei Fieberg, a.a.O., S. 48 und S. 66 Anm. 20
- 4) Geschichte des Corps Hassia von 1815-1965, Selbstverlag Gießen 1965, S. 502: "Suevia war ausgeschlossen worden, da sie es mit anderen Corps abgelehnt hatte, sich von ihren nichtarisch versippten Corpsbrüdern zu trennen ... Bei der Vorbesprechung des Eisenacher Kartells in Jena war diese betrübliche Entscheidung^{a)} bereits gefallen, und die drei Kartellcorps konnten der Suevia weder helfen noch einen Ausweg zeigen".
a) Ausschluß der Suevia

Schon früh sahen sich jüdische Studenten daher genötigt, eine eigene jüdische Verbindung Staufia zu gründen. Die Korporationen wollten daraufhin das Lokal boykottieren, in dem Studenten dieser Verbindung verkehrten. Ein Mitglied der Staufia, L.Falkenstein, wurde ständig von Landsmannschaftlern provoziert und schlug einmal auch selbst zurück. Das Schöffengericht Gießen verurteilte ihn daraufhin zu vier Wochen Gefängnis; in der Berufung wurde eine Geldstrafe daraus. Bei einer späteren Schlägerei schlugen Landsmannschaftler Falkenstein regelrecht zusammen. Sie wurden z.T. zu geringeren Geldstrafen verurteilt als Falkenstein. Dieser wurde von der Universität relegiert.(1) Der NSDStB ging noch wesentlich weiter als die Korporationen. Die meisten von diesen wollten keine jüdischen Kommilitonen haben, die nationalsozialistischen Studenten wollten auch alle jüdischen Studenten von der Universität entfernt wissen. Im Gießener AStA brachte 1931 die nationalsozialistische Fraktion den Ausschlußantrag für jüdische Studenten ein. Der Antrag wurde mit der beschämenden Mehrheit von 20 gegen 2 Stimmen angenommen. Bei den AStA-Wahlen im Februar 1931 hatten sich nämlich die Nazis durchgesetzt und mit 14 Stimmen die absolute Mehrheit bekommen. Bei der Abstimmung müssen aber noch viele der übrigen Vertreter der Korporierten mitgestimmt haben, sonst wäre das obige Ergebnis nicht erklärbar. Als die hessische Regierung sich zum Eingreifen entschloß, war es schon zu spät, die weitere Politisierung der Studentenvertretung in nationalsozialistischem Geist nicht mehr zu verhindern.

"Daß der Verbreitungsgrad und die mögliche Militanz antisemitischer Einstellungen nicht unbedingt an einen tatsächlich hohen Anteil jüdischer Studenten gebunden ist, belegt die Gießener Universität. Obgleich der Anteil jüdischer Studenten in Gießen lediglich bei 2 % lag (an der Berliner Universität betrug ihr Anteil ungefähr das Fünffache), eine spezifische Konkurrenzsituation angesichts der allgemeinen akademischen Arbeitslosigkeit demnach zumindest numerisch kaum gegeben war, läßt sich dennoch seit Beginn der 20er Jahre eine Reihe antisemitischer Konflikte nachweisen." (2)

Der zweite schwere Zwischenfall neben dem mit Ludwig Falkenstein ereignete sich mit dem jüdischen Studenten Kurt Grünebaum. Interessant ist hierbei hauptsächlich die Reaktion des NSDStB: "Dabei handelt es sich hier - wie die Studentenschaft sehr richtig bemerkt - nicht um die Beleidigung eines Nationalsozialisten, sondern der ganzen Nation schlechthin." (3) Hier haben wir sie also schon in einem recht frühen Stadium - die Gleichsetzung von Nazis mit der Nation. Und von den anderen Studentenvertretern war außer Beifall allenfalls Schweigen zu erwarten. Allenfalls kritisierte man die Form, das rüde Benehmen der Nazis. Noch ehe Hitler am 30.1.33 die Macht ergriffen hatte (besser: übereignet bekommen hatte), hatten sich die Studenten bereits selbst "übergeben", was von Bracher ja mit der Formel von der Selbstgleichschaltung beschrieben wurde.

- 1) Rolf Fieberg, Die Durchsetzung des Nationalsozialismus, a.a.O., S. 49 f
- 2) 375 Jahre Universität Gießen 1607-1982, Geschichte und Gegenwart, Katalog zur Ausstellung vom 11.5.-26.7.82 im Oberhess. Museum, Gießen 1982, S. 204
- 3) R.Fieberg, a.a.O., S. 64. Zitiert wird "Der Hessenhammer", nat. soz. Kampfblatt vom 29.5.31, PAG 88. Die Einzelheiten werden bei Fieberg geschildert.

Nach der Machtübernahme vollzogen sich im Innern der Universität einige bedeutungsvolle Veränderungen, die Professoren wie Studenten betrafen. Der Druck auf alle jüdischen Universitätsangehörigen begann sofort, die juristische Grundlage erleichterte ihn noch mehr. Das "Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen" (RGBl 1933, Teil I, S. 64) und das "Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens" vom 26.5.1933 (RGBl I, S. 293) sicherten Aktionen formal ab. Indem der Anteil der nichtarischen Studierenden an den Universitäten des Reiches auf 1,5 % festgesetzt wurde, konnten viele Studenten von der Hochschule entfernt werden. Grundlage für die Entfernung der Hochschulangestellten, Beamten und Hochschullehrer war das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933. Danach konnten Beamte, "die nicht arischer Abstammung sind", in den Ruhestand versetzt werden. Ausnahmen bildeten zunächst wie in vielen anderen Berufen und öffentlichen Bereichen die Juden, die "im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind" (RGBl Teil I, 1933, S. 175 ff). Mit dem Spionage-Erlaß vom April 1933 sollte die Studentenschaft jüdische, demokratische und kommunistische Hochschullehrer denunzieren, um die Säuberung der Beamtenschaft zu beschleunigen. Hier haben wir also einen Hinweis dafür, wie das von uns immer wieder beobachtete Denunziationsverhalten, das fast immer von Abwendungsverhalten begleitet wird, vom Staat sogar regelrecht herausgefordert wird. So verwundert es auch nicht, wenn die Universitätsakten unter dem Datum des 29. Juni 1933 festhalten:

"Es erscheinen in Vertretung des Studentenfürhrrs Adam Herr von Graeve und Herr Müller. Beide Herren erklären, daß sie gestern telefonisch die Ermächtigung von Herrn Ministerialrat Ringshausen bekommen hätten bis zu einer endgültigen Regelung am Samstag dieser Woche, zwecks Vermeidung von Unruhen, dafür Sorge zu tragen, daß keine jüdischen Studenten an Vorlesungen, Seminaren, Übungen usw. teilnehmen." (1)

Drei Fälle vor allem erscheinen uns in diesem Zusammenhang erwähnenswert: **Franz Kirchheimer** konnte gerade noch im Mai 1933 seine Promotion erfolgreich beenden, was für ihn als "Halbjude" später von einiger Bedeutung werden sollte. Er wurde kurz darauf als Assistent am Geologischen Institut aufgrund des § 4 BBG entlassen und konnte sich nur durch Tätigkeit in der Wirtschaft eine ausreichende Existenz erhalten. Sein Freund Erich Decker berichtete von einer typischen Situation, die damals passieren konnte: "Es war noch ganz am Anfang der Nazi Herrschaft, so um 1933 oder 1934. Ich war mit Franz in der Gastwirtschaft G. in Gießen. Auf der Toilette pöbelte mich ein betrunkenener SA-Mann an; was ich denn mit dem Saujuden wolle, ob der mein Freund wäre. Ich war derartig empört, daß ich alle Vorsicht vergaß und dem Kerl eine verpaßte, daß er der Länge nach hinflog. In den nächsten Tagen wartete ich nun ängstlich, ob mich der SA-Mann vielleicht angezeigt hätte. Es hätte ja das Schlimmste gesche-

- 1) Giessener Universität und Nationalsozialismus - Erfahrungen mit einer Ausstellung, dokumentiert von H.J.Böhler, R.Fieberg, U.Jordan, E.Meredig, B.Reifenrath, B.Reimann, Soziologisches Forum H. 2/1982, Gießen 1982, S. 40

hen können. Zum Glück hat er aber nichts unternommen." (1)
 Ein zweiter Fall, bei dem Abwendungsverhalten erkennbar ist, ist der des Wieseckers **Alfred Gutsmuth**, des späteren Oberbürgermeisters von Netanya, der 1978 die offizielle Städtepartnerschaft mit Gießen gegen große Schwierigkeiten durchsetzen konnte. Vielen ist er heute nur unter dem Namen Abraham Bar Menachem bekannt. Seine Kindheit und Jugend verbrachte er in Wieseck, besuchte dort 1918 bis 1921 die Volksschule, legte im Februar 1930 an der damaligen Oberrealschule in Gießen, unserer heutigen Liebigschule, das Abitur ab und studierte dann Rechtswissenschaft an der Gießener Universität. Sein Doktorvater, Prof. Wolfgang Mittermeier, kurze Zeit später wegen "politischer Unzuverlässigkeit" emeritiert, setzte sich für seinen Studenten ein, so daß dieser noch im Oktober 1933 seine Doktorarbeit beenden konnte. Gutsmuth war zuvor für eine juristische Arbeit ein Preis zuerkannt worden.

Im Interview, das ich in Netanya mit ihm führte (2), kam heraus, wie gut sich der frühere Wiesecker noch an diese Zeit als Schüler und Student in Gießen erinnerte. In seinen Erinnerungen "Spuren im Weg" ist vieles aus dieser Zeit festgehalten. Die Wiesecker Oberschüler gingen gemeinsam in die damalige Oberrealschule, spätere Liebigschule, in der Stephanstraße.

Bar Menachem konnte sich noch gut an das Rudel von Schülern mit den roten, grauen und grünen Mützen (nach Altersstufe bzw. Schule) erinnern, und es bildete sich ein Corpsgeist heraus, der bis 1930 auf der Schule nicht zerstört wurde. Nur einmal erlebte Alfred Gutsmuth ein ausfallendes Verhalten eines Lehrers: in der Quarta schlug ihn ein stellvertretender Lehrer, als er sich am Samstag mit dem Hinweis auf den Sabbat weigerte, eine Arbeit zu schreiben.

An der Uni konnte er jedoch schon sehr früh die Erfolge der NS-Propaganda erleben. Jüdische Studenten gerieten mehr und mehr in Isolation. Die meisten waren nicht in Verbindungen eingetreten; auch Alfred Gutsmuth lehnte das ab, obwohl man sich um ihn sehr bemühte. Bei den Uni-Wahlen wählte er "die wenigen Linken, die es an der Uni gab". Zur Referendarprüfung wurde er 1933 nach 7 Semestern Jura nicht zugelassen. Da kam Prof. Mittermeier auf ihn zu: "Wir werden Sie so von der Uni nicht weglassen. Ich werde Ihre Preisarbeit durchsetzen." So konnte Alfred Gutsmuth am 7.10.33 noch promovieren. (3) Gegen Ende 1933 wurde er vom Theologen Prof. Krüger, der sich schon vorher in einer mutigen Rede gegen die nationalsozialistischen Praktiken gewandt hatte, eingeladen. Krüger hatte die Verleihung eines hessischen Staatstipendiums persönlich unterschrieben, was Alfred Gutsmuth als eine hervorragende Geste empfand.

-
- 1) Gespräch mit Erich Decker im Jahre 1976 in Gießen
 - 2) Interview mit Dr. Bar Menachem am 25.5.84 in Netanya
 - 3) Die politische Verfolgung hatte Alfred Gutsmuth schon nach der Reichstagswahl vom 5.3.33 erlebt, als er als Sozialdemokrat mit anderen verhaftet und zum Plakatreinigen gezwungen wurde. Ob Prof. Mittermeier wegen seiner demokratischen Gesinnung oder wegen "politischer Unzuverlässigkeit" (siehe E. Knauf, Die jüdische Bevölkerung Gießens, S. 51) sich emeritieren lassen mußte oder die Altersgrenze erreicht hatte, ist umstritten.

Im Februar 1934 ging er nach Holland, nachdem ihm klar wurde, daß in Deutschland kein Fortkommen mehr für ihn sein würde. 4 Jahre lernte und arbeitete er bei einem Tischler namens Jung. Sein Bruder und seine Mutter folgten und gingen später in den Untergrund, als der Judenrat auf Druck der deutschen Besatzer den Umzug ins Ghetto verlangte. 1938 konnte Alfred Gutmuth nach Palästina gelangen, wo er am Aufbau des Landes in unterschiedlichen Ämtern und Funktionen tätig war.

Erwin Knauß berichtet über jene Zeit: "Einer seiner Schulkameraden, ein echter Freund durch die ganze Schulzeit bis zur Reifeprüfung und noch in der Studienzeit, mit dem er Tag für Tag bei Wind und Wetter von Wieseck nach Gießen lief, von dem eine Trennung undenkbar schien, er hatte vom 30. auf den 31. Januar 1933 die schwarze Uniform angezogen und kannte Alfred nicht mehr." (1)

Ein ähnliches Schicksal erlebte auch **Werner Schmidt**, der vielen Gießern noch bekannt ist, z.B. weil er 1946 bis 1950 zusammen mit G.Rietschel die Medizinische Klinik leitete. Später wurde Prof. Schmidt Chefarzt des Krankenhauses in Hanau. Dort lebt er heute im Ruhestand. (Sein Schicksal wird noch an anderer Stelle von uns näher betrachtet.) Werner Schmidt, geb. 1913, machte 1932 ebenfalls an der Oberrealschule sein Abitur. Er begann dann mit dem Studium der Medizin. Die alten Freunde von der Schule waren auch im Universitätsleben noch einige Zeit zusammen und feierten fröhlich miteinander. "Man hätte aber mal seine Freunde von einst nach der Machtergreifung sehen sollen. Besonders einer war darunter, der kannte einem doch glatt nicht mehr. Was unsere Familie, besonders meine Mutter, sich manchmal in den Geschäften anhören mußte, ist nicht vorstellbar." (2) 1982, also 50 Jahre später, trafen sich die Übriggebliebenen des Abiturjahrgangs in ihrer alten Liebigschule wieder, und Werner Schmidt hat seinen früheren Mitschülern eine Rede gehalten. Dabei hat er, wie er im Telefoninterview mitteilte, auch einige bittere und unangenehme Wahrheiten von sich geben müssen ... Nicht nur die Studenten und Promovenden betraf die Entlassungsaktion von 1933, auch einfache Angestellte waren betroffen. So schreibt Frau Christ, damals Irmgard Würzburger, in ihrem Lebensbericht: "Mit 19 Jahren (1929) erhielt ich die Anstellung als Sekretärin am Deutschen Seminar der Universität Gießen, in der Hauptsache für die Erstellung des "Südheßischen Wörterbuchs" und Mitarbeit am "Atlas der deutschen Volkskunde". Zu gleicher Zeit wurde ich Mitglied des dortigen "Akademischen Gesangsvereins".

Mein Vater hatte ein Geschäft für Industrie-Bedarfsartikel und belieferte, submissionsbeteiligt, die dortigen Kliniken mit Seifenpulver, Schmierseife, Bohnerwachs. 1933 wurde ihm seine geschäftliche Existenz genommen.

Meine älteste Schwester Senta studierte am Konservatorium und an der Opernschule in Frankfurt. Sie mußte ihr Studium abbrechen.

"Alle Menschen werden Brüder ..."

Im akadem. Gesangsverein probten wir für die Neunte. Am Tag der

1) R.Kralovitz, Da war nachher nichts mehr da, a.a.O., S. 10 f

2) Telefoninterview vom Dezember 1982 mit W.Schmidt/Hanau

Generalprobe erhielt ich einen Brief von dem damaligen Dirigenten (Musikdozent an der Universität). Ich wurde im eigenen Interesse und im Sinne der nationalsozialistischen Bestimmungen ersucht, der Generalprobe sowie allen weiteren Proben fernzubleiben.

Am Tage darauf erhielt ich im Seminar meine Kündigung!

Im Oktober 1933 floh ich mit meinem Freund und späteren Mann, der sich nicht von mir trennen wollte, nach Amsterdam - 1934 heirateten wir. Ich übergehe alles Leid, das Heimweh, die Schwierigkeiten im fremden Land, die Angst um die Aufenthaltsgenehmigung, welche bis zu meiner Heirat nur immer auf 4 Wochen verlängert wurde ..." (1)

An der Medizinischen Fakultät wurden insgesamt 8 Entlassungen im Zusammenhang mit dem Gesetz vom 7.4.1933 ausgesprochen. So wurde auch die technische Assistentin Martha Wertheim, geb. 1896, entlassen. Sie starb 4 Jahre später. Auch die Assistenzärzte Egon Winter und Ernst Adler (geb. 1907) mußten gehen. Letzterer ging im Mai 1933 in seine Heimat ins Saarland zurück. Es wurde uns nichts weiter über sein Schicksal bekannt.

Aus der Klinik für psychische und nervöse Krankheiten mußte der Assistenzarzt Wilhelm Grünberg (geb. 1902) gehen. Er zog im Juni 1933 nach Frankfurt/M.

Lang ist die Liste der **Professoren**, die aus rassischen Gründen ausscheiden mußten. Immerhin betrug ihre Anzahl 20 % der Ordinarien bei insgesamt 60 im Sommersemester 1933.

Aus dem Amt entfernt wurden Vertreter so ziemlich aller Fakultäten, auch prominente und international bekannte Vertreter ihres Fachgebietes wurden nicht ausgelassen. (2) So emigrierte z.B. die bekannte Archäologin und Kunsthistorikerin **Margarete Bieber** über Oxford nach New York. Sie hat eine große Zahl fachspezifischer Werke von Rang veröffentlicht; so z.B. "The Sculpture of the Hellenistic Age" (1961). Aus Gießens bekannter jüdischer Familie **Heichelheim** (benannt nach dem Ort Heuchelheim) stammte der Historiker und Archäologe Fritz Moritz Heichelheim. Nach Studium, Examen und Promotion war er am Landgraf-Ludwig-Gymnasium tätig. Seit 1929 wirkte er als Privatdozent für Alte Geschichte an der Universität Gießen. Nach seinem erzwungenen Ausscheiden am 7.5.1933 durch Nichtverlängerung des Lehrvertrags(3) wandte er sich zunächst nach Cambridge, dann nach Nottingham, bis er 1948 einen Ruf nach Toronto (Kanada) bekam, wo er griechische und römische Wirtschaftsgeschichte lehrte. 1948 wurde er in diesem Fachgebiet von seiner Heimatuniversität Gießen zum Honorarprofessor ernannt. Er hat außerordentlich viel in seinem Fachgebiet geleistet. Bekannt ist seine Veröffentlichung "Wirtschaftsgeschichte des Altertums".

- 1) Brief von Frau Irmgard Christ an E.Knauß vom 25.8.82
- 2) Alle Angaben nach E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 51 ff, weiterhin nach Hans Georg Gundel, Peter Moraw, Volker Press (Hrsg.), Gießener Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts", Marburg 1982
- 3) 375 Jahre Universität Gießen 1607-1982, Geschichte und Gegenwart, Katalog zur Ausstellung vom 11. Mai bis 25. Juli 1982, Gießen 1982, S. 192

Der bekannte Physiker **George Jaffé** hatte von 1926 - 1933 den Lehrstuhl für theoretische Physik in Gießen inne. Für ihn galt zunächst noch die von Hindenburg erreichte Ausnahmeregelung, daß ein hochdekorierter Teilnehmer des 1. Weltkriegs nicht zu entlassen sei. Doch schon im Sommersemester 1933 mußte er den Beginn der Vorlesungen verschieben und wurde am 1.7.1933 entlassen. Danach war er zunächst Privatgelehrter in Freiburg und ging dann kurz vor dem 2. Weltkrieg nach den USA, wo er Professor in Baton Rouge (Louisiana) wurde. Jaffé wurde 1952 voll rehabilitiert und mit der Ehrensensatorwürde der Gießener Universität ausgezeichnet. Er hat ebenfalls zahlreiche bedeutende Veröffentlichungen gemacht. Sein Nachlaß erwies, daß er nicht nur Physiker war, sondern auch künstlerische und dichterische Fähigkeiten besaß.

Die Entfernung aus dem Amt machte selbst vor den schon emeritierten Professoren nicht halt, wie das Beispiel des Mathematikers Prof. **Ludwig Schlesinger** beweist. Dieser war von 1911 - 1930 am mathematischen Seminar der Uni Gießen tätig gewesen. Trotz seiner Emeritierung nahm man ihm am 20.7.1933 die Lehrbefugnis. Auch er hatte viele und bedeutende Veröffentlichungen vorzuweisen.

Erst im Ausland wurde der 1911 geborene **Bernhard Teitler** (Kirchenplatz 8 in Gießen) ein bedeutender Hochschullehrer für Mathematik. In Gießen mußte er 1933 seine mathematische Doktorarbeit abbrechen und Deutschland verlassen. Er gelangte schließlich noch im gleichen Jahr nach Palästina und setzte seine Studien nach einer Tätigkeit als Landwirt und Bauarbeiter und nach schwerer Verwundung fort. 1953 - 59 war er Professor in Haifa (Israel), ab 1959 Mathematikprofessor in den USA, zuletzt in Buffalo (Staat New York). Die Zahl seiner Veröffentlichungen ist außerordentlich groß. Er war anlässlich des 375jährigen Jubiläums der Uni Gießen 1982 wieder hier. Er lebt heute als **Dov Tamari** in Haifa (Israel).

Ein besonderes Schicksal hatte der Professor für neuere deutsche Literaturwissenschaft, der durch seine Veröffentlichungen noch vielen Studenten der Nachkriegszeit bekannt wurde, **Karl Vietor**. Er schied im September 1937 zur Übernahme einer Professur in den USA aus dem deutschen Staatsdienst aus. In Wahrheit war Druck auf ihn ausgeübt worden, weil er als "jüdisch versippt" galt, da er eine Jüdin zur Frau hatte. (1)

In der **medizinischen Fakultät** wurde der Rausschmiß der jüdischen Professoren schnell und mit aller "Gründlichkeit" betrieben. Hier schien uns auch noch etwas von dem Rivalitätsdenken und der Hackordnung, die gerade in dieser Fakultät besonders ausgeprägt war, mitzuwirken. Stolz konnte daher im September 1934 der SS-Obersturmführer X. in einem Schreiben an den Führer der 83. SS-Standarte in Gießen schreiben: "Im Verlaufe der nationalsozialistischen Revolution im Frühjahr 1933 wurde ich von der Kreisleitung der NSDAP in Gießen beauftragt, im Bereich der Gießener Universitäts-Kliniken die dazu notwendigen

1) Seine Ausbürgerungsakte von 1943 befindet sich im Stadtarchiv

Maßnahmen vorzubereiten. Es wurden damals die jüdischen Ärzte aus den Kliniken entfernt, ausgesprochene Doppelverdiener-Stellen beseitigt und aus den ganzen Betrieben, die durchweg marxistisch terrorisiert verwaltet wurden, die Haupträdelsführer der Marxisten entfernt." (1)

Ein schon kurioses Beispiel für Verfolgung stellt in diesem Zusammenhang der emeritierte Professor **Julius Geppert** vom Pharmakologischen Institut dar. Geppert wurde die Lehrbefugnis wegen seiner jüdischen Abstammung entzogen. Von ihm wird im GA vom 14.1.1916 zitiert: "In der Medizin. Fakultät hatte Julius Geppert uneingeschränkte Zustimmung erfahren, als er 1907 gegenüber den russischen Studenten in Gießen seiner Ausländer- und Judenfeindlichkeit und auch, kaum verdeckt, seiner Revolutionsfurcht Ausdruck gegeben hatte." (2) Geppert starb 1937 in Gießen.

Prof. **Egon Pribram** (1885 geb.) war 1921 an das Krankenhaus des Bethanienvereins in Frankfurt gegangen, hielt aber noch in Gießen Vorlesungen an der Frauenklinik. Ihm wurde die Lehrbefugnis am 20.7.1933 entzogen. Er zog dann nach Frankfurt/M. Wie ein gehässiger Artikel aus der Oberhessischen Tageszeitung vom 10.2.1938 beweist, wurde er wohl gegen Herbst 1937 verhaftet und kurz darauf wegen "Urkundenfälschung nach § 270 des StGB, des Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes, des Vergehens gegen die Paßvorschriften und gegen das Titelgesetz" angeklagt und zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten verurteilt. (3) Pribram war dabei in die Mühlen der NS-Rassejustiz nach den Nürnberger Gesetzen geraten. Er wollte wohl 1936 nach Österreich auswandern und versuchte dabei, seine jüdische Herkunft nicht publik werden zu lassen. Das sollte wohl (wem ist das heute nicht verständlich) mit Hilfe des Taufscheins geschehen. Die polizeiliche Vernehmung (wohl unter Druck) brachte alles ans Licht, auch daß er sich in Inseraten noch als Professor bezeichnet hatte. "Die Führung des Professorentitels, den er seinerzeit von der Universität erhalten hatte, war dem Angeklagten untersagt." Es wurde also ganz so getan, als hätte Pribram nicht aufgrund von Verdienst und Leistung diesen Titel erworben, sondern von der Universität geschenkt erhalten, und das könne ihm durch einen politischen Akt jederzeit wieder genommen werden. Wieder ein Beispiel mehr, wie Können und Leistung nicht mehr zählten und die Rassepolitik des III. Reiches alle anderen Kriterien aus dem Feld schlug. Pribram floh zunächst nach Schanghai und ging dann später (1949) in die USA. (4)

Ähnliches gilt auch für Prof. **Franz Soetbeer**, dessen Schicksal nach 1933 wir noch besonders betrachten. Er bekam ebenfalls am 20.7.33 die Lehrbefugnis entzogen, obwohl er seit 1908 als Oberarzt und ao.

- 1) Aeskulap & Hakenkreuz, Zur Geschichte der Medizin. Fakultät in Gießen zwischen 1933 und 1945, eine Dokumentation der Arbeitsgruppe "Medizin und Faschismus" v. Helga Jakobi, Peter Chroust und Matthias Hamann, Gießen 1982, S. 46
- 2) Frontabschnitt Hochschule, a.a.O., S. 117 und S. 156 und Aeskulap & Hakenkreuz, a.a.O., S. 49
- 3) Oberhess. Tageszeitung (O.T.) vom 10.2.1938
- 4) Aeskulap & Hakenkreuz, a.a.O., S. 49

Professor an der Medizinischen Klinik in Gießen gewirkt hatte, also ein Vierteljahrhundert lang!

Prof. **Alfred Storch** (1888-1962) ist nur wenigen älteren Gießern noch bekannt. Er hatte sich in Gießen habilitiert mit der Arbeit "Über Orientierungsfähigkeit auf niederen Organisationsstufen" und dabei die Erfahrung wiedergegeben, "daß sich die Phänomene des gesunden wie kranken Seelenlebens nur begreifen lassen, wenn man sie als Äußerungen der menschlichen Person erfaßt, der sie zugehören, wobei der Mensch nicht als ein isoliert dastehendes, sondern immer schon in einer bestimmten Welt befindliches Wesen gesehen werden muß. Jeder Mensch, jedes Lebewesen überhaupt hat seine Welt." (1) Das bedeutete, daß bei der Heilung des psychisch Kranken seine Umwelt, seine Mitmenschen mit einbezogen werden mußten - eine moderne Erkenntnis, die heute bei der Heilung nicht mehr weggedacht werden kann. Nach seiner Entlassung 1933 ging Storch in die Schweiz und war an der Heil- und Pflegeanstalt Münsingen tätig. 1950 (mit nun 62 Jahren!) habilitierte er sich an der Uni Bern. In Gießen hatte er vor seiner Entlassung vor der Ernennung zum apl. Professor gestanden. Er teilte das Schicksal vieler Emigranten, die sich materiell nicht besonders gut standen. Zu seinem 70. Geburtstag wurde ihm eine späte Rehabilitierung zuteil, als ihm die Uni Gießen den Titel eines Honorarprofessors verlieh. Welch eine Kapazität auf dem Gebiete der Psychiatrie, aber auch welch ein Arzt und Mensch durch den Akt der Nazis Gießen verlorengegangen war, wird ersichtlich aus der Rede Prof. von Bayers: "... einen der spirituellsten Menschen, die er jemals gesehen habe, mit einer unglaublich intensiven geistigen Ausstrahlung. Er sei schlicht, sehr zurückhaltend und bescheiden gewesen, ... von einer unglaublichen, fast asketischen Geistigkeit. Er sei aber völlig verbittert gewesen." (2)

Wie beim Beispiel von Egon Pribram (schon 1933 als 3/4 Jude erklärt!) und dem anderer entlassener Mitglieder der Universität Gießen zu sehen war und im Bereich des Handels und der Wirtschaft noch zu sehen sein wird, ging Gießen mit der Selbstgleichschaltung anderen Städten voran. An mehreren Fällen wurde uns das klar.

Der Historiker **Richard Albrecht Laqueur** (1881-1959) war von 1912 bis 1931 Ordinarius für Alte Geschichte an der Uni Gießen gewesen. Er ging dann nach Tübingen und schließlich 1932 nach Halle. Dort wurde er erst relativ spät (gemessen an Gießener Verhältnissen) am 31.12.1935 zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Im Februar 1939 konnte er noch nach den USA emigrieren. Mit 71 Jahren kam er nach Hamburg, nahm seine wissenschaftliche Arbeit wieder auf und erhielt noch mit 78 Jahren eine Honorarprofessur.(3)

Leo Rosenberg (1879-1963) war seit 1912 a.o. Professor und dann Ordinarius für Zivilrecht und Zivilprozeßrecht in Gießen. 1932 ging er

1) Aeskulap & Hakenkreuz, a.a.O., S. 51

2) Ebd., S. 52

3) E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 63 f

nach Leipzig. Er wurde im März 1934 entlassen und zog nach Bayern. Nach dem Krieg lehrte er bis 1952 in München Zivilprozeßrecht; sein "Lehrbuch des Zivilprozeßrechts" wurde zu einem Standardwerk. (1)

Der Psychiater **Friedrich Samuel Rothschild** (geb. 1899 in Gießen) konnte noch 1935 sein bedeutendes Werk "Symbolik des Hirnbaus" veröffentlichen. Er emigrierte 1936 nach Palästina und wurde 1954 (mit immerhin 55 Jahren) Professor an der Hebr. Universität Jerusalem.

Der 1876 in Karlsruhe geborene **Paul Karl Mombert** (2) war 1911 in Freiburg zum a.o. Professor ernannt worden. 1922 folgte er einem Ruf auf den Lehrstuhl für Nationalökonomie in Gießen. Mombert war zwar Weltkriegsteilnehmer mit Auszeichnungen und schon vor Beginn des 1. Weltkrieges Beamter gewesen, sollte aber dennoch nach § 4 des BBG (politische Unzuverlässigkeit) aus dem Dienst entlassen werden. Durch Eingabe konnte er erreichen, daß der § 6 des BBG auf ihn angewandt wurde, womit seine Entlassung in eine Versetzung in den Ruhestand umgewandelt wurde. Mombert verzog nach Trier, dann nach Stuttgart als Privatgelehrter. Trotz schwerer Krankheit wurde er im Zusammenhang mit den Ereignissen der Reichskristallnacht verhaftet und starb im Dezember 1938 an den Folgen von Mißhandlungen. Mombert hat sich durch zahlreiche Publikationen, vor allem im Bereich der Bevölkerungslehre und Finanzwissenschaft, einen Namen gemacht.

Ebenfalls 1922 hatte der 1895 in Berlin geborene **Julius Lewy** (3) seine Lehrtätigkeit in Gießen begonnen. Er war Privatdozent für Semitische Philologie. 1927 wurde er apl. Professor, 1929 erhielt er die Lehrbefähigung für die Geschichte des Alten Orients. Lewy wurde am 1.7.1933 entlassen und verließ kurze Zeit später Deutschland. Nach Gastprofessur an der Sorbonne von Paris und kurzem Aufenthalt in Palästina ging er 1934 nach den USA, wo er 1940 ord. Professor für semitische Sprachen und Biblische Geschichte am Hebrew Union College in Cincinnati wurde. Er starb dort 1963. Auch er hat viele Veröffentlichungen zu Geschichte, Kultur, Religion des Alten Orients herausgebracht.

Die beiden letzten Beispiele zeigen wieder einmal den unterschiedlichen Lebensweg, den Universitätsprofessoren nahmen. Der weitaus überwiegende Teil ging ins Ausland und hatte nur im Anfang das bittere Brot der Emigration zu essen. Aufgrund der fachlichen Kompetenz konnten viele dann in ihrem ursprünglichen Wirkungsbereich weiter tätig bleiben. Die in Deutschland gebliebenen sind fast alle umgebracht worden. Rücksicht auf fachliche Leistung wurde nicht genommen. Es war den Nationalsozialisten gleich, ob damit ein ungeheurer geistiger Substanzverlust eintrat, der sie selbst und Deutschland auf Jahre hinaus schädigte. Daran kann man die zentrale Bedeutung der (pseudowissenschaftlichen) Rassenlehre in der NS-Ideologie auch wieder erkennen.

1) E.Knauf, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 68

2) Ebd., S. 66 f

3) Ebd., S. 65 f

c) Kulturelles Leben - Stadttheater

Ein wichtiger Bereich war den Nationalsozialisten das Theaterleben schon, aber bei der Entfernung der jüdischen und andersdenkenden Menschen hatte der Ort geistiger Beeinflussung der kommenden Eliten, die Universität, Vorrang. Außerdem konnte man beim Theater wie auch schon in vielen Fakultäten der Universität mit der Tendenz zur Selbstgleichschaltung rechnen. Wolfgang Kahmann hat in einer Examensarbeit diese Tendenz bestätigt und mit Zahlen und Fakten belegt, so daß wir uns im wesentlichen auf seine Arbeit stützen konnten.

Schon die Ablösung des bisherigen städtischen Theaterdezernenten, des deutsch-nationalen Stadtrates Dr.Hamm, zeigte den Willen zur Veränderung an.

"Im Theater selbst machte sich eine Haltung bemerkbar, die sich durch Opportunismus und immer offenkundig werdender Parteinahme für die Regierung der nationalen Revolution charakterisieren läßt. Einerseits stellten sich nun einige Ensemblemitglieder der Mehrzahl ihrer Kollegen als Pg's vor und schmückten ihre Kleidung mit dem Parteiabzeichen, andererseits setzte die Dramaturgie unter Wolfgang Kühne in der laufenden Spielzeit einige unmißverständliche Akzente."

(1)

Die Kontrollmöglichkeit des Propagandaministeriums wurde ermöglicht durch die Tatsache, daß der Spielplan durch die Reichstheaterkammer überwacht werden konnte. Der OB der Stadt hatte dabei die Möglichkeit der Einflußnahme und Gestaltung, nicht der verantwortliche Dramaturg.

Wie in vielen anderen öffentlichen Bereichen begann auch am Theater der Druck auf die Ensemblemitglieder mit dem Verlangen, ihre Ariernachweise vorzulegen. Zwei jüdische Schauspieler konnten diesen nicht erbringen. Das im Mai 1934 verkündete Theatergesetz bezog aber nun sogar die jüdisch "Versippten" mit ein, d.h. der erste Dramaturg und Schriftleiter der Programmhefte, Wolfgang Kühne, der mit einer Jüdin verheiratet war, kam in Schwierigkeiten. Da Kühne aber in der Gießener Bevölkerung recht angesehen war, wurde er nicht entlassen, jedoch wurde sein Einfluß auf die Spielplangestaltung unmöglich gemacht und er zum Spielleiter und Schauspieler zurückgestuft. Es hatte Kühne auch nichts geholfen, daß er sich gleich 1933 anzupassen versucht hatte, indem er NS-Dichter und völkische Dramen hatte aufführen lassen. Viele Juden oder mit Juden verheiratete Deutsche sollten schnell erfahren, daß die Einstellung der Nazis eine grundsätzlich antagonistische war, die keine Kompromisse und Anpassungen zuließ. Wer diese Lehre rechtzeitig begriff, konnte sein Leben noch retten, vorausgesetzt er hatte den Willen und auch die Mittel. Wolfgang Kühne, so konnten wir aus den Akten entnehmen, bekam auch immer wieder eine kurzfristig verlängerte Sondergenehmigung, die ihm bis 1938 gegeben wurde. Er ging schließlich mit seiner Familie nach Berlin, wo er dank Vermittlung von Gustaf Gründgens an der Komischen Oper angestellt wurde.

- 1) Wolfgang Kahmann, Das Gießener Stadttheater im Nationalsozialismus, Selbstverlag Wolfgang Kahmann, Gießen 1983, S. 127

Der Schauspieler Karl Bruck hingegen wurde wegen seiner jüdischen Religionszugehörigkeit entlassen, Edith Berger verlor wegen jüdischer Abstammung schon 1933 ihre Stellung.

Die Anpassung machte sich schon 1933 sehr früh bemerkbar.

"Mitglieder des Ensembles, deren Sympathie für demokratische Parteien vor der Machtübernahme offenkundig war, zogen sich aus der öffentlichen Diskussion zurück und gaben sich nach außen mit der neuen Regelung zufrieden. - Dafür meldeten sich nunmehr nun alte Pg's zu Wort, die ihre Stunde gekommen sahen, mehr oder minder politisch motiviert, mit einigen Kollegen des Ensembles 'abzurechnen'." (1)

So stießen wir auch hier wieder auf zwei Beispiele von Denunziation, die für das ganze Klima (und System) typisch erscheinen. Dem Schauspieler Anton Wahlen wurde vorgeworfen (1935), er habe in einem "nicht-deutschen Geschäft" eingekauft. Herausgekommen war die ganze Sache, weil sich das Schuhwarengeschäft L.Süss am 9.7.35 (!) an die Stadtverwaltung gewendet hatte und auf diesem Wege eine Schuld Wahlens von 1933 eintreiben wollte. (2) "So lächerlich an sich dieser Vorgang aus heutiger Sichtweise zu bewerten ist, gilt es doch zu beachten, daß damals manch eine Verleumdung den Ausgangspunkt für politische Verfolgung setzte." (3)

Ein gravierendes Beispiel von Anschwärzen stellt der Brief des Kappellmeisters und Betriebsobmanns C. bei der Stadtverwaltung dar. Nach C. soll Kühne während einer Veranstaltung zum 1. Mai gesungen haben, "Goebbels und Hitler, das sind Vermittler, die man am besten nur von hinten sieht" (4). C. setzte hinzu: "Kühne, der eine Jüdin zur Frau hat, mußte sich ganz besonders befleißigen, mit seinen Äußerungen vorsichtig zu sein, da ihm bis jetzt von nationalsozialistischer Seite nicht die geringsten Schwierigkeiten gemacht wurden, obwohl man ganz genau wußte, daß er vor der Machtübernahme im kommunistischen Lager war." (5)

Kühne beteuerte bei einer Vorladung seine Unschuld, das konnte aber C. nicht abhalten, seinen Behauptungen neue hinzuzufügen. Der OB mußte weitere Zeugen anhören, schloß aber den Fall schließlich ab mit der Erklärung: "Die Überprüfungen haben ergeben, daß die Anschuldigungen haltlos sind und auf gehässiger Schwätzerei beruhen." (6)

2 Jahre später mußte der OB Ritter, selbst NSDAP-Mitglied, wieder für den von der Kündigung bedrohten Kühne eintreten und erreichte auch tatsächlich die Aufhebung der Kündigung. Dabei mußte er besonders die damals geforderten Tugenden hervorheben:

"Bis 1933 war er als Dramaturg tätig und hatte in der Vorlage der aufzuführenden Stücke einen gesunden natürlichen Sinn gezeigt. Die

- 1) Kahmann, Das Gießener Stadttheater, a.a.O., S. 135
- 2) StAGi Nr. 1141 "Stadttheater - Personalangelegenheiten 1931/1943", Dok. 3 und 4
- 3) Kahmann, Das Gießener Stadttheater, a.a.O., S. 135
- 4) StAGi Nr. 1151 "Stadttheater - Besoldungen und Wiederverpflichtung für neue Spielzeit 1935/1948"
- 5) Schreiben vom 4.5.35 an den OB, StAGi Nr. 1151
- 6) StAGi Akte Nr. 1151

Nachprüfung hat ergeben, daß er auch von der damaligen Zeit mit ihren Auswüchsen nicht angekränkt wurde. Im ganzen bestätige ich ihm, daß er fleißig und zielbewußt gearbeitet hat und als Spielleiter einer gesunden Auffassung zum Durchbruch verhalf." (1)

Noch kurz zuvor, am 29.6.37, hatte der OB Kühne kündigen müssen "auf Grund der Nr. 6 der 2. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 4. Mai 1933", d.h. wegen seiner jüdischen "Versippung". (2) Ja, wenn der Kühne nicht seinen Ritter gehabt und der kühne Ritter nicht für seinen Schauspieler eingetreten wäre! (3)

Für Gießen war Kühne dann 1938 nicht mehr zu halten, für Berlin ging es, weil Gründgens protegierte. Man sieht: selbst ein so lückenlos durchorganisiertes und bürokratisches System wie das nationalsozialistische ließ noch regional Menschlichkeit zu, und es kam auf den Mut von einzelnen an, den Bedrängten zu helfen (aber auch das lebensnotwendige Vitamin B = Beziehungen durfte nicht fehlen). (4)

Eine größere Akte findet sich über den Theaterarbeiter in der Theaterwerkstatt Daniel Goldschmidt, der selbst als "Volljude" noch bis 1944 am Theater bleiben konnte. (5) Dann ging man auch an die sog. privilegierten Mischehen, d.h. arische und jüdische Ehepartner, die man nach bewährter Manier mit anderen ähnlichen Ehepaaren zusammenzuleben zwang. Von dieser Entwicklung wird später noch zu berichten sein.

Die Theaterleute, das konnte uns auch Paul Nieren, der frühere Dramaturg, bestätigen, standen jedenfalls immer hinter ihrem Daniel Goldschmidt. (6) Diese Aussage ist auch aus den Akten zu belegen. Natürlich mußte immer ein den Nazis plausibler Grund gefunden werden, um Goldschmidt noch weiter zu halten.

Noch am 6. Januar 1944 schreibt Intendant Ludwig an Bürgermeister Dr. Hill: "Der Mann Nr. 4 (Goldschmidt), der seit 35 Jahren im hiesigen Theaterbetrieb tätig ist, soll jetzt ebenfalls dem Theater verloren gehen, trotzdem er sich in jeder Weise unauffällig für den hiesigen Betrieb einsetzt und zu keinerlei Klage Anlaß gibt." (7) Diese Stellungnahme für einen "Volljuden" bedeutete damals schon sehr viel, es ist aber auch die "nachgeordnete Position" oder die "Teilnahme am 1. Weltkrieg als Frontsoldat" gewesen (8), die hier ausschlaggebend für die lange Beschäftigung waren. In anderen Städten hat man auf diese Merkmale schon sehr früh keine Rücksicht mehr genommen, in Gießen in anderen Bereichen, die nur entfernt mit Öffentlichkeitsarbeit zu tun hatten, sehr bald auch nicht mehr.

- 1) StAGi Nr. 1141, Dok. 5 Dienstleistungszeugnis des OB vom 30.8.37
- 2) StAGi Nr. 1141, Dok. 6
- 3) StAGi Nr. 1141, Dok. 7 und 8
- 4) Interessant sind die Begründungen der einzelnen Stellen, siehe StAGi Nr. 1141, Dok. 9 und 10
- 5) StAGi Nr. 1141
- 6) Interview mit Paul Nieren aus Anlaß unserer Ausstellung am 19.6.83 im Burgmannenhaus
- 7) StAGi Nr. 1141
- 8) Kahmann, Das Gießener Stadttheater, a.a.O., S. 134

Im Februar 1944 war trotz Arbeitskräftemangels der bewährte Arbeiter Goldschmidt nicht mehr am Theater zu halten. Nicht etwa, daß er in der Kartonagenfabrik, wo er nun beschäftigt wurde, nötiger gewesen wäre. Die Endlösung auch mit den Juden, die noch übrig geblieben waren, rückte näher. Am 15.2.1944 schrieb der Intendant an die Stadt: "Ich überreiche in der Anlage mit der Bitte um Rückgabe die Akten des Juden Daniel Israel Goldschmidt, der uns seit einigen Tagen ohne jedweden Ersatz weggenommen wurde und nun in einer hiesigen Kartonagenfabrik tätig ist." (1) Der OB gibt in seinem Schreiben an das Arbeitsamt zwar keinen offiziellen Entlassungsgrund an ("... mußte ... aus dem Arbeitsverhältnis beim Theater entlassen werden"), aber jeder wußte, warum das geschah. Im Februar 1945 wurde dann Daniel Goldschmidt (wie auch Frau Scheurer) abgeholt und nach einem Zwischenaufenthalt im Gießener Theater (!) nach Theresienstadt verschleppt, wo er mit den anderen Gießenern Ende Mai 1945 befreit wurde.

"Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß in Gießen in der Phase nach der Machtergreifung alle zur theaterpolitischen Umstellung nötigen personellen Voraussetzungen geschaffen wurden, um das Theater an den Propagandawillen des NS-Regimes anzuschließen und es als ideologisch-gesichertes, publizistisches Organ funktionieren zu lassen. Einzelne Denunziationen innerhalb des Ensembles übten in der Folge eine zusätzliche soziale Kontrolle aus, die politisch insgeheim Andersdenkende zu besonderem Wohlverhalten anhielten." (2)

d) Jüdische Geschäftsleute - erste Boykotte, Terror, Druck

Die sogenannte Machtergreifung war noch nicht lange vorbei, da geschahen schon die ersten Ausschreitungen und Boykotte gegenüber deutschen Juden. Einzelne jüdische Rechtsanwälte, Richter, Ärzte wurden terrorisiert und unter Druck gesetzt. "Neben dieser offensichtlich weitgehend zentral gesteuerten Aktion gegen jüdische Juristen, die bald in die gesetzlichen Berufsverbote vom April 1933 einmündeten, kam es in Städten und Dörfern zu weiteren Ausschreitungen, Boykotten und Terrorakten, die meist von der örtlichen SA ausgingen. So haben spätere Verfahren über Gewalttaten in Gedern, Hungen (3) und Gladenbach vom März 1933 aufgezeigt, daß die SA, nachdem am 7. März 1933 ein Reichskommissar die Polizeigewalt im Bereich des Volksstaates Hessen übernommen hatte, diese Situation und den nachfolgenden Regierungswechsel sofort ausnutzte, um örtliche Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung durchzuführen. Diese Vorgänge haben in der schriftlichen Überlieferung nur selten einen

1) StAGi Nr. 1141, Dok. 11 und Dok. 12

2) Kahmann, Das Gießener Stadttheater, a.a.O., S. 138

3) Diese Vorgänge sind in Prozeßakten wiedergegeben. Sie werfen auch ein bezeichnendes Licht auf die deutsche Nachkriegsjustiz! Die Dokumente sind nachzulesen bei Moritz, Klaus und Noam, Ernst, NS-Verbrechen vor Gericht, Wiesbaden 1978, S. 44-53

Niederschlag gefunden, weil die Zeitungen schon damals im allgemeinen nicht mehr darüber berichten konnten oder wollten und Polizei und Justiz meist selbst dann nicht einschritten, wenn die Betroffenen es wagten, Anzeige zu erstatten." (1)

Solche Ausschreitungen kamen auch z.B. in Gießen am 13. März 1933 vor, als Mitglieder und Funktionsträger von KPD, SPD und Gewerkschaften durch Gießen "geführt" und viele anschließend in Lokale der SA und SS gebracht und dort z.T. schwer mißhandelt wurden. (Darüber erfolgt Näheres beim Thema Widerstand.) Dabei waren auch Juden, vor allem zu erwähnen S.Katz, der später nach Palästina entkommen konnte und mit unserem Zeitzeugen W.Deeg noch häufig korrespondierte. Die Verfolgung geschah hier aus vorwiegend politischen Gründen (wie auch bei M.Rosenbaum aus Wieseck), die rassistischen Ressentiments kamen noch hinzu und vervollständigten so das Bild, das die Nationalsozialisten vom jüdisch-bolschewistischen "Ferment der Dekomposition" hatten. Der Unterschied dieser politischen Juden zu den meisten anderen Juden in Handwerk, Handel, Industrie und Beamtenschaft war aber der, daß diese Juden schon sehr früh mit nationalsozialistischer Gewaltanwendung zu tun hatten und bereits zu diesem Zeitpunkt und später immer wieder KZs, Gefängnisse, Straflager, Schläge, Polizeikontrollen usw. kennenlernten. Sie konnten auf diese Weise erkennen (wenn sie es nicht schon vor 1933 erfahren hatten), welche fundamental andere Kraft nun an die Macht gekommen war, mit der Kompromisse nicht mehr möglich waren. Während also die Juden, die sich in politischer Abstinenz gehalten oder gar politisch rechtsstehende Parteien unterstützt hatten, noch lange in dem Glauben (oder sollte man besser sagen: Wahn) befangen waren, das seien alles nur Anfangsschwierigkeiten eines neuen Systems, Hitler werde bald gezähmt, er werde in der Verantwortung wachsen, man könne ja immer noch andere Schritte überlegen, wenn es schlimmer werde, oder man könne ja, wie in der Geschichte der Juden im Abendland oft geschehen, vieles mit Geld und Einflußnahme noch abwenden, hatten die **politischen** Juden ganz anderes Wissen und andere Erfahrungen. Sie erkannten, daß der Nationalsozialismus auf ihre Entfernung und, wenn das nicht gelingen sollte, Vernichtung aus war – eine politische Situation, wie sie in der Geschichte ohne Beispiel (auch nicht in der mittelalterlichen Geschichte) dasteht, weil jetzt zum ersten Mal die Machtmittel eines modernen Staates zentral gesteuert zur Verfolgung einer leicht erfaßbaren und kontrollierbaren Gruppe eingesetzt wurden.

So handelt es sich auch bei der Ankündigung eines allgemeinen Boykotts jüdischer Geschäfte, der am 1. April 1933 beginnen sollte, "um die erste antijüdische Aktion, die zentral auf Reichsebene durchgeführt wurde. Sie wurde am 26. März von Hitler und Goebbels beschlossen und über die Parteileitung der NSDAP und die Gauleiter inszeniert." (2) Auch in Gießen kam es daraufhin zu einer "Boykottbewegung gegen jüdische Geschäfte", wie der GA vom 2.4.33 diese Aktionen überschrieb:

-
- 1) Wolf Arno Kropat, Die hessischen Juden im Alltag der NS-Diktatur 1933–1939, in: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen, Wiesbaden 1983, S. 412 f
 - 2) Ebd., S. 413

"Heute morgen pünktlich gegen 10 Uhr wurden die jüdischen Geschäfte unserer Stadt mit 1 bzw. 2 SA-Posten besetzt, die von den verschiedenen Standortlokalen aus nach den Geschäften beordert wurden. Eine große Menschenmenge verfolgte überall die Ereignisse mit starkem Interesse. Eine Reihe jüdischer Geschäftsinhaber hatte heute morgen nicht geöffnet. Bisher kam es zu keinerlei Zwischenfällen. Die Besetzung der Geschäfte mit SA-Posten vollzog sich in aller Ruhe. In den Straßen herrschte starker Publikumsverkehr." (1) Mehrere Dinge sind an dieser Nachricht bemerkenswert:

1. Die Aktion war klar geplant, die einzelnen Schritte zentral festgelegt (Unterschied zu 1938).
2. Der Abbau des Rechtsstaates ist schon deutlich zu bemerken - die SA kann sich Polizeibefugnisse anmaßen.
3. Der demokratische Staat von Weimar ist bereits abgebaut - Widerstand regt sich nicht, die SA kann ihre Polizeiaktionen ohne Behinderung oder Belästigung durchführen, die Menge gafft und tut nichts.
4. Erstaunlich - auch die jüdischen Geschäftsinhaber scheinen informiert oder zumindest ahnungsvoll gewesen zu sein (Unterschied zu 1938).
5. Beachtlich die große "Disziplin" bei der Durchführung der Aktion. Das geht auf einen nicht immer beachteten Befehl der Gauleiter an die Boykottkomitees zurück. Wenn auch in manchen Städten mehr gefordert wurde als nur der Boykott jüdischer Geschäfte (auch der Anwalts- und Arztpraxen, der Kinos), so beschränkten sich doch die Aktionen meist nur auf die Geschäfte. Die Frage ist nun, was diese ganze Aktion, die wie nach vorher einstudiertem Drehbuch aussah, überhaupt bewirken sollte.

In ihren Aufrufen hatten die örtlichen Aktionskomitees erklärt, sie wollten mit dem Boykott etwas gegen die "Greuel- und Boykott-hetze" der ausländischen Juden unternehmen. "Tatsächlich machten sich jüdische Organisationen im Ausland berechtigte Sorgen über den zunehmenden Terror gegenüber ihren deutschen Glaubensgenossen. Wenn auch einzelne jüdische Gruppen ihre Befürchtungen auf öffentlichen Kundgebungen zum Ausdruck gebracht und vereinzelt zu einem Boykott deutscher Waren aufgerufen hatten, so war die Boykottaktion vom 1. April sicherlich der ungeeignetste Weg, um das Ausland über die Politik Hitlers gegenüber den deutschen Juden zu beruhigen. Tatsächlich wurde der Boykott mit Rücksicht auf die Reaktion des Auslandes schließlich auf nur einen Tag beschränkt und in dieser Form auch nicht weitergeführt, wie zunächst angekündigt worden war." (2) Man sieht also an diesem Ablauf, daß Hitlers System zwar innenpolitisch schon dabei war, hingenommen und sogar begrüßt zu werden. Außenpolitisch hatte die NS-Führung aber noch erhebliche Rücksichten zu nehmen, was die verlogene, aber wirksame "Friedensrede" Hitlers vom 17. Mai 1933 beweist. Hier ergeben sich interessante Erkenntnisse für die Antwort auf die Frage nach ausländischer Interventionsmöglichkeit!

Ein Effekt, der auch mit der Aktion erzielt werden sollte, war, die langsame Zerstörung der materiellen Basis der Juden und ihre Ver-

1) GA vom 2.4.1933

2) Kropat, Die hessischen Juden, a.a.O., S. 413

treibung ins Ausland voranzutreiben. Einige Geschäftsleute in Gießen zeigten denn auch Wirkung, mehr jedenfalls als die Bevölkerung, die oft so reagierte, wie uns die Zeugin Fi. beschrieb: "Anständige Menschen gingen da nicht hin. Viele Schaulustige wollten mal sehen, was wirklich geschehen war." (1) So verließen auch damals die ersten Gießener Juden, Geschäftsleute wie Intellektuelle, ihre Stadt und ihr Land, um zunächst einmal aus nächster Nähe (Beneluxstaaten etc.) abzuwarten und eine Rückkehr vorzubereiten.

Die antijüdische Politik der Nationalsozialisten wurde jedenfalls mit dieser Aktion kanalisiert und damit zugleich eine erste Probe für Regisseure und Akteure gemacht, die sich später bei geeigneter Gelegenheit (wenn die Wachsamkeit der Juden wieder eingeschläfert war) wiederholen ließ. Ernst Niekisch charakterisierte treffend die ganze Aktion so:

"Im frischen Schwung der nationalsozialistischen Anfangserfolge hatte Streicher den allgemeinen Judenboykott gefordert; die kleinbürgerlichen Massen leckten bereits die Zunge nach der Beute, die sie sich davon versprochen. Das Echo freilich, das vor allem aus England und Amerika herüberklang, benahm Hitler den Mut. Er wollte vor dem Ausland wie vor seinen Massen bestehen: ein eintägiger Boykott sollte andeuten, wessen das Dritte Reich fähig sei, ohne doch zugleich Anlaß zu bieten, an der realpolitischen Mäßigung der neuen Herren Deutschlands zu zweifeln. Mit kläglichen Finten wurde der Boykott als 'Warnung' inszeniert, die sich gegen die Greuelhetze des internationalen Judentums richte. Nach diesem Schreckschuß sollte dem Judentum noch eine Bewährungsfrist geschenkt werden; erst wenn es sich besserte, sollte der ganze nationalsozialistische Zorn über es hereinbrechen ... So gedachte sich das Dritte Reich den Massen gegenüber, die im 'Judenblut waten' wollten, aus der Schlinge zu ziehen; es war aus Ängsten vor dem Ausland heilfroh, den Boykott abgebrochen zu haben, es dachte nicht daran, ihn zu wiederholen. Die Goebbelsche Drohung war die unwürdige Lüge eines skrupellosen Demagogen. Der Jude sollte nicht in offenen Pogromen hingemetzelt, er sollte allmählich erwürgt werden; wie in vielen anderen Fällen suchte das Dritte Reich an Stelle der unverhüllten Gewalttat mit schleichernder Gemeinheit zum Ziele zu gelangen." (2)

Es wurde zugleich eine bestimmte Art des Vorgehens eingeübt, die Kropat zutreffend als "taktisches Wechselspiel" bezeichnet "zwischen dem anfänglichen Vorpreschen 'dynamischer' Kräfte in der Partei und der anschließenden Wiederherstellung scheinbar geordneter Verhältnisse ... Anfang April 1933 wollte man dadurch dem deutschen Bürgertum und insbesondere auch den deutsch-nationalen Regierungsmitgliedern zugleich signalisieren, daß nunmehr entscheidende gesetzliche Schritte gegenüber den Juden erfolgen müßten, um die 'Volkswut' zu besänftigen. Wenige Tage später erließ die Reichsregierung die ersten Berufsverbote." (3)

-
- 1) Gespräch mit Frau E.Fi., geb. H. vom 25.2.84
 - 2) Ernst Niekisch, Das Reich der niederen Dämonen, Hamburg 1953, S. 128 f
 - 3) Kropat, Die hessischen Juden, a.a.O., S. 414

e) Ärzte und Juristen

Sie unterlagen schon sehr früh (Frühjahr 1933) ähnlichen Berufsverboten wie Beamte. Ausnahmeregelungen gab es zunächst noch für Frontkämpfer, doch wurden auch diese bald von örtlichen Stellen unterlaufen bzw. die davon betroffenen Ärzte gaben auf. Patienten jüdischer Ärzte mußten auch Nichtarier sein, sonst mußten die Privatpatienten ihre Rechnungen selbst bezahlen. So gab z.B. unter solchen Bedingungen auch Dr. Emil Steinreich seine Tätigkeit als Arzt auf, was für einen 53jährigen damals eine Existenzgefährdung bedeutete. Seine Tochter schrieb uns dazu: "Sehr hatte ich mich gefreut, daß mein Vater ... noch nicht vergessen ist von seinen früheren Patienten. Er ging, wenn er gerufen wurde, ob es Tag oder Nacht war, ob er bezahlt bekam oder ob es ganz arme Menschen waren. Nach der Wahl 1933 durften viele seiner Patienten nicht mehr zu ihm kommen." Aus der Liste der Juden in Gießen ist zu erkennen, daß der Arzt Ernst v. Altmann im April 1933 nach Baden bei Wien ging, der Zahnarzt Dr. Theo Baum aus der Südanlage 12 emigrierte mit Familie im September 1933 nach Chicago/Ill. Sein Sohn, geb. 1923 in Gießen, ist Mathematiker, Physiker und Meteorologe und lehrt heute an der Florida-State-University in USA. Das Verbot zu praktizieren betraf 1933 z.B. auch Dr. Grünberg, Dr. Franz Hanau (1892 - 1981), Dr. Nathan Hoddes (Zahnarzt), Dr. Siegfried Klein, Dr. Ludwig Wertheim (Zahnarzt), Dr. Meyerhoff, Dr. Margot Rothenberger, die schließlich fast alle noch nach den USA emigrieren konnten. (1)

Ein prominentes Beispiel bei den Rechtsanwälten stellt Dr. Leopold Katz dar. Aus einem Aktenstück im Stadtarchiv Gießen konnten wir entnehmen, daß er noch 1933 einen Klienten vertreten hat, aber doch wohl schon damals an Aufbruch dachte. Das berichtete auch der damalige Rechtsreferendar und spätere Rechtsanwalt Hans Becker: "Ich konnte sehr viel bei Dr. Katz lernen. Irgendwann 1933 oder 1934 war der große Aufbruch bei Dr. Katz. Ich fragte, was das Ganze solle. Er erklärte, ob ich denn noch nicht begriffen hätte, daß das große Aufräumen begonnen habe, und dabei seien die Juden die ersten, die davon betroffen wären." (2) Dr. Katz ist im Verzeichnis der Gießener Juden von 1938 nicht mehr aufgeführt, er hat Mitte der dreißiger Jahre versucht, in Frankreich Fuß zu fassen. Von dort wurde er 1943 nach Auschwitz deportiert. Er und seine Frau Jakobina sind dort beide umgekommen (3)

Der Rechtsanwalt Eugen Rothenberger konnte nach den USA emigrieren, die Rechtsanwälte Dr. Ludwig Rosenthal und Hugo Elsoffer waren schließlich 1939 noch die einzigen jüdischen Rechtsanwälte in Gießen. Was sollte auch schon ein Verteidiger des Rechts in einem rechtlos gewordenen Staat zu suchen haben? Die beiden Anwälte wurden schließlich mit ihren noch verbliebenen Familienangehörigen am 16. September 1942 abgeholt und deportiert.

- 1) Angaben nach E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 102 ff und S. 212 ff
- 2) Gespräch mit RA Hans Becker im Nov. 1968 (30. Jahrestag "Reichskristallnacht")
- 3) E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 227; siehe auch Interview mit Irmgard Abramovitch, geb. Katz

Der eine Weg des Vorgehens gegen die Juden war der Angriff auf ihre Existenz - nämlich ihre berufliche Sicherheit. Das bedeutete aber noch keine positive "Wertsetzung" - die geschah in allen möglichen Schulungen vor allem der jüngeren Akademiker. Wir haben aus vielen Beispielen, über die auch die Presse berichtete, eines aus dem juristischen Bereich ausgewählt. Man muß sich klarmachen, daß die Zeitungen damals voll mit solchen kleineren und größeren Berichten über alle möglichen Veranstaltungen waren, die dazu dienten, die neuen Werte bei Volk und Führung einzuschleifen:

"Jungjuristen-Lager auf dem Gleiberg. Am Mittwochvormittag sprach der Dekan der juristischen Fakultät der Universität Gießen, Prof.Dr. Bley, über die **Judenfrage**.

Der Redner sagte u.a.: Die Juden sind ein immer waches Volk, die Deutschen sind ewige Träumer. Wegen dieser Wachheit sind die Juden in der Lage, jede günstige Lage für sich auszunutzen und Macht zu bekommen. Sie sind von unvergleichlichem Gedächtnis. Es ist ja nicht das erste Mal in der Geschichte, daß sie von einem Staate abgelehnt werden. Sie haben z.B. eine Austreibung aus Spanien erlebt. Dort hatten sie sich noch nach der Vertreibung der Mauren gehalten. Die Universität Salamanka beherrschten sie völlig. Dort lehrte Maimonides. Dann aber entstand die Idee, daß Spanien die christliche Vormacht Europas sei, und es begann eine gewaltsame Christianisierung und Austreibung der Juden. Das Judentum hat dies den Spaniern nie vergessen. Daß die spanische Armada von der jungen englischen Seemacht geschlagen werden konnte, daran hatten sie mit ihren Anteil (Finanzierung). In derselben Lage sind wir heute. Größte Aufmerksamkeit ist deshalb nötig, nicht nur heute und morgen, sondern Jahrhunderte.

Es muß dafür gesorgt werden, daß die tragenden Gedanken des Nationalsozialismus Allgemeingut werden, d.h. diejenigen, die die dauernden und jeweils akuten sind. Der einzelne Jude ist für sich allein ungefährlich; Körperverletzungen sind bei ihnen selten, das zeigt ihr Wesen an. Der Jude wirkt nur als Finanzmann oder geistiger Beförderer fremder Bewegungen und als Spaltpilz. Leider wird Rosenbergs Mythos viel zu wenig gelesen. Natürlich enthält er auch Irrtümer, aber im wesentlichen sieht er richtig. Auf der anderen Seite stehen Zeitungen, die nur jüdische Verbrecher zeichnen. Diese gibt es, aber auch andere. Aber in der Diskussion sind sie wenig wertbar, weil sie dem jüdischen Ideal nicht entsprechen. Dieses ist vielmehr der Gelehrte, der Schriftgelehrte, das ist der Pharisäer. Wir lehnen den Juden ab, nicht weil er anders ist, sondern weil er uns nicht in Ruhe läßt, sonst hätte sich das deutsche Volk nie gegen ihn gewehrt. Er ist der Angreifer. Er sucht die Bildung zu beherrschen. Damit will er uns beherrschen. Andererseits ist der geistige Mensch bei uns den Dingen der Welt abgewandt und sieht nicht den Gesamtkomplex. Selbst aber wenn der einzelne auch in unserem Sinne durchaus anständig ist und versuchen will, im Deutschtum aufzugehen, so hängt doch an ihm die ganze Verwandtschaft. Es hat nur für uns der Satz gegolten, daß der einzelne der letzte Sinn von allem sei, nicht aber für den Juden. Andernfalls würde es gar keine mehr als geschlossenes Volk geben. Sie werden als rassische Gemeinschaft zusammengehalten durch ihre Religion, die bewußt diesem Ziele dient. Wie sie zusammenstehen, tritt nur selten, dann aber um so deutlicher

in Erscheinung, z.B. in Strafprozessen. Für den Richter besteht hier eine ganz besondere Verantwortlichkeit bei der Verhandlungsleitung. Ein seltenes Ausnahmebeispiel, wo der Verwandtschaftszusammenhang völlig abgebrochen war, stellte Spinoza dar, der von den Juden geradezu geächtet war.

Im praktischen politischen Leben ist es eine völlige Unmöglichkeit, die Juden in anständige und unanständige zu unterscheiden. Das bedeutete die Kapitulation. Trotzdem gilt der Kampf nicht dem einzelnen Juden. Unsere Intelligenz erlag oft dem Glorienschein, den sich manche jüdische Gelehrte als Zusammenfasser der Gedanken anderer erwarben. Rassisch sind sie eine Rassenkreuzung. Kennzeichnend ist ihre innere Zerrissenheit. Trotz der verschiedenen Blutseinschläge trifft dies für uns nicht zu. Deshalb ist die Rassenmischung für uns viel gefährlicher.

Die anschließende Aussprache zeigte, daß der Wille zum Aufpassen bei den Lagerteilnehmern in besonderem Maße vorhanden ist.

Am Donnerstag sprach Professor Dr. Bley zu den Jungjuristen über das Thema **Eigentumsbegriff im nationalsozialistischen Staat**.

Der Vortragende knüpfte an ein Wort der französischen Revolution an: Eigentum ist Diebstahl. Wie alle Schlagworte, so habe auch dieses einen großen Erfolg gehabt. Der Redner legte dann im einzelnen dar, wie die Rechtsordnung zu der Anerkennung seines Eigentums komme. Es sei gewiß, daß überall dort, wo entwickelte Verhältnisse vorhanden sind und sich eine Kultur bilde, die Menschen Werte zur Verfügung haben müssen, mit denen sie arbeiten und wirken können. Dieses Streben nach Verfügungsgewalt über Gegenstände entspringe nichts anderem als einem egoistischen Machttrieb." (1)

Dieser Bericht zeigt in aller Deutlichkeit, welche wirren Gedanken ein arischer "Rechtswahrer" damals vertreten konnte.

f) Jüdische Selbständige in Wirtschaft und Handel, vor allem Messen/Märkte und Viehhandel

Auf den ersten Blick erstaunlich ist, daß Beschäftigung und Betätigung von Juden in der sogenannten freien Wirtschaft nach der Machtergreifung noch lange nicht stark behindert oder unterbunden wurde, ganz im Gegensatz zu Akademikern, im öffentlichen Dienst Tätigen oder Freiberuflern wie Anwälten und Ärzten. Man darf sich dabei nicht vom Eindruck des Boykotts vom 1.4.1933 oder von Forderungen nach weiteren Boykottmaßnahmen landauf, landab täuschen lassen. Die nationalsozialistischen Mittelständler wandten zwar alle ihre Energien darauf, ihre jüdischen Konkurrenten auszuschalten, indem sie Maßnahmen der Beschränkung und Aufträge für sich forderten, aber spätestens seit Mai 1933 war den Nationalsozialisten klar, daß fortwährende Angriffe gegen jüdische Warenhäuser und Betriebe oder Einmischung in staatliche Vergabepraktiken die Erholung der deutschen Wirtschaft gefährden und damit den Prozeß der Konsolidierung der nationalsozialistischen Herrschaft stoppen könnten. In Joseph Walks verdienstvollem Buch "Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat", einer Sammlung gesetzlicher Maßnahmen und Richtlinien der NS-Zeit, können wir die Wirkung der antijüdischen Kampagne in der

1) GA vom 15.12.1934

Wirtschaft schon erkennen. Der Reichsminister des Innern verfügte am 10.5.33, daß "die Einflußnahme von nicht zuständigen Organisationen auf die Vergebung von Aufträgen durch Gemeinden und Gemeindeverbände abzulehnen" sei. (1) Dem neu benannten, einzig noch übriggebliebenen Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes, dem "Nationalsozialistischen Deutschen Wirtschaftsband", wurden ebenso wie der NSBO mehrfach Eingriffe in die Wirtschaft verboten. Initiativen zur Beendigung der SA-Aktionen gegen die Wirtschaft gingen vor allem vom Reichswirtschaftsministerium aus, das die Wirkung für den Auslandsabsatz wie auch bei wichtigen jüdischen Abnehmern und Arbeitgebern im Ausland fürchtete. Das Dritte Reich litt ja bekanntlich unter chronischem Devisenmangel, und daher waren die jüdischen Firmen, die für den Export wichtig waren, erwünscht, außerdem sollten die jüdischen Handelsverbindungen zum Ausland aufrechterhalten bleiben. Inwieweit dies alles nur vorgeschobene Gründe, nur Anpassungskosmetik eines noch nach bürgerlichen Grundsätzen geführten Ministeriums waren, vermögen wir nicht zu entscheiden. Den Appellen des Reichswirtschaftsministers liefen jedoch oft örtliche Übergriffe entgegen, das beweisen die dauernden Interventionen. So heißt es auf eine Beschwerde des jüdischen Centralvereins z.B. im Herbst 1933: "Ein allgemeiner Ausschluß jüdischer Geschäftsleute aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit läßt sich heute keinesfalls rechtfertigen. Derartige Gesichtspunkte dürften unter keinen Umständen dazu mißbraucht werden, die ausdrücklichen Anordnungen der Reichs- und Staatsregierungen zu umgehen." (2)

Das Reichswirtschaftsministerium konnte sich noch so sehr auf die Marktfreiheit und auf die "strikten Weisungen des Führers, jede Beunruhigung in der Wirtschaft durch irgendwelche Eingriffe zu vermeiden" (3), berufen, es kamen immer wieder örtliche Übergriffe und Schikanen vor. Vor allem die Stadtverwaltungen glaubten sich befähigt, jüdischen Geschäftsleuten Schwierigkeiten zu machen. Die ganze Unberechenbarkeit und Selbstherrlichkeit örtlicher Stellen wird durch die Umfrage, die die Stadt Gießen (Bürgermeisterei) ab 6.7.34 bei verschiedenen Städten veranstaltete, erwiesen. Dabei berief sich die Verwaltung auf die Organisation der Schausteller, die beantragt habe, "daß nur noch Personen arischer Abstammung und nur noch solche Personen, deren politische Einstellung einwandfrei ist, zugelassen werden. Der Antrag wird damit begründet, daß in anderen Städten bereits entsprechend verfahren wurde." (4)

Die Anfrage diene also zuerst dem Bedürfnis der Verwaltung nach Absicherung ihres Handelns. Dabei ist nicht etwa von nichtari-schen Geschäften die Rede wie später (vor allem nach Nürnberg 1935), sondern von Geschäften "christlicher Personen". Sollte sich der

- 1) Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat - eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien - Inhalt und Bedeutung, Heidelberg, Karlsruhe 1981, S. 21
- 2) StAGi Nr. 5065 "Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben 1930/40", siehe auch Dok. 13 vom 27.1.34
- 3) StAGi Nr. 5065, Dok. 14 Schreiben vom 10.10.33
- 4) StAGi Nr. 5065, Dok. 15 Schreiben der Bürgermeisterei vom 6.7.1933

Verwaltungsbeamte damals noch nicht die richtige Diktion zugelegt haben, so würde er bald Gelegenheit haben, diese zu lernen. Der wirtschaftliche Aspekt kam in der Anfrage auch nicht zu kurz, wenn die Stadt z.B. wissen wollte, "ob die Zahl der Gesuche um Platzzuteilung zurückgegangen ist und dadurch Mindereinnahmen zu verzeichnen waren." (1)

Die einzige Stadt, die sich an geltendes Recht noch hielt, war Alsfeld, das wie folgt antwortete: "... teilen wir ergebenst mit, daß wir seither den Standpunkt vertreten haben, daß auf Grund des § 64 Absatz 1 der Gewerbeordnung jüdischen Schaustellern der Besuch der Märkte nicht verboten werden kann. Dementsprechend haben wir auch seither gehandelt." (2) Alsfeld, NS-Hochburg, hielt sich als einzige von allen befragten Städten an diese über ein Jahrhundert alten Grundsätze der Gewerbefreiheit. In Büdingen hatte der Verwaltungsausschuß für Marktangelegenheiten "jüdische Schausteller und Messehändler vom Besuch des Marktes ausgeschlossen" (3). Bei der Antwort der Bürgermeisterei Darmstadt zeigen sich noch Nachwirkungen des Boykotts vom 1. April, als eine städtische Verfügung anordnete, "daß mit jüdischen Firmen oder Einzelpersonen vorläufig keinerlei Einkäufe, Lieferungen oder Leistungen getätigt werden dürfen. Wir haben daraufhin an Angehörige nicht arischer Rasse Plätze zu den hiesigen Messen und Märkten nicht mehr abgeben." (4)

Eine Variante stellt die Reaktion von Worms dar, das jüdischen Händlern bei Antragstellung erklärte, "daß die Stadt keinerlei Verantwortung bei etwaigen Zwischenfällen übernehmen werde und es ist ihnen nahegelegt worden, nicht zu erscheinen." (5)

In anderen außerhessischen Städten wie z.B. Aachen unternahm die Organisation der Schausteller überhaupt keine Initiative, Juden auszuschließen. (6) Selektiv gingen Städte wie Frankfurt, Kassel und Lauterbach vor. Auf dem Prämienmarkt in Lauterbach wurden jüdische Messehändler und Schausteller ausgeschlossen, jedoch mit Ausnahme derjenigen, die am Weltkrieg als Frontkämpfer "teilgenommen haben" (7). Hier hatte also das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April herhalten müssen, um an sich unrechtmäßigen Diskriminierungen einen Schein von Recht zu geben. Kassel (8) glich den Anteil der Juden an den der Kasseler Bevölkerung an, nach Kropat ein "numerus clausus" (9).

Wie sollte sich nun Gießen entscheiden? Der Verwaltungsausschuß über Marktangelegenheiten entschied sich für die unrechtmäßige, aber bürokratisch elegant erscheinende Lösung von Kassel und Lauterbach, kombiniert mit dem Hinweis auf das Polizeigesetz (heute Sicherheits- und Ordnungsgesetz), "daß durch solche Zulassungen Unruhe in die

-
- 1) StAGi Nr. 5065
 - 2) StAGi Nr. 5065, Schreiben vom 14.7.33
 - 3) StAGi Nr. 5065
 - 4) StAGi Nr. 5065
 - 5) StAGi Nr. 5065
 - 6) StAGi Nr. 5065, Schreiben vom 20.7.33
 - 7) StAGi Nr. 5065, Schreiben vom 8.7.33
 - 8) StAGi Nr. 5065
 - 9) Kropat, Die hessischen Juden, a.a.O., S. 420

Bevölkerung getragen werde, wodurch die Veranstaltung gestört werden kann." (1)

Aber selbst alle pseudorechtliche und psychologische Begründung schien nicht zu helfen, denn mit dem Frontkämpferparagrafen kamen noch viele Juden durch, in Gießen für den Herbstmarkt 1934 immerhin 9 von 49. (2) Es ist dies nicht sehr verwunderlich, weil doch viele Juden in Deutschland am Ersten Weltkrieg teilgenommen und sich besonders tapfer geschlagen hatten. Der Verwaltungsausschuß versuchte es daher mit der Methode, den einen Schausteller aus der gleichen Familie W. zuzulassen, den andern nicht. Andere nichtarische Schausteller sollten "versuchsweise" zugelassen werden. (3) Sicher haben die Gießener Verwaltungsstellen nicht im entferntesten gehaut, was man später noch alles versuchsweise mit Juden machen könne, aber die Formulierung ist schon interessant. Nach der oben geschilderten Maxime wurde also nun in Gießen verfahren, d.h. es wurden nur solche Nichtarier zugelassen, "die im Weltkrieg an der Front für das deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Söhne oder Väter im Weltkrieg gefallen sind." (4)

Wie die in den Akten bearbeiteten Fälle J.Blodinger, N.Goldschmidt und O.Schlösser beweisen, wurde mit bürokratischer Akribie nach Fronteinsätzen im 1. Weltkrieg geforscht. Der Berliner Blodinger war besonders schlimm dran, weil ihm die städtischen Behörden schon den Besuch des Frühjahrsmarktes nicht gestattet, sein angezahltes Geld aber angelegt hatten mit der Vertröstung, "Ihnen diesen Betrag als Platzgeldanzahlung für eine der nächsten Messeveranstaltungen ... zur Verfügung zu halten." (5) Er versuchte es erneut, beim Herbst- und Frühjahrsmarkt, wurde aber auch diesmal wieder abgelehnt. (6)

Ein typisch deutsches Schicksal begegnet uns in dem "Gesuch des H.N.Goldschmidt in Gießen, Bahnhofstraße 58, um Zulassung zu den hessischen Märkten und Messen" vom 15. August 1933. Goldschmidt war aktiver Soldat vom Mai 1915 bis 1918 gewesen, hatte eine Verwundung abbekommen, das Eiserne Kreuz II. Klasse, die hessische Tapferkeitsmedaille und das Kriegsehrenzeichen des deutschen Kyffhäuserbundes erhalten, war seit 1919 Mitglied des Vereins ehem. 116 (also der Gießener Einheit), seit 1920 Mitglied des Sanitätsvereins Gießen und Mitgründer ehem. 168er. Goldschmidt war Vater von drei

- 1) StAGi Nr. 5065, Schreiben der Bürgermeisterei Gießen vom 1. Sept. 1933 an den Hess. Gemeindetag, Mainz. Das Zitat ist in einem Sitzungsprotokoll des Marktausschusses vom 20. Juli 1933, in dem eine ähnliche Entscheidung gefällt wurde, enthalten.
- 2) StAGi Nr. 5065
- 3) StAGi Nr. 5065, Sitzungsprotokoll vom 28.7.33
- 4) Schreiben der Bürgermeisterei vom 1.9.33
- 5) StAGi Nr. 5065, Schreiben vom 30.3.33
- 6) StAGi Nr. 5065, Schreiben der Bürgermeisterei vom 11. Januar 1934: ... lediglich aus Gründen der Sicherheit und Ordnung "nicht ... zugelassen". Später heißt es, ... daß die **beschränkten Platzverhältnisse** es nicht zulassen, **alle** Interessenten zu berücksichtigen."

Kindern, die Mutter lebte noch im Haushalt, die Frau lag in der med. Klinik, Goldschmidt war also dringend auf den Handel mit Haushaltsgegenständen angewiesen. Jetzt bekommt er von einzelnen Bürgermeistereien in Hessen mitgeteilt, daß er auf Märkten nicht mehr zugelassen werden soll! Auch die Hinweise auf die politische Enthaltsamkeit und die Mitgliedschaft der Kinder im deutschen Turnverein (deutscher geht's doch nicht!) hatten nicht geholfen. (1) N.Goldschmidt könnte für die Herbstmesse 1933 noch einmal zugelassen worden sein, spätere Anträge zu Messen im Frühjahr und Herbst 1934 wurden aber abgelehnt, ein Indiz dafür, daß nun weder die Frontbewährung noch die wirtschaftliche Notlage ein Grund dafür waren, daß die Gießener Behörden ihre ablehnende Haltung geändert hatten. Gießen ließ sich auch nicht durch ständige Interventionen von oben, vom Reichswirtschaftsministerium über staatliche hessische Stellen, beeindrucken. Nach außen wurden scheinbar sachliche Gründe angeführt, wie sie z.B. die Abteilung Arbeit und Wirtschaft des Hess. Staatsministeriums hilfreich angab: "Eine Zurückweisung ist nur dann zulässig, wenn sie aus sicherheitspolizeilichen Gründen erforderlich ist und wenn bei einer beschränkten Anzahl zur Verfügung stehenden Plätzen (!) nicht sämtliche Händler zugelassen werden können." (2) Beschwerden gegenüber redete sich die Gießener Bürgermeisterei (z.B. gegenüber dem Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens) immer wieder mit diesen scheinbar sachlichen Gründen heraus: "Die Auswahl für die Zulassung unter den Bewerbern steht der Bürgermeisterei Gießen frei. Die Stadt Gießen kann daher niemals gezwungen werden, diesen oder jenen Bewerber zuzulassen. Maßgebend für die Zulassung ist einmal der vorhandene Platz und weiterhin die Höhe des Platzgeldangebotes und die Art der Geschäfte. Die Markt- und Messeverwaltung der Stadt Gießen, die über jahrzehntelange Erfahrung verfügt, weiß ganz genau, wie der Markt sich zusammensetzen muß. Es ist unmöglich, für einen Ort wie Gießen z.B. 3 Spitzenstände zuzulassen oder gar 2 Schürzenstände, da keiner der Händler auf seine Kosten kommen würde und die Stadt Gießen letzten Endes den Vorwürfen der Zugelassenen ausgesetzt sein würde ... Zusammenfassend ist zu sagen, daß für die Gießener Messe nur das Allgemeininteresse maßgebend ist und nicht die eigennützigen Interessen eines einzelnen. Die Messeverwaltung ist mehr denn je bemüht, die Gießener Messe auszubauen und zu einer Verkehrswerbung ersten Ranges zu machen. Für die Platzverteilung ist allein maßgebend die Höhe des Platzgeldangebotes, die Art und Qualität des Unternehmens. Wir urteilen streng nach sachlichen Gesichtspunkten und werden darin von dem Reichsverband der ambulanten Gewerbetreibenden unterstützt." (3) Daß gerade dieser Reichsverband eine antijüdische Interessengemeinschaft geworden war, die schon sehr früh den

-
- 1) StAGi Nr. 5065, Schreiben der Bürgermeisterei vom 3.8.33 und 9.4.34, Schreiben von Hans Nathan Goldschmidt vom 15.8.33
 - 2) StAGi Nr. 5065, Schreiben der Ministerialabt. 3 des Hess. Staatsministeriums vom 24.10.34 an die Bürgermeisterei Gießen, Dok. 16
 - 3) StAGi Nr. 5065, Schreiben der Bürgermeisterei vom 18.9.34

Ausschluß der Juden aus ihrem Verband und von den Messen und Märkten betrieb, wird hier selbstverständlich verschwiegen. Aus den Akten ist diese Scheinobjektivität leicht zu widerlegen. So gibt es einen Sitzungsbericht der NSDAP-Fraktion vom 22. Januar 1934, wonach die Nichtarier auf sämtlichen Märkten ausgeschlossen bleiben sollten. Bezeichnenderweise sollte ihnen das noch nicht schriftlich mitgeteilt werden, sondern mündlich (1), wohl damit sie nichts in der Hand hätten, um sich beim jüdischen Zentralverein zu beschweren, der dann wieder bei den Reichsstellen vorstellig geworden wäre. Gegen dieses Dokument könnte man nun immer noch einwenden, der Beschluß der NSDAP-Fraktion sei ein Faktum, das andere sei die Weisungsgebundenheit der Gießener Behörde gegenüber den Landes- und Reichsbehörden. In Wirklichkeit ließen die hessischen Behörden aber die Gießener weitgehend ihre restriktive Linie verfolgen, wenn sie nur gut genug begründet war. Das wird deutlich aus einem beispiellosen Dokument der Täuschung und Tücke. Der Oberbürgermeister erklärte in einem vertraulichen Schreiben: "Darnach ist es unseres Erachtens nicht mehr möglich, nichtarische Händler, insbesondere bei den Pferdemarkten vom Handel auszuschließen. Dagegen haben wir es bei den stattfindenden Schaumessen jederzeit in der Hand, Nichtarier möglichst bei der Platzvergebung unberücksichtigt zu lassen, da unsere Messen nach unseren Ausschreibungsbedingungen nur 'beschränkte Märkte' (Messen) sind. Es kann uns daraus niemals der Vorwurf erwachsen, daß wir Nichtarier ausschließen. **Diese Mitteilung ist naturgemäß nur für den internen Dienstgebrauch bestimmt und darf niemals nach außen hin bekannt werden.**" (2) Da war die Katze also aus dem Sack gelassen!

Nach der oben genannten Devise wurde nun verfahren und mit "sachlichen" Gründen abgelehnt. Ein weiteres Argument wurde gefunden, indem das Polizeirecht, indem Sicherheit und Ordnung bemüht wurden. Der Schutzhaftgedanke (eigentlich eine Umkehrung aller Rechtsprinzipien, die selbst im Kaiserreich weitgehend funktioniert hatten) wurde auf die Marktverhältnisse übertragen und Ausschluß damit gerechtfertigt. Wie soll man das folgende anders als Perversion des Rechtsgedankens bezeichnen: "Mit Rücksicht auf die in Gießen besonders gelagerten Verhältnisse, war es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung **dringend notwendig**, diese Beschränkung den Nichtariern in ihrem eigenen Interesse aufzuerlegen, um sie vor Überraschungen zu schützen und vor Schaden zu bewahren." (3)

Bei soviel "Menschenfreundlichkeit" kommen einem die Tränen. Aber wie jeder einmal in einem Augenblick der Konzentrationsschwäche Fehler macht und das sagt, was er wirklich denkt, so geschah das auch in eben diesem Schreiben der Stadt vom 1.3.34: "Die Eingabe des Zentralvereins ist von einem einzigen nichtarischen Gießener Schausteller, von einem üblen Hetzer und Gegner der nationalsozia-

1) StAGi Nr. 5065, Beschluß vom 22. Jan. 1934

2) StAGi Nr. 5065

3) StAGi Nr. 5065, Schreiben der Bürgermeisterei Gießen vom 1. März 1934

listischen Idee, H.W., veranlaßt. Er will vor allem damit bezwecken, daß irgendeine Stelle im Deutschen Reich, wie er sich auszudrücken pflegt, der Bürgermeisterei Gießen aufgibt, ihn zu den Märkten (Messen) mit seiner "Salon-Schiffschaukel" zuzulassen ... Man kann ruhig behaupten, daß W. und seine zahlreichen Anhänger der großen Familie W. die Beherrscher der Gießener Messe seit Jahren direkt und indirekt gewesen sind ... Da das jüdische Gebaren W's bei allen Messebeschickern sehr wohl bekannt war, glaubten wir zur Belebung der Gießener Messe in dem öffentlichen Ausschreiben auf die Beschränkung der Nichtzulassung von Nichtariern (außer Frontkämpfer) unbedingt hinweisen zu müssen, um damit nach außen kundzutun, daß die Macht der W's ein und für allemal gebrochen ist." (1)

Also jetzt wird es deutlich - eine Machtfrage soll entschieden werden. Der Beigeordnete B., der dies schrieb, hatte vor allem unter dem Vorwurf zu leiden, daß die NSDAP keine Vertretung der Arbeiter sei und hatte direkt und indirekt von Arbeitern dies immer wieder zu hören bekommen. Er wußte, daß die Familie W. den linken Parteien in Weimar nahestanden hatte. Außerdem ärgerte ihn die Zähigkeit, mit der die Familie W. um ihr Recht auf der Messe kämpfte und damit ihn immer wieder auch zu Rechtfertigungen herausforderte. Ein Mitglied der Familie W. hatte sich schon im Herbst 1933 gegen die Praktiken des Ausschlusses gewandt und hatte dabei, gewollt und ungewollt, auf ironische Weise die wahren Verhältnisse bloßgestellt. Sein Schreiben vom 23.10.33 war "an die Fraktion der NSDP (!), zu gleicher Zeit Marktausschuß der Stadt Gießen", gerichtet. Hier wird also die treibende Kraft beim Ausschluß der Juden genannt und ihr zugleich das stolze Prädikat Arbeiterpartei vorenthalten. (2)

Aber es meldete sich nicht nur die jüdische Seite, die am meisten vom Ausschluß bedroht war. Auch zu kurz gekommene Nazis schrieben Denunziationsbriefe, in denen sie gegen Juden polemisierten, die zum Markt zugelassen worden seien und sich schon vor der Platzzuteilung gerühmt hätten, dieses Jahr wieder zugelassen zu werden. (3) Der Schreiber drohte auch gleich mit Weitermelden, um die Gießener Behörde unter Druck zu setzen. In der Antwort der Bürgermeisterei wird genau die gleiche Verfahrensweise wie gegenüber Juden eingehalten (man konnte nun nicht mehr anders). Dann aber kommt wieder eine kleine Freudsche Fehlleistung, die die wirklichen Verhältnisse an die Oberfläche bringt: "Weiter teilen wir Ihnen mit, daß Ihre Behauptung, der zugelassene Bewerber sei ein Jude, falsch ist. Die von ihnen eingezogenen Informationen haben Sie also getäuscht. Es beweist uns, daß Sie zu der amtlichen Stelle sehr wenig Vertrauen haben, oder glauben Sie ernstlich, daß gerade die Gießener Amtsstellen Juden bevorzugen? Wir können Ihnen dagegen versichern, daß gerade die Stadt Gießen seit der Änderung der politischen Verhältnisse

-
- 1) StAGi Nr. 5065, Schreiben vom 1.3.34
 - 2) StAGi Nr. 5065, Schreiben des Schaustellers Jakob W. vom 23.10.33 an die Stadtratsfraktion der NSDAP
 - 3) StAGi Nr. 5065, Schreiben des Gert v.N. an den Bürgermeister vom 24.8.34, Dok. 17

nahezu judenfreie Messen abhält, und bei unseren Pferdemarkten sogar Nichtarier vom Besuch des Marktes ausgeschlossen sind... Wir sind dadurch, genau so wie Sie uns angreifen, von der anderen Seite angegriffen worden; man hat versucht, über die zuständigen Ministerien, uns zu zwingen, wieder Juden zuzulassen und sich dabei auf die gesetzlichen Bestimmungen gestützt ... Wir waren aber in der glücklichen Lage, zu behaupten, daß wir keine Juden und Ausländer ausschließen, sondern daß wir infolge des 'beschränkten' Marktes keinen Platz mehr für den einen oder anderen nichtarischen Beschwerdeführer gehabt hatten." (1)

Deutlicher kann man die Doppelgleisigkeit der nationalsozialistischen Politik nicht offenbaren.

In diesem Schreiben vom August 1934 wird auch eine andere Angriffsfläche gegen die Juden genannt - der Viehhandel, der in Hessen, zumal in Oberhessen, von großer Bedeutung war. Spätestens ab 1934, nachdem die Entfernung von den Messen und Märkten weitgehend geglückt war, sollten sich die Anstrengungen der kommunalen Behörden, der Parteifunktionäre und von Teilen der Bauernschaft gegen diese jüdische Betätigung richten. Hier wurde also auch wieder das Reichswirtschaftsministerium und seine Absichten unterlaufen und örtliche Wirtschaftspolitik auf eigene Faust veranstaltet. In dem oben zitierten Schreiben war zwar der Eindruck erweckt worden, als wären die Pferdemarkte in Gießen bereits von Juden frei, das war aber offensichtlich Wunschdenken. "Trotz aller massiven Drohungen und Appelle an die Bauern ließ sich der jüdische Viehhandel indessen wohl verhindern, aber keineswegs völlig unterbinden. Wie die zahlreich überlieferten Parteigerichtsverfahren beweisen, ließen sich sogar Bauern, die Mitglieder der NSDAP waren, vielfach nicht von Geschäften mit jüdischen Viehhändlern abhalten." (2)

So klagte auch die Stadt Gießen voller Neid dem Reichsnährstand: "Nach uns zugegangener Mitteilung soll gelegentlich der hiesigen Pferdemarkte ... am Vormarkttag und Markttag in den Ställen der jüdischen Pferdehändler ein schwunghafter Handel stattfinden, während auf dem Pferdemarktplatz selbst ein nennenswerter Handel nicht aufkommt." (3)

Über die Bauernvertretung wurde dann versucht, auf die Landwirte einzuwirken, nicht bei jüdischen Händlern zu kaufen. Die Landesbauernschaft mußte in ihrem Antwortschreiben zugeben, daß keine "gesetzliche Handhabe zur Unterbindung des Pferdehandels am Vormarkttag" gegeben sei. (4) In dem Schreiben wurde aber auf eine Aushilfe, die in Norddeutschland praktiziert wurde, verwiesen: In die Marktkordnung das entsprechende Verbot einzuarbeiten. Das alte Spielchen, von den Messen bekannt, wird wieder neu begonnen. Die Umfrage der Gießener erbringt aber außer örtlichen Spezialmaßnahmen (Kontrolle der Märkte, psychologischer Druck, Verwarnungen, Ein-

1) StAGi Nr. 5065, Schreiben der Bürgermeisterei vom 29.8.34

2) Kropat, Die hessischen Juden, a.a.O., S. 421

3) StAGi Nr. 5065, Schreiben der Bürgermeisterei vom 8.9.34

4) StAGi Nr. 5065, Schreiben der Landesbauernschaft vom 23.10.34 an die Bürgermeisterei der Stadt Gießen, Dok. 18a

schaltung der Polizei usw.) nichts Wesentliches, da die Gerichte noch nicht mitmachten. (1) So wurde also der interne Druck verstärkt. Die Mittel dazu nennt eine Zeitungsnotiz von 1935 über Alten-Buseck: "1. In der Mitte des Ortes wird ein Stürmerkasten aufgestellt, der Stürmer wird allen Volksgenossen zur Beachtung empfohlen. 2. Von heute an erhält kein Handwerker, kein Geschäftsmann oder sonstiger Volksgenosse eine Gemeindearbeit oder eine sonstige Gemeindelieferung, der bzw. dessen Angehörige noch mit Juden Verkehr pflegen bzw. diese in ihrem Handeln unterstützen ... 3. Vieh, das an Juden verkauft ist, darf auf der Gemeindewaage nicht gewogen werden. Außerdem wird für Viehbesitzer, welche noch mit Juden handeln, der Faselstall gesperrt. 4. Das Kaufen bei Juden ... bedeutet Verrat am Volk und der Nation." (2) Wenn alles nicht half, wurden örtliche Überfälle wie in Fulda von der örtlichen Kreisbauernschaft organisiert, deklariert als "sofortiges polizeiliches Einschreiten." (3) All diese Einzelaktionen brachten aber noch nicht das gewünschte Ergebnis; der Wunsch, Berlin solle einheitliche Regelungen anordnen, wurde immer stärker bei den nationalsozialistischen Viehhandelsorganisationen, besonders "nachdem die Judenfrage nun in ein anderes Stadium getreten ist und auch sämtliche Märkte der näheren und weiteren Umgebung als judenfrei ausgeschrieben werden ..." (4) Mit dem neuen Stadium waren die Nürnberger Gesetze gemeint. Aber auch sie brachten zunächst keine wirksame Handhabe gegen die jüdischen Viehhändler, und auch Berlin wandte sich gegen örtliche Sondermaßnahmen. (5) Was macht man aber, wenn man sich im Besitz der reinen Lehre und von der Volksgemeinschaft getragen weiß? Dem jüdischen Viehhandel war anscheinend nicht beizukommen.

III. Ergebnisse und Erkenntnisse

Günther Rehme/Konstantin Haase ziehen für die erste Zeit nach der Machtergreifung folgende Schlußfolgerung: "In den ersten drei Jahren nach der 'Machtergreifung' Hitlers bis zu den 'Nürnberger Gesetzen' trat keine schlagartige Veränderung für die Juden ein. Obwohl sich die antisemitischen Maßnahmen der Reichsregierung häuften, war es den Juden immer noch möglich, sich als Mitbürger zu fühlen, da sie noch die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen." (6)

- 1) StAGi Nr. 5065, Schreiben von Leer/Ostfriesland an die Bürgermeisterei vom 15.11.34
- 2) O.T. vom 1.9.35
- 3) O.T. vom 13.7.35; Gerichtsakten bei Moritz/Noam, a.a.O., S. 54-65. Lesenswert die Gründe für die Einstellung des Verfahrens.
- 4) Schreiben der Bürgermeisterei Gießen an die hessische Polizeidirektion vom 6.11.35
- 5) StAGi Nr. 5065, Schreiben vom 1.4.36. Siehe auch Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Zucht- und Nutzviehzüchter an die Bürgermeisterei Gießen vom 14. Sept. 1935
- 6) Günther Rehme/Konstantin Haase, ... mit Rumpf und Stumpf ausrotten ... Zur Geschichte der Juden in Marburg und Umgebung nach 1933, Marburg 1982, S. 17. Die Arbeit wurde beim Wettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten ausgezeichnet.

So undifferenziert kann das für unser Untersuchungsgebiet nicht übernommen werden, und es bestehen auch Zweifel, ob das so uneingeschränkt für Marburg und Umgebung gilt. Rehme/Haas rechtfertigen ihre These mit der Bemerkung, "die vorhandenen Beziehungen zwischen Juden und Arieren" seien nicht abgebrochen; hier muß doch gefragt werden, ob all die Veränderungen, die wir registrieren konnten, keine "schlagartige Veränderung" für einen Teil der Gießener Juden darstellten. Rekapitulieren wir in aller Kürze:

1. Aus den Kindergärten, Schulen und der Universität Gießen wurden schon im Laufe des Jahres 1933 nahezu alle Lehrer entfernt, ihre Existenz war gefährdet. Überhaupt scheint der Wille der Nazis, in diesem Bereich jeglichen jüdischen Einfluß so schnell wie möglich mit allen Mitteln auszuschalten, auch bald zu den entsprechenden Ergebnissen geführt zu haben. Diese Ausschaltung der geistigen Beeinflussung (vor allem der Jugend) hielten sie für vorrangig, das zeigt sich auch

2. bei der Entfernung aller Juden aus dem kulturellen Leben. Das hörte nicht beim Theaterleben auf, sondern betraf so scheinbar unwichtige Dinge wie Chöre, Orchester, ja sogar Vereinsleben verschiedenster Art. So war z.B. Joseph Würzburger als Gründer und Dirigent des "Gießener Chorvereins" nicht mehr tragbar, weil er Jude war, seine Tochter durfte ab Mitte 1933 nicht mehr im Akademischen Gesangsverein mitwirken. (1) Die sogenannten nichtarisch Versippten (wie z.B. der Schauspieler Kühne) bekamen auch schon Schwierigkeiten, konnten aber zum Teil noch bis nach den Nürnberger Gesetzen in ihrem Beruf bleiben, stets aber bedrängt, sich von ihrem nichtarischen Partner zu trennen. Auch hier ist das Phänomen zu beobachten, das wir bei den psychologischen Untersuchungen noch streifen werden: Die Schärfe des Vorgehens konnte in einzelnen Fällen regional gemildert oder abgebremsst werden, wenn keine ideologischen Kernbereiche der Nazis betroffen waren, bzw. wenn Juden noch in ihrer Stellung belassen werden mußten, weil man sie aus Gründen der Außen- oder Wirtschaftspolitik noch brauchte, oder der Schaden, der durch ihre Ausschaltung angerichtet worden wäre, die Stellung der Regierung Hitler hätte tangieren können. Das betraf vor allem den Bereich Wirtschaft/Geschäftsleben. Aber auch hier konnten wir schon sehen, wie in scheinbar unbedeutenden Randbereichen (Messen und Märkte, Viehhandel) der Druck und die bürokratische Pression schon einsetzte, und zum Ergebnis führte, daß in Gießen und Umgebung ab 1934 kaum noch jüdische Schausteller tätig werden konnten, immer mehr Märkte sich ab dieser Zeit für judenfrei in den Zeitungen anpriesen und auch schon die Angriffe auf den jüdischen Viehhandel einsetzten, die aber erst ab 1937 zum Erfolg führten. Der Boykott jüdischer Geschäfte am 1.4.33 hatte zwar längst nicht die Ausmaße wie späteres Vorgehen, hatte aber schon manchen Geschäftsmann und seinen Kundenkreis erheblich betroffen und auch den einen oder anderen zur Auswanderung veranlaßt.

1) Brief von Irmgard Christ, geb. Würzburger an Dr.Knauß vom 25.8.83

3. Die Entfernung der Juden wurde auch schon sehr früh an den Nahtstellen der Sympathie und der **Beziehung zur Bevölkerung** versucht und mit Erfolg erreicht: das Vorgehen gegen Rechtsanwälte, Ärzte, Juristen spricht eine deutliche Sprache.

4. Von den ersten Maßnahmen der Verfolgung und Diskriminierung waren nicht nur, wie man zunächst meinen könnte, die Erwachsenen betroffen, sondern auch die Kinder der Juden. In allen Lebensbereichen wurde ihnen nun ihr Anderssein klargemacht, von hoffnungsfroh stimmenden Ausnahmen an Menschlichkeit natürlich abgesehen. Rehme/Haase stellen für ihr Untersuchungsgebiet Marburg fest: "Es gab keine breite Mehrheit in der Bevölkerung, die sich an antisemitischen Maßnahmen aktiv beteiligte. Viele Menschen verhielten sich indifferent und ließen die NS-Regierung und Funktionäre mit den Juden machen, was sie wollten. Ihr Verhalten war opportunistisch, sei es aus Angst, Erpressung, Ignoranz oder aus allem zusammen." (1) Diese Aussage bedarf der Kommentierung; sie trifft so zwar auch für Gießen zu, aber man muß doch fragen: ist ein Wegsehen, ein Nicht-mehr-Kennen und Grüßen, ein Abbruch von engsten Beziehungen unter Freunden (wie z.B. bei Werner Schmidt), ein hilflos oder gar mit Sympathie Dabeistehen nicht auch "Aktivität" im Sinne von Vorschubleisten?

Zweifellos sind wir Nachgeborenen hier zu streng und vielleicht auch manchmal von fehlendem Einfühlungsvermögen, vielleicht sehen wir eine historische Epoche nur unter dem geschärften Blick post festum und aus dem sicheren Port der Demokratie. Das bringt uns darauf, uns einmal mit vier in die Augen fallenden (sozial)psychologischen Phänomenen zu befassen, die uns in dieser Anfangszeit des Nationalsozialismus in unserer Stadt (und noch mehr natürlich später) immer wieder begegneten:

1. Das Phänomen der **glorifizierenden Retrospektive** vieler Beteiligter, ja manchmal sogar der Opfer. Aus der Rückschau hatte jeder damals "seinen" Juden, dem er geholfen, zu dem er gestanden, bei dem er eingekauft, den er gedeckt hatte. Hier spielt vielen einfach die Erinnerung einen Streich, Scham und schlechtes Gewissen, damals nichts oder das Falsche getan zu haben, kommen hinzu. Vergessen wollen wir auch nicht modische Anpassungstrends, denn schließlich gehört die Aussöhnung heute zum geforderten, mindestens aber erwarteten, öffentlichen Vokabular und der jeweilige Repräsentant der Juden in Städten, Ländern und im Bund zum Ausweis und Beweis der eigenen Versöhnungsbereitschaft. Man ist längst nicht mehr so wie damals und war es eigentlich auch nie (so die Älteren, Miterlebenden), man hat mit der ganzen "Sache" eigentlich nichts zu tun, das haben andere zu verantworten, ach wie gut, daß ich nicht bin wie jene dort und damals (so viele Jüngere). Ein weiterer Grund für die Verdrängung und Ummünzung von Vergangenem dürfte sein, daß es sich auf die Dauer wahrscheinlich nicht gut leben läßt mit der fortwährenden Vergangenheitsbewältigung. Durch die Berge schmutziger Wäsche (und Papier) ist einfach nicht mehr durchzukommen, ohne daß der Mensch alle Achtung vor sich und seinesgleichen verliert.

1) Rehme/Haase, ... mit Rumpf und Stumpf ausrotten ..., a.a.O., S. 17

Hinzu kommt, daß der Mensch in Übereinstimmung mit sich und seiner Bezugsgruppe leben muß und daß dieser Einfluß ihn im Denken, seinen Wertvorstellungen und seinem Handeln bestimmt. Das führt uns zu dem zweiten Phänomen, das wir beobachteten.

2. Die Handlungen vieler Zeitzeugen damals und ihre Umwertung heute sind von sozialer Beeinflussung durch **Massenkultur** und **Massenzwang** geprägt, d.h. das Phänomen der **sozialen Beeinflussung** spielt in Zeiten der Hochwertung der Masse (wie im III. Reich) eine außerordentliche Rolle. Die Experimente von Milgram, Latané und Darley und anderen haben gezeigt: "Jeder Mensch hat ein Gewissen, das mehr oder weniger dazu beiträgt, die Triebbefriedigung, die anderen Schaden zufügt, zu verhindern. Doch wenn der Mensch seine Person in eine Organisationsstruktur einbringt, tritt an die Stelle des autonomen Menschen ein neues Wesen, das von seinen individuellen Moralvorstellungen nicht mehr eingeschränkt ist, das von der Behinderung durch Gebote der Menschlichkeit befreit ist und nur auf die Sanktionen seitens der Autorität achtet." (1) Warum haben Menschen so etwas getan, ihre Freunde und Bekannten von vorher nicht mehr zu grüßen, zu besuchen, zu verteidigen, Schaden, der ihnen angetan wurde, abwenden zu helfen, sich nicht mehr zu ihnen zu bekennen? Eine Antwort gibt der Psychologe Carl W. Backman: "In der Regel ist Nonkonformität für die entsprechende Person mit Kosten unterschiedlichen Ausmaßes verbunden." (2) Diese "Kosten" überlegt sich jeder, der nicht konform handelt. Es gibt die Situation, daß er die Verantwortung anderen zuschieben kann, sich nicht einzumischen braucht, Risiken nicht übernehmen muß, und ist der Schaden, der durch Handeln oder Nichthandeln entsteht, zu überblicken, dann werden viele sich zurückhalten, werden sich abwenden. Die Kosten für den einzelnen sind aber spätestens dann zu hoch, wenn er völlig aus der Massenharmone des "nationalen Aufbruchs" herauszufallen droht, wenn er, möglichst noch sichtbar (durch Verhaftung) von den anderen getrennt und der Verachtung anheim gegeben wird. "Jeder, der mitten in den tausend Beziehungen seines Lebens steht, gehört so unzähligen Gruppen von 'Guten' an, die genau so vielen Gruppen von 'Schlechten' entgegenstehen." (3) Genauso stand es auch auf den Boykottschildern vor den Geschäften: Wer bei Juden kauft, ist kein guter Deutscher. Nicht weit ist es dann zur Etikettierung als Nestbeschmutzer. "Wir alle stehen unter dem Druck von anerzogenen Normen, von Ordnungen und Bestimmungen, die besagen, daß niemand im Zweifelsfall das eigene Nest beschmutzen sollte ... Darin stecken natürlich uralte irrationale Ängste, die davon ausgehen, daß jedes soziale Gebilde automatisch von Außenfeinden bedroht und deshalb von vornherein auf eine defensive Abgrenzung seiner Mitglieder gegen die Umwelt angewiesen sei ... In Konflikte dieser Art ist jeder fortwährend verstrickt, der sich seiner persönlichen Verantwortung nicht

-
- 1) Stanley Milgram, Das Milgram-Experiment. Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 216
 - 2) Carl W. Backman, Soziale Normen, in: Die Psychologie des 20. Jahrhunderts, Bd. VIII, Zürich 1979, S. 319
 - 3) Elias Canetti, Masse und Macht, 2. Aufl. München 1976, S. 26

dadurch begibt, daß er diese automatisch jeweils an die Obrigkeiten delegiert, welche die sozialen Gruppen regieren, deren Teil er ist. Hier ist es wiederum das Problem, das Maß an innerer und äußerer Isolation auszuhalten, das nötig ist, um z.B. solche Loyalitätskonflikte zu tragen, anstatt sich jeweils passiv von den Strömungen und Entscheidungen derjenigen mitziehen zu lassen, die eine gefügige Anpassung mit einer schützenden Geborgenheit prämiieren." (1)

Wie Gruppenmeinung sich auf Individuen auswirkt, ist immer wieder von Psychologen untersucht worden. Eine große Zahl von Täuschungsexperimenten erbrachte, daß Menschen sich den Wahrnehmungen und Meinungen anderer Versuchspersonen anschlossen, obwohl deren Urteile falsch waren. Rainer Geißler stellte einmal die verschiedenen Faktoren zusammen, die ein besonders hohes Konvergenzverhalten zur Folge haben: Es ist um so höher, je komplexer das Problem ist, über das ein Urteil gefällt werden soll, je weniger der einzelne - neben den Meinungen anderer - durch Bezugspunkte sein Urteil erleichtert bekommt, je größer die Zahl der Menschen mit anderer Meinung ist, je stärker der Gruppendruck zur Meinungskonformität ist, je besser der einzelne in einer Gruppe individuelle Bedürfnisse nach Kontakt, Geborgenheit, Prestige, Aufstieg befriedigen kann, je weniger alternative Gruppen zur Befriedigung individueller Bedürfnisse zur Verfügung stehen, wenn keine sichtbaren widerstandsfähigen Minderheiten mit diskussionsgestählten Meinungen sich engagiert bemerkbar machen können. Die eigene soziale Sicherheit wächst, wenn die eigene Meinung von vielen geteilt wird. (2) Eigentlich war das die Situation für viele Bevölkerungsschichten und für den einzelnen in der Zeit des Nationalsozialismus, besonders in dessen erfolgreichen Jahren. Die Anforderungen an Nonkonformität waren besonders in diesen zur Diskussion stehenden Anfangsjahren noch nicht so stark. Das Regime verlangte ja zunächst nur Hinnahme, Ertragen und Unterlassen der Hilfe für die "Feinde", also Passivität. Wenn viele Mitbürger schon in dieser Zeit den Forderungen an Passivität (was ja nichts anderes bedeutet als Dulden, Ertragen, Hinnehmen) voll entsprachen, wie würde das um so stärker geschehen bei Erfolgen des Systems, wenn alle um einen herum aktiv in den Jubel- und Aggressivitätschorus einstimmten?

Wenn Widerstand und Abwehr nicht frühzeitig gelernt und erprobt werden, ist es nachher zu spät. Das läßt die Frage nach Erziehung und historischem Erleben der Generationen um 1933 aufkommen, es stellt sich das "Problem des autoritären Charakters" (Adorno). "Je strenger die Tradition, desto bindender die vorgeschriebenen Identifikationen ..." (3) Es würde aber hier zu weit führen, alle Stationen der Versäumnisse nicht eingeübten Ungehorsams in der Zeit der Weimarer Republik anzuführen - das ist hinreichend bekannt. Richter

-
- 1) Horst Eberhard Richter, Flüchten oder Standhalten, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 29
 - 2) Rainer Geißler, Öffentliche Meinung und Meinungsbildungsprozesse, in: Psychologie des 20. Jahrhunderts Bd. VIII, Zürich 1979, S. 521 ff
 - 3) Alexander Mitscherlich, Das Ich und die Vielen, München 1981, S. 66

zeigt am Beispiel der angstneurotischen Familie, wie es möglich ist, daß ein autoritäres (besser autokratisches) System Eingang findet: "Es ist der Normfall, daß Eltern, Lehrer und zahlreiche weiter hinzutretende Autoritäten kontinuierlich darauf achten, daß das heranwachsende Individuum niemals ohne äußere Mächte auskommt, die gewissermaßen als übergeordnete Kontrollinstanzen das persönliche Über-Ich bestätigen, einschränken oder auch gelegentlich außer Kraft setzen können. Die lebenslänglich währenden Trennungsängste auf Grund der bereits in der Kindheit geschürten Hypersensibilität für Isolation erschweren es für jeden einzelnen in hohem Maße, sich eine leidlich stabile und widerstandsfähige moralische Identität zu schaffen." (1) Je länger die nationalsozialistische Herrschaft währte, um so mehr war vor allem bei den Jüngeren zu erwarten, daß sie dem Autoritätsdruck und der Beeinflussung erliegen und ohne Bedenken gegen jeden vorgestellten "Feind" vorgehen würden. "Unter totalitärer Herrschaft führt der besondere Autoritätsdruck der Führung offenbar massenweise dazu, daß im Laufe der Zeit die Ideologie der Herrschaftsclique als Über-Ich-Substitut funktioniert." (2)

Das führt uns zu zwei weiteren Phänomenen, die wir im Zusammenhang mit dem Handeln von einzelnen und der Bürokratie schon für diese Anfangszeit, mehr aber noch später beobachten konnten: einmal viele Denunziationen und zum anderen Taktieren einer nicht mehr dem Recht verpflichteten, sondern nach neuen, völlig anderen Wertvorstellungen entscheidenden Bürokratie. Wie sind solche Schreiben wie das des Bergwerksdirektors M. über den Einfluß der Jüdin Burgheim, das des Kapellmeisters C. mit niedrigsten Anschuldigungen gegen den Schauspieler Kühne, die später noch zu besprechenden Denunziationsschreiben der Frau S. über ihre jüdische Nachbarin (1940) und das der Nachbarn von Mathilde St. (etwa 1942) und die vielen anderen nicht erwähnten zu erklären? Einen furchtbaren Höhepunkt erreicht solcher Verrat im Handeln der Gestapoagentin Irgart 1942, was u.a. Elisabeth Will das Leben kosten sollte.

3. Der wirtschaftliche Vorteil der **Denunziation** liegt auf der Hand. Aber er allein ist für ein solches Handeln nicht ausschlaggebend, wie das Beispiel der Irgart zeigt. Es muß eine völlige Veränderung bisheriger Wertvorstellungen hinzukommen, ehe sich brave Familienväter und harmlose Hausfrauen und Mütter entschließen, andere Menschen (sogar welche, die ihnen nahestanden) auszuliefern und dabei noch nicht einmal Skrupel zu haben, die Tatsachen zu verdrehen. Recht überzeugend erklärt diese Erscheinung nach unserer Meinung Manés Sperber als den "andauernden Einbruch in die Privatsphäre und in seiner Folge, die Abschaffung der Regel der Loyalität, die gewöhnlich das Leben beherrscht. Eine vorher kaum gekannte Unordnung macht sich breit, denn was das Individuum fortan zu tun bereit ist, hat nicht mehr viel mit seinen psychischen Automatismen oder allgemeiner mit seinem Vorleben zu tun. Er mag bis dahin anständig gewesen sein, fortan wird er nicht zögern, unanständige, unloyale, ja

1) H.E.Richter, Flüchten oder Standhalten, a.a.O., S. 97

2) Ebd., S. 98

verräterische Handlungen zu begehen, wenn ihm bescheinigt wird, daß die Sache es erfordert, und - das ist entscheidend - dabei wird sein Gewissen so taub bleiben wie das eines 'moral insanity'-Kriminellen. Er wird sich nicht nur nicht entwertet fühlen, sondern Befriedigung finden in seiner vermeintlichen 'Selbsterweiterung', der Magnifizierung seiner Person und der Gewißheit, eine höhere Bedeutung zu erlangen. Er wird sehr schnell davon überzeugt werden, daß er um so treuer ist, je verräterischer er handelt - etwa gleich jenem Hagen der Nibelungensage, der Kriemhilds und Siegfrieds Vertrauen erschleicht und ihr Geheimnis verrät, um Siegfrieds Ermordung herbeizuführen. Es mag übrigens aufschlußreich sein, daß dieser fragwürdige Held in deutschen Schulbüchern seit eh und je als ein Ausbund der Mannestreue angepriesen wird, weil er für seinen Herrn, Gunther, zu jeder Schandtat bereit war. Durch Verrat bewiesene Treue, das wäre in hohem Maße kennzeichnend für die Haltung, die fanatische Bewegungen von ihren Anhängern fordern. Damit solche Verkehrung der Werte gelinge, müssen die fundamentalen Regeln des Anstands im Verkehr der Menschen miteinander abgeschafft werden." (1)

Ähnlich beschreibt auch Niekisch, wie dieser neue Typus Mensch aussieht: "Die Kanaille gab den Ton an und zwar von der Straße bis in die Kundgebungen und Maßnahmen der Obrigkeit hinein. Denunzianten erlebten große Tage; die Polizei verfolgte jede Spur, die ein Angeber gezeigt hatte." (2)

Dabei kann man noch nicht einmal behaupten, daß der Nationalsozialismus ohne Moral ausgekommen wäre. Aus den Akten treten sie uns dauernd entgegen, die Begriffe von "Vaterland, Pflicht, Ehre, Treue, Nation, Gehorsam, Härte, Fleiß, Stärke, Opfer, Gemeinnutz, Stolz, Gefolgschaft, Glaube, Bereitschaft, Hingabe, Einigkeit ... Unter dieser Flagge tat ein Volk zwölf Jahre seine Pflicht. Viele, die meisten wahrscheinlich, glaubten (und glauben), daß man ihnen alles vorwerfen könne, nur keine Unmoral. Sie glaubten im Gegenteil einen unsagbar entbehrungsreichen, selbstlosen und darum moralisch hervorragenden Einsatz zu leisten ... Im jahrelangen propagandistischen Trommelfeuer idealistischer Imperative ohne öffentliche Einschränkung, ohne Kritik, fiel es naiven Volksgenossen und der Jugend gar nicht mehr auf, daß in der Phraseologie des Regimes Werte fehlten wie persönliche Freiheit, Nächstenliebe, Demut, Toleranz, Menschenwürde, Mitleid, Objektivität, Menschlichkeit. Es gibt Werte im Reich der politischen Ethik, die, wenn sie fehlen, oder in ihrer Rangordnung degradiert und diffamiert werden, das ganze Gebäude einer politischen Moral zerbrechen oder von Grund auf verändern können." (3)

Wie groß mußte aber die Verwirrung der Wertordnung noch werden, wenn neben solche Tugenden auch die gesetzliche Norm, und wenn scheinbar exaktes Handeln nach geschriebenen Gesetzen, Erlassen, Verfügungen, Anweisungen neben die irrationale Seite der Ideologie Hitlers trat. "Hierbei profitierten Hitler und Himmler vom mo-

- 1) Manés Sperber, Sieben Fragen zur Gewalt. Leben in dieser Zeit. 4. Aufl. München 1983, S. 134 f
- 2) Ernst Niekisch, Das Reich der niederen Dämonen, a.a.O., S. 136
- 3) Dieter Ehlers, Technik und Moral einer Verschwörung, 20. Juli 1944, Frankfurt/M.-Bonn 1964, S. 14

ralischen Pathos und vom Wert an sich, den Kant und die Pflichtethik des militanten Preußentums allein schon der formalen Gesetzmäßigkeit, der rigorosen Diszipliniertheit, dem systematischen Habitus einer Pflichthandlung beigemessen hatten. Dieser Pflichtbegriff hatte sich verselbständigt. Die konkreten Inhalte, denen die Pflichterfüllung zu gelten habe, schienen vertauschbar. Moralisch entscheidend schien vor allem das formale Gefüge des Ordnungsprinzips. Der selbstlose Gehorsam, identisch mit 'Erfüllung' der Pflicht, beinhaltete als solcher bereits in den Augen deutscher Offiziere und Beamter ein moralisches Positivum höchsten Ranges. Darum konnte Hitler nicht nur auf Anhänger und Opportunisten zählen; ihm folgten auch grad-sinnige Staatsdiener, die der Ideologie seines Regimes zwar gleichgültig oder ablehnend gegenüberstanden, dennoch aber den 'Führerbefehlen', die im 'Dritten Reich' Gesetzeskraft hatten, pflichtgemäß gehorchten." (1) Ehlers bringt nun die preußische Tradition in die Diskussion und weist darauf hin, wie preußisch-deutsche Staatsbürgermoral im III. Reich ad absurdum geführt worden sei, so daß sich nur noch die Entscheidung für viele Beamte stellte zwischen gesetzmäßig oder gesetzwidrig. "Teuflich ist nicht unbedingt das Chaos, auch die Ordnung, auch Gesetze können teuflisch sein." (2)

4. Damit wenden wir uns dem letzten und für uns immer wieder erregenden Phänomen der **bürokratischen Apparate** und ihrem Handeln zu. An anderer Stelle (im Zusammenhang mit den Deportationen von 1942) wird noch einmal darauf zurückzukommen sein. Für diese Zeit mag dann das Wort von Ehlers auch voll zutreffen, aber gilt das auch schon für 1933-37? Hat denn unsere heimische Bürokratie wirklich so gesetzes- und erlaßtreu reagiert und damit den preußischen Geist von Gesetzmäßigkeit erfüllt, von dem Ehlers sprach? Oder hat sie nicht vielmehr diese Gesetzestreue völlig negiert, wohl wissend, daß die vorweggenommene Selbstgleichschaltung, bevor überhaupt eine Notwendigkeit dazu bestand, von oben gefördert, geduldet oder zumindest hingenommen wurde? Wann sind denn schon mal nationalsozialistische Landesbehörden gegen die ungesetzlich handelnde Bürokratie der Stadt vorgegangen und haben sie zur Rechenschaft gezogen? Es bestand wirklich nun guter Grund, gegen die von sich aus tätig werdende städtische Verwaltung (siehe Anfragen vom Juli 1933 bei verschiedenen Städten) die ganze Macht gesetzlicher Sanktionen anzuwenden. Im Schreiben vom 29.8.34 wurde sogar offen der Gesetzesbruch von den Gießenern zugegeben, als von den "zuständigen Ministerien" die Rede war, die die Zulassung von Juden zu den Messen hätten erzwingen wollen und diese Ministerien hatten sich dabei "auf die gesetzlichen Bestimmungen gestützt". Hier klingt sogar so etwas wie Stolz an: seht nur, was wir trotz aller Schwierigkeiten fertig gebracht haben! Wir brauchten noch nicht einmal das Gesetz zu brechen oder zu verleugnen, nein, wir haben es einfach mit bürokratischen Verfahrens-tricks der Ablehnung außer Kraft gesetzt! Soll das noch gesetzestreu genannt werden können? Mitnichten! Das weist uns auf einen weite-

-
- 1) D.Ehlers, Technik und Moral einer Verschwörung, a.a.O., S. 14
 - 2) Ebd.

ren Unterschied des bürokratischen Verfahrens der Anfangszeit gegenüber dem sklavischen Vollzug von 1942 hin: die städtische Bürokratie mußte noch taktieren (weshalb sie auch leidvoll klagend auf das Unverständnis der Öffentlichkeit hinwies), mußte Ausreden erfinden, mit Winkelzügen arbeiten und ihrem Handeln wenigstens einen Schein von Rechtfertigung verleihen. Auch die Organisation der Juden in Deutschland konnte noch vorstellig werden und noch manches erreichen, auch der einzelne Jude war nicht immer gleich bereit, sich von den Behörden abwimmeln zu lassen und wies sie mitunter auf ihr Fehlverhalten hin. (1) Das wäre 1942 undenkbar gewesen. Und ein weiteres wird ersichtlich: Welche ungeheuren Chancen bestanden noch in den Anfangsjahren für Widerstand, wenn nicht nur einzelne sich widersetzt, sondern viele einfach von ihren gesetzlichen Rechten und Möglichkeiten Gebrauch gemacht hätten, wenn eine sich gesetzestreu gebende Bürokratie mit einer Flut von Beschwerden, Anträgen, Hinweisen, Ansprüchen einfach zugedeckt und damit in ihrer zugreifenden Wirksamkeit erheblich behindert worden wäre? Es wäre dann genau das eingetreten, was den stärksten Pfeiler des staatlichen Machtapparates in Schwierigkeiten gebracht hätte: Durcheinander, Sand im Getriebe, oder sogar Chaos. Das aber hätte (wie schon vorher gezeigt) einen ganz anderen Menschen und eine ganz andere Erziehung vorausgesetzt. Man kann hier gut das Schlagwort vom "mündigen Bürger" verwenden, nur müßte dies leicht abgewandelt heißen der zur Mündigkeit **erzogene** Bürger. "Der spezifische Erziehungsstil, der die Welterfahrung des Kleinkindes in bestimmte Kanäle leitet, trägt in der Phase des Erwachsenenseins negative Früchte. Für unsere Kultur gilt, daß der Erwachsene nur über eine reduzierte Wahrnehmungsfähigkeit verfügt; seine Gefühle sind verdünnt und auf ein Minimum eingeschränkt. Er kann, das entspricht seiner generellen psychischen Verunsicherung, nur noch spärlich - wenn überhaupt - mit seinen Restgefühlen umgehen. Das aggressive Potential ist eingedickt und verfällt der Verdrängung, um bei Gelegenheit, etwa wenn Demagogen einen Dammbruch in der Gesellschaft verursachen, atavistisch hervorzubrechen. Unnötige und verfrühte Versagungen werden unseren Kindern mit dem Hinweis abgefordert, später würde sie auch niemand mit Glacéhandschuhen anfassen. Prophylaktisch wird den Kindern angetan, was später angeblich nicht zu vermeiden sei. Daß psychische Stärke in Form eines gefestigten Ichs sich mit Erfolg gegen einen Apparat auflehnen könne, ist solchem Denken fremd. Von vornherein haben immer die andern recht. Sie sitzen sowieso am längeren Hebel, sagt man." (2)

So garantiert dann die psychische Verfassung der Menschen, daß der Apparat sich in einmal eingeschlagenen Richtungen weiter bewegen kann, kein Widerstand von überwiegend entmutigten Menschen (vor allem in einer wirtschaftlichen Krise) zu erwarten ist. Dazu kommt noch der Eindruck von Wirksamkeit, Unbestechlichkeit (was in unserem Falle ja, wie wir sahen, überhaupt nicht zutraf, keine Bürokratie war korrupter als die nationalsozialistische), Effizienz - mit

- 1) Siehe StAGi Nr. 5065 die hartnäckigen Eingaben von J.Blodinger, N.Goldschmidt, O.Schliesser und Jakob Walldorf
- 2) Igor A.Caruso/Ewald H.Englert, Autoritäts- und Machtausübung, in: Die Psychologie des 20. Jahrhunderts Bd. VIII, Zürich 1979, S. 354

einem Wort Objektivität -, den Bürokratie macht. "Denken hat daher für uns mit dem Bedürfnis zu tun, Struktur in eine Welt zu bringen, deren Erscheinungen dem Menschen zunächst chaotisch - und damit beunruhigend - gegenüberstehen; kurz Denken systematisiert die Dinge. Auf's Technische bezogen, ist die Maschine das Symbol der Weltbeherrschung, denn die Maschine scheint nicht nur die Ordnung der Welt, sondern auch eine Beruhigung der konfliktträchtigen menschlichen Natur zu garantieren. 'Denn jedes technische System, jeder Apparat ist in sich geschlossen, überblickbar, herstellbar, uneingeschränkt verfügbar und zweckmäßig. Einseitig technisch gebildete Menschen kommen deshalb leicht in Versuchung, auch das menschliche Zusammenleben nach den Grundsätzen technischen Denkens gestalten zu wollen' (Buchheim ⁵1967, 95). Der Hang der Bürokraten, die Welt samt Menschen unter Verwaltung zu stellen, ist also, wenn man die Prämissen unserer Kultur durchleuchtet, durchaus begreifbar. Auf diese kulturell vermittelte, buchhalterische Neigung ist immer wieder hingewiesen worden: 'Die Bürokratie ist nicht nur ordentlich, sondern auf imperialistische Weise ordentlich. Es gibt einen bürokratischen Demiurg, der das Universum als ein sprachloses Chaos betrachtet, das darauf wartet, in die erlösende Ordnung der bürokratischen Verwaltung gebracht zu werden ... Wegen ihrer abstrakten Formalität ist die Bürokratie im Prinzip auf so gut wie jede menschliche Erscheinung anwendbar' (Berger, Berger, Kellner 1973, dt. Ausg., 48 f)." (1)

1) Caruso/Englert, Autoritäts- und Machtausübung, a.a.O., S. 352 f

C) ENTRECHTUNG UND DISKRIMINIERUNG: 1935 - 1938

I. Erfassung und Kontrolle in Listen, Auswanderung

Die einzelnen Ortspolizeistellen mußten auf Anweisung der Gestapo schon seit 1933 immer wieder in bestimmten Abständen Listen über die in der Stadt wohnenden Juden anlegen. Wie wir schon bei der Ausschaltung der Juden aus vielen Bereichen des Berufslebens sehen konnten, war dieses Vorgehen früh geplant und durchgeführt, und die Erfassung in Listen half bei der Kontrolle. Man kann diesen Listen schon eine hohe Genauigkeit beimessen, die Ausnahme dürfte die Angabe über den neuen Wohnort sein, bei dem die Gestapo vor allem bei der letzten Liste von 1942 falsche Angaben machte, um den Abtransport in die Vernichtungslager nicht deutlich werden zu lassen. (1)

Die Listen der zur israelitischen Religionsgemeinde zählenden Juden sind hier zunächst nur von sekundärer Bedeutung, da damit über viele damals in Gießen lebende Juden kein Aufschluß zu erhalten ist. Aus den Listen ist nun zu erkennen, daß sich die Zahl von 1265 in Gießen und Wieseck gemeldeten Juden (1933) bis zum Dezember 1935 auf 619 und bis zum August 1938, also unmittelbar vor der "Reichskristallnacht", auf 364 "Volljuden im Sinne der Nürnberger Gesetze" verminderte. Diese Zahl veränderte sich bis März 1939 auf etwa 300, Februar 1941 auf 190 Gießener und 8 Wiesecker Juden. Im September 1942 wurden schließlich die letzten in Gießen und Wieseck verbliebenen 150 Juden deportiert. Die größte Veränderung in der Zahl fand also zwischen 1933 und 1938 statt. Dabei ist bemerkenswert, daß Geschäftsleute noch relativ lange ausharrten. Das dürfte mit auf die schon skizzierte Politik des Reichswirtschaftsministeriums und der Auslandsreaktionen (auch die bevorstehende Olympiade 1936) zurückzuführen sein.

Bis zum Jahre 1939 wohnten die Gießener Juden noch verstreut in der ganzen Stadt, die Geschäfte waren von alters her oft in der Innenstadt. Die Liste vom 5.8.1939 läßt schon eine starke Veränderung der altersmäßigen Zusammensetzung erkennen. (2) Die Zahl der nach dem 1. Weltkrieg Geborenen nimmt stark ab, weil viele Jüngere die Gelegenheit zur Auswanderung nutzten, während ihre Eltern noch in Gießen blieben. Ein Beispiel wird später noch mit den Geschwistern Jossi und Sonja Stern zu geben sein, die 1936 nach Palästina auswanderten, damals 15 und 16 Jahre alt (!). Die Auswanderungszahlen nach Palästina zeigen auch ganz klar, daß 1933 und 1936 mit 44 bzw. 40 Personen die höchste Zahl erreicht wurde. Die Zusammenhänge mit den politischen Ereignissen (1933 erste Maßnahmen, 1935 Nürnberger Gesetze) dürften wohl klar sein. Außerdem zeichnen sich gewisse Wellenbewegungen des Vorgehens der Nazis ab. Immer wenn neue, noch schärfere Maßnahmen ergriffen worden waren, ließ man erst einmal eine Phase der Beruhigung eintreten, um dann

1) E.Knauf, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 45

2) Ebd., S. 46

erneut wieder (noch härter) den Juden zuzusetzen. Goebbels hat diese Taktik in einer Rede auch einmal offen zugegeben und sie damit gerechtfertigt, daß man die Juden auf diese Weise langsam zu zermürben hoffe. Nach 1936 ebden die Auswanderungszahlen nach Palästina und auch nach Übersee ab, um schließlich 1942 ganz aufzuhören. (Einzige Ausnahme 1942 die schon zur Deportation bestimmte Familie Oppenheim aus der Bahnhofstraße.) Ab 1939 hörte auch die Streuung innerhalb der Stadt auf, und es erfolgte schon eine Zusammenlegung in bestimmten Straßen und Häusern (Bahnhofstraße, Liebigstraße, Walltorstraße, Landgrafenstraße). Interessant ist, daß die Gestapo diejenigen jüdischen Organisationen duldete, die für eine Auswanderung aus Deutschland plädierten. "Im wesentlichen ablehnend stand die Gestapo den Aktivitäten 'deutsch-jüdischer' Verbände gegenüber, von denen sie annahm, daß diese auf einen Ausgleich zwischen den Juden und ihrer Umwelt hinarbeiteten und ihre Mitglieder darin bestärken wollten, in Deutschland zu bleiben. Zu diesen sogenannten 'Assimilanten' zählte die Gestapo namentlich den 'Reichsbund jüdischer Frontkämpfer', aber auch den 'Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens'." (1) Verboten wollte die Gestapo diese Organisationen jedoch nicht, weil ihr so die Überwachung besser gelang. Wie die von Kropat untersuchten Akten des Hauptstaatsarchivs Wiesbaden beweisen, förderte die Gestapo besonders die Jugendgruppen der "Staatszionistischen Organisationen", weil sie die Auswanderung nach Palästina besonders betrieben und damit die Juden aus Deutschland vertrieben wurden. Diese Organisationen hatten schon vor 1933 in Gießen vor allem von den Lehrkräften und Studenten der Universität her großen Zulauf. (2) J.Stern nennt vor allem die Namen Dr.Rabin, Dr.Mosche Smoira, Dr.Ernst Imanuel Simon, Dr.Hans Plonsker, Joachim Prinz, Adolf Reifenberg. (3)

Nach 1933 wurde, bedingt durch den Druck, der Auswanderungsgedanke stärker. "Keiner konnte mehr gleichgültig bleiben. Mehr und mehr trafen sich die Gießener Juden bei Vorträgen über Palästina. ein Film über das Aufbauwerk im Lande zog Leute, besonders ältere, in das Kino in der Bahnhofstraße, die zuvor noch nie in ein Lichtspieltheater gegangen waren. Den größten Aufschwung aber erlebten die Jugendbünde. War bisher der JPD, der Jüdische Pfadfinderbund Deutschlands, dominierend, so strömten die Kinder und Jugendlichen nun zum "Bund der religiösen Pioniere", zu den "Werkleuten", den "Bauleuten" oder zu den Revisionisten. Viele jüdische Bürger freilich beharrten auf ihrer Meinung, der Nazi-Spuk gehe bald vorüber, doch der Gedanke der Auswanderung hatte eingeschlagen, und Palästina wurde zum Ideal." (4)

Es ist immer wieder gefragt worden, warum denn gerade in den großen Städten die Abwanderung begann, die dann auch die Mittel-

1) A.Kropat, Die hessischen Juden, a.a.O., S. 425

2) Werbeplakat siehe Dok.18.

3) MOHG Bd. 65, a.a.O., S. 10 f

4) H.J.Stern, Gießener Juden in Israel, in MOHG 65, a.a.O., S. 12

städte wie Gießen bald erreichte? Die Antwort liegt auf der Hand: von der Verfolgung waren zunächst Intellektuelle, Freiberufliche, Mittelstand betroffen. "Der Landbevölkerung fiel ein rascher Entschluß zur Auswanderung auch deshalb schwerer, weil ihr Vermögen in Grundbesitz oder - bei den Kaufleuten - in Warenkrediten festgelegt und häufig schwer flüssig zu machen war. Die Auswanderung konnte daher nur langsam und oft nur unter erheblichen Verlusten vorbereitet werden. Natürlich waren auch die jüdischen Landbewohner bodenständiger als die Städter ..." (1) So zog mancher aus Gießens Umgebung erst einmal in die Stadt Gießen selbst, ehe er ins Ausland oder in die Großstädte wie Frankfurt/M., Berlin, Köln usw. ging. Ebenso geschah es mit Gießener Juden, die manchmal erst in die Großstädte zogen, um dann auszuwandern.

II. Ausschaltung des jüdischen Viehhandels und Vorgehen gegen Geschäfte

Wie wir schon sahen, war der jüdische Viehhandel den örtlichen Stellen ein Ärgernis, gegen das aber wirksam nicht vorzugehen war. Auch die Einrichtung sogenannter judenfreier Viehmärkte führte nicht zum gewünschten Erfolg für die nationalsozialistischen Viehverwertungsgenossenschaften. Selbst Terrorakte wie der Überfall auf den Viehmarkt Fulda (11.7.35) brachten jüdische Viehhändler und Bevölkerung nicht auseinander. Die örtlichen Polizeistellen, die sich mit ihren Aktionen gegen den jüdischen Viehhandel bei den braunen Machthabern einkratzen wollten, trafen auf wenig Resonanz bei den Bauern. "Sie kauften weiter da, wo sie seit alters gut bedient wurden ..." (2) Die örtlichen Behörden konnten nicht einsehen, daß es sich für die Bauern um eine finanzielle Frage und nicht um ein Problem ideologischer Zuverlässigkeit handelte. Günstige Kredite, gute Kenntnisse und Erfahrungen der jüdischen Viehhändler brachten sogar Bauern, die Mitglieder der NSDAP waren, dazu, bei Juden zu kaufen. Kleinliche Schikanen wurden nun versucht. So wird vom jüdischen Viehhändler Julius Rothschild aus Eppertshausen in der Oberhess. Tageszeitung vom 29.5.35 berichtet: "Dieser Jude brachte am 19. März 1935, an einem Viehmarkttag eine Kuh mittels Lastwagen nach Gießen und stellte sie bei einem hiesigen Gastwirt im Stall unter, ohne die Kuh zuvor auf den Viehmarktplatz verbracht zu haben. Er umging dadurch die gesetzlich vorgeschriebene Impfung der Kuh. Durch Strafbefehl des Amtsgerichts Gießen wurde Jud Rothschild zu einer Geldstrafe von 50 RM (evtl. 10 Tagen Haft) verurteilt." (3) Aufschlußreich ist nun die Anmerkung der Zeitung, "ob die zahlreichen vorbestraften Juden, die sich unter Umgehung der Marktvorschriften bereichern wollen, für immer vom Gießener Viehmarkt ausgeschlossen werden?" Hier wird also dazu aufgerufen, die "Juden-

1) Kropat, Die hessischen Juden, a.a.O., S. 434

2) Harald Focke/Uwe Reimer (Hrsg.), Alltag der Entrechteten, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 93

3) O.T. vom 29.5.35

plage" durch Kriminalisierung der Juden zu beseitigen, d.h. erst wird ein jüdischer Händler wegen einer Bagatelle bestraft und kann dann als Vorbestrafter vom Handel ferngehalten werden - wahrlich ein schönes Beispiel preußischer Tugendhaftigkeit und Gesetzmäßigkeit in unserer Stadt damals! Möglichkeiten zur Bestrafung wurden immer wieder gesucht und gefunden. So wurde jüdischen Händlern zur Last gelegt, daß sie ihre auf den Markt gebrachten Kühe nicht ausgemolken hatten. Der verurteilte Jude hatte eingewandt, daß er sich doch auf alte Gewohnheiten berufen könne, die für alle Händler gegolten hätten. Es stellte sich dann in der anschließenden Diskussion unter den zuständigen städtischen Behörden heraus, daß es strittig war, ob das Ausmelken von Kühen vor dem Auftrieb als unnötige Tierquälerei oder als eine Vernachlässigung des Tieres angesehen werden könne.

(1) Auch erkannte man in manchen Orten schnell, wie die Vertreibung jüdischer Viehhändler dazu führte, daß diese auf andere Orte auswichen und dann wieder Klagen von diesen Parteistellen kamen. Also versuchte es die Stadt Gießen nun (neben den Anzeigen wegen Nichtausmelkens der Kühe) mit dem Anbringen von Schildern auf dem Viehmarkt, arische und nichtarische Händler zu trennen und durch diese subtile Diskriminierung die Juden zu schädigen. Eine Kuriosität am Rande ist, daß der städtische Beauftragte Dr. Monnard zugeben mußte, daß auch Arier noch viel schlimmere Gesetzesverletzungen begangen hatten, die aber nicht geahndet worden waren, so als ein Werkmeister der Firma Buderus noch als Viehhändler aufgetreten war.

(2)

Zum ersten Mal wurde gegen Ende des Jahres 1936 eine weitere Möglichkeit des Vorgehens von manchen städtischen Behörden erwogen: die Versagung des Wandergewerbescheins oder der Gewerbelegitimationskarte wegen "Unzuverlässigkeit". Hier waren aber bedeutsame höchstgerichtliche Entscheidungen gefallen, die zeigen, daß es auch damals noch mutige Richter gab und die Gleichschaltung in diesem Bereich noch nicht völlig gelungen war. Die Begründung lief der Nürnberger Gesetzgebung und nationalsozialistischer Rassenpolitik völlig zuwider: "Denn die Charakterfehler, die man im allgemeinen als einer Rasse eigentümlich ansieht, brauchen nicht notwendig auch dem einzelnen Angehörigen dieser Rasse anzuhaften. Wollte man vom Bestehen allgemeiner Rasseeigenschaften ohne weiteres den Schluß ziehen, daß sie sämtlich, insbesondere die abträglichen, auch bei jedem einzelnen Rasseangehörigen vorhanden waren, so würde das darauf hinauslaufen, den vom Gesetz mit klaren Worten aufgeforderten, auf Tatsachen gestützten Nachweis der Unzuverlässigkeit durch Vermutungen zu ersetzen. Die Zugehörigkeit zur 'semitischen Rasse' ist aber für sich allein noch kein Grund zum Ausschluß vom Wandergewerbe oder überhaupt allgemein vom Wirtschaftsleben. Die Beschränkungen, denen die Juden im nationalsozial-

-
- 1) StAGi Nr. 2138 "Märkte und Messen - Bestrebungen gegen die jüdischen Händler auf den Viehmärkten" 1935/39, Schreiben vom 13. Sept. 1935
 - 2) StAGi Nr. 2138, Schreiben des Oberbürgermeisters vom 9.6.36

stischen Deutschland unterliegen, sind durch eine abgeschlossene Gesetzgebung festgelegt. Ein Verbot, das im vorliegenden Falle Anwendung finden könnte, ist darin nicht enthalten. Wie aus Verlautbarungen maßgebender Stellen zu entnehmen ist, sind Maßnahmen, die über die vorliegende gesetzliche Regelung hinausgehen, nicht beabsichtigt. Im Rahmen der geltenden Gesetze ist aber auch den Juden die wirtschaftliche Betätigung gewährleistet." (1) Diese Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts vom 28.5.36 wurde nun auch den städtischen Behörden zur Kenntnis gegeben und wäre eigentlich auch für sie bindendes Recht gewesen. Wahrscheinlich hat das auch zunächst einigen Eindruck gemacht, denn einige Zeit war Ruhe. Dann aber, im Januar 1937, geschah wieder etwas von einer anderen Seite aus, die sich schon oft eingeschaltet hatte, wenn die Diskriminierung der Juden vorangetrieben werden sollte, die *Presse*. Herausragend mit seiner antisemitischen Hetze war dabei "Der Stürmer", herausgegeben vom ehemaligen Hauptlehrer Julius Streicher. Zeitweise wurden 800 000 Exemplare dieses Hetzblattes verkauft, vielerorts hingen Schaukästen mit dem Stürmer aus. Die Hetze war manchmal von solch abgründigem Niveau, daß es selbst Hitler zuviel wurde. Der "Stürmer" wurde z.B. um Rat gefragt, ob ein arischer Volksgenosse einem jüdischen Geschäftsmann Schulden nicht zu bezahlen brauche. "Ein fünfzehnjähriges BDM-Mädchen klagte dem Stürmer sein Leid, daß viele in der Klasse noch mit Jüdinnen Freundschaft hielten. Wer einen besonders abscheulichen antisemitischen Witz wußte, beeilte sich, ihn dem Stürmer zu berichten. Am liebsten freilich waren Streichers Redakteuren die handfesten Denunziationen, die jeweils in der Spalte 'Kleine Nachrichten' (Unterzeile: 'Was das Volk nicht verstehen kann') versammelt wurden." (2) So schrieb in der Januar-Ausgabe des "Stürmer" von 1937 ein Herr Morr von der Viehverwertungsgenossenschaft aus Butzbach folgendes:

Der Viehmarkt zu Gießen

Vieher Stürmer!

In Gießen an der Bahn findet alle 14 Tage ein Viehmarkt statt. Wenn man dort hinkommt, glaubt man nach Palästina versetzt zu sein. Eine ganze Anzahl von jüdischen Viehhändlern treibt sich dort herum. Ferner sieht man viele Judengenossen, die mit den Fremdrassigen Geschäfte machen. Vieher Stürmer! Beim nächsten Viehmarkt in Gießen werde ich mit noch zwei anderen Parteigenossen fotografische Aufnahmen machen. Es ist wirklich lohnend, die Gestalten der Gießener Viehjuden im Bilde festzuhalten. Darüber hinaus wird es interessant sein, die Gesichter jener Judengenossen kennen zu lernen, die ~~nach~~ heute noch des Mammons wegen ihr Volk und ihre Rasse verraten.

D.

Die arischen Viehhändler reagierten sofort: sie erklärten, sie kämen dann nicht mehr nach Gießen, sie gingen nach Koblenz, wo sie in Ruhe gelassen würden." (3)

- 1) Abgedruckt im "Komet" (Mitteilungsblatt der Schausteller) vom 12.9.36, StAGi Nr. 2138, Dok. 19. Bei Walk, Das Sonderrecht für die Juden, a.a.O., S. 158, ähnlich: "Den Juden ist allein ihres Judentums wegen die Erteilung von Reisepässen, Legitimationskarten oder Wandergewerbescheinen nicht zu versagen, doch soll bei deren Erteilung Juden gegenüber mit besonderer Vorsicht vorgegangen werden."
- 2) Focke/Reimer, Alltag der Entrechteten, a.a.O., S. 99
- 3) StAGi 2138, Schreiben des Oberbürgermeisters vom 26.1.37

Der Oberbürgermeister wurde jetzt aktiv und wandte sich sogar an die Kreisleitung der NSDAP und rüffelte die Parteigenossen. Er ließ auch keinen Zweifel daran, daß er alle Mittel, auch die polizeilichen, einsetzen werde, um Störungen, sprich Fotografien vom Markt, zu verhindern. (1) Zwei unterschiedliche Motive waren für seine Aktivitäten maßgebend: 1. Der Ruf Gießens als einer 'judenfreundlichen' Stadt, die jüdischen Viehhändlern freien Raum gewähre, erschien schädlich für den Ruf Gießens und seines Stadtoberhauptes. 2. Der Nutzviehmarkt war schon zurückgegangen und würde weiter zurückgehen, weil die arischen Händler sich nicht an den Pranger stellen lassen wollten. Eine entsprechende Pressekampagne in der Oberhess. Tageszeitung von 1935 ("Der Markt des auserwählten Volkes") hätte ihnen schon genügt. (2)

Die Stadt mußte also nach anderen Wegen suchen. Ein gutes Konkurrenzangebot gegen die jüdischen Händler zu machen, hätte nahelegen. Dazu war man aber trotz aller Hilfe für die arischen Händler nicht in der Lage. Das mußte schließlich die Bezirksgenossenschaft für Viehverwertung zu Butzbach eingestehen: "Wir haben uns bis heute die erdenklichste Mühe gegeben, Nutzvieh auf dem Gießener Markt zu verkaufen und dadurch den Juden etwas Positives entgegenzustellen, um die Bauern von den Juden abzubringen. Leider mußten wir dabei erfahren, daß es auf dieser Basis vollkommen unmöglich ist, etwas Positives erreichen zu können, wenn nicht von anderer Seite etwas dagegen geschieht." (3)

In einer Besprechung am 26.5.1937 beim Oberbürgermeister wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht, und man einigte sich schließlich, rein arische und rein jüdische (jetzt also nicht mehr nichtarisch genannt) Märkte zuzulassen und den arischen Markt besonders gut zu organisieren, indem die umliegenden Viehverwertungsgenossenschaften eine bestimmte Zahl garantieren sollten. Bezeichnend ist in dieser Besprechung auch wieder die ausgesprochen **widerrechtliche Vorgehensweise der Behörden**: "Im übrigen würde in veterinärpolizeilicher Hinsicht von den Juden alles mögliche verlangt, so daß sie in der Ausübung ihres Geschäftes behindert sind. Obwohl auf den Nutzviehmärkten nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Zeugnis über 'Abortus Bang' nicht verlangt werden darf, hat Herr Ober-Vet.Rat Dr.Monnard, entgegen dieser Bestimmung, in der Bekanntmachung für die Viehmärkte darauf hingewiesen, daß diese Zeugnisse erforderlich sind, da er die Zeugnisse nicht direkt auf dem Markt abverlangt, sondern von Fall zu Fall beim Abtrieb außerhalb des Marktplatzes Kontrollen vornimmt." (4) Hier brüstet sich also ein Behördenchef sogar noch damit, "entgegen den gesetzlichen Bestimmungen" gehandelt zu haben und keiner tritt ihm entgegen, alle un-

-
- 1) StAGi Nr. 2138, Schreiben des Oberbürgermeisters vom 30.1.37
 - 2) O.T. vom 2.1.35, Dok. 36
 - 3) StAGi 2138, Schreiben der Bezirksgenossenschaft für Viehverwertung zu Butzbach vom 22.4.37 an die Bürgermeisterei Gießen
 - 4) StAGi Nr. 2138, Schreiben des Oberbürgermeisters vom 26.5.37. Dr. Monnard gab 1935 dem Viehhändler Löwenstein aus Ruttershausen den "guten Rat", sein Geschäft freiwillig aufzugeben, he es geschlossen werde - auch eine Methode, den jüdischen Viehandel auszuschalten (Interview mit Familie Löwenstein vom März 1984)

terstützen stillschweigend oder ausdrücklich dieses Handeln. Die Szene zeigt aber nicht nur, daß örtliche Stellen den Rechtsstaat bereits unterminiert hatten, sondern daß ein Behördenchef freiwillig und bedenkenlos seinen ihm übertragenen fachspezifischen Auftrag negiert und sich der Parteilinie unterordnet. Er bereitete damit spätere schlimmste Auswüchse vor: das Hineinregieren und Entscheiden von fachlich inkompetenten Parteibonzen in nahezu jeden Bereich, mit einem Wort - die **Parteiherrschaft**.

Im Herbst 1937 war zu erkennen, daß neben der Methode, sogenannte Judenfreunde, also Bürger, die noch mit Juden Handel trieben, an den Pranger zu stellen (1) (sprich, sie in der Zeitung zu nennen), andere einschneidende Maßnahmen gegen den jüdischen Viehhandel beabsichtigt waren. Manche Verordnungen über den Handel mit Vieh (z.B. in Hessen-Nassau) verlangten eine persönliche und sachliche Eignung. (2) Damit war es möglich, viele jüdische Händler von den Märkten fernzuhalten, indem man ihre Zulassung widerrief. "Daß der Widerruf der jüdischen Viehhändler massenhaft und ohne konkrete Begründung erfolgte, zeigt, daß ihre mangelnde persönliche Eignung nur darin bestand, daß sie Juden waren." (3) Trotz der Bedenken und Warnungen des Reichswirtschaftsministeriums verweigerten Verwaltungsstellen Juden aus lächerlichen Gründen immer wieder Legitimationskarten und Wandergewerbescheine. Schließlich wurden den Juden noch vor der "Reichskristallnacht" im November 1938 ihre Gewerbescheine entzogen, indem ein "Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung" vom 6.7.38 erging, das die Gültigkeit der Wandergewerbescheine für Juden zum 30. September 1938 aufhob. Auch hier waren aber schon vorher vollendete Tatsachen geschaffen worden. (4)

Ende 1938 war es schließlich auch mit den letzten noch verbliebenen jüdischen Händlern und Geschäftsleuten zu Ende. Der Nachrichtendienst DGT meldete: "Der Beauftragte für den Vierjahresplan hat in einer Verordnung vom 12.11.38 (RGBl I S. 1580) den Juden verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen." (5) Auch Geschäfte und Gewerbebetriebe von Juden wurden vom Beauftragten für den Vierjahresplan Göring zum 1. Januar 1939 geschlossen, d.h. sie wurden von den Juden selbst aufgelöst, oder sie wurden zwangsweise arisiert.

1) O.T. vom 26.9. und 27.9.37

2) Kropat, Die hessischen Juden, a.a.O., S. 421

3) Ebd., S. 421

4) Ebd., S. 422. Siehe auch Joseph Walk, Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, a.a.O., S. 232

5) Joseph Walk, Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, a.a.O., S. 254

III. Die "Ideologiebombe": Rassenhygiene, Rassenpflege

Wenn auch die Bevölkerung die NS-Rasselehre anfangs belächelte, ernst nahmen die neuen Fächer Rassehygiene und Rassekunde zumindest einige Universitätslehrer, vor allem viele Mediziner. Unter ihnen sind besonders die Professoren Kuhn und Kranz zu erwähnen, die mit wissenschaftlicher Akribie sich dieser neuen "Wissenschaft" widmeten. Unterstützt wurden sie von der veröffentlichten Meinung in der "Oberhessischen Tageszeitung" und im "Gießener Anzeiger", die immer wieder Artikel über Referate und neue Bücher brachten, die vom unheilvollen Wirken der jüdischen Rasse in der Welt zeugen sollten.

Rassehygiene gab es als Lehrfach an der Gießener Universität schon seit 1920, als wissenschaftliche Richtung etwa seit der Jahrhundertwende. Als Stammvater der Rassekunde wird immer wieder Gobineau angegeben. "Alfred Rosenberg formulierte weltanschaulich-philosophisch, was Hitler politisch zu tun hatte. Der 'Mythos des 20. Jahrhunderts' ist der Mythos des Blutes. Aus nordischem Lebensgrund erblickten die höchsten menschlichen Werte; wo die nordische Rasse ihren Fuß hinsetzte, da wuchs Kultur. Die Erde Indiens, Persiens, Hellas' und Roms segnete der nordische Mensch; er ist begnadeter Spender und berufener Herrscher. Seine Werke zerfallen, wenn der Untermensch, der 'ostische-syrische' Mensch insbesondere, an Boden gewinnt, wenn der nordische Mensch sich zur Rassenmischung versteht und Bastarden sein Erbe hinterläßt ... Das Germanisch-Nordische verkörpert hingegen den brutalen Herrschaftswillen der großbürgerlichen Oberschicht; sie ist die Herrenrasse, die den Geist der freien Konkurrenz und des freien Arbeitsvertrages durch die Bindung strenger industriell-feudalistischer Lebensformen ersetzen will." (1)

Diese Rassekunde hat also mehrere Stoßrichtungen: gegen das Aufbegehren der Arbeiter, gegen verschiedene Rassen (besonders gegen die jüdische und slawische) und gegen alle Regungen freiheitlich-humanistischen Geistes seit der Französischen Revolution, bei Rosenberg sogar gegen die römische Kirche seit ihren Anfängen. Nicht unrichtig ist bei dieser Rassekunde, manchmal auch beim ganzen Nationalsozialismus, von einer Anti-Bewegung gesprochen worden, die die Ideen des 19. Jahrhunderts ins 20. entstellt und verbogen hineingetragen und verwirklicht habe.

Prof. Philaletes Kuhn (1870-1937) "gehörte bereits im Jahre 1905 zu dem kleinen Kreis von Männern, welche die Gefahren des Geburtenrückganges, der werkmäßigen Verschlechterung unseres Erbgutes durch das Überhandnehmen der Erbkranken, der Rassenmischung durch eine stetige Zunahme der Verjudung und insbesondere die Gefahren des ständigen Verlustes nordischer Erbanlagen in unserem Volke lange Jahre instinktsicher geahnt und dann immer klarer erkannt hatte" (aus "Rasse: Monatsschrift der Nordischen Bewegung" 1937, S. 394 f.). Kuhns Ansichten sind oft genug dargelegt und sein Lebenslauf geschildert worden, so daß wir uns hier auf seine Haltung zur Judenfrage beschränken können. (2)

- 1) Ernst Niekisch, Das Reich der niederen Dämonen, a.a.O., S. 58 f
- 2) Siehe hierzu die entsprechenden Veröffentlichungen: "Frontabschnitt Hochschule" a.a.O., "Aeskulap & Hakenkreuz" a.a.O., "Gießener Universität und Nationalsozialismus" (Soziolog. Forum 2/1982), a.a.O.

Vor 1933 war diese Frage noch nicht so stark im Mittelpunkt seiner Überlegungen, sah er das "Problem" und seine Lösung noch nicht so radikal wie nach der Machtergreifung. 1924 glaubte er noch die "Möglichkeit eines vornehmen Ausgleichs" zu erkennen: die Umsiedlung **aller** Juden in einen eigenen Staat, der in Osteuropa errichtet werden sollte. Die Zionisten könnten nicht als deutsche Staatsbürger angesehen werden, da sie Deutschland nicht als ihre Heimat betrachteten. (1) 1933 ging Kuhn zusammen mit H.W.Kranz, dem späteren Direktor des Instituts für Erb- und Rassenpflege, noch mehr zur Sache und äußerte sich in seinem Buch "Von deutschen Ahnen für deutsche Enkel" zur Judenfrage:

"Der Jude ist und bleibt etwas Besonderes, ein Fremdkörper in jedem Volke, und zieht als geborener Parasit trotz Vermischung mit anderen Rassen unbekümmert seine Bahnen durch die Jahrhunderte im Leben der Völker ... Daß sie immer nur als Juden fühlen können, liegt im Blute begründet. Überhaupt handelt es sich bei der Judenfrage nicht um eine Religionsfrage, sondern ausschließlich um eine Rassenfrage. Der Jude bleibt eben Jude, auch wenn er gut katholisch getauft ist und früher dem Zentrum angehörte. Deshalb soll und darf man - wie man dies immer noch so häufig hört - auch nicht von Christen und Juden, sondern nur von Deutschen und Juden sprechen ... Das Schlimmste aber war das Eindringen jüdischer Wesensart in unsere sittlichen Begriffe. Hier wurde vor allen Dingen die Heiligkeit der Mutterschaft in den Schmutz gezogen, das Ehe- und Familienleben als die Quelle deutscher und völkischer Art und Kraft durch artfremde Vorbilder vergiftet und zerstört und das Dirnen- und Verbrechenertum geradezu verherrlicht." (2) Die Juden werden in diesem Buch so ziemlich für alle Übel verantwortlich gemacht, die man sich denken kann: Ausbeutung der Arbeiter, Ausplünderung der Bürger, Marxismus, russische Revolution, Sozialdemokratie, Sexual-Bolschewismus usw. Erschreckend sind die Vokabeln, die bei den vorgeschlagenen Lösungsmitteln auftauchen: "Wenn heute nach der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus die ganze Welt gegen uns aufzustehen scheint, und uns mit Greuelpropaganda u.a. skrupellos zu schaden, die Entwicklung und rassische Gesundheit des deutschen Volkes aufzuhalten sucht, so wissen wir, daß dahinter das Weltjudentum steckt. Ferner wird dadurch bewiesen, wie außerordentlich groß der Einfluß des Judentums ist und wie notwendig es war, daß Adolf Hitler diesen verhängnisvollen Einfluß im deutschen Volk ausgemerzt hat. Auch die übrigen germanischen Völker werden unserem Beispiel eines Tages folgen ... Die Lösung des Bevölkerungs- und Rasseproblems ist eine heroische Aufgabe, die eine Welt in die Schranken fordert ..." (3)

Ob solche Verfasser sich eigentlich bewußt waren, was das im einzelnen nun bedeutete? Ob sie wohl eine Vorstellung von Ausmerze,

- 1) "Frontabschnitt Hochschule", a.a.O., S. 196
- 2) Ph.Kuhn/H.W.Kranz, Von deutschen Ahnen für deutsche Enkel, Allgemein verständliche Darstellung der Erblichkeitslehre, der Rassenkunde und der Rassenhygiene, München, 4. Aufl. 1936, S. 65 f, S. 69, S. 76
- 3) Aeskulap & Hakenkreuz, a.a.O., S. 127

Lösung der Judenfrage mit Vertreibung, KZ, Vernichtung hatten und welche Folgen die Herausforderung der ganzen Welt nach sich zog? Kuhn selbst jedenfalls konnte das alles nicht mehr erleben. Er erlitt 1933 einen Schlaganfall und starb vier Jahre später. Dafür setzte sich Dr.Kranz um so nachhaltiger an Universität und in Fortbildungskursen für die im Buch beschriebenen Ziele ein. So verzeichnet z.B. der "Gießener Anzeiger" am 14.2.1934 Vorlesungsankündigungen von ihm für den 18. Februar mit dem Titel "Rassekunde des deutschen Volkes" und "Judenfrage und Rassenmischung". (1) Auch bei hessischen Wohlfahrtspflegerinnen und Schwestern verbreitete er seine Gedanken. (2) Immer wieder wurden auch Ärzte in rassenhygienischen Fortbildungskursen geschult. Im GA vom 7.6.1935 wird über einen am Tag zuvor gehaltenen Vortrag von Dr.Kranz berichtet: "Man hätte früher Rassenmischung weitgehend zugelassen, und so sei es gekommen, daß schwarz und weiß, Juden und Arier sich kreuzten. Mit Hilfe der marxistischen Freunde seien damals über 100 000 Ostjuden nach Deutschland gekommen, die allmählich die geistige Führung an sich gerissen hätten. Die Auswirkungen dieser rassenfremden Führung auf die kulturellen Aufgaben seien uns allen gut bekannt. Die Erbkranken schienen bald im deutschen Volk die Erbgesunden überwuchern zu wollen." (3) Wochen später erneuerte Kranz vor Partei- und Stadtbehörden, Wehrmacht und Studenten seine Thesen und "wies darauf hin, daß der Staat die Judenfrage von sich aus nicht allein lösen könne, sondern jeder einzelne Volksgenosse für sich lösen müsse, wenn den Bestrebungen der Regierung Erfolg beschieden sein solle." (4) Das Gießener Institut für Erb- und Rassenpflege, zunächst auf privater Initiative von Dr.Kranz betrieben, wurde schließlich auch formell der Universität angegliedert und ein Zentrum der nationalsozialistischen Rassenpolitik in Oberhessen. Was Rassekundler immer wieder gefordert hatten, wurde mit den Nürnberger Gesetzen und späteren Erlassen und Ausführungsbestimmungen auf eine Rechtsgrundlage gestellt, die den Rassehygienikern und Rassekundlern weiten Spielraum für ihre Untersuchungen ließen. (5) Prof.Kranz machte in einer Rede 1938 klar, wie Wissenschaft zu verstehen sei und in wessen Dienst sie stehe: "Und es ist kein Zweifel, daß auch heute noch manche Rassehygieniker sich vor einer typisch jüdischen mathematisierenden Methodik verneigen, weil sie diese Methodik nicht ohne weiteres begreifen, die ihnen art- und wesensfremd sind und auch sein müssen. Auch hier hat unsere rassenhygienische Forschung andere Wege einzuschlagen und sich freizumachen von jüdischem Geist und Denken. Wir wollen und brauchen die Theorie als solche nicht zu entbehren, aber wir müssen nur dafür sorgen, daß sie stets am Lebendigen bleibt und niemals eine tote unorganische wird."

-
- 1) GA vom 14.2.1934
 - 2) Aeskulap & Hakenkreuz, a.a.O., S. 132
 - 3) GA vom 7.6.1935
 - 4) GA vom 27.6.1935
 - 5) Siehe RGBI I, S. 1333 f. Auch Joseph Walk, Das Sonderrecht der Juden im NS-Staat, a.a.O., S. 138.

Immer aber sehen wir auf allen wissenschaftlichen Gebieten beim Juden die Voranstellung theoretischer Forderungen gegenüber der Wirklichkeit und dem Dienste an ihr." (1) Das war im Grunde das Mißtrauen des Unkundigen gegen exakte und überprüfbare Meßverfahren, die keinen Beweis für die Minderwertigkeit einer bestimmten Rasse oder Bevölkerungsgruppe gebracht hätten. Kranz forderte daher "blutsmäßig bedingte Instinktsicherheit" von den Erbtheoretikern und Erbstatistikern, die sich an der Wirklichkeit orientieren sollten. Das bedeutete doch die Aufforderung zu Experimenten. Man muß Kranz allerdings zugute halten, daß ihm solche "Untersuchungen", wie sie Dr. Mengele beispielsweise ausführte, nicht nachzuweisen sind. 1940 war Kranz Rektor der Uni Gießen geworden und war mit der Entscheidung über die Zulassung des jüdischen "Mischlings 1. Grades" Günter Selig aus Wiesbaden zum Hochschulstudium befaßt. Nach der entsprechenden Verordnung bedurfte dies der Genehmigung des zuständigen Ministers, der sich aber damals auf Kranz' Expertise verließ. Die sah dann so aus: "Das Erscheinungsbild des Selig ist nicht ohne weiteres als jüdisch anzusprechen, jedoch weist die Augenpartie des Antragstellers auf den jüdischen Rasseneinschlag hin. Bei seiner persönlichen Vorstellung machte er einen bescheidenen und zurückhaltenden Eindruck. Rassenseelisch trat der jüdische Einschlag jedenfalls nicht sonderlich in Erscheinung, soweit dies bei der Kürze der Zeit festgestellt werden konnte ... Auf Grund des persönlichen Eindrucks, den der Antragsteller auf mich machte, und auf Grund der beiliegenden Unterlagen glaube ich, daß man im vorliegenden Falle von einer Ablehnung des Antrags absehen kann." (2)

So sehr man beachten muß, daß der Chefrassehygieniker Gießens sich damals für einen Halbjuden einsetzte (es half diesem nicht lange, denn am 11.11.1941 wurde Günter Selig die Beendigung des Studiums nicht mehr genehmigt), so fallen einem doch drei Dinge bei dem Schreiben von Kranz auf:

1. Die unglaublich leichtfertige und oberflächliche Art der Beurteilung und Eingruppierung. Die spontane Reaktion war: Ist das eine Wissenschaft zu nennen?
 2. Man muß nur recht "bescheiden und zurückhaltend" auftreten, um Rassemerkmale vergessen zu machen. Weltkriegsauszeichnungen von Verwandten (!), also nicht einmal eigene Leistungen, verbesserten im vorliegenden Fall das Erscheinungsbild.
 3. Die sprachliche Wendung "glaube ich" verrät, was von der ganzen Rasseuntersuchung zu halten ist - unwissenschaftliches Gerede, Ideologie statt nachprüfbarer wissenschaftlicher Ergebnisse. Was wir allerdings nicht ausschließen wollen: Prof. Kranz könnte tatsächlich in einer Anwendung von Mitgefühl (?) Gründe gesucht und gefunden haben, dem Selig zum Studium zu verhelfen.
- 1942 verließ Prof. Kranz die Uni Gießen und übernahm das rassenhhy-

-
- 1) Aeskulap & Hakenkreuz, a.a.O., S. 141, zitiert "Ziel und Weg", Zeitschrift des NSDÄB 1938, S. 234 ff
 - 2) Frontabschnitt Hochschule, a.a.O., S. 180

gienische Institut an der Universität Frankfurt/M. Er starb im Mai 1945 in Sachsen auf der Flucht. (1)

Warum gerade, wie vorher gezeigt, die Mediziner und Biologen eine solche Affinität zum Nationalsozialismus hatten, war immer wieder ein Diskussionsgegenstand. Gründe könnten die ungeheure Aufwertung beider Fachrichtungen im III. Reich gewesen sein, damit verbunden eine Steigerung des Selbstwertgefühls; außerdem wurden diese Fachrichtungen materiell und bei ihren experimentellen "Aufgaben" enorm gefördert. Die Autoren in "Aeskulap & Hakenkreuz" geben folgende Deutung:

"Politische Umwälzung und Freicorpszugehörigkeit nach dem I. Weltkrieg, die deprimierende soziale Lage am Ende der 20er Jahre, die dem Gesundheitswesen eine Unzahl chronisch Kranker und gesellschaftlich Deklassierter überantwortete, sind Schlaglichter, die eine Vorstellung von den vielschichtigen sozioökonomischen und psychologischen Begründungszusammenhängen geben können." (2)

IV. Ergebnisse und Erkenntnisse

Für die Zeit nach 1935 läßt sich mit Fug und Recht behaupten, daß der Antisemitismus in breiten Kreisen der Bevölkerung verbreitet und verstärkt wurde, bei manchen wurde er zu einer Grundhaltung; er wurde, wie die Soziologen sagen, internalisiert. Die Nürnberger Gesetze trugen viel dazu bei, daß der Antisemitismus nun auch einen legalen Anstrich bekam, ja mehr noch, zur Grundlage für das Vorgehen gegen die Juden wurde. Das zeigte sich z.B. in Gießener Schwimmbädern, wo 1935 die Schilder ausgewechselt wurden: "Es hieß nun nicht mehr 'Juden unerwünscht', sondern strikt und eindeutig 'Für Juden verboten'. Und nicht nur das. Behördliche Erlasse und Verordnungen, die das berufliche und gesellschaftliche Leben für jüdische Menschen immer mehr erschwerten, nahmen zu." (3)

Waren anfangs noch spontane Aktionen an der Tagesordnung, so sollte nun der Bevölkerung im Zusammenwirken von Partei- und Staatsstellen klargemacht werden, daß die Rasse an sich und damit auch jeder einzelne Jude, auch wenn man ihn selbst in Ordnung fand, minderwertig sei. Die nie endenden Hetzkampagnen wurden durch Vorträge, Rassekundler, "Experten" usw., vor allem aber durch die gelenkten Massenmedien getragen und die weitere Einschränkung des Lebensbereiches der Juden auf diese Weise geradezu vom heiligen Volkszorn gefordert. Erschreckend ist, wie der pseudowissenschaftliche Nonsense von der Rassekunde auch amtlichen und damit autorisierten Charakter bekam und immer mehr in die Schulen und Hochschulen eindrang.

1) Aeskulap & Hakenkreuz, a.a.O., S. 156

2) Ebd., S. 170

3) Rolf und Brigitte Kralovitz, Da war nachher nichts mehr da, a.a.O., S. 11. Edith Wingens-Seligman berichtet in ihrem Brief vom 9. Okt. 1983, "daß die meisten Geschäfte 1938 ein Schild 'Juden unerwünscht' an der Türe hatten. Siehe auch den Brief von Hannelore Schwarz, geb. Jacob, vom 24.1.83 über ihre Jugend in Gießen in den 30er Jahren.

Die Ausschaltung der Juden aus vielen Berufen ging weiter und hatte bald auch diejenigen erfaßt, die noch bis zur Olympiade 1936 aus Gründen der außenpolitischen Kosmetik geschont worden waren - die Geschäftsleute. Zwischen 1936 und 1937 ging die Zahl der jüdischen Geschäfte in Gießen von ca. 130 auf 100 zurück, Mitte 1938 war auch diese Zahl nochmals halbiert. Das Bestreben, noch schnell ins Ausland zu entkommen, wurde immer stärker. Für die Jüngeren war dabei Palästina das beliebte Ziel. Sie zeigten in Vorbereitungskursen und nachher im Lande selbst, daß die alte Legende von der Unfähigkeit der Juden zur Handarbeit nicht zutraf.

Zunächst jedoch mußte das Dritte Reich noch außenpolitische Rücksichten nehmen und konnte den Juden nur mit kleinlichen Schikanen und Tricks das Leben schwer machen. Ende 1938 sollte sich das ändern: da ging es vielen Juden an die wirtschaftliche Existenz und auch schon ans Leben. Aber noch einmal sollte sich (vielleicht durch den vertagten Krieg) für Tausende die Chance zur Auswanderung ergeben - zum letzten Mal, wie sich später herausstellen sollte.

Gründe dafür, daß bis 1938 immer noch viele Juden im Reich und in unserer Stadt geblieben waren, sind:

1. Das Alter,
2. Der Glaube, es könnte nicht noch schlechter kommen (den man in den meisten Fällen als Selbsttäuschung bezeichnen muß!).
3. Die fehlenden finanziellen Mittel.
4. Die Verwurzelung in Deutschland, die Bindung an die Familie hier.
5. Das 'Affidavit' (1) wurde manchmal nicht erteilt, so vor allem von den Vereinigten Staaten!

Wie H.Knapp uns mitteilte, waren 1944 diese Schilder nicht mehr zu sehen - die "Endlösung" hatte sie überholt, und viele Menschen distanzieren sich schon vom NS-System: die Niederlage zeichnete sich ab.

- 1) Eigentlich: beeidigte Erklärung, Einreiseerlaubnis, die erteilt wurde, wenn Sicherheiten (Bürgschaften) vorlagen.

D) DEMÜTIGUNG, VERFOLGUNG, ISOLATION: 1938/39

I. Das Jahr 1938: Verordnungen - Reichspogromnacht - wieder Verordnungen

- 26.04. Verordnung über die Anmeldung des Vermögens der Juden
- 14.06. Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe
- 15.06. Verhaftung von ca. 1.500 Juden
- 25.07. Berufsverbot für jüdische Ärzte
- 17.08. Einführung der Zwangsvornamen 'Sara' bzw. 'Israel'
- 27.09. Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte
- 27.10./28.10. Ausweisung von 15.000 - 17.000 Juden nach Polen
- 09.11./10.11. Novemberpogrom (Kristallnacht) (1)

Seit den **Nürnberger Gesetzen** wurden den Juden viele Lebensmöglichkeiten genommen! 13 neue Ergänzungsverordnungen wurden im Laufe der Jahre 1935-38 herausgebracht! Die Flut von Verordnungen stieg besonders 1938 sprunghaft an.

Mit Wirkung vom 17.8.1938 (2) mußten die Juden den Zwangsvornamen 'Sara' bzw. 'Israel' annehmen! Auch jüdische Bürger aus Gießen und Wieseck betraf diese Maßnahme - z.B. Kurt Gutsmuth. Er 'ersuchte' sogar aus dem Ausland die Bürgermeisterei in Wieseck, zu seinem Vornamen den Namen 'Israel' annehmen zu können. (3) Weiterhin wurde dem Theaterarbeiter Daniel 'Israel' Goldschmidt ein Strafbefehl zugesandt, weil er nicht rechtzeitig bis zum 31.1.1939 der Ortspolizeibehörde mitgeteilt hatte, daß er den zusätzlichen Namen 'Israel' angenommen hatte. Auch in diesem Dokument fällt wieder auf, wie mit Strafen und Drohungen gearbeitet wurde, um die Juden einzuschüchtern bzw. sie zur Auswanderung zu bewegen. (4) Es kam dann auch zu einer größeren Auswanderungswelle, die auch Gießener Juden erfaßte. Die Zahl betrug 1939 über 100 Auswanderer. (5) Manche Gießener Juden erreichten erst in den letzten Friedenstag den rettenden Ausland, so z.B. Familie Toronski, die am 25.8.1939 nach England entkommen konnte. (6)

Wie wir schon sahen, hatte sich die nationalsozialistische Politik gegenüber den deutschen Juden 1937 und auch schon im Laufe des Jahres 1938 zusehends verschärft. Jüdische Geschäftsleute und Selbstständige wurden zur Aufgabe ihres Geschäftes oder ihrer Praxis ge-
bracht, Juden aus dem Börsenhandel ausgeschaltet, jüdische Vertreter

-
- 1) Wolfgang Scheffler, Judenverfolgung im 3. Reich, Berlin 1960, S. 27-28
 - 2) 2. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderungen von Familiennamen und Vornamen vom 17.8.1938, RGBI I, S. 1044
 - 3) StAGi Nr. 4008
 - 4) StAGi Nr. 4007, Dok. 21. Siehe auch StAGi Nr. 4007, Dok. 22
 - 5) Siehe die Zahlenangaben bei E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung Giessens, a.a.O., S. 49
 - 6) Ebd., S. 152 f

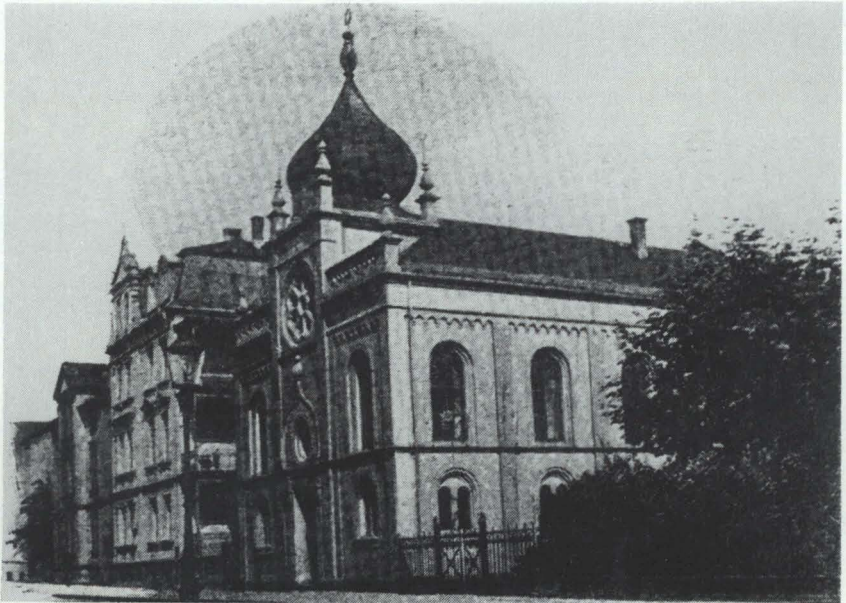


Die zerstörte Synagoge in der Südanlage

(Foto: Rudolf Metzger, Gießen)



Das jüdische Gemeindehaus



Die Synagoge in der Steinstraße

(Fotos: Rudolf Metzger, Gießen)

und Wandergewerbetreibende durch Änderung der Gewerbeordnung vom 6. Juli 1938 aus dem Handel ausgeschaltet. Der Lebensraum der Juden in Deutschland war also durch verschiedenste Maßnahmen schon erheblich eingeschränkt, als die "Reichskristallnacht" vom 9./10. November 1938 jeglichem jüdischen Einfluß und Betätigung in Deutschland ein Ende bereitete. "In jener Nacht wurde die jüdische Bevölkerung überall in Deutschland das Opfer brutaler Ausschreitungen. Den Anstoß zu dieser Terroraktion, die alle bisher an den deutschen Juden begangenen Gewalttaten und Willkürakte weit in den Schatten stellte, hatte Goebbels am Abend des 9. November mit einer Rede vor hohen NS-Führern in München gegeben. In teils verschwommener, teils aggressiver Form forderte er Rache für das Attentat, das der Jude Grünspan auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath in Paris verübt hatte." (1)

Wie war es zur Tat Grünspans gekommen? Ende Oktober 1938 waren in einer großen Ausweisungswelle früher in Polen wohnende Juden vertrieben worden. "Ein Teil von ihnen lebte als polnische Staatsangehörige in Deutschland; ein anderer Teil hatte nach 1919 die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grund der Tatsache erhalten, daß die Betreffenden bei den Abstimmungen über die deutschen Landesteile im Osten, die durch den Versailler Friedensvertrag vom Reich abgetrennt worden waren, für das Deutsche Reich optiert hatten. Dem letzteren Personenkreis wurde von der nationalsozialistischen Regierung nach 1933 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. Die polnischen Behörden jedoch erkannten nur einen Teil dieser nun staatenlosen Menschen als Polen an und gaben ihnen durch die polnische Botschaft in Deutschland polnische Pässe, ohne daß die Betroffenen nach Polen zurückkehrten. Angesichts der jüdenfeindlichen Maßnahmen in Deutschland nach 1933 befürchtete die polnische Regierung, alle diese Menschen eines Tages in Polen aufnehmen zu müssen. Sie ordnete daher eine kurzfristige Überprüfung der Paßverhältnisse ihrer in Deutschland lebenden Staatsangehörigen an. Nach dieser Kontrolle sollten alle im Ausland ausgestellten polnischen Pässe ihre Gültigkeit verlieren, wenn der Paßinhaber länger als 5 Jahre außerhalb Polens gelebt hatte. Da die nationalsozialistische Regierung am Verbleib der Juden nicht interessiert war, kam sie der Überprüfung zuvor und ließ am 27. und 28. Oktober 1938 15000 bis 17000 dieser Personen verhaften. Sie wurden an die polnische Grenze abgeschoben. (2) Die polnischen Behörden lehnten ihre Aufnahme zunächst ab, und so irrten sie teilweise längere Zeit im deutsch-polnischen Niemandsland umher, bis schließlich die polnische Regierung die Grenze unter deutschem Druck öffnete. Unter diesen Abgeschobenen befanden sich auch die Angehörigen jenes jungen Herschel Grünspan, der am 7. November 1938 in Paris das unselige Attentat auf den dortigen deutschen Gesandtschaftsrat vom Rath verübte. Grünspan gab später selbst zu, daß er

- 1) Kropat, Die hessischen Juden, a.a.O., S. 439
- 2) So wurden am 28.10. auch z.B. Pesla und Sonja Wohlgeruch aus Gießen, Walltorstraße 42, damals nach Polen abgeschoben. E.Knauf, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 156

seine Tat nur als Vergeltung für das Unrecht verübt hatte, das seinen Eltern angetan worden war." (1)

Man kann aber nicht sagen, daß die Tat Grünspons die Ursache für das nun Kommende gewesen wäre. Damit würde man der nationalsozialistischen Propaganda erliegen. Schon im Oktober war in einer Reihe von Besprechungen deutscher Entscheidungsinstanzen die geplante Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben diskutiert worden, ohne daß Entscheidungen gefallen waren. Grünspons' Tat lieferte den Nazis den Vorwand und trieb die Ausschaltung schneller voran. Außerdem muß man die außenpolitische Konstellation betrachten. Die Nazis hatten gerade einen großen außenpolitischen Erfolg mit der Münchener Konferenz und der Gewinnung des Sudetenlandes zu verzeichnen gehabt und konnten sich nun - nach mehrmonatiger außenpolitischer Aufregung und Hektik in der ganzen Welt - ihren innenpolitischen Zielen zuwenden. Es dürfte heute gesichertes Ergebnis der Forschung sein, daß die Außenpolitik Hitlers (vor allem Lebensraumpolitik) und die Rassepolitik in engstem Zusammenhang standen, d.h. daß jede Gewinnung neuen Raumes auch sofort zu einem scharfen Vorgehen gegen dort ansässige Juden und zu einer Verschärfung der Judenpolitik im Reich führte. Dem bisherigen außenpolitischen Partner Polen (Nichtangriffspakt von 1934) wurde nach der Münchener Konferenz langsam klar, wer nun von den Staaten Osteuropas "an der Reihe" war, und die unfreundliche Geste der Judenabschiebung konnte als Auftakt gewertet werden.

In dieser Konstellation vollzog sich also das gesteuerte Geschehen vom 9. zum 10. November, als zahlreiche hohe NS-Führer den Befehl zum Vorgehen gegen die Juden gaben und überall im Reich jüdische Gotteshäuser angezündet und jüdische Geschäfte demoliert wurden. Sogar Wohnungen waren, wie man aus manchen Schilderungen erkennen kann, betroffen. "Ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht wurden jüdische Mitmenschen geprügelt, verhöhnt, durch Straßen geschleppt, entrechtet und entwürdigt. Ja selbst vor Mord schreckte man nicht zurück. So mußte das Oberste Parteigericht der NSDAP zugeben, daß bei diesem Vandalismus '91 Fälle von Tötungen' vorgekommen waren. Allein der Sachschaden betrug nach ersten Feststellungen des Gestapochefs Heydrich bereits am 12. November mehrere hundert Millionen Mark. Nach der gleichen Schätzung wurden insgesamt etwa 7500 Geschäfte zerstört. So sehr sich die Parteiführung auch bemühte, diesen Rückfall in die Barbarei als Ausdruck der 'kochenden Volksseele' über den Mord Grünspons zu entschuldigen, so wenig gelang ihr das, und zwar weder im Ausland noch bei der deutschen Öffentlichkeit, zumal der besonnenere Teil des deutschen Volkes sich von solchen Gewaltakten distanzierte." (2)

Diesen Eindruck bestätigten auch die Augenzeugen:

"In einem totalitären Staat wie dem nationalsozialistischen, in dem jede auffällige Handlung eines Bürgers sofort kontrolliert und bearg-

1) W.Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich, a.a.O., S. 30

2) Ebd., S. 31

wöhnt wird, können unmöglich spontan beinahe alle Synagogen angesteckt und Geschäfte demoliert werden, ohne daß das auf Befehl von oben geschehen wäre." (1)

Für einige Städte wie z.B. Marburg ist denn auch der Täterkreis aus den Akten ganz klar erkennbar. Aus den Schilderungen von Dieter Trautwein und Wolfgang M., die als Schüler damals zu den brennenden Gießener Synagogen geführt wurden, wird deutlich, daß die Feuerwehr nichts tat, um das Feuer zu löschen und alle Anstrengungen darauf konzentrierte, die angrenzenden Gebäude vor dem Übergreifen der Flammen zu schützen. Trautwein schildert, daß ein Mann, der dies fotografieren wollte, unter dem Verdacht abgeführt wurde, Agent des Auslands zu sein. Sein Film war aus der Kamera genommen worden. Ein Jude, der die Thorarollen aus der Synagoge retten wollte, wurde schwer mißhandelt. (2) Davon stand selbstverständlich nichts in den Zeitungsberichten der Oberhess. Tageszeitung bzw. des Gießener Anzeigers vom 11. November 1938. Hier war eher vom "berechtigten Zorn der Volksgenossen" die Rede (O.T.) oder von der "berechtigten Entrüstung unserer Volksgenossen" (GA), die sich im Verlaufe des Vormittags auch gegen jüdische Geschäfte gerichtet habe. (3) Überhaupt: Bei dem Vergleich der Berichte in beiden Zeitungen kann man ausgezeichnet die Sprachlenkung erkennen - wer könnte da noch an Spontaneität glauben? (4) Ilse N., heute in USA verheiratet, konnte als junges Mädchen im Neuenweg die sogenannte Empörung der deutschen Volksgenossen erleben, als sie das Geschäft des bekannten und geschätzten Metzgers und Gastwirts Friedrich Keßler kaputtschlugen und weinende Menschen verzweifelt ihre Mitmenschen um Gnade oder Hilfe anflehten. "Auffällig ist ..., daß es nach Zeugnis der Dokumente keine einzige Hilfsaktion zugunsten einer jüdischen Familie gab." (5) Ähnliche Exzesse spielten sich vor dem Geschäft des Metzgers Rosenbaum am Kirchenplatz 4 ab, ebenso bei Geschäften in der Neustadt, wie Erich Deeg ausführlich beschrieben hat.

Schüler der nahegelegenen Schulen wurden zu den brennenden Synagogen in der Südanlage (damals Hindenburgwall) und in der Steinstraße geführt. Wolfgang M. war damals Schüler in der Alten Pestalozzischule und erlebte als 8jähriger Hetztiraden von Lehrern gegen die Juden und daß es berechtigt sei, wenn man ihre Synagogen anstecke. Dann durften die Schüler am Zaun dem Niederbrennen der

-
- 1) Interview mit E.Deeg und I.S. vom 2.9.1979, Akten bei Dr.Knauß, Stadtarchiv. Der Bericht von Erich Deeg (geb. 1915) ist äußerst instruktiv zu den Vorgängen!
 - 2) Dieter Trautwein, Als die Kirche der Väter brannte
 - 3) GA vom 11. November 1938 und O.T. vom 11. November 1938,
 - 4) Trotzdem: bei den Zeitangaben klappte die Lenkung doch nicht so recht. Die Synagoge in der Steinstraße soll nach der einen Version um 10 Uhr (GA), nach der anderen um 11 Uhr (O.T.) zu brennen begonnen haben.
 - 5) Moritz/Noam, NS-Verbrechen vor Gericht, Wiesbaden 1978, S. 6

Synagoge zusehen, während Männer, übrigens keiner in SA-Uniform, hin- und herrannten. Die Feuerwehr kam spät, machte keine Anstalten zu löschen, sondern beschränkte sich darauf, das Übergreifen des Feuers zu verhindern. Wolfgang M. sah, wie ein Mann aus der Synagoge noch Papiere (evtl. die Thorarollen) holen durfte. Die Schüler erlebten anschließend Akte des Vandalismus im Hause Keßler, wo Gläser zerschlagen und die Kasse gewaltsam geöffnet und Kleingeld entnommen wurde. Andere Zeugen sahen, wie in der Neustadt bei jüdischen Geschäften Gegenstände herausgeworfen wurden, sogar gute Möbelstücke, auch Stoffe und Bekleidung.

Wer waren nun die Täter und Helfer in unserer Stadt? Wer hatte den Nutzen? Es gibt Zeugen wie Erich Deeg und H.S., die - wie auch andere - bezeugen, daß sie zumindest bei der Synagoge in der Steinstraße Täter erkannt haben, darunter spätere Akademiker von Rang und Namen, die bei der SA eine Leitungsfunktion innehatten. Die Mittäter waren ebenfalls meist SA-Leute, die "Räuberzivil" angelegt hatten. Der Zeuge E.Deeg alarmierte noch seine Eltern bei der Synagoge, und alle drei stießen mit den Tätern zusammen, d.h. wurden von diesen rausgeprügelt und retteten sich mit Mühe nach Hause, immer in der ängstlichen Erwartung, erkannt worden zu sein und nun abgeholt zu werden. Die Feuerwehr war insofern Mittäter, als sie ganz in der Nähe war und den Brand ohne weiteres hätte löschen können, dies aber nicht tat, sondern die Nachbarhäuser bespritzte und "Brandschutz" vor der Synagoge leistete, d.h. niemanden hineinließ. Daß die Synagoge so schnell brannte, hat manchen verwundert, so daß die Aussage, hier sei vor oder während des Brandes "nachgeholfen" worden, nicht so abwegig ist. Zuvor aber waren sicher noch die wertvollen Kultgegenstände aus der Synagoge gestohlen worden. Die israelitische "Religionsgemeinde" "hatte ihre Einrichtungs- und Kultgegenstände für 20 000 Mark, die "Religionsgesellschaft" Möbel, Kleidungsstücke, Gebetmäntel, Jacken, Teppiche, Vorhänge, gedruckte Bücher, Gesetzesrollen, Gold-, Silber- und Kultusgegenstände sowie Lampen für 25 000 Mark bei zwei Versicherungsunternehmen versichert. Der Schaden wurde ihnen jedoch nicht ersetzt. Auch die Berufsfeuerwehr wurde von einer der Versicherungen abschlägig beschieden, nachdem sie den Ersatz der bei den Synagogenbränden beschädigten Bekleidungsstücke der Feuerwehrmänner beantragt hatte." (1)

Selbst für den Bauschutt, der nach der Sprengung übrig war, konnten sich viele noch interessieren. Das beweist das Schreiben des Stadtbauamtes vom 9. Dezember 1938 an den Oberbürgermeister: "Die Brandstelle der ehemaligen Synagoge in der Steinstraße ist geräumt. Soweit die Kellerdecke nicht eingebrochen ist, haben wir sie bestehen lassen, um die Kellerräume nicht durch Schutt ausfüllen zu lassen, der gegebenenfalls doch wieder zu beseitigen wäre. Wir werden das Grundstück gegen die Straße durch eine einfache Einfriedung eingrenzen. Die Aufräumarbeiten an der ehemaligen Synagoge im Hindenburg-Wall sind noch im Gange. Durch eine Anzeige in

1) GA vom 7.11.1978, gestützt auf Nr. 197, 198 und 1239 des StAGi

den hiesigen Zeitungen hatten wir auf die kostenlose Abgabe von Bauschutt aufmerksam gemacht. Inzwischen haben zahlreiche Privatpersonen hier vorgesprochen, um sich Ausweisscheine für das Abholen von zusammen rd. 200 Fuhren Schutt ausstellen zu lassen. Wenn nicht besondere Eile für die Aufräumarbeiten gefordert wird, können auf diese Weise der Stadt wesentliche Kosten erspart werden. Aus diesem Grunde wurde der eingeschlagene Weg gewählt. Auch für unseren Bedarf lassen wir eintretenden Falles Schutt zu Auffüllungsarbeiten abholen. Auf diese Weise könnten alle Schuttmassen im Laufe des Winters fortgeräumt und die von der Stadt zu leistenden Ausgaben verhältnismäßig niedrig gehalten werden. Bis jetzt sind für Fuhr- und Arbeitslöhne rd. 1200,- RMk aufgewandt worden." (1)

Kosten waren der Stadt auch sehr stark durch die Technische Not-
hilfe entstanden, die für Unterbringung, Verpflegung und Verdienstausschlag ihrer Mitarbeiter eintreten mußte. So findet sich im Stadtarchiv ein kleiner Berg von Rechnungen und Quittungen verschiedener Firmen, ein "Gotha" durch Gießens Geschäftswelt. (2)

Die Stadt wollte die vorgelegten Beträge wieder auf den Kaufpreis für die Synagogengrundstücke anrechnen und konnte dies auch stolz am 15. Dezember 1941 dem Reichsstatthalter in Hessen melden:

"Auf die Verfügung vom 11. Dezember 1941 teile ich mit, daß inzwischen die Kosten der Niederlegung der beiden Synagogen an dem Kaufgeld für den 2. Synagogenplatz restlos aufgerechnet werden konnten, sodaß also die von der Stadtkasse Gießen vorlagsweise gezahlten Beträge restlos ersetzt sind." (3)

Das Prinzip war also, die Opfer für den Schaden, den andere angerichtet hatten, auch noch bezahlen zu lassen.

Eine Seite des Pogroms stellte die Zerstörung jüdischen Eigentums dar, eine zweite war die **Verhaftung** vieler hauptsächlich vermögender Juden, die man zur Auswanderung und zur Hergabe ihres Eigentums bringen wollte. Was geschah nun in Gießen?

Hier wird in den beiden Zeitungen das Verhalten der verfolgten Juden völlig entstellt in geradezu infamer Weise wiedergegeben. Im GA heißt es: "Eine Anzahl Juden begab sich schon im Laufe des Vormittags freiwillig in polizeiliche Schutzhaft, andere warteten ab, bis sie zu ihrer eigenen Sicherheit von der Polizei zur Schutzhaft abgeholt wurden. Die Polizei sicherte dadurch die Juden vor der starken und berechtigten Empörung..." (4) Und in der O.T. ist gleichgeschaltet zu lesen: "Ein Teil der Juden hatte sich in weiser Voraussicht der kommenden Dinge freiwillig in Schutzhaft begeben, während der Rest durch die Polizei abgeholt wurde." (5) Die nationalsozialistische O.T. setzt aber noch einen Trumpf drauf: "Großmütig wurde der Gießener

-
- 1) StAGi Nr. 197 "Aktion gegen die Juden vom 10.11.1938 (Synagogenbrand)"
 - 2) StAGi Nr. 197 und StAGi Nr. 198 "Niederlegung der beiden Synagogen in Gießen 1938/41", Dok. 23-30 fassen alle Schadensvorgänge zusammen
 - 3) StAGi Nr. 198, Schreiben des Oberbürgermeisters vom 15.12.41 an den Reichsstatthalter in Hessen
 - 4) GA vom 11. November 1938
 - 5) O.T. vom 11. November 1938

Judenkluge dieser Schutz gewährt und alle wurden in Sicherheit gebracht." (1) Zu der Beschimpfung also auch noch der Hohn und die Verspottung des gedemütigten Feindes - echt nationalsozialistische Haltung! Wer kann schon glauben, daß sich die Juden freiwillig in Schutzhaft begeben hatten? Aus Briefen von verfolgten Gießener Juden und Augenzeugenberichten wissen wir es besser! Im Reich wurden damals insgesamt 26 000 Menschen verhaftet, ca. 11 000 kamen ins KZ Dachau, ca. 9 900 nach Buchenwald und die übrigen nach Sachsenhausen. Der Landrat des Kreises Gießen gab der Polizei den Befehl, mit der SA sämtliche männlichen Juden festzunehmen. (2) Diese Maßnahme sollte die Bereitschaft zur Auswanderung verstärken. Einen Teil der Inhaftierten ließ man erst frei, als sie Auswanderungspapiere vorlegten und/oder die Bereitschaft zum Verkauf ihres Grundbesitzes erklärten. Es kam nochmals zu einer großen Auswanderungswelle, die aber mit der Kriegsentfesselung vom September 1939 ihr Ende fand. Etwa 100 000 Juden konnten in diesem einen letzten Vorkriegsjahr aus Deutschland noch entkommen. "Aber die etwa 165 000 Juden, die im Jahr 1941 noch in Deutschland lebten, wurden zumeist deportiert und ermordet." (3)

In den KZs ging es in den Wochen nach der Verhaftung im November und Dezember 1938 furchtbar zu. Der Bad Nauheimer Lehrer Siegfried Oppenheim hat in seinem Bericht die grausame Behandlung durch SS-Wachmannschaften geschildert. Zunächst aber seine Erlebnisse nach der Verhaftung:

"Auf dem Weg zum Gefängnis blieben wir unbehelligt. Nur der Kasierer des Städtischen Bades (irgendein Lump ohne Ansehen) rief: Schlagt die Kerle tot ... Freitag früh gegen 1/2 4 mußten wir in einem großen Saal antreten. Nach Erledigung verschiedener Formalitäten wurden wir vor dem Polizeigebäude in ein Ausflugauto verladen. Ein Transport Juden aus Friedberg stand bereits in einem ähnlichen Auto vor der Türe. Die Bevölkerung von Bad Nauheim füllte die Straßen und die Bürgersteige. Sie verhielt sich mäuschenstill wie bei einer Beerdigung. Ich schätzte, daß weit über 1000 Menschen anwesend waren. In Friedberg dagegen erhob sich, wie uns unsere 'Kolle-gen' von dort erzählten, beim Verladen ein furchtbares Johlen und Schreien: Hängt die Kerle auf, stellt sie an die Wand. In Friedberg war der Pöbel auch in die Judenhäuser eingedrungen und hatte Möbelstücke, aufgeschlitzte Betten, Kleider, Wäsche durchs Fenster auf die Straße geworfen. Selbstredend wurde auch viel gestohlen." (4) Diese Bemerkung steht auch im Gegensatz zur offiziellen Verlautbarung in der örtlichen Presse, und für Gießen kann auch durch Zeugen nachgewiesen werden, daß diese Berichte, daß in den zerstörten Geschäften nichts genommen wurde, so pauschal nicht stimmen. Oppen-

-
- 1) O.T. vom 11. November 1938
 - 2) Moritz/Noam, NS-Verbrechen vor Gericht, S. 6
 - 3) Ebd.
 - 4) Siegfried Oppenheim, Meine Erlebnisse am 10. November 1938 und mein Aufenthalt in Buchenwald bis zu meiner Rückkehr am 14. Dezember 1938 nach Bad Nauheim", maschinenschriftl., StAGi. Es liegt auch ein Bericht von Männi Seligmann (heute Israel) vor.

heim berichtet weiter, wie noch nicht alle Baracken in Buchenwald fertig waren. "Die Aktion gegen die Juden sollte scheinbar noch nicht vor sich gehen. Das gegen vom Rath verübte Attentat hatte die Aktion scheinbar früher ausgelöst als beabsichtigt war. Daß der Plan längst geplant war, ersah man aus den fertigen Listen in Bad Nauheim, an den zwei fertigen Baracken u.v.a. ... Viele kamen schon schwerverwundet in Buchenwald an. Entweder hatten sie ihre 'Kriegswunden' daheim schon gehabt (d.h. erhalten) oder sie in Weimar bekommen ... ein ca. 80jähriger Herr aus Hannover (Emanuel) war bis zur Unkenntlichkeit verwundet, und Herr Rabbiner Dr. Peritz - Marburg/Lahn verdankte dem Empfang in Weimar seinen 'offenen Kopf' ... Wir bekamen weder Freitag noch Schabat etwas zu essen noch zu trinken. Endlich Sonntag mittag war auf dem Appellplatz 'Essen-Empfang': Kartoffeln und Gulasch. Da mich der Gulasch ekelte, nahm ich zweimal Kartoffeln 'ohne'. Als ich das dritte Mal Kartoffeln erhaschte, war schon etwas Gulaschsauce dabei. Ich goß sie ab. Das war mein Glück. Der Gulasch war entweder aus fettem Walfischfleisch, oder das verwendete Fleisch war verdorben, oder aber man hatte dem fertigen Gulasch Rizinusöl beigegeben, wie viele vermuteten. Es entstand unter den Genießern des Gulasch eine Durchfallepidemie, wie man sie sich schrecklicher nicht ausmalen kann. Alles rennt zur Latrine - aber noch war sie im Bau begriffen. Es waren 30-40 'Sitz'-Gelegenheiten und viele hundert Reflektanten auf Sitze. Im Lager, d.h. in den Baracken, auf dem Weg zur Latrine, in deren Nähe, war es vor Gestank nicht auszuhalten. Die ganze Welt schien besch....n. Das dauerte die ganze Nacht, aber - das Austreten war ab 10 Uhr abends verboten. Die Menschen krümmten sich vor Schmerzen, sie weinten, sie schrien, sie eilten trotz Verbot vor die Türe der Baracke." (1)

Oppenheim beschreibt nun, mit welcher Brutalität die SS-Wachen gegen die unglücklichen Menschen vorgingen:

"Tagelang gabs kein Wasser, weil die Wasserleitung noch nicht fertig war. Mit den Essnapfen ... fingen wir an den Dachtraufen die Regentropfen auf. Es waren köstliche Tropfen, wenn sie auch nach Teer schmeckten, da die Baracken mit Teerpappe gedeckt waren." (2)

Es würde zu weit führen, all die im KZ erlebten Grausamkeiten zu schildern, der Bericht Oppenheims ist sehr ausführlich. In unserem Zusammenhang ist seine Schilderung der Entlassung wichtig:

"Es war längst Nacht, als wir den ersten Bissen an diesem Tage zu essen bekamen. Der beschleunigte Personenzug brachte mich und mehrere andere Leidensgenossen nach Gießen, wo wir uns bei der Gestapo melden und den Entlassungsschein abgeben mußten. In Buchenwald hatte man uns gesagt, das Büro der Gestapo sei die ganze Nacht offen. Das war nicht richtig. So saßen wir stundenlang im Wartesaal 3. und 4. Klasse, aßen und tranken und wurden von den Anwesenden - meist Arbeitern - dauernd betrachtet. Sie versuchten wiederholt mit uns Gespräch zu kommen: Kommst Du vom K.Z.?"

1) S. Oppenheim, , Meine Erlebnisse, a.a.O.

2) Ebd.

Seid Ihr Juden, die man im November verhaftet hatte? Da wir keinerlei Unterhaltungen anknüpfen wollten - aus berechtigter Furcht - verließen wir den Bahnhof und spazierten umher, bis wir zur Gestapo gehen konnten. Bei der Gestapo wurde wegen Buchenwald viel gefragt, von mir aber nur geantwortet: Ich habe in B. keinerlei persönliche Klage gehabt, bin nicht belästigt worden, und habe keinen Grund zur Klage. Mit dem Rat, recht bald unsere Auswanderung in die Wege zu leiten, wurden wir entlassen. Mittwoch, 14.12.1938 gegen 11 Uhr mittags traf ich in Bad Nauheim ein. Auf Seitenwegen schlich ich mich zu meiner Wohnung ..." (1)

Walter Wright, vorher Weissenberg, aus Haifa hatte bis 1929 in Gießen gelebt und war dann nach Gotha gezogen. Er schrieb uns, wie er in der "Reichskristallnacht" um 3 Uhr nachts verhaftet und nach Buchenwald gebracht wurde. "In der Verhaftungsnacht wurde verboten, sich vom Boden zu erheben und unter keinen Bedingungen durften wir sitzen. In Buchenwald bekamen wir den Kopf kahl rasiert. Ich kam in die von Menschen überfüllte Hütte, wo tausende Verhaftete wie die Kaninchen zusammengepfercht waren. Wir lagen ohne Stroh auf dem kalten Zementboden. Dann wurde verkündet vom Radio, daß sich alle Verhafteten am Tore melden sollten, soweit sie arbeiten könnten. Ich habe mich aber nicht gemeldet. Um 4 Uhr nachts mußten wir aufstehen und zur Parade gehen. Wir mußten auf dem kalten Boden uns niedersetzen und sahen, wie die wieder eingefangenen Flüchtlinge gehängt wurden. Wir bekamen nur eine Hungerkost zu essen und waren völlig verlaust. Nachts mußten wir im Dunkeln zur Latrine gehen und hatten kein Papier, uns abzuputzen und viele Gefangene sind im Dunkeln in die Latrine gefallen und jämmerlich erstickt. Gott sei Dank bin ich nach etwa einem Monat wieder entlassen worden. Nach vielen Bemühungen war es mir gelungen, die Erlaubnis von der britischen Mandatsregierung zu bekommen für einen Zwischenaufenthalt in England im Kitchener Camp und sollte innerhalb von 9 Monaten nach Palästina auswandern." (2)

Gertrude Katz, geb. Rosenthal, schrieb uns zu den Ereignissen des Jahres 1938 aus New York: "In dieser Zeit schon war unser Leben voller Furcht, Bedrückung und Abgeschlossenheit (Anm. vor 1938). Aus diesem Grunde ließen meine Eltern mich - ihr einziges Kind - allein nach Amerika auswandern in der Hoffnung mir zu folgen. Diese Hoffnung wurde sehr schnell zerstört. Die Judenverfolgung verschlimmerte sich erheblich kurz nach meiner Auswanderung. (Anm. März 1938) Meine Eltern wurden gezwungen ihr Haus zu verkaufen, oder besser gesagt fast zu verschenken und von dem Erlös schwere Judensteuern zu bezahlen. Das Haus wurde Anfang 1900 von meinem Großvater erworben und ging nach seinem Tode auf meine Eltern über. Es war ein sehr herrschaftliches 3stöckiges Etagenhaus mit großem Ziergarten, Veranda, Nebengebäude und Riesenhof. Meine Familie bewohnte die Parterrewohnung seit über 30 Jahren. Meine Mutter wurde in dieser Wohnung getraut und ich bin dort geboren. Ludwig-

- 1) S.Oppenheim , Meine Erlebnisse, a.a.O.
- 2) Brief von Walter Wright/Haifa vom 21.1.83

straße 45 war mein Heim bis zu meiner Auswanderung. Nach dem Zwangsverkauf erlaubte der neue Besitzer - der kein Nazi war - meinen Eltern noch in der Wohnung zu bleiben. Die Nazis zwangen sie jedoch, noch andere Juden in ihrer Wohnung zu beherbergen. Aus den Briefen, die ich zu dieser Zeit erhielt, konnte ich die Zustände zwischen den Zeilen lesen, über wirkliche Tatsachen durften meine Eltern nie berichten, da Judenbriefe zensiert wurden. Dadurch wurden die Berichte meiner Eltern immer kürzer und nichtssagender. Nach der Kristallnacht wurden meine Eltern aus ihrer Wohnung getrieben, geschlagen und in ein Zimmer in der Landgrafenstraße gestopft. Ihr Hab und Gut wurde entweder zerstört oder von den Nazis enteignet, nur das Allernotwendigste wurde ihnen gelassen. Mein Vater kam ins Konzentrationslager nach Dachau. Um sein Leben zu retten, versuchte meine Mutter von Freunden in England eine Einreise für ihn zu bekommen, meine Mutter sollte später nachkommen. Diese Informationen habe ich aus Berichten Dritter. Von meinen Eltern erhielt ich nur ein paar nichtssagende Worte vom Roten Kreuz. Durch den Kriegsausbruch mit England wurde auch diese letzte Hoffnung zerstört.

Alle Versuche, etwas über den Verbleib meiner Eltern in Erfahrung zu bringen, waren vergeblich.

Nach dem Sturz des "Dritten Reiches" erfuhr ich, daß meine Eltern im Viehwagen abtransportiert wurden; keiner wußte, wann und wo sie vergast wurden.

Dank der Nazis ist meine ganze Familie sowie die Familien meiner Verwandten dem Holocaust zum Opfer gefallen. Die Familie meines verstorbenen Mannes erlitt dasselbe Schicksal in Polen." (1)

Aus dem Brief gehen einige wichtige Fakten zum Schicksal einer einzelnen Familie von 1938-1942 hervor. Vor allem wird das Ausmaß der Verschärfung des Terrors 1938 klar, auch werden die schon genannten Ereignisse, nämlich daß viele der jüdischen Männer im Zusammenhang mit der "Reichskristallnacht" verhaftet wurden und daß man vorher oder nachher an ihr Vermögen kommen wollte, noch einmal bestätigt. Ebenso wird das Ausmaß des Druckes auf das Ehepaar Paula Rosenthal, geb. Katz (geb. 1883) und Richard Rosenthal (geb. 1878), die Auswanderung zu betreiben, ganz klar ersichtlich.

Weitere Belege für die Verhaftung der Männer sind der Brief der Sterns aus Gießen vom 16.12.1938 an ihre Kinder in Palästina (im folgenden Kapitel) und das Schreiben von Frau Elsoffer, Ehefrau des Rechtsanwalts Elsoffer, an die Stadt Gießen vom 9.12.1938, in dem sie über den Verkauf einer Flur in der Walltorstraße schreibt: "Auf Ihre Anfrage vom 4. Dezember teile ich Ihnen mit, daß mein Mann seit 4 Wochen in Buchenwald ist und ich ohne ihn nichts unternehmen kann. Die Angelegenheit muß bis zu seiner Rückkehr zurückgestellt werden." (2) Ebenso antwortete Frau Ludwig Stern aus der

- 1) Brief von Gertrude Katz, geb. Rosenthal aus New York vom 22.1.83
- 2) StAGi Nr. 5068 "Entjudung von Grundbesitz - Mietaufhebung - Angebot jüdischer Grundstücke 1939/41", Schreiben an die Bürgermeisterei vom 9.12.38, Dok. 31

Bahnhofstraße 2: "... teile ich Ihnen höflichst mit, daß sich mein Mann in Schutzhaft befindet, sobald er nach Hause kommt, wird er auf Ihr obiges Schreiben zurückkommen." (1) Unter diesem Brief vom 9.12.38 findet sich die bezeichnende Randbemerkung: "Deshalb wird aber die Schutzhaft nicht verkürzt." Ludwig Stern kam glücklicherweise ebenso nach Hause wie Moritz Herz (alle zu dieser Zeit um die 60 Jahre herum), der das Bankhaus Herz & Co. in der Neuen Bäume 23 besaß, das dann die Gestapo in Beschlag nahm: "... teile Ihnen mit, daß mein Mann bettlägerig aus dem K.L. zurückgekehrt ist. Nach Erledigung steuerlicher und devisenrechtlicher Angelegenheiten wird mein Mann in Kürze auf Ihr Schreiben zurückkommen." (2) Allen erwähnten Männern ist die rechtzeitige Ausreise nicht gelungen. Sie wurden ebenso wie ihre Ehefrauen im September 1942 nach Polen (wenn sie unter 65 Jahre waren) oder nach Theresienstadt (wenn sie 65 Jahre und älter waren wie Ludwig Stern) deportiert. Diesen nochmaligen KZ-Aufenthalt hat als einziger der Genannten Ludwig Stern überlebt. Simon Schaumberger, dessen Ehefrau Ottilie die Stadt am 15.12.38 bat, "mit dem Preisangebot ihrer Grundstücke so lange zu warten, bis mein Mann Simon Schaumberger von Buchenwald zurück ist" (3), konnte mit ihrem Mann im April 1939 nach den USA emigrieren, zwei von 100 000, denen das in den folgenden Monaten vor dem Kriege noch gelang. (4)

Nun zum dritten und bedeutendsten Teil der Maßnahmen vom November 1938: die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben. So schnell die Aktionen begonnen hatten und durchgeführt wurden, so schnell sollten sie auch beendet werden. Das sollte jedoch noch nicht alles sein, was den Juden im Reich zugefügt wurde. Eine "Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben" vom 12. November 1938 untersagte den Juden, ab 1. Januar 1939 selbständig einen Betrieb zu führen oder ein Geschäft oder Handwerk zu betreiben. (5) Unter Vorsitz Hermann Görings, der von Hitler mit der Durchführung aller antijüdischen Aktionen betraut worden war, wurde beschlossen: "Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von 1 000 000 000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt." (6) Weiterhin mußten

- 1) StAGi Nr. 5068, Schreiben vom 9.12.38 an die Bürgermeisterei, Dok. 32
- 2) StAGi Nr. 5068, Schreiben vom 9.12.38 an die Bürgermeisterei, Dok. 33
- 3) StAGi Nr. 5068, Schreiben an OB Gießen vom 15.12.38
- 4) Nicht mehr gelungen ist es auch der Familie Kann. Hier antwortete der 85jährige Großvater Zadock Kann, der in der Familie seines Sohnes, des Studienrates Dr. Siegfried Kann, lebte. Studienrat Kann war schwerkriegsversehrter Teilnehmer am 1. Weltkrieg gewesen. Großvater Kann sah keine Möglichkeit, in einem Heim oder privat unterzukommen. "Sobald die entsprechende Änderung in den Verhältnissen meines Sohnes eintritt, ist für mich die Notwendigkeit des Verkaufes gegeben." StAGi 5068, Schreiben an den OB vom 9.12.38
- 5) Joseph Walk, Das Sonderrecht für die Juden, a.a.O., S. 254
- 6) RGBI I, S. 1579; Joseph Walk, Das Sonderrecht für die Juden, a.a.O., S. 255; O.T. vom 13. Nov. 38

die Juden die durch die Ausschreitungen entstandenen Schäden selbst bezahlen und die von Versicherungsgesellschaften gezahlten Entschädigungen zurückerstatten. (1)

Mit der Verordnung vom 23. November 1938 (2) sollte die Zwangsarisierung vorbereitet werden. Darüber soll nun noch kurz berichtet werden.

II. Arisierungen

Arisierung ist die Bezeichnung für die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft, d.h. aus Unternehmen, Banken, Geschäften und Handwerksbetrieben. Im weitesten Sinne gehört auch noch die Ausschaltung aus allen leitenden und angestellten Positionen dazu, so daß den Juden nur noch Hilfsarbeiterdienste übrigblieben. Die Grundlage hatten schon die Verordnungen Görings und Fricks über die Anmeldung des Vermögens jüdischer Bürger vom 26.4.1938 und über die Registrierung jüdischer Unternehmen vom 14.6.1938 dargestellt. Die Verzeichnisse sollten auch "frühere jüdische Betriebe enthalten, deren jüdische Inhaber 'nach außen' ausgeschieden sind, wenn die Vermutung naheliegt, daß sie die Betriebsführung trotzdem noch beherrschen ('Tarnung')." (3)

Unter Arisierung ist aber nicht nur der Zwangsverkauf der Unternehmen nach der Reichskristallnacht zu verstehen, sondern damit sind auch alle diese versteckten oder offenen Zwangs- und Drohmaßnahmen gemeint, die schon vorher zum Verkauf jüdischen Eigentums zum Teil weit unter Wert geführt hatten. Rassistische Motive der NSDAP, Konkurrenzneid des traditionell antisemitischen Mittelstandes, vorgeschobene Konzentrationszwänge der Großindustrie zur Erfüllung des Vierjahresplanes und Bereicherungsabsichten arischer Bankiers und Geschäftsleute waren die Ursachen und Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen und sozialen Deklassierung der deutschen Juden.

Einzelheiten zur Arisierung

Verzeichnis der nach dem Gewerberegister der Stadt Gießen angemeldeten Gewerbebetriebe, die sich z.Zt. in nichtarischen Händen befinden

Stand: 15.7.1936 = 130, 1.10.1937 = 100, 1.10.1938 = 53, 21.1.1939 = 6

Nr.	Name und Wohnung	Art des Gewerbebetriebes	in jüd. Hd. bis
1	Abraham, Adolf Neustadt 61	Handel mit Seilerwaren	38
2	Adler, Albert Wernerwall 31	Händler u. Warenagent in Ölen, Fetten, chem. Pro- dukten u. Waschmitteln	36
3	Austerlitz, Adolf Frankfurterstr. 11	Weinhandlung	38

1) Joseph Walk, Das Sonderrecht für die Juden, a.a.O., S. 254

2) Ebd., S. 265

3) Ebd., S. 233

4	Baer, Betty Walltorstr. 12	Wäschevertretung	36
5	Bär, Ferdinand Wernerwall 1	Häutehändler i.kl.	36
6	Baer, Jakob Hitlerwall 43	Vermittlung v. Hypotheken und Hausverkauf	36
7	Barnaß, J. Inh. Hans Bar- naß u. Herm. Hammer- schlag, Schillerstr. 18	Zigarrenkistenfabrik, Tabak- handlung i.gr., Lithogra- phische Kunstanstalt, Buch- und Kunstdruck	39
8	Bauer, Moritz Liebigstr. 47	Provisionsweise Vertretung in Textilwaren	38
9	Baum & Co., Stephanstr. 15	Manufakturwaren, Möbel, Nähmaschinenhandlung, chemische Produkte	36
10	Beifus, Michael Wetzlarerweg 17	Handel mit Manufakturwaren	38
11	Blum, Hermann Bahnhofstr. 48	An- u. Verkauf v. Schuhma- cherbedarfsartikel Schuh- waren i.gr.	37
12	Blum, Leopold Wetzlarerweg 15	Handel m. Manufakturwaren, Wäsche pp.	37
13	Bock, Hellmuth Kaiserallee 24	Warenagenturen u. Großhan- del mit Tabakwaren	38
14	Bock, Ludwig Bahnhofstr. 34	Putzmacher m. Laden	37
15	Borngässer, Käthe Bahnhofstr. 66	Verkauf von Fleisch- u. Wurstwaren pp.	36
16	Borngässer, Leopold Marktstr. 32	Vertretung in Papierwaren und Bindfaden	38
17	Charak, Sophie Dammstr. 44	Konfektion, Wäsche, Möbel, Schuhe	38
18	Cheimowicz, Nussen Walltorstr. 6	Händler mit Kleidern u. Schuhen	39
19	Dreifuß, Julius Nathan Steinstr. 69	Vieh- u. Häutehändler, Metzger	38
20	Edelmuth, Ludwig Schottstr. 11	Handel m. Vieh i.kl.	38
...			
115	Süß, L. Marktstr. 9-11	Schuhhändler m. neuen Schuhen	36
116			
117	Theisebach, Heinz Horst-Wessel-Wall 56	Handel m. Metzgereiartikeln i.gr.	36
118	Theisebach, Simon Horst-Wessel-Wall 56	Handelsvertreter in Metz- gereiartikeln	36
119	Walldorf, Elisabeth Hammstr. 2	Herstellung u. Verkauf von Speiseeis	37
120	Walldorf, Ida Am Pferdemarkt	Schaustellungen, Handel m. Kurzwaren	37
121	Walldorf, Max Hammstr. 2	Wasserhäuschen Werner- wall 1	37

122	Weinberg, Herz Rodheimerstr. 51	Viehhändler u.-Agent	36
123	Wertheim, Julius Wernerwall 11	Agent für Handelsgeschäfte	38
124	Wertheim, Jettchen Landgrafenstr. 6	Verkauf von Textilwaren	37
125	Wetterhahn, Julius Bleichstr. 10	Verkauf v. Futtermitteln pp.	38
126	Wetzstein, Siegmund Roonstr. 6	Manufakturwaren	36
127	Wohlgeruch, Josef Walltorstr. 42	Uhrmacher u. Uhrenhändler	39
128	Würzburger, Josef Bleichstr. 30	Handel m. Papier, Kurzwaren pp.	38
129	Zarnover, Adolf Liebigstr. 58	Verkauf v. Lack u. Farben i.gr.	38
130	Zwang, Karl Neustadt 49	Manufakturwaren, Konfek- tion pp.	38

(1)

Auffallend an diesem Verzeichnis ist, daß die größte Zahl der Geschäfte im Laufe der Jahre 1937-1938 arisiert wurde. Diese Arierisierung war mit dem Anfang des 2. Weltkrieges abgeschlossen. Ein Beweis dafür ist das Adreßbuch von 1941 (Stand 1940), in dem nicht ein einziges der früheren jüdischen Geschäfte aufgeführt ist. Auffgefallen ist uns weiterhin, daß die Zahl der jüdischen Gewerbebetriebe vor dem November 1938 und kurz danach am stärksten zurückging. Wir erklären uns das mit den Ereignissen vor und nach der "Reichskristallnacht" und ihren Auswirkungen, die auch in Gießen deutlich zu erkennen waren.

Wir konnten im Stadtarchiv die Akte mit den Regreßforderungen von Juden nach dem Krieg einsehen. Die amerikanische Besatzungsmacht war sehr strikt in ihrer Anweisung an die Stadt Gießen, eine Aufstellung allen enteigneten jüdischen Grundbesitzes vorzunehmen. (2) Das anschließend von der Stadt angefertigte "Verzeichnis der Liegenschaften, die in jüdischem Eigentum standen", bewies uns auf erschreckende Weise, wie sehr die Stadt Gießen (3), aber auch Private,

- 1) E.Knauf, Die jüdische Bevölkerung Giessens, a.a.O., S. 167 ff
- 2) StAGi Nr. 3045 "Verzeichnis der Liegenschaften, die in jüdischem Eigentum standen, 1946/49, Rückerstattung jüdischen Vermögens", Schreiben des Office of Military Government for Giessen vom 10. Nov. 1945 an Oberbürgermeister Dönges, Dok. 35. Wenn man die vielen Listen mit arisiertem jüdischen Vermögen liest, ist man einfach entsetzt. Wir geben hier einen Ausschnitt wieder, Dok. 36. Ein Teil der Fläche in der Innenstadt fiel städtischen Sanierungsmaßnahmen nach dem Krieg zum Opfer.
- 3) Zur Stadt siehe Kaufvertrag mit Fam. Keßler, die beim Pogrom so schwer betroffen war, und Verkaufsgenehmigung für Hugo Schaumberger vom 22.8.39. StAGi Nr. 1526 "Entjudung des Grundbesitzes", Dok. 37

die Notlage der Juden ausgenutzt und arisiert hatten. Es gibt aber auch Beispiele, wo Nicht-Juden den Juden den vollen Wert oder sogar noch etwas mehr für ihr Grundstück erstatteten, um ihnen zu helfen.

Eine genaue Aufschlüsselung ist gegenwärtig vor allem aus Gründen des Rechtsschutzes nur schwer möglich. Der frühere Leiter des Grundstücks- und Vermessungsamtes der Stadt Gießen, Heinrich Schmidt, hat es unternommen, das jüdische Grundvermögen in Gießen von 1933 bis 1945 aufzulisten. (1) Es würde hier zu weit führen, den komplizierten und nur für Kenner der Materie interessanten Prozeß der Erstellung der Listen genau zu beschreiben. Man kann in diesem Fall dem Experten vertrauen: "Ein erster Blick auf die Spalten "Kaufpreise" und "Steuerwerte" zeigt, daß zwischen den beiden Beträgen erhebliche Unterschiede bestehen. Der Steuerwert ist durchweg und nicht unwesentlich höher als der Kaufpreis. Zunächst ist zu klären, ob dieser Steuerwert den Einheitswerten zum 1.1.1928, zum 1.1.1931 oder zum 1.1.1935 entspricht." Die Klärung durch Herrn Schmidt beim Finanzamt ergab, daß die Einheitswerte 1.1.1935 im Falle der Veräußerung von jüdischem Grundbesitz Anhaltspunkt für den Kaufpreis waren, wenn die Kaufverträge nach dem Vorliegen der Einheitswerte ab 1.1.1935 abgeschlossen wurden. "Infolge der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre, die Deutschland als den Besiegten des 1. Weltkrieges besonders hart traf, waren die Einkommen der Bevölkerung spürbar zurückgegangen, die Zinsen für Kredite jedoch erheblich gestiegen. Dies wiederum bedingte ein vermehrtes Angebot an Grundbesitz sowie zahlreiche Zwangsversteigerungen und damit letztlich ein Nachgeben der Grundstückspreise. In diese Situation kam ab dem 30.1.1933 das vermehrte Angebot an Immobilien aus jüdischem Besitz. Dies bedingte im allgemeinen ein weiteres Nachgeben der Grundstückspreise. Die allmähliche Überwindung der allgemeinen Weltwirtschaftskrise ab 1932/33 sowie verschiedene Maßnahmen des Dritten Reiches wie den Autobahnbau mit seinem Bedarf an Grundstücken, Beihilfen für den Wohnungsbau, zunächst die geheime, dann die offene Aufrüstung mit ihren vielen Flugplatz- und Kasernenbauten ließen allmählich die Einkommen und zugleich die Nachfrage nach Immobilien steigen. In Verbindung mit dem öffentlichen Bedarf an Grundstücken bedingte dies letztlich einen Preisstop der Reichsregierung für den Verkehr mit Grundstücken. Damit wird verständlich, daß ab 1936 die Kaufpreise den Einheitswerten von 1935 entsprachen oder nur geringfügig darunter lagen. Der Preisstop betraf alle Schichten der Bevölkerung, besonders jedoch die Juden, weil durchweg die Einheitswerte von 1935 unter dem Verkehrswert lagen." (2)

Wenn also dieser Grundbesitz flüssig gemacht werden mußte, so kamen neben privaten Käufern besonders die öffentlichen Hände (vor

- 1) Heinrich Schmidt, Dokumentation über das jüdische Grundvermögen in Gießen in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945. Unveröffentl. Maschinenschrift, Gießen
- 2) Ebd., S. 9 f



Die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden wurden von diesem Gebäude aus geleitet. Es handelt sich um das ehemalige Bankhaus Herz, das vom Reichsfiskus 1938 übernommen wurde und dann als Gestapo-Gebäude diente



Dies war der frühere Eingang zum Bankhaus Herz von der Diezstraße aus.
Die Gestapo veränderte das Portal nicht, so daß auch heute noch die Initialen der Familie zu erkennen sind.
(Foto: Stefan Dörfler)



Am Kirchenplatz 4 befand sich die bekannte Gießener Metzgerei Rosenbaum. Nach der Reichskristallnacht wurde das Geschäft geschlossen. Moritz, Ludwig, Johanna und Renée Rosenbaum wurden im September 1942 deportiert. Moritz R. kam 1943 in Theresienstadt um, Johanna und Renée in Polen. Nur Ludwig Rosenbaum kehrte als einer der wenigen Überlebenden nach Gießen zurück, wo er 1950 starb.

(Foto: Rudolf Metzger, Gießen)

allem das Reich und die Stadt Gießen) in Frage, die aber auf möglichst billige Weise zum Ziel kommen wollten. Der Staat kontrollierte sogar die zwischen Arien und Juden abgeschlossenen Verträge, d.h. Vertragspartner mußten um behördliche Genehmigung nachsuchen. Es konnte zwar ein Vermögen über dem Verkaufswert erworben werden, der Erwerber hatte jedoch den Unterschiedsbetrag zwischen vereinbartem Kaufpreis und Verkehrswert als Ausgleichszahlung an das Reich abzugeben. (1) Ab 1940 wurde dann der Verkauf jüdischen Besitzes angeordnet.

So hatten die Nazis nach der Pogromnacht vom November 1938 die Juden aus der Wirtschaft ausgeschaltet. Ein wichtiger Faktor des differenzierten Wirtschaftslebens Gießens war vernichtet worden, und private Erwerber und Stadt konnten sich freuen - jedenfalls noch für einige Jahre.

Wieseck gehört erst seit 1.4.1939 zu Gießen und wird deshalb hier gesondert angeführt. In den zwanziger Jahren wohnten noch 51 Juden in Wieseck, die Berufe waren meist Kaufleute, Viehhändler und Metzger. Viele Söhne dieser Familien besuchten höhere Schulen und studierten. Bekannt wurden der jüdische Arzt Ludwig Katz und der Rechtsanwalt Julius Katz, der nach Südamerika ging. Die zionistischen Jugendorganisationen waren sehr stark. Nach 1933 wanderten von den Jüngeren die meisten aus, so auch Alfred Gutmuth, der nach Palästina ging. Der weitaus größte Teil ging nach den USA. (2)

Das gerade von Verfolgungswahn zeugende Gehabe der Nazis kommt aus einer Zeitungsnotiz im GA vom 18.10.1934 zum Vorschein: "Zur aufrichtigen Freude aller deutschbewußten Wiesecker Volksgenossen hat es der Jude Otto Bloch, ein aus der Systemzeit sattsam bekannter typischer Vertreter seiner Rasse endlich vorgezogen, mit seiner Familie das Feld in Wieseck freiwillig zu räumen, um nunmehr sein jüdisch, schmarotzerhaftes Dasein irgendwo zu fristen. Möge der geschmälernte Rest seiner noch hier zurückgebliebenen Stammesgenossen - von den ehemals 40 Juden vor der nationalsozialistischen Machtergreifung gibt es noch immer ein ganzes Dutzend in unserem Orte - sich seinem Beispiel nur recht bald anschließen. Der deutsche Volksgenosse jedenfalls, der unter der Aufklärungsarbeit unserer nationalsozialistischen Bewegung die verderbliche Rolle der Juden kennengelernt und sich daher von ihnen in allen Dingen losgesagt hat, wird ihnen keine Träne nachweinen. Der Jude aber wird und muß erkennen, daß das nationalsozialistische Deutschland kein Eldorado mehr für Juden und Judenabkömmlinge ist." (3)

-
- 1) V.O. vom 10.6.40 bei Walk, Das Sonderrecht für die Juden, a.a.O., S. 322 und 342. Ein Beispiel: StAGi Nr. 1526 Grundstücksverkauf d. Eva und Josef Katz an L.Deibel IX vom 30.3.39, Dok. 38 und 39.
 - 2) Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, a.a.O., Bd. II, S. 403, und E.Knauf, Zwischen Kirche und Pforte - 1200 Jahre Wieseck, Gießen-Wieseck 1975, S. 308
 - 3) GA vom 18.10.38

Die Vorgänge in der Pogromnacht waren denen im Reich ähnlich. Ein Augenzeugenbericht belegt das. Im September 1942 wurden die noch verbliebenen 9 Wiesecker Juden deportiert. Sie sind im KZ umgekommen.

1941 mußte die Reichsvereinigung der Juden in Berlin anfragen, ob der jüdische Friedhof in Wieseck auf sie umgeschrieben werden dürfe. (1) Die Genehmigung mußte ein ganz bekannter Judenverfolger geben - Adolf Eichmann. Seine Anordnung geschah unter dem Datum des 27. Mai 1941 und kam aus dem Reichsministerium des Innern Pol.S.IV B4. "IV B 4 ... wurde in den Jahren 1941-44 die Zentralstelle der Endlösung." (2) Später bekam es die Bezeichnung IV A, 4b. Theoretisch nicht sehr bedeutsam war diese Bezeichnung: Amt IV Gestapo Gruppe A interne Tätigkeit, Nr. 4 Unterabteilung für religiöse Kulte und 4b eine weitere Unterabteilung für Judenangelegenheiten. Das Schriftstück trägt in Schreibmaschine Eichmanns Namen, die Angelegenheit hätte er damals für zu unbedeutend erklärt, sich persönlich mit ihr zu beschäftigen.

-
- 1) StAGi Nr. 196, Schreiben vom 27. Mai 1941, Dok. 40
 - 2) Gerald Reitlinger, Die Endlösung, 4. Aufl. Berlin 1960, S. 30

Liste der Juden, die noch nach 1934 in Wieseck gewohnt haben:

Liste der Juden, die noch nach 1934 in Wieseck gewohnt haben: 1)

Nr.	Name	Geburtsort	Geburtsort	Beruf	Wohnung	verzoogen	wohin
1	Grünwald, Meyer	17. 4. 1873	Wieseck	Kaufmann	Alicestr. 3	August 1942	† Konzentrationslager
2	Grünwald, Sittchen	1. 2. 1874	Wieseck	Hausfrau	Alicestr. 3	August 1942	† Konzentrationslager
3	Grünwald, Siegfried	26. 3. 1911	Wieseck	Zahnarzt	Alicestr. 3	etwa 1935	Schweiz
4	Simon, Lina	15. 2. 1868	?	ohne Beruf	Alicestr. 3	August 1942	† Konzentrationslager
5	Gutsmuth, Bertha	29. 3. 1874	?	Hausfrau	Alicestr. 8	1939	Holland
6	Gutsmuth, Isidor	13. 11. 1903	Wieseck	Kaufmann	Alicestr. 8	1939	Holland
7	Gutsmuth, Erna	10. 7. 1907	—	Kaufmann	Alicestr. 8	1939	Holland
8	Gutsmuth, Kurt	30. 7. 1905	Wieseck	Kaufmann	Alicestr. 8	1939	Holland
9	Baum, Johanne	27. 3. 1918	Wieseck	Hausfrau	Gießener Str. 3	1937	nicht zu ermitteln
10	Meyer, Salomon	1. 5. 1885	Wieseck	Handelsmann	Gießener Str. 15	1936	Amerika
11	Meyer, Paula, geb. Meyer	?	?	Hausfrau	Gießener Str. 15	1936	Amerika
12	Meyer, Selma Gertrud	20. 7. 1922	Wieseck	—	Gießener Str. 15	1936	Amerika
13	Katz, Hermann	26. 8. 1866	Wieseck	Handelsmann	Gießener Str. 27	verstorben 4. 9. 38	† Konzentrationslager
14	Katz, Eva	26. 8. 1866	Wieseck	Hausfrau	Gießener Str. 27	August 1942	† Konzentrationslager
15	Löwenstein, Moritz	15. 3. 1879	Wieseck	ohne Beruf	Gießener Str. 80	verstorben etwa 1938	† Konzentrationslager
16	Kahn, Bertha	1. 6. 1889	?	—	Gießener Str. 80	nicht zu ermitteln	† Konzentrationslager
17	Stern, Mathilde	2. 9. 1870	?	Hausfrau	Gießener Str. 80	1936	Amerika
18	Blumenthal, Moritz	11. 11. 1898	Londorf	Viehändler	Gießener Str. 89	1936	Amerika
19	Blumenthal, Lina,						
20	geb. Stern	13. 5. 1903	Wieseck	Hausfrau	Gießener Str. 89	Juni 1936	Amerika
21	Blumenthal, Lilly Margot	9. 3. 1925	Wieseck	—	Gießener Str. 89	Juni 1936	Amerika
22	Blumenthal, Ludwig	20. 5. 1926	Wieseck	—	Gießener Str. 89	Juni 1936	Amerika
23	Löwenstein, Bertha	6. 3. 1896	?	Hausfrau	Gießener Str. 95	Oktober 1935	Amerika
24	Bloch, Otto	7. 2. 1885	?	Kaufmann	Gießener Str. 95	Oktober 1935	Amerika
25	Bloch, Paula	3. 6. 1896	Wieseck	Hausfrau	Gießener Str. 95	Oktober 1935	Amerika
26	Stern, Minna	3. 11. 1876	Wieseck	Hausfrau	Gießener Str. 96	April 1939	Württemberg
27	Stern, Max	3. 11. 1904	Wieseck	Kaufmann	Gießener Str. 96	April 1939	Amerika
28	Katz, Ludwig Dr.	9. 1. 1896	?	Arzt	Kesslerstr. 15	August 1942	† Konzentrationslager
29	Katz, Sophie	21. 7. 1906	?	Hausfrau	Kesslerstr. 15	August 1942	† Konzentrationslager
30	Katz, Hildegard	11. 5. 1932	?	—	Kesslerstr. 15	August 1942	† Konzentrationslager
31	Katz, Josef	21. 10. 1869	Wieseck	Viehändler	Kirchstr. 5	verstorben 1935	† Konzentrationslager
32	Katz, Clara	29. 12. 1876	Wieseck	—	Kirchstr. 5	August 1942	† Konzentrationslager
33	Katz, Julius	7. 10. 1907	Wieseck	Rechtsanwalt	Kirchstr. 5	1939	Brasilien
34	Katz, Lina	5. 5. 1902	Wieseck	—	Kirchstr. 5	August 1942	† Konzentrationslager
35	Berlin, Salomon	23. 10. 1859	?	Kaufmann	Ludwigstraße	1938	England
36	Berlin, Siegfried	30. 5. 1901	?	Kaufmann	Ludwigstraße	1938	England
	Berlin, Litti	29. 11. 1904	?	—	Ludwigstraße	1938	England

1) E. Knauf, Zwischen Kirche und Pforte - 1200 Jahre Wieseck, Gießen-Wieseck 1975, S. 307

1. Die Judenverfolgung hatte auch einen **wirtschaftlichen Aspekt**, der in Geschäfts- und Handelsstädten wie Gießen unter keinen Umständen zu gering veranschlagt werden darf! Viele "arische" Geschäftsleute in Gießen kamen nun billig an neue Objekte. Lästige wirtschaftliche Konkurrenz wurde bequem ausgeschaltet! Welche Rolle die Bereicherung an Juden spielte, beweisen die später folgenden Interviews mit Frau Dr.Scheurer, Frau Wagner, das geheime Tagebuch von E.Geilfuß und Kurt B.s Aussagen. Beweise stellen aber auch die verschiedenen Schreiben der Stadt an die Ehefrauen der abtransportierten Juden dar - deutliche Dokumente der Erpressung!

3. Erstaunlich für uns war das **exakte Zusammenwirken der Behörden** im November 1938 (s. Schreiben des Oberbürgermeisters vom November 1938 usw.). Die Parallelen zum Abtransport der Juden im September 1942 sind auch hier nicht zu übersehen. Das geht bis in bürokratische Einzelheiten, welche Behörde für welche Kosten zuständig war. Wie aus Zeitungsberichten und aus Briefen, die wir erhielten, zu erkennen ist, wurden viele Juden aus Gießen nach der "Kristallnacht" ins KZ abtransportiert. Während dies geschah, hatte ein Gießener Mitbürger, der Nachbar der Synagoge war, große Sorge um Vogelverluste, die er durch Brand und Sprengung der Synagoge erlitten hatte. Er bemühte sich bei der Versicherung und den städtischen Behörden um Schadensersatz - vergeblich. Die Stadt konnte und wollte aus naheliegenden Gründen die Forderung nicht akzeptieren. (1)

1) StAGi 1238 "Schadensersatzansprüche des wegen
Vogelverluste durch Brand und Sprengung der Synagoge",
Schreiben vom 4. Dezember 1938, 20. Dezember 1938, 29. De-
zember 1938, 6. Januar 1939, Dok. 41-44

4. Überraschend für uns war, daß **sprachliche Begriffe** der Judenverfolgung, die wir erst für einen späteren Zeitpunkt erwartet hatten (z.B. "Endlösung" erst im Wannseeprotokoll 1942), bereits 1938 verwendet wurden. So wird z.B. der Begriff "Endlösung" in der "Oberhessischen Tageszeitung" vom 11. November 1938 gebraucht! Trotzdem werden mit den Begriffen noch nicht die Inhalte späterer gigantischer Vernichtungsmaßnahmen assoziiert worden sein.

5. Obwohl das Vorgehen der SA doch klar Unrechtscharakter hatte, wurde kein Übergriff geahndet. Der **legalistische Schein** wurde auch dadurch gewahrt, daß die Übergriffe meist in "Räuberzivil", kaum einmal in SA-Uniformen durchgeführt wurden. In den 60er Jahren wurde das vor manchen Gerichten als Entschuldigungsgrund für NS-Verbrechen anerkannt. Wäre diese Auffassung durchgedrungen, dann hätten nur Exzeßtäter als Kriminelle angesehen werden können. Im allgemeinen folgten die Gerichte dieser Auffassung nicht, schon gar nicht der Gesetzgeber. Wenn versucht wird, die Tat, die Psyche des Täters und seine Einstellung zur Tat und die politische Situation zu würdigen, kommt noch am ehesten der politische Standort des Richters heraus. "Bedeutsam ist die Tatsache, daß seit 1948/49 die Strafen häufig an der unteren Grenze des gesetzlichen Strafrahmens liegen. Da ähnliches in den sechziger Jahren bei den viel schwereren Tötungsdelikten beobachtet wurde, konnte Kritik nicht ausbleiben; nicht zuletzt auch von seiten deutsch-jüdischer Organisationen." (1) In unserem Zusammenhang ist interessant, wie der Rektor in Großen-Linden seine Schüler aufhetzte und selbst an Ausschreitungen sich beteiligte, aber dann vom Landgericht Gießen 1949 eine recht milde Strafe bekam. Bei der Begründung erscheinen immer wieder die typischen Argumente. Die Angeklagten hätten unter dem Einfluß einer üblen jüdenfeindlichen Propaganda gestanden, sie hätten sich hinreißen lassen, der angeklagte Rektor habe an beiden Kriegen teilgenommen (welch Argument!) und Kriegsschäden erlitten, er habe sich im Arbeitslager gut geführt. Dann aber werden oft strafscharfende Gründe genannt - in unserem Falle, daß ein Schulleiter zu vorbildlichem Verhalten verpflichtet sei, daß er die Kinder in üble Ausschreitungen hineingezogen habe, daß er es schließlich verantwortungslos einem anderen überlassen habe, die Kinder zur Ordnung zu bringen, daß er innerlich völlig auf seiten der Friedensbrecher gestanden habe und dies sehr häßlich zum Ausdruck brachte gegenüber einer alten Frau. Auch die Schädigung des deutschen Ansehens im Ausland wird einmal angeführt. Man hätte nun eine außerordentliche Strafe erwarten können - weit gefehlt. Die Gründe blieben ohne Einfluß auf die ausgesprochene Strafe.

"Die Taten werden also verbal nicht verharmlost, die Täter jedoch verständnisvoller behandelt als andere Kriminelle. Als Legitimation dafür wurde in der Literatur angeführt, daß wegen der Einmaligkeit der Situation eine Wiederholung nicht zu befürchten sei. Die Verurteilung allein genüge, es komme nicht so sehr auf die konkrete Strafe an. Dagegen spricht das Bedürfnis des Verletzten nach Sühne; die betroffenen Juden haben, wie Zeugenaussagen zeigen, nicht ver-

-
- 1) Moritz, Klaus; Noam, Ernst, NS-Verbrechen vor Gericht, Wiesbaden 1978, S. 31. Man darf bei den Prozessen in der Nachkriegszeit nicht vergessen, daß viele Richter ihre Ausbildung in der Nazizeit erhalten hatten.

gessen, welches Leid ihnen zugefügt war. Der jüdischen Opfer wird jedoch in den Strafbegründungen selten gedacht." (1)
 Für solche milden Urteile kann man auch nicht zur Begründung anführen, daß die Zeugenaussagen sehr vorsichtig zu bewerten seien, weil die Tat schon lange zurückgelegen habe. In unserem Fall oben hatte der Angeklagte die Tat im wesentlichen zugegeben. Was man jedoch annehmen kann ist, daß in vielen anderen Prozessen nach dem Kriege (ob in diesem, wissen wir nicht) Zeugen, die aussagen wollten, von ihrer Umgebung im Ort bedroht wurden und dann plötzlich sich auf schlechtes Gedächtnis beriefen oder Tote oder Vermißte beschuldigten. Für Leihgestern beschreibt unser Zeitzeuge W.V. eine solche Situation nach dem Kriege, daß nämlich sogar Personen, die zum Widerstand gehört, Juden und Verfolgte beschäftigt, unter den Nazis sogar gelitten hatten, oft unter dem Kollektivdruck des Dorfes 'um des lieben Friedens willen' nicht aussagten. "Man läßt nichts aus dem Ort hinaus, es bleibt unter uns" ist die verbale Umschreibung dieses Vorgangs. Ja, es geschieht sogar noch Schlimmeres. Man arbeitet auch noch geschäftlich mit den früheren Herren und Verfolgern zusammen, sie werden allenfalls nach einer Schamfrist (auch die wird oft noch nicht einmal gewahrt) wieder aufgenommen in die Gemeinschaft und können sich manch unverschämtes Wort erlauben. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wirklich auch in den Köpfen vollzogen worden wäre. So blieb "Reeducation" ein formaler Vorgang, der allenfalls bei den Jüngeren einige Wirkung zeitigte. Wie stark muß doch gerade der Antisemitismus von breiten Schichten des Volkes damals getragen worden sein, daß sich die Opfer noch Jahre nach dem Kriege im Gespräch oder an den berühmten Stammtischen nicht zu Wort meldeten, wenn die "Helden" von einst zu schwadronieren anfangen!
 Wer hat eigentlich alle diese Schulleiter, Lehrer, Behördenleiter, Jugendführer, die für Reichspogromnacht und Endlösung geistig verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen? Von welchem von ihnen in Kreis und Stadt Gießen haben wir ein Wort des Bedauerns und der Reue vernommen?

6. Die Behandlung der Juden durch die **Bevölkerung** war 1938 in verschiedenen Städten unterschiedlich. Es hing davon ab, ob die Juden gern gesehene Kurgäste wie in Bad Nauheim oder eine wirtschaftliche Konkurrenz wie in Friedberg und Gießen waren. In einer Stadt wie Gießen, die in den letzten relativ freien Wahlen am 5.3.1933 zu 52 % NSDAP gewählt hatte (Reichsdurchschnitt 43,9 %), war die antijüdische Einstellung bestimmter Bevölkerungskreise stärker ausgeprägt als in anderen Städten. Eine Rolle spielte in Bad Nauheim z.B., daß der Ortsgruppenleiter der NS-Partei und der Stellvertreter des Bürgermeisters beschwichtigten, d.h. die schon bekannten regionalen Unterschiede wirkten sich aus. (2)

1) Moritz/Noam, NS-Verbrechen vor Gericht, a.a.O., S. 31

2) Ebd., S. 104-118: Ein Fall von Plünderung in Bad Nauheim

**E) VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER ENDLÖSUNG:
1939-1942**

I. Konzentration in wenigen Häusern und einschränkende Maßnahmen

Nach der Reichskristallnacht 1938 wurde den deutschen Juden eine Fülle von weiteren Einschränkungen auferlegt:

- Zwangsdeponierung von Wertpapieren und Aktien
- Zwangsverkauf von Juwelen und Kunstgegenständen
- Verbot des Besuches kultureller Veranstaltungen
- Verbot für jüdische Schulkinder, nicht-jüdische Schulen zu besuchen
- Entziehung des Führerscheins und Verbot der Haltung von Kraftfahrzeugen
- Einführung erhöhter Steuersätze
- Berufsverbot für Apotheker, Zahn- und Tierärzte (1)

Am 30.4.1939 kam das Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden heraus. Es bedeutete die gesetzliche Vorbereitung zur Zusammenlegung jüdischer Familien in "Judenhäusern" und die Aufhebung des Räumungsschutzes. (2)

Auch in Gießen verstärkte sich der Druck auf jüdische Familien, in solche Juden Häuser zu ziehen. Aus den Adreßbüchern, vor allem aus dem von 1941, ist zu entnehmen, daß viele Juden bereits in solche Juden Häuser gezogen waren, so z.B. Liebigstraße 33 und 37, Marburger Straße 44, Asterweg 53 und Wetzlarer Weg 17. Auch die Zusammenlegung in die drei Ghettohäuser von 1942 beginnt bereits: Walltorstraße 42 und 48 und Landgrafenstraße 8.

Diese unsere Erkenntnisse wurden auch durch das Wohnverzeichnis der Juden vom 31.3.1939 belegt. Von Zeit zu Zeit mußten die städtischen Behörden solche Wohnverzeichnisse der Juden anlegen. (3) Ein Auszug möge hier genügen.

-
- 1) Joseph Walk, Das Sonderrecht für die Juden, a.a.O., z.B. S. 283 f, S. 255, S. 256, S. 62 usw. Sogar Brieftauben durften nicht gehalten werden, RGBI I, S. 1749 f
 - 2) Walk, a.a.O., S. 292: "Juden genießen gegenüber einem nicht-jüdischen Vermieter keinen gesetzlichen Mieterschutz, wenn der Vermieter durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörden nachweist, daß anderweitige Unterbringung des Mieters gesichert ist!" RGBI I, S. 864 f
 - 3) StAGi Nr. 5063, Nr. 3048, Nr. 3086, Nr. 3185

Name	Anschrift	Beruf	(287 Personen)
			Geb.-Tag
Berliner, Isidor	Alicenstr. 16	Geschäfts-Teilhaber	28. 6.87
Berliner, Helene	Alicenstr. 16	Ehefrau	11. 7.92
Cahn, Hermann	Alicenstr. 30	Kaufmann	19. 5.65
Katz, Benjamin	Alicenstr. 30	Schneider	26. 8.87
Katz, Cornelia	Alicenstr. 30	Ehefrau	26. 2.89
Katz, Gertrud	Alicenstr. 30		30. 5.22
Kugelman, Klara	Alicenstr. 30		21.12.91
Rosenthal, Marcus	Alicenstr. 40	Kaufmann	14.12.65
Rosenthal, Rosa	Alicenstr. 40	Ehefrau	12. 6.74
Rosenthal, Dr. Ludwig	Alicenstr. 40	Rechtsanwalt	29. 6.00
Oettinger, Janet	A.d.Johannis- kirche 5		21.12.11
Strauss, Johanette	Asterweg 44		31. 5.49
Strauss, Bertha	Asterweg 44		6.11.79
Chambré, Joseph	Asterweg 45	Kaufmann	5.12.85
Bauer, Moses	Asterweg 53	Kaufmann	5. 5.76
Bauer, Ida	Asterweg 53	Ehefrau	6. 2.89
Bermann, Abraham	Asterweg 53	Kaufmann	19. 5.74
Joseph, Betty	Asterweg 53		8. 2.65
Lazarus, Emma	Asterweg 53	Geschäftsinhaberin	26. 9.85
Wertheim, Julius	Asterweg 53	Kaufmann	28. 6.75
Würzburger, Joseph	Asterweg 53	Kaufmann	7. 2.84
Würzburger, Martha	Asterweg 53	Ehefrau	6.12.84
Würzburger Irene	Asterweg 53	Kindergärnerin	10. 3.13
Goldschmidt, Daniel	Asterweg 69	Theater-Arbeiter	25. 6.88
Bohling, Selma	Asterweg 72p.	Ehefrau	30. 7.82
Dahlmeyer, Helene	Aulweg 36	Ehefrau	2. 8.05
Gutenstein, Gustav	Bahnhofstr. 2	Kaufmann	15. 9.91
Gutenstein, Helene	Bahnhofstr. 2	Ehefrau	13. 7.00
Nussbaum, Bertha	Bahnhofstr. 2		10.10.78
Stern, Louis	Bahnhofstr. 2	Kaufmann	18. 6.77
Stern, Betty	Bahnhofstr. 2	Ehefrau	9. 5.78
Hofmann, Elias	Bahnhofstr. 4	Kaufmann	24. 9.63
Hofmann, Jettchen	Bahnhofstr. 4	Ehefrau	23. 9.66
Hofmann, Franziska	Bahnhofstr. 4		19. 7.92
Hofmann, Klara	Bahnhofstr. 4		18.12.93
Marum, Sophie	Bahnhofstr. 4	Ehefrau	21. 8.70
Katz, Louis	Bahnhofstr. 14	Kaufmann	20. 7.76
Katz, Anna	Bahnhofstr. 14	Ehefrau	20. 6.84
Katz, Gertrud	Bahnhofstr. 14		14. 4.07
Katz, Sally	Bahnhofstr. 14	Kaufmann	29. 1.78
Nathan, Paula	Bahnhofstr. 14	Hausangest.	4. 4.96
Oppenheim, Samuel	Bahnhofstr. 33	Schneider	31. 1.83
Reinstein, Willy	Bahnhofstr. 33	Werkmeister	13. 4.75
Rosenbaum, Bertha	Bahnhofstr. 33		15. 1.73
Bock, Ludwig	Bahnhofstr. 34	Kaufmann	30.12.81
Goldschmidt, Nathan	Bahnhofstr. 58	Bauarbeiter	20.12.91
Goldschmidt, Lina	Bahnhofstr. 58	Ehefrau	31. 7.88
Heilbronner, Jacob	Bahnhofstr. 71	Kaufmann	8. 5.77
Heilbronner, Martha	Bahnhofstr. 71	Ehefrau	22.10.84

Goldschmidt, Max	Bahnhofstr. 76	Bezirksleiter	16. 8.77
Bouchholtz, Aranka	Bleichstr. 10	Ehefrau	7. 8.95
Michel, Hermann	Bleichstr. 28	Kaufmann	6. 6.65
Michel, Franziska	Bleichstr. 28	Ehefrau	23. 3.73
Loewenthal, Richard	Bleichstr. 30	Kaufmann	21.12.70
Loewenthal, Karoline	Bleichstr. 30	Ehefrau	29.10.69
Loewenthal, Milli	Bleichstr. 30	Pianistin	1. 6.02
Rosenbaum, Johanna	Dammstr. 32		13. 4.78
Rosenbaum, Siegmund	Dammstr. 32	Arbeiter	3. 3.74
Lindenbaum, Siegmund	Steinstr. 69	Kaufmann	2. 3.83
Lindenbaum, Elsa	Steinstr. 69	Ehefrau	13.12.87
Lorsch, Johanna	Ebelstr. 5		5. 8.83
Kühne, Henriette	Ebelstr. 29	Ehefrau	26. 4.03
Landau, Toni	Eichweg 7		17. 1.79
Austerlitz, Fritz	Frankf.Str. 11	Kaufmann	25. 9.88
Austerlitz, Siegmund	Frankf.Str. 11	Kaufmann	23. 2.87
Stern, Käthe	Frankf.Str. 11	Hausangest.	15. 7.98
Gopon, Luise	Friedensstr. 19	Verkäuferin	20. 4.15
Scheurer, Dora	Gartenstr. 20	Ehefrau	31.12.01
Heichelheim, Paula	Hitlerwall 49		6. 7.79
Sonn, Beby	Hitlerwall 49		31. 7.88
Rothschild, Berthold	Hofmannstr. 8	Kaufmann	8. 6.94
Rothschild, Franziska	Hofmannstr. 8	Ehefrau	17. 5.03
Rosenbaum, Isidor	Horst-Wessel-Wall 46	Kaufmann	26. 8.87
Rosenbaum, Dora	Horst-Wessel-Wall 46	Ehefrau	11. 5.91
Rosenbaum, Marianne	Horst-Wessel-Wall 46	Schülerin	1. 4.22
Jakob, Johanette	Horst-Wessel-Wall 60	Hausangest.	30. 5.80
Schlesinger, Klara	Im Gartfeld 8		15. 6.69
Desenberg, Mathilde	Johannesstr. 7-9		14. 3.72
Schmidt, Siegmund	Wilhelmstr. 12	Kaufmann	4. 9.68
Schmidt, Ricka	Wilhelmstr. 12	Ehefrau	9. 5.67
Schmidt, Fritz	Wilhelmstr. 12	Kaufmann	24. 7.99
Schiff, Bernhard	Alicenstr. 30	Kaufmann	18. 1.79
Schiff, Hannchen	Alicenstr. 30	Ehefrau	11. 3.85
Wetterhahn, Ilse	Neustadt 39	Hausangest.	3. 3.09
Hammerschlag, Sigmund	Horst-Wessel-Wall 38	Kaufmann	9. 5.79
Hammerschlag, Amalie	Horst-Wessel-Wall 38	Ehefrau	14. 8.88
Kann, Sophie	Horst-Wessel-Wall 48		17.11.67
Kann, Lina	Kaiserallee 8		12. 7.65
Sachs, Ernst	Anstalt		11. 2.92
Sichel, Emil	Anstalt		28. 7.65
Sommer, Sophie	Anstalt	Pensionärin	21.10.68
Fröhlich, Berta	Anstalt		20. 2.74
Kugelman, Max	Anstalt		8. 8.01
Lerner, Paul	Anstalt		25. 1.01

Marx, Albert	Anstalt		21. 3.85
May, Bella	Anstalt		5.10.89
Reinhard, Berta	Anstalt		24. 5.05
Reiss, Berta	Anstalt		9. 2.99
Reiß, Gretha	Anstalt		12. 8.02
Rollmann, Frieda	Anstalt		6.10.76
Schaumberger, Rosa	Anstalt		13.10.95
Schloß, Elis., Lina	Anstalt		8. 1.86
Schott, Johanna	Anstalt		10.10.95
Speier, Elise	Anstalt		7. 5.85
Stern, Abraham	Anstalt		28. 6.80
Stern, Karoline	Anstalt		3. 1.89
Stern, Leopold	Anstalt		15. 2.01
Traub, Sigmund	Anstalt		5. 4.75
Wertheimer, Klara	Anstalt		8.10.69
Witiwker, Nathan	Anstalt		11. 7.90
Wolf, Hermann	Anstalt		1.10.03
Schorsch, Moritz	Marktstr. 8	Kaufmann	30.11.75
Schorsch, Helene	Marktstr. 8	Ehefrau	10. 5.78
Rosenzweig, Leopold	Neustadt 10	Kaufmann	16. 2.82

(1)

Unrühmlich haben sich auch hier wieder die städtischen Behörden, wie z.B. das Stadtbauamt, hervorgetan. In Schreiben vom 16.3. und 22.3.1939 ist zu erkennen, daß die Stadt die noch verbliebenen jüdischen Familien zusammendrängen und die freigewordenen Wohnungen nutzen wollte. (2) Interessant ist auch, wie weit der Staat sich bereits in den freien Wohnungsmarkt eingeschaltet hatte. Das ist auch aus dem Schreiben vom 22.5.1939 ersichtlich. Das Stadtbauamt bezieht sich dabei auf ein Gesetz vom 4. des Monats, "wonach Juden bei Juden wohnen sollen." (3)

-
- 1) E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung in Gießen, a.a.O., S. 180-186
 - 2) StAGi Nr. 199 "Unterbringung jüdischer Familien in besonderen Häusern" 1939, Schreiben des OB vom 16.3.39 an das Stadtbauamt und Antwort vom 22.3.1939, Dok. 45 und 46. Die Partei drängte aber ebenfalls, vielleicht war sie sogar der Auslöser. Das zeigt das Schreiben des OB vom 24. März 1939 an die Kreisleitung Wetterau, Dok. 47
 - 3) StAGi Nr. 199, Schreiben des Stadtbauamts an den OB vom 22. Mai 1939, Dok. 48. Im Gesetz hieß es: "In jüdischem Eigentum stehende Häuser sind für Judenwohnungen zu bevorzugen; Ghettobildung ist aber nicht erwünscht. Anwendung von Zwang nur, wenn ein Bedürfnis dazu besteht. Soweit erforderlich, kann der den Juden zur Verfügung zu stellende Raum eingeengt werden, insbesondere durch Unterbringung mehrerer jüdischer Familien in von Juden bewohnten größeren Wohnungen." Joseph Walk, Das Sonderrecht für die Juden, a.a.O., S. 293

Der Staat wollte sich unter allen Umständen das Eigentum der Juden sichern. Das beweist auch das Schreiben des Reichsstatthalters von Hessen vom 17.12.1938, wodurch Körperschaften des öffentlichen Rechts oder sonstiger öffentlicher Einrichtungen keine Schenkungen von Juden annehmen durften. Das heißt im Klartext, daß nur der Staat sich solche Vermögen von Juden aneignen konnte und wollte. Die Arisierung bzw. Schließung von jüdischen Geschäften ging im Jahr 1938 weiter und fand 1939 ihren Abschluß, indem nun auch auf die ausländischen Geschäftsinhaber keine Rücksicht mehr genommen wurde. (1)

Die Maßnahmen der Behörden wirkten sich bis in kleinste Bereiche aus. So meldete z.B. der Marktmeister Schneider im Dezember 1938 an den Oberbürgermeister Ritter, daß "von meiner Seite aus stets darauf gesehen wird, daß diese Hebräer soviel wie irgend möglich von dem Markt fernbleiben." (2) Es waren wieder "Klagen" über ein zu "freches" Auftreten der Juden gekommen.

Wie sehr der Lebensbereich der Juden 1938 schon eingeschränkt wurde, ist aus folgender Bemerkung des Marktmeisters zu ersehen, daß "der Einkauf von Juden auf dem Wochenmarkt verboten wird". Von Zwangsvorstellungen zeugte das Schreiben des deutschen Frauenwerks an den Reichsnährstand vom 1.10.1938 (3), in dem der Aufkauf von Obst durch Juden auf dem Gießener Wochenmarkt angeprangert und Maßnahmen gegen "Horcher und Schnüffler" verlangt wurden!

Mit dem Beginn des Krieges traten weitere verschärfte Bestimmungen in Kraft. Am 1.9.1939 wurden Ausgangsbeschränkungen für Juden erlassen (im Sommer Sperre ab 21 Uhr, im Winter ab 20 Uhr). Am 23.9.1939 wurden die Rundfunkgeräte der Juden beschlagnahmt. In vielen Städten wurden Sperrgebiete eingeführt, die von Juden nicht betreten werden durften. Manchen Juden war schon vorher die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden, als sie emigriert oder geflohen waren.

Ein Beispiel aus Gießen ist Herr Willi Sondheim, dem mit dem Schreiben des Polizeidirektors vom 15.7.1939 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt wurde. Dasselbe geschah mit seiner Frau Charlotte und seiner Tochter Elinor. (4) Alle drei waren bereits im September 1938 nach New York emigriert und hatten daher keine schlimmen Folgen mehr zu ertragen. Wie schlecht muß es aber den Juden in Deutschland ergangen sein, denen man die Staatsangehörigkeit entzogen und damit ihre Existenz ruiniert hatte! Mit der Aber-

- 1) StAGi Nr. 5064 "Jüdische Gewerbebetriebe Teil I und II - 1938/39, III. Verordnung zum Reichsbürgergesetz v. 14.6.1938", Schreiben des OB vom 17. Juli 1939 und 19. Jan. 1940, Dok. 49 und Dok. 50
- 2) StAGi Nr. 1425, Dok. 51
- 3) StAGi Nr. 1425
- 4) StAGi Nr. 3047 "Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit 1938/41", siehe auch E.Knauf, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 265

kennung war anfangs noch keine Einziehung des Vermögens verbunden. Spätestens ab 1940 geschah dies jedoch auch. (1)

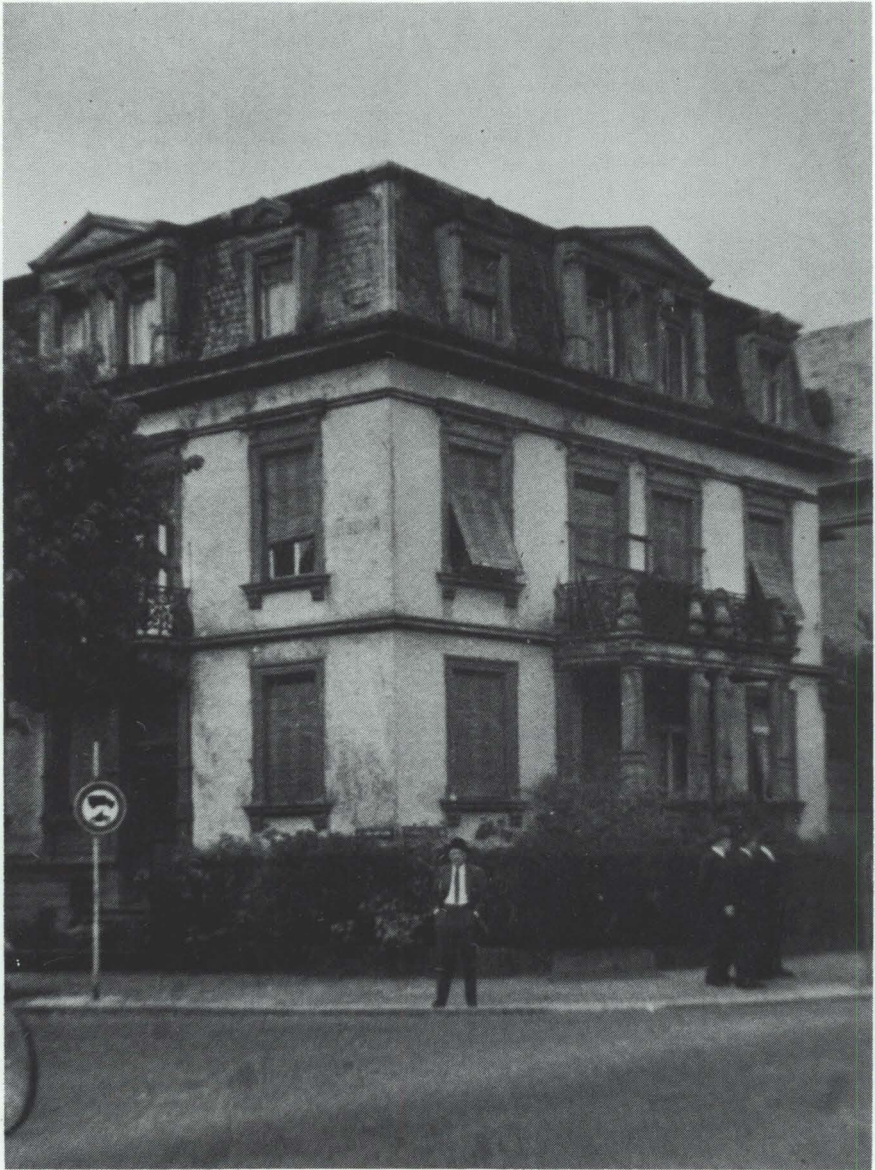
Langsam begann man auch gegen "Halbjuden" und Juden in "privilegierter Mischehe" vorzugehen. Mit Geheimerlaß des Oberkommandos der Wehrmacht vom 20.4.1940 wurden Mischlinge und arische Ehemänner von Jüdinnen als wehrunwürdig aus der Wehrmacht entlassen. (2)

In Gießen traten dafür und für spätere Entlassungen folgende Beispiele auf:

- Dr. Adam Scheurer, Gartenstraße 20, der schon zuvor aus dem Lehramt entfernt worden war. Er lebte in einer sogenannten privilegierten Mischehe (er war Arier, seine Frau 'Rassejüdin').
- Dr. Franz Kirchheimer ('Halbjuden'), Liebigstraße 74 und Kurt St., Leihgesterner Weg, der alle Feldzüge für "Führer, Volk und Vaterland" mitmachen durfte bis 1941, um dann schließlich noch schlimmste Verfolgung erdulden zu müssen, weil er Halbjuden war.

Eine äußerst diskriminierende Maßnahme gegen Juden im Reich geschah am 1.9.1941 mit der Polizeiverordnung über das Kennzeichen der Juden. Damit wurde der Judenstern im Reich ab sofort eingeführt. Das galt zunächst nicht für Mischehen. So mußte Frau Dora Scheurer erst im Lager Theresienstadt den Judenstern tragen. Aus den Unterlagen im Stadtarchiv konnten wir entnehmen, daß alle städtischen Behörden von dieser Maßnahme in Kenntnis gesetzt wurden. Zur Polizeiverordnung wurde das Muster eines Judensterns beigelegt. (3) Wie bedrückend die Maßnahme für die Juden war, beschrieb uns eine Teilnehmerin am Kaufmann-Will-Kreis, Frau Stefanie H. Sie war Filialeiterin der Milchzentrale Grieb in der Bahnhofstraße 47. Sie erlebte, wie die Juden oft schamhaft ihre Einkaufstaschen über den Judenstern hielten, sich im Geschäft in der hintersten Reihe aufhielten, ängstlich warteten, bis sie an der Reihe waren, weil erst alle Arier den Juden vorgezogen wurden. Ähnliche Vorgänge berichtete uns der Metzger E.S., Marktplatz 15, bei dem die Juden zu bestimmten Zeiten, die sie in keinem Fall überschreiten durften, einkaufen mußten. (4)

-
- 1) StAGiNr. 3047, Aberkennungsbeispiele Albert Aaron, den wir als Rechtsanwalt aus der Bahnhofstr. bereits kennenlernten (Dok. 52), Familie Baer (Dok. 53, Ehepaar Heilbronner (Dok. 54 Paula Kahn
 - 2) Joseph Walk, Das Sonderrecht für die Juden, a.a.O., S. 320
 - 3) Siehe Dok. 55
 - 4) Gespräch mit Frau H. am 12. Nov. 82, mit Metzger S. am 29.8. 82. Die Anordnung vom 26.6.42 hieß: "Juden haben beim Einkauf stets ihren Haushaltsausweis vorzuzeigen und alles zu unterlassen, was eine bevorzugte Belieferung mit bewirtschafteten oder Mangelwaren bezweckt. Auch sind die festgesetzten Einkaufszeiten genauestens einzuhalten." J.Walk, a.a.O., S. 378



Israelitisches Männerheim 1910-1933, dann als Altenheim ein Sammelpunkt in
Bad Nauheim, Frankfurter Str. 58 (Foto: Erich Brücher, Bad Nauheim)

Selbst einem Geschäftsmann, der den Juden helfen wollte, wurde es sehr schwer gemacht, da er nicht sicher sein konnte, von einer Polizeikontrolle überrascht zu werden. So schilderten uns die Zeuginnen Völkl und B., deren Mutter eine Obst- und Gemüsehandlung in der Schloßgasse hatte, folgenden Vorgang: "Unsere Mutter half öfter den Juden in den Ghettohäusern in der Walltorstraße und Landgrafenstraße. Sie mußte aber dabei allerlei Risiken auf sich nehmen. Auf Gemüse, das für die Juden bestimmt war, legte sie Abfall. Ein Polizist der nahen Polizeiwache stocherte einmal mit einem Stock in dem Abfall herum. Er konnte aber nichts finden und erklärte Frau Enz, sie solle sich das zur Warnung dienen lassen. Beim nächsten Mal gäbe es eine Anzeige. Der Vorgang ereignete sich in der Zeit 1940/41."

Wie abgestumpft manche Teile der Bevölkerung gegenüber den Juden bereits waren, zeigt die Begebenheit mit den alten Borngässers. Leopold und Fanni Borngässer, 68 und 67 Jahre alt, in der Marktstraße 32 wohnhaft, kamen am 14.1.1940 bei einem Brand des Hauses um, ohne daß Anstalten gemacht wurden, ihnen Hilfe zu leisten. In der Liste der in Gießen lebenden Juden (1) steht bei dem Ehepaar "Selbstmord". Das kann jedoch nach unseren Recherchen ausgeschlossen werden. Vielmehr ist es so, daß unterlassene Hilfeleistung angenommen werden muß. Eine angebliche Bemerkung des im Vorderhaus wohnenden Kaufmanns: "Laßt sie doch verbrennen, es sind doch nur Juden" konnte von anderen Zeugen nicht bestätigt werden.

Frau Helene Hammerschlag, geb. Barnass, 49 Jahre alt, wurde 1940 wegen "Hamsterns" von der Gestapo verhaftet und in das KZ Ravensbrück gebracht, wo sie 1941 verstarb. Mit dem Hamstern verhielt es sich, wie uns Frau Gusti Wagner erzählte, folgendermaßen: Helene Hammerschlag fuhr zu einem bekannten Metzger nach Gießen-Wieseck, um dort noch Fleisch zu "organisieren", wie das jeder deutsche "Volksgenosse" damals tat. Sie hatte den Judenstern nicht getragen und wurde von jemand, der in der Straßenbahn mitfuhr, denunziert. Da sie Jüdin war, bekam sie die schlimmste Strafe.

II. Der Ring wird enger

Besonders schlimm betraf die Juden der Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei, daß alle Juden, die irgendwelchen Anordnungen nicht sofort Folge leisten oder sonst ein staatsabträgliches Verhalten an den Tag legen würden, sofort festzunehmen und in ein Konzentrationslager einzuliefern seien. (3) Wie sollte man alle

- 1) Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 108
- 2) KZ Ravensbrück 1941, E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 222. Das Gespräch mit Frau Wagner war am 20.1.83
- 3) Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei vom Oktober 1939; Joseph Walk, Das Sonderrecht der Juden, a.a.O., S. 308

diese Anordnungen befolgen und doch noch seinem Broterwerb nachgehen?

So war es z.B. mit der Frau des Kunstmalers Heinrich Will, Elisabeth Will, die zusammen mit anderen mehrere Male Feindsender gehört, aber nie eine kritische Äußerung über Hitler oder den NS-Staat gemacht hatte, geschehen. Sie wurde zu einer doppelt so hohen Strafe wie die anderen Frauen verurteilt, obwohl sie das Gleiche getan hatte, und sie wurde anschließend sofort nach dem Osten deportiert (Juli 1942). Ähnliches konnten wir auch schon bei dem Fall Helene Hammerschlag erkennen.

Für Juden gab es kaum noch Möglichkeiten auszuwandern. 1939 wanderten noch 12 Gießener Juden nach Palästina aus. Diese Zahl sank auf 2 im Jahre 1942. Diese beiden waren das Ehepaar Samuel und Berta Oppenheim. Sie waren bereits im September 1942 bei der Endlösung in Gießen den Deportationsgruppen zugeteilt, wurden dann aber gegen Deutsche in Palästina (Templer) ausgetauscht und gelangten über die Schweiz nach Palästina. Dort lebten sie zuletzt im Kibbuz Ginosar. Sie sind dort 1976 verstorben. (1)

Die Auswanderung noch gelungen ist z.B.:

Karl, Malli und Siegfried Abraham, die am 17.4.1940 nach den USA entkamen; dem Kaufmann Ludwig Bock gelang es noch am 21.7.1941, nach New York zu emigrieren; dem Kaufmann Josef Chambré am 26.7.1941 nach New York und dem Kaufmann Julius Dreifus und seiner Frau Amalie am 10.4.1941 nach Buenos Aires.

Die Hausangestellte Johanne Jakob konnte am 31.10.1941 nach Argentinien, Julius, Alma und Hans Justus am 16.4.1940 nach New York emigrieren, Siegmund und Meta Wetzstein am 9.6.1941 nach Nordamerika. (2) Nach dem organisierten Pogrom vom November 1938 wollten nur noch wenige Juden in Gießen bleiben. Leider läßt sich aus den Listen, die Erwin Knauf vorlagen, kein genaues Bild machen, weil ein Teil der Angaben zu unklar ist und weil wahrscheinlich der eine oder andere auf Umwegen nach Palästina gelangt sein mag. Wie wir bereits erwähnten, gelang vielen Juden in Deutschland wie auch in Gießen die Auswanderung nicht, weil sie

- a) nicht die nötigen Mittel aufbringen konnten und
- b) keine Auswanderungsgenehmigung bekamen.

Die USA sperrten sich um so mehr, je näher der Kriegseintritt der USA rückte. Sie sahen in den Einwanderern in erster Linie nicht die hilfsbedürftigen, fliehenden Juden, sondern die potentiellen deutschen Spione und Saboteure.

Erschütternd wirkte auf uns das Schicksal der Familien Elsoffer und Stern. Rechtsanwalt Hugo Elsoffer war schon im November 1938 als 60jähriger für sechs Wochen den Torturen von Buchenwald ausgesetzt

- 1) E.Knauf, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 233 f
- 2) Ebd., S. 102-159

gewesen. (1) Er versuchte verzweifelt, mit seiner Frau Johanna noch nach 1938 aus Deutschland herauszukommen. Die beiden Töchter Ruth und Luise waren bereits im Januar 1934 nach Holland bzw. Frankreich entkommen. Sie leben heute in Flushing/New York. Bei Elsoffers in der Landgrafenstraße 8 wohnten im gleichen Stockwerk noch bis zum Abtransport 1942 die einzigen "Arier" Otto Christ und Frau. Von ihnen konnten wir erfahren, wie verzweifelt die Elsoffers sich bemühten, nach den USA auszureisen. "Die packten dauernd. Ich habe noch die gepackten Koffer und Kisten gesehen. Sie bekamen aber keine Einreisegenehmigung." (2) Schließlich war es zu spät - im September 1942 wurden beide deportiert, sie sind in Polen umgekommen.

Aber es gab auch deutliche Beispiele von Hilfsbereitschaft und Mut von Nicht-Juden. Gerade in dem Fall Elsoffer wurde uns das berichtet. So hat z.B. Frau Christ für Elsoffers, die sich nicht mehr aus der Wohnung trauten, eingekauft. Ähnliches ist etwas später bei Juden in sogenannten privilegierten Mischehen geschehen (die Hilfe der Frau Goldschmidt für Frau Dr.Scheurer). Vom Architekten Wieth z.B. und von Delikatessen-Koch bekamen Elsoffers heimlich Essen vor die Tür gestellt oder an die Tür gehängt, meistens abends.

Die Diskriminierung und der ständig weiter eingeschränkte Lebenskreis der Juden wird einem klar, wenn man z.B. das Schreiben der Stadtwerke Gießen vom 25.10.1941 liest. Damit waren Juden von der Beförderung mit den Nahverkehrsmitteln ausgeschlossen (3), weil es geschehen sei, "daß bei überfüllten Wagen unterwegs die deutschen Volksgenossen an den weiteren Haltestellen nicht mehr mitgenommen werden konnten, während Juden sich im Wagen befanden". Der Oberbürgermeister von Gießen gestattet mit Schreiben vom 18.11. 1941, daß "mit dem Vorbehalt jederzeitigem Widerrufs" die Arbeiterin Lina Katz aus Gießen-Wieseck die ca. 5 km zu ihrer Arbeitsstätte mit der Straßenbahn fahren kann. Hin- und Rückfahrt sind genau festgelegt und "die Jüdin hat nur Anspruch auf einen Stehplatz". (4)

Vieles, was für ein erträgliches Auskommen unbedingt nötig war, wurde den Juden versagt. Vor allem wurde ihnen jede Kommunikation mit der Außenwelt, ihren Freunden und Bekannten unmöglich gemacht. Wir haben genügend Berichte von Gießenern, daß ihre jüdischen Freunde sie von sich aus auf der Straße baten, keinen Kontakt mehr mit ihnen aufzunehmen und noch nicht einmal einen Gruß auszutauschen, sie würden sich nur unnötig in Gefahr bringen (Frau Dr. Scheurer, Frau Wagner, Frau Andreae).

- 1) Siehe Reichspogromnacht, Schreiben vom 9.12.1938
- 2) Gespräch mit Herrn und Frau Christ, Gießen, am 29.12.82
- 3) StAGi Nr. 1276 "Straßenbeförderung von Juden auf den Nahverkehrsmitteln 1941/43". Dazu auch Nachrichtendienst DGT vom 20.10.41, Nr. 20 und Schreiben des Reichsverkehrsministers vom 18. November 1941
- 4) StAGi Nr. 1276, Schreiben des OB vom 18.11.41 an die Stadtwerke, Dok. 56

Rundfunkgeräte waren den Juden schon weggenommen worden. In Theater und Kinos durften sie nicht gehen, keine Restaurants betreten, nicht telefonieren, und auch die Lebensmittelrationen waren stark gekürzt. Sogar die Benutzung der städtischen Warteräume wurde ihnen untersagt. (1)

Wie wir schon erklärt haben, mußten mit der Polizeiverordnung vom 1. September 1941 auch die Juden im Reich den Stern tragen, der zuerst im Osten eingeführt worden war. So berichtete die Familie Otto Christ, daß sie zusammen mit Elsoffers in der Landgrafenstraße 8 nun Tag und Nacht für alle Kleider Judensterne nähen mußten. (2)

Die Strafen konnten sehr hart sein, wenn der Judenstern nicht getragen wurde. So wurde z.B. der angeheiratete Onkel von Helmut S. von einer Nachbarin angezeigt, als er einmal über die Straße zu einer Metzgerei lief und den Judenstern nicht trug. Er wurde abgeholt, seine Familie bekam später die Asche in der Urne geschickt. (3)

III. Familienschicksale

a) Familie Stern: die Auswanderung scheitert

Am 29. August 1982 wurde auf dem Neuen Friedhof in Gießen eine Gedenkstätte zu Ehren der Gießener Juden, die im Dritten Reich umgebracht worden waren, eingeweiht. Dabei pflanzten Josef und Sonja Stern um die Gedenkstätte mehrere Bäume. Die Erde hatten sie aus Israel mitgebracht. Die Geschwister hatten gerade noch 1936 bzw. 1937 nach Palästina auswandern können. Beide waren damals gerade etwa 15 Jahre alt. Die Eingliederung war in den meisten Fällen sehr schwierig, die meisten blieben lange mittellos. (4)

Sonja und Helmut-Josef Stern kamen ohne ihre Eltern, Julius und Kläre Stern (geb. 1890 und 1896), nach Palästina. Sonja Stern ging ins Iwdi-Heim in Jerusalem, eine religiöse Haushaltsschule. Später leitete sie dann einen Haushalt bei einer Arbeiterfamilie in Naharia. Helmut-Josef Stern lernte im Kibbuz Rodges (benannt nach einem Vorbereitungszentrum in einem Ort bei Fulda) Imkerei, Feldarbeit, Zitrusanbau, gründete schließlich den Kibbuz En-Hanaziv mit, war Fabrik- und Feldarbeiter, ging zur britischen Armee, kämpfte mit der jüdischen Brigade in Italien, wurde später Telegraphist, Soldat im Befreiungskrieg und danach Berufssoldat, schließlich noch Büroangestellter und endlich Bibliothekar an der Universität in Haifa. (5)

Die Geschwister Stern versuchten in der Zeit von 1938 - 1941 mit allen Mitteln, ihre Eltern, ihre Schwester Esther (geb. 1926) und ihre

1) StAGi Nr. 1276, Dok. 57

2) Interview Familie Christ vom 29. Dezember 1982

3) Mitteilung Helmut S. an den Tutor K. Heyne

4) Helmut-Josef Stern, Die Gießener Juden in Israel, a.a.O., S. 22f

5) Ebd., S. 23

Tante Jettchen aus Deutschland herauszubekommen. Wie das geschah, soll der Brief von Jossi Stern an Clemens Brandl verdeutlichen: "Der hauptsächlichste, sich durch die vielen Jahre der Einschränkungsverordnungen hinziehende Tenor (der Briefe): Hierbleiben unmöglich. Holt uns heraus, spannt die ganze Familie, die schon im Ausland ist, ein, um uns retten zu helfen. Einige Male auch: Papa ist von seiner Reise zurück (d.h. vom Konzentrationslager Buchenwald). Verschiedene Möglichkeiten zur Auswanderung sind erwähnt. Keine war realisierbar: Nach USA (sie hatten eine zu hohe Wartenummer, die nie dran kam), Palästina (ignorierende Einwanderungspolitik der britischen Mandatsmacht), Frankreich (mit Problemen der Flüchtlinge aus Spanien), London, Kuba. Viele Briefe wurden vom Zensor geöffnet. In keinem ist trotz der sichtlichen Verzweiflung eine konkrete Beschuldigung oder Beschreibung von Ausschreitungen. Einmal ist erwähnt, daß keine Verdienstmöglichkeit mehr besteht, und wir wissen bis heute nicht, wie und wovon die Familie (und auch die anderen) gelebt hat." (1) Aus den Berichten von Frau B., Frau Dechert u.a. konnten wir entnehmen, daß viele der Juden damals zwangsweise zu schweren Arbeiten bei geringer Entlohnung eingesetzt wurden. So finden sich auch bei einigen bei der Berufsangabe in den Listen Hilfsarbeiter (z.B. Werner Herz, Sohn des Bankiers Herz). (2) Untermauert wird diese Beobachtung durch den Bericht von Rolf Kralovitz "Hedwig Burgheim oder die Reise nach Gießen", mehrfach gesendet im Hessischen Rundfunk. Es heißt dort über die Situation in Leipzig: "Es unterrichteten nur noch wenige Lehrer, und zu ihnen gehörte Hedwig Burgheim. Sie sahen es schon als Privileg an, daß sie ihren Beruf weiter ausüben dürfen, denn fast alle anderen waren zu schwerer Zwangsarbeit verpflichtet worden. Auch ihre Schwester Martha mußte in eine Fabrik gehen und deren Sohn arbeitete nun auf dem städtischen Friedhof als Totengräber. Nur Annemie, Marthas Tochter, bekam die Genehmigung, als junge Kindergärtnerin die Kleinsten der Unterdrückten zu beaufsichtigen." (3) Gestützt wird unsere Erkenntnis weiterhin durch das Interview mit Max K. aus E. und durch das Schreiben des Kreisleiters der NSDAP Wetterau an die Stadtverwaltung Gießens vom 12.2.1941: "Alle Juden und Judenfrauen, die irgendwie arbeitsfähig sind, sollen zur Arbeit herangezogen werden. Die Stadt Berlin sucht arbeitsfähige Judenfrauen im Alter von 18 - 45 Jahren. Ich bitte, wenn solche in Gießen vorhanden sind, diese sofort zu melden." (4) Sogar öffentlich bekannte sich die Stadt Gießen in ihrem Adreßbuch von 1941 dazu: "Ende 1939 wurde mit zum Teil nichtarischen Hilfskräften der Umbau des Horst-Wessel-Walles begonnen." (5)

Claire Stern schrieb am 16.12.1938 ihrem Sohn Helmut nach Palästi-

- 1) Brief vom 20.12.82 an Clemens Brandl. Im Brief vom 26.12.82 vermutet Stern, daß sein Vater und seine Schwester als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, wahrscheinlich bei Gail.
- 2) E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 118. Den Abtransport der Familie Herz sah Frau Wagner, Interview vom 20.10.82
- 3) Rolf Kralovitz, a.a.O., S. 27/28.
- 4) StAGi Nr. 2379 "Durchführung der Nürnberger Gesetze 1941/42" und StAGi Nr. 198, Dok. 89
- 5) Adreßbuch Stadtkreis und Landkreis Gießen, Gießen 1941, S. 7

na: "... Wir sind gesund, Tante Jettchen, Esther und ich, und hoffe dieses auch vom lieben Papa, der noch nicht von seiner Reise zurück ist. Ich warte täglich. Nun haben wir unsere ganze Hoffnung auf Euch, liebe Kinder, gesetzt, daß Ihr uns verhelfen sollt zur Auswanderung. Laßt nichts **unversucht**, denn nach Amerika können wir noch nicht, da wir eine so hohe Wartenummer hatten. Lieber Helmut, schreibe schnell den Sonneborns nach Baltimore, ich füge Dir die Adresse bei. Tue es, lieber Helmut, so schnell wie möglich, ich will dieses auch an Sonja schreiben. Für Esther hat sich Tante Lili bemüht und kommt sie vielleicht mit einem Kindertransport bald fort. Lieber wäre es mir ja, wenn sie mit uns könnte. Tante Jettchen können wir doch auch nicht hierlassen ...". (1)

Als Claire Stern diesen Brief schrieb, kam gerade ihr Mann Julius aus dem Konzentrationslager Buchenwald zurück. Er fügte noch einen verzweifelten Hilferuf an. "Nun, lieber Helmut, wir können unmöglich hierbleiben und mußt Du alles tun, daß wir hier fortkommen ...". (2)

Man muß sich einmal diese Situation vorstellen: Zwei noch nicht lange in Palästina lebende junge Menschen von damals 16 und 17 Jahren sollen mittellos und ohne Beziehungen in einem fremden, unwirtlichen Land versuchen, ihre Eltern, ihre Schwester und Tante aus dem fernen Deutschland herauszubringen? So aussichtslos das Unternehmen auch schien, beide versuchten es doch.

Schon Anfang Januar 1939 schrieb Helmut Stern an Sonneborns: "... den letzten Anstoß zu diesem Schreiben gab mir der Brief meiner Mutter, den ich am heutigen Nachmittag erhielt. Beim Lesen dieses Briefes stockte mir effektiv das Herz. Ein einziger Hilferuf! Die Qualen meiner Eltern, meiner kleinen Schwester und meiner alten Tante Jettchen, berühren mich derartig tief, daß ich inständigst bittend und dringlichst an Sie den markerschütternden Schrei weitergebe: Helfen Sie! Mein Vater ist zwar am vorletzten Sabbat aus seiner mehrwöchentlichen Gefangenschaft zurückgekehrt, doch kann man diesen Umstand auch als eine Besserung der Lage bezeichnen? Aus der Schrift ersehe ich deutlich die große Aufgeregtheit und aus dem Gesamtstil und den unzusammenhängenden Worten die Verzweiflung. Und dann ist nicht zu vergessen, daß gerade Gießen schon von jeher ein Nest des Antisemitismus war, und Sie werden sich doch sicher auch des Mordes an einem unserer Familienmitglieder im nahegelegenen Langsdorf entsinnen. Zudem kommt noch das viele Schreckliche, das man täglich in den Zeitungen liest, und das Nervenerschütternde, was Flüchtlinge erzählen und das noch siebenfach Schlimmere, was sie nicht erzählen wollen ... Jedenfalls müssen diese vier teuren Menschenseelen aus dem furchtbaren Unglück gerettet werden, denn jeder Tag bringt gesteigerte Qualen mit sich. Meine Schwester Sonja und ich stehen so gut wie ohne jegliche Mittel da, und wir wenden uns an Sie mit der Bitte, für die wir kein Attribut finden: Wenn Sie helfen können, - helfen Sie." (3)

-
- 1) Claire Stern an ihren Sohn Helmut Josef in Palästina, 16.12.38
 - 2) Zusatz von Julius Stern ebd.
 - 3) Brief von Helmut Josef Stern an Sonneborns in Baltimore vom 3.1.1939

Die entfernten Verwandten in Baltimore antworteten, daß es ihnen nicht möglich sei, 1.000 Dollar aufzubringen, "da wir schon Anfragen von über 100 Verwandten und intimen Freunden von uns haben, so ist ein solcher Plan für uns ganz ausgeschlossen." (1)

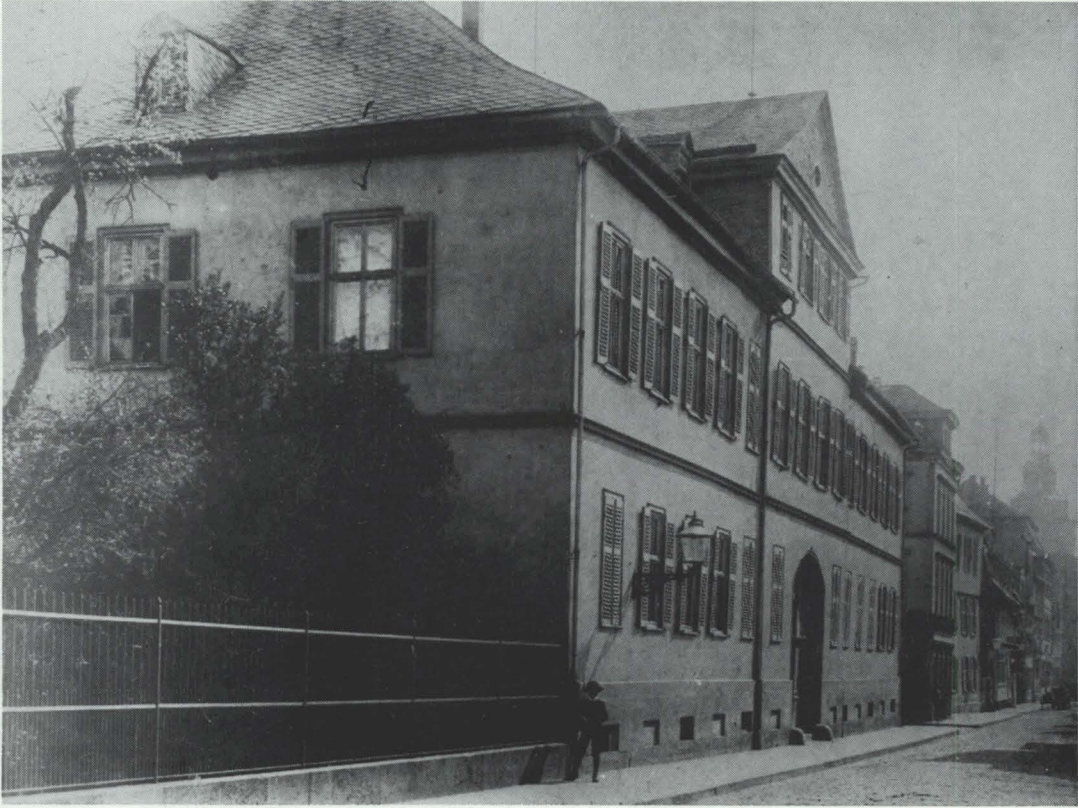
Die Hilferufe der Eltern in Gießen wurden immer verzweifelter. Sie ahnten wohl, daß bei der angespannten Lage ein Krieg möglich und dann alle Auswanderungsbemühungen hinfällig wären. Inzwischen hatte sich auch die Möglichkeit für die kleine Schwester Esther, über eine Schülereinwanderung nach Frankreich zu entkommen, zerschlagen. Dieses Land konnte wegen der vielen politischen Flüchtlinge durch den Spanischen Bürgerkrieg von 1936 - 1939 nicht noch mehr deutsche Juden aufnehmen. Man sieht also, welche bisher noch nicht genau erforschten Faktoren dazu beitrugen, daß Juden aus Deutschland schließlich nicht mehr herauskamen. (2) In den Briefen aus Gießen wird auch davon gesprochen, wie Juden in der Stadt immer mehr in wenigen Häusern konzentriert wurden. Mit Kriegsbeginn am 1.9.1939 und vor allem mit dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 wurden alle Pläne, auf die eine oder andere Weise aus Deutschland herauszukommen, zunichte. Von der Deportation ihrer Eltern und ihrer Schwester Esther haben Jossi und Sonja Stern erst nach Kriegsende erfahren. Tante Jettchen war 1940 gestorben. (3)

Jossi und Sonja Stern waren einmal (Februar 1944) glücklich, von einem Ehepaar Julius und Clara Stern zu lesen, die in Amerika eingebürgert worden waren. Sie mußten einfach annehmen, daß es sich um ihre Eltern handelte. Alles stellte sich jedoch nur als eine Namensgleichheit heraus. (4)

b) Familien werden zusammengepfertcht: Ghettohäuser

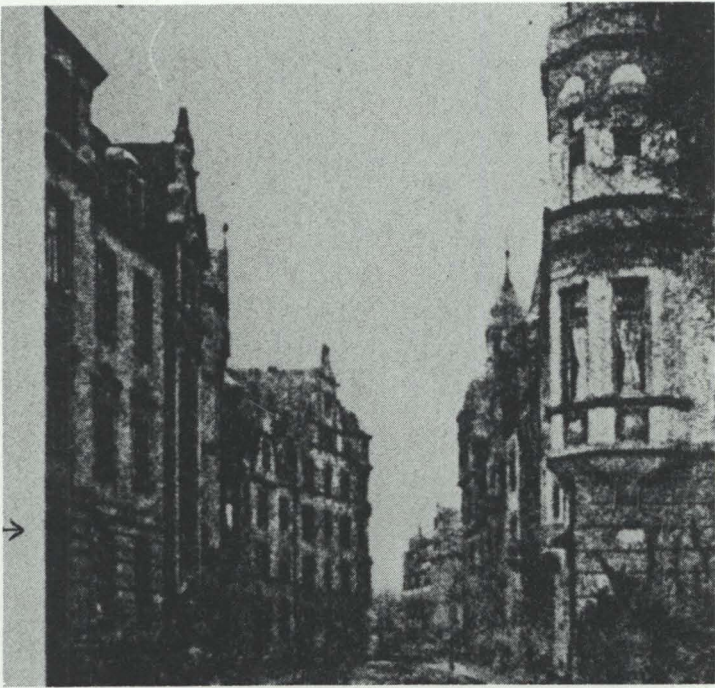
Bis zum September 1942 waren nach unseren Ermittlungen ca. 120 Juden in drei Häusern alleine konzentriert worden. Die genaue Zahl ist nicht zu ermitteln, da wir nur noch das Adreßbuch von 1941 (mit dem Stand von 1940) vorliegen hatten. Überhaupt ist interessant, daß im alphabetischen Namensregister des Adreßbuches die Namen der jüdischen Mitbürger nicht mehr auftauchen. Sie werden nur noch im Straßenverzeichnis bei den einzelnen Häusern erwähnt. In den Ortschaften der Umgebung werden sie allerdings noch im alphabetischen Verzeichnis aufgeführt. Dort gibt es aber auch keine Straßenverzeichnisse. Über die Gründe der Nichterwähnung im alphabetischen Verzeichnis des Adreßbuches kann man nur spekulieren. Ob die Endlösung schon von langer Hand her geplant war? In den Akten zum

-
- 1) Brief von Sigmund B.Sonneborn vom 10.1.39
 - 2) Brief von Josef Stern an Siegmund Sonneborn vom 24.2.1939
 - 3) E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 194
 - 4) "Aufbau" - American Jewish Weekly in German and English, 7. Febr. 1944, Brief an Josef Stern, Dok. 59



Eines der Ghettohäuser: Walltorstraße 48

(Foto: Rudolf Metzger, Gießen)



Das eine der drei Ghettohäuser: Landgrafenstraße 8



Obiges Foto aus einem Gießen-Führer von 1906
(Foto unten: Rudolf Metzger, Gießen)

Adreßbuch im Gießener Stadtarchiv konnten wir eine solche Anweisung nicht finden. Das muß aber nicht bedeuten, daß die gewaltsame Ausschaltung der Juden in Gießen nicht schon längst geplant war. Bei den drei Ghettohäusern handelte es sich um die Häuser Walltorstraße 42, Walltorstraße 48 und Landgrafenstraße 8. (1) Durch den Vergleich der verschiedenen Verzeichnisse der in Gießen wohnhaften Juden mit dem Adreßbuch konnten wir ermitteln, daß folgende Änderungen sich im Laufe der Jahre 1941/42 ergeben haben: Haus Landgrafenstraße 8: Hier wohnten 1940 ca. 11 Personen. Wenn man bedenkt, daß dieses Haus drei Stockwerke hatte und im dritten Stock nicht viel Platz war, muß man zugeben, daß die Wohnverhältnisse selbst in diesem Haus bedenklich waren. Interessant ist, daß es Herrn Otto Christ und Frau, die als einzige "Arier" noch dort wohnten, gar nicht so vorkam, als seien noch 28 Personen eingezogen. Es handelte sich im wesentlichen um die Familien Edelmuth, Goldschmidt, Kann, Rosenthal, Sonneborn, Schmidt und Stern. Der Altersdurchschnitt war in allen drei Ghettohäusern außerordentlich hoch. Am höchsten war er im Hause Walltorstraße 48. Dort praktizierte weiterhin bis zur Ausbombung der Arzt Dr. Otto Wolf. Sein Sohn, der 1927 geborene Joachim, heute in Gießen noch als Hautarzt praktizierend, gab uns eine eindrucksvolle Schilderung (2) vom Leben in diesem Ghettohaus. Ihm kam das Haus wie ein einziges großes Altersheim vor. Dieses Haus war nun besonders stark von der dauernden Einquartierung von Juden aus allen Gegenden Gießens betroffen. Während hier noch 1940 ca. 23 Personen im Vorderhaus und ca. 6 Personen im Hinterhaus, eine durchaus annehmbare Zahl, gelebt hatten, änderte sich das im Laufe der Jahre 1941/42. Es kamen noch ca. 27 weitere Personen hinzu. Es wohnten also insgesamt im Vorderhaus ca. 50 Juden in 5 Wohnungen. Es stimmen diese Angaben von Dr. Wolf mit unseren Ermittlungen überein. Dr. Wolf schilderte uns, welches "Gewimmel" im Hause geherrscht habe. Die Wohnungen wurden geteilt, in ein großes Zimmer mußten vier Familien einziehen, als Wände dienten Schränke. Es ist selbstverständlich, daß man sämtliche Geräusche aus den "Nebenwohnungen" mitbekam. Dr. Wolfs Vater ließ sich durch keinerlei Pressionen, auch nicht durch die Abqualifizierung als "Judenknecht", davon abbringen, den Juden mit Rat und Tat beizustehen. Er behandelte alle Juden als Hausarzt, aber nicht nur diese, sondern auch kriegsgefangene Russen, Franzosen und Polen in seiner Praxis. Auch Dr. Joachim Wolf ist es heute noch rätselhaft, wovon die Juden lebten. Sie durften ja nicht mehr in ihren erlernten Berufen tätig sein. Die Bessergestellten, meint Dr. Wolf, hätten von der Substanz (Verkauf von Wertsachen, Habseligkeiten) gelebt, andere habe er bei Straßenarbeiten oder im Winter beim Schneeschippen gesehen.

- 1) Eine Liste vom 9.3.42 fand sich zuletzt noch im Stadtarchiv. Darin werden noch einige andere Namen genannt. STAGi Nr. 4004 (PZ III): Dr. Bachenheimer schreibt an Heinrich Muth, welche Mieten er eingezahlt hat. Dr. Bachenheimer wurde mit Ehefrau ein halbes Jahr später deportiert, Dok. 60
- 2) Interview mit Dr. Joachim Wolf vom 14.2.83 wurde in den Text mit eingebaut

Eine drangvolle Enge herrschte auch im Haus Walltorstraße 42. Zu den ursprünglich 19 Personen mußten noch ab 1941 ca. 19 weitere Personen hinzuziehen. Aufgefallen an der "Aufstellung der am 30.1.1933 und später in Gießen und Gießen-Wieseck wohnhaft gewesenen jüdischen Personen" ist uns, daß bei etlichen älteren Personen unter der Rubrik 'neuer Wohnort' steht: Weggezogen 24.4.1942 oder 25.4.1942 nach Bad Nauheim. Durch Nachfrage konnten wir feststellen, daß es dort ein Altenheim für Juden gab, das manche Bad Nauheimer "Alten-KZ" nannten. Einige Bewohner sollen noch das Kriegsende überlebt haben. (1)

Weitere Ermittlungen stehen noch aus. Durch Dr.J.Wolf erfuhren wir auch, daß die in den Ghettohäusern lebenden Juden sich im stillgelegten kleinen Büroraum des Hinterhauses der Walltorstraße 48 des Fuhrunternehmers Sauer eine kleine Synagoge einrichteten, wo sie zu regelmäßigem Gottesdienst zusammenkamen.

c) Geflüchtete im Ausland: eine Variante der Verfolgung - die Nazis holen geflüchtete Juden ein (Familie Christ / Würzburger)

Vom Schicksal der Familie Würzburger war schon die Rede. Hier soll nun berichtet werden, wie es Irmgard Christ, geb. Würzburger ging, nachdem sie nach Amsterdam geflohen und dort ihren Freund geheiratet hatte. "Ich hatte noch zwei jüngere Schwestern, Irene und Sigrid. Meine jüngste Schwester Sigrid kam 1937 mit legalem Paß und Visum auf Besuch zu uns nach Amsterdam. Sie war gerade wieder in Gießen, als sie frühmorgens aus dem Bett geholt wurde: Es wäre etwas mit ihrem Paß nicht in Ordnung! Nach dreimonatiger Einzelhaft in Darmstadt und drei Konzentrationslagern kam sie nach zwei Jahren frei. ... Mein Vater, welcher in der Mediz. Klinik lag, mußte ins Jüd. Krankenhaus nach Darmstadt, denn auch die Kliniken mußten 'judenrein' sein. Meine Mutter und meine jüngste Schwester mußten nach Frankfurt und bekamen dort eine nicht heizbare Dachkammer. Sigrid heiratete einen Leidensgefährten aus dem KZ.

Irene, meine zweitjüngste Schwester, war inzwischen in Leipzig, wo sie in einem jüdischen Kinderheim als Directrice tätig war. Im Januar 1942 kam sie von dort aus auf Transport. Mein Vater, welcher ab Januar ständig auf ein Lebenszeichen von Irene wartete, überlebte diesen zweiten Transport nur sechs Wochen!

Den Mann verloren, die Kinder entrissen, blieb meine geliebte Mutter verlassen und zerstört in Frankfurt zurück. Ich mußte in Amsterdam allen Geschehnissen ins Auge sehen und war machtlos. Anfang März 1943 schickte man dann auch meine Mutter in den Tod!

Von den kinderlosen Mischehen in Amsterdam, wozu auch ich gehörte, mußte sich der jüdische Teil am 20. Mai 1943 in dem KZ Westerbork einfinden. Die Bemühungen meines Mannes auf dem deutschen Konsulat, die Frau eines deutschen Soldaten doch nicht ins KZ zu schicken, waren erfolglos.

1) Mitteilung von Rechtsanwalt Dr.Brücher, Bad Nauheim, vom 9.5.83

Nach einiger Zeit wurde uns dort die Möglichkeit gegeben, eine Erklärung zu unterzeichnen, daß wir bereit sind, uns 'freiwillig' sterilisieren zu lassen! Wir könnten dann mit unserer Entlassung rechnen und müßten zu Hause den Aufruf eines Krankenhauses zwecks Sterilisation abwarten. Mein Mann hatte vor meinem Weggang in Amsterdam von dieser Sache gehört; es wurde aber für ein Gerücht gehalten. Trotzdem nahm er mir das Versprechen ab, wenn es wahr sein sollte, zu unterzeichnen, mit der Begründung, er würde mich sonst nicht wiedersehen.

Wir hatten im KZ drei Tage Bedenkzeit. Ich kämpfte einen harten Kampf, doch hielt ich mich schließlich an mein Versprechen." (1)

In den Niederlanden war man übrigens mit ähnlicher Systematik gegen die Juden vorgegangen wie in Deutschland ab 1933, nur in einem noch schnelleren Tempo. Viele der Juden, die gerade vor den Verfolgungen im Reich hatten flüchten können, wurden nun im Ausland wieder eingeholt. "Nach der Statistik von 1941 wohnten in den Niederlanden insgesamt über 140 000 Juden. 15,5 v.H. davon waren Ausländer (10,3 v.H. allein jüdische Emigranten aus Deutschland)." (2) Wie in Deutschland kamen auch in Holland zuletzt die Juden in sogenannter privilegierter Mischehe dran. Da Frau Christ in einer solchen Ehe lebte, wurde sie dem Vernichtungstransport nicht zugeteilt. In seinem Bericht an den Reichsführer SS vom September 1942 schrieb Hanns Albin Rauter, Höherer SS- und Polizeiführer, Generalkommissar im Reichskommissariat Seyß-Inquart:

"Am 15. Oktober wird das Judentum in Holland für vogelfrei erklärt, d.h. es beginnt eine große Polizeiaktion, an der nicht nur deutsche und niederländische Polizeiorgane, sondern darüber hinaus der Arbeitsbereich der NSDAP, die Gliederungen der Partei, der NSB, die Wehrmacht usw. mit herangezogen werden. Jeder Jude, der irgendwo in Holland angetroffen wird, wird in die großen Judenlager eingezogen. Es kann also kein Jude, der nicht privilegiert ist, sich mehr in Holland sehen lassen. Gleichzeitig beginne ich mit Veröffentlichungen, wonach Ariern, die Juden versteckt gehalten oder Juden über die Grenze verschoben oder Ausweispapiere gefälscht haben, das Vermögen beschlagnahmt und die Täter in ein KZ überführt werden, das alles, um die Flucht der Juden, die in großem Maße eingesetzt hat, zu unterbinden." (3)

Frau Christ wurde im KZ krank und verlor auf beiden Ohren ihr Gehör. Sie wurde entlassen, als im KZ eine Epidemie ausbrach. Erst 1948 konnte sie nach einer Operation ihr Gehör auf einem Ohr wiedererlangen. Nach der Entlassung hatte sie furchtbare Angst ausgedrückt, wann der Aufruf, sich sterilisieren zu lassen, kommen würde, oder ob vielleicht noch zuletzt ein Abtransport in ein Vernichtungslager drohen könnte. Zum Glück kam dieser Aufruf nie. Dafür waren aber die Nachrichten aus Gießen bedrückend genug: beim

- 1) Brief von Irmgard Christ, geb. Würzburger, an Dr.Knauß vom 25.8.82, S. 2
- 2) Horst Lademacher, Geschichte der Niederlande, Darmstadt 1983, S. 417
- 3) Ebd., S. 420

Angriff auf Gießen am 6. Dezember 1944 waren die Eltern ihres Mannes ums Leben gekommen. Der letzte Kriegswinter brachte mit der Hungerblockade in Holland noch einmal schwere Sorgen; außerdem erwartete Frau Christ ein Kind, das im April 1945 geboren wurde. 1971 übersiedelten Christs schließlich, nach 37jähriger Emigration, aus beruflichen Gründen nach Deutschland.

d) **"Liebe Nachbarn" und eine jüdische Familie oder - wie Toni Rudolph die Wohnung genommen wurde**

1940/41 ereignete sich eine Geschichte, die so recht in die Politik der Verschärfung der Maßnahmen gegen Juden paßt und aufzeigt, wie Juden Bürger minderen Rechts geworden waren. Zugleich wird wieder einmal klar, welche Bedeutung Denunziation hat. Der Fall ist schnell berichtet, das Rankenwerk drum herum ist ausführlicher zu beschreiben: Die Stadt Gießen hatte als Vermieterin der Wohnung in Gießen, Welckerstr. 8, der dort wohnenden Frau Toni Rudolph gekündigt. Als Kündigungsgrund des Mieterschutzgesetzes wurde § 2 herangezogen: schuldhafte erhebliche Belästigung, Gefährdung des Mietraums oder des Gebäudes, Untervermietung ohne Erlaubnis. In der Begründung der Stadt liest sich das so: "Die Mieterin ist Volljüdin. Sie war mit dem Ing. Rudolph verheiratet und ist seit einiger Zeit geschieden. Aus der Ehe ist ein Kind hervorgegangen (Mischling). Da die Mieterin der Nachbarschaft gegenüber sehr häufig ein herausforderndes Wesen an den Tag legt und trotz mehrfacher Warnungen von diesem Gebahren nicht abläßt, erregt sie ein öffentliches Ärgernis. Von der Partei wird gefordert, daß sie die städtische Wohnung zu räumen habe. Auch ist die Wohnung mit 3 Zimmern für sie und ihr Kind viel zu groß. Sie vermietet an arische Untermieter, was wiederum unstatthaft ist. Diese Wohnung könnte einem deutschen Volksgenossen mit Kindern dienlicher sein. Der Kündigung vom 30.7.40 auf den 31.8.40 hat sie keine Folge geleistet." (1)
Aus dem Antwortschreiben an das Amtsgericht Gießen wird das Schicksal einer völlig allein gelassenen Frau deutlich:
"Es ist richtig, daß ich der Rasse nach Volljüdin bin, der Religion nach ev. Ich bin getauft und konfirmiert und ev. getraut. Nach 14jähriger Ehe mit dem Ing. Rudolph ist meine Ehe aus dem Alleinverschulden meines Mannes geschieden worden. Mein Junge, der im 13. Lebensjahr steht, ist mir vom Gericht zugesprochen worden und hat einen arischen Pfleger. Mein Junge besucht das hiesige Realgymnasium. Seit 1928 wohnen wir in dem städtischen Haus, Welckerstr. 8. Wir wohnten 7 bis 8 Jahre mit der Familie Lehrer H. im gleichen Hause, und es haben nie Streitigkeiten bestanden. Wenn man mir heute den Vorwurf macht, ich würde der Nachbarschaft ein herausforderndes Wesen an den Tag legen, so kann ich nur sagen, daß dies voll und ganz an den Haaren herbeigezogen ist. Heute wohnen noch Familien in der Welckerstr., die mit uns 1928 eingezogen sind. Es ist der Ing. S. und der Inspektor H. Welckerstr. 12. Ich bitte diese Leute zu fragen, ob ich mich in der mir zur Last gelegten Weise betrage.

1) StAGi 1526 "Entjudung des Grundbesitzes, Mietaufhebungsklage"

Es ist ausgeschlossen, daß es jemand gibt, der mir so einen Vorwurf machen könnte. Ich benehme mich immer anständig und korrekt. Es ist mir auch nicht bekannt, daß mich schon jemand gewarnt hätte. Man dürfte schon behaupten, daß mein Kind und ich, seitdem mein Mann uns verlassen hat, sehr traurig sind, auch in unsrer Wohnung hört man, seitdem das Schicksal uns so hart getroffen hat, weder Gesang noch Musik. Mein Junge, der erst 12 Jahre ist, leidet sehr unter diesen Verhältnissen. Meine Wohnung, die aus 3 Zimmern besteht, ist für uns nicht zu groß. Wenn mein Junge bisher auch mein Schlafzimmer teilte, so kommt doch bald die Zeit, wo dieser sein eigenes Zimmer gebraucht." Frau Rudolph schildert nun, wie sie zur Untervermietung kam, daß ihr nämlich Flüchtlinge zugewiesen worden waren und auch ein Mann bei ihr Aufnahme fand, der auf Bitte (= Befehl) des Pg. Weber nun bei ihr wohnte. Weber selbst hatte ihn nicht aufgenommen. Frau Rudolph pflegte nach ihren Angaben diesen schwerverkrankten Mann, was sie durch "dankbare Briefe" beweisen könne. Sie habe sich um eine andere Wohnung bemüht (auch in Frankfurt), habe aber keine bekommen. "... der Vater meines Kindes ist eingezogen und in Frankreich. Es dürfte ihm keine Freude bereiten, wenn sein Junge ihm schreibt, wie rücksichtslos man mit uns umgeht. Ich bitte das Gericht um Schutz, da nach den gesetzlichen Bestimmungen mein Haushalt als arisch angesehen werden muß." (1)

In Randnotizen des städtischen Beamten kommt der wahre Grund für die Kündigung heraus: "Die Kreisleitung (Pg. Weber) teilt mit, daß der Organisationsleiter Hortig, tätig bei der NS - Kreisamtsleitung, täglich von Frankfurt nach Gießen müsse, da er hier keine Wohnung finden könne. Desgleichen suche SA Sturmführer H. eine Wohnung. Er sei unzulänglich untergebracht. Es könne nicht verantwortet werden, daß Parteiführer keine Wohnung haben können, während eine Volljüdin in einem städtischen Haus untergebracht sei." (2)

Frau Rudolph wird nun erneut ihr "herausforderndes Wesen" (was ist das überhaupt?) vorgehalten und sogar ihre Freundlichkeit zu Kindern von Parteimitgliedern und daß sie den Hitlergruß anwandte, übel ausgelegt: "Dies geschieht alles, um ihre jüdische Herkunft zu leugnen." Die Konsequenz ist klar: "Die städtische Wohnung müsse einem Arier - wenn möglich einem der Obengenannten - zugesprochen werden." (3)

Bei dem Vorgehen der Partei spielt noch eine andere Person mit, die in drastischer Weise ein Schreckensgemälde von den Zuständen gab, die im Hause durch die Jüdin Rudolph verursacht worden seien. Wir haben hier wieder einen der schon üblich gewordenen Denunziationsbriefe, die anfangs (siehe z.B. 1933 Bergwerksdirektor M.) ihr Ziel noch nicht erreichten, jetzt aber voll zu wirken begannen. Eine Frau S. beschwerte sich bei der Stadt über Frau Rudolph: "Als mein Mann ... die ihm von der Stadt zugewiesene Wohnung Welckerstr. 8 I mietete, tat er es in der Meinung, durch dieses

- 1) StAGi Nr. 1526, Schreiben der Frau Rudolph vom 6. Nov. 1940 an das Amtsgericht Gießen
- 2) Notizen zur Mietaufhebungsklage v. 26. Nov. 1940
- 3) Ebd. StAGi Nr. 1526

Mietverhältnis nicht eine Hausgemeinschaft mit einem Juden bzw. einer Jüdin eingehen zu müssen.

Bedenken dieser Art sind uns von vornherein nicht gekommen, da es sich um eine städtische Wohnung handelt, und uns der Vermieter auf nichts aufmerksam machte.

Erst nachdem wir die Wohnung gemietet hatten, erfuhren wir durch die Familie des vorhergehenden Mieters, Kreisgeschäftsführer Pg. Weber, daß wir mit einer Jüdin in einem Hause wohnen.

Meines Mannes und meine Bemühungen bei der Stadt blieben erfolglos, d.h. es wurde uns immer wieder zugesagt, die Jüdin käme raus. Bei meiner letzten Erkundigung, die mir Herr Amtmann G. gestattete, erfuhr ich, daß die Räumungsklage durchgegangen sei, ich könne beruhigt sein, die Sache käme nun in Ordnung.

Und ich war auch beruhigt, denn jede Räumungsklage hat einen Termin, bis zu welchem die Räumung vor sich gegangen sein muß, dachte ich. Der Termin war fällig.

Die Jüdin ist noch immer da und mit ihr alle unangenehmen Folgererscheinungen.

In der warmen Jahreszeit verdient sie an der zweifelhaften Haltung einzelner Volksgenossen, denen sie ihre Zimmer vermietet. Die Wohnung ist ja auch groß genug dazu. Es stehen in diesem Fall einer Jüdin und ihrem Kind eine geräumige 4 Zimmerwohnung mit Bad und Mansarde zur Verfügung!

Die Jugend der Nachbarschaft beschreibt die Wohnungstüre usw. mit entsprechenden Worten und Sätzen. Ich muß mit meinem Buben dran vorbei. Unsere Besucher fragen dann gedehnt: 'Eine Jüdin wohnt hier?' Unausgesprochen bleibt: 'Wie kann man in so einem Hause mieten ...' Während der Abwesenheit der Jüdin stürmten die Jungen ihren Keller, drückten die Kellertüre ein. Oft stehen ganze Gruppen vor der Haustüre, beratschlagen und handeln. So wurde z.B. im August mit einer Metallkugel das Fensterglas der Haustüre eingeschlagen. Vor einigen Tagen forderte ich auf, das Glas in Ordnung bringen zu lassen. Dies sind einige äußerliche Unerquicklichkeiten, die man überstehen könnte, was wir auch tun, denn es bleibt uns keine andere Wahl. Um sich mit einem Juden auseinanderzusetzen zu können, fehlt eine Voraussetzung: er müßte Nichtjude sein.

Ich habe im freiwilligen Arbeitsdienst - Reichsarbeitsdienst für die weibliche Jugend, dem ich bis kurz vor meiner Ehe auch als Führerin angehörte, eine innere Haltung mir erworben und versucht, sie auch anderen mitzugeben, auf Grund der es mir unmöglich ist, mit einem Angehörigen der jüdischen Rasse unter einem Dach zu leben."

(1) Es folgt dann die "Bitte um Abhilfe" an den OB der Stadt.

Es kam zu einem Gerichtstermin am 13.11.40, bei dem die Stadt ein "erhebliches Interesse" kundtat, die Wohnung für Gefolgschaftsmitglieder oder andere Volksgenossen zu bekommen. Schon die Tatsache, daß die Jüdin in einer aus öffentlichen Mitteln erbauten Wohnung wohne, stelle eine erhebliche Belästigung für die Stadt wie für die arischen Bewohner der übrigen städtischen Wohnungen dar.

Der Richter riet zum Vergleich mit der interessanten Anmerkung, daß bei einem Urteil sowieso mit einer längeren Räumungsfrist zu

1) Frau A.S., Gießen, an den OB vom 26. Nov. 1940

rechnen sei. Bei diesem Vergleich verpflichtete sich Frau Rudolph, bis 1.4.1941 die Wohnung zu räumen. Es wurde während der Verhandlung angedeutet, "daß es nicht ausgeschlossen sei, ... Frau Rudolf eine andere Wohnung in einem jüdischen Hause zuzuweisen. Eine Verpflichtung hierzu wurde selbstverständlich nicht übernommen." (1) Mit dieser Bemerkung hatte man der Frau aber Hoffnungen gemacht, wie sich später zeigen sollte. In der Zwischenzeit konnte sie keine Wohnung finden; deshalb war nun die Vollstreckung fällig. Diese stelle, so das Amtsgericht Gießen, "eine dem gesunden Volksempfinden gröblich widersprechende Härte nicht dar." (2) Sie wurde also zwangsweise aus der Wohnung entfernt, konnte aber in Frankfurt/M. unterkommen. Dort mußte sie Miete zahlen, in Gießen auch noch, dazu war der frühere Ehemann aus der Wehrmacht ausgeschieden, und der Anspruch auf Familienunterhalt bestand nicht mehr. Geld auf der Bank war eingefroren und wurde nur unter bestimmten Bedingungen den Juden ausgezahlt. Die Gestapo in Frankfurt/M. wurde eingeschaltet, konnte aber anscheinend nur das nach Gießen weitergeben, was hier schon bekannt war: Frau Rudolph wollte zahlen, war aber im Augenblick nicht in der Lage. (3) Das weitere Schicksal konnte leider von uns nicht geklärt werden.

An der Geschichte fallen folgende Dinge auf:

1. Frau Rudolph war extrem isoliert, weil sie ja nie Glaubensjüdin war und von daher keinen Schutz erwarten konnte. Das Vorgehen gegen einen alleinstehenden Menschen, der außerhalb der "Volksgemeinschaft" gestellt ist, ist zu diesem Zeitpunkt (1940/41) viel leichter möglich, Denunziationen haben eine ganz andere Wirkung als noch 1933-35. Auch die Gerichte stellen keine Hilfe mehr dar, sonst hätte der Richter nicht einen solchen Vergleich vorgeschlagen. Wenn bei einem Urteil sowieso mit einer längeren Räumungsfrist gerechnet werden muß, was ist dann der positive Teil des Vergleichs für Frau Rudolph?
2. Auch die fadenscheinigsten Argumente gelten als Wahrheitsersatz, zweifelhafte Anschuldigungen werden akzeptiert. Dabei hatte Frau Rudolph keinerlei Anlaß für die "Unruhe" der Nachbarschaft gegeben. Die wahren Schuldigen, die all das provoziert hatten, wurden nicht vor Gericht gebracht, weil gar kein wahres Recht mehr gesucht wurde.
3. Sehr oft wird auch schon nicht mehr der Anschein von Rechtsfindung gewahrt, sondern ganz offen ausgedrückt, was man will: die Wohnung. Daß gerade Pg. Weber, der selbst keine Flüchtlinge in seiner Wohnung in der Welckerstr. aufnahm, einen aber dann der Frau Rudolph aufschwatzte, die ganze Wohnungsräumung vorantrieb (und mit seinen Machtmitteln auch vorantreiben konnte), ist der Gipfel der Perfidie. Nach Aussage der heute 82jährigen Zeugin N. aus der Welckerstr. gelang es Weber schon kurz nach dem Kriege gleich wie-

-
- 1) StAGi 1526, OB am 13. Nov. 1940, Dok. 61
 - 2) Beschluß des Amtsgerichts vom 19.3.41, StAGi 1526
 - 3) StAGi Nr. 1526, Schreiben der Gestapo Frankfurt/M. vom 21. Jan. 1942 an den OB Gießen, Dok. 62

der, bei den Vereinen Fuß zu fassen. Er wurde von der Zeugin als "Spannegickes" bezeichnet, das heißt einer, der gern seine Uniform spazieren trug und dabei genau beobachtete, was in seinem Umkreis vor sich ging.

4. Ein weiterer Unterschied zu 1933 zeigt sich in dem Denunziations-schreiben: Frau S. ist stolz auf die antijüdische Erziehung, die sie inzwischen genossen hat und die sie als ehemalige "Führerin" nun auch vertritt. Hitlers Absicht, Millionen von kleinen Führern zu ernennen, damit Abhängigkeiten, (eingebildete) Verantwortung und Treue- und Gefolgschaftsbande zu schaffen, war hier vollständig geglückt.

5. Die Berührungsängste sind gegenüber dem Anfang noch stärker geworden. Juden galten jetzt schon fast wie Aussatz, mit ihnen zu-sammenzuleben war einem deutschen Volksgenossen nicht zuzumuten. Allenfalls war ein (vorübergehender) Aufenthalt dieser Menschen mit anderen solchen Andersartigen in einem gemeinsamen Hause, mög-lichst abseits von der Volksgemeinschaft und mit wenig Kontaktmög-lichkeiten zu ihr, noch angängig. Man sieht: die einzelnen Maßnahmen der äußeren und inneren Gleichschaltung hatten seit 1933 außeror-dentlich gut gewirkt, das "gesunde Volksempfinden" war erzeugt und verlangte manchmal schon recht gebieterisch nach "Maßnahmen".

Es fällt angesichts dieser Dokumente außerordentlich schwer, daran zu glauben, daß alle nichts "davon" gewußt hätten. Doch immer noch wollen wir in Rechnung stellen, daß Massendruck, Erziehung und äußere Erfolge des Systems (gerade 1940/41) die Hirne vernebelten. Und - noch waren ja keine Massendeportationen erfolgt, gab es keine Gasöfen der Dimension von Auschwitz. Die Jüdin hatte ja auch noch ein ganz "normales" Urteil bekommen, durfte nach Frankfurt wegzie-hen und ihre Sachen mitnehmen. Wie lange noch?

IV. Die "Evakuierung" in Gießen

Die Gestapo hatte bereits vor dem 5.9.1942 der Stadtverwaltung mit-geteilt, daß sie ein "Massenquartier bereitstellen müsse". Am 5.9.1942 (1) nun nannte die Gestapo den Termin: 12.9. - 17.9.1942. Schon vorher war in einer Besprechung von städtischen Stellen, NSDAP-Leitung und Gestapo die Goetheschule in Gießen, Westanlage, dafür vorgesehen. Von den Verantwortlichen der ganzen Aktion konn-ten wir leider nur noch einen auffinden. Es handelt sich um den ehe-maligen Gestapo-Beamten Th.L. Das "Interview" mit ihm an der Haustür soll kurz wiedergegeben werden, um einen Eindruck von einem damals Verantwortlichen zu vermitteln. (2)

Frage: "Herr L., Sie haben doch als Zeuge in dem Imgartprozeß 1947 ausgesagt. Könnten Sie uns dazu etwas sagen?"

L.: "Ach wissen Sie, ich habe alles vergessen. Das ist jetzt bald 40 Jahre her, und ich bin ein alter Mann von 92 Jahren.

-
- 1) StAGi 3185a "Angelegenheiten der Juden: Aktionen gegen die Juden - Unterbringung der Juden in der Turnhalle der Goethe-schule 1938/42", jetzt in StAGi 198, hier Dok. 63
 - 2) Das Interview mit Th.L. wurde eingearbeitet. Es fand am 30.12.82 in Gießen statt

- Wenn ich im Geschäft etwas einkaufen will, habe ich schon vor dem Geschäft vergessen, was ich holen wollte. Die Zeiten damals waren ja so schlecht."
- Frage: "Aber Sie sind der noch einzig lebende Zeuge für all diese Geschichten, vor allem für den September 1942. Die anderen sind ja wohl schon alle tot? Der Wintzer?"
- L.: "Ja, ja, der war schlimm, den haben sie doch kurz nach dem Krieg aufgehängt."
- Frage: "Nein, der hat sich in der Zelle erhängt."
- L.: "So, sehr interessant. Das wußte ich nicht."
- Frage: "Und der K.?"
- L.: "Ach, der ist doch auch schon einige Zeit tot, so seit den 60ern."
- Frage: "Und der Gestapo-S.?"
- L.: "Der hat noch einige Zeit im Ostpreußenviertel gelebt, ist aber wohl auch jetzt gestorben."
- Frage: "Könnten Sie uns nicht doch noch eine Auskunft geben?"
- L.: "Ach nein, ich habe alles vergessen, ich will auch davon nichts mehr wissen."

Aber auch ohne die offensichtliche Verdrängungsmethode dieses einzigartigen Zeitzeugen konnten wir mit Hilfe des Stadtarchivs und mit vielen Einzelbeobachtungen von Zeugen das Geschehen rekonstruieren. Am Montag, den 14.9.1942, erschienen bei den jüdischen Familien, die man in wenigen Häusern zusammengepfercht hatte, Beamte der Gestapo und wiesen die Juden an, ihre Sachen zu packen. (1) Ein Rucksack und ein Koffer, dazu noch Handgepäck durften mitgenommen werden. Jede Person konnte verschiedene Silbersachen (Messer, Gabeln etc.) mitnehmen, aber diese wurden schon in Gießen konfisziert und nie mehr zurückgegeben. Auch Wertgegenstände und Geld nahm man den Juden ab. In der eidesstattlichen Erklärung des Polizeisekretärs Keiner heißt es: "Die gesamten Möbel der Juden wurden nach vorheriger Versiegelung der einzelnen Wohnungen dann später durch das zuständige Finanzamt unter einem von diesem Beauftragten versteigert. Die Versteigerung in Gießen erfolgte unter dem Auktionator Louis Altoff. Die jeweiligen Erlöse der Versteigerungen wurden dem Finanzamt zugewiesen." (2) Keiner betonte in seiner Erklärung, daß er wisse, daß er sich bei Abgabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung strafbar mache. Hat Keiner denn nicht gewußt, was Frau Christ in der Landgrafenstraße 8 bemerken konnte, nämlich, daß die Finanzamtssiegel abgemacht wurden und Personen zueinander sagten: "Das hol' ich mir heute abend!" Da die Häuser von Juden bereits geräumt waren, kann es sich hierbei eigentlich nur um Gestapo-Beamte gehandelt haben. Das würde auch zu dem Verhalten bei anderen Gelegenheiten passen (siehe z.B. das Ausräumen des Winkel-

- 1) Siehe Erlebnisbericht Dr. Adam Scheurer und Frau Dora Scheurer, geb. Mainzer, siehe StAGi Nr. 3042 und 3094. Auch abgedruckt bei E. Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 81 f. Dokument bei Dr. Knauß, Stadtarchiv Gießen
- 2) Eidesstattliche Erklärung von Karl Keiner vom 10. Mai 1961
Dok. 64

lers von Prof. Soetbeer (1)

Als die Juden abgeführt worden waren (nach Aussage von Dr. Joachim Wolf zunächst auf die Polizeiwache am Brandplatz und dann mit Bussen zur Goetheschule, nach Aussage von Christs aber sofort zum Güterbahnhof), tobten sich einige Gestapo-Leute im Haus Landgrafenstraße aus. Man kann wirklich sagen: "Sie hausten wie die Wandalen." Sie warfen die Bücher des Rechtsanwalts Elsoffer und des verstorbenen Rabbiners Sander in den Garten und verstreuten die Bettfedern dazwischen." (2)

Wie aus dem Schreiben der Gestapo nach Beendigung der Aktion zu erkennen ist, wurden nicht alle Juden deportiert, so z.B. auch nicht Frau Lina L. Eine Fehldiagnose der Nervenärztin Dr. Ida Hahn rettete ihr das Leben: "Frau L. sollte zu einem Transport nach Theresienstadt. Ich sollte sie untersuchen. Ich probierte verschiedene Reflexe durch, Frau L. war ein Nervenbündel. Ich machte auch einen Versuch mit plötzlichem Lichteinfall aufs Auge. Frau L.s Pupillen wurden, was ich selten erlebt hatte, nicht enger. Hier stimmte wortwörtlich der Spruch von den 'angstgeweiteten Augen'. Ich dachte, es stecke ein organisches Nervenleiden dahinter." (3) Auch der "Halbjude" Dr. Werner Schmidt, später Professor und Leiter des Stadtkrankenhauses Hanau, besuchte Frau L. noch öfter in ihrem kleinen Zimmer und sah einen vor Angst zitternden Menschen. Frau L. lebte in einer sogenannten privilegierten Mischehe. Ihr Mann konnte sie jedoch noch schützen, da er von seiner Firma als unabhkömmlich erklärt worden war. Herr L. sollte dann im Februar 1945 noch nach dem Harz mit der O.T. (Organisation Todt) zum Arbeitseinsatz in unterirdischen Gewölben. (4) Mit viel Glück konnte er aber in Gießen bleiben, weil die Geleise nach Frankfurt/M. bombardiert worden waren. Frau L. ist wohl einer der wenigen Ausnahmefälle, in denen "einzelne Juden aufgrund entgegenstehender Weisung von der Evakuierung nicht betroffen wurden" (Schreiben des Kriminalrats Wintzer vom 17.9.1942 an die Landräte und den Oberbürgermeister von Gießen). (5) In die Goetheschule wurden etwa 330 Personen mit Bussen transportiert, davon 141 aus Gießen und 9 aus dem nicht mehr selbständigen Wie-

- 1) Geheimtagebuch des Schriftstellers E. Geilfus, unveröffentl., im Besitz von Frau G. Wagner, Gießen,
- 2) Interview mit Familie Christ vom 29.12.82
- 3) Interview mit Frau Dr. Ida Hahn vom 20.1.83
- 4) Telefoninterview mit Herrn L. ist eingearbeitet (Dez. 82, Gießen)
- 5) Schreiben von Kriminalrat Wintzer an die Landräte in ... und den OB in Gießen vom 17.9.42 (Dok. 66 bei uns). Jetzt StAGi Nr. 198, früher StAGi Nr. 3185 a. Siehe auch Joseph Walk, Das Sonderrecht der Juden, a.a.O., S. 386 und S. 388: Evakuierung von Juden nach Theresienstadt für den Reg.bezirk Kassel und Verfügungsrecht über Judenwohnungen: "Das Verfügungsrecht über freiwerdende Judenwohnungen steht dem arischen Hauseigentümer oder dem Reich zu, wenn das Reich durch Einziehung oder Verfall Eigentümer des Hauses wurde."

seck. Die Schule war von SA-Hilfspolizisten abgeriegelt. Die zumeist sehr alten Menschen (61 % über 50 Jahre) wurden manchmal recht unsanft in die Schule getrieben. Dort waren bereits das Erdgeschoß, ein Schulsaal im ersten Obergeschoß und die Turnhalle geräumt worden. Die Schüler bekamen bis einschließlich Donnerstag, den 17.9. 1942, frei. Einige machte das neugierig. Darunter war auch A.Lauth, der mit seinem Fahrrad zur Schule fuhr und die ganze "Evakuierung" mit ansehen konnte. Weitere Zeugen des Geschehens waren Heinz Sommerkorn und Alfred S., der sich aber am Rande hielt, weil er fürchtete, als Halbjude erkannt und abgeführt zu werden, und Walter Deeg, der ebenfalls die Vorgänge beobachten konnte und uns gegenüber seiner Empörung heftigen Ausdruck verlieh: "Ich war so empört über die, die vor der Schule standen und den armen Juden noch Verwünschungen nachriefen, daß ich am liebsten in die Menge hineingehalten hätte." (1) Auch Alfred S. hörte die schlimmsten Beschimpfungen, so z.B.: "Es wurde ja Zeit, daß endlich das Krebsgeschwür ausgebrannt wird." Es hat aber auch schon damals Menschen gegeben, die die ganze Furchtbarkeit des Geschehens erkannten. Ein älterer Taxifahrer, der Alfred S. erkannte, der aber diesem nicht bekannt war, sagte: "Das wird sich noch rächen!" (2) Auch der Onkel von Frau Gustel Wagner, Herr Geilfus, beobachtete zusammen mit seiner Nichte aus etwa 50 m Entfernung in der Westanlage 49 die empörenden Vorgänge und vertraute alles seinen Tagebuchnotizen an, die bis heute nicht veröffentlicht sind: "Die letzten Juden sind gestern und heute gewaltsam aus Gießen wegtransportiert worden. Sie waren in der Goetheschule in unserer Nähe zusammengepfercht, und es war ein erschütternder Anblick für mich, eine Anzahl von Freunden darunter zu sehen, denen man Pappdeckel umgehängt hatte, auf denen Zahlen standen. Den unglücklichen Menschen wurde verboten, mehr als ganz wenig Gepäck mitzunehmen und fast gar kein Geld. Alles Eigentum und Geld war konfisziert worden. Während den letzten zwei Nächten mußten sie in den leeren Schulräumen auf Stroh schlafen. Sie wurden in Automobilen auf den Frachtbahnhof geschafft, ich war nicht imstande, das mit anzusehen, obwohl ich vom Fenster aus den Schulhof überblicken konnte. Es wurde mir gesagt, die armen Menschen würden nach Polen geschafft, die Jüngeren von ihren Eltern getrennt, und diese sobald wie möglich umgebracht. Tausende und Abertausende von Juden sollen von den SS-Leuten bereits ermordet worden sein, aber man verlangt, das deutsche Volk soll die blutrünstige Bestie anbeten, die es dem Verderben entgegenführt, und die Deutschen zum verhaßtesten Volk der Welt macht. Der alte hebräische Gott ist der Gott der Rache und die Rache wird furchtbar sein, kommen wird sie gewiß." (3)

-
- 1) und 2) Gespräch mit Walter Deeg, Dez. 1982
 Gespräch mit Alfred und Kurt S. vom 10.12.82
 Gespräch mit Heinz Sommerkorn vom 27.4.1982
 - 3) Dok. 65. Der Dichtername von Geilfus war GEORG EDWARD.
 "Den putzigen Gießener Familiennamen hat der Lyriker und spätere Professor an der Northwestern University in Evanston in USA unterschlagen und mit großherzoglicher Genehmigung in Edward umgewandelt." (Heinrich Bitsch, Gießen-Report, Gießen 1967, S. 79)

Einen Glücksfall für einen Historiker stellt folgende Zeugenbeobachtung des Alfred S. dar. Er erinnert sich, wie aus dem Eckhaus den Juden beim Abtransport am 16.9.1942 zugewinkt wurde und wie daraufhin ein Gestapo-Mann zu dem Haus marschierte. Die Bestätigung für diese Aussage bekamen wir von Frau Gustel Wagner, die noch heute in dem Eckhaus wohnt und tatsächlich einer Jüdin, die sie erkannte, zugewinkt hatte. Der Gestapo-Mann hatte aber wohl nur eine Drohgeste machen wollen. Er behelligte Frau Wagner nicht weiter. (1)

Schon in der Goetheschule wurden jüdische Männer und Frauen getrennt, ja sogar Ehepaare und Kinder. Zeugen hörten noch das Rufen und Weinen der Kinder. (2)

Frau Wagner wies im Gespräch mit uns darauf hin, was die Juden vor der Zusammenlegung in der Goetheschule schon alles in ihren engen Wohnungen mitgemacht hatten. Sie hat das gleiche auch gegenüber Rolf und Brigitte Kralovitz erläutert: "Da war'n sie dann in Zimmern, da war'n Seile gespannt und dann war da so'n Bettuch, und da war dann diese Familie und da diese Familie und daneben wieder ... zum Beispiel Barnasses, die ich ja nun sehr gut gekannt hab', die sind ziemlich spät erst aus ihrem Haus in dieses Judenhaus Walltorstraße 48 gekommen. Da ha'm wir die aber noch besucht. Ich mein', es war grausig, aber so war das nicht - sie mußten ihren Stern tragen, und die Tochter - auch Hammerschlag, vom Hermann die Frau, war 'ne geborene Barnass, und die ist ja dann in Auschwitz umgekommen ... Der Otto Hammerschlag, der war nach dem Kriege als amerikanischer Offizier hier bei uns. Er hat nach seiner Mutter geforscht und genauso nach seiner Großmutter Barnass, die also am 17. September abtransportiert worden waren, und die war nach Theresienstadt gekommen mit ihrem Sohn, der aus dem 1. Weltkrieg - der war hochdekoriert, 'n Kriegsfreiwilliger - einen Schuß hatte, der nie ganz heilte, sondern immer eiterte und mußte versorgt werden." (3) Frau Wagner berichtet nun, wie Hans Barnass, damals 49 Jahre alt, immer wieder sich in Frankfurt von einem hilfreichen Arzt 'auskratzen' ließ, weil er in Frankfurt nicht so bekannt war. Die alte Frau Barnass war damals immerhin schon 74 Jahre und mußte nun nach Theresienstadt. "Und da mußte die Frau, weil ihr Sohn ja nichts tragen konnte, das bißchen, was sie überhaupt mitnehmen konnten, hat er dann 'n Rucksack aufgehabt, und sie hat sich an so zwei Kofferchen - ach, ich seh' die - ich kann es nie vergessen. Die kamen denn da in den Vierer- oder Sechserreihen aus dem Goetheschule-Hoftor und gingen dann bei uns vorbei oben nach dem Güterbahnhof. Die wurden dann in Güterwagen verladen. Und bei uns waren mehrere gute Bekannte von den Juden, wir wußten, daß sie an dem Tag ab-

- 1) Aussage Alfred S. vom 10.12.83 und Auguste Wagner (geb. 1900), Gießen, Westanlage 49
- 2) Auguste Wagner z.B. und Ursula K., die zufällig vorbeikam
- 3) Rolf und Brigitte Kralovitz, Da war nachher nichts mehr da, a.a.O., S. 18-21



Die Goetheschule, wie sie noch 1942 erhalten war: letzte Station für 330 Juden von Gießen und Umgebung.
(Foto: Rudolf Metzger, Gießen)



Die Goetheschule heute - schräg gegenüber das Haus Westanlage 49, von dem aus Frau Wagner den Abtransport der Juden beobachten konnte.

(Foto: Stefan Dörfler)

transportiert wurden, und da hatten wir die Vorhänge wohl, die dünnen, vor, aber die Leute haben dann all 'se nochmal sehen wollen, und die haben ganz - also nicht ungeniert, aber ganz genau gewußt, daß wir all da sind. Jeder, der vorbeiging, es war grauenhaft, winkte nochmal." (1)

Die Unterkunft der Juden in der Goetheschule in den Klassenzimmern muß recht eng und unbequem gewesen sein. Arbeitskräfte hatten vorher vier Schulsäle im Erdgeschoß, einen Schulsaal im 1. Stock und die Turnhalle ausgeräumt. Die Juden mußten auf Stroh liegen, das verschiedene Bauern in der Stadt leihweise (!) lieferten und auch wieder abholten. Das Essen mußte der Gastwirt Heinrich Dechert aus der Neuen Bäume 5 kochen. (2) Es wurde mit dem städtischen Eselsfuhrwerk, das der "dicke Herbert" fuhr, in die Schule gebracht. Wir konnten die Tochter des Gastwirts, Frau Margot Dechert (heute 63 Jahre), interviewen, sie konnte sich noch an die Vorgänge erinnern, vor allem, daß ihr Vater mehr Vorräte als sonst einkaufen ging. Am Tage des Abtransports der Juden sei ihr Vater weinend nach Hause gekommen und habe erzählt, daß der allseits beliebte Metzger und Gastwirt Alfred Keßler aus dem Neuenweg 33 mit seinen Angehörigen gerade verhaftet worden war. Die an der ganzen Aktion beteiligten städtischen Stellen reichten später ihre Rechnungen ein, und die Bürokratie hat jeden Vorgang genau festgehalten. (3) Für die reibungslose Durchführung bekamen alle beteiligten Stellen noch das allerhöchste Lob von der Geheimen Staatspolizei in Darmstadt. Es war ja auch wirklich eine "Meisterleistung", die sie vollbrachten: "Der volle Einsatz aller Beteiligten gewährleistete während der Aktion reibungslose Zusammenarbeit. Ich bitte auch allen eingesetzten Kräften meinen Dank zu übermitteln." (4)

Wir hätten gerne einmal einige dieser Personen, die diese Art Dank sich verdient hatten, gesprochen, aber es war nicht mehr möglich. Der damalige Oberbürgermeister Hill, der zuständige Vertreter des Stadtbauamtes Höhn, der Leiter des Stadtschulamtes, der Rektor der Goetheschule Krausch, der zuständige Vertreter der Stadtwerke und der zuständige Vertreter des Oberbürgermeisters I. Abteilung Feyh - sie alle leben nicht mehr oder sind nicht mehr zu ermitteln. Ob sie wohl gewußt haben, was sie mit ihrer Unterschrift

- 1) Rolf und Brigitte Kralovitz, Da war nachher nichts mehr da, a.a.O., S. 21 f. Bei den genannten Personen handelt es sich um Hans Barnass, geb. 1893 in Gießen, und seine Mutter Lina Barnass, geb. Guthmann, geb. 1868, weiterhin um Otto Hammer-schlag, geb. 1916 in Gießen, der 1937 nach USA ausreisen konnte.
- 2) StAGi Nr. 198 (bzw. 3185a), siehe Dok. 63, und Interview mit Margot Dechert, Gießen, vom Februar 1983
- 3) StAGi Nr. 198 (früher 3185 a), Schreiben vom 21.9.42 (Stadtbauamt), vom 26.9.42 (Elektrizitätswerk) und 5.10.42 (OB an die Gestapo); Dok. 67
- 4) StAGi Nr. 198, Schreiben der Gestapo Darmstadt vom 8.10.42 an OB Gießen, abgedruckt bei E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung Giessens, a.a.O., Dokumententeil

bewirkten, oder war das Ganze nur eine Routineangelegenheit für sie? Konnten sie überhaupt, auch wenn sie es gewollt hätten, aus dem Behördenkreis ausbrechen?

Am 16. September 1942 wurden schließlich die etwa 330 Juden aus Gießen und Umgebung mit dem Omnibus von der Goetheschule zum Güterbahnhof transportiert. Ob der größere Teil laufen mußte, war nicht mehr zu ermitteln. Diejenigen, die in die Busse verladen wurden, behandelte man recht grob. Beim Verladen im Gießener Bahnhof bekamen die Juden gleich einen Vorgeschmack, was sie zu erwarten hatten. "Es hagelte nur so von Schimpfworten schlimmster Art, von Fußtritten und Schlägen auf Männer, Frauen und Kinder." (1) Wir nehmen als gesichert an, daß die Juden in Viehwaggons gepfercht und nach Darmstadt, dem Sammelplatz für alle Juden Hessens, transportiert wurden. Dort wurden sie nochmals durchsucht, alle Wertgegenstände wurden ihnen abgenommen. Sie mußten noch ein sehr langes Schriftstück unterschreiben, mit dem ihr gesamtes Vermögen zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen wurde. Die Namen der 151 deportierten Gießener Juden wurden eigenartigerweise nicht vom Einwohnermeldeamt, sondern in einer Liste, die der Polizeidirektor der Stadt Gießen dem Steuerbüro des Oberbürgermeisters übersandte, festgehalten. So wie die ganze Aktion verschleiern "Eva-kuierung" genannt worden war und wie ähnliche Ausdrücke aus dem Wörterbuch des Unmenschen für das Verbrechen herhalten mußten (Bereitstellung eines Massenquartiers, Aktion, Wagengestellung des E-Werks, ausgeführte Sonderfahrten etc.), so geschah es auch mit der Angabe in der Steuerliste, wann und wohin die Juden "verzogen" waren. (2) Während wir doch sicher wissen, daß alle am 16.9.1942 abtransportiert wurden, wird in der Steuerliste ein ganz anderer Eindruck zu erwecken versucht. Dort werden alle möglichen Zeitpunkte von Ende August bis 1. Dezember 1942 angegeben und solche Vermerke gemacht wie "unbekannt verzogen - ausgewandert und abgereist - ohne Angabe eines Zieles". Wir fragten uns, warum das wohl geschehen sei. Sind den Bürokraten des Todes vielleicht Zweifel an ihrem Tun gekommen? Oder wollten sie einfach der Nachwelt, die vielleicht einmal in diesen Akten blättern könnte, vorgaukeln, es habe sich um einen freiwilligen Entschluß der Juden gehandelt? Oder wagten sie nicht hinzuschreiben, was die ganze Angelegenheit in Wirklichkeit war - lang geplanter und eiskalt durchgeführter Mord? Oder handelte es sich um eine gigantische Verdrängung, d.h., daß vor Augen liegende Tatsachen nicht zur Kenntnis genommen wurden? Einer wenigstens muß in einem Schreiben zugeben, was in Wirklichkeit geschehen ist - der Bauoberinspektor Höhn. In einer nicht beachteten Aktennotiz für den Herrn Oberbürgermeister - Abtlg. I - Gießen ist zu lesen: "Nachdem die Juden nach auswärts verbracht worden sind, und von diesem Zeitpunkt ab nicht mehr feststand, ob

- 1) StAGi 3042 und 3094, Bericht Dr.Scheurer und Frau, auch bei E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 82
- 2) StAGi Nr. 198 (bzw. 3185 a), Der Polizeidirektor Abt. II (M) an OB (Steuerbüro); Dok. 68

überhaupt eine Stelle da ist, die die aufgewandten Kosten ersetzt, wurden die Arbeiten auf dem jüdischen Friedhofsteil fast vollkommen eingestellt. Es sind nur solche Arbeiten durchgeführt worden, die zum Passieren der Wege notwendig waren. Die Kosten dafür belaufen sich auf 25.- RMk. Diese Anforderung könnte der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Bezirksstelle Hessen in Darmstadt, Artilleriestraße zugeleitet werden. Ob diese Stelle noch zuständig ist, war mit Bestimmtheit nicht in Erfahrung zu bringen." (1) Ist ja auch verständlich - wer sollte nach der Endlösung überhaupt noch zuständig sein? Wem hätte man noch Kosten aufhalsen können? Um es mit dem Titel des Dokumentarberichts von Rolf und Brigitte Kralovitz auszudrücken: Da war nachher nichts mehr da ... Das heißt - eigentlich doch noch etwas: Besitz, Vermögen, Habe der Juden.

Der Gesichtspunkt, von den Juden alles auch nur einigermaßen Brauchbare zu bekommen, spielte auch bei den folgenden Anordnungen von Gestapo und Stadt eine wichtige Rolle. Gestapo-Chef Wintzer teilte dem Oberbürgermeister zunächst einmal mit, welche Wohnungen frei geworden waren: Walltorstraße 12, 42 und 48, Kirchenplatz 4, Landgrafenstraße 8, Marburger Straße 10 und Neuenweg 33. (2) Die Stadt bemühte sich nun in der folgenden Zeit, an diese sogenannten Judengrundstücke möglichst billig heranzukommen. (3) Im Jahr 1943 konnte dies auch endlich gelingen, weil durch Führererlaß "die Nutzbarmachung des jüdischen Hausbesitzes zur Gewinnung von Beamtenwohnungen und für dienstliche Zwecke befohlen wurde." (4) Zunächst ging eine Diskussion zwischen den Finanzstellen des Reiches und der Stadt Gießen los, wer welches Grundstück bekommen sollte. Lagepläne, Grundbuchauszüge, Einheitswerte, Baufluchtlinien, Ertragswerte etc. spielten eine außerordentlich wichtige Rolle. Auf die wahren Eigentümer brauchte man keine Rücksicht mehr zu nehmen. Sie waren ja zu Reichsfeinden deklariert und in Konzentrationslager abgeschoben worden. Wie einfach hatte es doch eine Gemeinde, als schließlich der Runderlaß des Reichsministers des Innern und des Reichsfinanzministers vom 29.2.1944 herauskam: "Die Angaben, die nach II Nr. 4, Buchst. a-f, des vorerwähnten RdErl. den Anträgen auf unentgeltliche Übertragung von Vermögensgegenständen an gebietliche Selbstverwaltungskörperschaften beizufügen sind, können wegfallen, wenn eine Abschrift des Grundbuchblattes oder ein Grundbuchauszug vorgelegt wird, der sich auf alle Abteilungen des Grundbuches erstreckt." (5)

-
- 1) StAGi Nr. 1885 "Unterhaltung der Wege auf dem israelit. Friedhof am Nahrungsberg Teil I", Stadtbauamt an OB vom 10. April 1943
 - 2) StAGi Nr. 198 (bzw. 3185a)
 - 3) StAGi 5148 "Verwaltung und Verwertung jüdischen Grundbesitzes durch die Stadt Gießen 1943/44", Schreiben des OB Gießen vom 4.2.44 und 8.4.44, Dok. 69-71
 - 4) StAGi 5148 "Verwaltung und Verwertung jüdischen Grundbesitzes durch die Stadt Gießen"; Oberfinanzpräsident an Reichsstatth. vom 26.10.1943; Dok. 69
 - 5) StAGi 5148 Ministerialbl. des Reichsmin. des Innern vom 10.3.1944

Bezeichnend ist die nun folgende Geschichte. Da begehrt der Oberbürgermeister der Stadt Gießen ein "Judengrundstück" am Marktplatz 6 "zum Zwecke der Altstadtanierung, teils zur unmittelbaren Niederlegung, teils als Austauschobjekt ... Die Altstadtanierung ist jedoch eine Aufgabe der Nachkriegszeit, deren Durchführung jetzt noch nicht übersehbar ist. Bebauungspläne liegen noch nicht vor. An die Lösung dieser umfangreichen Aufgabe wird erst herangetreten werden können, wenn das große Wohnungsbauprogramm der Nachkriegszeit erfüllt ist. Die Niederlegung der Altstadt Häuser wird also nicht so rasch erfolgen können." (1) Der Oberfinanzpräsident Hessen, der das am 6.4.1944 nach Gießen schrieb, muß ein Prophet gewesen sein, aber nicht in diesem Sinne, wie er sich das künftige Geschehen damals vorstellte. Genau acht Monate später, am 6.12.1944, sollte er alle seine "Sorgen" um Altstadtanierung und Wohnungsbauprogramm loswerden - der Bombenregen, der auf Gießen niederging und der anschließende Feuersturm "sanierten" die Stadt so gründlich, wie es kein städtisches Bauamt gekonnt hätte!

Nach dem Kriege, so konnten wir aus den Akten des Stadtarchivs entnehmen, bekamen die städtischen Behörden ungeheure Probleme mit der Wiedergutmachung bzw. Rückerstattung der sogenannten Judengrundstücke. Einmal griff sogar der Vertreter des amerikanischen Militärgouverneurs recht massiv ein und ordnete in barscher Form an, daß die Stadt sofort ein Verzeichnis aller ehemals jüdischen Grundstücke vorlegen solle. Der Stadt erging es nicht besser als den privaten Arisierern. Sie mußte Ausgleichszahlungen leisten. (2) Dieses ganze Kapitel ist von uns bereits an anderer Stelle ausführlich behandelt worden.

Der Leiter der jüdischen Betreuungsstelle nach dem Krieg, der Kaufmann Louis Stern, gab an, wohin die Gießener Juden schließlich verschleppt wurden. (3) Alle über 65 Jahre alten und alle Schwerkriegsbeschädigten wurden in das Konzentrationslager Theresienstadt gebracht. Alle unter 65 Jahre alten Juden kamen nach Polen, meist in Vernichtungslager. Von der letzten Gruppe hat keiner überlebt. Es wurden gerade zu dieser Zeit viele Transporte aus dem Reich und dem westlichen Ausland nach dem Osten und nach Theresienstadt zusammengestellt. Einen Eindruck hiervon gibt die Karte von Gilbert vom Oktober 1942. (4) Unterwegs starben schon einige Schwerkranke, die dem Transport nach Theresienstadt angehörten. In Gießen hatten sich noch vor dem Abtransport das Leben genommen: Elias, Franziska und Clara Hofmann. (5) Von den nach Theresienstadt verschleppten Juden kehrten 1945 nur wieder: der 82jährige Salomon Max Baer, die

-
- 1) StAGi 5148, Stellungnahme des Oberfinanzpräsidenten Hessen vom 6. April 1944 betr. Vermögen Ignaz Pfeffer
 - 2) Siehe Dok. 35, Dok. 36
 - 3) Dok. 1a
 - 4) Martin Gilbert, Endlösung - Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 130
 - 5) E.Knauf, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 195

74jährige Dina Engel, der 46jährige Metzger Ludwig Rosenbaum (1950 in USA verstorben), die 69jährige Frau des früheren Rabbiners Dr. Sander und der 68jährige Kaufmann Louis Stern. (1) Dieser stellte ja bekanntlich auch nach dem Zusammenbruch von 1945 für die amerikanische Militärregierung die Liste der verschleppten Juden zusammen. Er arbeitete in der Betreuungsstelle mit. Er wanderte 1949 nach den USA aus, wahrscheinlich, weil er die Querelen in Gießen satt hatte.

Von den nach Auschwitz transportierten Gießenern ist nur einer noch zurückgekommen: Der "Halbjude" Willi G. Er wurde später mit einem anderen Transport deportiert. Wir bemühten uns auf vielfältige Weise monatelang um ein Interview. Es war jedoch nicht möglich, da Willi G. sich psychisch nicht in der Lage fühlte und wir auch nach den Erfahrungen mit den Brüdern S. nicht weiter insistieren wollten. Herr G. erklärte unserem Interviewpartner, Margot Dechert, die ihn recht gut kennt: "Ich weiß nicht, ob ich bei meiner angeschlagenen Gesundheit ein solches Interview überleben würde. Mir kommt dann all das Grauen von Auschwitz wieder hoch. Ich habe ja schon, wenn ich die Gitterstäbe eines Kinderbettchens sah, wieder die Erinnerung an den Zaun von Auschwitz gehabt." Das "Verbrechen" von Willi G. war gewesen, als Halbjude mit einer Arierin wider das Verbot der Nürnberger Gesetze ein Kind gezeugt und damit Rassenschande begangen zu haben. Damit konnten wir leider keinen Gießener Zeitzeugen zu dem furchtbaren Geschehen in Auschwitz interviewen. Durch Vermittlung von Dr. Knauf gelang es uns, Hermann Reineck aus Münzenberg in die Schule einzuladen, wo er zunächst einen Vortrag hielt und anschließend Fragen beantwortete. Außer einigen erschütternden persönlichen Erlebnissen ist das, was Reineck berichtet, auch in der gängigen Literatur zu Auschwitz nachzulesen. (2)

Es gelang uns dann noch, den Cousin von Hans Jochanan Oppenheimer, Max K. aus E., zu interviewen. Er wurde 1943 nach Auschwitz-Monowitz verschleppt und hat dann noch alle Furchtbarkeiten improvisierter Transporte gegen Ende des Krieges miterlebt. Der Bericht über das Interview ist beigelegt. Da diese Berichte von Hermann Reineck und Max K. nicht mehr sehr viel mit Gießener Judenverfolgung zu tun haben und das Wesentliche zu diesem Thema in allen möglichen Veröffentlichungen bereits gesagt ist, ersparen wir uns weitere Aussagen.

Das Archiv des Landratsamtes ist leider bei den Bombenangriffen Ende 1944/Anfang 1945 verbrannt. Es hätte uns ausgezeichneten Aufschluß geben können über die Vorgänge im Kreisgebiet und weitere Einzelheiten zur Abschiebung der Juden offenbart. So müssen wir uns mit dem Analogieschluß helfen, d.h. wir glauben, mit Hilfe einer

- 1) E. Knauf, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 91
- 2) Siehe dazu z.B. IMT; Bd. XXX, S. 423, PS 2430. Interview mit Max K. vom 4.1.83, mit Frau Margot Dechert im Februar 1983

Verfügung der Gestapo Frankfurt, "Vorbereitung der Evakuierung von Juden", zeigen zu können, welche Personen zunächst noch nicht abgeschoben wurden. Daß dieser Analogieschluß einiges für sich hat, beweisen dann die tatsächlich noch in Gießen zurückgebliebenen jüdischen Mitbürger. Es heißt in der Verfügung:

"Am 10.6.42 ist für die Staatspolizeistelle Frankfurt ein weiterer Abtransport von Juden nach dem Osten vorgesehen. Die Verfügung erläutert die Grundsätze für die Auswahl der Juden, die für den Transport bestimmt sind; u.a.:

1. Alle Juden unter 65 Jahren mit deutscher (einschließlich polnischer und luxemburgischer) Staatsangehörigkeit sowie staatenlose Juden.

2. Ausgenommen in Mischehe lebende Juden und jüdische Ehegatten einer nicht mehr bestehenden Ehe, schwerkriegsbeschädigte Juden, gebrechliche und nicht transportfähige Juden, bestimmte jüdische Mischlinge, im Arbeitseinsatz befindliche Juden u.a. ..." (1)

Alle unter 2. genannten Gruppen bzw. Einzelpersonen hat es in Gießen-Stadt oder im Kreis gegeben. Im wesentlichen aber konzentrierte sich das nächste Angriffsziel der Nazis auf die Juden in "privilegierter Mischehe" und "Halbjuden".

1) J. Walk, Das Sonderrecht für die Juden, a.a.O., S. 369. Die Verfügung M (II B2-2976/42) ist vom 27.3.42. Wie unterschiedlich das gehandhabt wurde, zeigen andere Gestapo-Verfügungen (z.B. Hannover), die die ausländischen Juden nicht unter die Deportationen einbegriffen.

**F) DIE ÜBRIGGEBLIEBENEN:
JUDEN IN "PRIVILEGIERTEN MISCHEHEN" UND "HALBJUDEN"
1942-1945**

I. Die "privilegierten Mischehen"

Nach der Deportation vom September 1942 befanden sich außer ganz wenigen Mitbürgern, die durchschlüpfen konnten, darunter auch z.B. die W.s (1), nur noch "Halbjuden" und in deutsch-jüdischen Mischehen lebende Juden in Gießen. Aber auch diese Menschen wurden zunehmend mehr bedroht. Ein Beispiel dafür stellt die Mutter der Brüder St. dar, Mathilde St., geb. Grünewald (1882 geboren). Sie wurde im Herbst 1943 verhaftet und bis Anfang 1944 im Gießener Gerichtsgefängnis festgehalten. Bei ihr zeigt sich, daß es für jüdische Frauen in einer sogenannten privilegierten Mischehe besonders dann lebensgefährlich wurde, wenn der arische Mann gestorben war. Ihre Lage verschärfte sich noch dadurch, daß die Familie neidische Nachbarn hatte und daß Gestapo-Beamte begierig auf die guteingerichtete Neunzimmerwohnung des Bergwerksbeamten waren. Ob es allerdings richtig gewesen wäre, einfach wegzuziehen, wie die Gestapo-Leitstelle in Darmstadt geraten hatte, ist sehr fraglich. Schließlich wurde den St. ja deutlich genug von der Gestapo in Gießen vorgeführt, wer hier in dieser Stadt seinen Willen durchsetzen konnte.

Frau St. wurde dann Anfang 1944 nach Theresienstadt abtransportiert. Ihr Sohn durfte nicht einmal zum Güterbahnhof, um seiner Mutter noch zuzuwinken. Einmal bekamen die Brüder eine Karte, auf der die Mutter dringend um Essen bat. "Aber sollten wir etwas schicken nach Theresienstadt, wo wir gehört hatten, daß die SS sich alles selbst unter den Nagel reißen würde?" (2)

Auch andere Frauen aus den sogenannten privilegierten Mischehen in Gießen (weniger auf dem Lande) mußten zeitweise Verhaftungen und Gefängnis ertragen. So erging es auch z.B. Dora Scheurer (geb. 1901), die uns den Psycho-Terror ausführlich schilderte. (3) Sie wurde 1943 verhaftet und sollte für drei Wochen in der Zelle bleiben. "Bei der Frau, die mit mir in der Zelle saß, waren die drei Wochen um, und sie kam nicht heraus. Da können Sie sich mal meine Gefühle vorstellen; die Frau kam und kam nicht heraus, und ich war noch nicht einmal eine Woche da. Und was habe ich gedacht? Du kommst auch nicht raus und wenn du nicht raus kommst, wirst du abtransportiert. Ich habe dann die Tage in seelischen Nöten verbracht. Dann kam der Tag, wo ich entlassen werden sollte. Da hat

- 1) Dazu siehe den langen Kampf von Mitgliedern dieser Familie um die Anerkennung als Arier oder wenigstens als Halbjuden StAGi Nr. 5065; Dok. 72. Hier hat es verzweifelte Kämpfe mit Religionsübertritten und Wegzug von Gießen gegeben. Die Geschichte dieser Familie W. mußte einmal geschlossen untersucht und dokumentiert werden.
- 2) Interview mit Kurt und Alfred St. vom 10.12.82. Der Rat der Gestapoleitstelle Darmstadt war vielleicht eine Täuschung.
- 3) Interview mit Dr. Adam und Dora Scheurer vom 15.10.82

die Frau - die immer noch bei mir war, und später nach Auschwitz kam und dort umgekommen ist - zu mir gesagt: 'Sie kommen doch genauso wenig raus wie ich.'" Frau Scheurer ließ sich aber nicht beeindrucken, packte ihre Sachen zusammen, zog sich an und wartete. Die letzten Minuten vor ihrer Entlassung aus dem Gefängnis waren nervenzerfetzend. Der Gefängnisbeamte schloß eine Tür nach der anderen auf, kam immer näher, hätte aber immer noch woanders hingehen können. Er war auch ganz erstaunt, als er Frau Scheurer so angezogen sitzen sah. Die nächste Station der psychischen Tortur bedeutete der Gestapo-Beamte in der Neuen Bäume. Er tat zunächst unbeteiligt und fragte dann plötzlich: "Nun, wie hat es Ihnen bei uns gefallen?" Frau Scheurer war in einer gefährlichen Lage, aus der sie nur eine geschickte Antwort befreite: "Na, das ist nun so eine Frage!"

Die Diskriminierungen hörten aber auch nach der Freilassung von Frau Scheurer nicht auf. Auf der Markenausgabestelle mußten Scheurers erleben, daß sie sogar öffentlich blamiert wurden. Als der eine Beamte nicht genau wußte, ob Frau Scheurer die volle Fleischkarte zu bekommen hätte, fragte er den ranghöheren Beamten und dieser rief für jeden vernehmbar: "Jude bleibt Jude!" Später bekam dann Herr Scheurer die Fleischkarte, aber nicht ohne den Hinweis des Beamten, er wolle sich an das Ernährungsamt in Frankfurt wenden. (1) Diese kleinen Schikanen machten das Leben für eine Jüdin in der sogenannten privilegierten Mischehe außerordentlich schwer. Aber auch der arische Teil hatte viel durchzustehen. Herr Scheurer hatte ja bereits früher schon seinen Arbeitsplatz als Lehrer verloren und erst nach etlichen Bemühungen eine Stelle als Chemotechniker in Frankfurt erhalten. Es gehörte schon sehr viel Mut und seelische Stärke dazu, sich den Pressionen nicht zu beugen und sich nicht von seinem Ehepartner zu trennen. Überhaupt spielte sich das Leben für Scheurers fast nur noch zu Hause ab, selbst das Einkaufen besorgte später eine Bekannte, Frau Goldschmidt.

Ende Dezember 1943 kam dann per Einschreiben von der Gestapo die Anweisung an die Familie Goldschmidt (ebenfalls eine sogenannte privilegierte Mischehe), "daß im Hinblick auf die Zuweisungen von Wohnungen an Bombengeschädigte die Beschränkung des Wohnraumes von Mischehen geschehen solle." (2) Daher habe die Familie Goldschmidt am 15.1.1944 in die Wohnung des Mischehepaares Dr. Adam Scheurer umzuziehen. "Die polizeiliche Ummeldung ist sofort nach erfolgtem Umzug zu tätigen und das abgestempelte Umzugsformular mir zur Kontrolle vorzulegen. Der Herr Oberbürgermeister wurde von mir entsprechend in Kenntnis gesetzt. Gegen diese Anordnung ist eine Beschwerde nicht zulässig."

- 1) Selbst für die Juden, die schwere körperliche Arbeit leisteten, Nacharbeit oder ungewöhnlich lange Tagesarbeit verrichteten, sollten Lebensmittellkarten für zusätzliche Lebensmittel nur unter Beschränkungen ausgegeben werden. Siehe J.Walk, Das Sonderrecht für die Juden, a.a.O., S. 391
- 2) StAGi Nr. , Schreiben der Gestapo, Außendienststelle Gießen, Tgb. Nr. 4489/43 Kei an Daniel Goldschmidt vom 28. Dezember 1943; Dok. 73 , siehe auch Dok. 12

Zwei Dinge fallen uns an diesem Schreiben auf:

1. Die wahren Herren von Gießen werden hier ganz deutlich erkennbar. Der eigentlich zuständige Oberbürgermeister tritt gegenüber der Gestapo und ihrem Chef Wintzer in den Hintergrund.
2. Die Gestapo mischt sich sogar in Wohnungsangelegenheiten ein, wenn es um Juden geht. Das bedeutet, daß dieser Bereich von ihr vollständig beherrscht wurde. Daß noch nicht einmal eine Beschwerde zulässig war, zeigt, wie heruntergekommen der Rechtsstaat in Deutschland bereits war (zumindest gilt das für die Rechte der Juden).

Das Zusammenleben mit den Goldschmidts entwickelte sich aber trotz des unterschiedlichen Lebensmilieus der beiden Familien recht gut. Weiterhin trug die verständnisvolle Nachbarschaft der Familie Jung zu einem gedeihlichen Miteinander bei. Scheurers konnten sogar weiter, natürlich nach entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen, Auslandssender hören. So waren Scheurers immer sehr gut über die wichtigsten Ereignisse informiert und konnten das Ende kommen sehen. Bedrohlich wurde die Situation, als am 6. Dezember 1944 sehr viele Häuser in der Nachbarschaft der Scheurers zerstört wurden. "Bei unserem Haus hatte es auch Scherben gegeben und ein Haus gegenüber war völlig zerstört. Der Mann ist auch gestorben. Als wir aus dem Keller sind, war unser Haus ohne Fenster und der Fensterrahmen lag auf unseren Betten. Wenn wir im Bett gewesen wären, hätte uns der Fensterrahmen erschlagen. Wir waren jetzt obdachlos. Wir haben uns dann ein paar Kleidungsstücke zusammengepackt und sind nach Langsdorf. Als die Frau dann erfuhr, daß ich Jüdin bin, hat sie uns sozusagen rausgeworfen. Da standen wir wieder auf der Straße." (1)

Frau Scheurer entsann sich einer Freundin, die zwar parteitreu war, die aber der Familie Scheurer in vorbildlicher Weise half. "Sie hat uns sogar ihr Schlafzimmer zur Verfügung gestellt. Später hat sie auch noch andere Leute aufgenommen. Sie hatte drei Familien aufgenommen, hat uns die Betten gegeben und selber auf dem Boden geschlafen." Scheurers glaubten schon, daß sie Glück gehabt hätten und daß das Kriegsende nahe wäre. Aber am 13. Februar 1945 klingelte es an der Tür, und die Gestapo wollte Frau Scheurer abholen. (2) Herr Scheurer war nicht anwesend, er fuhr ja noch zur

- 1) Gespräch mit Frau Scheurer vom 15.10.82
- 2) StAGi, Schreiben des Reichsstatthalters in Hessen an die unterstellten Behörden vom 16.1.1945; Dok. 74. Daß nun gegen diese Gruppe etwas unternommen werden sollte, war den eingeweihten Stellen im Reichspätestens im Januar 1945 klar. So hieß es in einem FS der Gestapo Bad Kreuznach vom 10.1.45: "Alle Juden und Jüdinnen, die in Mischehen leben und arbeitsfähig sind, auch Geltungsjuden, werden zum Arbeitseinsatz nach Theresienstadt geschickt." Und drei Tage später ordnete das Reichssicherheitshauptamt an: "Alle in Mischehen lebenden arbeitsfähigen Staatsangehörigen und staatenlosen Juden (auch Geltungsjuden) sind zum geschlossenen Arbeitseinsatz in Theresienstadt zu überstellen." (Joseph Walk, Das Sonderrecht für die Juden, a.a.O., S. 406)

Arbeit nach Frankfurt. Frau Scheurer konnte die Beamten zunächst fortschicken, um ein paar Zeilen für ihren Mann zu schreiben und das Nötigste zusammenzupacken. Nach kurzer Zeit kam der Beamte wieder zurück und brachte sie zur Gestapo. "Ich habe dort erst gestanden und mich dann auf einen Stuhl gesetzt, der auch dort stand. Als ein Gestapo-Beamter vorbeikam, hat er nur gesagt: 'Aufstehen!' Ich bin dann aufgestanden, und er hat den Stuhl weggetan. Man ist da ja wirklich **nur noch ein Stückchen Mensch.**" In den Keller des Stadttheaters hatte die Gestapo noch die anderen Juden und Jüdinnen gebracht, die in sogenannten privilegierten Mischehen lebten. Es waren dies mit den Frauen aus dem Kreis Gießen insgesamt 12 Personen. Diese wurden von Beamten der "Grünen Polizei" bewacht, die sich anständig benahmen. Es gelang Frau Scheurer über Bekannte, die im Kulissenhaus wohnten, ihren Mann zu informieren. Es war sehr schwierig für ihn, zu seiner Frau zu kommen, weil die Strecke Butzbach-Gießen bombardiert war. Er mußte also die 17 km am Abend noch laufen. Er durfte zu seiner Frau und konnte unterwegs vom Theater zum Bahnhof in der Nähe bleiben. Im Zug brachte er es fertig, einen Platz neben seiner Frau zu bekommen. "So haben wir noch ein paar Worte miteinander reden können. Die anderen Leute im Abteil schauten uns alle an, weil Gestapo dabei war. Ich habe dann zu meinem Nachbarn gesagt: 'Wir sind keine Verbrecher, wir sind nur Juden.' In Bad Nauheim ist mein Mann dann ausgestiegen. Als wir in Frankfurt angekommen sind, sind wir zur Großmarkthalle gebracht worden. Dort waren alles Leute aus Mischehen. Die Halle war ziemlich stark gefüllt ..." Die in Frankfurt konzentrierten Juden wurden dann vom Güterbahnhof mit Waggons auf Umwegen nach Theresienstadt transportiert. Auf dem Transport noch gelang es Frau Scheurer, eine Karte jemand zustecken, die in Gießen auch wirklich ankam. (1)

Mit dem Atlas zur Judenverfolgung von Gilbert (2) konnten wir diese letzten Deportationen nachvollziehen. Auch Gerald Reitlinger berichtet über diesen Transport: "Anfang 1945 kamen 7.000 tschechische und deutsche Juden, die in (sogenannten) Mischehen lebten, neu im Lager an. Sie gaben Theresienstadt einen ganz veränderten Charakter, und als Paul Dunant (Anm.: Vertreter des Schweizer Roten Kreuzes) am 6. April 1945 eintraf, fand er, daß sich mehr als ein Drittel der 17.500 Lagerinsassen nicht zur jüdischen Religion bekannten ... Dies war das erste Konzentrationslager, welches Himmler als Eintrittskarte für die freie Menschheit verwenden konnte. Eichmann hatte Dunant versprochen, daß nicht ein einziger Jude aus Theresienstadt deportiert werden würde, doch am 12. April 1945 erfuhr Dunant, daß die SS die Listen, die in der Magdeburger Kaserne im Ghetto verwahrt waren, vernichtet hatte. Dies betrachtete er als Anzeichen, daß eine Massenhinrichtung in letzter Minute beabsichtigt sein könnte. Er fuhr daher nach Berlin, um von Heinrich Müller eine Zusiche-

- 1) Karte vom 17.2.45, auch mit Grüßen von Herrn Goldschmidt und Frau Glitsch, Dok. 120
- 2) Martin Gilbert, Die Endlösung, a.a.O., S. 219 und S. 235; die Karten aus Gilbert siehe S. 153

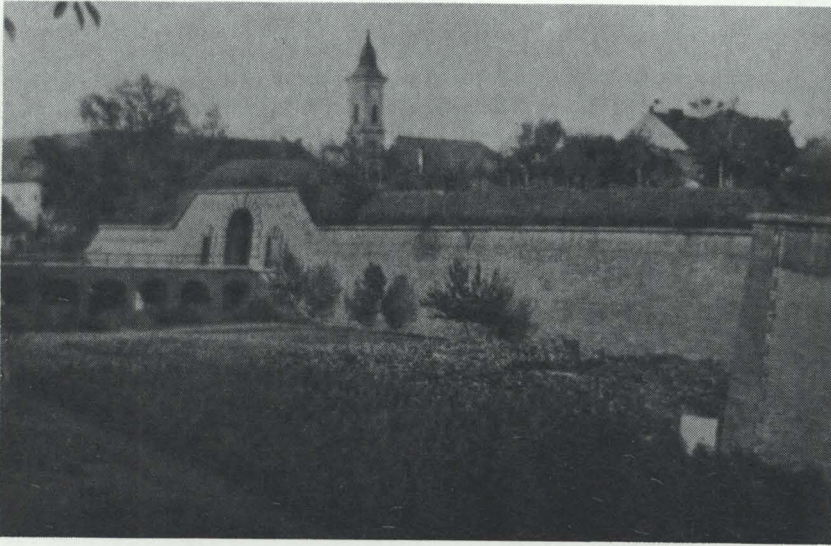
zung zu bekommen. Daraufhin kam Becher, der neue Kommissar, mit Dr.Kastner und Eichmanns Gehilfen Hünsche am 16. April 1945 nach Theresienstadt. Sie hatten das Glück, in einem Reich, dessen zusammengepreßte Grenzen jetzt die Form von Hanteln angenommen hatten, noch eine Verkehrslinie zu finden, sie hatten auch das Glück festzustellen, daß im "Musterghetto" nichts fehlgegangen war." (1)

Im Interview mit uns und ihrem Bericht für das Stadtarchiv 1973 hat Frau Scheurer angedeutet, daß ihr und manchen der von Gießen Abtransportierten die prekäre Lage, in der sie sich befanden, bewußt war. Was sie nicht wissen konnten, waren die Einzelheiten des Ränkespiels, das hinter den Kulissen ablief. Nach eidesstattlichen Aussagen von Dr.Kastner und SS-Hauptsturmführer Wicliceny beabsichtigte Eichmann schon im Februar die Liquidierung von Theresienstadt. (2) Der Wettlauf zwischen der schnell heranrückenden russischen Armee und der SS begann. Inzwischen hatte sich die materielle Lage der Häftlinge verschlechtert. Das bietet uns Gelegenheit, einmal die Lebensverhältnisse in diesem KZ nach den Berichten von Frau Scheurer, Frau Schott, Frau Feuster und Dr.Werner Schmidt, dessen Mutter Johanna Schmidt ja ebenfalls noch im Februar 1945 verschleppt worden war, zu schildern.

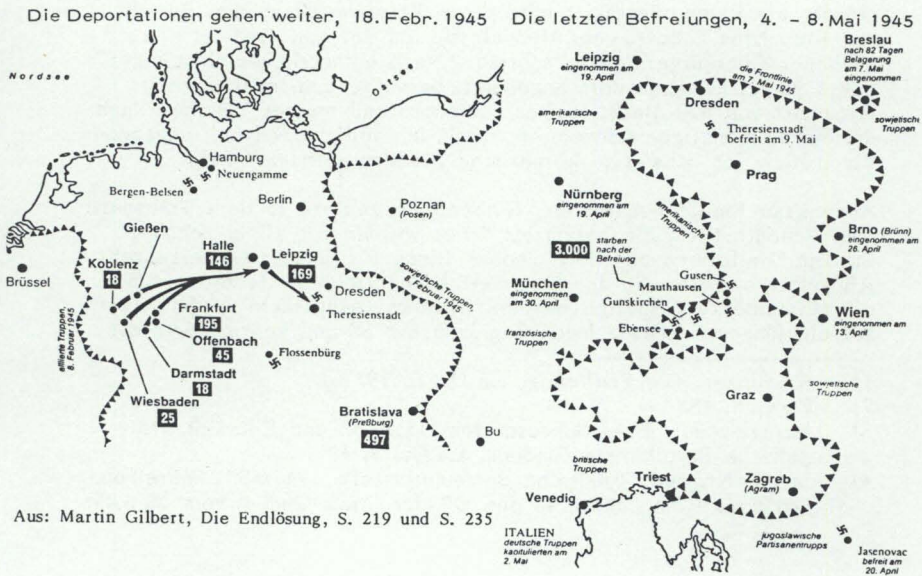
II. Das KZ Theresienstadt: letzte Station für Gießener Juden

Schon bei der berüchtigten Wannseekonferenz vom Januar 1942 hatte Heydrich den Konferenzteilnehmern erklärt, man wolle Theresienstadt zu einem Sonderghetto für Juden im Alter von über 65 Jahren und für solche machen, die im 1. Weltkrieg hohe Auszeichnungen erhalten hatten. Heydrich war ja bekanntlich im November zum Reichsprotektor von Böhmen und Mähren ernannt worden. Acht Wochen später wurde auf seinen Befehl die aus dem 18. Jahrhundert stammende Festungsstadt an den steilen Ufern der Eger für die neue Aufgabe umgewandelt. Es lebten dort ursprünglich mit der tschechischen Garnison zusammen ca. 8.000 Menschen. Nicht weniger als 87.000 wurden im Jahre 1942 in Theresienstadt zusammengepfercht. Es ist schwer vorstellbar, wie all diese Menschen untergekommen sein sollen, da ja außerdem noch zwei der zehn Kasernen und eine große Anzahl Privathäuser von der SS belegt waren. Diese hohen Zahlen wurden allerdings von der SS immer wieder heruntergedrückt, indem Tausende nach dem mysteriösen "Osten" der deutschen Amtskorrespondenz deportiert wurden. Nur wenige überlebten diese Deportationen von Theresienstadt aus. Viele Juden hatte man getäuscht, indem man ihnen ein privilegiertes Ghetto vorspiegelte, manche konnten sogar von der Gestapo überredet werden, sich einen Platz in Theresienstadt zu kaufen und sogar ihre Fahrkarten dorthin selbst zu bezahlen. "Verlassen konnte man Theresienstadt nur auf dem Wege zu den polnischen Todeslagern, den fahrbaren Gaskammern Weißrußlands

- 1) Gerald Reitlinger, Die Endlösung, 4. Aufl., Berlin 1961, S. 194, S. 536 f. Die Hantelform auf der Karte 307 bei Gilbert.
- 2) Ebd., S. 537



Aus: H.G.Adler, Theresienstadt 1941-45, 2. Aufl., Tübingen 1960, S. 110



Aus: Martin Gilbert, Die Endlösung, S. 219 und S. 235

und später den Krematorien von Auschwitz. Auf diese Weise wurde der Bevölkerungsstand bis Oktober 1944 auf 11.000 herabgesetzt." (1)

Im September 1942 waren ja auch viele der älteren Gießener Juden nach Theresienstadt verschleppt worden. Was zunächst zu sehen war, war das Achteck der Mauern von Theresienstadt, innerhalb deren es "keine SS-Wachen und keine gewalttätigen deutschen Kriminellen, die in der offiziellen Funktion eines Kapos auftraten, gab. Das war Theresienstädter Privileg, das furchtbar teuer erkauft worden war. Aber als ein 'Badeort' hatten die meisten der KZs vor dem 'Musterghetto' einiges voraus. 1942 hatten nur 62 % der Insassen, von denen die meisten den älteren Altersgruppen angehörten, eine richtige Schlafstelle. Arbeit war obligatorisch, und die Entschädigung dafür bestand in der notdürftigen Existenz. Junge Landarbeiter und Arbeiter in den Glimmerwerken bekamen mehr als die normale Verteilung von 225 Gramm Brot, 60 Gramm Kartoffeln und einer wässrigen Hafer-schleimsuppe pro Tag, einer Kost, die einen Augenzeugen hungriger ließ als die, die er in Auschwitz bekommen hatte. Aber in dem Altersheim, dem großen Dachgeschoß einer aus dem 18. Jahrhundert stammenden Kaserne, hatten die Insassen keine andere Aufgabe als zu sterben. Im September 1942 gab es dort 130 Todesfälle am Tag und die Schloten des Krematoriums rauchten ununterbrochen." (2) Das waren also die Bedingungen, unter denen viele der aus Gießen Abtransportierten 1942 und später leben mußten. Wie schon berichtet, konnten von dem Transport überhaupt nur vier Menschen aus unserer Stadt überleben. Frau Scheurer beschreibt, wie eng der Platz war, als sie mit dem Transport vom Februar 1945 in Theresienstadt ankam. (3) Die Frauen mußten zu zweit in einem Bett schlafen. Sie hatten bei der Ankunft noch vieles weggenommen bekommen, so z.B. Kleider, Wäsche, Mäntel, Medikamente. so trugen viele ihre Kleider ständig am Leibe. Bestätigt wird diese Tatsache durch den Bericht von Frau Erna Schott, geb. Mendel, die am 28. Juni 1945 an den Gießener Oberbürgermeister schrieb: "Nach entsetzlicher viertägiger Fahrt im Viehwaggon dort angelangt, beraubte man mich meiner Barschaft von 800 Mark, meines Schmucks und meiner Wäsche. Nach dreieinhalbmonatiger schwerster Arbeit bei vollkommen ungenügendem Essen habe ich schwerste körperliche Schäden erlitten." (4)

Auch Frau Emilie Feuster aus Garbenteich gehörte zu dem Transport vom Februar 1945. Sie berichtet: "Hier wurden vor allem Schuhe, Stutzen, Uniformen und noch andere Dinge für den Krieg hergestellt. Ich selber arbeitete in der Glimmerfabrik. Mit dem Messer mußten die Glimmböcke gespalten werden. Dies war hauptsächlich die Arbeit für die jüngeren Leute. Jeden Tag kam die SS und kontrollierte die

- 1) Reitlinger, Die Endlösung, a.a.O., S. 187
- 2) Ebd., S. 188
- 3) Interview mit Frau Scheurer vom 15.10.82 und E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 83 f
- 4) StAGi Nr. 5061 "Jüdische Betreuungsstelle 1945/49", Schreiben von Frau Erna Schott an den OB der Stadt Gießen vom 28.6.45;

Produktion. Wurde einmal weniger hergestellt, hatte dies einen sofortigen Essensabzug zur Folge ... Es gab keine Wasserleitungen und kein elektrisches Licht im KZ. Die meisten waren unterernährt. Die Arbeit war nicht einmal das Schlimmste. Schlimmer war es, nicht als Mensch angesehen zu werden." (1) Bei der Personalkontrolle durfte der Häftling nicht seinen Namen sagen, sondern nur seine Kennnummer. Die von Frau Scheurer war 557-XII/10, das heißt, sie war die 557. Person des zwölften Transportes, arabisch 10 bedeutete, sie gehörte zum 10. Transport mit Juden aus Mischehen. Diese Kennkarte war durch die jüdische "Selbstverwaltung" ausgestellt worden. Auch die Arbeitseinteilung erfolgte durch sie. Frau Scheurer mußte in der Waschküche außerhalb der Festungsmauern arbeiten. Die Frauen mußten um sechs Uhr morgens an einem bestimmten Tor der Festungsmauern sein und wurden dann von tschechischen Polizisten zur Arbeit geführt und nachmittags auch wieder zurückgebracht. Selbst an peinliche Sauberkeit gewöhnte Menschen hatten nach einiger Zeit in Theresienstadt unter Verlausung zu leiden. Weil die SS Seuchen befürchtete, wurden die Häftlinge von Zeit zu Zeit entwest. "Jungen und Mädchen, Männer und Frauen mußten sich in einem gemeinsamen Raum vollkommen entkleiden. Dann wurden sie von einem Arzt auf Ungeziefer, Ausschläge etc. untersucht. Wenn man Ungeziefer fand, wurden sämtliche behaarten Körperteile abrasiert; dabei mußten dieses Rasieren bei Männern Frauen vornehmen und Frauen wurden von Männern rasiert. Ferner mußten nackte junge Mädchen den nackten Männern den Körper mit Schmierseife abseifen. Ab und zu erschienen in diesem Raum auch SS-Leute und weideten sich an der Not dieser Menschen." (2)

Eines der schlimmsten Erlebnisse, das uns sowohl Frau Scheurer als auch Frau Feuster berichten konnten, war die Ankunft der Häftlinge aus den KZs Auschwitz und Buchenwald im April 1945. Über diese Geschichte ist in der Literatur über die Judenverfolgung oft geschrieben worden. Theresienstadt war eines der wenigen großen Lager neben Mauthausen, das Ende April 1945 von den alliierten Truppen noch nicht erreicht war. Viele Insassen aus anderen KZs wurden nun auf den wenigen noch verbliebenen Bahnlinien und Straßen kreuz und quer durch das unbesetzte Land gejagt. "Seit dem 20. April 1945 waren nicht weniger als 12.836 Personen, meistens Juden aus Buchenwald, Dachau, Ohrdruf, Rehnsdorf und anderen Lagern dorthin evakuiert worden. Wieviele auf dem Weg umkamen, ist unbekannt. Dunant rettete z.B. drei Zugladungen, die wochenlang auf der zerstörten Reichsbahn umhergereist waren, doch nur 1.980 von den 3.000 Passagieren, ein Fünftel davon Kinder, blieben am Leben. Die Neuankömmlinge mußten wegen der Typhusgefahr von den 21.000 Lagerinsassen isoliert werden. Unglücklicherweise wurden nur zwei Kasernenblöcke durch einen Drahtverhau als Isolierungsraum abge-

- 1) Interview mit Emilie Feuster aus Lich vom 29.10.82
- 2) Interview mit Frau Scheurer vom 15.10.82 und StAGi Nr. 3042 bzw. 3094. Ebenso E.Knauf, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 86

trennt und die Folge war, daß diese Leute die Überzeugung gewannen, daß die bevorzugten Getauften und aus Mischehen kommenden Juden aus der Tschechoslowakei und dem Reich ihre eigenen Rassenunterschiede machten." (1)

Frau Scheurer hatte die Ankunft der Juden Ende April 1945 wie folgt gesehen: "Aus Hunderten von Kehlen hörte man die Ankommenden rufen: 'Hunger, Hunger, wir haben Hunger!' Die Gier, mit der diese ausgehungerten Menschen, die teilweise nur Knochenskelette waren, ein Stück Brot aßen, das ihnen zugeworfen worden ist, ist nicht zu beschreiben. Sie waren seit vier Wochen unterwegs mit einer Verpflegung von 100 Gramm Brot pro Tag. So waren denn auch viele auf dem langen Transport in den Waggons gestorben. Die Toten lagen noch bei ihren Mitinsassen. Und als die Türen der Wagen geöffnet wurden, kam ein ganz furchtbarer Gestank aus diesen Wagen ... Viele Ankömmlinge mußten weggetragen werden, ihre Kräfte reichten nicht aus, alleine zu gehen ... Man braucht sich wirklich nicht zu wundern, daß kurz nach der Ankunft dieser Häftlinge Flecktyphus ausbrach. Eine strenge Absonderung der Erkrankten, wie sie unbedingt nötig gewesen wäre, war nicht durchführbar, ebenso fehlte die notwendige Schutzimpfung. So wuchs die Zahl der Erkrankten von Tag zu Tag mehr." (2)

Im Interview sagte uns Frau Scheurer noch, daß man sich im Lager zum Roten Kreuz melden konnte. Man durfte dann andere Gefangene pflegen. Eine Frau aus ihrem Zimmer tat das und erkrankte selber lebensgefährlich an Typhus. Sie befand sich noch im Lager, als Frau Scheurer bereits entkommen war. Somit haben wir auch die Erklärung der von Reitlinger angeführten Geschichte, daß die Neuankömmlinge isoliert werden mußten. Die SS stand der ganzen Angelegenheit hilflos gegenüber und wollte alle Insassen des KZs vergasen, obwohl das Rote Kreuz seit dem 2. Mai 1945 die Flagge über Theresienstadt hissen durfte. Im letzten Augenblick, als schon die Gasöfen angeheizt worden waren, erreichte die russische Armee das Lager und konnte bald den Flecktyphus eindämmen. Das Essen und die medizinische Versorgung verbesserten sich schlagartig.

Es ist dann schon recht abenteuerlich zugegangen, als sich ein Trupp unter der Flagge des Roten Kreuzes Ende Mai 1945 mit zwei Autos und wenig Benzin nach Theresienstadt aufmachte. Wir konnten die Mitteilung einsehen, die Dr. Scheurer, der nach einer Warnung im Februar 1945 nicht mehr an seinen Arbeitsplatz in Frankfurt zurückkehrte (3), an Frau Goldschmidt in Lollar bei Gießen schrieb. Darin heißt es:

-
- 1) Reitlinger, Die Endlösung, a.a.O., S. 537 f
 - 2) Interview mit Frau Scheurer vom 15.10.82. Auch E. Knauf, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 87
 - 3) Es hätte ihm ein ähnliches Schicksal wie den "Halbjuden" und anderen "jüdisch Versippten" gedroht - die Verschickung mit der O.T., der Organisation Todt. In einem Erlass des Reichsführers SS vom Oktober 1944 hatte es geheißen: "Alle männlichen Judenmischlinge ersten Grades, die für Arbeitseinsatz geeignet sind, scheiden aus den Unternehmungen aus und werden der Organisation Todt zum Einsatz in Abteilungen für Bauarbeiten zugeführt." (Joseph Walk, Das Sonderrecht für die Juden, a.a.O., S. 405)

S. fm, den 13. 5. 13.

Liebe Frau Goldschmidt!

Hierdurch ist Ihnen mitzuteilen, daß eine Wagenkolonne heute morgen abgefahren ist nach Theresienstadt. Auf der Fahrt ist auch Herr Dr. Werner Schmidt als Arzt mitgefahren. Es sollen alle nach Theresienstadt verschleppten Leute, also der 13 Frauen u. 14 lb. Mann, die am 13. Februar von Gießen weggekommen sind, nach hier zurückgeholt werden. Der Weg ist weit u. die Fahrt nicht einfach. Aber ich hoffe, daß im Laufe der nächsten Woche unsere Lieben wieder bei uns sein werden.

Es grüßt Sie u. Ihre Lieben bestens
 Ihr
 Goldschmidt.

Die treibenden Kräfte für die Heimholung der Gießener waren Dr. Werner Schmidt, dessen Mutter Johanna Schmidt im KZ war, Kurt B., der gerade ein paar Wochen von Buchenwald zurück war und trotz erbärmlicher körperlicher Verfassung seine Mutter Selma B. holen wollte, und Karl Fischer aus Steinbach (bei Gießen), dessen Mutter ebenfalls in Theresienstadt weilte.

Im KZ herrschte Typhus und Dr. Schmidt hätte erst eine Genehmigung der Amerikaner besorgen müssen. Da dies aber zu umständlich gewesen wäre und er die Genehmigung wahrscheinlich nicht bekommen hätte, handelte er auf eigene Faust. Die Rettungswagen fuhren ein

ganzes Stück vor das Lager. Schmidt verhandelte am nächsten Tag mit der Aufseherin und erreichte, daß die Frauen für die Feldarbeit eingeteilt wurden. Den Gießener Frauen wurde der Fluchtplan mitgeteilt. Frau Scheurer hatte sich wie die anderen auch so angezogen, als ob sie zur Feldarbeit ginge, sie wurde dann am Tor gezählt und ging so lange mit dem Trupp mit, bis die Rettungswagen zu sehen waren. "Als wir nicht mehr weit von ihnen entfernt waren, sind wir hingelaufen, so schnell wir konnten. Wir sind dann gleich losgefahren. Keiner von uns hat geglaubt, daß wir das schaffen ... Mit jedem Rad-drehen habe ich gedacht: Ein Stückchen näher der Heimat." Damit waren aber noch nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. Als die Kolonne dann an die Elbe kam, war zunächst einmal Schluß mit der Weiterfahrt. An dem einen Ufer standen die Russen, auf dem anderen Ufer die Amerikaner und die russischen Truppen ließen keine Personen mehr durch. Dem Verhandlungsgeschick von Kurt B. und einer Flasche Schnaps war es zu verdanken, daß der Konvoi als einziger zu dieser Zeit passieren konnte. (1)

Völlig erschöpft von den Strapazen im Lager und des Rücktransportes kamen die Gießener schließlich zu Hause an. In der Alicenstraße warteten die Brüder St. und hofften, daß auch ihre Mutter dabei sei, aber Dr.Schmidt mußte den beiden die traurige Nachricht überbringen, daß ihre Mutter bereits seit Ende 1944 tot war. Kann man sich die Erschütterung und den Zusammenbruch von allen Hoffnungen bei den beiden Brüdern vorstellen?

III. Die letzte Gruppe ist dran - Schicksale von Gießener "Halbjuden"

a) Franz Kirchheimer

Das Schicksal der "Halbjuden" oder - nach den Nürnberger Gesetzen - Mischlingen I. Grades war in den einzelnen deutschen Städten recht unterschiedlich. Während wir erfahren konnten, daß sie in Bad Nauheim relativ wenig Pressionen zu erdulden hatten, waren sie in Gießen meist (aber nicht immer) harten Verfolgungen ausgesetzt. Es konnte sogar passieren - und das ist wieder kennzeichnend für die Willkür und das Gegeneinander der öffentlichen Stellen im Dritten Reich -, daß das eine Familienmitglied regelrecht verfolgt, das andere aber relativ in Ruhe gelassen wurde. Nun zu einigen Einzelschicksalen:

Dr.Franz Kirchheimer konnte gerade noch Anfang Mai 1933 promovieren, ehe er im Herbst desselben Jahres nach § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums als politisch unzuverlässiger Halb Jude entlassen wurde. Er war zu dieser Zeit Assistent am Geologischen Institut. Die Familie genoß noch den Schutz des Frontkämpferparagrafen, weil der Vater im 1. Weltkrieg aktiver Sanitätsoffizier gewesen war. Franz Kirchheimer durfte wie viele Halbjuden

- 1) Interview mit Kurt B., Gießen, vom 21.12.82 und mit Frau Scheurer vom 15.10.82. Der Rettungsbericht von Dr.Schmidt erscheint in einem späteren Band der "Mitteilungen"

noch die anfänglichen Feldzüge Hitlers mitmachen und seine Knochen für "Führer, Volk und Vaterland" hinhalten. Nach dem Frankreichfeldzug von 1940 wurden alle jüdisch Versippten aus der Wehrmacht entlassen. Durch seine Tätigkeit in der Wirtschaft, er schrieb z.B. Gutachten für die Braunkohle-Industrie, konnte sich Franz Kirchheimer über Wasser halten. Viele Freunde halfen ihm auch finanziell.

Es war geschickt von Dr.Kirchheimer, sich in Gießen nicht abzumelden. So konnte er hier offiziell nicht erreicht und auch am Bodensee erst nach einiger Zeit erfaßt werden. Beinahe wäre Franz Kirchheimer noch in den letzten Kriegswochen in Gefahr geraten, als er Anfang Januar 1945 für die Organisation Todt (O.T.) dienstverpflichtet werden sollte. Das wäre bei dem vorgesehenen Einsatz in der Gegend von Wuppertal lebensgefährlich gewesen. Doch schon das Arbeitsamt Konstanz ließ in seinem Schreiben an das Laboratorium durchblicken, daß mit einigen Bemühungen noch etwas zu machen wäre. Tatsächlich wurde dann der Marschbefehl fernmündlich aufgehoben. Etwa einen Monat später sollte dann Dr.Kirchheimer nach Buchenwald. Er entzog sich aber durch eine Reise. Die Verhältnisse im Reich waren bereits derartig chaotisch, daß niemand mehr auf die Angelegenheit zurückkam, als Dr.Kirchheimer 1945 zum Volkssturm eingezogen wurde. "Die Absicht des örtlichen Werwolfführers, mich in meinem Laboratorium zu erschießen, konnte ich mit dem Hinweis auf kommende Repressalien gegen seine Familie abwenden. Er ist von einem französischen Militärgericht zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt worden." (1)

b) Die Brüder St.

Die Brüder Alfred und Kurt St., die Söhne der Mathilde St., geb. Grünewald, wurden bereits in einem anderen Zusammenhang von uns erwähnt. Sie schilderten uns, wie der Terror der Nachbarn im Krieg der Familie das Leben zur Hölle machte: "Junge Leute rissen den Vorgartenzaun auseinander und verwüsteten den Garten. Äste an der Grenze zum Nachbarn waren plötzlich abgesägt. Hühner wurden totgeworfen. Das steigerte sich soweit, daß die Mutter nicht mehr in den Luftschutzraum durfte ...

Einer der Nachbarn trieb es besonders schlimm. Er war Aufseher im Bergwerk. Er hatte einmal ein Huhn von uns am Hals und sagte: 'So werdet ihr auch noch aufgehängt.' Dann war plötzlich die Bank vor dem Haus weggeschleppt worden, der Briefträger mußte die Post vor die Haustür werfen." (2) Kurt St. machte noch alle Feldzüge bis 1941 mit und wurde dann aus der Wehrmacht entlassen. Er wurde bei verschiedenen Firmen dienstverpflichtet.

-
- 1) Dok. 76 und Telefoninterview mit Prof. Kirchheimer in Freiburg vom 13. Januar 1983
 - 2) Interview mit Kurt und Alfred St. vom 10.12.82

Die Brüder St. berichteten:

"1944 kamen wir schließlich in das KZ-ähnliche Arbeitslager Hazebrück bei Lille. Das stand in Verbindung mit der Festung Calais. Dort wurden wir oft zu den schwersten Arbeiten, z.B. Gleisbau, eingeteilt bei schlechter Verpflegung. Von Mai bis Sept. 1944 waren wir in diesem Lager, und gerettet hat uns eigentlich nur die Invasion der Amerikaner im Juni 1944. Die Schikanen im Lager waren sehr schlimm. Es gab z.B. nach harter Arbeit in der Hitze Salzheringe zu essen.

Der Fisch, den es gab, hat oft gestunken und man wurde dann magenkrank. Die Kartoffeln hatten meist schwarze Stellen. Die Nudeln waren manchmal kalt. Das Brot konnte schimmelig sein. Vor lauter Hunger hat man den größten Dreck gegessen. Tabletten gab es nicht. Wenn man in die Krankenbaracke wollte, bekam man nur sehr schwer die Erlaubnis, und es gingen auch Gerüchte um diese Behandlung um. Man hatte Angst vor Spritzen. Hygiene war schlecht, wir haben uns manchmal gegenseitig den Dreck abgerieben. Einmal kam ein SS-Führer ins Lager: 'So viele seid ihr noch? Das hätte ich nicht gedacht. So viel Essen ist nicht da.'

Das Lager war schließlich vor den anrückenden Alliierten nicht mehr zu halten, wir wurden nach Aachen transportiert im Sept. 1944, gemeinsam in einem Transport mit Degrelle-Leuten. Unser Lager war übrigens von flämischer und litauischer SS geleitet gewesen. In Aachen wollte uns die Gestapo festnehmen. Wir zeigten einem Wehrmachtsoffizier den Marschbefehl für Berlin und der sagte tatsächlich zu dem Gestapomann: 'Verschwinden Sie!' Über Leipzig kamen wir dann nach Berlin. Die Pässe mußten wir hier abgeben! Von Berlin gelangten wir schließlich nach Gießen."

Alfred St. sollte noch im März 1945 nach Wernigerode im Harz in ein Arbeitslager, das unterirdisch angelegt war: "Davor habe ich mich gedrückt, ich habe mich einfach nicht mehr gemeldet", erklärte er. Kurt St. erzählt: "Ich bekam, als wir wieder in Gießen waren, eine Aufforderung vom Arbeitsamt. Dort teilte man mich der Transportkolonne Speer als Munitionsfahrer in Berlin zu. In diesem Lager war ich etwa 2 Wochen, dann ging ich zum Arzt und erzählte ihm, was ich alles schon durchgemacht hatte. Der Arzt leitete den Bericht weiter und sorgte dafür, daß ich wieder heimkam. Auf dem Arbeitsamt in Gießen hieß es: 'Wie haben Sie das bloß fertiggebracht?' Ob die dachten, daß ich als Munitionsfahrer draufgehen würde?" Der Einmarsch der Amerikaner in Gießen Ende März 1945 beendete schließlich die Schikanen und erlöste die Brüder St.

c) Kurt B. und das Leid von Buchenwald

Die Geschichte der Schul- und Berufsausbildung wurde bereits früher wiedergegeben. (1)

1940 kehrte B., nachdem er unter anderem in Coburg und Gelsenkirchen gearbeitet hatte, nach Gießen zurück.

In Gießen angekommen, wurde er sofort zum Militär eingezogen, doch 9 Monate später wieder entlassen, obwohl der normale Wehrdienst 11 Monate länger, insgesamt 2 Jahre, dauerte.

1) Interview mit Kurt B. vom 21.12.1982

Nachdem er aus Frankreich zurückgekehrt war, mußte er sich sofort bei der Gießener Gestapo melden, von der er nun ständig überwacht wurde.

In den Jahren 1941 bis März 1942 arbeitet B. als Hofarbeiter in Lollar bei Gießen. Hier muß er schwere körperliche Arbeit verrichten, die nur schlecht entlohnt wird. Aber ihm bleibt nichts anderes übrig, denn im Geschäft seines Vaters kann er nicht mehr arbeiten, da dieser immer mehr Kunden verliert und keine Aufträge mehr bekommt, so daß er bald darauf, wie schon viele andere vor ihm, sein Geschäft schließen muß.

Dazu Herr B.: "Sie können es sich nicht vorstellen, da waren Freunde, Bekannte, die ich aus dem Geschäft meines Vaters kannte, Nachbarn, die schauten mich (meine Familie) vom einen zum anderen Tag nicht mehr an."

Ein anderes Beispiel zeigt die Situation, in der sich die jüdischen Mitbürger befanden, noch deutlicher: "Ich kann ich noch erinnern, einmal stellte ich, wie immer, mein Fahrrad mit der Pedale auf die Bordsteinkante; ich glaube, ich wollte noch etwas einkaufen gehen, als dies ein Hilfspolizist sah, der darauf sofort angerannt kam und 10 Mark von mir verlangte. Als ich ihn fragte, warum, da antwortete er nur: 'Das Abstellen des Fahrrads auf dem Bürgersteig sei verboten, ich sollte gefälligst 10 Mark bezahlen, sonst müsse ich mit auf die Polizeistation kommen. Was sollte ich machen, da stand ich nun da, und um mir weitere Unannehmlichkeiten zu ersparen, bezahlte ich die 10 Mark und fuhr nach Hause."

Fazit:

In Gießen offenbarte sich zu dieser Zeit die immer stärker werdende Feindlichkeit und Aggressivität gegenüber jüdischen Bürgern. Juden waren keine Bürger mehr, die die selben Rechte und Pflichten zugesprochen bekamen, sondern ungern gesehen "Gäste", die nur Arbeitsplätze "wegnahmen".

"Irgendwann im März 1942 wurde ich verhaftet. Eines Tages standen die Gestapo-Leute vor unserer Haustür und fragten nach mir. Als ich an die Haustüre kam, sagten sie mir, ich sei vorübergehend in Schutzhaft genommen. Schutzhaft nannte man das damals. Den Grund, warum ich verhaftet wurde, bekam ich nie gesagt, aber so schnell gab ich nicht auf. Ich habe immer und immer wieder gefragt, doch so oft ich auch nach dem "wahren Grund" (wenn es überhaupt einen gab) fragte, so oft bekam ich auch die Antwort, daß ich nur in Schutzhaft genommen sei. Den wahren Grund meiner Verhaftung vermutete ich in der Tatsache, daß meine Mutter Jüdin war, ich selbst also Halbjude gewesen bin. Nachdem ich verhaftet worden war, wurde ich in das Gießener Gefängnis eingeliefert. Dort verbrachte ich 3 Monate auf einer Zelle, die 3 mal 3 Meter groß war. Außer mir waren in diesem kleinen, erdrückenden "Raum", der nur durch ein kleines Fenster Licht erhielt, noch weitere 6-7 Gefangene untergebracht. Welche von ihnen politisch, religiös oder rassisch Verfolgte waren, das weiß ich nicht mehr genau. Es ist ebenso möglich, daß sich auch Kriminelle oder Kapos, die uns aushorchen sollten, unter uns befanden.

Frage: "Kannten Sie einige von Ihren Mitgefangenen?"

"Ja, da waren die Gs, die auch aus Gießen kamen. Der eine hieß Erich G. und der andere, der später nach Auschwitz deportiert worden ist, hieß Willi G. Sonst erinnere ich mich an keinen Mitgefangenen, den ich hätte kennen können, denn es war nicht üblich, daß in einer Zelle mehrere Verfolgte aus einer Stadt untergebracht waren; das hätte jeden moralisch gestärkt. So war die Situation die, daß keiner den anderen kannte und keiner dem anderen traute."

Frage: "Was geschah bei Ihnen zu Hause, während Sie im Gefängnis saßen?"

"Aus den Erzählungen meiner Verwandten weiß ich, daß mein Vater sofort nach meiner Verhaftung, die er selbst nicht miterlebt hatte, auf das Polizeipräsidium gegangen ist und nach dem Grund meiner Verhaftung gefragt hat. Dort gab man ihm keine Auskunft, weder über den "wahren Grund" meiner Verhaftung noch über meinen Aufenthaltsort. Ganz im Gegenteil, man legte meinem Vater nahe, daß es für ihn besser wäre, sich von seiner Frau zu trennen, da sie Jüdin sei. Es wundert mich heute noch, daß das damals geschehen konnte. Schließlich war doch mein Vater ein bekannter Geschäftsmann, den alle kannten; diese Leute hätten ihm helfen können, stattdessen mißhandelten, verspotteten auch sie ihn."

Frage: "Wo wurden Sie verhört, mißhandelte man Sie, während Sie verhört wurden?"

"Während der 3 Monate, die ich in Gießener Gestapohaft verbrachte, wurde ich ungefähr 4- bis 5mal verhört. Meistens brachte man mich vom Gefängnis aus in die "Neue Bäume" ins heutige Gasthaus "Burg-hof" in den Keller. Dort wurde ich dann von der Gestapo verhört, wobei die Gefangenen oft verprügelt wurden. Mich traf es auch ein paarmal, aber ich trug keinen großen Schaden, wie so viele andere, davon. Nach 3 Monaten wurde ich abtransportiert."

Vor der Abfahrt wurden wir untersucht. Der Gesundheitszustand mußte so sein, daß man noch haftfähig war. Nachdem ich drei Monate in Gießen im Gefängnis gesessen habe, wurde ich mit der "grünen Minna" zum Gießener Bahnhof gefahren. Als wir am Bahnhof ankamen, wurden wir sofort auf den Zug verladen und nach Kassel transportiert. Im Kasseler Zuchthaus blieb ich einen weiteren Monat; dann wurden wir wieder verladen. Dieses Mal sollte es in Richtung Buchenwald gehen; dies würde das Ende für uns bedeuten."

Auch während der Haft in Kassel wußten meine Eltern immer noch nicht, wo ich war. Mein Vater, der es immer wieder versucht hatte, herauszufinden, wo ich mich befand, war ständig gescheitert."

Meine Mutter war ebenfalls verhaftet worden. Angeblich hatte sie vergessen, auf ihre Lebensmittelkarte den Namen "Sara", den alle Jüdinnen tragen mußten, zu schreiben. Sie hatte Glück, denn sie wurde 1942 verhaftet, aber schon zehn Tage später wieder entlassen. Wäre sie nur einige Tage später entlassen worden, so wäre sie mit nach Auschwitz abtransportiert worden."

Als die Häftlinge aus Kassel mit dem Zug in Buchenwald angekommen waren, mußten sie drei Stunden, von der SS bewacht, vor dem KZ warten. Dann wurden sie auf einen Lastwagen verladen. Während des Verladens wurde den Häftlingen gedroht, man werde sie bei schlechter Führung schlagen. Viele wurden daraufhin von der SA und SS verprügelt. Schließlich war man am Eingangstor des KZs angekommen. Die Häftlinge mußten sich, zwei oder drei nebeneinander, in einer Reihe aufstellen. Herr B. stellte sich gleich in die Mitte, um keine Schläge abzubekommen, die die Aufseher verteilten. Dann wurden alle in den Waschraum geführt, wo sie sich nackt ausziehen mußten und wo ihnen die Haare abgeschnitten wurden. Die Häftlingskleidung, die sie zugeteilt bekamen, bestand aus Pantoffeln und einem Sträflingsanzug. Sie erhielten keine Unterwäsche. Die Neuankömmlinge wurden nun für vier Wochen unter Quarantäne gestellt und dann auf verschiedene Baracken verteilt.

Die Baracken waren meist 50 m lange Pferdeställe mit einem langen Gang in der Mitte. Rechts und links von diesem standen Drei-Etagen-Betten. "Wie in einer Sardinenbüchse mußten wir hier schlafen. Überall gab es Flöhe und Läuse. Die Baracken wurden zwar alle zwei Tage geputzt; das nutzte aber nichts gegen das Ungeziefer.

Die Häuser der SS standen außerhalb des Lagers. Dort waren viele Häftlinge z.B. als Köche oder Putzfrauen beschäftigt. Die Schutzvorrichtungen waren so perfekt, daß nur wenige Lagerinsassen einen Fluchtversuch unternahmen. Einige liefen dabei in den Stacheldraht, der das Lager umgrenzte, weil sie die Torturen nicht mehr aushielten."

Es gab so gut wie keine Entlassungen. Nur "manchmal wurden Bibelforscher entlassen; das waren die einzigen wirklich standhaften Menschen." Viele Akten von Häftlingen wurden mit den Buchstaben "RU" versehen, so auch die von Kurt B. RU hieß 'Rückkehr unerwünscht'.

Es war im Grunde die verschleierte Aufforderung zum Mord.

Die Häftlinge mußten morgens um fünf Uhr aufstehen, im Winter um sechs Uhr. Es folgte der Appell, der, wenn ein Häftling fehlte, in ein stundenlanges Stehen vor den Blocks ausartete. Manche fielen während des Appells tot um.

Dann rückten die Arbeitskommandos aus, unterteilt in Holzfäller, Kabelleger, Straßenbauer u.a.m. "Mit der Zeit stumpften wir immer mehr ab." Eine Charakterdeformation war selbstverständlich. Eine Rechtsprechung gab es nicht, und auf Recht und Unrecht wurde nicht geachtet.

Die Häftlinge mußten im Laufschrift arbeiten, und ihnen standen keine Maschinen oder sonstige Hilfsmittel zur Verfügung. Der lange Arbeitstag war um sechs Uhr abends zu Ende. Die Häftlinge gingen in ihre Baracken zurück, und der Blockälteste holte die Kübel mit dem Essen aus der Küche. Die Mahlzeit bestand fast immer aus Wasser mit Blättern, seltener gab es Kartoffeln, die dann aber meist faul und verschimmelt waren. Es gab täglich 100-150 g Brot für jeden, sonntags bekamen die Häftlinge 200 g. Außerdem gab es ein Stück Margarine und manchmal sogar ein Stück Leberwurst.

1944 bekam jeder Häftling pro Tag drei Zigaretten.

Bewacht wurden die Gefangenen von der SS. "Es gab anständige und brutale SS-Männer." Die Häftlinge mußten die SS-Aufseher grüßen,

durften ihnen dabei aber nicht ins Gesicht sehen. Taten sie es doch, wurden sie verprügelt. Für die SS war es leicht, bei dieser "Be-grüßung" den Gefangenen ein Bein zu stellen.

Doch nicht nur unter den KZ-Insassen und den Aufsehern, sondern auch unter den Häftlingen bildete sich eine Hierarchie.

Die Kommunisten bildeten die Mehrheit; sie machten die Politik. Die Kapos konnten, wenn sie sich in einflußreicher Stellung befanden, mehr Nahrung beschaffen. Sie waren in einer solchen Stellung aber auch besonders gefährdet, da sie der SS sehr nahe standen. Sie er-fuhren so oft von deren Plänen. Kollegenmißhandlungen waren deshalb keine Seltenheit.

"Wer nicht ein bißchen auf sich selbst achtete, wurde selbst so wie die da draußen."

B. lernte in Buchenwald einen Frankfurter Häftling kennen, was er als Glück für sich empfand.

Man versetzte B. aber schließlich für ein halbes Jahr in den Steinbruch. Die Arbeit dort war sehr hart, und dabei bekam man auch noch wenig zu essen. Das einzig Gute an der Verlegung war, daß B. dort den Häftling Lenz aus Wieseck bei Gießen kennenlernte. Nach diesem halben Jahr Schwerarbeit im Steinbruch wurde B. zurück in den Block verlegt. Er wurde Blockschreiber und fühlte sich gleich besser, weil die harte körperliche Arbeit ein Ende hatte. Die Nah-rung allerdings war zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Der Block, in dem er arbeitete, war ein Durchgangsblock für Neuan-kömmlinge. Er hatte dort ein Zimmer zusammen mit sechs weiteren Häftlingen. Dort befanden sich auch die Häftlingskarteikarten. Eugen Kogon aus dem Block 48 arbeitete in einem medizinischen Block (Vi-rusforschung) als Assistent; er fütterte dort die Tiere. Die gleiche Arbeit verrichtete Jakob Müller.

Als B. verhaftet worden war, hatte die Gestapo sein Sparbuch mit 800 Mark und seine Kleider konfisziert. Das Deutsche Reich brauchte Kleidung für seine Soldaten.

Während seiner Inhaftierung hatte B.s Vater 32 Briefe an seinen Sohn geschrieben; keiner hat ihn erreicht.

Nach seiner "Entlassung" kehrte er nach Hause zurück und holte seine Mutter aus dem KZ Theresienstadt. (1)

d) Max, Hermann und Ernst Ludwig W.

Ständige Querelen mit den Behörden hatte die Familie W. aus Gießen auszustehen. Es ging dabei um die Frage, ob die Brüder Max (geb. 1882), Hermann (geb. 1880) und Ernst Ludwig W. (geb. 1884) nach den Nürnberger Gesetzen als Volljuden zu betrachten waren und damit schlimmste Verfolgungen erlitten hätten. Nach einer langen Auseinandersetzung entschied schließlich die Außenstelle Gießen der Geheimen Staatspolizei, "daß Max W. Mischling I. Grades (Halbjude) ist". Damit waren auch seine Brüder Hermann und Ernst Ludwig zu-nächst einmal gerettet. Wir hatten leider nicht mehr die nötige Zeit, um das Schicksal dieser weitverzweigten alten Gießener Familie in der Zeit des Nationalsozialismus aufzuklären. Wir wissen aber von einer Tochter des Ernst Ludwig W., daß einige der Familienmitglieder noch erheblichen Pressionen ausgesetzt waren. Viele Mitglieder der Familie W. überlebten jedenfalls das Ende des 2. Weltkrieges.

1) Ausweis von Kurt B. vom 12.5.45, Dok. 77 und Dok. 78

Als Gründe erscheinen uns plausibel, daß einige Mitglieder der Familie W. wegen des ständigen Ortswechsels sich der Gestapo entziehen konnten. (1)

e) Franz Soetbeer

Er ist am 6.1.1870 in Altona geboren und wurde nach seinem Studium und Habilitation 1904 Oberarzt der medizinischen Klinik der Universität Greifswald. Ein Jahr später ging er als Privatdozent an die medizinische Klinik in Gießen, wo er bald als Oberarzt wirkte und 1908 zum a.o. Professor ernannt wurde. Im Zuge der Durchführung des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" wurde ihm am 20.7.1933 die Lehrbefugnis entzogen, weil er jüdischer Abstammung war. Soetbeer blieb in Gießen und arbeitete am Katholischen Schwesternhaus. 1936 wurde ihm sogar die Führung des Professorentitels untersagt. Er wurde ständig beobachtet und hatte unter kleinlichen Schikanen zu leiden. Nach der Aussage der bekannten Gießener Nervenärztin Dr. Ida Hahn wurde er auch mit einer solchen lächerlichen Begründung im März 1943 verhaftet. Die Gestapo behauptete, eine Patientenfamilie hätte ihm eine Gans ins Haus gebracht und er hätte diese nach den damaligen Bestimmungen nicht annehmen dürfen. Er soll sich angeblich in Gestapo-Haft erhängt haben. Auf die Frage, ob das stimme, antwortete uns Frau Dr. Hahn: "Das weiß ich nicht. Aber Sie wissen ja, wie weit man einen Menschen unter Haftbedingungen treiben kann." (3) Und in der Neuen Bäume 23 ging es im Verhör-Keller nicht zimperlich zu!

Zweifel an dem Selbstmord wurden von mehreren älteren Gießenern, die wir sprachen, geäußert. Auch im geheimen Tagebuch von Eduard Geilfus, Dichtername Georg Edward, findet sich ein entsprechender Hinweis.

"1943: 26. März (Fr) - Prof. Soetbeer ist von der Geheimen Staatspolizei verhaftet worden. Irgendwie soll er jüdische Vorfahren gehabt haben. Er ist von einem Naziweib namens Mersch, die im Hause über ihm wohnte, denunziert worden. Ich habe ihn noch kürzlich besucht, als ich ihm einen Brief von Werner Bock zu bringen hatte.

1943. 27. März (Sa) - Prof. Soetbeer soll sich in seiner Zelle im Gefängnis erhängt haben. Wahrscheinlicher ist es, daß ihn die nationalsozialistischen Schergen umgebracht haben. Als ich gestern morgen an seinem Haus vorüberging, stand davor ein Wagen, der mit Weinen, Champagner und anderen Likören beladen wurde. Die Kreisleiter, Gauleiter und anderen Halunken haben für so etwas immer viel Verständnis bewiesen." (4)

-
- 1) Dazu auch das Interview mit Walter Deeg vom Dez. 82
 - 2) Siehe Aeskulap & Hakenkreuz, a.a.O., S. 49 und O.T. vom 10. Febr. 1938
 - 3) Interview mit Dr. Ida Hahn vom 20.1.83
 - 4) Dok. 65

In dem Buch von Erwin Knauß (1) wird angedeutet, daß Prof. Soetbeer wegen der Tatsache, daß er im 2. Weltkrieg Kreisen des Inneren Widerstandes angehört hatte, in Gestapo-Haft geraten sei. Diese Frage wird wahrscheinlich nicht mehr zu klären sein, denn die Sekretärin von Prof. Soetbeer, Lucie Jung, ist im Sommer 1982 verstorben. Eine Mitbewohnerin von ihr in der Glaubrechtstraße erklärte, daß Frau Jung ebenfalls zur Gestapo geladen worden war, weil man annahm, sie habe Prof. Soetbeer beeinflusst. Die Schwester von Frau Jung lebt heute im Heim in Gießen und ist leider nicht mehr in der Lage, eine exakte Auskunft zu geben.

f) Werner Schmidt

Prof.Dr.Werner Schmidt, geboren 1913, langjähriger Leiter des Hanner Stadtkrankenhauses, konnte uns leider nur einige Andeutungen über sein Schicksal machen (2), da er ein Buch über Theresienstadt bereits bei einem Verlag untergebracht hat und wegen der Verlagsrechte keine Vorabveröffentlichung möglich ist.

Er beschrieb allerdings recht gut, wie es ihm als "Halbjuden" in seinem Freundeskreis erging. Der Zufall wollte es, daß er kurz, bevor er uns telefonisch Angaben machte, mit den letzten überlebenden Mitschülern das 50jährige Abiturjubiläum an unserer Schule gefeiert und eine sehr kritische Rede gehalten hatte.

Als er mit seinen Abiturskollegen das Studium aufnahm und einige sich dem Nationalsozialismus zuwandten, kam er sich plötzlich wie ein Aussätziger vor. Er wurde geschnitten und nicht einmal eines Blickes gewürdigt. Auch im Studium wurden ihm erhebliche Schwierigkeiten bereitet, besonders aber bei der Promotion.

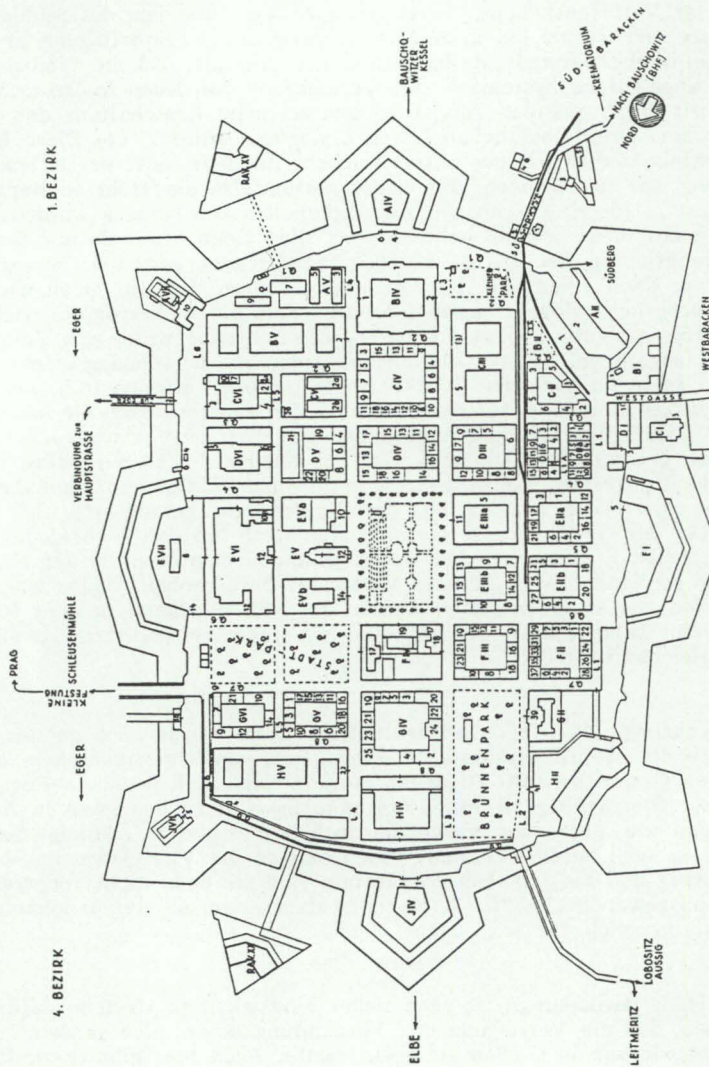
Er stand dem Widerstandskreis Will-Kaufmann über die Medizinstudentin Renate Röse nahe und wäre beinahe noch zu der verhängnisvollen Sitzung vom 6.2.1942 hinzugekommen.

Große Schwierigkeiten wurden ihm beim Erwerb der Lehrbefähigung in Medizin gemacht, und er ging schließlich enttäuscht und abgestoßen von der Gießener medizinischen Fakultät weg. Es ist uns mit Erschrecken noch im Gedächtnis geblieben, wie er sich über die Rückkehr alter Nazis in ihrer Position an der Universität und Bemerkungen, die sie ihm gegenüber machten, äußerte: "Der einzige Unterschied zu früher war jetzt nur, daß sie mich ja nachträglich nicht mehr vergasen konnten." Der Bruder von Werner Schmidt, der Zahnarzt Dr.Schmidt, konnte die Nachstellungen der Gestapo überleben, weil er von hilfreichen Mitmenschen in Gießen-Wieseck verborgen wurde.

1) E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 69
 2) Telefoninterview Dezember 1982 und Januar 1983

Näheres zu dem Schicksal der Gießener Widerstandsgruppe ist aus unserer zweiten Untersuchung zu erfahren. (1)

THERESIENSTADT - SOMMER 1944



Aus: H.G.Adler, Theresienstadt 1941-45, Tübingen 1960

1) Diese Veröffentlichung wird später vom OHG herausgegeben

G) URSACHEN FÜR JUDENVERFOLGUNG UND DIE TEILNAHMS- LOSIGKEIT VIELER MITBÜRGER

I.

In der Veröffentlichung "nazis und nachbarn" kommen die Schüler Haase und Rehme bei ihrer Untersuchung der Judenverfolgung in unserer Nachbarstadt Marburg zu der Erkenntnis, daß die "reibungslos abgelaufene Systematik der Vernichtung der Juden in Deutschland ... nur durch gestufte inhaltliche und zeitliche Ausschaltung der Juden aus dem gesellschaftlichen Leben ermöglicht wurde." (1) Diese Erkenntnis können wir nur unterstreichen. Auch bei unserer Untersuchung war zu erkennen, daß 'diese stufenweise eingeführten Repressalien ... für viele Deutsche zur alltäglichen Erscheinung wurden, die sie nicht mehr bewußt wahrnehmen'. Eine Goebbels-Rede aus den Anfangsjahren des Dritten Reiches hat das auch ganz klar hervorgehoben: Nach einer Zeit der Verfolgung sollten sich die Juden wieder in Sicherheit wiegen, damit dann die Nazis um so härter die nächste Verfolgungswelle beginnen konnten. Die Schraube wurde von Zeit zu Zeit angezogen. So trat für manche Juden ein **Gewöhnungseffekt** ein, man kann ihn auch den "Verkehrsunfall-Effekt" nennen (d.h. zuerst Entsetzen, Interesse für das Schicksal der anderen, dann Gewöhnung und Gleichgültigkeit mit Äußerungen wie "Wir sind ja noch einmal davon gekommen", "Die schleifen sich auch ab", "Es wird alles nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird" und "Einige von uns haben es ja auch wirklich schlimm mit der Bereicherung getrieben"). Der Effekt der Gewöhnung zeigte sich aber auch bei den Nicht-Juden in Deutschland, zuerst bei den Getreuen und Sympathisanten der Nazis, dann schließlich auch bei der Masse der Bevölkerung. Städte wie Gießen, die schon in freien Wahlen die NSDAP einmal zu über 50 % gewählt hatten, waren wahrscheinlich weniger sensibilisiert als andere vergleichbare Städte.

II.

Gewöhnung führte zur **Gleichgültigkeit**. Diese wurde noch gestützt durch die überall wirksame NS-Propaganda vom Untermenschen. In vielen Gesprächen mit Gießener Bürgern kam auch noch ein Rest dieser Gleichgültigkeit zum Vorschein. Sie war zu bemerken in Äußerungen wie "Irgendwie waren die doch immer anders", "Einige haben sich ja auch bereichert, denk' doch mal an die Vieh-Juden im Vogelsberg und die Ost-Juden", "Warum sind sie denn nicht rechtzeitig ausgewandert?", "Ich hatte mich damals um so viel zu kümmern, was ging mich das an?" usw.

III.

Fehlende **Zivilcourage** ist ganz sicher eine wichtige Ursache dafür gewesen, daß die Verfolgung und Vernichtung einer solch großen Gemeinde wie in Gießen gelingen konnte. Auch hier gibt es vielfältige Formen zu erwähnen. Das sind einmal die große Zahl von Behördenleitern des Landes, des Kreises und der Stadt. Was hat sich so

1) Dieter Galinski, Ulrich Herbert, Ulla Lachauer (Hrsg.), "nazis und nachbarn", Reinbek bei Hamburg 1982, S. 164 f

ein Schulleiter z.B. gedacht, als er von der Gestapo-Leitstelle Darmstadt für die reibungslose Abwicklung der "Evakuierung" belobigt wurde? (1) Hätte es geholfen, wenn ein hoher Repräsentant der Kirche oder der Universität unserer Stadt etwas gegen die Judenverfolgung öffentlich geäußert hätte?

Im Falle der Euthanasie-Aktion konnte unsere Untersuchung "Widerstand in Gießen und Umgebung" Erfolge erkennen. Andererseits muß man auch sagen, daß verbale Bekundungen der Abneigung gegen das Vorgehen der Nazis wenig oder gar nichts bewirkt und den Betroffenen noch in Gefahr gebracht hätten.

Doch auch in Gießen gab es Menschen, die Zivilcourage zeigten und ihren jüdischen Mitbürgern halfen. Z.B. Frau Wagner, die noch ins Ghetto-Haus ging, Frau Enz, der Architekt Wieth, Familie Christ usw. Ein solcher Beweis persönlichen Mutes ist nicht nur auf Erziehung in jeder Form zurückzuführen, sondern ist bestimmt auch eine Frage der Charakterfestigkeit des einzelnen Menschen.

IV.

Vorurteile gegenüber Minderheiten - In dem Brief von Jossi Stern an die Familie Sonneborn in den USA vom Januar 1939 ist zu lesen, "daß gerade Gießen schon von jeher ein Nest des Antisemitismus war". (2) Erwin Knauß hat in seinen Forschungen über die Juden in Hessen diese Tatsache immer wieder hervorgehoben. In der ländlichen Umgebung Gießens waren die Ressentiments, Abneigung und sogar Haß auf Handelsjuden weit verbreitet. Gerade viele Bauern im Umkreis waren den Juden feindlich gesinnt, weil sie zu manchem unnötigen Kauf bei späterer Bezahlung überredet worden waren und manchmal dadurch um Haus und Hof kamen. Seit 1887 hat es in Nordhessen (bis einschließlich unseres Raumes) eine starke antisemitische Partei gegeben, die sogar mehr als ein Dutzend Reichstagsmandate erringen konnte. Die Gleichgültigkeit, die Abneigung und der Haß bei manchen Gießener Geschäftsleuten sind auch aus dem eigenen Mißerfolg bzw. dem größeren Erfolg und Ansehen der jüdischen Geschäftsleute im Stadtzentrum zu erklären. Ist es nur ein Zufall, daß die antisemitische NPD 1966 - 1969 gerade in den Geschäftsstraßen Gießens (und auch in den Orten der Umgebung, z.B. in Grünberg) so großen Erfolg hatte, wo exakt die Nationalsozialisten in den 30er Jahren ihre Wahlsiege errungen hatten? Nur waren es diesmal die "Schatten" von mächtigen Kaufhäusern, die auf die kleineren Geschäftsleute fielen und diese radikalisierten.

V.

Man darf als eine wichtige Ursache die **Verdrängung** nicht vergessen. Auch heute noch gibt es Menschen in unserer Stadt, die die Vorgänge der damaligen Zeit nicht für möglich oder in diesem Ausmaß nicht für wirklich halten. Die schon angeführte Sprache (Massentransport, Evakuierung etc.) half dabei. Hinzu kommt noch, daß sich viele in **ihrer** Gruppe, in **ihrer** Verein gruppendynamischen Einflüssen ausgesetzt sahen und, selbst wenn sie gewollt hätten, in

- 1) Schreiben vom 29.10.83, abgedruckt bei E.Knauß
- 2) Brief vom 3.1.1939 an Sonneborns (Baltimore)

ihrer Hilfsbereitschaft für die Juden gelähmt wurden. Manche mögen auch gedacht haben, daß das, was der Staat anordnet und die städtischen Behörden durchführten, nichts Unrechtes sein könne. Hier machte sich eine lange Erziehung im deutschen Obrigkeitsstaat des 19. und 20. Jahrhunderts bemerkbar.

Am schlimmsten für uns war dann, wenn sogar noch der eine oder der andere ein gewisses Maß an Schuld den Juden selbst zuschieben wollte. Wodurch wurde diese Gleichgültigkeit noch verstärkt? Viele Gießener Juden wohnten mit anderen Juden im gleichen Haus. Dadurch war nachbarschaftlicher Kontakt zu Nicht-Juden mit all den Möglichkeiten der gegenseitigen Wertschätzung und des Abbaus von Rassenhaß geringer geworden. Noch "besser" wurde diese Möglichkeit, seine jüdischen Mitbürger auch visuell nicht zur Kenntnis zu nehmen, als ab 1940 die noch verbliebenen Juden in Ghetto-Häuser gepfercht wurden und strenge Auflagen bekamen, sich irgendwo in der Stadt aufzuhalten. Wen man nur selten sieht und dann auch nur als ängstlich dahinhuschende, gedrückte Gestalt, wen man zudem fortwährend als minderwertig und lebensunwert beschrieben bekommt, den wird man mit der Zeit auch nicht mehr beachten. Die psychologische Forschung spricht hier von Schuldminderung durch Distanz. Je näher ein Täter seinem Opfer ist, desto stärker spricht die Aggressionshemmung bei ihm an. Konrad Lorenz gebraucht in seinem Buch "Das sogenannte Böse" den Begriff der 'Abschirmung gegen aggressionshemmende Reizsituationen'. Damit ist die auch beim Menschen erkennbare Tendenz gemeint, solchen Reizsituationen auszuweichen, die eine Aggressionshemmung auslösen könnten.

Der Mensch würde dann Situationen zu vermeiden suchen, bei denen Schuldgefühle im Rahmen von Aggressionshandlungen entstehen könnten. Das betrifft nicht nur den Täter, sondern jeden, der vor Situationen flieht, in denen das Opfer durch Mitleid- und Demutgebärden und durch Bitten Schmerzäußerungen oder Schuldgefühle in ihm auslösen könnte. Der Mensch hat die Tendenz, Distanz zwischen sich und dem Opfer zu schaffen, sich also vom Opfer zurückzuziehen. In unserer Untersuchung kam das jedesmal zum Vorschein mit den Worten "Ich wußte, daß da was in den Judenhäusern vor sich ging, daß da welche in die Goetheschule und dann in die Viehwaggons transportiert wurden, aber ich wollte und konnte das nicht mit ansehen. Außerdem hätten die mich ja auch noch, wenn ich etwas gesagt hätte, mitgenommen". In besonderem Maße gilt diese Tendenz, sich vom Opfer zurückzuziehen, auch für die städtische Bürokratie. Für sie war die Evakuierung ein Projekt wie jedes andere und wurde auch wie andere ohne Sentiment abgerechnet. Zudem konnte man die Verantwortung jederzeit auf obenstehende Befehlshaber (Gestapo-Leitstelle Darmstadt etc.) abwälzen. "Nicht ich bin verantwortlich, die da oben sind verantwortlich". Im Führerstaat wurden solche Abtretungen an ein Über-Ich (oft absoluter Gehorsam genannt) besonders gepflegt. Man spricht in der Literatur auch von der vollständigen Werkzeug-Persönlichkeit.

Aus dieser Erfahrung ziehen wir die Konsequenz für die Gegenwart, daß über das Anderssein von Mitmenschen berichtet werden muß, damit diese Unkenntnis nicht wieder wie in der Vergangenheit zu einem Effekt der Gleichgültigkeit führt und der einzelne sich nicht einfach verantwortungslos aus der Geschichte seiner Mitmenschen verabschieden kann.

KANN SICH ALLES WIEDERHOLEN ?

Hier schließt sich nun die Frage an, ob so etwas wie das in diesem Buch Beschriebene noch einmal passieren könne - eine Frage, die wir immer stellten und auch gestellt bekamen. Sind denn Machtmißbrauch und Erniedrigung des Menschen durch den Staat, einzelne oder Gruppen nicht ungeheuer erschwert, ja vielleicht sogar durch Verfassung und Rechtsstaat unmöglich gemacht? Lassen sich die Menschen heute noch einmal solche Handlungen abverlangen wie zur Nazizeit und unter deren Herrschaft? Die Antwort darauf haben nach unserer Meinung die Psychologen Caruso und Englert so gut in Worte gefaßt, daß wir sie hier zum Abschluß wiedergeben wollen: "Wenn die Zeiten - wie auch immer - sich verschlechtern, wenn bei gesellschaftlichen Konflikten keine Kompromisse gefunden werden, wird autoritätshöriges Verhalten es wiederum ermöglichen, der Barbarei die Schleusen zu öffnen. Von Sigmund Freud stammt der Satz: 'Die Autoritätssucht und innere Haltlosigkeit der Menschen können sie sich nicht arg genug vorstellen.'"

Man sagt oft, Geschichte wiederhole sich nicht. Dieser Einwand ist richtig und gleichzeitig falsch. Wie das Leben des Individuums laufen auch geschichtliche Ereignisse in einer bestimmten Gestalt ab, sind in dieser Form einzigartig und somit eines Tages unwiederholbar vorbei. Parallel dazu sind sowohl das individuelle Leben als auch die menschliche Geschichte Prozesse, die sich fortwährend reproduzieren. Das einzelne historische Ereignis mag einmalig und unverwechselbar sein; dennoch unterliegt auch der Geschichtsprozeß einer gewissen Tendenz zur Wiederholung. Dies gilt es, etwas genauer zu erläutern. Die individuellen Probleme oder die gesellschaftlichen Fragen, die der Mensch durch persönliche Anstrengung und/oder durch Politik zu lösen suchte, waren sich im Laufe der Geschichte eigentlich immer sehr ähnlich. Auch die Wege, die der Mensch zur Lösung seiner Probleme einschlug, sind tendenziell immer sehr gleichförmig gewesen. Und das, was wir heute unter dem Eindruck unserer sogenannten Zivilisation Barbarei nennen, hat in diesem Zusammenhang nachweisbar immer eine sehr bedeutende, verhängnisvolle Rolle gespielt. Wenn Menschen, sei es als an ihrem persönlichen Schicksal Interessierte, sei es als politisch Handelnde, nach Lösungen der sie bedrängenden Probleme suchen, müssen wir also auch künftighin damit rechnen, daß Inhumanität und Barbarei mit im Spiel sein werden. Vor allem dann, wenn den Menschen andere Lösungsmöglichkeiten verstellt sind, wenn sie andere Lösungsmöglichkeiten nicht sehen können oder wollen. Natürlich hat die Behauptung ... etwas für sich, daß Geschichte sich nicht wiederhole. Bedenken wir jedoch, daß schon Freud auf den prinzipiellen Konservatismus der Triebe, Eissler auf die 'konservative Natur der Gene' ausdrücklich hingewiesen haben, so plädieren wir in

diesem Zusammenhang unmißverständlich dafür, einer dem Optimismus anhängenden Fortschrittsideologie gegenüber mißtrauisch zu sein. Tatsächlich nähern wir uns immer mehr einem Zustand, wo dem Einzelnen das Leben in kleinen Mengen zugeteilt wird; dies entspricht der bürokratischen Verfahrensweise. Wir befinden uns demnach an einem Punkt unserer Entwicklung, wo menschliches Verhalten, das als komisch eingestuft wird, im gesellschaftlichen Betrieb kaum mehr unterzubringen ist. Verhaltensweisen von Minoritäten und Randgruppen können durch eine schwerfällig reagierende Bürokratie und Verwaltung nur sehr umständlich integriert werden - vorausgesetzt, daß überhaupt der Wille besteht, sich mit dem Unvorhergesehenen und Fremdartigen, das die Routine stört, die Geschäftsordnung durcheinanderbringt, abzugeben. Um dem Unbehagen ein Ventil zu schaffen, läßt sich das Potential latenter Aggressionen, der Volkszorn, je nach Bedarf leicht auf gesellschaftliche Außenseiter hetzen. Nur zu gerne stellen sich Menschen mit dem sogenannten gesunden Volksempfinden als Treiber zur Verfügung, wenn die Mächtigen zur Jagd auf Parias, Sündenböcke und Unassimilierbare blasen. Die nachweisliche Bereitschaft des Menschen, sich einer Autorität zur Verfügung zu stellen, sein gefährdetes Über-Ich, das beim Auftauchen einer Autorität fast immer von dieser vereinnahmt wird und total korrumpierbar ist, sind in unserer Massengesellschaft eine permanente Gefahr für das Zusammenleben von Gruppen mit divergierendem Selbstverständnis. Wir möchten hiermit den Einwand gegen die Wiederholbarkeit der Geschichte etwas modifizieren, und zwar dahingehend: Geschichte wiederholt sich ganz sicherlich nicht in der gleichen Form wie etwa die Schreckensherrschaft Hitlers. Die relativ konstanten Mechanismen der menschlichen Psyche bedrohen die menschliche Gesellschaft jedoch insofern, als eine Wiederholung der Geschichte in ähnlicher Form durchaus im Bereich der Wahrscheinlichkeit bleibt. Im Hinblick auf die moderne Gesellschaft mit ihrem bürokratischen Organisationsstil ist folgende Interpretation bemerkenswert: Die anscheinende Verschlichung in der verwalteten Welt mit ihrer Ideologielosigkeit erweist sich nur als Verdinglichung der menschlichen Beziehungen. Die Anpassung bleibt fragwürdig, sie erfolgt mit Hilfe von Verdrängungen, die im Unbewußten Wucherungen treiben. (Jacoby) Demnach gehört der Rückfall in die Barbarei, welche entsprechend dem Stand unserer gesellschaftlichen Entwicklung nur eine organisierte Barbarei mit technologischem Know-how sein kann, unverwechselbar zu den Möglichkeiten des Menschen." (1)

1) Igor A.Caruso und Ewald H.Englert, Autoritäts und Machtausübung, a.a.O., S. 354 ff

H) STATT EINES WEITEREN SCHLUSSWORTES EIN FORSCHUNGSBERICHT

In der Einführung zum Thema Judenverfolgung in "nazis und nachbarn" wird über die Erfahrungen von Jugendlichen, die zum ersten Mal an diesem Wettbewerb teilnahmen, berichtet. In ähnlicher Weise erfuhren dann auch wir zum Teil entsetzliche Einzelheiten, die wir bisher überhaupt nicht oder nur andeutungsweise kennengelernt hatten:

"Staunend erfuhren sie, daß dies alles nicht irgendwo, sondern 'hier bei uns' geschah, daß der Massenmord mit Intoleranz und 'friedlichem Terror' durch die alltäglichen Diskriminierungen seinen Anfang nahm und daß dies jeder wußte oder zumindest wissen konnte. Recht bald merkten sie, daß sie bei ihren Nachforschungen Neuland betreten. Häufig stießen sie auf weitgehend unbekannte Dokumente zur Ortsgeschichte, und manches Schüler-Forscherteam machte dabei die Entdeckung, daß sie die ersten gewesen waren, die jemals Einblick in die entsprechenden Akten des Gemeindearchivs genommen hatten. Nicht selten aber blieben auch Türen verschlossen oder verweigerten Interviewpartner die Aussage." (1)

Über die Geschichte der jüdischen Bevölkerung Gießens gibt es eine Veröffentlichung von Erwin Knauß. Die neueste Auflage erschien gerade zu Beginn des Wettbewerbs. Das umfangreiche Buch enthält viele Namenslisten. Knauß hat diese Listen im Stadtarchiv aufbewahrt und in seinem Buch abgedruckt. In seinem Buch deutet er schon an, daß noch viel mehr die Details der Geschichte unserer jüdischen Mitbürger berücksichtigt werden müßten. "Für eine detaillierte Darstellung dieser schicksalshaften Ereignisse und Einwirkungen und ihren besonderen Ablauf in Gießen fehlen uns die notwendigen Quellen: Erlebnisberichte der 'Opfer', Niederschriften und Bekenntnisse der 'Ausführenden' und 'Beteiligten', Berichte von Augenzeugen. Diese Dokumentation muß sich damit begnügen, die beigelegten Namenslisten für sich sprechen zu lassen ..." (2)

Diese Bemerkungen stachelten unseren Ehrgeiz an. Wir wollten eine solche detaillierte Darstellung einmal versuchen. Der Anfang war recht schwer, weil wir erst Interviewpartner finden mußten. Unser erster Interviewpartner, das Ehepaar Scheurer, nannte uns aber schon Adressen, und später wurden wir von Interviewpartner zu Interviewpartner weitergereicht. Eine große Hilfe waren auch die Listen in dem Buch von Erwin Knauß. Der Kontakt mit ihm, dem Leiter des Stadtarchivs, geschah allerdings zu einem recht späten Stadium unserer Arbeit. Wir hätten uns viel Mühe ersparen können, wenn wir die Scheu vor der Behörde Stadtarchiv früher überwunden und somit die Aktenuntersuchung eher durchgeführt hätten. Dabei half uns

- 1) Dieter Galinski, Ulrich Herbert, Ulla Lachauer (Hrsg.), nazis und nachbarn - schüler erforschen den alltag im nationalsozialismus, a.a.O., S. 137
- 2) E.Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens, a.a.O., S. 41

Erwin Knauß in vorbildlicher Weise. Es ist uns also die bittere Erfahrung mancher Teilnehmer am Wettbewerb, daß sie in ihrem Archiv keine Hilfe bekamen und vielleicht sogar abgewimmelt wurden, erspart geblieben. Dies mag auch daran liegen, daß Knauß selbst Pädagoge ist und damit vertraut mit den Problemen einer solchen historischen Forschung durch Schüler.

Bei der Arbeit an den Dokumenten stießen wir immer wieder auf Unterschriften von Mitbürgern angesehener Familien. Das machte uns neugierig, ja zeitweise kamen wir uns wie kleine Kriminalkommissare vor, die auf den Spuren ungeheuerlicher Verbrechen und Verbrecher die entscheidenden Hinweise gefunden haben. In diesem Stadium der Arbeit hatten wir ein Ziel des Wettbewerbs, nämlich einen Preis zu gewinnen, schon längst aus den Augen verloren. Erst gegen Ende der langen Arbeit, als wir das Material bereits gesichtet und die Formulierungen abgeschlossen hatten, trat dieses ursprüngliche Ziel wieder hervor. In unserer 'kriminalistischen Phase' suchten wir in Akten, Einwohnerverzeichnissen, alten Zeitungen und Adreßbüchern nach Mitbürgern, die damals Opfer oder Täter gewesen waren, die für Interviews in Frage kamen. Neben dieser Motivation, etwas Unbekanntes ans Licht zu bringen, trat immer mehr die emotionale Betroffenheit. Schon bei dem ersten Interview mit Frau Scheurer, aber auch bei allen anderen Interviewpartnern wurden wir gleichsam in das Lebensschicksal dieser Menschen mit hineingezogen. Die Erschütterung durch manche Erlebnisse ging sogar so weit, daß wir sie gedanklich und seelisch uns zu eigen machten. Das kann eine Gefahr bei der historischen Forschung sein, war es aber bei uns schließlich deshalb nicht, weil wir viele Interviewaussagen mit Akten aus dem Stadtarchiv belegen konnten.

Die Aussagebereitschaft hielt sich vor allem bei den jüdischen Opfern in Grenzen. Mancher sagte uns ab, weil er die Ereignisse noch nicht richtig verarbeitet hat oder weil ihn die Erinnerung in des Wortes wahrstem Sinn umbringen könnte. Alle verbalen Überredungsversuche (z.B. "Wenn Sie sich das einmal von der Seele reden, haben Sie es auch bewältigt") wirken hier einfach kindlich und unbeholfen. Die Betroffenen müssen schließlich selbst wissen, was ihnen gut tut und richtig für sie ist. Eine Gefahr, die sich nach vielen Wochen mit Interviews und Akteneinsicht einstellte, war, daß wir uns manchmal wie Richter vorkamen und vor allem die Täter der damaligen Zeit mit harten Worten verurteilten. Besonders schlimm war das bei dem Kurzinterview an der Tür mit dem einzigen noch lebenden Gestapo-Beamten aus Gießen, der mitverantwortlich für die sogenannte Evakuierung ist. Hier waren wir manchmal geneigt, stärkere Mittel anzuwenden, um ihn zu einer Aussage zu bewegen. Letztlich setzte sich aber doch die Erkenntnis durch, daß wir dann ja nicht besser als die damaligen 'Täter' gehandelt hätten. In den Gesprächen kamen immer wieder mehrere Gesichtspunkte unserer Interviewpartner heraus:

1. Die wahnsinnige Angst vor einem Wiedererwachen des Nationalsozialismus und die Hinweise auf neofaschistische Aktivitäten ('Hoffentlich geschieht das nie wieder!'). Manche Interviews kamen wegen dieser Furcht nicht zustande.

2. Wenn das Gespräch einmal angelaufen war, redeten die Interviewpartner doch recht unbefangen und nannten Namen und Adressen offen. Das wäre wahrscheinlich vor 10 oder 20 Jahren noch nicht möglich gewesen. Kennzeichnend hierfür ist die Aussage von Werner Schmidt, einem Gießener "Halbjuden", der unter Nachstellungen in seiner Fakultät besonders zu leiden hatte: "Die Bewältigung der Vergangenheit ist auch ein Generationenproblem. Man kann heute viel unbefangener, offener und direkter über diese Dinge reden, weil eine neue Generation herangewachsen ist."

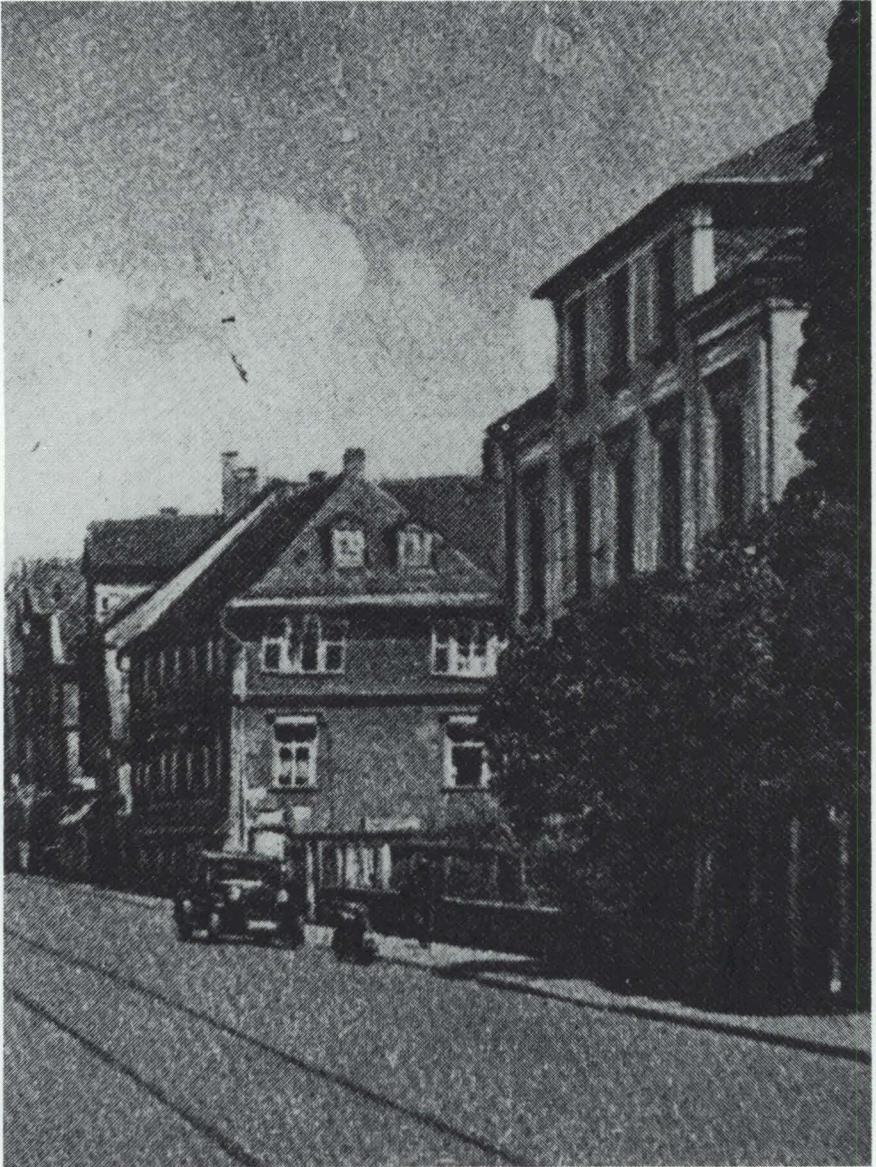
3. Alle Interviewpartner waren durch die Verfolgung auch heute noch außerordentlich stark belastet. Wir konnten dadurch recht gut das Ausmaß des Psychoterrors jener Zeit nachempfinden.

4. Interviews waren fast immer nur bei persönlicher Vorstellung, ganz selten am Telefon zu bekommen. Manche Tür wurde uns auch nur geöffnet, weil persönliche Bekanntschaft vorhanden war. Ein Gießener redet mit einem Gießener selbstverständlich viel leichter als mit einem Fremden, bei dem er nur ahnen kann, zu was die Interviews benutzt werden. Das bedeutete aber zugleich eine ungeheure Verantwortung bei der Verwertung der Aussagen.

In der letzten Phase unserer Untersuchung schrieben wir an überlebende Verwandte jener jüdischen Mitbürger in Gießen, die 1942 deportiert worden waren. Dabei kamen vor allem Briefe zutage. Es war uns deshalb auch möglich, die Geschichte zweier Familien (1) zu rekonstruieren. Die Zeitungen, die wir in der Universitätsbibliothek bzw. im Stadtarchiv einsehen konnten, haben uns nur begrenzt geholfen. Sie gaben auch oft nur ein Zerrbild wieder, so z.B. wenn sie von der Reichskristallnacht berichteten, daß eine große Menschenmenge die Aktionen der Nazis unterstützt habe. Erst in einem sehr späten Stadium, ja fast schon zu spät, konnten wir mit Augenzeugenberichten diese offizielle Darstellung zurechtrücken.

Trotzdem blieb für uns bei diesem wie bei vielen anderen Ereignissen in Gießen und Umgebung immer noch der Eindruck, daß ein Großteil der Gießener in der einen oder anderen Form mitgemacht hat. Das kann geschehen sein durch aktive Teilnahme, durch sympathisierendes Dabeistehen, durch Dulden, Wegsehen, Davonlaufen oder Kopf-in-den-Sand-Stecken. Eine Frage hat uns von Anfang an bis zum letzten Augenblick unserer Untersuchungen gepackt: Wie hättest Du selbst in der damaligen Situation gehandelt oder wie würdest Du heute oder morgen in ähnlichen Situationen reagieren? Wir konnten und können darauf keine Antwort für uns alle geben. Jedes einzelne Mitglied der Gruppe wird diese Frage wahrscheinlich für sich zu verschiedenen Zeiten verschieden beantworten müssen.

1) Familien Stern und Würzburger



Das Gestapo-Gebäude in der Neuen Bäume 23

Abbildungen aus rechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe entfernt.

Die beiden Bilder zeigen den gleichen Ausschnitt. Das untere Bild wurde als Postkarte verwendet. Dabei störte wohl die Synagoge, und sie wurde deshalb wegretuschiert, so daß Gießen 1935 zumindest nach außen als "judenfrei" erschien.

(Hansa-Luftbild 30.7.1935)



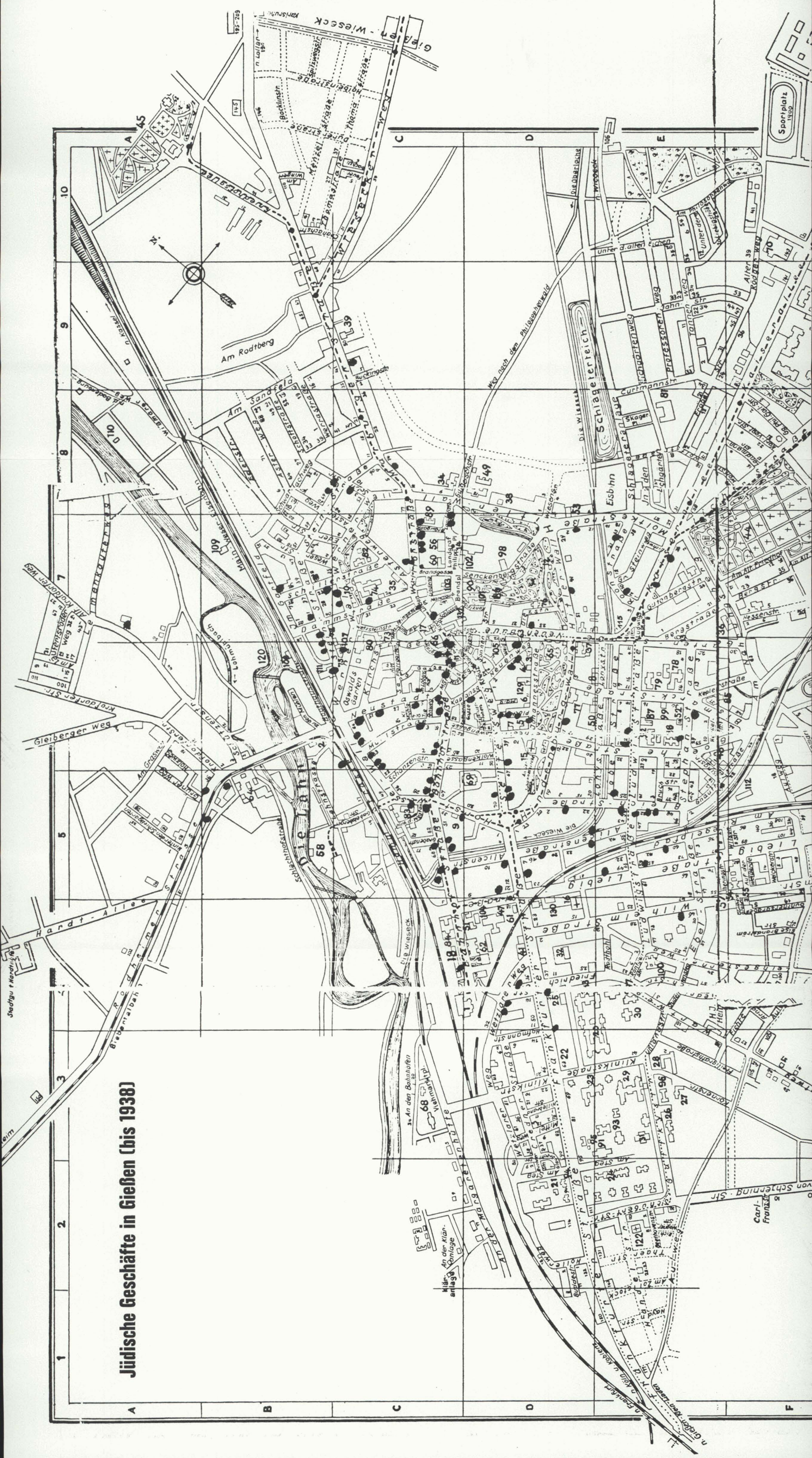
Eines der arisierten Häuser am Marktplatz. - Auf dem Foto ist ganz deutlich das Geschäft des Juweliers und Uhrmachers David Kaminka zu erkennen. Er gab 1936 auf, ging nach den USA, wo er 1969 verstarb. Fritz Kaminka (geb. 1904) lebt heute in unserer Partnerstadt Netanya (Israel). Von seinem Geschäft aus konnte der Inhaber auf das Denkmal sehen, weshalb der Spruch umging: "Der Kaminka wollt' ich net sein, der guckt dem Denkmal zum A... hinein." (Foto: Rudolf Metzger, Gießen)



Neben dem Geschäft Pfeffer befand sich am Marktplatz/Ecke Schulstraße das Geschäft der Familie Stamm. Albert und Anna Stamm wurden 1942 nach Polen deportiert und sind dort umgekommen.

In dem nebenstehenden Ausschnitt des Stadtplanes sind die jüdischen Geschäfte durch schwarze Punkte markiert.

Jüdische Geschäfte in Gießen (bis 1938)



I) GESPRÄCHE UND INTERVIEWS IN AUSWAHL

Protokoll des Gesprächs mit Auguste Wagner am 20.10.1982

Auguste Wagner wurde am 14.4.1900 in Heusenstamm geboren. Der Vater war Arzt. Die Familie zog 1902 nach Gießen. Auguste Wagner war von 1924-1928 Buchhalterin bei einer jüdischen Firma, arbeitete dann in Frankfurt als Auslandskorrespondentin bei den Hedderheimer Kupferwerken, bis diese 1931 Stellen abbauen mußten und Frau Wagner entließen. Danach arbeitete sie ab 1.2.1932 wieder bei derselben jüdischen Firma. Sie erhielt Ende 1934 die von einem ehemaligen Arbeitskollegen, einem Offizier der Reserve, unterschriebene Aufforderung, sich am 1.1.1935 am Wachgebäude der Zeughauskaserne einzufinden. Dort wurde sie als Stenotypistin für das neugegründete "Ergänzungsheer" eingestellt. März 1935 Verkündung der Wehrhoheit durch Hitler. Im Mai wurde Frau Wagner nach Koblenz zur "Reichswehrzentralwerbestelle", später "Wehrersatzinspektion", versetzt. In diese Zeit fiel auch die Militarisierung des Rheinlandes. Auf Drängen ihrer Mutter kam Auguste Wagner im Februar 1938 nach Gießen zurück und trat dort eine Stelle beim "Luftgaukommando" an. Nachtrag: Während der Zeit, als Frau Wagner schon Angestellte der Reichswehr, aber noch in Gießen war, also Anfang 1935, machte sie allabendlich die Abschlußbilanz für die jüdische Firma Frensdorf, bei der sie so lange Zeit gearbeitet hatte. Sie wurde regelmäßig von SA-Männern beim Betreten des Firmengeländes behindert und beleidigt. Dies hörte erst auf, als Frau Wagner über ihren Chef vom Standortältesten in Gießen, General Lüttke, eine Bescheinigung erhielt, die besagte, daß sie ihre Abschlußarbeiten bei der Firma Frensdorf mit seiner Einwilligung fortführen und beenden dürfe. - Von 1938 bis 1944 lebte Frau Wagner bei ihrer Mutter in Gießen und arbeitete bei Baron Schenk in Fronhausen, wo sie täglich hinfuhr.

Frage: Was haben Sie von der "Reichskristallnacht" am 9./10.11. 1938 gehört oder gesehen, und wie war das Verhalten der Bürger zu diesem Ereignis?

Antwort: Auf der Fahrt zur Arbeit am 10.11. sah ich vom Zug aus die abgebrannte Synagoge in der Steinstraße und hörte von Mitreisenden, daß die Gießener Synagogen und viele jüdische Geschäfte oder Wohnhäuser zerstört worden seien. Alle Anwesenden schimpften über diese Taten. Auch Passanten, die am selben Abend an der abgebrannten Synagoge vorübergingen, machten trotz der dort stehenden SA-Wachposten aus ihrer Meinung keinen Hehl.

Frage: Was wissen Sie über das Schicksal der Ihnen gegenüber wohnenden Familie Hammerschlag?

Antwort: Hermann Hammerschlag, der mit Helene Barnass, einer guten Freundin von mir, verheiratet war, wurde - angeblich wegen seiner Ex-Mitgliedschaft in einer demokratischen Partei - 1938 verhaftet und deportiert. Damals hörte ich das Wort "Buchenwald". Im Spätherbst des Jahres 1938 hörte ich von seinem Bruder Siegmund, daß Hermann H. am

26.11.38 in Buchenwald ermordet worden sei. Helene H., eine Jüdin, wurde 1941 wegen "Hamsterns" und verbotener Fahrens in der "Elektrischen" nach Ravensbrück deportiert und im Oktober 1941 in Auschwitz vergast. Der gemeinsame Sohn Otto H., Jahrgang 1916, wanderte schon in den 30er Jahren nach Amerika aus, kam 1945 als amerikanischer Soldat zurück und brauchte Monate, um das Schicksal seiner Eltern zu klären.

Frage: Hat es offene oder verdeckte Hilfeleistungen von Nichtjuden den Juden gegenüber gegeben?

Antwort: Man hat allgemein geholfen, wo man konnte. Ich selbst beherbergte in meinem Haus während einer Razzia jeweils einmal Herrn Hammerschlag und meinen früheren Chef, Herrn Frensdorf. Trotz der Gefahr war uns dieses Handeln selbstverständlich. Ich besuchte auch meine jüdischen Bekannten bis zu der Zusammenlegung aller Juden in Gießen (u.a. in der Walltorstraße 48).

Frage: Wie reagierten die Juden auf ihre Zusammenlegung?

Antwort: Sie waren niemals aufsässig und nahmen ihr Schicksal resignierend hin. Sie wollten auch dadurch ihre Freunde nicht in Gefahr bringen, daß sie z.B. auf der Straße mit ihnen sprachen.

Frage: Kennen Sie die Namen der Gestapobeamten der damaligen Zeit?

Antwort: Nein, jedenfalls erinnere ich mich nicht mehr daran. Aber die meisten der Gestapoleute hier kamen auch nicht aus Gießen, und die Gießener waren noch die freundlichsten. Vor meiner eigenen Verhaftung hat mich allerdings ein Gießener Gestapomann, der sonst als sehr streng bekannt war, gewarnt und mir geraten zu fliehen.

Frage: Wissen Sie von Feindseligkeiten der Gießener Bevölkerung gegenüber den Juden?

Antwort: Im allgemeinen ist mir nichts bekannt, nur von der Sache mit der Schwedin wußten wir alle. (Eine Schwedin namens Imgart hatte sich in eine lokale Anti-Hitler-Gruppe um Alfred Kaufmann und Renate Roese eingeschlichen und diese dann verraten. 2 Mitglieder wurden zum Tode verurteilt.) Ich war auch Ende September 1947 bei der Spruchkammerverhandlung gegen sie, wo sie sich unwürdig benahm und alles abstritt. Sie wurde auch zu einer relativ milden Strafe - ich glaube, es waren nur wenige Jahre Gefängnis - verurteilt.

Frage: Was geschah mit dem persönlichen Besitz der Juden, die emigrieren durften?

Antwort: Die Möbel und die Wohnungseinrichtungen wurden größtenteils beschlagnahmt. Wir z.B. haben von unseren Freunden Rosenbaum aus der Liebigstraße vor ihrer Emigration 2 Per-

serbrücken gekauft. Wir konnten jedoch nur noch eine Brücke abholen, die andere war schon beschlagnahmt. Trotz unseres Kaufvertrages rückte der zuständige Taxator und Auktionator, Herr Althoff, die Brücke nicht mehr heraus. Die sich ansammelnden jüdischen Möbel wurden später an "treue Parteigenossen" verteilt.

Frage: Können Sie uns etwas zu der Deportation der letzten 150 Gießener Juden vom 12. bis 17. September 1942 sagen?

Antwort: Ich will Ihnen nur mal vorlesen, was mein Onkel dazu geschrieben hat (1):

Die Juden wurden erst zusammengeholt und drüben in der Goetheschule untergebracht. Sie konnten dort 2 Tage und 2 Nächte auf dem Hof spaziergehen, aber es war alles in weitem Bogen abgesperrt durch die SA. Ich z.B. stieg bei Röhr (2) aus der "Elektrischen" und mußte durch die Schanzenstraße nach Hause. Es war verboten, mit den Juden zu reden, obwohl die immer mal rausriefen, wenn sie jemanden sahen. Die SA hat uns aber nicht belästigt. Sie haben zwar gerufen: Nicht stehen bleiben, aber es war ja sowieso - abgesehen von wenigen Ausnahmen - unmöglich, sich mit den Juden zu verständigen. Als der Abtransport war, hatten wir das Türmchen ausgeräumt, weil so viele Freunde der Juden hier standen und heimlich noch einmal winkten.

In Bezugnahme auf das Schicksal der Familie Herz (3) erwähnte Frau Wagner, daß es der einzigen Überlebenden dieser Familie (Lotte Weil, New York) nicht gelang, die von der Gestapo beschlagnahmten und registrierten Wertgegenstände der Familie (Gemälde) nach dem Kriege wiederzufinden.

Die zur Bewachung der Juden eingesetzten Leute gehörten der SA an und waren ortsansässig. Direkte Mißhandlungen durch die Wachmannschaften wurden nicht beobachtet.

Frage: Wie war das Verhältnis zwischen SA und Juden?

Antwort: Zu 50 % waren in der SA Judenhasser, für die anderen war es befohlener Zwang. Z.B. hat ein bei uns wohnender Sturmbannarzt in Uniform öffentliche Freundlichkeiten gegenüber Juden vermieden, in Zivil allerdings hat er einen freundlichen Umgang mit ihnen gepflegt.

Frage: Gab es nach 42 in Gießen noch versteckt lebende Juden?

Antwort: Ich wüßte nur zwei: die Frauen von Wolfgang Meier und Erwin Franke (holländische Jüdinnen), von denen eine in Dortmund von holländischen Bekannten, die später "weg" nach Holland sind, in einem umgebauten Keller versteckt wurde und dort den Krieg überlebte.

1) Geheimes Tagebuch von Edward Geilfuß

2) Ein Geschäft in der Bahnhofstraße

3) Bankhaus Herz, Gießen, Neuen Bäume 23, von der Gestapo seit 1938 benutzt

Wie andere überlebten, ist mir nicht bekannt, aber sie haben, nachdem sie sich scheiden lassen mußten (jüdisch-christliche Ehe), sofort nach dem Krieg wieder geheiratet und noch lange hier gelebt. Obwohl die Juden wußten, daß sie nach Polen deportiert werden sollten, unternahmen sie keine Ausbruchversuche, da es zwecklos gewesen wäre. Nur wir anderen wußten, was ihnen blühte - wahrscheinlich wußten es die meisten auch.

Frage: Warum haben die Juden nicht früher versucht, sich in Sicherheit zu bringen?

Antwort: Die meisten wären sicherlich gerettet worden, wenn die da draußen Bürgschaften übernommen hätten. Die meisten Jungen haben sie rausgeschafft, z.B. die drei Hammerschlags. Nur der Werner Herz durfte von seinem Vater aus nicht. Der Liesel Frensdorf habe ich so zugeredet, aber ihr Vater war so begeistert von Hitlers Ordnung und meinte, so schlimm könne es nicht werden. (1)
Hätten sie "Mein Kampf" gelesen, hätten sie gewußt, was auf sie zukam. Ich habe es leider auch zu spät gelesen.

Frage: Stimmt es, was wir über die altersmäßige Zusammensetzung des letzten Transports herausgefunden haben?

Antwort: Ja, es waren wohl alles ältere Leute, mit Ausnahme von Lotte und Werner Herz. Liesel Frensdorf lernte gegen ihres Vaters Willen bei meinem Onkel Englisch. Nachdem mein Onkel eine weit entfernt verwandte Tante ausfindig gemacht hatte, konnte sie 1936 nach Amerika auswandern. Die Kautions wurde ihrer mittellosen Mutter von der Gießener jüdischen Gemeinde zur Verfügung gestellt. Sie konnte dank Fleiß und mitgenommener und verkaufter Wertgegenstände 1937 die Eltern nachkommen lassen.

Interview mit einem älteren Gießener Bürger: Erich Deeg

Frage: Wie war das eigentlich mit den Synagogenbränden, das war ja von den Nazis vorbereitet.

Antwort: Das war ja alles voll organisiert, der ganze Kram. Ich weiß es jetzt nicht genau, war es am Morgen oder am Mittag, als es anfang. Die Synagoge stand in der Steinstraße, Nummer 5, glaube ich. Und wir haben gewohnt Steinstraße. Mein Vater war in der Synagoge Hausmeister, er hat gerade die Heizung gemacht, und meine Mutter hat oben sauber gemacht. Ich bin immer mal runter gegangen zu meinem Vater, der hat auch Holz gehackt da unten. Also, wir konnten nicht in die Synagoge rein, links davon, da ging's dann

1) Liesel Frensdorf, geb. 1915, Aug. 1936 in die USA emigriert

runter in die Synagoge, wo die Heizung war.

Also, es war so: Ich gehe die Steinstraße, da ist dann die kurze Kurve da, da ist so ein Winkel, beim Boschdienst, und da sehe ich da unten Rauch! Und ein paar Leute stehen, nicht viele. Da bin ich natürlich runtergeflitzt, und komme zu den großen Eingangstoren. Die Synagoge stand ungefähr so 10 m von der Steinstraße rein in den Garten. Die zwei Eingangstore waren offen, und ich sehe es drin lichterloh brennen, von den Nazis, getarnten Nazis in Zivil, ungefähr 4 - 5 Mann. Nun habe ich davor gestanden, ich wußte ja nicht, ob meine Eltern weg waren. Und ich flitze dann die Kellertreppe runter, da war unten so ein großes Eisentor, und mache das Eisentor auf, und mein Vater war am Heizkessel, weiß ich heute noch ganz genau, und meine Mutter hat das Holz da zusammengemacht. Ich mache die Tür auf und sage: "Vater, Mutter, kommt hoch, die ganze Synagoge brennt!"

Mein Vater hat gleich alles stehen lassen, ist raus und hoch, und da kamen schon 2 - 3 Mann uns entgegen auf der Kellertreppe. Die haben mich scheinbar runtergehen sehen. Also, Zivilbevölkerung war, von denen, die da gestanden haben, vielleicht 2 - 3 Mann, Zivilisten auf der anderen Seite. Das war ja alles organisiert!

Also, wir flitzen zusammen die Kellertreppe hoch, da kamen 2 - 3 Mann, die haben uns, diese Nazischweine, die Kellertreppe hochgeschlagen. Da war noch ein Bekannter dabei, den ich genau gekannt habe, das war von der Firma C. in der ...Straße der Sohn. Der hatte in der Nazizeit eine Arztpraxis in G. (Na ja, den habe ich ja nachher noch, nach dem Zusammenbruch, gegriffen. Nicht in dem Fall des Synagogenbrandes, sondern in einer anderen Sache, wo sie mich abgeholt und geschlagen haben und in Keller und Polizeikeller und dann ins KZ und alles mögliche.) Die haben uns die Treppe hochgeschlagen, meine Mutter hat geblutet, mein Vater.

Als es gebrannt hat: 150 Meter davon ist die Feuerwache. Nicht wo sie heute steht, sondern am Oswaldsgarten war die, wo die Schule heute ist, die Turnhalle da. Es hat nur innen lichterloh gebrannt, außen war nichts. Der Qualm kam dann vorne am Eingang raus, sie haben die Scheiben eingeschmissen, damit es schnell ging.

Mein Vater lief fort, wir liefen alle fort, weil sie hinter uns her liefen und haben uns mit Knüppeln gehauen. Meine Mutter hat geblutet, und da sind wir abgeflitzt. Da bin ich heim und habe andere Klamotten angezogen, weil sie mich sonst erkannt hätten. Mein Vater ist auch schnell heim, er sagte: "Hoffentlich kommen die bei uns nicht in die Wohnung rein", denn der Dr. ... hat mich ja gekannt. Und der wußte auch, daß mein Vater da die Heizung und das gemacht hatte. Meine Mutter blieb daheim, wir sind wieder runter gegangen.

Also, der Brand an sich: drinnen in der Synagoge waren so

2-3 Mann, und außen etwa 1-2 Mann, die haben die Scheiben eingeschmissen, bunte Scheiben, die haben die einfach eingedonnert. Und ungefähr 5 Meter von der Synagoge, links gesehen, da war das Wohnhaus, aber nicht so hoch wie heute, das waren niedrigere Häuser.

Ich bin also wieder runtergelaufen und habe das ganze Drama gesehen. Da war immer noch keine Feuerwehr da. Da hat man aber gesehen, daß das Feuer oben im Gebälk schon war. Da bin ich hinüber, nach dem Oswaldsgarten, da waren ein paar Leute, die haben gesagt, in der Neustadt schmeißen sie das ganze Möbel von den Juden aus den Fenstern raus, von den Judengeschäften. Und wie ich so in der Neustadt, da höre ich die Feuerwehr. Da ist die Feuerwehr rausgefahren, am Oswaldsgarten rum. Da bin ich wieder zurück. Da haben sie das Haus abgeschirmt, daß das nicht anbrannte, nichts an der Synagoge gemacht. Die haben nur das Haus abgedeckt, damit das nicht anbrannte.

Am Abend sind wir nochmal an der Synagoge vorbeigegangen, mein Vater und ich, mal geguckt, was noch übrig war. Die Feuerwehr war die ganze Nacht da. Am nächsten Morgen war nichts mehr da, das war alles eingerissen, nur das Mauerwerk, das war so 2 Meter hoch, was da noch gestanden hat.

Mein Vater dachte, vielleicht am nächsten Tag noch was zu finden von den Wertsachen, die in der Synagoge waren, aber da war die Feuerwehr noch da, die hat da noch "Brandschutz" gemacht, die haben uns nicht reingelassen. Dort die ganzen Angestellten, die ganze Feuerwehr, das waren ja lauter Nazis, und die kannten uns ja auch, die wußten ja unseren Namen. Da bin ich also am nächsten Morgen mit meinem Vater raus. Als der Schutt abgefahren wurde, war mein Vater noch dabei und hat da spekuliert.

Also, die SA und SS, die waren alle in Zivil, da war kein Uniformierter dabei. Anders war es nachher in der Neustadt, bei dem Frensdorf und bei dem Zwang, alles Bekleidungsgeschäfte, da waren sie auch in Uniform da, wie sie den ganzen Kram von oben runtergeschmissen haben. Ich denke: Halt, jetzt gehst du weiter, zur anderen Synagoge. Und die war schon total runtergebrannt, da war schon nichts mehr da. Und wo ich vorbeigekommen bin in der Stadt, überall waren Judengeschäfte zerstört, unheimlich, unheimlich, das war eine 100%ige organisierte Sache. Das war ja klar. Und die Leute, die das gesehen haben, haben gescholten, eine Schande so was, gutes Möbel, Klavier und alles mögliche, was die da runtergeschmissen haben. Sie mußten ja schon weiter weg bleiben, die hätten die Leute ja totgeschmissen. Klamotten und Bekleidung lagen berge-weise in der Neustadt auf der Straße. Da durfte aber keiner dran und sich irgendwas aufheben.

Frage: Wie hat sich eigentlich die Bevölkerung verhalten, haben die zugeesehen oder haben die irgend etwas unternommen oder gesagt?

Antwort: Ich sage Ihnen ja, solange die Synagoge gebrannt hat, tagsüber, wenn viele Leute da gestanden haben, Neugierige, die zugesehen haben, waren es vielleicht 10 Mann. Da wollte ja keiner was davon wissen. Das war ja kein Menschauf-
 lauf wie heute, wenn heute was brennt. Weil das ja eine organisierte Sache war, das wußte ja jeder, das war ja ganz klar. Zumal an dem Tag zwei Synagogen brannten und mindestens eine gute Stunde die Synagoge innen gebrannt hat, bis - 150 Meter davon entfernt - die Feuerwehr erst ankam. Daran konnten sie ja sehen, daß das eine organisierte Sache war. Die Feuerwache konnte ja rübergucken, aber die hatte ja den Auftrag, nicht zu erscheinen, also nicht einzugreifen. Sie sollten nur eingreifen, wenn die Flammen an andere Gebäude rankommen. Die Nazis haben ja auch erst einmal die Eingangstüren der Synagoge geöffnet, die waren 2 Meter breit, so daß man von draußen reingucken konnte. Daß sie mit was gespritzt haben da drin, das war mir klar. Denn wie ich da vorbei bin und sehe rein, da sehe ich den Altar ganz hinten, der brannte lichterloh. Aber es hat auch in der Mitte vom Raum gebrannt, das waren ja Steinplatten, das war ja alles marmoriert. Und weil es auch in der Mitte gebrannt hat! Und außerdem war das alles auf die Schnelle in Flammen, denn meine Eltern hätten das ja unten im Keller gemerkt, wenn es langsam angefangen hätte! Meine Mutter war auch noch nicht oben gewesen zum Säubern - sie durfte nur in den Raum, wenn der Gottesdienst vorbei war ...

**Interview mit Herrn und Frau Otto Christ, Gießen, vom 29.12.1982.
 Früher wohnhaft in der Landgrafenstraße 8 p, dem Ghettohaus von
 1941/42**

Frage: Herr Christ, erinnern Sie sich noch an die Entwicklung in dem Haus, in dem Sie früher wohnten?

H.Christ: Ja, das Haus wurde in der Zeit von 1938-1942 immer mehr von "Ariern" geräumt. Die Juden sollten hier konzentriert werden. Ganz oben wohnte noch der Justizassistent Ernst F., der kann Nationalsozialist gewesen sein, er ließ sich das jedoch nicht anmerken. Er mußte es wahrscheinlich sein, um bei der Justiz zu bleiben. Auch der zog dann aus, der III. Stock wurde auch mit Juden belegt. Auch der I. Stock war für sie geräumt worden. Wir waren vor 1938 eingezogen. Wir konnten bleiben, weil wir nicht Beamte waren. Ich war bei Bänniger beschäftigt.

Fr.Christ: Die Wohnung war bei Elsoffers im Parterre, dem Rechtsanwalt, war schon abgeteilt. Dort zogen wir ein, wir hatten spät geheiratet. Es war unsere schönste Zeit. Wir hatten einen herrlichen Blick auf die Anlagen, aufs Grüne.

H.Christ: Bei uns wohnten auch noch Rosenthals, die wurden wohl schon früher abgeholt. Die Gestapo kam dauernd. Sie benutzten jede Gelegenheit. Elsoffers aßen gerade zu Mittag, da klopfte es, und sie mußten aufmachen. Sie hatten doch nur Kartoffelsalat, der flog dann auf die Erde.

Frage: Hatten Juden in Ihrem Hause versucht wegzukommen?

H.Christ: Sicher, z.B. Elsoffers. Die packten dauernd. Ich hab' doch die gepackten Koffer (Kisten) gesehen. Die Töchter waren doch schon weg (Anm.: Ruth und Luise E. waren schon 1934 weggezogen, beide wohnen heute in New York.) Elsoffers bekamen aber keine Ausreisegenehmigung. Ich weiß das, weil wir dauernd in Kontakt mit ihnen waren.

Frage: Haben Sie Gestapokontrollen erlebt?

Fr.Christ: Sicher. Wir wurden auch gefragt, ob wir bei Elsoffers auf die Toilette gingen. Wir durften dort nicht hin. Die Gestapo wußte aber nicht, daß wir durch eine Doppeltüre zu Elsoffers konnten und mit ihnen zusammen waren. Elsoffers durften schließlich nicht mehr raus. Ich kaufte für sie ein und half ihnen, wo es nur ging. Ich erinnere mich, daß wir einmal Nächte saßen, um all die vielen Sterne zu nähen, die sie nun alle tragen mußten.

Frage: Hat sonst jemand geholfen?

Fr.Christ: Ja. Ich war erstaunt, wie viele da nachts heimlich etwas hinbrachten. Menschen hängten Essen an die Tür, z.B. von der Delikatessenfirma Koch (Anm.: nicht weit entfernt in Mäusbürg 15) und ein Architekt aus der Bahnhofstraße aus dem Samenhaus Hahn (Anm.: Fritz Wieth in Nr. 35 I). Bei den Kontrollen habe ich öfter den Namen Keiner gehört, das war einer von den harten. Aber da war auch einer, der war menschlich, der gab den Juden Tips, ich habe nur seinen Namen vergessen. Als dann noch Juden ins Haus einzogen, kaufte ich auch noch für andere ein, so vor allem für Sterns und für die Witwe des Rabbiners Sander. Herr Stern überlebte ja Theresienstadt, seine Frau nicht. Er kümmerte sich 1945 um die Wiedergutmachung für die Juden und besuchte uns auch damals. Ich kochte ihm damals, er besorgte dank seiner Beziehungen alles Nötige. (Anm.: Ludwig und Betti Stern, geb. 1877 und 1878. Er wanderte 1949 in die USA aus und verstarb dort 1950.)

Frage: Wie war das nun im September 1942, als die Juden aus den Gethtohäusern abgeholt wurden?

H.Christ: Da war ich zur Arbeit, das weiß meine Frau besser.

Fr.Christ: Herr Elsoffer war ja schon einmal abgeholt worden, im November 1938 nach dem Synagogenbrand. Er war dann für mehrere Wochen nach Buchenwald geschleppt worden, kam im Dezember 1938 wieder nach Hause. Er sah elend aus. Er war ja immerhin schon etwa 60 Jahre damals. Am Morgen

wurde er mit seiner Frau und den anderen Juden im Haus abgeholt. Unser Haus war noch nicht sehr belegt gewesen im Unterschied zu den Häusern Walltorstraße 42 und 48, bei uns ging's noch, das waren noch erträgliche Verhältnisse. (Anm.: Hier irren Christs. In das Haus Landgrafensstraße 8 kamen 1941 noch etwa 28 Personen zu den etwa 10 hinzu. Das Haus war auch zum Schluß noch mit Personen überbelegt.) In den andern Häusern drängten sich die Menschen wie die Heringe und mußten die Zimmer abteilen. Als die Gestapo kam, wollten sie erst alles in den Zimmern kaputtschlagen. Dann räumten sie alles aus, Bettzeug und alles, was in den Schränken war. Was übrig blieb, wurde angeblich fürs WHW geholt. Ich merkte aber, als ich einmal die angelehnte Tür bemerkte und horchte, wie die Finanzamtssiegel abgemacht wurden und wie Stimmen sagten: "Das hol ich mir heute abend!" Ich durfte mich nicht sehen lassen, sonst hätten die mich vielleicht auch noch mitgenommen. Beim Abholen gab's wieder wie immer nur Brüllerei. Das war überhaupt typisch für die Gestapoleute, die brüllten immer. Als die Juden weg waren, lagen im Garten die Bücher von Rechtsanwalt Elsoffer und dem Rabbiner Sander. Dazwischen waren die Bettfedern verstreut. Daran hatten sich die Nazis vergriffen, die Bettdecken aufgeschlitzt. Ich war zunächst so erschüttert, ich konnte nicht mehr. Ich legte mich in der Nähe auf die Wiese und heulte. Ich ging erst später wieder nach Hause zurück.

H.Christ: Wir hatten bergeweise Kohlen im Keller, darunter hatten wir Lebensmittel, auch für die Juden, verborgen gehabt. Elsoffers hatten uns vorher gesagt, daß wir diese Kohlen uns nehmen sollten. Das machten wir nun. Ich ging nach der Arbeit noch an den Güterbahnhof, wo ich die Waggons mit den Juden noch sah. Ich versichere Ihnen nochmals, es war am gleichen Tag. Die Juden wurden wahrscheinlich direkt zum Güterbahnhof gebracht. Für mich war es furchtbar. Was hat man nur mit den armen Menschen gemacht (er weint)!

Fr.Christ: Wir saßen nun am Abend ganz erschüttert im leeren Haus. Noch am Tag war ein Junge durchgekommen, der bat mich um Äpfel. Die habe ich ihm dann gegeben in einer Tasche. Später kam ein jüdischer Junge, den haben wir dann tagelang im Speicher versteckt. Eines Tages war er verschwunden. Er hatte vorher gesagt, er werde durchkommen. Der Junge war etwa 16 Jahre alt. Von Elsoffers hatte ich den Pudel bekommen, den konnten sie nicht mitnehmen. Jedesmal, wenn ich ihn ausführte, hieß es: "Judenfrau, Judenfrau!"

Die Schwägerin von Herrn Christ ist Frau Irmgard Christ, geb. Würzburger, aus Hamburg, deren Brief wir den Hinweis auf die Familie Christ verdanken. Irmgard Würzburger, geb. 1910, ging 1933 mit ihrem Mann nach Holland, wurde später in ein Lager gesteckt, konnte aber überleben. Ihr Schicksal wurde ausführlich geschildert.

Interview mit Hermann Reineck, Münzenberg

Der damals einundzwanzig Jahre alte Hermann Reineck wurde zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Davon verbrachte er viele Jahre in normaler Haft und 2 3/4 Jahre im Konzentrationslager Auschwitz. Verhaftet wurde er aus politischen Gründen, denn er war bei den revolutionären Sozialisten Österreichs in Wien tätig.

Er erzählte als Einführung, daß es für ihn, selbst nach so vielen Jahren, immer noch eine sehr große Belastung ist, wenn er von Auschwitz berichtet, da er so immer wieder an die schrecklichen Bilder aus dem KZ erinnert wird. Dennoch glaubt er, den jüngeren Generationen darüber berichten zu müssen, daß diese aus den begangenen Fehlern lernen und Konsequenzen ziehen.

Hermann Reineck wurde zusammen mit 136 anderen wegen Hochverrats vor Gericht gestellt. Von diesen 136 Menschen wurden acht zum Tode verurteilt. H.Reineck selbst bekam nach der Verhandlung einen Schutzhaftbefehl und wurde mit 1860 Mithäftlingen ins KZ Auschwitz eingeliefert.

Im KZ wurden sie als erstes ihrer Identität beraubt, indem allen Häftlingen die Haare geschoren wurden und statt Namen nur noch Nummern zählten. Herr Reineck bekam die Nummer 63387 zugeteilt. Durch diese Erniedrigung wurde die schon so große Niedergeschlagenheit aller noch vergrößert. Seine erste Aufgabe im KZ war das Kommando Straßenbau. Dieses Kommando war auch gleich das schwierigste, und er hätte dort wahrscheinlich nur 2-3 Monate überlebt. Warum? Die Ernährung war miserabel. Man bekam dort nur 1400 Kalorien am Tag.

- Morgens: 1/4 Liter Kaffee - "Hat zwar nicht nach Kaffee geschmeckt, war aber wenigstens warm."

- Mittags gab es 1/2 Liter Suppe aus gelben Futterrüben, welche nicht gewaschen wurden und teils faul waren.

- Abends: 1/4 Kommißbrot

Dann war da noch die schlechte Kleidung. Sie bestand aus einer dünnen Jacke, einer dünnen Hose und Holzpantoffeln. Im Winter bei Temperaturen bis -30° C war so das Überleben ein Kunststück.

Das Kommando Straßenbau umfaßte 500 Mann. Wie überall wurden von der SS Kapos eingesetzt. Das waren Vorarbeiter (kriminelle Häftlinge). Der damalige Kapo hieß Krankemann. Er war wegen sechs Frauenmorden im KZ. Er hatte einen Knüppel, mit dem er auf die Häftlinge einschlug. Es mußte alles im Laufschrift gehen. Mit der Schubkarre im Laufschrift zu einer Stelle, wo es abgeladen und im Akkord eingeschauelt wurde, und das den ganzen Tag von 6.00 bis 18.00 h, mit nur einer halben Stunde Mittagspause. In 6-8 Wochen war so ein Mensch zu einem Skelett abgemagert, und viele sind dadurch gestorben. Der Kapo Krankemann erhielt von der SS den Auftrag, 20-25 Menschen pro Tag zu erschlagen. Dieses tat er auch. Seine Spezialität war es, sich von hinten an den Häftling heranzuschleichen und ihm mit einem Spaten den Kopf zu zerschlagen. Meist war der Kopf dann in zwei Teile gespalten.

Am Lagertor spielte eine Musikkapelle, die nur dazu da war, den Häftlingen ein gewisses Marschtempo vorzugeben, damit sie morgens schnell aus dem Lager heraus- und abends wieder herein kamen. Die

Anzahl der Häftlinge mußte morgens und abends gleich sein, d.h. wenn am Morgen 500 Mann zum Straßenbau aus dem Lager gingen, mußten am Abend auch wieder 500 zurück, also auch die Toten. Zitat von Herrn Reineck: "Ich habe oft einen Toten auf dem Rücken getragen, rückwärts hat der Kopf heruntergehangen, da ist das Blut und Gehirnmasse 'rausgeflossen und auf die Hose getropft und dazu mußten wir singen. Z.B. Auf der Heide ist ein kleines Blümelein oder Schwarzbraun ist die Haselnuß." Wer nicht sang, bekam einen Schlag, und ein Schlag mit diesem dicken Knüppel bedeutete einen Schädelbruch, also den Tod.

Durch die Hilfe eines Freundes, der schon länger im KZ war, kam er in den Krankenbau. Dort saß er in der Schreibstube, wo er Todesbescheinigungen ausstellte. Er schrieb ca. 1000 bis 1500 Todesbescheinigungen pro Tag - manchmal auch 5000 - 7000.

Frage: Hatten Sie Kontakt zu Verwandten oder Bekannten?

Antwort: Nichtjüdische Gefangene durften einmal im Monat an Angehörige schreiben und auch einmal im Monat Post empfangen.

Frage: Wurden im Lager alle gleich behandelt oder machte man Unterschiede?

Antwort: Die Juden hatten es im Lager am schlimmsten. Sie kamen von überall, wo die Deutschen waren: Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Finnland, Holland. Sie kamen in Viehwaggons, pro Transport ca. 2000. Es führten Schienen ins Lager bis an eine Rampe, wo sie alle ausgeladen wurden und eine Selektion vorgenommen wurde. Schwächliche und Alte wurden aussortiert. Zum Schluß hat man ca. 7 - 10 % der Menschen (pro Transport) ins Lager aufgenommen. Die unwissenden Leute dachten, sie gingen zur Desinfektion. Man sagte ihnen, sie sollen ihr Gepäck abstellen und sich merken, wo es steht, damit sie es wiederfinden, wenn sie wieder herauskommen. - Aber sie kamen nie wieder heraus.

Die Gaskammern waren große Hallen, in denen 200 Menschen Platz fanden - in Auschwitz gab es zwei davon. In den Hallen waren Brausen angebracht wie in einem Bad; es kam bloß kein Wasser, sondern Zyklon B.

Nach 15 Minuten waren alle tot. Es war wie eine Todesfabrik. Bevor die Leichen weggeräumt wurden, wurden ihnen Goldzähne gezogen, Ohrringe ausgerissen und Finger abgehackt, weil man die Ringe haben wollte. Von den Kammern weg gingen Gleise für Kipploren, auf denen die Leichen in die Krematorien transportiert wurden, welche sich gleich daneben befanden. Das Krematorium Nr. 4 z.B. hatte 38 Öfen, in jeden gingen 4 Menschen hinein, deren Verbrennung dann ca. 30 Minuten dauerte. In dieser Todesfabrik gab es nur einmal eine Panne!

Es kamen 400.000 ungarische Juden nach Auschwitz, die innerhalb von drei Wochen verbrannt werden sollten. Das überstieg die Kapazität der drei Krematorien, die ca. 12000 Menschen am Tag (innerhalb 24 Std.) verbrennen konnten. Um die Leichen aber so schnell wie möglich zu

verbrennen, hob man Gruben aus, in denen man immer abwechselnd Holz und Leichen schichtete, das ganze mit Petroleum übergießt und wie einen Scheiterhaufen anzündete. Außerdem entstand nach 14 Tagen ein Mangel an Zyklon B, da die Frankfurter Firma Degesch mit den Lieferungen nicht nachkam. Darauf ist vom Reichssicherheitshauptamt, unter dem Namen Himmler, der Befehl erteilt worden, daß Kinder bis zu 6 Jahren nicht in die Gaskammer, sondern gleich auf den Scheiterhaufen kamen. Ein Rottenführer namens Hantel erzählte Herrn Reineck, daß er auf die Rampe kommandiert war. - Der SS-Obersturmbannführer Dr. Thilo, der die Selektion leitete, riß einer Mutter den Säugling vom Arm und warf ihn auf einen Lastwagen, der neben der Rampe stand, was der Säugling wohl nicht überlebte. Alle Kinder bis 6 Jahren wurden auf solche Lastwagen geworden, wodurch es viele Verwundete und eine fürchterliche Schreierei gab. Die Lastwagen fuhren zu den Scheiterhaufen, wo die Kinder an Kopf und Beine gefaßt wurden und bei lebendigem Leibe in die Flammen geworfen wurden. Der Rottenführer Hantel verweigerte das nächste Mal den Befehl, auf der Rampe Dienst zu tun und wurde für seine Befehlsverweigerung nicht bestraft, was wohl die Ausrede vieler Angeklagter in den Nachkriegsprozessen auf Befehlsnotstand widerlegt.

Frage: Wie verlief Ihre Befreiung durch die Rote Armee?

Antwort: Am 27. Januar 1945 wurde Auschwitz durch die Rote Armee befreit. Im Lager selbst befanden sich nur wenige Häftlinge. Ursprünglich hatte man vorgehabt, das Lager zu liquidieren. Durch den raschen Vormarsch der Russen wurde jedoch der Großteil der Häftlinge in deutsche Lager wie z.B. Buchenwald und Dachau evakuiert. Um das Lager waren drei Reihen Stacheldraht gezogen, der unter Hochspannung stand. Plötzlich war die Hochspannung nicht mehr da, die SS war weg und man hörte Schüsse von leichten Kanonen oder Panzern. Kurz darauf waren die Russen da. "Man sagte uns, wir wären frei und könnten tun und lassen, was wir wollen. Doch was konnten wir schon tun, wir waren ja alle halb verhungert. Die Russen haben auch in der ärztlichen Betreuung viel für uns getan. Ich war dann noch bis zum Juni 1945 in Auschwitz und fuhr dann nach Wien zu meinen Verwandten."

Frage: Was wissen Sie von Dr. Mengele?

Antwort: "Ich habe Dr. Mengele sehr gut gekannt, da ich in der Schreibstube im Krankenbau gearbeitet habe, wo alle Versuche von Mengele (Versuche mit Zwillingen, Massensterilisation und Medikamenten) registriert wurden. Ich hatte mit vielen solcher Leute zu tun, z.B. mit Unterscharführer Klehr. Er tötet Menschen durch eine Injektion mit Phenol (sofort tödliches Gift) direkt ins Herz. Mit Klehr wurde vom WDR ein Interview gemacht, in dem er sagt: "Ich bin doch eigentlich ein guter Mensch, ich habe doch sehr human

gehandelt. Bei mir hatten die Gefangenen keine Qualen vor dem Tod durchzustehen, sie waren im Gegensatz zu den Gaskammern sofort tot." Klehr ermordete auf diese Weise 1400 Menschen und sieht heute noch nicht seine Greueltaaten ein.

Dr. Kapesius, der Klehr die Befehle zur Tötung gab, bekam 6 Jahre Gefängnis und saß diese noch nicht einmal vollständig ab. Nach 3 1/2 Jahren wurde er aus gesundheitlichen Gründen freigelassen. Kapesius hatte im Lager auch mit dem Zahngold und den Ohringen der Leichen zu tun, die später zu Barren gegossen wurden. Heute lebt der einst einfache Apothekerangestellte in Schleswig-Holstein und hat selber zwei Apotheken. Man sollte sich fragen, wo er das Geld her hat, um zwei Apotheken zu erwerben!

Da ich in der Schreibstube des Krankenhauses arbeitete und einen Passierschein hatte, konnte ich mich bis hin zu den SS-Kasernen frei bewegen. Als ich eines abends in Richtung dieser Kasernen zum Lagertor komme, kommt gerade ein Arbeitskommando einmarschiert. Plötzlich stürzt ein Unterscharführer auf einen Häftling zu, reißt ihn aus der Reihe heraus und durchsucht ihn. In der einen Hosentasche hatte der Häftling ein etwa fingerlanges Stück Brot. Daraufhin schlug der Unterscharführer den Häftling mit einem Knüppel, bis dieser blutend auf dem Boden lag. Dann legte er den Stock auf den Hals und stellte sich auf die Enden und wippte von einem Fuß auf den anderen, bis der Mann tot war.

Appell:

Am Abend nach der Arbeit mußten sich die Häftlinge vor den Blocks in Reihe und Glied aufstellen. Neben diesen lagen die Toten. Dann kam ein SS-Mann und zählte alle durch: 10, 20, 30 ..., auch die Toten, denn der Lagerbestand mußte ja stimmen. Der normale Appell dauerte ca. 2-3 Stunden, mit zusammengestellten Hacken, die Hände an der Hosennaht, den Kopf geradeaus. Der schlimmste Appell, den Herr Reineck miterlebte, dauerte 12 Stunden. Falls dabei ein Häftling umkippte, durfte ihm keiner helfen, denn sonst wäre man erschlagen worden. Nach diesen 12 Stunden waren 2/3 unseres Blocks umgefallen, tot oder halb tot.

Es waren damals -38° C.

Hermann Reineck arbeitete in der Widerstandsgruppe in Auschwitz. Es waren 800 Mann, die erstens das Ziel hatten, die Leben von Häftlingen zu retten, soweit dies möglich war; und zweitens die Nachrichten über Auschwitz ins Ausland zu bringen. Sie hatten mit Schweden und über die Schweiz mit England (London) Verbindung. Es gab also Kontakt nach außen. Zivilangestellte (Ingenieure), die in Fabriken auf dem Auschwitzgelände arbeiteten, gaben z.B. Briefe weiter, die dann nicht durch die Zensur gingen. Mit England kam der Kontakt zustande, indem man aus Flugzeugen, die über der Ostfront abgeschossen und in Auschwitz gelagert wurden, immer wieder kleine

Einzelteile der Sendeanlagen wegschmuggelte. Auf diese Weise konnten sie im Lager einen Kurzwellensender bauen, den sie in der SS-Kaserne auf dem Dachboden installierten.

Frage: Wie war das Miteinander der Gefangenen in den Baracken?

Antwort: Die Baracken dort waren eigentlich Pferdebaracken. Nur durch das Oberlicht kam Licht herein. Diese Pferdebaracken waren für ca. 40 Pferde gebaut - es schliefen aber 1200-1500 Häftlinge dort. In den Baracken standen dreistöckige Betten, ein Bett etwa so groß wie ein normaler Tisch, und die Männer mußten zu viert in einem solchen Bett liegen. Die hygienischen Verhältnisse dort waren auch sehr schlimm. Pro Block gab es nur eine Waschanlage, und dies war ein kleiner Raum mit 30-35 Wasserhähnen. Wie sollten sich nun 4000-5000 Menschen an 30-35 Wasserhähnen innerhalb von 15 Minuten waschen können?! Um 5 Uhr war das Wecken, um 5.15 Uhr war Kaffeeausgabe, um 5.30 Uhr war Appell, und um 6.00 Uhr ging es zur Arbeit. Ich bemühte mich später gar nicht mehr, zum Waschen zu kommen, man kam ja eh nicht hin. Und wenn der Dreck zu groß wurde, kratzte man ihn ab. Es waren auch nur 40-50 Toiletten für alle Häftlinge eines Blocks da.

Frage: Wie sah es mit Krankheiten oder Seuchen aus?

Antwort: Durch die unhygienischen Verhältnisse machten uns zwei Dinge sehr zu schaffen. Erstens die Flöhe. Es gab Millionen von Flöhen, man kratzte sich den ganzen Tag. Zweitens die Läuse. Sie waren viel gefährlicher, da sie Überträger des Fleckfiebers sind, an dem Hunderttausende gestorben sind. Wir hatten dort die Filzlaus, die in der Achsel und Schamgegend sitzt. Es gab natürlich Läuseappelle. Man mußte sich nackt ausziehen und hat dann am Körper und in den Kleidern gesucht. Im Prinzip war das eine gute Sache, aber nach dem Appell machten die kriminellen Häftlinge Kontrollen und wenn bei einem noch eine Laus gefunden wurde, so wurde er erschlagen.

Frage: Gab es denn keine Fluchtversuche?

Antwort: Es gab sogar über 800 Fluchtversuche, wovon aber nur vier glückten. Ein mißglückter Fluchtversuch war natürlich tödlich. Es gab aber auch andere Sachen, beispielsweise auf einer Baustelle, die von Stacheldraht eingezäunt war. Dort sagte ein SS-Mann zu einem Häftling: "Hol mal das Stück Holz da hinten!" und als der Häftling dann in Richtung Zaun ging, erschloß ihn der SS-Mann "auf der Flucht". Der SS-Mann schrieb dann in seinem Bericht: "Häftling Nr. X auf der Flucht erschossen", wofür er noch eine Woche Urlaub bekam.

Frage: Wurden Kinder genauso hart behandelt wie Erwachsene?

Antwort: Bis zum Jahre 1943 gab es keine Kinder in Auschwitz. Kin-

der unter 14 Jahren gingen bis zum Sommer '43 sofort in die Gaskammern. Erst im Sommer '43 gab es auch 6- bis 7jährige im Lager. Sie hatten aber nur leichte Arbeiten.

Frage: Kamen denn auch Leute von der obersten SS-Führung nach Auschwitz?

Antwort: Himmler war einmal im Lager. Es war auch einmal eine Delegation vom Roten Kreuz da. An diesem Tag gab es in Auschwitz Erbsensuppe mit Kartoffeln. Das Lager wurde tip-top sauber gemacht. Es war aber für Häftlinge nicht möglich, mit der Delegation zu sprechen. Sie waren von der SS abgeschildert. In Birkenau hat man zu diesem Zweck extra einen eigenen Lagerabschnitt gebaut, den man tschechisches Familienlager nannte. Für das Rote Kreuz sah es dort so aus, als würden in den Lagern noch die Familien zusammenleben. Einen Monat nach der Besichtigung wurden alle Häftlinge dieses Lagers vergast.

Frage: Gab es Selbstmörder in Auschwitz? Hatten Sie nicht auch manchmal Selbstmordgedanken?

Antwort: Ich hatte eigentlich nie solche Gedanken. Ich hatte einen starken Glauben, und der half mir sehr viel. Wer sich allerdings in Auschwitz deprimieren ließ, der starb. Ich war nur einmal deprimiert. Man hatte in Krakau auf den deutschen Polizeichef ein Attentat verübt. Als Rache dafür wurden 246 Polen aus Krakau im Lager ausgesucht und erschossen. Zwischen Block 10 und 11 gab es die Schwarze Wand, wo diese Leute mit Genickschüssen getötet wurden. Die Leichen wurden mit dem Leiterwagen durch das ganze Lager zum Ausgang gezogen, so daß man sehen konnte, wie das Blut herunterlief und viele rote Streifen auf der Straße hinterließ. Obwohl am gleichen Tag 7600 französische Juden vergast worden waren, deprimierte mich der Tod der 246 Polen mehr, weil ich dieses Blut auf der Straße sah. Ich bekam Angst, denn auch ich wußte durch die Arbeit in der Schreibstube zuviel. Alle, die in Auschwitz zuviel wußten, wurden getötet. Aber ich riß mich zusammen und überwand diese Depression.

Interview mit Frau Dora Scheurer, Gießen

Protokoll vom 15. Oktober 1982

(F = Frage; DS = Dora Scheurer)

DS: Es gab im 3. Reich sogenannte Mischehen, es war egal, ob der jüdische Teil getauft war oder ungetauft. Ich bin katholisch, meine Eltern sind beide Juden gewesen, und mein Mann ist auch katholisch. Also wir waren zwei Katholiken, aber für die Nationalsozialisten eine Mischehe. Unter einer Mischehe versteht man sonst eine Ehe zwischen einem evangelischen und einem katholischen Teil oder einem Araber und einer Deutschen. Bei den

Nazis war eine Mischehe etwas ganz anderes. Ich lebte in einer sog. privilegierten Mischehe. Eine privilegierte Mischehe war eine Ehe, in der der Mann Christ und die Frau - jetzt will ich den Nazi-Ausdruck gebrauchen - nicht-arisch, also Jüdin war. Wenn Kinder da waren, waren sie Christen, wenn sie Nicht-Christen waren, dann war es keine privilegierte Mischehe. Wenn man in einer privilegierten Mischehe lebte, bekam man die volle Lebensmittelkarte. Wenn man in einer nicht-privilegierten Mischehe lebte, dann bekam der jüdische Teil die geschmärlerte, und zwar die jüdische Lebensmittelkarte.

F: Wie haben Sie den Synagogen-Brand miterlebt, wie ist das denn abgelaufen?

DS: Fröhlich kam ein Bekannter angesprungen und sagte: "Die Synagogen brennen!" Da sagte mein Mann sofort zu mir: "Heute gehst Du nicht aus dem Haus!" Er war dienstentlassen. Er war Kriegsteilnehmer im ersten Weltkrieg und ist deswegen 1933 nicht entlassen worden. Aber 1937 ist er aus dem Beamten-dienst entlassen worden, meinetwegen, wegen der neuen Gesetze: "Alle, die mit Nicht-Ariern verheiratet sind, usw. ..." Wir waren sehr jung und hatten eine Pension von 160-170 Mark, von der wir Wohnung, Essen, Trinken, Brand und alles, was zum Leben gehörte, bezahlen mußten. An diesem Tag, mein Mann war schon pensioniert, kam dieser Bekannte. Ich bin an diesem Tag nicht aus dem Haus gegangen. Wir haben an diesem Tag persönlich nichts erlebt, aber wir wissen von der Bevölkerung, die das miterlebt hat, daß sie erzählte: "Großer Gott, jetzt stecken sie schon die Gotteshäuser an!" Das war die Stimmung bei den meisten, die das miterlebt haben, denn wer nur etwas Religiöses empfindet, dem ist eine Synagoge genauso heilig wie eine andere Kirche.

F: Haben Sie von den Urhebern, damals oder später, irgendetwas erfahren?

DS: Ja, das hat man damals sofort erfahren. Da war sofort die Feuerwehr dabei, die hat natürlich nicht die Synagogen gelöscht, sondern die umstehenden Häuser abgespritzt, damit die nicht brennen!

Es durfte keiner in die Synagogen hinein, um etwas herauszuholen.

Die Synagogen wurden regelrecht angezündet von der - jetzt kann ich Ihnen nicht genau sagen, ob es Gestapo-Leute waren oder andere, ich weiß nicht mehr genau - ich glaube aber, es war von der Gestapo aus. (1)

F: Anschließend ist ja eine Auflage gemacht worden an die Juden in Deutschland. Sie mußten dann diesen Schaden, der dabei angerichtet worden war, in den Geschäften usw., bezahlen. Dies sollte geschehen durch eine Pauschalsumme von einer Milliarde Reichsmark. (2)

1) Es waren SA-Leute in "Räuberzivil"

2) Siehe "Oberhessische Tageszeitung" vom 13. Nov. 1938

DS: Ich habe gemeint, dies hinge mit dem Mord zusammen.

F: Ja, die Nazis haben den Mord an vom Rath durch Herschel Grünsparn zum Anlaß genommen, die Aktion gegen die Synagogen zu rechtfertigen. Sind Sie da auch herangezogen worden?

DS: Nein!

F: Dann wären wir an der nächsten Station. Haben Sie mit Beginn des Krieges - also nicht genau der 1. September, aber um diese Zeit herum - eine Verschärfung der Situation festgestellt?

DS: Mein Mann wurde zum Militär einberufen, zu einer militärischen Übung. Na ja, man hatte das ja alles im Radio verfolgt und wußte, daß die Vorbereitungen so weit waren, und so lag er eben im Flughafen. Ich bin jeden Tag mit dem Rad dorthin gefahren, und wir konnten uns durch den Draht unterhalten. Am 1. September hat der Krieg mit Polen begonnen. Ich habe selbstverständlich Auslandssender gehört, mit der größten Vorsicht, und bin ganz früh morgens an den Flughafen gefahren. Ich habe zu meinem Mann gesagt: "Die Deutschen haben Polen überfallen." Was machen wir jetzt? Jetzt sitze ich alleine in der Wohnung, und ich weiß nicht, kommt die Gestapo und holt mich ab, oder was geschieht mit mir. Wir waren da natürlich in sehr großen Nöten.

Damals wohnten wir in der Gartenstraße 20. Das ist das Haus, in dem jetzt Herr Dr. S. seine Praxis hat, Ecke Stephanstraße/Gartenstraße.

Im Erdgeschoß wohnte eine Familie Jung. Und die war auch kontra Nationalsozialismus. Mit denen haben wir uns gut verstanden. Da habe ich die gefragt, nach einer Unterredung mit meinem Mann, ob ich den Tag und die darauffolgende Nacht bei ihnen sein dürfte. Sie haben mich ganz selbstverständlich aufgenommen. Es war ja auch gefährlich für sie, das zu tun, aber sie taten es.

Ich bin in dieser Nacht nicht in meiner Wohnung geblieben, in der zweiten Nacht war ich auch unten, aber da ist mir persönlich nichts passiert. Ich bin dann immer wieder zu meinem Mann an den Flughafen gefahren und habe ihm das Neueste, was ich erfahren hatte, erzählt.

Mein Mann war ja furchtbar belastet durch mich; da ist er eines Tages zu seinem Hauptmann gegangen, ein Reichstagsabgeordneter, und hat ihm gesagt: "Herr Hauptmann, ich möchte entlassen werden!"

Da fragte er: "Warum?" Darauf sagte mein Mann: "Ich bin verheiratet mit einer nicht-arischen Frau und kann doch eigentlich kein Soldat sein!" Der Hauptmann war gut auf ihn zu sprechen und er hat dann gesagt: "Sie bekommen Bescheid." Dann ist mein Mann entlassen worden als "wehrunwürdig".

Seine Kompanie ist später in Rußland eingesetzt worden, es sind sehr viele gefallen. Das ist ihm erspart geblieben. Dafür waren die anderen Quälereien und Leiden groß genug und die ständige Angst um seine Frau.

- F: Dann, was hatten Sie an neuen und zusätzlichen Beschränkungen erleben müssen? Es geht hier z.B. um das Verbot, ein Radio zu besitzen, den Stadtpark zu betreten, den städtischen Friedhof zu benutzen, zu allen Zeiten in Geschäften einzukaufen und ohne Judenstern auszugehen.
- DS: Ich mußte den Judenstern hier in Deutschland nicht tragen, da ich in einer privilegierten Mischehe lebte. Den Judenstern mußte ich erst im Konzentrationslager tragen. Ja, Sie fragten nach Beschränkungen, sagen Sie noch einmal die einzelnen.
- F: Sind Sie deshalb nicht häufiger ausgegangen, weil Sie vielleicht befürchteten, Unzuträglichkeiten zu erleben, daß Sie Leute "an-machten"?
- DS: Natürlich, mit dieser Angst mußten Sie leben. Es ist mir nie etwas passiert, aber es hätte mir jederzeit etwas passieren können. Wenn einer gekommen wäre und hätte mir "eine auf die Backe gehauen", dann hätte ich nicht zurückschlagen können. Aber mir ist in der Art nichts passiert. Die Leute haben natürlich Angst vor den Nazis gehabt, aber sie haben begrüßt und sind weitergegangen. Ich habe das niemandem übelgenommen. Es war ja jeder gefährdet, wenn er mit einem Nicht-Arier sprach. Nur der Vater eines früheren Schülers, den ich traf, blieb bei mir stehen. Ich sagte: "Gehen Sie doch weiter", denn es war gerade vor dem Gebäude der Gestapo, Neuen Bäume (heute Burghof). "Ach gehen Sie doch um Himmels willen weiter, Sie können doch nicht ...", da sagte er: "Ich bleibe hier bei Ihnen stehen". Da hat er mit mir gesprochen und am nächsten Tag schon ist er zur Gestapo bestellt worden. Er hätte da mit mir gesprochen. Da hat er gesagt, ich hätte ihn nach seinem Sohn gefragt, der Soldat sei, und der mein Schüler gewesen wäre. Er ist glimpflich davongekommen. Aber sonst habe ich nicht mit Leuten auf der Straße gesprochen, wir haben uns begrüßt und sind aneinander vorbeigegangen.
- F: Es muß ja eigentlich eine furchtbare Situation gewesen sein, wenn Sie dann von 1939 bis 1945, bis Sie nach Theresienstadt verschleppt worden sind, eigentlich mit keinem Menschen mehr sprechen konnten, die Sie vorher so gut gekannt hatten.
- DS: Ja, natürlich, sie haben uns zwar besucht, aber ich hab' mich zurückgehalten, soviel es ging. Ja, und wie mein Mann entlassen war, da hat er natürlich nach einer Stelle gesucht. Da die meisten Männer Soldaten waren, sind ja viele Stellen frei gewesen. Als Lehrer durfte er ja nicht mehr arbeiten, aber er hatte als Nebenfach in seinem Studium Physik gehabt. Diese physikalischen Kenntnisse hat er dann benutzt und hat sich um alle möglichen offenen Stellen beworben. Wir hatten die "Frankfurter Zeitung" gehalten, es waren sehr viele Stellenangebote darin. Das ging auch alles sehr gut, bis dann die letzte Frage kam in einem der letzten Briefe vor einer Vorstellung: "Aus welchem Grund sind Sie aus dem Staatsdienst entlassen worden?" Als mein Mann diese Frage beantwortete mit: "Meine Frau ist jüdischer Ab-

stammung", da war die Sache aus. Wir haben jede Menge Bewerbungen geschrieben, die alle schief gingen. Das war vielleicht unser Glück, denn wir hatten nach Görlitz und Stettin geschrieben. Wenn wir zugesagt bekommen hätten, wären wir nachher noch Flüchtlinge geworden.

- F: Und beim Einkaufen und in den Geschäften, ist Ihnen dort etwas zugestoßen?
- DS: Da hatte ich keine Behinderungen. Ich durfte überall einkaufen. Ich kaufte immer in einem Geschäft ein, das ganz in unserer Nähe war. Die Leute dort waren auch keine Nazis. Wenn sie Sonderzuteilungen hatten, dann haben sie mir davon abgegeben. Auch beim Metzger hatte ich keine Schwierigkeiten, und alles, was aus der Stadt zu besorgen war, hat mein Mann oder sonst irgend jemand mitgebracht.
- F: Wie ist es denn anderen Juden gegangen? Wir haben z.B. mit dem Metzger Seibt gesprochen, der am Marktplatz sein Geschäft hatte, der sagte, daß bei ihm die letzten Gießener Juden zu einem bestimmten Zeitpunkt einkaufen mußten.
- DS: Das galt alles nicht für mich. Das galt nur für die Juden; sie hatten ihre Geschäfte vorgeschrieben und durften nur zu bestimmten Zeiten einkaufen.
- F: Mußten Sie dann auch den Vornamen "Sara" annehmen?
- DS: Das war eine regelrechte Urkundenfälschung. Das war im Jahr 1935, als diese Nürnberger Gesetze herauskamen, da mußte ich an das Standesamt in Darmstadt schreiben, da bin ich geboren. Ich bekam meinen Geburtsschein vom Standesamt, der lautete: Der Herr Sowieso meldet, daß ihm dann und dann eine Tochter geboren wurde, die den Namen Dora trägt. Und dann mußte ich an das Standesamt zurückschreiben, daß ich zusätzlich den Namen Sara annähme. Da bekam ich den Geburtsschein zurück, der lautete: Der Vater meldet, daß seine Frau eine Tochter geboren hat, die den Namen "Dora Sara" hat. Eine Urkundenfälschung ist doch sowas. Dasselbe mußte ich dann an das Standesamt in Mainz wegen meiner Heiratsurkunde schreiben. Nach 45 mußte ich dann wieder nach Darmstadt und Mainz schreiben, um dies wieder rückgängig zu machen. Wenn man zur Gestapo bestellt war - ich war ja 1943 im Gestapo-Gefängnis -, mußte man sich nach dem Anklopfen und Eintreten hinstellen, um Gottes Willen nicht hinsetzen; und dann hat der Gestapo-Beamte gefragt: "Wie heißen Sie?" "Dora Sara Scheurer" mußte ich dann antworten.
- F: Wie war das z.B. mit den Mitbürgern. Kennen Sie noch Leute, die Ihnen geholfen haben?
- DS: Ja, ich weiß von einer Frau. Diese Familie hatte ein großes Geschäft in der Marktstraße, ein Konfektionsgeschäft. Siesel hießen die. Frau Siesel hat den ganzen Krieg dadurch überstanden, daß sie diese Jahre, in denen die anderen Juden abtransportiert wurden, bei einer früheren Hausangestellten unter falschem Namen gelebt hatte.

- F: Da war ein jüdisches Ehepaar, Borngässer, die wohnten in der Marktstraße im Hause des D., und da brach 1941 ein Brand aus. Dabei sind die beiden Eheleute Borngässer, 67 und 68 Jahre alt, verbrannt. Nach einer Aussage, die wir haben, soll einer gesagt haben: "Ach, laßt es doch brennen, es sind doch nur Juden."
- DS: Das weiß ich nicht.
- F: Das ist auch nur wenigen bekannt gewesen. Wann haben Sie etwas gehört über weitere Einschränkungen für Juden hier in Gießen, für die letzten, die noch da waren?
- DS: Die Juden wurden dann alle zusammengepfercht, und zwar ein ganz großer Teil in der Walltorstraße. Da waren 4-5 Zimmer, und jedes Ehepaar bekam ein Zimmer mit gemeinsamer Küche. Sie lebten wie das Vieh. Ich bin dort öfter hingegangen, denn die hatten ja oft noch weniger zu essen gehabt als wir. Ich hatte Bekannte dort. Sie haben unter sehr schlechten und ungünstigen Verhältnissen gelebt.
- F: Das war um die Zeit 1941 bis 1942, daß die Juden in dieser Art Ghettohäusern: Walltorstraße 42 und 48 und Landgrafenstraße 8 zusammengepfercht wurden. Wie groß waren die Häuser?
- DS: Das waren riesige Häuser mit großen Wohnungen.
- F: Das müßte mit dem übereinstimmen, was ich mir errechnet habe. Ich bin die Liste von Herrn Dr. Knauß durchgegangen und komme auf 49 Personen in dem Haus Walltorstraße. Das muß doch ein sehr dichtes Gedränge gewesen sein.
- DS: Das war es!
- F: Es waren in diesen drei Häusern insgesamt 116 oder 119 Personen. Eine außerordentliche Zahl.
- DS: Als die Juden dann abtransportiert wurden, wurden diese Häuser von der Gestapo geleert, sie holten auch die Sachen der Juden ab, die paar guten Teppiche usw. Ich mußte eines Tages zum Finanzamt. Mein Mann war gerade in Frankfurt, er hatte doch eine Stelle als Chemotechniker bekommen. Anfangs hatte er dort ein Zimmer gehabt, und nachdem die Zeiten so unsicher waren, als ich das erste Mal im Gefängnis war, ist er morgens um vier Uhr gefahren und abends zurückgekommen. War dann die Eisenbahnverbindung durch Bombenangriffe unterbrochen, dann ist er manchmal von Butzbach bis hierher gelaufen. Ich mußte also aufs Finanzamt. Beim Eintreten konnte ich ja nicht grüßen "Heil Hitler". Und da standen lauter alte Nähmaschinen. Da bin ich der Sache so ein bißchen nachgegangen. Die Juden hatten zum Teil auswandern wollen und hatten sich neue, teure, versenkbare Nähmaschinen gekauft. Die Gestapo-Leute hatten diese gegen ihre alten ausgetauscht, die nun da herumstanden. Was an guten Sachen da war, nahmen sie mit. Ich kann es nicht beweisen, aber sie waren ja fort.

- F: Dann vielleicht jetzt zur letzten Aktion vom 12. - 17. September 1942, als die letzten 150 Juden aus der Stadt in der Goethe-Schule zusammengetrieben wurden.
- DS: Also, jetzt wollen Sie etwas über den Abtransport der Juden wissen?
- F: Wir haben also diese Unterlagen, die wir von Dr. Knauß bekommen konnten, fotokopiert. Da ist u.a. die Rechnung der Stadt für die Beschaffung des Strohes für die Nachtlager in der Schule. Des weiteren gibt es ein Schreiben der Stadt, in dem die Schulbehörde angewiesen wird, den Unterricht für diese Zeit ausfallen zu lassen. Alles ist ganz bürokratisch aufgelistet, wie man das ja aus den Veröffentlichungen dieser Zeit kennt.
Wissen Sie etwas über Menschen, die Sie gekannt haben, die da eingepfercht waren oder auf dem Weg von der Goethe-Schule zum Bahnhof belästigt wurden? Sie sollen auf dem Bahnhof beschimpft, geschlagen und der letzten Sachen beraubt worden sein.
- DS: Das waren fast nur alte Leute. Ich war natürlich nicht dabei und kann Ihnen deshalb nicht sagen, wie sich das abgespielt hat.
- F: Könnten Sie bitte noch einmal von dem Gefängnis und von der Gestapo erzählen, von den Hausdurchsuchungen usw.?
- DS: Mein Mann, der ja in Frankfurt arbeitete, war tagsüber nicht zuhause. An einem Donnerstagmorgen - ich hab' natürlich jeden Tag ängstlich auf die Post gewartet - kam auch der Postbote. Das war so zwischen neun und halb zehn, und ich hatte gesehen, daß er unten etwas eingeworfen hatte. Ich bin gleich runtergegangen, und da war es eine Karte von der Gestapo. Darauf stand, daß ich mich am Donnerstag, also an diesem Tag, an dem ich gerade meine Betten abgezogen hatte, um zehn Uhr bei der Gestapo zu melden habe. Ja, ich gebe Ihnen ehrlich zu, ich war voller Angst und habe nicht gewagt zu sagen: "Ich habe die Karte erst um zwölf Uhr gefunden." Ich hätte sie ja wirklich erst um zwölf Uhr finden können, wenn ich nicht gerade am Fenster gestanden hätte. Ich habe alles stehen und liegen gelassen und bin zur Gestapo gegangen.
Der Beamte hat mich natürlich stehen lassen und mich angeguckt. Also, das ist alles wahr, was ich Ihnen erzähle. Da hab' ich ihn gefragt: "Darf ich mich setzen?" Der Mann an dem Schreibtisch sagte: "Ja!" Dann hat er sich an seine Schreibmaschine gesetzt und getippt und getippt. Ich habe etwa 15 Minuten zugesehen, bis ich dann fragte: "Warum bin ich eigentlich hierher bestellt?" Da sagte er: "Ja, was meinen Sie denn, warum Sie hierher bestellt sind?" Da habe ich geantwortet: "Soll ich vielleicht verhaftet werden?" Er antwortete: "Warum, haben Sie ein schlechtes Gewissen?" "Nein, ich habe kein schlechtes Gewissen!" "Ja, warum fragen Sie denn dann?" Da sagte ich: "Es wäre nicht das erste Mal, daß jemand zur Gestapo bestellt und anschließend verhaftet wurde." Daraufhin

hat er mir geantwortet: "Ja, Sie sind verhaftet." Ich sagte zu ihm: "Ich muß noch einmal nach Hause." "Können Sie nicht, Sie sind verhaftet." "Ich muß nach Hause - ich habe meine Betten abgezogen! Wenn mein Mann nach Hause kommt, muß er sich in ein bezogenes Bett legen können!" "Sie können nicht nach Hause!!!" "Ich muß nach Hause!!!" Da hat der mich groß angeschaut und geantwortet: "Warten Sie noch einen Augenblick, ich bring' Sie dann nach Hause." Also, wenn man die alleine hatte, waren es allesamt arme Tropfe. Es war schon ein Wagnis, auf der Gestapo diesem Beamten das zu sagen. Aber das habe ich getan. Er ist dann mit mir nach Hause gegangen in meine Wohnung. Wir waren sehr schön eingerichtet. Ich dachte: "Was hast Du jetzt für einen Fehler gemacht, jetzt sieht er Deine Wohnung, die Bilder, die Teppiche usw." Er ging mir auf Schritt und Tritt hinterher. Ich habe dann das Bett meines Mannes bezogen; mein Bett zu beziehen, hatte ich die Kraft nicht mehr. "So", sagte er, "Sie sind ja fertig". In der Zwischenzeit hatte er die ganze Wohnung durchstöbert. Da hab' ich gefragt: "Darf ich mir noch etwas mitnehmen? Ist es kalt im Gefängnis?" "Ja!" "Kann ich mir noch eine Wolldecke mitnehmen?" "Ja". Dann habe ich die notwendigsten Dinge mitgenommen und unten im Erdgeschoß geklingelt. Ich habe natürlich fremd getan mit der Frau und sagte zu ihr: "Frau Jung, würden Sie bitte so freundlich sein, meinem Mann zu sagen, daß ich von der Gestapo verhaftet worden bin. Hier ist der Schlüssel zur Wohnung." Ich sagte zu dem Gestapo-Mann: "Sind Sie bitte so freundlich und führen mich nicht durch die Stadt zur Gestapo, sondern bringen Sie mich bitte sofort ins Gefängnis. Ich schäme mich, mit Ihnen zur Gestapo zu gehen." Da hat er mich angeguckt und gesagt: "Gut, gehen wir gleich zum Gefängnis." Dazu gehörte etwas Mut, das darf ich sagen. Er hat mich dann ins Gefängnis gebracht. In eine Zelle, die eigentlich eine Einzelzelle war, aber es standen noch zwei dreckig bezogene Pritschen da. Da saß schon eine Frau, die auch in einer privilegierten Mischehe lebte.

Der Tag im Gefängnis begann folgendermaßen: Wir hatten als Waschgelegenheit einen Krug mit zwei Litern Wasser und einer Waschschüssel von der Größe eines Suppentellers. Da mußten wir uns zu zweit und später zu dritt drin waschen, mit einem Liter Wasser. Am ersten Morgen habe ich mich nur ein bißchen abgewaschen, ich war ja noch sauber vom Tag zuvor. Aber dann habe ich gedacht, das ist doch ein Ding der Unmöglichkeit, mit einem Liter Wasser zwei Personen zu waschen. Danach gab es Kaffee, so eine dunkle Brühe, und 'ne Schnitte Brot. Am zweiten Tag habe ich dann zu dem Gestapo-Beamten gesagt: "Herr Wachtmeister, darf ich mir zum Waschen etwas Wasser holen?" Da hat er gesagt: "Haben Sie doch gehabt!" Da antwortete ich: "Wenn ich Sie ansehe, von oben bis unten, kann ich mir nicht vorstellen, daß Sie sich zu Hause mit Ihrer Frau zusammen mit einem Krug Wasser waschen!" Da erwiderte er: "Gehen Sie fort, holen Sie sich einen." Der war nämlich "picobello" sauber. Ich habe mir dann das Wasser geholt und auch jeden anderen Mor-

gen, er hat dann nichts mehr gesagt.

Ich wünsche keinem Menschen, daß er in ein Gefängnis muß. Das ist wirklich eine Strafe für einen Menschen, der noch ein bißchen Gefühl hat. Wir waren im zweiten Stock, und wenn unten im Erdgeschoß eine Tür aufging und ein Wärter herauskam, dann hörten wir als erstes die Schlüssel und dann, wie er nach jeder halben Treppe wieder eine Tür aufschloß. Es war ein furchtbares Gefühl.

Als Toilette hatten wir einen Steinguttopf, der stank. Ich zitterte schon, wenn jemand auf die Toilette verschwinden mußte, vor dem Gestank. Wir durften die Toilette nur morgens leeren, aber nicht reinigen.

Am nächsten Tag ist mein Mann dann zur Gestapo gegangen und hat gefragt, warum ich verhaftet worden sei. Da sagte der Beamte: "Aus staatspolitischen Gründen".

Es hieß damals, ich wäre für drei Wochen verhaftet. Bei der Frau, die mit mir in der Zelle saß, waren die drei Wochen um, und sie kam nicht heraus. Da können Sie sich mal meine Gefühle vorstellen; die Frau kam und kam nicht heraus, und ich war noch nicht einmal eine Woche da. Und was habe ich gedacht? "Du kommst auch nicht raus, und wenn Du nicht rauskommst, wirst Du abtransportiert."

Ich hab' dann die Tage in seelischen Nöten verbracht. Dann kam der Tag, wo ich entlassen werden sollte. Da hat die Frau, die immer noch bei mir war und später nach Auschwitz kam und dort umgekommen ist, zu mir gesagt: "Sie kommen doch genauso wenig raus wie ich!" Da sage ich: "Ach nein, ich pack' jetzt mein Zeug zusammen." Ich hatte meine Sachen zusammengepackt, und um neun Uhr kamen gewöhnlich die Beamten zum Abholen. Ich wurde dann abgeholt und zur Gestapo geführt. Jeden Morgen wurden Gefangene entlassen und zum Verhör geführt; die Frau mußte ich zurücklassen.

Der Gestapo-Beamte, zu dem ich geführt wurde, saß da und machte sich Notizen. Dann hat der Mann mich folgendes gefragt: "Nun, wie hat es Ihnen bei uns gefallen?" Da hab' ich dem Mann ganz fest in die Augen gesehen und gesagt: "Na, das ist nun so eine Frage", und da hat der unter sich geguckt. Und zwar hab' ich das aus folgendem Grund gesagt: Hätte ich gesagt, es sei nicht so schlimm gewesen, dann hätte er geantwortet: "Dann können Sie ja noch einmal rübergehen." Hätte ich aber geantwortet, es sei die Hölle gewesen, dann hätte er sicher gesagt: "Dann gehen Sie rüber und gewöhnen Sie sich dran."

Er hat also sehr beschämt unter sich geschaut und mir meinen Entlassungsschein gegeben.

Da bin ich nach Hause gegangen. Ich hatte ja keine Lebensmittellkarten, und da ist mein Mann mit mir am nächsten Tag auf das Lebensmittelamt gegangen.

Der Mann, bei dem ich mich zurückmelden mußte - er war ein anständiger Beamter -, hat zu mir gesagt: "Wie lange waren Sie denn in Gemeinschaftsverpflegung?" Er hätte auch, wenn er ein Nazi gewesen wäre, fragen können: "Wie lange waren Sie denn

im Gestapo-Gefängnis?" Ich habe ihm dann geantwortet und bekam die Lebensmittelkarten. Nur mit der Fleischkarte wußte er nicht Bescheid.

Dazu mußten mein Mann und ich zum Vorsitzenden der Markenausgabestelle gehen. Mein Mann meinte also zu dem Beamten: "Wir leben in einer privilegierten Mischehe, und meine Frau bekommt die volle Fleischkarte." Doch dieser wußte das nicht genau und lief deshalb zu einem ranghöheren Beamten und fragte diesen. Dieser schaute zurück und rief: "Jude bleibt Jude!" Alle Augen schauten auf uns, und wir wurden immer kleiner. Also, ich habe meine Fleischkarte nicht bekommen. Da sagte ich zu meinem Mann, er müsse noch einmal hineingehen, um die Fleischkarte zu bekommen, was er auch tat. Er bekam sie dann auch, aber der Beamte meinte, er werde sich jetzt an das Ernährungsamt in Frankfurt wenden, und wir bekämen dann Bescheid. Auf diesen Bescheid warten wir noch heute.

Nach 1945, als ich aus dem KZ kam, mußte ich wieder zum Lebensmittelamt gehen, um mir neue Karten zu besorgen. Ich mußte wieder zu dem Beamten gehen, der damals gerufen hatte: "Jude bleibt Jude!" Als ich in sein Zimmer kam, hat er mich in einen Sessel gesetzt und hat "gnädige Frau" zu mir gesagt. Das war so widerlich, daß ich mich bald übergeben mußte. Derselbe Mann, der uns so weh getan hatte, sagte dann "gnädige Frau hinten und gnädige Frau vorne", "Ja, Sie bekommen ja sogar noch einen Zusatz usw.". Man ist ja ein gebildeter Mensch, und ich habe ihn deshalb nicht ins Gesicht geschlagen.

- F: Haben Sie andere Gestapo-Beamte, mit denen Sie im Gefängnis zu tun hatten, später wiedergetroffen?
- DS: Ja, der eine Beamte, der mich verhaftete, kam nach Jahren zu mir in die Wohnung. In der Zwischenzeit gehörte er einer Sekte an, und irgendwie muß dies sein Gewissen geweckt haben. Er sagte zu mir: "Mein Gewissen plagt mich. Nicht wahr, ich habe Ihnen doch nichts zuleide getan." Ich meinte: "Doch, aber ich werde Ihnen nichts zuleide tun, ich hätte Sie ja sofort bei der Militärregierung melden können. Ich habe das aber nicht getan. Und daß Sie Ihr Gewissen plagt, das ist gut so, und das soll Sie auch ruhig weiter plagen." Ich hab' mich nicht an ihm gerächt.
- F: Jetzt kommen wir langsam zu dem Zeitpunkt, von dem wir die Fotokopie eines Dokumentes haben, nämlich die Anweisung an eine gewisse Familie Goldschmidt, in die Wohnung von Dr. Adam Scheurer, Gießen, Gartenstraße 20 II zu ziehen. Der Umzug hat am 15.1.1944 zu erfolgen!
- DS: Wir bekamen das Schreiben, daß wir unsere Wohnung mit der Familie Daniel Israel Goldschmidt, bestehend aus Mann, Frau und drei Söhnen, teilen müßten. Wir hatten vier eingerichtete Zimmer, zwei mußten wir abgeben. Daraufhin sind wir dann zu dieser Familie gegangen. Die Frau Goldschmidt war ziemlich außer sich. Ich sagte: "Frau Goldschmidt, wir können nichts machen, wir müssen zusammen."

Dann kam die Frau Goldschmidt, um zu sehen, wo sie hinkommt. Die Frau Goldschmidt war eine sehr gutmütige, einfache Frau. Als sie in unsere gut eingerichtete und gepflegte Wohnung kam, fing sie plötzlich furchtbar an zu weinen. Ich sage: "Frau Goldschmidt, warum weinen Sie denn?" Da antwortet sie: "Ach Frau Doktor, man kann doch aus einem Kartoffelacker keinen Ziergarten machen." Das sollte heißen: Ich mit meinem primitiven Daheim, wie soll ich mich denn hier überhaupt bewegen? Darauf habe ich ihr gesagt: "Frau Goldschmidt, wenn ich Sie so anschau, sehe ich, daß Sie eine gutmütige Frau sind. Ich bin auch ein gutmütiger Mensch, und wir beide werden schon miteinander auskommen. Wir müssen ja miteinander auskommen. Alles andere hat keinen Sinn. Die Küche machen wir zusammen, Ihre Zimmer machen Sie, Sie machen noch die Treppe und ich mache den Korridor", der wie ein Zimmer eingerichtet war. So haben wir es auch gehalten. Also diese Frau hat mir in dieser schweren Zeit sehr beigegeben und war mir immer eine große Stütze, weil sie mir viele schwere Wege zum Metzger oder zum Markt abgenommen hat. Wir haben in der Küche gemeinsam gekocht, und es ging ohne Reibungen. Ich habe ihr nur verschwiegen, daß wir Auslandssender hören. Man mußte ja da sehr vorsichtig sein. Mit meinem Mann hatte ich abgesprochen, falls ich einmal verhaftet werde und sie sagen ihm, ich hätte gestanden, daß wir Auslandssender hören, soll er das leugnen. Ich habe schon morgens um 4.20 Uhr, wenn mein Mann zur Arbeit gefahren ist, die ersten Auslandssender gehört. Das ging um 4.00 Uhr, um 7.00 Uhr, um 11.00 Uhr, um 1.00 Uhr und um 4.00 Uhr, bis mein Mann abends nach Hause kam. Wenn es dunkel war, und wir haben Auslandssender gehört, dann hab ich im Treppenhaus geguckt und hab' mich dann an das Fenster gestellt, ob wir auch nicht gefährdet sind. Es hieß ja damals, die Post kann feststellen, wer Auslandssender hört, aber damals konnte sie es nicht feststellen. Wir haben dann auch noch eine Woldecke über das Radio gedeckt und haben dann so gehorcht. Wir haben sehr viel Auslandssender gehört. Wir haben Stalingrad schon sechs Wochen vorher gewußt als die Bevölkerung. Wir durften aber niemandem etwas sagen.

Eines Tages ging durch den englischen Rundfunk - der hat ja seine Verluste immer richtig angegeben -, daß sie ein U-Boot versenkt haben und der Leutnant Rabe gerettet ist. Die wohnen damals fünf Häuser von uns entfernt. Mein Mann wollte die Nachricht gleich der Frau Rabe sagen. Da habe ich zu ihm gesagt: "Adam, sollen wir es sagen? In ihrer Freude nennt die Frau unsern Namen und dann sind wir durch." Damals kamen die Milchhändler noch und brachten die Milch ins Haus. Ich hatte einen Milchmann, der war auch Anti-Nazi, und der hat mir immer erzählt, was alles durch den Sender gegangen ist. Ich habe dann immer so getan, als wüßte ich von nichts. An diesem Morgen kam er und erzählte mir, daß der Herr Rabe als Gefangener nach England gekommen ist. Er sagte auch noch: "Ich hab's der Frau Rabe schon gesagt." Da waren wir aus dem Schneider.

Mein Mann kannte einen Kriegskameraden aus Langsdorf. Der hatte immer zu meinem Mann gesagt: "Wenn etwas ist, kannst Du jederzeit zu uns kommen. Allerdings wußten die Leute nicht, daß ich Jüdin bin. Und am 6.12. sind in unserer Gegend sehr viele Häuser zerstört worden. Wir waren zum Glück als erste im Keller. Bei unserem Haus hatte es auch Scherben gegeben, und ein Haus gegenüber war völlig zerstört. Der Mann ist auch gestorben. Als wir aus dem Keller sind, war unser Haus ohne Fenster und der Fensterrahmen lag auf unseren Betten. Wenn wir im Bett gewesen wären, hätte uns der Fensterrahmen erschlagen. Wir waren jetzt obdachlos. Wir haben uns dann ein paar Kleidungsstücke zusammengepackt und sind nach Langsdorf. Als die Frau dann erfuhr, daß ich Jüdin bin, hat sie uns sozusagen rausgeworfen. Da standen wir wieder auf der Straße.

Ich hatte eine Freundin, die ist 1933 in die Partei eingetreten. Sie war ein sehr edler Mensch. Nur hat sie alles geglaubt, was die Nazis gesagt haben. Sie hat uns oft besucht. Wir haben nur immer ein bißchen Angst gehabt, ob sie uns nachspionieren will. Sie hat uns zwar einmal erzählt, daß sie den Kram nicht mitmacht, wir waren aber trotzdem zurückhaltend. Wir sind dann zu dieser Frau gegangen, und die hat uns auch aufgenommen. Sie hat uns sogar ihr Schlafzimmer zur Verfügung gestellt. Später hat sie auch noch andere Leute aufgenommen. Sie hatte drei Familien aufgenommen, hat uns die Betten gegeben und selber auf dem Boden geschlafen. Dort haben wir dann das Kriegsende verbracht. Bis am 13.2. morgens die Gestapo an der Tür klingelte. "Packen Sie sich etwas zusammen, Sie kommen zum Arbeitseinsatz." Ich hab' sie mit reingenommen und gesagt: "Ich muß jetzt erst ein paar Zeilen an meinen Mann schreiben, damit er, wenn er heute abend heimkommt, weiß, wo ich bin." Die Beamten antworteten: "Beeilen Sie sich, beeilen Sie sich!" Daraufhin habe ich gesagt: "Gehen Sie schon mal fort, ich komme zur Gestapo, ich laufe schon nicht weg." Der eine Beamte hat dann zu mir gesagt: "Wenn Sie durchgehen, haben wir ja noch Ihren Mann." "Glauben Sie, ich opfere meinen Mann, weil ich jetzt verhaftet werden soll? Gehen Sie beruhigt fort, ich komme zur Gestapo." Die Beamten sind dann auch wirklich gegangen. Der eine Beamte hatte aber keine Ruhe und ist nach 20 Minuten wieder zurückgekommen. Ich hatte noch ein bißchen Wurst, das hatte ich mir eingepackt, und was man so an Wäsche braucht, habe ich in einen Rucksack gesteckt. Ich bin dann zur Gestapo. Dort hat man mich in einen Gang gestellt. Ich hab' dort erst gestanden und mich dann auf einen Stuhl gesetzt, der auch dort stand. Als ein Gestapobeamter vorbei kam, hat er nur gesagt: "Aufstehen!" Ich bin dann aufgestanden, und er hat den Stuhl weggetan. Man ist da ja wirklich nur noch ein Stückchen Mensch.

Ich bin dann in den Theaterkeller vom Kulissenhaus gebracht worden, da waren noch ungefähr zwölf andere. Wir wurden dort von grünen Beamten bewacht, nicht von der Gestapo. Die grünen

Beamten waren sehr anständig. Im Kulissenhaus wohnte oben eine Familie, die wir kannten. Ich bin dann mal schnell nach oben gegangen und habe dort Bescheid gesagt, was passiert ist, und sie sollten doch bitte meinem Mann sagen, wo ich bin. An diesem Abend war die Strecke Butzbach - Gießen bombardiert, und mein Mann mußte von Butzbach nach Gießen laufen. Zu Hause hat er dann erfahren, daß ich verhaftet bin. Von Schwestern aus dem Katholischen Schwesternhaus hat er dann erfahren, wo die Gefangenen sitzen. Er kam dann zu dem Kulissenhaus, und ein Beamter der grünen Polizei hat uns erlaubt, hinauszugehen. Der Polizist mußte aber bei uns bleiben. Ihm liefen noch Tränen über das Gesicht, und er hat gesagt: "Ich kann ja nichts dafür." "Das weiß ich", habe ich zu ihm gesagt. Morgens, ungefähr um 2.00 Uhr, erschien dann die Gestapo mit sechs Mann Begleitung und hat uns vom Theater zum Bahnhof gebracht. Mein Mann ist in absehbarer Nähe hinter uns her. Der Zug war dann auch noch besetzt, und wir wurden auf verschiedene Abteile verladen. Mein Mann konnte es fertigbringen und einen Platz neben mir bekommen. So haben wir noch ein paar Worte miteinander reden können. Die anderen Leute im Abteil schauten uns alle an, weil Gestapo dabei war. Ich habe dann zu meinem Nachbarn gesagt: "Wir sind keine Verbrecher, wir sind nur Juden." In Bad Nauheim ist mein Mann dann ausgestiegen. Als wir in Frankfurt angekommen sind, sind wir zur Großmarkthalle gebracht worden. Dort waren alles Leute aus Mischehen. Die Halle war ziemlich stark gefüllt, und es war auch sehr viel ausländische Gestapo aus Holland dort. Nachmittags kam dann grüne Polizei und brachte uns zum Güterbahnhof. Wir wurden dann in Güterwagen ohne Stroh oder sonst irgendetwas verteilt. In einem Waggon 40-45 Leute. In unserem Waggon ist ein junger Mann durchgedreht. Einmal gab es Fliegeralarm. Die Bewachung der Grünen ist in Sicherheit gegangen, und wir konnten aus unseren Waggons nicht raus. Die Güterwagen wurden zwei- bis dreimal am Tag geöffnet, wir durften dann auf offener Strecke unsere Notdurft verrichten. Die Güterwagen konnte man ein kleines Stückchen aufmachen, damit etwas Luft reinkam. Einmal stand uns ein Militärtransportzug gegenüber. Wir haben denen gesagt, wer wir sind, und die haben uns dann Wasser gebracht. Wir waren drei Tage und drei Nächte in diesem Viehwagen. Das wenige Essen, was noch da war, haben wir untereinander geteilt.

- F: Als Sie in dem Viehwagen gefahren sind, wußten Sie, wo Sie hinkommen?
- DS: Der Gestapobeamte hat gesagt, daß ich zum Arbeitseinsatz komme. Aber wo es hinging, wußten wir nicht. Ich hatte mir Postkarten mitgenommen und habe unterwegs eine Karte an meinen Mann geschrieben. "Wir sind auf dem Wege zu Onkel Emil", das war ein entfernter Verwandter, der in Theresienstadt war. Unterwegs hatte ich einen grünen Polizisten gebeten, die Postkarte einzuwerfen. Mein Mann hat diese Karte auch bekommen. In Theresienstadt bekamen wir auch einmal Postkarten. Jeder

durfte eine Karte nach Hause schreiben. Diese Karten sind aber nie angekommen.

F: Wie war das denn in Theresienstadt und mit dem Rücktransport?

DS: Als wir in Theresienstadt ankamen, wurden wir zuerst einmal entwest. Wir wurden in einen großen Raum geführt. Dort mußten wir uns nackt ausziehen. Unsere Kleider wurden von Männern aus dem Lager eingesammelt. In einem anderen Raum wurden wir untersucht. Wir wurden wieder von Männern an allen behaarten Körperstellen abgeleuchtet. Wer Läuse hatte, wurde total kahlgeschoren, die anderen bekamen nur die Haare kurz geschnitten. Dann durften wir uns duschen. Später bekamen wir unsere Zimmer zugewiesen.

In jedem Zimmer waren sechs Leute. Es gab dort übereinander stehende Betten. Weil es nicht genügend Bettdecken gab, haben wir zu zweit in einem Bett geschlafen. Als wir am ersten Morgen aufgewacht sind, haben wir uns fast nicht wiedererkannt. Wir waren total verschwollen. Es gab dort Wanzen, Flöhe, Mäuse und Ratten, alles mögliche Ungeziefer, was man sich vorstellen kann.

Zu essen haben wir nicht viel bekommen: Ein Stückchen Brot für drei Tage.

Eines Tages kamen Gefangene von Buchenwald. Wir durften die vom Bahnhof abholen. Das waren nur noch Skelette mit Haut. Die meisten sind auch gestorben. Bei uns im Lager durfte man sich zum Roten Kreuz melden. Man mußte sich dann ein Häubchen nähen und durfte andere Gefangene pflegen. Eine Frau aus meinem Zimmer hat das auch gemacht und ist dann selber an Typhus erkrankt.

Als die Russen kamen, haben wir sofort etwas zu essen bekommen. Jeder einen halben Laib Brot und eine Dose Wurst. Die Russen haben sich auch sehr um die Kranken bemüht. Sie haben sie Tag und Nacht gepflegt und "entwest".

Der Prof.Dr.Werner Schmidt, seine Mutter war auch bei meinem Abtransport dabei, hat von der Feuerwehr einen Wagen zur Verfügung gestellt bekommen. Dort waren Lebensmittel drin. Das Benzin für die Rettungswagen hatten die Amerikaner bereitgestellt.

Der Herr Schmidt sollte von Theresienstadt zurück nach Gießen und eine Genehmigung von den Amerikanern besorgen, daß wir nach Gießen dürfen, weil ja im Lager Typhus war. Das hat er aber nicht gemacht, da er die Genehmigung bestimmt nicht bekommen hätte. Er ist dann mit den Rettungswagen ein ganzes Stück vor das Lager gefahren. Er hat dann am nächsten Tag mit einer Aufseherin verhandelt, und wir wurden an diesem Tag für die Feldarbeit eingeteilt. Sonst habe ich immer in der Waschküche gearbeitet. Theresienstadt war eine richtige Festung, eine richtige Garnisonstadt. Die einzige Möglichkeit, das Lager zu verlassen, war mit dem Trupp, der zur Feldarbeit ging. Ich hatte mir von jemand eine Schürze geliehen und eine Wasserkanne mitgenommen. Wir sind dann an den Toren gezählt worden, aber wir sind so aus dem Lager rausgekommen. Wir

sind mit dem Trupp immer geradeaus, bis wir in einiger Entfernung die Rettungswagen gesehen haben. Als wir nicht mehr weit von ihnen entfernt waren, sind wir hingelaufen, so schnell wir konnten. Wir sind dann gleich losgefahren. Keiner von uns hat geglaubt, daß wir das schaffen. Die Dänen hatten ihre Gefangenen abgeholt. Von uns blieben nur die Typhuskranken zurück. Sie kamen dann lange später gut ausgeheilt zurück. Mit jedem Raddrehen habe ich gedacht: Ein Stückchen näher der Heimat.

F: Mußte Ihr Mann darunter leiden, daß Sie Jüdin sind?

DS: Ja, die Gestapo war auch hinter meinem Mann her. Sie hatten ausfindig gemacht, wo er in Frankfurt arbeitet. Eines Tages kam eine Mitarbeiterin von ihm mit dem Fahrrad von Frankfurt nach Gießen gefahren und hat gesagt: "Herr Dr. Scheurer, kommen Sie nicht nach Frankfurt, Sie werden sonst sofort verhaftet." Von diesem Tag an ist mein Mann nicht mehr nach Frankfurt gefahren.

Viele Freunde und Kollegen haben sich auch von meinem Mann zurückgezogen, als sie erfuhren, daß ich als Verfolgte gelte. Er war sozusagen ganz isoliert.

Mein Mann wurde wegen mir auch als Schulleiter entlassen. Die Gestapo und einige Freunde hatten ihm damals geraten, sich scheiden zu lassen. Er hätte dann wieder als Lehrer arbeiten können.

Mein Mann hat das aber abgelehnt.

Interview mit Frau Emilie Feuster, geb. Lind, am 29.10.82

Frau Feuster, geboren 1911, lebte in einem Dorf in der Nähe von Lich. Hier in Garbenteich war die Bevölkerung sehr aufgeschlossen. Hauptsächlich Leute, die Schulden hatten, wurden Rädelsführer und fühlten sich besonders stark. Sie selbst hat auf dem Dorf keinen Judenstern tragen müssen, da ihre Kinder evangelisch waren. Da sie nicht in Lich wohnte, wurde sie 1942 noch nicht abtransportiert, sondern erst im Februar 1945. Zu diesem Zeitpunkt war sie 34 Jahre alt. Die meisten anderen Frauen waren zwischen 60 und 65. In dem Dorf Garbenteich hatte sie bis zum Abtransport kaum etwas zu befürchten gehabt. Sie erlebte auch, wie in Lich Geschäfte ausgebrannt, die Synagoge im Innenraum verwüstet und Akten verbrannt wurden. In Lich war eine starke jüdische Gemeinde. Frau Feusters Vater (1) kam am 4.12.1938 in Buchenwald ums Leben. Viele jüdische Familien versuchten, ins Ausland zu entkommen. So auch die Familie Feuster. Als sie beschloß, nach Amerika auszuwandern, wurden jedoch schon alle Häfen kontrolliert, und an Ausreise war nicht mehr zu denken. Als ihre Mutter 1942 abgeholt und vorerst nach Frankfurt transportiert wurde, ertränkte diese sich im Main, um nicht wie ihr Mann zu sterben. Hunderte von Menschen haben das gleiche getan, um späteren

1) Bernhard Lind, geb. 1877

Qualen zu entgehen. Frau Feuster mußte die Leiche ihrer Mutter identifizieren. Die Tote hatte außer einem Abschiedsbrief nichts hinterlassen.

Frau Feuster ist auch heute noch jüdischen Religionsbekenntnisses. Andere hatten in den Kriegsjahren versucht, durch Taufe dem Abtransport zu entgehen.

Sie gehörte zu den letzten Juden, die abtransportiert wurden. Auf ihren Abtransport war sie in keiner Weise vorbereitet worden. Der Einsatz ging über die Gestapo, die die Grüne Polizei eingesetzt hatte. Wenn es über die Partei gelaufen wäre hätte sie davon gewußt. Sie wurde plötzlich um 4.00 Uhr morgens abgeholt. Um 6.00 Uhr mußten schon alle in Gießen sein. Die Fahrt dorthin, wie auch alle weiteren, mußten sie selbst bezahlen. Frau Feuster hatte keine Ahnung, wohin sie gebracht wurde. Die meisten dachten, sie kämen zu einem Arbeitseinsatz. Zu Essen konnte sie nichts mitnehmen, da es zur Kriegszeit sowieso keine Vorräte gab. Als sie in Gießen ankamen, wurden sie zum Burghof gebracht. Dort verbrachten sie einige Stunden, mußten dann infolge eines Alarms aber in den Theaterkeller wechseln. Dort traf sie den Hilfspolizisten Münch, der sie fragte: "Was machen Sie denn hier?"

Nach einiger Zeit brachen sie zum Bahnhof auf. Auf dem Weg dorthin sah sie einige Bekannte, die sich verkleidet hatten und sehen wollten, wo sie hinkam.

Am Frankfurter Ostbahnhof wurde der Transport von der SS übernommen. Von einem hörte sie: "Gott sei Dank, dieses Judentum wären wir auf immer los."

Hier standen schon einige Waggons, in denen Frankfurter Juden warteten. Die Leute aus Frankfurt durften alles mitnehmen, jedoch wurde es ihnen später abgenommen. Von diesen Leuten erfuhren die Neuankömmlinge auch ihr "Reiseziel": Theresienstadt.

In Viehwaggons, in denen nur ein wenig Stroh ausgebreitet war, hatte man schätzungsweise 30 Menschen eingepfercht. Frau Feuster betonte jedoch, daß auch viele Polizisten nett und freundlich zu ihnen gewesen wären. Sie gaben sogar ihre Briefe an Angehörige auf. Bei Ankunft in Theresienstadt war alles hell erleuchtet. Es gab keine Fluchtmöglichkeiten während der Fahrt. Mit der Verpflegung half man sich gegenseitig aus. Nach vier Tagen Fahrt erreichten sie Theresienstadt.

Hier wurden vor allem Schuhe, Stutzen, Uniformen und noch andere Dinge für den Krieg hergestellt. Sie selbst arbeitete in der Glimmerfabrik. Mit dem Messer mußten die Glimmerklötze gespalten werden. Dies war hauptsächlich die Arbeit für die jüngeren Leute. Jeden Tag kam die SS und kontrollierte die Produktion. Wurde einmal weniger hergestellt, hatte dies einen sofortigen Essensabzug zur Folge. Gegenüber der Festung waren die Moorsoldaten. Als sie kurze Zeit in einem anderen Zimmer untergebracht war, hat sie beobachtet, wie sie jeden Abend 5 oder 6 Tote auf den Schultern zurück trugen. Es gab keine Wasserleitungen und kein elektrisches Licht in dem KZ. Die meisten waren unterernährt. Die Arbeit war nach dem Bericht von Frau Feuster nicht einmal das Schlimmste. Schlimmer war es, nicht als Mensch angesehen zu werden. Als die SS im April erfuhr, daß der Russe am Vordringen sei, wurden alle Akten vernichtet.

Auch unter den Gefangenen sprach sich die Nachricht bald herum. Als erste kamen die vom Roten Kreuz, also Schweden, nach Theresienstadt. Wären sie nicht am 13. April gekommen, so wären noch einmal viele Menschen umgebracht worden. Es waren schon alle Vorbereitungen dafür getroffen, und auch die Betroffenen wußten, daß sie nicht mehr lange zu leben hatten. Nachdem die Amerikaner Gießen befreit hatten, wurde sie von den Gießenern abgeholt, nachdem sie gerade 15 Wochen in Theresienstadt war.

Als die Gießener endlich in das Lager durften, gab es wiederum Schwierigkeiten, es wieder zu verlassen. Unter die Landarbeiter gemischt, gelang das Entkommen schließlich doch.

Als sie zurück nach Garbenteich kam, fand sie ihre Wohnung noch vor. Den 3 Kindern, die sie zurückgelassen hatte, war noch nichts geschehen. Auch die Bevölkerung, die von den Verhältnissen im KZ nichts geahnt hatte, war über ihre Rückkehr froh. Sie traf auch viele, die im Krieg Nazis waren. Es wurde sich gegenseitig mit Lebensmitteln ausgeholfen. Frau Feuster ist der Meinung, man solle nicht Gleiches mit Gleichem vergelten.

Nachtrag: Kurz vor ihrer Befreiung kam sie noch in Kontakt mit Frauen aus Buchenwald, die auf dem Heimweg waren. Viele dieser Frauen waren wahnsinnig oder nervlich am Ende. Sie sahen zu, wie die Nazis Kinderfeste veranstalteten. Die Kinder waren von einem elektrischen Zaun umgeben und wurden vor den Augen ihrer Mütter getötet.

Interview mit Herrn K. in E. am 4.1.1983

Herr K. ist der Cousin von Hans Jochanan Oppenheimer. Er ist ca. 60 Jahre alt und lebt sonst in Bielefeld, an manchen Wochen mit Zweitwohnsitz in E.

Die Fragen sind weggelassen, weil Herr K. ziemlich zusammenhängend in der chronologischen Reihenfolge erzählt hat.

Ich bin in E. geboren und auch hier zunächst aufgewachsen. Ich zog dann mit den Eltern 1936 nach Frankfurt/M. Ich absolvierte dann noch die kaufmännische Lehre. Am Tage der sog. "Reichskristallnacht" kam ich zufällig in Leipzig, wo ich meine Freundin besuchte, in eine große Menge Menschen. Obwohl ich einige Nächte blieb, ist mir nichts passiert, da ich mich nicht polizeilich meldete. Ich hatte daraus auch keine Schwierigkeiten. 1939 bin ich dann nach H., das war ein landwirtschaftliches Gut für die jüdische Jugend, das auf Palästina vorbereitete. Es gab schon illegale Transporte nach Jugoslawien, aber wegen des Krieges ging das dann nicht mehr. 1941 ging ich dann nach Bielefeld, dort war ein jüdisches Umschulungslager. Wir durften bestimmte erlernte Berufe nicht mehr ausüben. Ich arbeitete in Fabriken und auch im Tiefbau. Es gab keine Möglichkeit mehr, nach Palästina auszuwandern. Ich bin dann endgül-

tig mit meiner Braut, die in einer Küche arbeitete, nach Bielefeld gegangen. Ich lebte dort und arbeitete in einer Fahrradfabrik. Zunächst möchte ich jedoch ein schlimmes Erlebnis schildern. Als ich 1941 zu Besuch bei meinen Eltern war, sah ich bereits die Gestapo in der Wohnung, wie sie wühlte und meine Eltern abholte. "Was wollen Sie denn hier?" "Ich bin der Sohn." "Hauen Sie ab, sonst kommen Sie gleich mit." Es war ein furchtbarer Abschied von meinen Eltern. Ich bekam einen Nervenzusammenbruch, ich heulte von Frankfurt bis Bielefeld. Ich wußte, daß ich meine Eltern nicht mehr sehen würde. Auch meine Freundin, die nun meine Ehefrau geworden war, habe ich seit dem Transport von Bielefeld nach Auschwitz nicht mehr gesehen.

Am 3.3.43 kamen wir nach Auschwitz, wir waren 3 Tage und 3 Nächte gefahren. Tote hat es in unserem Waggon nicht gegeben, auch an Unterernährung hat keiner gelitten, weil die Menschen sich mit Essen eindecken konnten.

In Auschwitz lag Schnee, als wir ankamen. Ich hatte keine Ahnung, wo wir hinkamen. Der, der es ahnte, wagte nichts zu sagen. Die plombierten Waggons wurden aufgemacht. Die SS empfing uns mit Knüppeln. Wir mußten uns schnell einordnen - die Frauen links und die Männer rechts. Dann begannen die Selektionen. Nur die Arbeitsfähigkeit spielte eine Rolle. Diese wurde recht oberflächlich festgestellt. Manche wurden also vergast, die noch körperlich tüchtig waren.

Von dem Vergasungs- und Leichengeruch, von dem immer die Rede ist, habe ich nichts gemerkt, weil wir ziemlich außerhalb ausgeladen wurden. Ich erinnere mich noch heute an das Eingangsschild "Arbeit macht frei". Das war das, was wir anfangs erwartet hatten, daß man uns zur Arbeit in den Osten schicken werde.

Wir wurden zunächst in die Duschräume geschickt. Alles, was man an- und mithatte, mußte man abgeben. In den Waschräumen standen wir nackt. Später wurden die Haare geschnitten und das Entlausungszeug eingepinselt. Wir bekamen dann die Häftlingsanzüge (die sog. Pyjamas) und Holzschuhe. Ich kam dann in das Lager Monowitz/Buna, ein Lager der I.G. Farben. Dort mußte man Rohre tragen und andere schwere Arbeit verrichten. Wir waren von der SS bewacht, wer nicht laufen konnte, wurde mit Genickschuß erledigt. Fast täglich sah ich solche Szenen. Jeder bekam seine Nummer auf den Arm gebrannt. Ich hatte 105 112 (zeigt die Nummer am Arm), das war noch eine niedrige Nummer. Dann mußte jeder in seinen Block.

In meiner Baracke lebten ca. 200 Menschen. Drei Etagenbetten waren übereinander. Im schmalen Bett lagen wir, nur mit einer dünnen Decke bekleidet. Etwas geheizt war bei uns, weil Rohre durch unsere Baracke gingen. Auch die vielen Menschen beieinander bedeuteten Wärme.

Im Winter wurde es manchmal bis -30° C. Das Krankenlager bedeutete den Tod. Das war nämlich keine Krankenpflege im üblichen Sinne. Im Krankenhaus wurden Experimente mit Menschen gemacht. Zum Glück wurde ich nie krank in dieser Zeit. Ich führe das darauf zurück, daß ich mich immer gewaschen habe, bevor ich nach der Arbeit Essen fassen ging. Das Essen war dürftig. Die Hauptmahlzeit bestand aus 1 l Wassersuppe mit Brot pro Tag. Tausch von Zigaretten gegen Essen half einem.

Nach dieser Zeit der schweren Arbeit kam ich auf die Poststelle. Ich war dank des Waschens sauber (soweit man das sein konnte) und bekam deshalb diese leichte Arbeit. Bis zum 18. Januar 1945 kamen die Russen näher. Da mußten wir 70 km bis Gleiwitz laufen. Von Zehntausenden kamen 6-7000 nicht mehr weiter, starben unterwegs oder wurden erledigt. Von Gleiwitz fuhren wir in offenen Waggons durch ganz Deutschland. Dann landeten wir zum Schluß in Nordhausen/Harz. Von unserem letzten Transport war wieder die Hälfte tot. Ich habe wahrscheinlich deshalb überlebt, weil ich keine schwere Arbeit zum Schluß machen mußte. Im April war dann ein Großangriff auf Nordhausen. SS und Häftlinge flüchteten. Die Kaserne lag am Fluß. Mein Freund hatte Erfahrung (er hatte verschiedene Feldzüge mitgemacht) und half mir. Wir flüchteten in den Wald. Nachts kamen die ersten Panzerspähwagen der Amerikaner - da waren wir gerettet.

K) DOKUMENTE

Dok. 1a

*Jüdische Betreuungsstelle -
für Stadt- und Landkreis Gießen*

Der Leiter:

Ludwig Stern

Bankkonto:

Handels- und Gewerbebank, Gießen

Fernruf 1716

Gießen (Hessen)

Lonystraße 4

Ihre Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unsere Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Datum:

St/Ba. 12.9.47.

Im Stadtkreis Giessen lebten vor dem

1. 1. 1933 ca. 1100 Juden

am 29. 8. 1938 362 Juden

18. 3. 1939 333 "

1. 7. 1941 190 "

1. 12. 1942 14 "

Im Sept. 1942 wurden aus Giessen 150 Personen
deportiert, die über 65 Jahre kamen nach There-
sienstadt, unter 65 Jahre nach Polen.

Aus Theresienstadt zurückgekehrt sind aus
dem Stadtkreis Giessen 14 Personen, davon leben
8 in Mischehe, eine Person davon ist ledig.

Jüd. Betreuungsstelle
für Stadt- und Landkreis Gießen

Schulamt
Gießen

Gießen, den 25. Januar 1937.

Betr. Arische Abstammung der Beamten und ihrer Ehefrauen.

Vfg.

Freiwillig,

An die

Leitung der Goethe-Schiller-Pestalozzische-Gewerbl. Berufs-
Kfm.-Mädchen-Berufsschule-Oeffentl. HdL.-Anst.
Vogtsche Privat-Hdlschule, Höhere Privatschule,
und Aliceschul-Verein.

G i e ß e n.

Der Reichs- und Preussische Minister des Innern hat in seinem Erlasse vom 10. Dezember 1936 zu II SB 6100/4998 angeordnet, daß alle Beamten zu ihrem bereits vorliegenden Fragebogen über die arische Abstammung folgende Erklärung abzugeben haben:

" Mir ist nicht bekannt, daß ich von jüdischen Eltern oder Großeltern abstamme. "

Gleichzeitig soll auch der Fragebogen über die arische Abstammung der Ehefrau des Beamten durch Abgabe folgender Erklärung ergänzt werden:

" Mir ist nicht bekannt, daß meine Ehefrau von jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. "

In dem genannten Erlasse des Reichs- und Preussischen Ministers des Innern ist weiter angeordnet, daß der Fragebogen über die Abstammung des Beamten mit folgenden Fragen zu versehen und deren Beantwortung zu veranlassen ist:

a) Sind Sie verheiratet ?

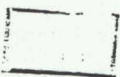
b) Wieviele Kinder haben Sie ?

Um der Auflage des Reichs- und Preussischen Ministers nachkommen zu können, wird angeordnet, daß jeder Beamte die geforderte Erklärung und, sofern er verheiratet ist, auch die entsprechende Erklärung für seine Ehefrau abzugeben hat. Gleichzeitig sind auf besonderem Bogen von jedem Beamten die Fragen unter a) und b) zu beantworten. Diese Anordnung wird auch auf die Beamtenwärter erstreckt. Jede Erklärung ist gleichfalls auf besonderem Bogen abzugeben.

Die Schulleitungen reichen die abgegebenen Erklärungen sowie die Bogen mit den beantworteten Fragen a) und b) bis spätestens 15. Februar 1937 dem Stadtschulamt Gießen ein. Der Termin ist genau einzuhalten.

..... Anlagen.

15. Februar 1937.



✓ / Ph.

Dok. 2a

A u s s c h n i t t .

27. Feb. 1941

122
XXX Rundschr. Nr. 31 an die Schulleiter in Stadt u. Kreis Gießen

vom 13.2.41

Betreffend: Abstammungsnachweis (Verf. der Landesregierung vom
7. II. 1931 zu Nr. VII/I. 461).

Der Nachweis der deutschblütigen Abstammung muß immer noch sehr häufig erbracht werden. Dabei wird es vielfach nicht genau genug genommen. Folge: unnötige Hin- und Herschreiberei und eine Belastung der Ämter, die kaum noch überboten werden kann.

Ich bitte deshalb alle Schulleiter, von der nachstehend bekanntgegebenen Verfügung der Landesregierung sämtliche unterstellten Lehrkräfte in Kenntnis zu setzen, die Kenntnisnahme schriftlich bescheinigen zu lassen und diese Bescheinigungen zu den Schulakten zu nehmen.

Ich bin gezwungen, in Zukunft alle, die die Vorschriften nicht peinlich genau befolgen, zur Besprechung hierher kommen zu lassen. Auf diese Weise hoffe ich, der endlosen Schreiberei wenigstens in einer Frage entgehen zu sein.

Die Verfügung lautet:

" Bei der Wichtigkeit des Nachweises der deutschblütigen Abstammung ist vor der Vorlage der Unterlagen Ihr besonderes Augenmerk auf sorgfältige und vollständige Ausfüllung der Vordrucke zu richten. Besonders die Ahnenpässe weisen oft Mängel auf, die ihnen den Urkundenwert nehmen. Sie enthalten zuweilen Rasuren, unbeglaubigte Streichungen oder Zusätze u.ä. Zwischenräume müssen mit Strichen ausgezogen sein. Vielfach lassen die Einträge nicht deutlich erkennen, auf welche Art von Urkunden die Beglaubigung zurückzuführen ist, weil das Standesamt (bzw. vor 1876 das Pfarramt) nicht angegeben sind.

Heirats- oder Sterbeprotokollen dürfen zur Beglaubigung von Geburtseinträgen nicht herangezogen werden.

Ist im Falle einer unehelichen Geburt der Erzeuger nicht bekannt, so sind sofort bei Bekanntwerden dieser Tatsache diesbezügliche Nachforschungen bei dem zuständigen Pfarramt sowie bei dem betreffenden Vormundschaftsgericht anstellen zu lassen. Über das Ergebnis ist unter Vorlage der amtlichen Antwortschreiben zu berichten. Sollten die Nachforschungen erfolglos bleiben, so muß gemäß § 25, Ziffer 4 der Durchführungsverordnung zum D.B.G. vom 29. Juni 1937 die deutschblütige Abstammung der Mutter des unehelichen Kindes durch Vorlage ihrer Geburtsurkunde nachgewiesen werden.

Um unnötigen Schriftwechsel zu vermeiden, ersuche ich, die Unterlagen zum Nachweis der deutschblütigen Abstammung (Ahnenpässe) vor der Weitergabe an mich genau zu überprüfen.

Im Auftrag:
gez. Grein. "

Öeffentliche Handelslehranstalt

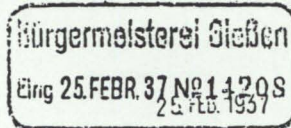
der Industrie- und Handelskammer Gießen

Zweijährige Handelsschule . Höhere Handelsschule . Sonder-Lehrgänge

Fernsprech-Anschluß Nr. 2480 . Bank-Konto: Bezirks Sparkasse Gießen Nr. 4802 . Postfach-Konto: Frankfurt a. M. Nr. 2931

Stadtschulamt,

G i e s s e n .



Gießen, 24. Febr. 1937.

Wernerwall 11 (Am Gasmalergarten)

Ihre Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Legenbuch-Nr.: 4631

Betreff:

Arische Abstammung der Beamten und ihrer Ehefrauen.

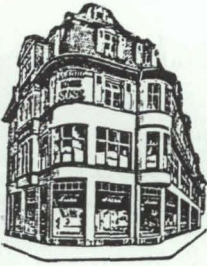
Die geforderten Erklärungen über die arische Abstammung sind von mir für alle Lehrkräfte der Öffentlichen Handelslehranstalt dem Stadtschulamt zugestellt worden.

Heil Hitler!

J. Erise.

34

Dok. 3



L. SÜSSL SCHUHWAREN • GIESSEN

GEGRÜNDET 1885 • FERNSPRECHER NR. 3434 • BANKKONTO: COMMERZ. UND
PRIVATBANK GIESSEN • POSTSCHECKKONTO: 26024 FRANKFURT AM MAIN

IHRE ZEICHEN:

IHRE NACHRICHT VOM:

UNSERE ZEICHEN: II/St

DATUM: 9.7.35

An die
Stadtverwaltung,
Giessen.

Der beim hiesigen Stadttheater beschäftigte Herr Anton Wahlen schuldet mir aus einer Forderung vom Jahre 1933 noch einen Betrag von RM 4.62. Leider konnte ich bis heute trotz sehr häufigen Mahnens nicht zu meinem Guthaben kommen. Ich möchte Sie deshalb höfl. bitten, Herrn Wahlen zu veranlassen, die Angelegenheit zu erledigen. Ich bin auch mit Ratenzahlung einverstanden. Ich danke Ihnen im voraus für Ihre Bemühungen und zeichne

mit deutschem Gruss

Wirtschaftsministerium Gießen

III.

Gießen, den 18. Juli 1935.

Betrifft: Den Schauspieler Anton Wahlen.

V e r f g .

Q. I. An die Firma L. S ü ß , Gießen, Marktstraße.

Auf Ihr Schreiben vom 9.7.1935 Ihre Zeichen II/St. teilen wir Ihnen mit, daß wir rechtlich keine Möglichkeit haben, Ihrem Ansinnen zu entsprechen.

Wir geben Ihnen anheim, sich an dem Genannten selbst schadlos zu halten.

Q. II. Abschrift von dem Schreiben der Firma S ü ß Herrn Anton Wahlen zur Kenntnisnahme übersenden.

Wir können nicht verstehen, daß Sie in einem nicht-deutschen Geschäft Einkäufe tätigen und sich außerdem wegen einer bestehenden Restforderung aus dem Jahre 1933 mahnen lassen.

✓ III. Weglegen.

Wahlen

Dok. 5

30. August 1937.

Dienstleistungszeugnis.

Der Schauspieler Wolfgang K ü h n e war seit Herbst 1931 beim hiesigen Stadttheater angestellt. Er zeigte in seinem Beruf eine außerordentliche Begabung und ging mit seltenem Fleiß und gutem Erfolg an die Lösung der ihm gestellten Aufgaben. Seine Darstellung und Herausarbeitung der einzelnen Rollen war vorbildlich und in jeder Weise zufriedenstellend, seine Einführung in kraftvoller Gestaltung war ausgezeichnet. Bis 1933 war er als Dramaturg tätig und hatte in der Vorlage der aufzuführenden Stücke einen gesunden natürlichen Sinn gezeigt. Die Nachprüfung hat ergeben, dass er auch von der damaligen Zeit mit ihren Auswüchsen nicht angekränkt wurde. Im ganzen bestätige ich ihm, dass er fleissig und zielbewusst gearbeitet hat und als Spielleiter einer gesunden Auffassung zum Durchbruch verhalf.



Oberbürgermeister.

Der Oberbürgermeister

29. Juni 1937.

I.

Verfg.

L.

ent. I. Herrn
Schauspieler Wolfgang Kühne,
G i e ß e n .
(Stadttheater)

Auf Grund der Nr. 6 der 2. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 4. Mai 1933 kündige ich Ihnen hiermit das Dienstverhältnis mit der Stadt Gießen (Stadttheater) mit Wirkung vom 1. Oktober 1937.

II. Zu den Pers. Akten.



Oberbürgermeister.

Dok. 7

I. Dienstvertrag

Zwischen

dem Stadtheater Gießenvertreten durch Intendant Hermann Schultze - Griesheim

und

Herrn, ~~Fräulein~~ Wolfgang Kühn

ist folgender Vertrag abgeschlossen worden:

Spielleiter, Schauspieler u. Sänger für

Das Mitglied ist für die Kunstgattung als Schauspiel, Oper und Operetteund für das Kunstfach als I. Chargenspieler, Charakterdarsteller und pere noblefür das ~~xxx~~ Stadt Theater in Gießen u. angegl. Orte angestellt.Die Bezeichnung des Kunstfachs wird durch das in der Anlage bezeichnete Rollengebiet ersetzt — ergänzt.
(Dieser Satz kann auch gestrichen werden, wenn das Kunstfach ausgefüllt wird.)

§ 2.

Der Vertrag beginnt am 16. September 1937und endet am 15. September 1938

§ 3.

Das Mitglied hat zu beanspruchen:

1. ein Gehalt von

im . Vertragsjahre monatlich 275. — RM. (in Worten zweihundertfünfundsiebzig RM.)im . Vertragsjahre monatlich RM. (in Worten RM.)im . Vertragsjahre jährlich RM. (in Worten RM.)im . Vertragsjahre monatlich RM. (in Worten RM.)im . Vertragsjahre jährlich RM. (in Worten RM.)

2. ein Spielgeld für jede Vorstellung, in welcher das Mitglied beschäftigt ist, gleichviel ob in einer oder mehreren Rollen, im Betrag von

im . Vertragsjahre RM. (in Worten RM.)

im . Vertragsjahre RM. (in Worten RM.)

im . Vertragsjahre RM. (in Worten RM.)

Dieses Spielgeld wird monatlich — jährlich — für die Dauer der Spielzeit mal gewährleistet.

3. für die Mitwirkung in einer zweiten oder dritten am gleichen Tage stattfindenden Vorstellung eine Vergütung

von 1/3 Tagesgage ~~xxx~~ RM.

4. für die Mitwirkung in einer durch Rundfunk, Telefon usw. übertragenen Vorstellung eine Vergütung

von RM.

5. für die Mitwirkung in einer aus dem Senderraum des Rundfunks übertragenen Vorstellung eine Vergütung

von RM.

§ 4.

Besondere Vereinbarungen über die Art und den Umfang der Leistungen und über angemessene Beschäftigung:

- s. bes. Anlage -

Fassung vom 20. Januar 1933
Gültig ab 1. September 1933

77

Der Reichsminister

für Volksaufklärung und Propaganda
(Reichskulturkammer)

Stempelzeichen: RK 518/5011
(In der Antwort angeben)

Berlin W8, den 13. September 1937.
Wilhelmplatz 8-9
Fernsprecher: 11 00 14

An
den Intendanten des Stadttheaters Giessen,
Herrn Schultze-Griesheim,
Giessen.

Hierdurch teile ich Ihnen auf Ihr Telegramm vom 6. September 1937 mit, dass ich Herrn Wolfgang Kühne die Genehmigung erteile, bis zur endgültigen Klärung seiner Angelegenheit in seinem Beruf weiterhin tätig zu sein.

Diese Bescheinigung gilt als Ausweis gegenüber Beauftragten der Reichstheaterkammer und nur für das Stadttheater Giessen.

Im Auftrag
gez. Hinkel.



Beglaubigt:

[Handwritten signature]

Stadttheater Giessen

Intendant Hermann Schulze-Griesheim

Fernsprecher: Giessen 4189

Giessen, den 15. September 1937.

Herrn

Oberbürgermeister R i t t e r

G i e s s e n

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

In der Anlage überreiche ich Ihnen den
Beschluss der Reichskulturkammer, Herrn K ü h n e betref-
fend und bitte, seine Kündigung bis zur endgültigen Klärung
aufzuheben.

[Handwritten signature]
R.

Heil Hitler !

[Handwritten signature]

Dok. 9

Gießen, den 1. J u l i 1937 .

Herrn
 Direktor Scheffels
 Reichstheaterkammer - Fachgruppe 1
 Berlin W , Keithstraße 10

Sehr geehrter Herr Direktor Scheffels !

Zunächst möchte ich Ihnen herzlich danken für Ihre ausführliche Stellungnahme im Fall Nieren. Die Sache ist inzwischen durch eine gütliche Vereinbarung und durch die Auszahlung des Gagearrestbetrages erledigt .

Leider bin ich gezwungen, Ihnen heute erneut einen Fall vorzutragen mit der Bitte um Ihre Stellungnahme. Der Schauspieler Wolfgang K ü h n e ist mit einer Jüdin verheiratet und hat zwei Kinder. Gestern wurde ihm nun im Auftrag des Reichsstatthalters eine Kündigung zum 1. Oktober 1937 zugestellt mit der Begründung, daß alle jüdisch versippten Angestellten in Betrieben der öffentlichen Hand analog den entsprechenden Bestimmungen des Berufsbeamtengesetzes zu entlassen sind .

Nun würde mich vor allem interessieren 1. zu erfahren, ob das einer allgemeinen Reichsregelung entspricht, d.h. ob jetzt an allen städtischen und staatlichen Theatern die fraglichen Mitglieder gekündigt wurden und 2. ob diese Kündigung vor Ablauf des bestehenden Vertrages erfolgen darf. Der Vertrag des Herrn K ü h n e , der im März d. Js. abgeschlossen wurde, läuft noch bis 15. September 1938 .

Zu dem Persönlichen möchte ich bemerken, daß es sich bei Herrn Kühne um ein Mitglied handelt, das seit sechs Jahren in Gießen engagiert ist, stets - trotz häufiger Nachprüfung - die Mitgliedschaft der Reichskulturkammer erhalten konnte, ein außerordentlich wertvoller und interessierter Mensch ist und der dazu als Schauspieler sowie als Regisseur für Schauspiel und Oper im Augenblick nur schwer zu ersetzen ist. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn gerade in diesem Fall wieder eine der tüchtigsten Kräfte aus dem Theaterleben ausscheiden müßte und wäre Ihnen, sehr verehrter Herr Direktor, zu besonderem Dank verpflichtet, wenn Sie mir einen Weg zeigen könnten, Herrn K ü h n e wenigstens bis zum Ablauf seines Vertrages behalten zu können. Ich bemerke noch, daß sich Herr Oberbürgermeister H i t t e r auch persönlich für Herrn K ü h n e einsetzen will, um vor allem dem Herrn Reichsstatthalter gegenüber seine Zuverlässigkeit zu betonen .

Für Ihre Bemühungen danke ich Ihnen im voraus herzlich und bin mit

Heil Hitler

Ihr sehr ergebener

Reichstheaterkammer

Fachschaft Bühne

Fachgruppe 1

(Theaterverwalter u. Bühnenleiter)

Berlin W 62, den 14. Juli 1937

Budapester Straße 26

Telefon: Sammel-Nr. 25 92 66

jetzt: Keithstr. 10

Geschäftszeichen: Sch/Br. 33409-2/1-37

Herrn
Intendant Schultze-Griesheim
Stadttheater
G i e ß e n

betr. Wolfgang Kühne.

Sehr geehrter Herr Intendant!

Herr Ministerialrat Scheffels, zurzeit auf Urlaub, hat uns in der Vertragsangelegenheit Wolfgang Kühne folgende gutachtliche Äusserung zugehen lassen und lässt Ihnen anheimstellen, die Sach- und Rechtslage mit dem Herrn Oberbürgermeister oder seinem Vertreter und dem Rechtsamt der Stadt zu erörtern:

- 1.) Es ist richtig, daß im gesamten öffentlichen Dienst darauf gehalten ist, die jüdisch versippten Dauerangestellten bis zum 30.6.37, dem letzten Tage der Geltung des sog. Berufsbeamtengesetzes zu kündigen. Grund dieser Kündigungen war - wie bei den jüdisch versippten Beamten -, daß es unhaltbar scheint, daß ein jüdisch versippter Beamter (oder Dauerangestellter) nicht die Reichsflagge an seiner Wohnung usw. zeigen darf. Es ist aber m.E. reine Ermessenssache, ob man diesen Grund bei einem befristet angestellten Vertragsangestellten anwenden will oder nicht. Liegt eine ausdrücklich auf den Fall Kühne bezogene Einzelentscheidung des Herrn Reichsstatt-halters vor, so ist die Angelegenheit für den Herrn Oberbürgermeister zunächst entschieden: unbeschadet der Möglichkeit, Gegenvorstellungen zu er-

./.

heben. Sonst ist der Herr Oberbürgermeister wohl in der Lage, die Kündigungsfrage seinerseits nochmal zu überprüfen. Dabei wird er auf folgende Fragen eingehen können:

- a.) War Kühne schon vor 1933 im Dienst der Stadt
oder
- b.) war bei Kühne's (späterer) Verpflichtung die
jüdische Versippung bekannt?

2. Wendet man das Berufsbeamtengesetz an, so wird man nicht umhin können, auch die finanziellen Bestimmungen durchzuführen, d.h. man wird Kühne über den 1.10.37 hinaus noch die 75% seiner vertraglichen Ansprüche bis zum Endpunkt seines Vertrages bewilligen müssen, wie es m.E. in den Durchführungsbestimmungen zum B.B.G. vorgeschrieben ist.

3. Will Gießen warten, bis die Reichstheaterkammer oder Reichskulturkammer den Kühne ausschliesst, so wäre der ~~Ausschluss~~ - wirksam geworden - eine neue Tatsache, die die Lösung des Vertrages rechtfertigt. Die Kammer wird von einem Ausschluss wohl nur absehen, wenn Oberbürgermeister und Reichstatthalter mit gewichtigen Gründen sich für K. einsetzen.

Heil Hitler!

Im Auftrage:

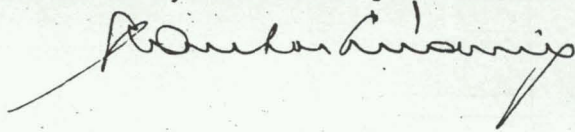
Moskau

Der Intendant
Theaters der Universitätsstadt Gießen
u. des städt. Orchesters

Gießen, den 15. Febr. 1944
Int/Sch.

An den
Herrn Oberbürgermeister
d.H. Herrn Stadtammann G i l b e r t
G i e ß e n
Stadthaus.

Ich überreiche in der Anlage mit der Bitte um Rückgabe die Akten des Juden Daniel Jsrael G o l d s c h m i d t, der uns seit einigen Tagen ohne jedweden Ersatz weggenommen wurde und nun in einer hiesigen Kartonnagenfabrik tätig ist. Ich bitte um Ihre sofortigen Maßnahmen zur Erlangung einer entsprechenden Ersatzkraft für Goldschmidt, da uns außerdem seit gestern wieder der junge Bühnenarbeiter Hugo Steinmetz zur Marine eingezogen wurde. Herr Löffler erklärt mir, daß die Aufrechterhaltung des technischen Betriebes unter den jetzigen Umständen nurmehr die Frage einer kurzen Zeit sein kann. Ich bitte, Herrn Löffler persönlich kommen zu lassen.



Anlage:
Akten Goldschmidt

wenden.

Dok. 12

**Der Oberbürgermeister
der Stadt Gießen**

Verfg.

17. Februar 1944.

5. pr.
1. An das

Arbeitsamt

G i e s s e n .

I

Zuweisung von Ersatzkräften
für das Stadttheater Gießen.

Wi. Ihnen bekannt, musste der Jude Daniel Israel Goldschmidt, der über 32 Jahre im Theaterbetrieb als Theaterarbeiter beschäftigt war, aus dem Arbeitsverhältnis beim Theater entlassen werden und wurde von Ihnen einer hiesigen Kartonnagefabrik zugewiesen. Außerdem ist der Bühnenarbeiter Hugo Steinmetz zur Wehrmacht eingezogen worden. Es ist ganz ausgeschlossen mit den noch verbliebenen wenigen technischen Kräften den Bühnenbetrieb aufrecht zu erhalten und ich bitte Sie daher dringend, um Zuweisung geeigneter Ersatzkräfte. Ich gestatte mir hierbei darauf hinzuweisen, daß nach einer Führeranordnung die Theaterbetriebe auch während des Kriegs aufrecht erhalten bleiben müssen.

Da die Angelegenheit sehr dringlich ist, wäre ich Ihnen für eine beschleunigte Zuweisung von Arbeitskräften besonders dankbar.

J.V.

2. Wvl. 15.3.44.

✓ 15. 4. 44

✓ 15. 5. 44

✓ 1. 8. 44

✓ 1. 11. 44

✓ Weylag.

6009

Abschrift!

Hessisches Staatspolizeiamt

Darmstadt, den 27. Januar 1934.

Betr.: Frühjahrsmarkt 1934 in Gießen.

An das

Hess. Staatsministerium
Min.Abt.IIID a r m s t a d t .

In der Anlage legen wir ein Gesuch des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Frankfurt/M. vom 17.I.34 mit der Bitte um Stellungnahme und demnächstige Rückgabe vor.

Aus polizeilichen Gründen befürworten wir die Stellungnahme der Bürgermeisterei Gießen. Es besteht die Gefahr, daß durch Abwanderung aus anderen Berufen und Erwerbszweigen bei einer unbeschränkten Zulassung jüdischer Viehhändler diese den Markt in Gießen in einem derartigen Umfang besuchen, daß Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu befürchten sind. Gerade die Umgebung von Gießen, aus der der Markt in erster Linie beschickt werden wird, ist noch so zahlreich mit jüdischen Händlern durchsetzt, daß die Massnahme der Bürgermeisterei Gießen begreiflich erscheint, zumal besonders diese jüdischen Kreise im Kampfe gegen den Nationalsozialismus in der dortigen Gegend an erster Stelle standen und durch finanzielle Unterstützung der marxistischen Parteien diesen Kampf ganz erheblich stärkten.

Da aber die Anordnung der Bürgermeister Gießen nicht nur von polizeilichen, sondern auch von wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt werden muß, bitten wir auch um Ihre Stellungnahme.

gez. Unterschrift.

Dok. 14

Abschrift!

Der Reichswirtschaftsminister
III A 13046 II.Ang.

Berlin W.35, den 10. Oktober 1933
Viktoriastraße 34

An den

Centralverein deutscher Staatsbürger
jüdischen Glaubens E.V.

B e r l i n .

Auf Ihre Schreiben vom 31. August und 25. September 1933 teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich mich wegen der vorgetragenen Beschwerden im Sinne Ihrer Eingabe mit den Regierungen der Länder in Verbindung gesetzt habe.

Im Auftrag
gez. Dr. Michel.

„An die Gemeindebehörden.

Es besteht Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß gemeindliche Beschlüsse, nach denen Juden allgemein zu Messen und Märkten nicht zugelassen werden, dem bisher nicht aufgehobenen Grundsatz der Marktfreiheit (§ 64 RGO), nach dem der Besuch von Messen-, Jahr- und Wochenmärkte, sowie der Kauf und Verkauf auf denselben einem jeden mit gleichen Befugnissen freisteht, widersprechen, und deshalb gesetzlich unzulässig sind. Sie stehen ausserdem in direktem Gegensatz zu den strikten Weisungen des Führers, jede Beunruhigung in der Wirtschaft durch irgendwelche Eingriffe zu vermeiden (siehe bezirksamtliche Bekanntmachung vom 17. September 1933, Amtsblatt Nr. 54). Soweit derartige Beschlüsse noch bestehen, sind sie sofort aufzuheben.

Ein allgemeiner Ausschluß jüdischer Geschäftsleute aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit läßt sich heute keinesfalls rechtfertigen. Derartige Gesichtspunkte dürfte unter keinen Umständen dazu mißbraucht werden, die ausdrücklichen Anordnungen der Reichs- und Staatsregierungen zu umgehen."

Dok. 16

Ministerialabteilung 3
(Arbeit und Wirtschaft)
des Hess. Staatsministeriums

Abschrift

Bürgermeisterei Gießen
Darmstadt, den 24. Oktober 1934

Emp. - 1. NOV. 34 1220592
- 2. NOV. 1934

Zu Nr. A. u. W. 49927

Betreffend: Zulassung von jüdischen Händlern zu Märkten und Messen.

Jüdische Händler haben bei uns Beschwerde darüber geführt, daß sie wegen ihrer nichtarischen Abstammung zu Messen und Märkten nicht zugelassen worden seien. Wir weisen darauf hin, daß nach wiederholten Ausschreiben des Reichswirtschaftsministeriums eine Zurückweisung von Händlern wegen ihrer nichtarischen Abstammung nicht zulässig erscheint.

Eine Zurückweisung ist nur dann zulässig, wenn sie aus sicherheitspolizeilichen Gründen erforderlich ist, und wenn bei einer beschränkten Anzahl zur Verfügung stehenden Plätzen nicht sämtliche Händler zugelassen werden können. In letzterem Falle sind die einzelnen Händler abwechselnd zu berücksichtigen.

Sie wollen die Ihnen unterstellten Bürgermeistereien entsprechend bedeuten.

An
die Hess. Kreisämter

gez. Dr. Krantz

F. d. A.

gez. Lumb

In Abschrift

den Bürgermeistereien des Kreises

zur Kenntnisnahme und Beachtung.

Gießen, den 30. Oktober 1934

Kreisamt Gießen

J. V.

Weber.

20.11.34
20.11.34
20.11.34
20.11.34

Kauf v. Vorzug. d. Reichswehr-Mitgliedschaft
v. Frau, 3. Waisenhaus f. Waisenhaus - Arbeit -
5782/34 - v. 1. 11. 1934 aus der Verfügung v. d.
Leitung d. Reichswehr-Mitgliedschaft aus d. mit
v. d. Reichswehr-Mitgliedschaft aus d. mit
v. d. Reichswehr-Mitgliedschaft aus d. mit
v. d. Reichswehr-Mitgliedschaft aus d. mit
v. d. Reichswehr-Mitgliedschaft aus d. mit

Olga verw. Schumann

Inh.: Gert. von No. Sch.

Schürzen-Fabrikation und Vertrieb · Schürzen, Strickwolle, Strumpfwaren

Telegr.-Adr.: Schürzen-Schumann, Rudolstadt - Postscheckkonto: Erfurt 30056 - Girokonto: Stadt Sparkasse, Rudolstadt
Commerz- und Privatbank, Fil. Rudolstadt

Betr. Herbstmesse

Rudolstadt,

den 24. August 1934

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zuvor möchte ich um Entschuldigung bitten, dass ich Sie mit einer Sache belästige, die Sie nicht direkt angeht, aber von der Bürgermeisterei bearbeitet wird. Es handelt sich um folgendes: Als ich infolge meiner Zugehörigkeit zur NSDAP, vor 2 Jahren meine Stelle als Abteilungsingenieur verlor, habe ich obengenanntes Geschäft übernommen. Von einem Bekannten wurde mir im vergangenen Jahr der Rat erteilt, die Messe in Gießen zu besuchen, da die Einnahmen dort nicht schlecht seien. Ich habe mich daraufhin bereits am 18/5.34 um Platz zur Herbstmesse beworben, bekam auch Zu-
woraus
schrift, ~~worauf~~ ^{se} ich zu entnehmen glaubte, dass die Zusage abhängig ~~ist~~, bez-
vorzugt wird, wenn arischer Abstammung, Frontkämpfer und Mitglied des Reichsverbandes ambulanter Gewerbetreibender nachgewiesen wird.

In meiner Zuschrift an die Bürgermeisterei Gießen, teilte ich mit, dass ich diese Bedingungen erfülle, ich auch altes Mitglied der NSDAP sei, und meinen Posten wegen dieser Mitgliedschaft vor 2 Jahren aufgeben musste. Trotzdem erhalte ich soeben die Mitteilung, dass ich nicht zugelassen bin, sondern der Platz, bei gleichem Angebotspreis einer Konkurrenz gegeben wurde, der früher schon auf der Messe vertreten war.

An und für sich hätte ich gegen diese Entscheidung nichts einzuwenden, aber erstens wurde mir gesagt, dass dieses Geschäft im vorigen
sei
Jahr nicht zugelassen wurde, weil der Inhaber Jude ~~war~~. Zweitens wurde mir mitgeteilt, dass sich dieser Jude schon lange vor der Platzzuteilung gerühmt hätte, dass er dieses Jahr wieder zugelassen wird.

Wenn die Mitteilung, die mir gemacht worden ist, auf Wahrheit beruht, dann verstehe ich erstens den Fraghogen nicht, wonach man arischer Abstammung, Frontkämpfer etc. sein soll, zweitens verstehe ich aber erst recht nicht, dass man dann gerade bei Ihnen in Giessen Juden, die uns Deutsche bekämpft haben, und noch immer bekämpfen, einen Deutschen gegenüber vorzieht, der wegen seines Kampfes für unseren jetzigen Staat seine Zukunft aufgeben musste, und jetzt gezwungen ist seinen Unterhalt im ambulanten Gewerbe zu suchen.

Bemerken möchte ich, dass ich ausser meiner Familie (3 Kinder) noch die Grossmutter meiner Frau und 3 Angestellte mit zu versorgen habe, ausser den Näherinnen, die bei mir Arbeit und Brot finden.

Ich bitte Sie deshalb, die Angelegenheit zu prüfen, ob die Angaben auf Wahrheit beruhen. Sollte dieses der Fall sein, sehe ich mich leider veranlass die Angelegenheit weiter zu melden.

Ich bitte um Mitteilung und zeichne

Heil Hitler !

P. von A.

Reichsnährstand



Blut und Boden



Landesbauernschaft
Hessen-Nassau
Verwaltungsamt

Gef.-Z. II/C/2/2886/34

Bei Rückantwort Reis angeben.

An die

Bürgermeisterei der Stadt

G i e s s e n .

Betr.: Handel mit Pferden am Vormarkttage.

Ihr Schreiben vom 5.10.34, Akt.Z.III 95 08/49.

Unter Bezugnahme auf Ihre Zuschrift vom 5.6.M. teilen wir Ihnen mit, dass eine gesetzliche Handhabe zur Unterbindung des Pferdehandels am Vormarkttage natürlich nicht gegeben ist. Es sind uns aber viele Pferdemarktveranstaltungen bekannt, insbesondere in Norddeutschland, bei denen eine Marktordnung besteht, welche auch das Verbot des Handels am Vormarkttage enthält und Ordnungsstrafen für Übertretungen eingesetzt werden.

Heil Hitler!

I.A.

Bürgermeister: Meßner

- 1 NOV 34 11220509
- 1 NOV 1934

Frankfurt a. M., 23.10.1934

Bodenheimer Landstraße 25

Fernsprecher: Sam. Nr. 70901

Giro-Konten:

Reichs-Landesbank, Darmstadt.

Landesbankanstalt-Giessestraße, Darmstadt.

Landesbauernkasse Frankfurt a. M.

Kassische Landesbankstelle, Frankfurt a. M.

Postfach-Konto:

Frankfurt (Main) Nr. 737 47

Dok. 18

Jüdische Jugend will jüdisches Erez Jisrael!

Erez Jisrael soll nationale Heimstätte, zugleich aber auch geistiges Zentrum im Sinne unserer alten Tradition werden.

Jüdische Jugend

arbeitet in den landwirtschaftlichen Zentren Geringshof, Ricavo, Tavallo-Prato, Dragebruch, Steckelsdorf, Skibstrup, Refnaesgaard —
in den handwerklichen Betrieben fast aller größeren jüdischen Gemeinden Deutschlands —
in den hauswirtschaftlichen Ausbildungsstätten und den Seminaren in Berlin und Hamburg

lernt in Deutschland in den Jeschiwot Frankfurt a. M. und Mannheim, im Osten in Mir und Telsai —
in den über 4000 Chawerim umfassenden Jugendorganisationen Brit Hanoar und Bachad (Brit Chaluzim Datiim) —
in Jugendseminaren, Führerlagern und auf Bundestagungen

baut in Erez Jisrael die religiösen Gemeinschaftssiedlungen Kibbuz Rodges, Giwat Chajim, Plugat Pardess Chana und legt dadurch mit der religiösen Arbeiterschaft Hapoel Hamizrachi in Erez Jisrael

den Grundstein der neuen jüdischen Heimstätte

**Spendet dem
Träger dieses Werkes - dem
KEREN TORA WA'AWODA!**

D. Katzgraben

Senatspräsident i. R., Berlin

Rabb. D. Hoffmann

Frankfurt a. M.
(Präsidialmitglied der Reichsvertretung der Juden in Deutschland)



ANSCHRIFT: HAMBURG 13 • GRINDELHOF 66 PTR. • FERNSPRECHER: 55 38 69
BANKKTO.: M. M. WARBURG & CO., HAMBURG. FOR KIWA • POSTSCHECK: KEREN TORA WA'AWODA FOR DEUTSCHLAND HAMBURG NR. 90782

Seite 8.

16. 12. 9. 36

Der Romet # 2687

Betrifft § 57 b Ziff. 2 RGD.

Anzuverlässigkeit wegen Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse.

Die Zugehörigkeit eines Gewerbetreibenden zur jüdischen Rasse bildet für sich allein keinen Grund, diesem wegen Anzuverlässigkeit den Wandergewerbeschein oder die Gewerbelegitimationskarte zu verweigern. (Entscheidung des Bayer. VGH. v. 22 Nov. 1935, Nr. 47 II/35, aus Deutsche Juristen-Zeitg. 1936, Sp. 399.)

Der Senat hat bereits in seinem zum Ausdruck in der Amtlichen Sammlung der Entscheidungen des Obergerwaltungsgerichtes bestimmten Urteile vom 30. Dezember 1935 — III C. 267/35 — ausgesprochen, daß nur individuelle, d. h. nur in der Person des betreffenden Gewerbetreibenden liegende Gründe, nicht aber solche, die auf seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse fußen, die Anwendung des § 57 b Ziff. RGD. rechtfertigen können. Denn die Charakterfehler, die man im allgemeinen als einer Rasse eigentümlich ansieht, brauchen nicht notwendig auch dem einzelnen Angehörigen dieser Rasse anzuhafte. Wollte man vom Bestehen allgemeiner Rasseigenschaften ohne weiteres den Schluß ziehen, daß sie sämtlich, insbesondere die abträglichen, auch bei jedem einzelnen Rasseangehörigen vorhanden wären, so würde das darauf hinauslaufen, den vom Gesetz mit klaren Worten aufgeforderten, auf Tatsachen gestützten Nachweis der Anzuverlässigkeit durch Vermutungen zu ersetzen.

Die Zugehörigkeit zur „semitischen Rasse“ ist aber für sich allein noch kein Grund zum Ausschluß vom Wandergewerbe oder überhaupt allgemein vom Wirtschaftsleben. Die Beschränkungen, denen die Juden im nationalsozial-

ACHTUNG!

Einmalige Gelegenheit zum Großverdienen!!!

Das Geschäft läßt sich nur innerhalb der nächsten 14 Tage durchführen!

Verkaufskanonen in ganz Deutschland gesucht!
Ein Schlager für Jedermann! Verkaufspreis 20 Pf.

Zu verkaufen auf Straßen u. Plätzen, in Häusern, Läden, Gastwirtschaften. Jeder ist Käufer! Die Zeit drängt, der Verkauf muß sofort beginnen. Muster sende ich gegen Voreinsendung von 50 Pf. in Briefmarken. Andere Zuschriften bleiben unerledigt, Horcher total zwecklos!

E. Lehmann, Großröhrsdorf (Sachsen), 478
Großmannstraße 13.

stischen Deutschland unterliegen, sind durch eine abgeschlossene Gesetzgebung festgelegt. Ein Verbot, das im vorliegenden Falle Anwendung finden könnte, ist darin nicht enthalten. Wie aus Verlautbarungen maßgebender Stellen zu entnehmen ist, sind Maßnahmen, die über die vorliegende gesetzliche Regelung hinausgehen, nicht beabsichtigt. Im Rahmen der geltenden Gesetze ist aber auch den Juden die wirtschaftliche Betätigung gewährleistet (vergl. Staatssekretär Dr. Stuckart in Deutsches Recht 1935, S. 562).

(Entscheidung des Preuß. Obergerwaltungsgerichtes, Dritter Senat, vom 28. 5. 1936/Alt.-J. III C 18. 36.)

Dok. 20

Die Bilderrundschau der Tageszeitung

Ein Wochenpiegel in Wort und Bild berichtet vom Geschehen in Stadt und Land

Der Markt des „auserwählten Volkes“

Mit der Kamera kreuz und quer über den Sieghener Viehmarkt



Bild oben: Handeln verboten — mancher erlaubt.

Bild unten: Golly wollte sich fotografieren lassen und war bittend ...

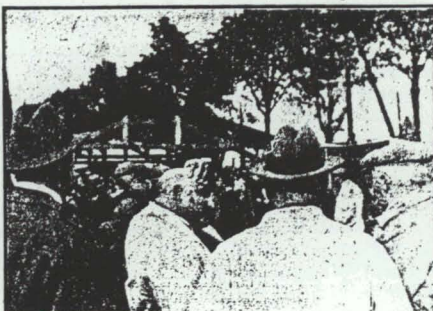


„Golly, breh' dich rum!“ Das war der Schlußruf eines belagerten Judenlinglings auf dem Sieghener Viehmarkt, als bei Bläser der „D. Z.“ mit dem Fotoapparat anrückte. Wie ein Leutnant sprach sich die Märsch auf dem Platz herum. Golly meinte die Juden bei Einsatzgeleit mäßig, lieber versaglich. Hoffungslos! Begünstigt auch nicht mit diesen Bildern. Imhören steht auch das stündlich an! Man sollte SW, ES und HJ schickeln einmal zu diesen Märkten marschieren lassen. Wie müßte Schluß, so gut es an sich sein mag, wäre dann überflüssig. Der Unbild dieses fremden Treibens führt auch wünschenswert die laßte innere Ruhe, die da meint, es sei schon alles in Butter. Nein, solange sich eine solcher Menge Juden noch unter uns tummelt (auch noch für Bräutigamsfeier), solange ist nicht alles in Ordnung! Und der Handel muß heimlich heimlich sein! Und zwar versta. — Mit diesem Bildem verfolgte die Judenheit unter Luz, soll schändlicher Mist. Wie sicher stehen sie wohl von ihrem Treiben. Gollys Gebrauch machen. Das tolle Grollen müßte einem annehmen bei so viel Herrlichkeit und dem Schanden, was viele Treibenenden wohl schon für Schaden allein in dieser Beziehung in unserer Gegend verursacht haben! Auch einmal: Gollygemessen, steht auch die „Richter“ an! (Sämtliche Maßnahmen (H): Dr. Jand, Siegen.)



Bild oben: Marktplatz für Kollektoren.

Bild unten: Der Kebab wird eingebracht. Bild Mitte: Hier mit den Ähren steht Jandol beba.



A b s c h r i f tS t r a f b e f e h l

Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie, es unterlassen zu haben bis zum 31. Januar 1939 der für Ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort zuständigen Ortspolizeibehörde von der Annahme des zusätzlichen Vornamens - Israel - schriftlich Anzeige zu erstatten. - Die Mitteilung ist am 17.III.1939 ergangen, nachdem Sie hierzu aufgefordert worden waren. -

Geschäftsnummer: Cs. 544/39.

Vergehen gegen § 2, Abs. 1 u. 2 u. § 4 Abs. 2 der 2.VO. zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familien- und Vornamen v. 17.8.38.

Als Beweismittel hat sie bezeichnet: Zeugnis des Pol. Sekretär Trommerhäuser sowie Paß- u. Ausländeramt.

Es wird gegen Sie eine Geldstrafe von 2 e h n Reichsmark, und, falls der Fall, daß diese nicht beigetrieben werden kann, eine Gefängnisstrafe von 2 Tagen festgesetzt. Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Dieser Strafbefehl wird vollstreckbar, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem unterzeichneten Gericht schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle Einspruch erheben.

Geldstrafe und Kosten im Gesamtbetrag von 12,50 RM in Buchstabe Z w ö l f Reichsmark 50 Rpf sind binnen einer Woche nach Eintritt der Vollstreckbarkeit ohne besondere Aufforderung bei Meldung der Zwangsvollstreckung an die Gerichtskasse Gießen zu entrichten.

Wird Einspruch erhoben, so können Strafe und Kosten erst nach dessen Erledigung auf neue Anforderung bezahlt werden.

Gießen, den 14. April 1939

DAS AMTSGERICHT

L.S.

gez. Unterschrift

/Hof

1. Geldstrafe 10,— RM

2. Gebühr für den Strafbefehl
(§53 des Gerichtskostengesetzes)
2,50 "

zusammen 12,50 RM

Es wird gestattet, die Schuld von RM 12,50 in monatlichen Raten von RM 3,—, heute beginnend, zu bezahlen. Zahlung erfolgt zuerst auf die Kosten. Wird eine Rate nicht pünktlich eingehalten, so ist der jeweilige Restbetrag sofort und auf einmal fällig.

Gießen, den 5. Mai 1939

A m t s g e r i c h t

L.S.

gez. Unterschrift

Justizinspektor
als Rechtspfleger

b. wenden!

Ge-schäftsstelle des Amtsgerichts
Gießen
Geschäftsnummer: Ca. 544/39

Poststempel
Gießen 2
26.4.39 - 16 d.

Hierbei ein Vordruck
zur Zustellungsurkunde
vereinfachte Zustellung

Frei durch Ablösung Reich!

Dienststempel

An Herrn
Daniel Israel Goldschmidt,
Theaterarbeiter
geb. 25.6.1888.
in G i e s s e n
Asterweg 69

Zugestellt am
27. April 1939
gez. Unterschrift.

Die Richtigkeit der Abschrift
beglaubigt:

Gießen, den

Die Übereinstimmung vorstehender Abschrift
mit der hier vorgelegten Urschrift wird be-
scheinigt.

13. DEZ. 1949.

Gießen, den

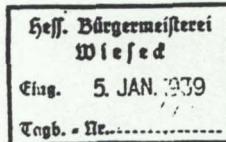
Polizeidirektion



[Handwritten signature]

JOSEPH ISRAEL STERN

Frankfurt a.M., 2. Januar 1939.
 Liebigstrasse 48
 Telefon: 79566



An die
 Bürgermeisterei
Wieseck b. Giessen.

Der Unterzeichnete

JOSEPH STERN, geboren am 6. Oktober 1877 in Wieseck
 Kreis Giessen (Hessen) als Sohn des Löb Stern II.

nimmt laut gesetzlicher Vorschrift den weiteren Vor-
 namen Israel an, und bitte ich, hiervon Vermerkung
 zu nehmen.

Gleichzeitig bitte ich höflichst, mir 2 Geburtsurkunden
 baldigst einzusenden.

Einliegend RM. 1.20 für Gebühren, sowie 1 Freiumschlag.
 Sollten höhere Gebühren entstehen, so bitte ich
 höflichst, solche nachzunehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Joseph Israel Stern

RM. 1.20 in Briefmarken
1 Freiumschlag.-

fd. am 16. 1. 1939.

Dok. 23

15. November 1938.

An die
Ortsgruppe der Technischen Nothilfe

G i e s s e n .

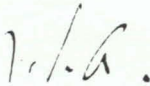
Der Oberbürgermeister

II

Sprengung von vier Grundmauern in Gießen Hitlerwall (Synagoge).

In obiger Angelegenheit übernimmt die Stadt Gießen die Kosten für die Abnutzung von Handwerkszeug usw., für den Verbrauch von Sprengmaterial und anderem benötigtem Material zunächst vorlagsweise bis eine endgültige Regelung durch das Reich erfolgt.

I. V. 



I

Giessen, den 17. November 1938.

Betr: Niederlegung der beiden Synagogen in Giessen.

Die Synagoge der Israelitischen Religionsgemeinde in der Steinstrasse und diejenige der Israelitischen Religionsgesellschaft am Hindenburgwall sollen beide durch die "Teno" niedergelegt werden. Von dieser sind bereits mehrere hundert Mark an Löhnen usw. vorgelegt worden. Es wird deshalb durch deren Vertreter, Lehrer Schuchmann, eine Vorschusszahlung von 500.-- RM erbeten. Endgültige Verrechnung zu Lasten derjenigen Stelle, die diese Kosten endgültig zu tragen hat, bleibt vorbehalten.

Verfg.

- Nov. 1938
- 1.) Ausgabeanweisung über 500.-- RM an die "Technische Nothilfe", zu Lasten des Herrn Gewerbelehrer Schuchmann, Vorlage 1938.
 - 2.) Akten anlegen.
 - 3.) Wv. 1.12.1938.



Der Oberbürgermeister
II/13 00/3

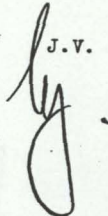
Giessen, den 25. November 1938.

Herr Lehrer Schuchmann von der "Teno" bittet um eine weitere Vorschusszahlung von 300.-- RM, möglichst zur Auszahlung am Samstag, dem 26. November 1938.

Verfg.

26. Nov. 1938
- 1) Ausgabe-Anweisung über 300.-- RM an die Technische Nothilfe Giessen, zu Hdn. von Herrn Gewerbelehrer Schuchmann, unter "Vorlage 1938."
 - 2) Wv. 1.12.1938.

J.V.



Ak. 1938

Dok. 25

Städt.Branddirektion
Feuerschutzpolizei

A u f s t e l l u n g

der bei den Synagogenbränden am 10. November 1938
beschädigten und neu zu beschaffenden Kleidungs- und
Uniformstücke für die Mannschaften der Feuerwache.

1. Brandingenieur Lenz 1 Knie-Trikot-Hose	
Stoff einschl. Zutaten	26.85 RM ✓
Arbeitslohn für Nr.1	10.-- RM ✓
2. O.-Feuerwehrmann Klotz 1 lange Feuerwehrhose	
3. Feuerwehrmann Langsdorf 1 Feuerwehrrock	
4. Feuerwehrmann Nitzsche 1 Feuerwehrrock	
Stoff, Futter und Zutaten für Nr.2,3 u.4	66.55 RM .
Arbeitslohn für Nr.2,3,4 17.50,14,50,14,50	36.50 RM ✓
5. Feuerwehrmann Nitzsche 1 Zivil-Sporthose	18.75 RM -
6. Feuerwehrmann Zintl 1 Zivil-Herrenmantel	28.-- RM ✓

zusammen:	RM 186.65 -----

Gießen, den 22. Dezember 1938.

Städt.Branddirektion




H. 198

Verfg.

5. Januar 1939.

ml. 1.
H

an die

Hessische Brandversicherungskammer

D a r m s t a d t .


II/9908

Ersatz der bei den Synagogenbränden am 10.11.1938 beschädigten Bekleidungsstücke der Feuerwehr.

Anlässlich des Brandes der Synagogen am 10.11.38 in Giessen wurden bei den Löscharbeiten eine Anzahl Bekleidungsstücke der städt. Feuerwehr beschädigt und unbrauchbar. Für den Ersatz dieser Bekleidungsstücke sind Kosten in Höhe von 186,65 RM entstanden.

Ich lege beigegeschlossen die Rechnungen für Stoffe und Arbeitslöhne in doppelter Ausfertigung vor und beantrage die Brandversicherungskammer wolle die der Stadt Giessen entstandenen Kosten übernehmen.

6 Anlagen doppelt
1 Aufstellung


Bürgermeister.

II. W.v. 1.2.1939. Sachstand?

5.9.39

[3]

Akto 197

Schützende Feuerwehr

Gießen a. D.

-- gegr. 1855 --

Gießen, den 10. März 1939

Betr.: Wachstellung bei den Bränden der Synagogen vom 10. zum 11.

November 1938

STÄDT. BRANDDEKRETION G I E ß E N
Eing. <i>[Signature]</i>
Tageb. Nr.

An die

Städtische Branddirektion

G i e ß e n.

Bezugnehmend auf unsere Eingabe vom 15. November 1938 betr. Vergütung der zum Wachdienst herangezogenen Feuerwehrmänner für die Nacht vom 10. zum 11. November 1938 mit insgesamt 124 Stunden, erlauben wir uns darum zu bitten, die Auszahlung dieser Vergütung in die Wege zu leiten.

Heil Hitler!



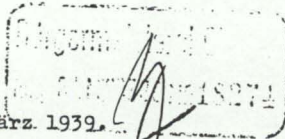
Heipeler,

Kassenwart.

Stadtbauamt.

Tgb.No..... 33 38

Giessen, den 24. März 1939.



Betr: Aktion gegen die Juden.

Hl/Gr. An den Herrn Oberbürgermeister-Abtlg. II.

G i e s s e n

Laut einer telefonischen Mitteilung der Hess. Brandversicherungskammer, Dienststelle Oberhessen, sind für die bei dem Brand der Synagogen angerichteten Schäden an dem Hause Hindenburg-Wall No. 3 = 69.- RMk Schadenersatz bewilligt worden.

Dieser Betrag wurde s.Zt. gemeinsam festgestellt. Herr Oberbaurat Fischer hat von der Bewilligung Mitteilung gegeben mit dem ausdrücklichen Bemerkens, daß die Ersatzleistung aus Billigkeitsgründen erfolge. Eine Verpflichtung dazu würde die Kammer nicht anerkennen. Der Betrag würde an die Stadtkasse Giessen überwiesen werden. Bescheinigung ist von hier ausgestellt und dem Rechnungsamt zugeleitet worden.

M.

1. IV. 39.

J. A. Ahlmann

F. A.

F. A. Ahlmann

8

M. A. 1939

Ler Reichsstatthalter in Hessen
 - Landesregierung -
 Abt. VIII (Arbeit und Wirtschaft)

Darmstadt, den 7. Mai 1940.

-0-

Hr. VIII 6981.
 Betreffend: Beseitigung der Ruinen von Synagogen.

An

die Landräte und Oberbürgermeister.

Ich ersuche Sie, mir mitzuteilen, welche ungefähren Kosten bei Ihnen oder sonstigen öffentlichen Dienststellen durch die von diesen übernommene Beseitigung der Ruinen ehemaliger Synagogen in Ihrem Dienstbereich verursacht wurden, ob diese Kosten voll und ganz durch Inanspruchnahme örtlicher Vermögensteile von jüdischen Kultusvereinigungen oder auf eine sonstige Weise gedeckt werden konnten oder ob und welche Kostenbeträge heute noch ohne Ausgleich sind. Dieselben Fragen sind zu beantworten, sofern z.Zt. noch Ruinen in unabgetragenem Zustand vorhanden sind und finanzielle Schwierigkeiten für deren Beseitigung bestehen.

Ich bitte, die Feststellungen in vertraulicher Form zu führen und mir bis spätestens 1. Juni 1940 zu berichten.

Im Auftrage

Wenden!

Der Oberbürgermeister

II/13 00/3

Gießen, den 5. April 1940.

Betr.: Niederlegung der beiden Synagogen in Gießen.

Für die Niederlegung der Synagoge im Hindenburgwall sind auf den Kaufpreis für den Erwerb durch die Stadt = 4.500,-- RM zurückzubehalten. Dieser Betrag ist als teilweiser Ersatz auf die vorgelegten Beträge wieder zu vereinnahmen.

Verfg.

- 1) Ausgabe-Anweisung über 4.500,-- RM als Bestandteil des Kaufpreises für den Erwerb des Anwesens Hindenburgwall frühere Synagoge von der israelitischen Religionsgemeinde Gießen zu verrechnen mit 2) 4.500,-- RM ersetzte Vorlage als teilweiser Ersatz für die aufgewendeten Kosten für die Niederlegung der Synagoge.

- 2) Wv. 1.5.1940 (Restbetrag mit Kaufpreis für Synagoge Steinstraße verrechnen).

Gießen, den 7. Mai 1940

Der Oberbürgermeister

II/13 00/3

Betr.: Wie vorher.

Das Kaufgeld für die Synagoge bzw. den Platz der Synagoge in der Steinstraße kann noch nicht zur Auszahlung kommen, da noch ein in Amerika wohnender Hypothekargläubiger seine Freigabe zu erklären hat.

Verfg.

Wv. 1.7.1940.

J. A.

Gießen, den 9. Juli 1940.

Der Oberbürgermeister

II/13 00/3

Unverändert.

Verfg.

Wv. 1.9.1940.

I.A.

Dok. 31

Eisoffer
Rechteanwalt

Bdr.: Gumbach

Gießen a. L., den

9. September 1938.

Gießen a. L.

Kurz T. Nr. 356 53/100 Lammie am dem Waller.

Landgrafenstraße 8 / Fernsprecher 2189

Postfach 600 39

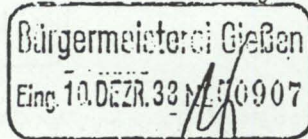
Allgemeines
 Nr. 105232/105000

Verbürgermeister der Stadt
 Gießen.

Auf Ihre Anfrage vom 7. September betreffend Ihnen
 mit dem neuen Mann seit 4 Wochen im Barchen
 welche ich nicht ich Ihre nicht unterschreiben
 kann. Die Angelegenheit muss bis zur seiner
 Rückkehr zurückgestellt werden.

Hermann Lehmann

Einfache 9. 12. 34.



Sei Sie aufpassen mit 4. Ich habe
habe Ihnen gefälligst mit, daß
die mein Name in Schlichthaft
insgesamt, habe ich mich 4. o. Schreiben
nicht können.

I have
 been hiding them.

ich habe mich nicht abgeben lassen
auf den Versuch !!
y.

Dok. 33

Bürgermeister: Gießen
 Eing. 12. DEZ. 38 NE 71113

An den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Gießen

|| Gießen a. L.

Ich bestätige den Eingang Ihres Briefes vom 6. d. M. und teile Ihnen mit, daß mein Mann befähigt aus dem K. L. zurückgekehrt ist.

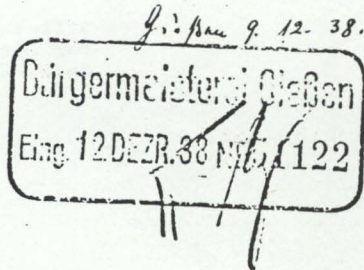
Nach Festlegung von einigem ständli-
 chen n. d. in der nächsten Angelegenheit wird
 mein Mann in Gießen auf der Schreiberei zurück-
 kommen.

i. d. Frau Marie Herz.

Gießen 9. Dezember 1938.

Mit Gruß
 M. B. 13.

Letz. Auftrag wegen Grabsteinen.



an

den Herrn Oberbürgermeister

in Rast Gießen.

Ich bin sehr dankbar, daß Sie mich in der Lage, mein Grab
zu erhalten. Ich bin 85 Jahre alt, fahre in diesem Sommer
einen Pflegenfall und bedarf deshalb außerordentlich der Pflege. Die
Fahrt ist in der Familie meiner Frau, die Witwe, m. d. St. Diehl.
Kann, solange diese noch für ist. Endlich hofft ich, daß ich
für mich meine Möglichkeit, in einem Jahr oder zwei Jahren
zukommen. Obwohl die außerordentliche Änderung in der Aufsicht
meiner Frau eintritt, ist für mich die Notwendigkeit der Beauftragten
gegeben.

Heinrich Diehl.

Dok. 35

Office of Military Government
for Giessen Detachment G - 35
Co.B. 2nd MG Regiment APO 758

10 November, 1945
Prop.Contr.EB

SUBJECT: Jewish Property

TO : City of Giessen, Oberbürgermeister Dr. Doenges

1. As soon as practicable, you will submit a roster of all Jewish expropriate real estate, you held under custodianship.

Roy F. Quinn
Roy F. Quinn

2nd Lt CE

Property Control Officer

Ü b e r s e t z u n g

Betr.: Jüdisches Eigentum.

1) Sie haben sobald als möglich eine Aufstellung aller enteigneten jüdischen unbeweglichen Habe (Grundbesitz), die unter ihrer Obhut steht, einzureichen.

gez.: Roy F. Quinn

Eigentumskontrolloffizier.

Gemarkung G i e s s e nAbschrift!

V e r z e i c h n i s
der Liegenschaften die in jüdischen
Eigentum standen.

früherer Eigentümer r.	Flur Nr.	Inhalt qm	jetziger Eigentümer	tats. Wert
1 Stern, Isaak II. & Ehefr. Auguste geb. Rossmann 1/2 b) Stern Isidor c) Stern Hermann Wwe. b u. s 1/2	I 1243 1/10	226 qm Grabgar- ten.	Kunz, Adolf Wwe. Berta geb. Knorr in Hassel- bach, Kaufpreis 18000,— RM Kaufvertr. v. 4.9.1933	20000,—
Desgleichen	I 1243 2/10 100% 1.erst	195 qm Hofreite Steinstr. 19.	Desgleichen	
2 Strauss, Isaak u. Ehefrau geb. Marius in Alsfeld	I 1004 8/10 100% 1.erst	445 qm Hofr. Westan- lage 62	steht noch auf dem früheren Eigentümer	28000,—
3 Schaumberger, Hugo Dr. in Frankf./M. u. 4 Kons.	I 121	5976 qm Acker	Handels- u. Gewerbe- bank o. G. m. b. H. in Giessen, Kaufpreis 6500,— RM, lt. Zuschlags- beschluss v. 13.11.1941	9000,—
4 Desgleichen	II 118	2012 qm Wiese	die Stadt Giessen Kaufpr. 9011,80 RM lt. Kaufvertr. v. 10.3.39.	5030,—
Desgleichen	XXII 18 5/10	1443 qm Acker	die Stadt Giessen lt. Kaufvertr. v. 10.3.39.	1443,—
Desgleichen	XXII 140	6347 qm Acker (Sandgr.)	die Stadt Giessen lt. Kaufvertr. v. 10.3.39.	2538,30
5 Desgleichen	XXII 3	1865 qm Acker		2331,25
Desgleichen	14 Acker	2312 qm	Die Stadt Giessen lt. Kaufvertr. v. 12.5.39. Kaufpr. 6633,65 RM	2312,—
	XXXIII 12 1/10	1509 qm Acker	die Stadt Giessen lt. Kaufvertr. v. 12.5.1939	1207,20
Desgleichen	XXXIII 14 1/10	979 Acker		783,20

Katz, Julius in Kassel b) Katz August in Ffm. c) Lacarus, Emma d) Katz Adolf in San Bernar- dino zu je 1/4	II 151 5/10 100% zersch.	Graug. 349 qm	Mohr, Ludwig zu Rulfenrod Kaufpreis 15000,- RM lt. Kaufvertr. v. 27.3.39	18000,-
Desgleichen	II 151 5/10 100% zersch.	Hofr. 261 qm Ackerweg 53	Desgleichen lt. Kaufvertr. v. 27.3.39	15000,-
Löwenstein, Meyer u. Ehefrau geb. Edelmuth zu Wiesek	II 57	284 qm Acker Wiese 824 qm	steht noch auf dem frü- heren Eigentümer	530,-
Desgleichen	III 4	Acker 2638 qm	steht noch auf dem frü- heren Eigentümer	2638,-
Hachenheimer Dr. Wilhelm	II 22 5/10 100% zersch.	Hofreite 492 qm (Schil- lerstr. 17	Deutsches Reich (Reichs- finanzverwaltung) Berechtig. aufgr. § 3 der alten Verordng. z. Reichs- bürgergesetz v. 25. III 41	18000,-
Israelit. Religions- gemeinde	I 3 5/10 abgebrannt I 1/4	Hofr. 844 qm Synagoge Südwall 2 Hofr. 395 qm Langstr. 4	die Stadt Giessen Kaufpreis - 40000,- RM. lt. Kaufvertr. v. 7.6.39	40000,-
Desgleichen	I 4 8/10	Grabgar- ten 567 qm	die Stadt Giessen	
Israelit. Altersheim e.V.	I 360	Grabg. 2677 qm	aufgeteilt wie folgt und verkauft	
Desgleichen	I 361 100% z.	Hofr. 1930 qm Walltor- str. 48	Desgleichen	
	I 360 I	Hofr. 1111		
	I 360 2	Bauplatz 1173	Desgleichen Kaufpreis = 27408,- RM Kaufvertr. v. 13.2.39	27408,-
Reichsvereinigung der Juden in Berlin- Charlottenburg	I 361 I 100% z.	Hofreite 2323 Walltor- str. 48	Kaufpreis = 54000,- RM Kaufvertr. v. 16.6.42	54000,-
Barnass, Hans zu 1/2 b) Hammerschlag, Helene geb. Barnass Ehefr. des Hermann Hammerschlag	II 27 100% zersch.	Hofreite 1333 Schiller- str. 18 u. Wester- str. 5	Kaufpreis = 28500,- RM Kaufvertr. v. 7.10.39	28500,-

13 Israel. Religions-Ges.	I	Hofreite	die Stadt Giessen	
1234 8/10		Sinagoge	Kaufpreis=4000,-RM	400,-
abgebrannt		Steinstr.	lt. Kaufvertr. v. 27.6.39	
		8.399 qm		
14 Israel. Religions-Ges.	IV	Friedhof	steht noch auf dem	660,-
54 7/10		132 qm	früheren Eigentümer	
15 Rosenbaum, Julius	I	Hofreite	das Deutsche Reich	
jetzt: Rosenbaum Moritz 2/2, Rosenbaum Ludwig 7/2	1211 7/10	479 qm	(Reichsfinanzverwaltung)	
	100% z	Kirchen-	lt. Umschreibungsantrag	
		platz 4	v. 7.8.43	8000,-
Desgleichen	I	Hofreite	Desgleichen	
	1211 7/10	3 qm		
16 Rosenbaum, Samuel su	I	Hofreite	Desch, Karl Ehefr.	
5/8 b. Rosenbaum Isidor	1010	969 qm	Minna geb. Völzing in	47000,-
su 3/8 25.10.37 Völkung	5/10	Westan-	Büdingen su 2/3,	
Ludw. 1/3 Desch, Karl &		bge 46	b) Desch Karl in Bü-	
Ehefr. ge. Völzing su 4/3		Wohnhs. erbalt.	dingen su 1/3 (lt.	
(lt. Kaufvertr. v. 12.8.		Nichtgeb. teils zerst.	Übergabevertr. v. 22.12.42	
37=47000 RM)				
17 Rosenbaum Samuel su	II	Wiese	Die Stadt Giessen	
1/2 b) Rosenbaum Isidor	42	3754 qm	Kaufpreis=938,50 RM	938,50
u. Rosenbaum Willi su			Kaufvertr. v. 10.6.39	
je 1/4				
18 Rosenbaum, Siegmund u.	V	Hofreite		52600,-
Ehefr. Fanny geb. Geis	283 6/10	389 qm	Kaufpr. 52600,- RM	
		Wilh. Str. 12	lt. Kaufvertr. v. 12.2.38	
Desgleichen	V	Grabgarten	Desgleichen	
	283 5/10	221 qm		
Desgleichen	V	Grabg.	Desgleichen	
	283 7/10	108 qm		
19 Rosenberg, Ernst u. Ehe-	VI	Hofreite	Die Stadt Giessen	52000,-
fr. geb. Vertheim 23.9.40	2 11	579 qm	Kaufpr. 52000,- RM	
Deutsches Reich (Finanz-	100	Alice-	Kaufvertr. v. 21.3.41	
amt) Ausbürgerung	100% z.	str. 10		
Desgleichen	VI	Grabg.	Desgleichen	
	2 15	367 qm		
	100			
20 Desgleichen 26.7.39,	XVI	Grabg.	Köhler, Aug. Ehefr.	
Köhler Minna geb. Beck	138	1358 qm	Bosel geb. Jochim	4000,-
Ehefr. des Theodor Köhler			Kaufpr. = 4000,- RM	
			Kaufvertr. v. 18.4.39	
20a Rosenberger Gustav,	IV	Hofr.	Meuser Dr. Joh. u. Ehefr.	
Bankdirektor	319 7/10	18 Berstr. 20	geb. Kobel, Kaufvertr.	19000,-
	319 5/10	243 qm	v. 20.9.34, Kaufpr.	
		Gbg. 144 qm	19000,- RM, seit 1.11.43	
			Meuser Karl Hans Maria	

38 Katz, Louis	I	Hofreite	30000,-
	354 7/10	235qm	
	100% z.	Ldgr.Fh.	
		Pl.8	
Desgleichen	I	Grabgart.	Desgleichen
	354 2/10	145qm	
			Kaufpr.19443,57 RM
			lt.Kaufvertr.v.28.5.36
39 Katz, Sally	I	Hofreite	68000,-
	625	134qm	
		Bahnh.Str.1	Kaufpr.68000,-RM
			lt.Kaufvertr.v.31.7.39
Desgleichen	I	Hofreite	Desgleichen
	622	57qm	
		Mühlstr.4	
Desgleichen	I	Hofreite	Desgleichen
	624	130qm	
		Mühlstr.2	
Desgleichen	I	Graben	Desgleichen
	1503	7qm	
40 Dreyfuss, Artur	I	Hofreite	15000,-
Wwe. Meta geb. Salomon	500	284qm	
	100% z.	Wagengasse 9	Kaufpr.15000,-RM
			lt.Kaufvertr.v.8.12.38
41 Desgleichen	I	Hofreite	82000,-
	514	221qm	
	50% z.	Schmalstr.4	Kaufpr.66000,-RM
			lt.Kaufvertr.v.25.5.38
42 Desgleichen	I	Hofreite	Fa. Gustav Overhoff & Sohn
	69 4/10	619qm	off. Handelsbes.
		Salt. Weg 73	in Mettmann / Rheinland
			Kaufpr.120000,-RM
			lt.Kaufvertr.v.8.12.38
43 Herz, Moritz	I	Grabgart.	Deutsches Reich
	294	360qm	(Polizeiverwaltung)
Desgleichen	I	Hofreite	37800,-
	295	541qm	
		Kronhne 23	Kaufpr.37800,-RM
			lt.Kaufvertr.v.8.4.40
			u. Aufl. v. 27.4.40
44 Desgleichen	II	Grabgart.	Die Stadt Giessen
	115	149qm	
Desgleichen	II	Grabgart.	Desgleichen
	116 5/10	971qm	
			Kaufpr.2800,-RM
			lt.Kaufvertr.v.22.8.40
45 Desgleichen	IX	Acker	Deutsches Reich
	2	910qm	(Reichsfinanzverwaltung)
			lt. Umschreibungsantrag
			v.19.11.1943

Der Reichsstatthalter in Hessen

Landesregierung

Abteilung VIII
(Arbeit und Wirtschaft)

Nr.: VIII 30875

Bei allen Antworten eingeben.

Abschrift:

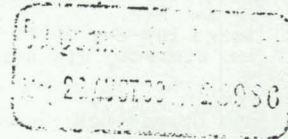
Darmstadt, den 22. August 1939.

Telegraph: Darmstadt 1711

Auf der Reinschrift wurden 10,-- in Gebührenmarken verwendet.
25. August 1939.

Betreffend Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. XII. 1938: hier: Grundstücksverkauf des Hugo Jerael Schaumburger in Frankfurt a. M., Schuhmannstr. 47 an die Stadt Gießen.

Herrn
Dr. Hugo Jerael Schaumburger
Frankfurt a. M.
Schumann- tr. 47



Genehmigungsbescheid.

Gemäß Artikel II * 8 in Verbindung mit Artikel V ; 17 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1709) wird der zwischen Dr. Hugo Jerael Schaumburger, Frankfurt a. M., Schumannstraße 47 und der Stadt Gießen abgeschlossene Kaufvertrag vom 12. Mai 1939 (Urk. P. Nr. 247/39 des Notars F. Luley in Gießen) genehmigt unter folgender Auflage:

Der Kaufpreis bzw. der zur Barauszahlung an den Verkäufer gelangende Betrag ist zu dessen Gunsten auf ein Sperrkonto bei einer Devisenbank einzuzahlen, über das nur mit Genehmigung der zuständigen Devisenstelle verfügt werden darf. Die vollzogene Einzahlung ist seitens des Käufers der Devisenstelle unmittelbar nachzuweisen.

Diese Genehmigung ersetzt die nach der Grundstücksverkehrsbekanntmachung vom 26. Januar 1937, dem Gesetz über die Aufschließung von Siedlungsgebieten vom 22. September 1933, der ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen vom 18. August 1937 sowie die nach preierrrechtlichen Vorschriften erforderlichen Genehmigungen.

Im Auftrag:
gez: Dr. Schlie.

Im Abschrift

dem Herrn Oberbürgermeister der Stadt,
G i e s s e n

28. Aug. 1939

zur Kenntnisnahme.

Für die Richtigkeit:

Regierungsbevollmächtigter

Im Auftrag:
gez: Dr. Schlie.



Dok. 38

Betreffend: Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens; hier:
Grundstücksverkauf d. Eva Sara Katz und Josef Israel Katz in
Wieseck an Ludwig Deibel IX., daselbst.

Zur Kenntnis am	Ausfert- tungen	Ausge- st.	Ausg.
11. März	W	133.	16.5.39

G. 10.3.39

I. An das Finanzamt G i e s s e n

Nach einem bei mir eingegangenen Entwurf eines Kaufver-
trags hat der haben die Juden Eva Sara Katz und Josef Israel Katz
in Wieseck, die Absicht,

das Grundstück Gemarkung Wieseck Flur II Nr. 203, Acker an dem
Badenburger Weg, 1148 qm,
an Landwirt Ludwig Deibel IX. in Wieseck

zum Preise von 505.12 RM veräußert, zu veräußern.

Ich gebe Ihnen hiervon Kenntnis.

II. Gleiches Schreiben wie zu I. an

1. die Devisenstelle in Darmstadt,
 2. den Gauwirtschaftsberater der NSDAP in Frankfurt a.M.
 3. den Kreiswirtschaftsberater in Giessen, Kreisleitung
- Zus. zu 3: Eine Abschrift des Entwurfs des Kaufvertrags
ist beigegeben.

III. An den Herrn Reichsstatthalter in Hessen - Landesregierung -
Abteilung VIII (Arbeit und Wirtschaft) Darmstadt.

[ins.]

Kant. 12. 1. 39

Ermittlungen

Zusatz: Die erforderlichen Feststellungen habe ich
eingeleitet.

IV. Wv. An die Kreisbauernschaft Oberhessen-West in Friedberg
von [bis]

Ich bitte um baldigste Stellungnahme, insbesondere auch zur
Frage der Angemessenheit des Preises.

V. Wvl. 1.4.39

7

Der Reichsstatthalter
in Hessen
- Landesregierung -
Abt. VI (Landwirtschaft)

Darmstadt, den 19. August 1939.

Nr. VI B 11347/39

Herrn
Notar Dr. Kurt Spohr
G i e ß e n .

Betr.: Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens
vom 3.12.1938 (Gemarkung Wieseck).

Der von Ihnen beurkundete Kaufvertrag vom 19. Juni 1939
(Urk. Rolle Nr. 233), wonach Ludwig Deibel 9. und Ehefrau in
Gießen - Wieseck von Eva Sara und Klara Sara Katz (Jüdinnen)
in Gießen - Wieseck das Grundstück

Grundbuch für Wieseck Band IV Blatt 267

Flur II Nr. 203, Acker = 1148 qm für 505.12 RM

erworben, wird hiermit nach § 8 der Verordnung vom 3.12.1938
genehmigt.

Von dem Kaufpreis wird ein Betrag von 130.- RM als Aus-
gleichsabgabe zu Gunsten des Reichs eingezogen. Dieser Betrag
ist umgehend von dem Erwerber an die Landeshauptkasse Darmstadt
(Postscheckkonto Frankfurt a.M. Nr. 17) unter der Angabe "Ver-
wahrtgelder, Ausgleichsabgabe" zu zahlen.

I. A.
gez. Unterschrift.

15

Dok. 40

A b s c h r i f t

Der Reichsminister des Innern Berlin, den 27. Mai 1941
 Pol. S.-IV B4b-520/39-(14) Rv.

A n o r d n u n g

Auf Grund des § 5 der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4.7. 1939 (RGBl. I.S.1097) ordne ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister für die kirchliche Angelegenheiten die Eingliederung der in dem nachgehefteten Listenauszug unter lfd. Nr. 1433 genannten jüdischen Kultusvereinigung in die " Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" an.

Im Auftrage:

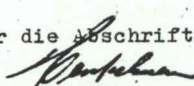
gez. E i c h m a n n .

Beglaubigt :

Baesecke

Kanzleiangestellte.

Für die Abschrift


 Justizsekretär

Abschrift!

, Gießen/Lahn,

Gießen, den 4. Dezember 1938.

Betr. Vogelverluste durch Brand und Sprengung der Synagoge.

Durch den Brand der Synagoge am 10. XI. 1920 war ich gezwungen, meine sämtlichen Vögel, es waren damals 25 Stück, in einen viel zu kleinen Käfig (50 x 30 cm) einzufangen, um irgendwelchen Verlusten vorzubeugen, die durch Hitze oder Rauch hätten entstehen können. Der Erfolg davon war, daß ich am Sonntag, den 13. Nov. den Verlust meines besten Zuchthahnes zu verzeichnen hatte. Die Ursache dafür ist in dem Zusammensperren der vielen Vögel in dem kleinen Käfig zu suchen. Daß das den Tieren, die einen großen Ausflug gewöhnt sind, nicht bekommt, dürfte wohl jedem einleuchten.

Am Tag der Sprengung, dem 16. Nov. (Buß- und Betttag) mußte ich die Vögel zum zweitenmal herausfangen und in den kleinen Käfig sperren. Da sie diesmal nur 24 Std. eingesperrt waren, nahmen sie keinen Schaden.

Inzwischen war das Vogelhaus umgestellt worden und sollte nicht eher auf den alten Platz zurückgestellt werden, bevor alle Mauern umgelegt waren. Dies war am Mittwoch, den 23. Nov. der Fall. Noch am selben Nachmittag erkundigte ich mich bei der Techn. Nothilfe, wann sie das Vogelhaus wieder umstellen könnten. Auf meine Frage hin sagte man mir, daß es am nächsten Morgen (Donnerstag!) umgestellt würde, weil dann gleichzeitig die Geräte geholt würden. Aber ich wartete den ganzen Donnerstag vergeblich. Die Vögel hatte ich gemäß der Verabredung schon am Mittwochnachmittag rausgefangen. So wurde das Vogelhaus erst am Freitag auf Veranlassung meines Vaters auf den alten Platz zurückgestellt. Die Folge davon war, daß mir vom 23. auf den 26. zwei weitere Zuchttiere eingingen, u. zwar ein Männchen und ein Weibchen. Schon glaubte ich keinen weiteren Verlust mehr befürchten zu brauchen, als ich am Mittwoch, den 30. Nov. mein bestes Zuchtweibchen, auf das ich meine Hoffnung für 1939 gesetzt hatte, tot auffand. Hiermit war der Grundstück meiner Zuchtvögel vernichtet.

An eine Zucht von grünen Wellensittichen im nächsten Jahr ist nun leider nicht zu denken. Obgleich mir die Vögel nicht zu ersetzen sind, bitte ich hiermit doch um eine Entschädigung, um die Anschaffung eines neuen Zuchtvogels zu ermöglichen.

Heil Hitler! (gez)

Dok. 42

Oberbürgermeister

20. Dezember 1938.

Verf. g.

I. An die

Allianz u. Stuttgarter Verein, Versicherungs-Aktiengesellschaft, Zweigniederl.Frankfurt a/Main.

Taunusanlage Nr. 18/20.

III/19.07.

Schadenersatzanspruch des , Gießen,

Das abschriftlich anliegende Schreiben, mit dem der Vorgenannte einen Schadenersatzanspruch in Höhe von 16.— RM an die Stadt Gießen geltend macht, übersende ich Ihnen unter Bezugnahme auf die bei Ihnen abgeschlossene Haftpflichtversicherung der Stadt Gießen (Versicherungsschein Nr. E 23 582) zur gefl. Kenntnis und mit der Bitte um baldige Bekanntgabe Ihrer Stellungnahme zu der Angelegenheit. Dem Ansprucherheber habe ich heute einen kurzen Zwischenbescheid zugehen lassen.

I. V.

Anlage:

1 Abschrift.

✓ II. Schreiben an , Gießen,

Auf Ihr Schreiben vom 4.XII.1938 teile ich mit, daß die Angelegenheit von mir geprüft wird und daß Sie zu Anfang des Monats Januar 1939 weitere Nachricht erhalten.

✓ III. Wv. am 2.I.1939 (Sachstand ?)

2



Neue Frankfurter
ALLGEMEINE VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT

ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT
ZWEIGNIEDERLASSUNG FRANKFURT A. M.



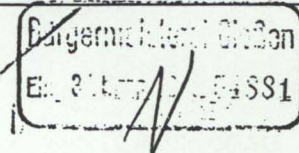
Vorstand: Dr. Hans Heß,
Vorstand: Dr. Alfred Wiedemann, Vor-
stand: Röss, Dr. Peter Krahe, Rudi Mahl,
Günther Vogeser.

Vorsitzend: Aufsichtsrats: August von Fink - Vorstand: Dr. Hans Heß, Vorsitz: Eduard Hilgard, Dr. Rudolf Schloßmann,
Wilhelm Arendt, Dr. Carl Goettinger, Gustav Kaufmann, Georg König, Rudolf Märklin, Dr. Clemens Malholzer,
Ludwig Neumüller, Dr. Alfred Wiedemann, Dr. Franz Bohl, Dr. Walter Egger, Dr. Hans Goudsroy, Alfred Haase,
Dr. Friedrich-Carl Katsch, Dr. Paul Lux, Dr. Johannes Möhlbauer, Ernst Rausche, Ludwig Simmet.

Formsprecher:
Ortsverkehr Sammel-Nr. 705 51 und 703 61
Fernverkehr Sammel-Nr. 703 66

Telegraph-Adresse:
Frankfurter, Frankfurt a. M.

An den
Herrn Oberbürgermeister d. Stadt
Giessen.



Ihre Zeichen
19.07.

Ihre Mitteilung vom
20.12.

Unsere Zeichen

Frankfurt a. M., Taunus-Anlage 18
29.12.38.

Betreffung: Haftpflicht-Schaden wa

Betreff: fr 817 681/38, Pol. 23582, .../.Stadt Giessen
gelegentlich der Spreng.d. Synagoge Wellensittiche eingegangen
(Bitte i. d. Antwort zu wiederholen)

Von dem vorbezeichneten Schaden haben wir Kenntnis genommen. Es ist uns nicht recht verständlich, wie der Geschädigte eine Haftung Ihrerseits begründen will. Voraussetzung für eine Inanspruchnahme der Stadt ist, dass dieser an dem Schaden bzw. dem Eingehen der Wellensittiche ein gesetzlich zu vertretendes Verschulden beizumessen ist, das für den Schaden ursächlich war. Von einem solchen Verschulden kann hier aber nicht gesprochen werden. Es musste dem Geschädigten als Vogelzüchter überlassen bleiben, seine Tiere so unterzubringen, dass sie nicht in Gefahr kamen. Wir möchten Sie bitten, die Ansprüche als der gesetzlichen Grundlage entbehrend abzulehnen.

Heil Hitler !

3

Handwritten signature

Dok. 44

6. Januar 1939

Verf g .

Herrn

G i e s s e n .

I.

III/19.07/21 G

Schadenersatzanspruch des
Giessen,

Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 20.12.1938 teile ich nach Prüfung der Angelegenheit mit, dass ich den geltend gemachten Schaden-ersatzanspruch in Höhe von 16.- RM ablehnen muss. Ein gesetzlich zu vertretendes Verschulden der Stadt Giessen, das für den Schaden ursächlich war, konnte nicht festgestellt werden.

I. V.

✓ II. Wv. am 1.3.1939 (Nachstand)

III/19.07/21 G.

Gießen, den 1. März 1939.

Weiterungen haben sich nicht ergeben. Die Angelegenheit kann als erledigt angesehen werden.

Verf g .✓ I. Wahrung im Verzeichnis der Schadenersatzansprüche.✓ II. Weglegen.

4

Verfg.

16. März 1939.

I. Schreiben:Andas Stadtbauamt
-durch abt. II-G i e s s e n.

III/13.00/4

Unterbringung von jüdischen Familien in besonderen Häusern.

Nach einer Anordnung des Stellvertreters des Führers besteht die Möglichkeit, jüdische Familien in den einzelnen Gemeinden in besonderen Häusern unterzubringen. Die Kreisleitung Wetterau der NSDAP hat um Mitteilung gebeten, wieviel jüdische Familien noch in Gießen ansässig sind und wie groß der Wohnraum ist, den sie im einzelnen inne haben.

Nach dem beigefügten Verzeichnis der in der Stadt Gießen wohnhaften Juden sind hier noch 170 jüdische Familien ansässig. In dem Verzeichnis sind die jüdischen Familien jeweils durch einen roten Querstrich zusammengefaßt.

Ich ersuche nun, bei den einzelnen jüdischen Familien im Verzeichnis noch vermerken zu wollen, wie groß der Wohnraum ist den sie inne haben. Das Verzeichnis wollen Sie alsdann umgehend wieder vorlegen.

1 Anlage: Verzeichnis.

I. V.

II. Schreiben an die Kreisleitung Wetterau der NSDAP, Gießen.

Auf Ihr Schreiben vom 2.3.1939 -Der Kreisgeschäftsführer Wa./Wi.- teile ich Ihnen mit, dass ich Ihnen die gewünschte Angabepicht ohne weiteres mitteilen kann. Ich habe jedoch veranlaßt, dass die Zahl der noch in Gießen ansässigen jüdischen Familien und der von Ihnen benutzten Wohnräume festgestellt wird. Da diese Arbeiten jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen werde ich Ihnen erst in einiger Zeit, nach Abschluß der Feststellungen, Mitteilung geben können.

Heil Hitler !

✓ III. Gv. am 1.4.1939 (Sachstand ?)

I. V.

[2]

Dok. 46

Stadtbauamt.

-.-.-.-.-

Giessen, den 22. März 1939.

Tgb.No.....³³¹⁵

Betr: Unterbringung von jüdischen Familien in besonderen
Häusern.

-.-.-.-.-

Hn/Gr. An den Herrn Oberbürgermeister-Abtlg. III
G i e s s e n

-.-.-.-.-

Wir haben gelegentlich anderer Besichtigungen bereits feststellen können, daß ein Teil der in anliegendem Verzeichnis aufgeführten jüdischen Familien als auch Einzelmitglieder Giessen bereits verlassen haben. Ferner hat eine Anzahl Familien die Absicht, ihre Wohnungen aufzugeben und zu jüdischen Familien mit größeren Wohnungen zusammen zu ziehen. Im weiteren haben wir feststellen können, daß diejenigen Familien, die ihr Anwesen bereits veräußert haben, nach Abschluss der Kaufverhandlungen Giessen verlassen werden; schliesslich wären solche Personen festzustellen, die auf Abruf abreisen. Angesichts dieser Tatsachen wird der Bedarf an Wohnungen für jüdische Familien nicht allzugroß werden. - Es empfiehlt sich daher, das anliegende Verzeichnis auf die vorgeschilderten Tatsachen hin einer Nachprüfung zu unterziehen und nach dem bevorstehenden Umzugstermin - 1. IV - uns wieder zukommen zu lassen.

Krause

dass es auf dem neuesten Stand ist. Alsdann erst wird es Zweck haben, festzustellen, welche Wohnräume die dann hier noch wohnhaften jüdischen Familien inne haben.

Ich schlage daher vor, die Angelegenheit bis Ende April zurückzustellen und hoffe, dass Sie damit einverstanden sind. Selbstverständlich werde ich in der Zwischenzeit die erforderlichen Währungs der Um- und Wegzüge veranlassen, sodaß ich Anfang Mai in der Lage bin, Ihnen die gewünschte Mitteilung zukommen zu lassen.

Heil Hitler !

I. V.

pr. Bl. ✓

- II. Der Adrema-Zentrale zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Das von dem Stadtbauamt zurückgegebene Verzeichnis ist laufend zu berichtigen, sodaß es spätestens am 20. April 1939 dem Stadtbauamt wieder vorgelegt werden kann.

- III. Wv. am 20.4.1939 (Ist das Verzeichnis auf dem neuesten Stand ?

I. V. 21. April 1939

14

V. B. S.

V
Stadtauamt.

24. Mai 1939
Giessen, den 22. Mai 1939.

Tgb. No. 47.9

Betr: Die Unterbringung von jüdischen Familien in bes.
Häusern.

Hn/Gr. An
den Herrn Oberbürgermeister-Abtlg. III-
G i e s s e n

Da nach Anordnung der Reichsregierung vom
4. d. Mts. ein Gesetz erlassen wurde, wo-
nach Juden bei Juden wohnen sollen, ferner,
daß Jüdinnen bei deutschblütigen Ehegatten
wohnen dürfen, bedarf das anliegende Ver-
zeichnis nochmals einer Durchsicht.
Hierbei dürfte zu beachten sein, daß im Mo-
nat April u. Mai weitere Um- und Fortzüge
als auch Sterbefälle eingetreten sind.

Es empfiehlt sich, die Erledigung
der Angelegenheit bis nach dem Erscheinen
der Ausführungsverordnung zurückzustellen.

Anlage : 1 Verzeichnis.

Der Oberbürgermeister

III/13.00/4

Giessen, den 6.7.39.

Der

~~Herrn Oberbürgermeister~~ Abt. II-

weitergereicht. Da die Angelegenheit von dort bearbeitet wird,
kann der vorliegende Akteninhalt zu den dortigen Akten gehö-
ren werden.

Anlage:
Akten.

I. a.

Margarete

Dok. 49

Der Oberbürgermeister

Giessen, den 17. Juli 1939.

Apt. I.

Betr.: Jüdische Gewerbebetriebe.

Unter Gewerbetagebuch-Nr. XIV/33 wurde von Moritz Toronski, Giessen, Kleine-Mühlgasse 3 (poln.Staatsangeh.) das Gewerbe "Schuhmacher" mit Wirkung vom 8.7.1939 abgemeldet. Streichung im Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe ist erfolgt.

z.Beg. *[Handwritten signature]*Verf.Wv. alsdann.

J.A.:

Betr.: wie vorher.

Die Firma Joh.Spieß & Co. G.m.b.H., Gießen, Alicestraße 35 wurde von Dr. Wilhelm Hinrichs und Kaufmann Wilhelm Jung II. beide in Gießen ab 1. 1. 1939 laut Genehmigung des Reichsstatthalters in Hessen - Landesregierung - Abt. VIII, Nr. 25 293 vom 26. VII. 1939, übernommen und ist somit in arischen Besitz übergegangen. Streichung im Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe ist erfolgt.

z. Beg. *[Handwritten signature]*Verf.Wv. alsdann.

I. A.

Der Oberbürgermeister

Giessen, den 19. Januar 1940.

I/94 03/12 .

Betrifft : Durchführung der dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.VI.1938; hier: Ergänzung der Verzeichnisse der jüdischen Gewerbebetriebe.

- 1.) Firma J. Barnas, Inhaber Hans Barnas, Giessen, Schillerstrasse 18, hat ihr Gewerbe
 - "Zigarrenkistenfabrik,
Litogr. Kunstanstalt,
Buch- und Kunstdruck,
Tabakhandl. im Großen."
 - unter Gewerbebetriebsbuch Nr. XIV/183 mit Wirkung vom 23.12. abgemeldet.
 - 2.) Moritz Torenski, Giessen, Kleine Mühlgasse 3, (poln. Staatsangeh.) hat das Gewerbe
 - "Schuhmacher"
 - unter Gewerbebetriebsbuch Nr. XIV/33 mit Wirkung vom 8.VII.1939 abgemeldet.
 - 3.) Firma J. Spieß & Co., G.m.b.H., Giessen, Alicastrasse 36, wurde von Dr. Wilh. Hinrichs und Kaufmann Wilh. Jung II., beide in Giessen ab 1.1.39 laut Genehmigung des Reichsstatthalters in Hessen -Landesregierung- Abt. VIII Nr. 2529 v. 26.VII.1939, übernommen u. ist somit in arischen Besitz übergegangen.
Verfz.
1. Schreiben an den Herrn Reichsstatthalter in Hessen - Landesregierung - Abteilung VIII (Arbeit und Wirtschaft), Darmstadt.
- 1.) Die Firma J. Barnas, Inhaber Hans Barnas, Giessen, Schillerstrasse 18, hat ihr Gewerbe
 - "Zigarrenkistenfabrik,
Litogr. Kunstanstalt,
Buch- und Kunstdruck,
Tabakhandl. im Großen."
 - unter Gewerbebetriebsbuch Nr. XIV/183 mit Wirkung vom 23.12. abgemeldet.
 - Die Firma blieb damals bestehen, da sie unter den Grosshandel fiel.
 - 2.) Moritz Torenski, Giessen, Kleine Mühlgasse 3, (poln. Staatsangehöriger) hat das Gewerbe
 - "Schuhmacher"
 - unter Gewerbebetriebsbuch Nr. XIV/33 mit Wirkung vom 8.VII.1939 abgemeldet.
 - Torenski hatte bisher sein Gewerbe noch nicht abgemeldet, da er ausländischer Staatsangehöriger (Pole) ist.
 - 3.) Die Firma Johann Spieß & Co., G.m.b.H., Giessen, Alicastr. 36 wurde von Dr. Wilhelm Hinrichs und Kaufmann Wilhelm Jung II., beide in Giessen ab 1.1.1939 laut Genehmigung des Reichsstatthalters in Hessen -Landesregierung- Abteilung VIII Nr. 25 293 vom 26. Juli 1939 übernommen und ist somit in arischen Besitz übergegangen.
Streichung im Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe ist erfolgt.

Der Oberbürgermeister

Giessen, den 13. September 1938

II/45 00/12Nachg.I. R.v. Herr Marktmister Schneider

zum Einreich und zum Bescheid der 1. 1938.

II. Nachg. ^{Offizier des Reichswehrs} ^{zum Bescheid der 1. 1938.}

2. 1938.

✓ 5/8

Giessen, den 16. Dezember 1938.

U. mit dem Anfügen zurückgereicht, dass z. Zt. keinerlei derartige Missstände auftreten. Ich habe wohl in letzter Zeit mehrmals Juden durch ihr Auftreten den Wochenmarkt verboten, was auch innegehalten wurde. Es wird von meiner Seite aus stets darauf gesehen, dass diese Hebräer so viel wie irgend möglich von dem Markt fern bleiben. Ich möchte nur auf eins noch aufmerksam machen, dass mich persönlich heute vor einem Jahr Herr Beigeordneter Vogt vorgenommen hat und mir gesagt, dass ich gegen die Juden nichts unternehmen dürfte. Denn zur damaligen Zeit hatte ein jüdischer Händler ca. 12 -15 Gänse gekauft und auf dem Wochenmarkt war keine einzige mehr vorhanden, daraufhin hatte ich sie bei dem Metzger Rosenbaum (Jude) beschlagnahmt und trotzdem wurden dieselben freigegeben und unseren Giessener Familien auf diese Weise entzogen. Es dürfte sich empfehlen, zu veranlassen, dass der Einkauf von Juden auf dem Wochenmarkt verboten wird.

Heil Hitler!

Marktmister

1120 525

b s c h r i f t .

Meldedirektion Giessen

Giessen, den 1. August 1938.

Betreffend: Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit; hier: den Juden
Albert A a r o n, Rechtsanwalt, geb. 13.2.1882 zu Bobenhausen
 zuletzt wohnhaft in Giessen.

Durch Bekanntmachung des Reichs- und Preussischen Ministers
 des Innern vom 21. 6. 1938 (Reichsanzeiger Nr. 142 vom 22.6.1938)
 wurde auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Ein-
 bürgerungen und die Aberkennung der deutschen Reichsangehörig-
 keit vom 14.7.1933 (R.G.Bl. I S. 480 ff.) die deutsche Reichsange-
 hörigkeit aberkannt:

A a r o n , Albert Rechtsanwalt
 geb. am 13. 2. 1882 in Bobenhausen II Krs. Schotten
 zuletzt wohnhaft in Giessen, Bahnhofstrasse 46,
 z.Zt. Nordamerika;

Die Ausbürgerung erstreckt sich auf nachstehende Familienan-
 gehörige:

A a r o n , Lilli geb. Bamberger, geb. am 28.10.1899 in
 Nürnberg

" Daniel geb. am 27.1.1926 in Giessen

" Franz geb. am 7.12.1928 in Giessen

Mit der Ausbürgerung ist eine Vermögensbeschlagnahme nur be-
 züglich des Ehemannes verbunden.

Im Falle eines Auftretens im dortigen Bereich ersuche ich
 um Festnahme und umgehende Mitteilung, sowie bei Bekanntwerden
 irgendwelcher Vorgänge gleichfalls um Bericht.

Ich teile Ihnen dies zur Kenntnis und weiteren Veranlassung
 mit, insb. hinsichtlich des Vermerks zum Geburtenbuch für die
 in Giessen geborenen Kinder des Aaron.

J.V.

gez. Beate.

Giessen, den 16. VII. 1938

*Das Original der obigen Verfügung ging
 heute an das Konsulat Giessen weiter*

Handg.
 I. - III. pl. Pl. { I. Verfügung in der e. Schema. Plaken. Brief
 II. Prof. Dörke
 III. im Hofmann, am 1. 8. 1938
 Prof. Dr. im Auftrag des Konsulats
 Dr. Dr. Dr. Dr. (Arzt) II

Giessen

Herrn Oberbürgermeister
 Stadt Giessen

Giessen.

Dok. 53

Auszugsweise Abschrift:

Nach dem Reichssteuerblatt Nr. 24 v. 20.3.1940

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 (RGBl I S. 480) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Aberkennung der Staatsangehörigkeit und den Widerruf des Staatsangehörigkeitserwerbs in der Ostmark vom 11. Juli 1939 (RGBl I S. 1235) erkläre ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen folgende Personen der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig:

1. B a e r, Karl Israel, geb. am 17. Dezember 1885 in Leigestern (Kr. Gießen)
2. B a e r, Emma, geb. Ledermann, geb. am 7. Juli 1895 in Hoffenheim
3. B a e r, Margot, geb. am 11. Juni 1923 in Gießen.

Das Vermögen vorstehender Personen wird beschlagnahmt.

Berlin 13. März 1940

13. April 1940

Der Reichsminister des Innern
In Vertretung
Pfundtner

Der Oberbürgermeister

Gießen, 10. April 1940.

II / 1301

Wurf

I. Abfertigung im Vorzeißeit der Ausbürgerungen.
II. Abfertigung im Vorzeißeit der Ausbürgerungen.
III. Abfertigung im Vorzeißeit der Ausbürgerungen.

Gießen

zur Abfertigung im Vorzeißeit der Ausbürgerungen

19. April 1940
U. =

Der Oberbürgermeister
der Stadt Gießen
03926 | 18.IV.40

an den Herrn Oberbürgermeister, Abt. III, hier
nach Kenntnis & Wahrung in unserem Geb.Reg. von 192
zu Nr. 487 erg. zurückgereicht.

Gießen, am 17. April 1940.
Standesamt

[Handwritten signature]

Auszug

aus dem Reichssteuerblatt Nr. 70 vom 16.3.1940

651 Bekanntmachung

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 (RGBl I S. 480) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Aberkennung der Staatsangehörigkeit und den Widerruf des Staatsangehörigkeitserwerbs in der Ostmark vom 11. Juli 1939 (RGBl I S. 1235) erkläre ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen folgende Personen der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig:

- Nr. 33. Heilbronner, Jakob Israel, geb. am 3.5.1871
in Ibrigen (Kr. Freiburg i.Br.),
Nr. 34. Heilbronner, Martha, Sara, geb. Ungersch,
geb. am 22. Oktober 1883 in Nagau.

Das Vermögen vorstehender Personen wird beschlagnahmt.

Berlin, den 7. August 1940

Der Reichsminister des Innern

in Vertretung

Dr. Stuckert

Gießen, den 3. Septbr. 1940.

Handg.
I. Aufhebung im Angelegenheit der Verleumdung
II. in der Prozesshandlung
III. des Prozess.

J. A.
+
H

67/

7100

A u s z u g

aus dem Reichsgesetzblatt 1941, Teil I vom 5.9.1941 Seite 547

Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden.

Vom 1. September 1941.

"Auf Grund der Verordnung über die Polizeiverordnungen der Reichsminister vom 14. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1582) und der Verordnung über das Niederlassungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1039) wird im Einvernehmen mit dem Reichsprotector in Böhmen und Mähren verordnet:

§ 1

(1) Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 - Reichsgesetzbl. I S. 1333), die das sechste Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen.

(2) Der Judenstern besteht aus einem handteller-großen, schwarz ausgelegten Sechseck aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift „Jude“. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest aufgenäht zu tragen.

§ 2

Juden ist es verboten,

- a) den Bereich ihrer Wohngemeinde zu verlassen, ohne ein schriftliches Erlaubnis der Ortspolizeibehörde bei sich zu führen;
- b) Orden, Ehrenzeichen und sonstige Abzeichen zu tragen.

§ 3

Die §§ 1 und 2 finden keine Anwendung

- a) auf den in einer Mischehe lebenden jüdischen Ehegatten, sofern Abstammlinge aus der Ehe vorhanden sind und diese nicht als Juden gelten, und zwar auch dann, wenn die Ehe nicht mehr besteht oder der einzige Sohn im gegenwärtigen Krieg gefallen ist;
- b) auf die jüdische Ehefrau bei kinderloser Mischehe während der Dauer der Ehe.

§ 4

(1) Wer dem Verbot der §§ 1 und 2 vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

(2) Weitergehende polizeiliche Sicherungsmaßnahmen sowie Strafvorschriften, nach denen eine höhere Strafe verwirkt ist, bleiben unberührt.

§ 5

Die Polizeiverordnung gilt auch im Protektorat Böhmen und Mähren mit der Maßgabe, daß der Reichsprotector in Böhmen und Mähren die Vorschriften des § 2 Buchst. a den örtlichen Verhältnissen im Protektorat Böhmen und Mähren anpassen kann.

§ 6

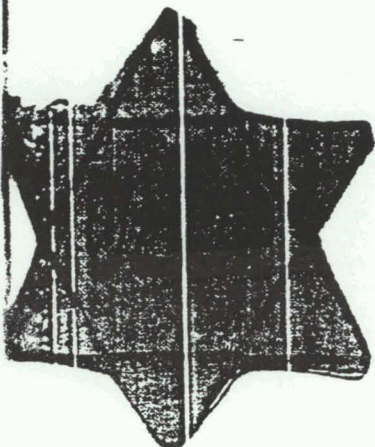
Die Polizeiverordnung tritt 14 Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 1. September 1941.

Der Reichsminister des Innern

Im Auftrag

Heinrich



Oberbürgermeister

Gießen, den 18. November 1941.

III/53.02.

Betr.: Beförderung von Juden auf den Nahverkehrsmitteln.

V e r f g .

I. An die
Stadtwerke

G i e ß e n .

Ich bin mit dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs damit einverstanden, daß die bei der Firma Poppe u. Co. in Gießen als Arbeiterin beschäftigte Jüdin Lina Sara Katz, wohnhaft in Gießen-Wiesack, Kirchstraße Nr. 5 für die Fahrt von und zu ihrer Arbeitsstelle die Straßenbahn benutzen kann. Die Hinfahrt erfolgt morgens gegen 6¹⁵ Uhr, die Rückfahrt abends gegen 17¹⁵ Uhr. Die Jüdin hat nur Anspruch auf einen Stehplatz. Sie wollen das Weitere veranlassen. Die Firma Poppe habe ich unterrichtet.

I.V.

II. Wv. sodann. (Telefonische Nachricht an die Firma Poppe)

Der Oberbürgermeister

Gießen, den 29. November 1941.

III/53.02.

V e r f g .

Wv. am 15.3.1942.



11. NOV. 1941

Aus dem Nachrichtendienst des Deutschen Gemeindetages

vom 20.10.1941, Nr. 20.

885. Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden

Nachstehender Erl des NWK vom 18. 9. 41 — 15 Vpa 21 — wird den Gemeinden zur vertraulichen Kenntnis gebracht: Zum Vollzuge der PolizeiVO über die Kennzeichnung der Juden mit dem Judenstern vom 1. 9. 41 (RStBl I S. 547) und zur Regelung des Personenverkehrs dieser Juden in Eisenbahnen, Straßenverkehrsmitteln und in der Binnen- und Seeschifffahrt wird im Einvernehmen mit dem NWdJ mit sofortiger Wirkung folgendes angeordnet:

A. Allgemeines

I. Fahrten über die Wohngemeinde hinaus
Juden müssen bei Fahrten über ihre Wohngemeinde hinaus eine schriftliche Erlaubnis der Polizeibehörde zum Verlassen der Wohngemeinde und zum Benutzen des Verkehrsmittels nach anliegendem Muster A bei sich führen. In besonderen Fällen kann eine Sammelurlaubnis erteilt werden.

II. Fahrten innerhalb der Wohngemeinde

Juden können innerhalb der Wohngemeinde Verkehrsmittel benutzen, jedoch müssen sie zur Benutzung von Droschken, Mietwagen und Binnenschiffen eine polizeiliche Erlaubnis nach anliegendem Muster B oder bei geschlossener Beförderung, B zum Arbeitseinsatz und dgl., eine schriftliche polizeiliche Beförderungserlaubnis, die vom Auftraggeber herbeizuführen ist, bei sich führen.

III. Polizeiliche Erlaubnis

1. Die polizeiliche Erlaubnis erteilen die Ortspolizeibehörden (für den Reichsgau Wien die Zentralstelle für jüdische Auswanderer Wien), in besonderen Fällen die Dienststellen der Geheimen Staatspolizei oder der Chef der Sicherheitspolizei und des SD (Zentralstelle für jüdische Auswanderung Berlin).
2. Die polizeiliche Erlaubnis und ein amtlicher Lichtbildausweis sind beim Lösen des Fahrausweises — spätestens beim Antritt der Fahrt — und bei der Prüfung der Fahrausweise unaufgefordert vorzuzeigen.
3. Beim Lösen der Fahrausweise oder beim Antritt der Fahrt ist nach Möglichkeit die Ausgabe des Fahrausweises oder die Benutzung des Verkehrsmittels durch

Vermerk oder Stempelabdruck auf der Rückseite der polizeilichen Erlaubnis zu besätigen.

B. Besonderes**I. Ausschluss von der Beförderung**

1. Juden dürfen Schlaf- und Speisewagen sowie Ausflugswagen und Ausflugsschiffe innerhalb und außerhalb ihrer Wohngemeinde nicht benutzen.
2. Juden dürfen bei starkem Andrang in Straßenbahnen, Omnibussen, Binnenschiffen und im Nahverkehr der Eisenbahn nicht zusteigen, wenn sonst andere Reisende zurückbleiben müssten.

II. Beschränkung in der Benutzung von Klassen und Plätzen

1. Juden dürfen in Eisenbahnen nur die 3. Wagenklasse, in anderen Verkehrsmitteln nur die niedrigste Klasse benutzen.
2. Juden dürfen grundsätzlich nur dann Sitzplätze einnehmen, wenn diese nicht für andere Reisende benötigt werden.

III. Benutzung von Warteräumen und anderen Einrichtungen

Juden dürfen unbeschadet weitergehender Einschränkungen Warteräume, Warteschlangen und sonstige Einrichtungen der Verkehrsbetriebe nur insoweit benutzen, als sie die polizeiliche Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung des Verkehrsmittels haben.

C. Weitere Bestimmungen

Der Erlas weiterer Bestimmungen, insbesondere für bestimmte Zeiten, Verkehrsmittel, Fahrgelegenheiten und Linien, bleibt vorbehalten. Sie bedürfen vorläufig der Genehmigung des NWK.

D. Bekanntgabe

Die Juden sind von diesen Anordnungen durch ihre amtlich anerkannten Organisationen unterrichtet. Von Bekanntgabe in der Presse oder durch Anschläge ist abzusehen.

Die Muster A und B sind nicht abgedruckt.

Nachrichtendienst DSt, 20. 10. 1941

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gau Hessen-Nassau

Gaugeschäftsstelle:
Frankfurt/Main, Guttenbergstr. 6-16, Schließfach 1656
Girokonto 4021 (Hessische Landesbank, Frankfurt/Main)
Fernruf: Sammelnummer 30341
Postfachkonto: Frankfurt/Main 13005



Kampfbestellungen des Gaues:
„Frankfurter Volksblatt“ Frankfurt/Main
Neue Mainzer Straße 8, Fernruf 50216
„Hessische Landeszeitung“ Darmstadt
Saalburgstraße 19, Fernruf 1448

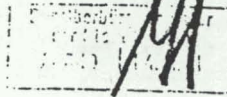
Kreisleitung Wetterau

Postfachkonto Nr. 51494 Frankfurt a. M.
Bankkonto: Seydewitzparkasse Gießen
Fernruf: Sammelnummer 3048

Gießen, den 12. Februar 1941.
Schließfach 137

Der Kreisleiter.
Lu./W.

17. Feb. 1941



An die
Stadtverwaltung
G i e s s e n .

Auf der letzten Kreisleitertagung hat der Gauleiter zum Ausdruck gebracht, dass grössere Judenwohnungen freigemacht werden sollen. Die Juden sind zusammenzuliegen. Alle Juden und Judenfrauen, die irgendwie arbeitsfähig sind, sollen zur Arbeit herangezogen werden. Die Stadt Berlin sucht arbeitsfähige Judenfrauen im Alter von 18 - 45 Jahren. Ich bitte, wenn solche in Gießen vorhanden sind, diese sofort zu melden.

Heil Hitler!



Handwritten signature: Heil Hitler!

Akte 2379

Dok. 59

AUFBAU

American Jewish Weekly in German and English

Published by the New World Club, Inc.

MANFRED GEORGE, EDITOR

Februar 7, 1944

Fyt. Josef Stern
Pal / 38402
H Coy 3 1st Jew. Bat.
Palestine Regiment, M E F

Sehr geehrter Herr Stern :

Wir besitzen Ihren V- mail letter und haben sofort an die Adresse der eingebürgerten Julius und Clara Stern nach Rotburg, Mass. geschrieben. Eine naechere Adresse haben wir nicht; wir hoffen sehr, dass der Brief ankommt und dass es sich wirklich um Ihre Eltern handelt. Wir haben auch Herrn und Frau Stern Ihre genaue Adresse mitgeteilt und gebeten, auch uns Nachricht zukommen zu lassen. Wir wuerden uns unendlich freuen, wenn diese Einbuengerungsnotiz im Aufbau zur Wiederauffindung Ihrer Eltern gefuehrt haette. Wir wuenschen Ihnen in jeder Beziehung viel Glueck. Falls es sich in vorliegenden Falle nur um eine Namensgleichheit, nicht aber um Ihre Eltern handeln sollte, wuerden wir Ihnen empfehlen, eine Suchanzeige im Aufbau mit moeglichst naecheren Angaben ueber letzten Aufenthalt, Alter etc. aufzugeben. Diese wuerde fuer Sie 40 cents kosten. Lassen Sie bald wieder von sich hoeren. Mit besten Wuenschen begruessen wir Sie

hochachtungsvoll

Office: 67 West 44th Street, New York 18, N. Y.

Telephone: VAndover 3-3448
Circulation Department

Es war nur eine Namensgleichheit

Herrn

Heinr. M u t h

G i e s s e n .

Dr. B/K.

9. III. 1942.

Betr: Haus Wallorstrasse 48.

Ich zahle heute bei der Deutschen Bank, Filiale Giessen folgende Mieten ein:

Katz S. ly	RM 30.-	
Katz Luis Israel	35.-	
Bachheimer Dr. Israel	RM 28.-	
Wallach Helene Sara	"" 28.-	
Stress J. Sara	"" 30.-	
Abraham Cl. Sara	"" 25.-	
Rhinstein Wolf Israel	"" 8.-	
Wetheim Julius Israel	"" 12.-	
Eiffuss Michael Israel	"" 18.-	
Ost Jakob Israel	"" 27.-	
Liebermann Isaac Israel	"" 8.-	
Jakob Theo David Israel	"" 30.-	
Kornbaum Ruchla Sara	"" 17.-	
Berliner Isidor	"" 30.-	
Lindenbaum Siegmund Israel	20.-	
Rosenbaum Johanna Sara	"" 15.-	
Stern Julius Israel	"" 35.-	
Hoffmann Elias	"" 35.-	
Oppenheimer Selma Sara	"" 12.-	
Speyer Jenny Sara	"" 12.-	
Mendelsohn Louis Israel	"" 22.-	
Rosenberger Maria Sara	"" 15.-	
Fuld Ingbert Israel	"" 22.-	RM 512.-

D i p l o m k a u f m a n n .

Provananz. Dr. Badenheimer

Dok. 61

Der Oberbürgermeister

Gießen, den 13. November 1940.

III/19.06/ R 15.

Betr.: Mietaufhebungsklage gegen Toni Sara Rudolf, Gießen, Welckerstraße 8.

N o t i z : Der heutige Termin, in dem streitig verhandelt wurde, wurde wahrgenommen. Frau Rudolf berief sich auf die Einwendungen ihres Schriftsatzes. Von den Unterzeichneten wurde eingewandt, daß die Stadt Gießen ein erhebliches Interesse daran hat, die Wohnung für Gefolgschaftsmitglieder oder andere Volksgenossen frei zu machen. Ohne Zweifel, stelle schon allein die Tatsache, daß die Jüdin Rudolf in einer, aus öffentlichen Mitteln erbauten Wohnung wohnt, eine erhebliche Belästigung im Sinne des Mieterschutzgesetzes für die Stadt selbst als auch für die arischen Bewohner der übrigen städtischen Wohnungen in der Welckerstraße dar.

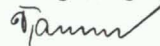
Auf Anraten des Richters wurde, da sowieso bei einem Urteil mit einer längeren Räumungsfrist gerechnet werden müßte, folgender Vergleich abgeschlossen:

- 1) Das zwischen den Parteien bestehende Mietverhältnis wird mit Wirkung 1.IV.1941 aufgehoben.
- 2) Die Antragsgegnerin verpflichtet sich, zu diesem Zeitpunkt die von der Antragstellerin gemietete Wohnung Gießen, Welckerstraße 8 herauszugeben.
- 3) Die Kosten des Verfahrens übernimmt die Antragstellerin.

Gelegentlich der Verhandlung wurde darauf hingewiesen, daß es nicht ausgeschlossen sei, im Rahmen der Durchführung des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden vom 30.IV.1939 Frau Rudolf eine andere Wohnung in einem jüdischen Hause zuzuweisen. Eine Verpflichtung hierzu wurde selbstverständlich nicht übernommen. Frau Rudolf wurde von dem Richter aufmerksam gemacht, daß sie sich innerhalb der ihr gewährten Räumungsfrist selbst um die Beschaffung einer anderen Wohnung bemühen müsse. Das Ansinnen der Frau Rudolf, die Stadt möge ihr zu den Umzugskosten ein Zuschuß leisten, wurde abgelehnt.

Von dem Vergleich geht demnächst eine Ausfertigung ein. Sollte Frau Rudolf zum 1.IV.1941 nicht räumen, so besteht aufgrund des jetzt abgeschlossenen Vergleiches nach Erteilung der Zwangsvollstreckungsklausel die Möglichkeit der Zwangsräumung.

Zur Beglaubigung:


V e r f g .

Dem Vermessungs- u. Grundstücksamt zur Kenntnis. Ihre Akten können entnommen werden. Auf den pünktlichen Eingang der Miete müßte bis zum Auszug der Frau Rudolf besonders geachtet werden.

Herrn Bau-Inspektor Steinmüller zur Kenntnis und Prüfung, ob die Möglichkeit der Zuweisung einer Wohnung im Rahmen der Durchführung des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden vom 30.IV.1939 besteht.

Dem Rechnungsamt. Die am 23.VIII. und 24.IX.1940 angewiesenen Gerichtskosten können entsprechend Ziff. 3 des Vergleiches endgültig zu Lasten der Stadt verrechnet werden.

IV. W v, s o d a n n .



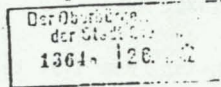

*T. 16.11.40
Kl.
I.
II.
III.
IV.
V.
VI.
VII.
VIII.
IX.
X.
XI.
XII.*

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle in Frankfurt a. M.

Bt.-Nr. - II B 2. - 246/42. -

(Bitte in der Antwort verbleibendes Geschäftszeichen und Datum angeben)

Frankfurt (M), den 21. Januar 1942.
 Lindenstraße 27, Fernruf ~~39888~~ 70261



An
 den Herrn Oberbürgermeister
 - Hauptverwaltung -

in G i e s s e n.

28 JAN 1942

Betrifft: Mietaufhebungsklage gegen Toni Sara R u d o l p h,
 Giessen, Welckerstrasse 8, z.Zt. in Frankfurt/M.,
 Eckenheimerlandstrasse 91 wohnhaft.

Vorgang: Dort. Schreiben vom 6.1.42 Az. III - 19.06/ R.15-

Anlagen: Ohne.

Obengenannte wurde auf die hiesige Dienststelle vorgeladen. In ihrer Niederschrift gab sie folgendes an:
 "Ich gebe zu, dass ich der Stadt Giessen noch meine letzte Miete vom März 1941 in Höhe von RM 63.-- schulde. Mir wurde meine Wohnung in Giessen, Welckerstrasse 8, von der Stadt Giessen auf den 31. März 1941 gekündigt und mir von der Stadt Giessen versichert, dass ich eine andere Wohnung zugewiesen bekomme. Ich habe ^{aber} leider von der Stadt Gie-ssen doch keine Wohnung zugewiesen bekommen und wurde am 31.3.41 direkt auf die Strasse gesetzt. Ich verzog mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde in Giessen nach Frankfurt/Main. Hier musste ich im voraus meine Miete von mtl. 45.-- RM bezahlen. Hierdurch wurde es mir unmöglich, meine Schuld von 68.16 RM an die Stadt Giessen zu bezahlen.

Meine Miete hat in Giessen nur 63.-- RM ausgemacht. Die restlichen 5.16 RM sind Wassergeld, die ich noch an die Stadt Giessen zu bezahlen hätte. Ich habe aber mein Wassergeld restlos bezahlt und zwar aus folgendem Grunde:
 Es wurde mir einige Zeit für 7 Mann Wassergeld berechnet, da ich einige Zeit Flüchtlinge in meiner Wohnung unentgeltlich untergebracht hatte. Das hierbei für mich zuviel berechnete Wassergeld sollte mir bei der nächsten Wassergeldberechnung gutgeschrieben werden. Dies ist aber aus unerklärlichen Gründen nicht geschehen."

Dok. 63

**Stadtbürgermeister
Stadt Gießen**

Gießen, den 9. September 1942.

Betr.: Die Bereitstellung eines Massenquartiers für etwa 330 Personen für Zwecke der Geheimen Staatspolizei in der Zeit vom 12. bis 17.9.1942.

Am Samstag, dem 5.9. teilte die Geheime Staatspolizei fernmündlich mit, daß die Stadt Gießen die bereits vor einiger Zeit angeforderte Bereitstellung eines Massenquartiers für die Tage vom 12. bis 17.9. durchzuführen habe. Der Herr Beigeordnete Nicolaus hat in der Besprechung vor einiger Zeit mit der Geheimen Staatspolizei, dem NS-Kreisamtsleiter Hortig und dem Leiter des Wirtschaftsamts festgelegt, daß das Erdgeschoß und die Turnhalle der Goetheschule für diese Tage bereitgestellt werden sollen. Es wird daher erforderlich, am Samstag, dem 12. die benötigten Schulräume freizumachen und die Strohlager herzurichten, da die Aktion bereits am Montag, dem 14.9., früh beginnen soll. Das erforderliche Stroh soll von den Landwirten des Stadtkreises Gießen leihweise bezogen werden. Die Verpflegung der zu evakuierenden Personen wird von dem Bahnhofsdienst der NSV. durchgeführt. Nach Abschluß der Aktion ist am Donnerstag, dem 17.9. die Schule sofort zu räumen, zu reinigen und für die Schulzwecke herzurichten. Entsprechende Verfügung an das Stadtschulamt ergeht nachfolgend.

Verfg.

6/1.

1. Schreiben an das Stadtschulamt Gießen.

Die Stadtverwaltung muß auf Anforderung der Geheimen Staatspolizei für die Tage vom 12. bis 17.9. ein Massenquartier für zirka 330 Personen bereitstellen. Ich habe mangels anderer Räume für diese Zwecke das Erdgeschoß sowie einen Schulsaal im 1. Obergeschoß und die Turnhalle der Goetheschule vorgesehen und darf Sie bitten, den Unterricht in der Goetheschule am Samstag, dem 12. und Montag bis einschließlich Donnerstag, dem 17.9. ausfallen zu lassen, da es nicht gut angängig ist, das Erdgeschoß zu biegen und in den übrigen Räumen Unterricht zu halten.

2. Schreiben an das Stadtbauamt.

Am Samstag, dem 12.9. sind in der Goetheschule im Erdgeschoß 4 Schulsäle, im 1. Obergeschoß 1 Schulsaal und die Turnhalle für die Zwecke eines Massenquartiers aufzuräumen und mit Strohschütten

U

zu versehen. Das erforderliche Stroh wird in Mengen von je einem Wagen bei folgenden Landwirten abgeholt und nach Durchführung der Aktion wieder an diese zur Ablieferung gebracht:

1. Ortsbauernführer Richard Gürtel, Zu den Mühlen,
2. Landwirt Hermann Hardt, Ebelstraße 28,;
3. Landwirt Johann Elfhäuser, Leihgesternerweg 51,
4. ~~Landwirt Karl Schwen, Krafendorferstraße 35,~~
5. Frau Dr. Pauly, Leihgesternerweg 17.

Ich bitte die notwendigen Arbeitskräfte und Fahrzeuge für Samstag, den 12.9. zum Antransport und für Donnerstag, den 17. 9. zum Abtransport und Wiedereinrichtung der Schule bereitzustellen. Ich empfehle, das Stroh von den einzelnen Lieferanten bei der Anfuhr durch die städt. Waage, Gabelsbergerstraße, verwiegen zu lassen, um eine bessere Kontrolle zu bestimmen. Die entstehenden ~~Kas~~ Unkosten für Löhne und Brennstoffe sind mir nach Durchführung genau spezifiziert vorzulegen, damit diese bei der Geheimen Staatspolizei angefordert werden können.

3. Vvl. sodann.

J. V.

M

Giessen, 11.9.1942.

In einer weiteren Besprechung mit der Gestapo wurde heute festgelegt, daß die Verpflegung der Insassen und der Polizeibeamten von Gastwirt Hch. Dechert Neuenbäume 5 durchgeführt wird, der die entstehenden Kosten dieser in Rechnung stellt. Die St dt wird gebeten den Transport des Essens vom Lokal Dechert in die Goetheschule mittels des städt. Eselsfuhrwerks zu bewerkstelligen. Außerdem sollen am Samstag den 12.9. um 8-9 Uhr 12 Bettstellen mit Strohsäcken im Lager der Polizei, Dammstr. 37 (Klingspor) von W chma. Habicht empfangen und nach der Schule gefahren werden, die nach Abschluß am Donnerstag wieder dort abgeliefert werden. Das St dtbauamt wurde v. mir fernmündl. unterrichtet, Berechnung der Kosten wie oben verfügt.

H. ...

Dok. 64

Giessen, den 10. Mai 1961.

E i d e n s t a t t l i c h e E r k l ä r u n g
zum Zwecke der Vorlage bei der Wiedergutmachung.

Der Unterzeichnete war als Verwaltungsbeamter bei der Geheimen Staatspolizei-Aussendienststelle- Giessen beschäftigt.

Anlässlich der Evakuierung der in Giessen wohnhaften Juden im Jahre 1942 sind mir die Vorgänge noch zum grössten Teil erinnerlich.

Zunächst erfolgte eine Zusammenlegung der verteilt wohnenden Juden in der Hauptsache in das Haus Walltorstrasse 48, einige Familien verblieben in ihrer alten Wohnung, so auch die Familie des verschollenen Nathan G o l d s c h m i d t, Bahnhofstrasse.

Ich kann nach bestem Wissen bestätigen, dass G. und seine Ehefrau sowie die 3 im Haushalt lebenden Kinder zur damaligen Zeit anlässlich der Evakuierung der Gesamtjudentenschaft aus Giessen und den einzelnen Kreise Oberhessens zunächst in Giessen und Friedberg gesammelt und nach Abschluss der Aktion per Bahn nach Darmstadt verbracht wurden. Von dort aus ging der Transport nach Polen weiter.

Die gesamten Möbel der Juden wurden nach vorheriger Versiegelung der einzelnen Wohnungen dann später durch das zuständige Finanzamt oder einem von diesem Beauftragten versteigert. Die Versteigerung in Giessen erfolgte durch den Auktionator Louis Althoff. Die jeweils ersteigerten Erlöse wurden dem Finanzamt zugewiesen.

Dieses ist auch mit den Möbeln und sonstigen Gegenständen der Familie Nathan Goldschmidt geschehen.

Mir ist bekannt, dass ich mich bei Abgabe einer falschen eidenstattlichen Erklärung strafbar mache. Ich bestätige dieses ausdrücklich mit meiner Unterschrift.

Karl Keiner

(Karl Keiner)

Polizei-Sekretär z. Wv.

Ich, vorstehende, bestätige das, was
 Herr / Frau / Pfr. *Karl Keiner*
 hier eidenständig vollzogen wurde,
 und bescheinigt.

Giessen, den 10. 5. 1961

Der Polizeidirektor

W. K. K. K.

1942: 16. September (Mi) - Die letzten Juden sind gehen
 -> heute gebracht aus Gessen vertransportiert werden. Sie
 waren in der Goetheschule in unserer Nähe versammelt
 -> es war ein erschütternder Anblick für mich, eine Anzahl
 Freunde duranden zu sehen, denen man Pappdeckel um-
 gehängt hatte, auf denen Zahlen standen. In empfindlichen
 Menschen wurde verboten, mehr als ganz wenig Gepäck
 mitzunehmen -> so gut wie kein Geld. Alles Eigentum ->
 selbst was konfiszieren worden. Während der letzten zwei
 Nächte mussten sie auf Stroh in der leeren Schulgymnase
 verbleiben. Sie wurden in Automobilen auf den Frachtbahn-
 hof geschafft, es war nicht imstande, es mitzunehmen,
 obwohl es von Tante aus der Schulleistungsstellen
 konnte. Es wurde mir gesagt, die armen Menschen würden
 nach Polen geschafft, die jüngeren von ihren Eltern getrennt
 -> diese sobald sie möglich umgebracht. Tausende und
 Abertausende von Juden sollen von den SS-Männern
 bereits ermordet worden sein, aber man verlangt, das
 deutsche Volk solle die blutdürstige Partei ablehnen, die
 Völkermord dem Völkermord entgegensteht -> die Deutschen
 zum verurteilten Volk der Welt macht. Der alte hebrä-
 ische Gott ist der Gott der Rache, und die Rache wird frucht-
 bar sein. Kommen wird es sein.

1942: 16. Oktober (Fr) - Nun werden auch die katho-
 lischen Menschen - die Regierung glaubt dafür zu abgibt
 Namen "Mischlinge" - verfolgt, von allen Seiten angegriffen.
 um -> aus Schulen -> Universitäten vertrieben!

1943: 26. März (Fr) - Professor Loebner ist von der
 Geheimen Staatspolizei verhaftet worden. Ingeborg soll er
 jüdische Vorfahren gehabt haben. Er ist von einem Maji-
 orat namens Herold, der in seine Wohnung über ihn wollte, de-
 mütigt worden. Ich habe ihn wohl kürzlich besucht, als
 ich ihm einen Brief von Werner Bock zu bringen hatte.

1943: 27. März (Sa) - Professor Loebner soll sich
 in seiner Zelle im Gefängnis befinden haben. Wahrschein-
 lich ist es, dass die nationalsozialistischen Soldaten
 ihn umgebracht haben. Als ich gestern morgen an
 seinem Haus vorbeiging, stand davor ein Wagen, der
 mit Waffen, Champagner und anderen Dingen beladen
 wurde. Die Kreisläufer, Sanitäter und andere Soldaten
 haben für so etwas immer viel Verständnis besessen.

Dok. 65

AUS
 DEM
 TAGE-
 BUCH
 VON
 GEORG
 EDWARD

Dok. 66

3941/42

Gießen den 17.9.42

Der Oberbürgermeister

13.9.1942

An die

Herren Landräte in G i e ß e n - F r i e d b e r g - A l s f e l
L a u t e r b a c h - B ü d i n g e n und den Herrn Oberbürger-
meister in G i e ß e n.

Betreff: Evakuierung der Juden in Hessen.Vorgang: Ohne.Anlagen: Ohne.

Die Evakuierung der Juden in Oberhessen ist durchgeführt.
 Die von ihnen innegehabten Wohnungen sind versiegelt. Über die
 von den Juden zurückgelassenen Gegenstände wird das Finanzamt
 baldigst verfügen.

Die Bürgermeister haben von den in ihren Orten frei-
 gewordenen Judenwohnungen Kenntnis. Ihnen ist auch bekannt, in
 welchen Ausnahmefällen einzelne Juden auf Grund entgegenste-
 hender Weisung von der Evakuierung nicht betroffen werden.

Zusatz für den Herrn Oberbürgermeister in Gießen:

In Gießen wurden Wohnungen frei in den Häusern Walltorstr. 12,
 42, 43, Kirchplatz 4, Landgrafenstr. 8, Marburgerstr. 10 und Neuen-
 weg 33.

gez. W i n t z e r,

Krim.-Rat.

Z. Beglaubigung

Krim.-Obersekretär.

/Wend

Stadtbauamt.

Giessen, den 21. September 1942.

Tab.No. 1361

Betr: Die Bereitstellung eines Massenquartiers für etwa 330 Personen
für Zwecke der Geheimen Staatspolizei in der Zeit vom 12-17.9.42.

An
den Herrn Oberbürgermeister-Abtlg. II-
Giessen

Für Ausräumung von 5 Schulsälen der Turnhalle in der Goetheschule
für Zwecke der Geh. Staatspolizei sind an Kosten zu berechnen:
Ausräumungsarbeiten am 12.9. und Einräumen am 17.9. 1942

Handwerkerstunden	60	a 1,25 RMk =	75.- RMk
Hilfsarbeiterstunden	179	" 0,95 " =	170,05 "

Für An- bzw. Abfahren von Stroh:

Doppelspännerstd.	12	a 2,25 " =	27.- "
Einspännerstd.	19	a 1,30 " =	24,70 "

Für Essentransporte:

25 1/2 Fahrwerksstunden	a 2.- " =	51.- "
3 Std. mit LKW.	a 5.- " =	15.- "

Ferngespräche über Fernsprechananschluß 2244

am 14.9. 42 =	42 Stadtgespräche	=	4,20 "
" 15.9. " =	9 "	=	0,90 "
" 16.9. " =	10 "	=	1.- "
" 14.9. " =	Ferngespr. Darmstadt 7651		3,30 "
" 14.9. " =	" Hungen 57		0,40 "
" 14.9. " =	" " 38		0,40 "
" 14.9. " =	" Darmstadt 7651		3,30 "
" 15.9. " =	" Friedberg 446		1.- "

Für Desinfektion von 5 Schulsälen

14.- "

Zusammen = 452,85 RMk

Die dem El. Werk für Wagengestellung und der Goetheschule für Reinigung erwachsenen Kosten sind in dieser Aufstellung nicht enthalten.

H.

Dok. 68

10	Namen	Namen Datum ort	Wohnung	Verd. 1942
1.	Aaron	^{Kirchheim} Fornel 27.4.1864 Bobenheim	^{Fernheim} Müller 48	15.9.1942 u. w. b. b. b.
2.	" geb. Stern	Angela 2.10.1869 Nd. Ottern	" " " " "	" " " " "
3.	"	Louis 23.4.1897 Bobenheim	" " " " "	" " " " "
4.	Abraham	geb. Meyer, Simon 27.8.1894 Wiesloch	" " 20.9.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "
5.	"	August 26.9.1921 Gießen	" " 20.9.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "
6.	Abt	Julius 23.10.1892 Langenrod	" " 1.9.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "
7.	" geb. Stern	Gertrud 16.9.1887 Weller	" " " " "	" " " " "
8.	Aron	geb. Rosenthal Peter 8.4.1870 Pfützheim Langenrod	8.5.9.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "
9.	" Laura	Läron 8.1.1885 Kassel	Müller 42	4.9.1942 u. w. b. b. b.
	Kusterlitz	Friedrich 25.9.1888 Gießen	Müller 42	10.10.1942 u. w. b. b. b.
	Bachheimer	Dr. Wilhelm 15.2.1901 Zwickau	" 48	15.10.1942 u. w. b. b. b.
	" geb. Katz	Gertrud 17.4.1907 Gießen	" " 15.10.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "
	Baer	^{Fernheim} Lilly 7.3.1885 " " 12.1.1942 u. w. b. b. b.	" " 42	12.10.1942 u. w. b. b. b.
	"	Rita 2.8.1929 " " 42	12.10.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "
	"	Rita 4.1.1907 Albstadt	" " 12.10.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "
	"	Salomon 21.9.1863 Nimbrecht	" " 12.10.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "
	Barnas	^{Kirchheim} Hans 8.7.1893 Gießen	" " 42	5.9.1942 u. w. b. b. b.
	" geb. Gutmarm	Lina 20.8.1868 Worms	" " 5.9.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "
	Bauer	Wolfgang 5.5.1876 Leichwiesen	Müller 48	1.11.1942 u. w. b. b. b.
	" geb. Joseph	Fra 6.2.1889 Albstadt	" " 1.11.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "
	Beifus	Winfried 13.5.1881 Laasphe	" 48	17.9.1942 u. w. b. b. b.
11.	" geb. Stern	Gertrud 27.8.1888 Bredenbach	" 48	17.9.1942 u. w. b. b. b.
12.	Berliner	Friedrich 28.6.1887 Westheim	" 48	15.11.1942 u. w. b. b. b.
13.	" geb. Levi	Salom 4.7.1892 Gießen	" 48	15.11.1942 u. w. b. b. b.
14.	Bermann	Abraham 19.5.1874 Eisenfurt	" " 2.11.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "
15.	Brandus	Friedrich 4.10.1867 Hagelberg	Müller 42	15.11.1942 u. w. b. b. b.
16.	" geb. Baer	Gertrud 15.9.1894 Eisenfurt	" " 15.11.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "
17.	Enarak	Winfried 6.11.1894 Bredenbach	" 48	8.11.1942 u. w. b. b. b.
18.	Edelmuth	^{Kirchheim} Hans 21.12.1880 Gießen	Lampfen 8	10.10.1942 u. w. b. b. b.
19.	"	^{Kirchheim} Friedrich 14.6.1911 Bredenbach	" " 10.10.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "
20.	"	Julius 4.7.1885 " " 10.10.1942 u. w. b. b. b.	" " 10.10.1942 u. w. b. b. b.	" " " " "

Familien =	Vor =	geburt =	geburt =	wohnt =	wohnt =
Namen	Namen	datum	ort	wohnt =	wohnt =
Edelmuth	Liedtke	1.7.1907	Besern	Lindgraben 8	10.10.1942 u. u.
"	Liedtke	13.3.1901	"	Lindgraben 31	10.10.1942 u. u.
"	geb. Königsmüller	29.12.1897	Waldgirmes	"	10.10.1942 u. u.
Elsoffer	Giese	19.6.1895	Gießen	Lindgraben 8	18.9.1942 u. u.
"	geb. Ehm	20.12.1883	Hamburg	"	18.9.1942 u. u.
Ettlinger	geb. Herrmann	24.9.1884	Wiesbaden	Lindgraben 33	15.9.42 u. u.
Fuld	geb. Herrmann	26.11.1919	Gießen	Müller = 48	15.9.1942 u. u.
"	Müller	8.7.1931	"	"	25.9.1942 u. u.
Goldschmidt	Goldschmidt	15.1.1897	"	Lindgraben 8	1.10.1942 u. u.
"	Herrmann	20.12.1891	Hockheim	"	1.10.1942 u. u.
"	geb. Stern	31.7.1888	Rümmelsheim	"	1.10.1942 u. u.
"	Roth	3.10.1922	Gießen	"	1.10.1942 u. u.
Gutenstein	Guttenstein	15.9.1891	Ursingen	Müller = 42	15.9.1942 u. u.
"	geb. Nupbaum	13.7.1900	Gießen	"	15.9.1942 u. u.
"	Giese	24.2.1926	"	"	15.9.1942 u. u.
Heichelheim	geb. Limmelpolder	6.7.1879	Bamberg	Lindgraben 8	1.11.1942 u. u.
Hertz	Guttenstein	5.7.1925	Gießen	Müller = 42	20.10.1942 u. u.
"	Loffe	7.10.1914	"	"	20.10.1942 u. u.
"	Moritz	11.3.1879	Ehringshausen	"	20.10.1942 u. u.
Kepz	geb. Edelmuth	17.11.1879	Besern	Lindgraben 8	15.11.1942 u. u.
Kornacker	Giese	25.2.1904	Gießen	Hartinger	10.1.11.1942 u. u.
"	geb. Speiser	16.6.1892	Bielefeld	"	10.1.11.1942 u. u.
"	Giese	6.8.1902	Gießen	"	10.1.11.1942 u. u.
"	geb. Grunebaum	13.9.1871	Sachsenborn	"	10.1.11.1942 u. u.
Jacob	David	22.6.1837	Bieddinghausen	Müller 48	18.9.1942 u. u.
"	geb. Blumenthal	4.1.1888	Gommersheim	Müller = 48	18.9.1942 u. u.
"	Ellen	17.10.1905	Gießen	"	18.9.1942 u. u.
"	Giese	19.1.1920	Fellers	"	48.18.9.1942 u. u.
"	geb. Stern	12.5.1924	Hockheim	"	14.9.1942 u. u.
Janz	geb. Kessler	7.11.1902	Gießen	Lindgraben 33	15.10.1942 u. u.
Kamm	Kamm	1.8.1929	"	Lindgraben 8	15.11.1942 u. u.

Familien = Vor = Geburts- und Wohnort
 Namen Namen nach Ort in Gießen

Der Polizeidirektor.
 Abteilung II(M).

Gießen, den 8.12.1942.

Urschr. des Herrn Oberbürgermeister

- Steuerbüro -

G i e ß e n

zur Kenntnisnahme und Vermerk in der dortigen Kartei übersandt. Nach der Verfügung dürfen weitere Vermerke, als in vorstehender Liste eingetragen, nicht gemacht werden.

J. A.

[Handwritten signature]

Der Oberbürgermeister

10. Dez. 1942

Abschrift.

Herr Oberfinanzpräsident
H e s s e n

Darmstadt, den 26. Oktober 1943.

Schäftszeichen: O 4700 - B - P 18 a

=====

an den
Herrn Reichsstatthalter in Hessen
Landesregierung- Abt. III (Innere Verwaltung)
D a r m s t a d t.

Betr.: Nutzbarmachung des jüdischen Hausbesitzes zur Gewinnung von
Beamtenwohnungen und für dienstliche Zwecke; hier: Wohngrund-
stück in Gießen, Alicenstr. 40.

Das Wohngrundstück in Gießen, Alicenstr. 40 war schon
vor Abschiebung der jüdischen Eheleute Rosenthal zur Be-
schaffung von Wohnungen für Reichsbedienstete durch Ankauf
vorgesehen. Der Herr Reichsminister der Finanzen hat sich durch
Erlaß vom 3. September 1942-O 4712 He - 2817 IV Lie mit dem
Erwerb des Grundstücks einverstanden erklärt.

Dieses Reichsinteresse ist auch von dem Oberbürger-
meister der Stadt Gießen anerkannt worden, als er einen von
den jüdischen Eheleuten mit einer Frau Lina Trien geschlossenen
Kaufvertrag durch Bescheid vom 26. März 1942 unter Hinweis
auf dieses Reichsinteresse die Genehmigung verweigerte. In dem-
selben Sinne habe ich auf Beschwerde gegen diesen Bescheid
durch Beschluß vom 7. September 1943 VIII 12532/42 entschieden.

Nach Abschiebung der jüdischen Eigentümer wurde deren
Vermögen zugunsten des Reichs eingezogen und Ihnen das Grund-
stück mit meinem Schreiben vom 27. Mai 1943 - O. 5205 - 25 P
18 listenmäßig angeboten.

Da das Interesse des Reichs an dem Grundstück auch
weiterhin besteht, bitte ich nach Möglichkeit davon absehen
zu wollen, die Übertragung des Grundstücks auf eine Selbst-
verwaltungskörperschaft dem Führererlaß vom 29. Mai 1941,
RGBl. I S. 303 gemäß zu begehren.

Ich wäre für baldigen zusagenden Bescheid dankbar,
sobald die von Ihnen eingeforderten Berichte von den in Be-
tracht kommenden Selbstverwaltungskörperschaften eingegangen
sind.

Auf die zwischen Herrn Ministerialrat Weiffenbach und
Regierungsrat Erler geführten beiden Ferngespräche nehme ich
Bezug.

Im Auftrag:
gez.: Dr. Andres.

Dok. 70

I 40 04/5

Giessen, den 4. Februar 1944

Betr.: Verwaltung und Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeinden;
hier: Judengrundstück Isaak Israel Sonn, Giessen, Walltorstrasse 42.

Verfg.

1. Aufl.
17. IV
41

1.) Schreiben an den Herrn Reichsstatthalter in Hessen - Landesregie-
rung - Abteilung III (Innere Verwaltung), Darmstadt.

Auf Grund der Verfügung vom 4. Dezember 1943 - zu Nr. III 39 356 habe ich nachgeprüft, inwieweit die Stadt Giessen an dem Erwerb des Anwesens Hofreite in der Walltorstrasse 42 interessiert ist. Dabei bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass der Erwerb des hier angebotenen Grundstücks Walltorstrasse 42 im Interesse der Altstadtansanierung geboten erscheint. Das Grundstück fällt zwar nicht unmittelbar in die Altstadtansanierung, weil hier eine Änderung der Baufluchtlinien nicht geplant ist, es könnte aber als Austauschobjekt für Altstadtansanierungsgrundstücke in Anspruch genommen werden. Es wäre allerdings dankbar, dass sich der Überlassung an die Stadt Giessen insofern Schwierigkeiten entgegenstellen werden, als eine mit ihrem Anwesen angrenzende Firma sowohl die Lagerhalle, als auch das Gelände hinter dem Wohnhaus seit einer Reihe von Jahren von den Vorbesitzern gemietet hat und seit dieser Zeit Kaufinteressent ist mit der Absicht, ihren Betrieb auf das hier in Rede stehende Grundstück auszudehnen. Gegebenenfalls müsste sich die Tauschabsicht auf das Vorderhaus beschränken.

Der Einheitswert des Anwesens beläuft sich auf 38.400.-- RM,	
der Brandversicherungswert	- 38.400.-- RM
und der Ertragswert schätzungsweise	- 38.000.-- RM.

Das Vorderhaus des Anwesens Walltorstrasse 42 ist ein älteres dreistöckiges Wohnhaus. Es gehört ferner dazu ein grösserer Lagerplatz sowie ein Lagergebäude. Im Wohnhaus befinden sich sechs

Wohnungen, die in 1942 zum grössten Teil neu hergerichtet worden sind.

Die Mietertragnisse belaufen sich auf 5.388,-- RM je Jahr.

Ich habe eine Lageplanskizze sowie einen Grundbuchauszug beige-
fügt. Wie der letztere ausweist, ruht auf dem Anwesen eine Hypothek
in Höhe von 2.212,32 RM zu Gunsten eines Gläubigers, der seit 1898
in London wohnhaft ist, dessen Vermögen ist eingezogen.

Ich bitte hiermit, das Anwesen Walltorstrasse 42 der Stadt Giessen
zur Erfüllung dringender Aufgaben unentgeltlich zu übertragen.

- Anschliessen: Lageplanskizze
Grundbuchauszug -

2.) Wv. sodann

140 04/5

Giessen, den 10. März 1944

Betr.: Wie vorher.

Der Reichsstatthalter hat bisher, abgesehen im Falle des An-
wesens Alicenstrasse 40, welches zum Übergang auf die Stadt Giessen
abgelehnt worden ist, in keinem der anhängigen Fälle eine Entscheidung
getroffen.

Verfg.

✓ Wv. 1. Mai 1944

J. A.

7.6.
20

Dok. 71

er Oberbürgermeister
der Stadt Gießen

Gießen, den 8. April 1944.

Verf.

- ✓¹⁰⁸
1. An das
Stadtbanamt Gießen

G i e s s e n .

Nachdem die Stadtverwaltung bei der Hessischen Landesregierung den Antrag gestellt hat, ihr das Judengrundstück des Isaak Israel Sonn, Gießen, Walltorstr. 42 zu übereignen, erschien heute ein Vertreter der Abteilung IX (Baurat Leux) und erklärte, daß der Hessische Staat die Absicht habe, dieses Anwesen für eine spätere Erweiterung des Landratsamts zu erwerben und dementsprechend an die Stadt Gießen das Ansinnen zu richten, ihre Ansprüche auf den Erwerb dieses Hauses zurückzustellen. Nach meinem Dafürhalten ist in dem Generalbebauungsplan vorgesehen, das neue Landratsamt an anderer Stelle zu errichten. Sollte dies jedoch aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein, weil dringendere Bauvorhaben zur Ausführung kommen müssen, wäre die Frage zu prüfen, ob dieses Grundstück überhaupt für die Erweiterung des Landratsamts in Frage kommt. Ich bitte zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

✓ 2. WvL. 1.5.44.

J.V.

Heime Staatspolizei

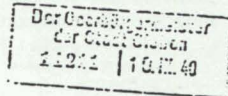
Staatspolizeistelle Darmstadt

Außendienststelle Gießen

II B - 5645/40.

A. Nr.

Gießen, den 9. September 1940.

Neuen Baur 23
Sachgelehrter 2246

11. Sep. 1940

An

1. den Herrn Polizeidirektor
2. das Finanzamt
3. die Kreisleitung Wetterau
4. den Herrn Oberbürgermeister

in G i e s s e n .

Betrifft: Max Jernack W , geb. 1.6.1882 in
Gießen und hier, wohnhaft.

Vorgang: zu 1-2: Schreiben vom 7.1.1940,
zu 3: Anfrage vom 6.9.1940,
zu 4: Anfrage vom 16.2.1940, III - 13 01.

Anlagen: Ohne.

Nach Vorlage der Unterlagen beim Reichssicher-
heitshauptamt Berlin wurde unter Berücksichtigung der
gesamten Verhältnisse entschieden, dass W Mischling
1. Grades ("Halbjude") ist.

Reinhold

Gießen, den 3. Oktober 1940

Dr. R.

1. Dr. R. I. Dr. R. I. Dr. R. I. Dr. R. I. Dr. R. I.

4. 10. 40.

Dr. R. I. Dr. R. I.

1. Dr. R. I.

2. Dr. R. I.

3. Dr. R. I.

Dr. R. I. Dr. R. I. Dr. R. I. Dr. R. I. Dr. R. I.

Dr. R. I. Dr. R. I. Dr. R. I. Dr. R. I. Dr. R. I.

Dr. R. I. Dr. R. I.

Dr. R. I.

Dr. R.

Dok. 73

Geheime StaatspolizeiStaatspolizeistelle Darmstadt
Außendienststelle GießenTgb. Nr. 4489/43/Kei.

(Bei Abschrift Tgb.-Nr. angeben)

An Herrn

Daniel Israel Goldschmidt
und EhefrauG i e s s e n
Asterweg 69.Gießen, den 28. Dezember 1943.
Bismarckstr. 23
Gießen 4441 u. 4442Einschreiben

Betrifft: Beschränkung des Wohnraums von Mischehen.

Auf Anordnung des Reichsverteidigungskommissars ist im Hinblick auf die Zuweisung von Wohnungen an Bombengeschädigte, die Beschränkung des Wohnraums von Mischehen durch die Geheime Staatspolizei zu veranlassen.

Im Hinvernehmen mit dem Herrn Oberbürgermeister der Stadt Gießen werden Sie hiermit in die Wohnung des Mischehepaares Dr. Adam Scheurer Gießen, Gartenstrasse 20 II, eingewiesen.

Wegen des zu überlassenden Wohnraums ist untereinander Verbindung aufzunehmen. Die Miete ist zu vereinbaren und an den derzeitigen Mieter der Wohnung zu zahlen.

Der Umzug hat am 15.1.1944 zu erfolgen. Die polizeiliche Ummeldung ist sofort nach erfolgtem Umzug zu tätigen und das abgestempelte Umzugsformular mir zur Kontrolle vorzulegen.

Der Herr Oberbürgermeister wurde von mir entsprechend in Kenntnis gesetzt.

Gegen diese Anordnung ist eine Beschwerde nicht zulässig.



Der Reichsstatthalter in Hessen
- Landesregierung -
Abteilung VII

(16) Bensheim, den 16. Januar 1945.

Vertraulich!

Zu Nr. VII/I 23/45.

Betreff: Jüdische Mischlinge und jüdisch Versippte im öffentlichen Dienst.

An die
unterstellten Behörden.

Nach einem Erlaß des Reichsinnenministers werden jüdische Mischlinge 1. Grades und mit Volljuden oder jüdischen Mischlingen 1. Grades verheiratete Volksgenossen zur Zeit von der Arbeitseinsatzverwaltung zu bestimmten Arbeiten geschlossen eingesetzt. Von diesem Einsatz sind nach einem Befehl des Reichsführers SS Beamte sowie Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes ausgenommen, die in der genannten Art rassistisch belastet sind. Dabei ist vorausgesetzt, daß diese Dienstkräfte nicht mehr in Schlüsselstellungen, sondern nur noch auf Arbeitsplätzen beschäftigt werden, an denen sie keinerlei Gefahr bilden.

Um einen Überblick über die in meinem Geschäftsbereich noch vorhandenen jüdischen Mischlinge und jüdisch Versippten zu erhalten, ersuche ich Sie bis zum 25. Januar 1945, gesondert nach der Art der rassistischen Belastung und auf besonderem Bogen für jeden Verwaltungszweig und jede Schulart, anzuzeigen, welche Beamten, Angestellten und Arbeiter noch beschäftigt sind, die entweder selbst jüdische Mischlinge 1. oder 2. Grades oder mit Jüdinnen oder jüdischen Mischlingen 1. oder 2. Grades verheiratet sind. Dabei ist das beiliegende Muster zu benutzen. In den Spalten 1-8 des Musters sind die Personalien der Betroffenen vor dem Zeitpunkt einer Änderung ihres Arbeitseinsatzes aus rassistischen Gründen anzugeben. Der Übersicht ist der Stand vom 1. Januar 1945 zugrunde zu legen. Fehlanzeigen sind erforderlich.

In Auftrag:

Dr. L e i p

Dok. 75

Postkarte



Namen, auch Zerstör- oder Leitznamen

Straße, Hausnummer, Gebührendes, Briefmarken oder
Poststempelnummer
bei Unvollständigkeit auch Name des Verfassers

Der Führer kennt nur Kampf,
Arbeit und Sorge.
Wir wollen ihm den Teil abnehmen,
Den wir ihm abnehmen können.

16

Lieber Herr Herrmann

Herrn - Herrmann 24

Straße, Hausnummer, Gebührendes, Briefmarken oder
Poststempelnummer
bei Unvollständigkeit auch NamePoststempelnummer
oder Name

17.2.45

Lieber Herr Herrmann!

Herrn H. Herrmann in mir steht es mir gut. Ich
möchte Ihnen in mir sein und Sie
sind ein Mann, der mir
sehr viel bedeutet. Ich
hoffe, Sie werden mir
sicherlich bald antworten.

Bitte, antworten Sie mir bald!

Ihre
Herrmann

Lieber Herr Herrmann

Ihre Herrmann

Bitte, antworten Sie mir bald!

Abschrift.

Arbeitsamt Konstanz

(17a) Konstanz, den 11. Jan. 1945
Robert Wagner-Str. 38/40
Fernsprecher Nr. 1490/91/92Geschäftszeichen: 5552 B/Ltg.

An das

Laboratorium Dr. Freitag
Schloß Freudental b. Langenrain
über Allensbach

Beilagen: 0

Betrifft: Dienstverpflichtung.

Der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion - Amt Bau
O.T. - teilt mir unter dem 3.1.1945 mit, daß Dr. Franz Kirch-
heim für die O.T. dienstverpflichteten und zur O.T. Einsatz-
gruppe Rhein-Ruhr, O.T. Durchgangslager Wuppertal-Wichlinghausen, Kreuz-
straße, Kreuzschule, Bahnstation Wuppertal-Oberbarmen in Marsch zu
setzen sei. Ich bitte sich sofort mit der oben angegebenen Stelle in
Berlin-Charlottenburg, Potsdamerstr. 188, Telefon Nr. 110052 Apparat
1164, in Verbindung zu setzen und evtl. den Reichsforschungsrat einzu-
schalten. Sollte die genannte Dienststelle den Antrag auf Dienstver-
pflichtung nicht zurückziehen, muß Dr. Kirchheimer in Marsch gesetzt
werden. Ich bitte die Sache als eilbedürftig zu behandeln und mir so
schnell als möglich wieder Nachricht zu geben.

(gez.) Unterschrift

Dok. 77

Ausweis — Certification.

Herr B. Kurt
Misteram 19.10.16 in Giessen
born atzuletzt wohnte in Giessen/Hessen
last domicile

wurde vom 4.3.42 bis

in nationalsozialistischen Konzentrationslagern gefangen
gehalten und vom Konzentrationslager Buchenwald
bei Weimar in Freiheit gesetzt.was kept in captivity from 4.3.42 to 1.10.45
in Nazi-German concentration camps and was liberated from the
concentration camp of Buchenwald.Unterschriften und Stempel:
signatures and stampsLagerkomitee Lagerkommandant
Camp-Committee Camp commandant

Weimar-Buchenwald, am 12. V. 1945

Provisional identification card
for civilian internee of Buchenwald.

Vorläufige Identitätskarte für Buchenwälder Zivilinternee.

Internenzahl 160 Internenzahl 2057
Häftlings-Nr.

Familienname B

Christlich name Kurt

Vorname

Geboren 19.10.16 at Giessen
inNationalität Deutscher
NationalitätAdresse Giessen/Hessen
AdresseFingerabdruck
FingerabdruckUnterschrift
Signature

Bestätigt durch Mitglieder des deutsch. Komitee

Weimar-Buchenwald, am 12. V. 1945

Dok. 78

Sweis / Certificate

23

Bemaliger Häftling / Former Prisoner

8057

Inhaber:

Holder:



Familienname

B

Vorname

Kurt

Geburtsnamen

Beruf

Kaufmann

Geburtsdatum

Geburtsort

19.10.16 Giessen

Geburtsort

Weickartshain

Wohnort / home adress

Straße / Hausnummer

Am Bahnhof

Stadt / street

Giessen

Kreis / district

Eigentliche Unterschrift

Signature of holder

Ausgestellt am

6 Januar

1942

DER POLIZEIPRÄSIDENT
CHIEF OF POLICEDas Politische Abteilung
Political department

I. A.

Inhaltstempel
Content stampGROSS-HESSISCHES
STAATSMINISTERIUM
DER MINISTER DES INNERN
(Zentralstelle für politische, rassistisch und
religiös Verfolgte)Ministry of State Greater Hesse. The Minister of
interior:
Central service for people persecuted for political
and racial reasons.

Inhaber dieses Ausweises war am 2. Jahre, 2 Monate
aus politischen Gründen in Haft und hat 2 Jahre, 2 Monate
in Kz. Buchenwald zugebracht.
Da er sich einwandfrei betragen hat, stehen ihm alle Vorteile
zu, die solche Personen von der Regionalen amerikanischen Militär-
regierung und der Großhessischen Regierung zugesichert wurden.
Er wird gebeten, den Inhaber bei allen Amtsstellen bevorzugt zu
beurteilen und ihm weiterzuhelfen.

The holder of this certificate was imprisoned for political / racial /
religious reasons and has spent 2 years 2 months
at Kz. Buchenwald.
As otherwise, his conduct was free from objection, he is entitled to all privilege
assured to such persons by the Regional American Military Government
and Government of Groß-Hessen. All officials are asked to care for the
holder of this certificate and to assist him in every possible way.

Le porteur de ce passeport a été détenu pour des motifs de politique, de
race, de religion 2 ans 2 mois. Comme il s'est conduit en
général sans reproche il bénéficie des avantages qui sont accordés par
le Gouvernement Militaire Américain, ainsi que par le Gouvernement
de Groß-Hessen, à toute personne de sa catégorie.
Les Autorités sont priées d'accorder soins et aide de toute préférence
au porteur de ce passeport.

Владелец этого удостоверения находился на са. политическим,
расовым, религиозным причинам 2 лет 2 месяцев
в арестом. Но так как его поведение впрочем было
заключительно, то ему предоставляются все льготы, которые были
обещаны этим лицам Kz. Buchenwald
региональным американским военным правительством и Вели-
ким Гессенским Правительством.
Просится, владельцы этого удостоверения во всех соответствен-
ных местах оказывать предпочтительную помощь.

SONDERAUSWEIS

für Personen, die während des Nazi-Regimes
aus politischen, rassischen oder religiösen
Gründen in Haft waren

L) QUELLENVERZEICHNIS

Gespräche mit Zeitzeugen

- | | |
|---|--------------------------------|
| 1) Irmgard Abramovitch, geb. Katz, in Netanya | 24. 5.1984 |
| 2) Kurt B., Gießen | 21.12.1982 |
| 3) Simon Bass in Netanya | 14. 5.1984 |
| 4) Dr. Abraham Bar Menachem, Netanya | 25. 5.1984 |
| 5) Rolf Beifus, Kibbuz Shluchot/Israel | 18. 5.1984 |
| 6) A.B., L. | Januar 1984 |
| 7) Familie Otto Christ, Gießen | 29.12.1982 |
| 8) Margot Dechert, Gießen | Februar 1983 |
| 9) Walter und Ria Deeg, Gießen | Dezember 1982 |
| 10) Emilie Feuster, geb. Lind, Lich | 29.10.1982 |
| 11) Marthel Fischer, Gießen | November 1982 |
| 12) E.F., geb. H., Gießen | Februar 1984 |
| 13) Dr. Ida Hahn, Gießen | 20. 1.1983 |
| 14) Frau H., Gießen | 12.11.1982 |
| 15) Max K., Echzell | 4. 1.1983 |
| 16) Fritz Kaminka in Netanya | 13. 5.1984 |
| 17) Prof. Dr. Franz Kirchheimer, Freiburg | Januar 1983 (Tel.) |
| 18) Ursula K., Gießen | April 1983 |
| 19) Rolf Kralovitz, Köln, Neffe von Hedwig
Burgheim | Dezember 1982 (Tel.) |
| 20) F.L., Gießen | Dezember 1982 (Tel.) |
| 21) Th.L., Gießen | 30.12.1982 (Flur) |
| 22) Werner Löwenstein, Ruttershausen | 9. 3.1984 |
| 23) Wolfgang M., Gießen | 12. 3.1984 u.v.a.
Gespräche |
| 24) Paul Nieren, Gießen | 19. 6.1983 |
| 25) Bruno Oppenheimer, Haifa | 16. 5.1984 |
| 26) Josef Plaut, Netanya | 14. 5.1984 |
| 27) Hermann Reineck, Münzenberg | |
| 28) E.Schmidt, Gießen | 12.11.1982 |
| 29) Prof. Dr. Werner Schmidt, Hanau | Dezember 1982 |
| 30) Dr. Adam und Dora Scheurer, geb. Mainzer,
Gießen | 15.10.1982 |
| 31) Heinz S., Gießen | 26. 2.1984 |
| 32) Alfred und Kurt S., Gießen | 10.12.1982 |
| 33) Auguste Wagner, Gießen | 20.10.1982 |
| 34) Dr. Joachim Wolf, Gießen | 14. 2.1983 (Tel.) |
| 35) V.W., Leihgestern | 5. 3.1984 |

Archive und Sammlungen

Stadtarchiv Gießen

Benutzter Bestand:

- 1) StAGi Nr. 118 Einsatz des jüdischen Vermögens bei der Durchführung des Vierjahresplans 1938/39
- 2) StAGi Nr. 196 Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit jüdischer Auswanderer 1933-45
- 3) StAGi Nr. 197 Aktion gegen die Juden vom 10.11.1938 (Synagogenbrand)
- 4) StAGi Nr. 198 Niederlegung der beiden Synagogen in Gießen 1938/41
- 5) StAGi Nr. 199 Unterbringung jüdischer Familien in besonderen Häusern 1939
- 6) StAGi Nr. 1039 Löschung der Hypothek des Simon Hamburger (Hotel Einhorn), (Lump) 1925/1939
- 7) StAGi Nr. 841 Schülerbestand am Landgraf-Ludwig-Gymnasium 1920/1942
- 8) StAGi Nr. 842 Schülerbestand am Realgymnasium (Lange-marckschule) 1914/1942
- 9) StAGi Nr. 844 Schülerbestand der Studienanstalt - Oberschule für Mädchen 1915/1941
- 10) StAGi Nr. 856 Jahresbericht der Volksschulen 1937/41
- 11) StAGi Nr. 970 Übersicht über die Klassenstärken der verschiedenen Schulen 1936/1944
- 12) StAGi Nr. 1141 Stadttheater - Personalangelegenheiten 1931/1943
- 13) StAGi Nr. 1151 Stadttheater - Besoldungen und Wiederverpflichtung für neue Spielzeit 1935/1948
- 14) StAGi Nr. 1155 Stadttheater - Personalakten 1922/1943
- 15) StAGi Nr. 1173 Stadttheater - Reichszuschüsse für das Theater Teil II 1934/1938
- 16) StAGi Nr. 1179 Stadttheater - Bewerbungen um den Intendantenposten 1927/1943
- 17) StAGi Nr. 1190 Stadtschulamt - Schulstatistik 1928/1944
- 18) StAGi Nr. 1238 Schadensersatzansprüche des ... wegen Vogelverlusten durch Brand und Sprengung der Synagoge
- 19) StAGi Nr. 1239 Schadensersatzanspruch der Feuerwehr wegen beschädigter Kleidungsstücke beim Synagogenbrand 1938/39

- 20) StAGi Nr. 1276 Straßenbahnbeförderung von Juden auf den Nahverkehrsmitteln 1941/43
- 21) StAGi Nr. 1421 Die ehemalige jüdische Gemeinde in Gießen v. Hch. Bitsch 1932/1957
- 22) StAGi Nr. 1422 Verzeichnis der am 31.3.1939 noch in der Stadt Gießen wohnhaften Juden (290 Stück)
- 23) StAGi Nr. 1424a Vergebung kommunaler Übungsstätten an jüdische Organisationen 1934/38
- 24) StAGi Nr. 1526 Entjudung des Grundbesitzes. Mietaufhebungsklage gegen Israel Rothschild Eheleute 1939/40
- 25) StAGi Nr. 1578 Verpachtung des Synagogenplatzes in der Steinstraße 1940
- 26) StAGi Nr. 1819 Schullehrpläne für Volksschulen 1939/42
- 27) StAGi Nr. 1825 Stoffverteilungspläne für Volksschulen 1935/42
- 28) StAGi Nr. 1823 Stadtschulamt - Religionsunterricht an den Volksschulen 1933/1940
- 29) StAGi Nr. 1884 Von der Stadt Gießen erworbene ehemalige jüdische Grundstücke. Rückerstattung Treuhänder Helmut Bock, Gießen, 1946/52
- 30) StAGi Nr. 1885 Unterhaltung der Wege auf dem israelitischen Friedhof am Nahrungsberg Teil I, 1939
- 31) StAGi Nr. 2138 Märkte und Messen - Bestrebungen gegen die jüdischen Händler auf den Viehmärkten 1935/39
- 32) StAGi Nr. 2379 Durchführung der Nürnberger Gesetze 1941/42
- 33) StAGi Nr. 2380 Durchführung der Nürnberger Gesetze 1935/44
- 34) StAGi Nr. 2701 Antisemitismus - Sammelmappe 1880/1939
- 35) StAGi Nr. 3042 Juden von Gießen im Konzentrationslager Theresienstadt; Okt. 1973, von Dr. Scheurer, Schulrat a.D.
Nr. 3094
- 36) StAGi Nr. 3046 Angelegenheit der Juden - Übertritt der jüdischen Beamten in den Ruhestand 1935/45
- 37) StAGi Nr. 3047 Angelegenheit der Juden: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit 1938/41
- 38) StAGi Nr. 3045 Verzeichnis der Liegenschaften, die in jüdischem Eigentum standen, 1946/49.
Rückerstattung jüdischen Vermögens
- 39) StAGi Nr. 3048 Verzeichnis über die in den Kriegsjahren ansässig gewesenen jüdischen Einwohner. Verzeichnis der am 30.3.1933 und später in Gießen und Wieseck wohnhaft gewesenen jüdischen Personen

- 40) StAGi Nr. 3086 Liste der Juden und Zigeuner aus Gießen ca. Juli 1941
- 41) StAGi Nr. 3087 Reichsbund jüdischer Frontsoldaten Ortsgruppe Gießen 1932
- 42) StAGi Nr. 3182 Aufstellung der jüdischen Personen in Gießen und Wieseck 1933 und später
- 43) StAGi Nr. 3185a Angelegenheiten der Juden: Aktionen gegen die Juden - Unterbringung der Juden in der Turnhalle der Goetheschule 1938/42
- 44) StAGi Nr. 4008 Briefsachen von im Ausland lebenden Juden an Verwaltungsstelle Wieseck
- 45) StAGi Nr. 5057 Betreuungsstelle für rassisch und politisch Verfolgte 1945/47 Teil I
- 46) StAGi Nr. 5060 Anfragen der Wiedergutmachungsorganisation - Grundbesitz 1949/50
- 47) StAGi Nr. 5061 Jüdische Betreuungsstelle 1945/49
- 48) StAGi Nr. 5063 Verzeichnisse über die jüdische Bevölkerung in Gießen 1934/42
- 49) StAGi Nr. 5064 Jüdische Gewerbebetriebe Teil I und II - 1938/39 - III. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.6.1938
- 50) StAGi Nr. 5065 Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben 1930/1940
- 51) StAGi Nr. 5067 Aufstellung der am 30.1.1933 in Gießen und Wieseck wohnhaft gewesenen jüdischen Personen 1933
- 52) StAGi Nr. 5068 Entjudung von Grundbesitz - Mietaufhebung - Angebot jüdischer Grundstücke 1939/41
- 53) StAGi Nr. 5148 Verwaltung und Verwertung jüdischen Grundbesitzes durch die Stadt Gießen 1943/44
- 54) StAGi Nr. L452 Unterrichtsanstalten, öffentliche Handelslehranstalt 1924/1936
- 55) StAGi Nr. L459 Stadtschulamt - Jahresberichte 1934/35
- 56) StAGi Nr. L1315 Kleinkinderschule, Kindergarten des Fröbelseminars, Kleinkinderbewahranstalten 1918/1934
-1
- 57) StAGi Nr. L462 Stadtschulamt - Jahresberichte 1932/33
- 58) StAGi Nr. L463 Stadtschulamt - Jahresberichte 1933/34
- 59) StAGi Nr. Ju13 Reichskristallnacht. Zerstörte Synagogen Nov. 1938. 40. Jahrestag der "Kristallnacht" Adolf Diamant.
- 60) StAGi Pol 35 Die Gießener Studenten in der Schlußphase der Weimarer Republik v. Andreas Anderhub
- 61) StAGi Dokumente Heinrich Christ - Irmgard Würzburger

Zeitungen

- 1) Oberhessische Tageszeitung, Amtliche Tageszeitung der NSDAP Gau Hessen-Nassau - Amtsverkündigungsblatt der Behörde in Oberhessen 1934-1943 (nationalsozialistisch)
- 2) Gießener Anzeiger Jan. 1933-1943
- 3) Beide zusammengefaßt zur "Gießener Zeitung" 1943
- 4) Ab 1946 "Gießener Freie Presse" und ab 1949 "Gießener Anzeiger"

Literatur

- 1) **Adler**, Hans Günther: Theresienstadt 1941-1945, 2. Aufl. Tübingen 1960.
- 2) **Adler**, Hans Günther: Der verwaltete Mensch, Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.
- 3) **Adorno**, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter, 4. Aufl., Frankfurt/M. 1982 (st 107).
- 4) **Allen**, William S.: Die deutsche Öffentlichkeit und die "Reichskristallnacht" - Konflikte zwischen Werthierarchie und Propaganda im Dritten Reich, in: Die Reihen fest geschlossen; Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Zweiten Weltkrieg. Hg. Detlev Peukert und Jürgen Reulecke, Wuppertal 1981.
- 5) **Arendt**, Hannah: Eichmann in Jerusalem, München 1964 und Reinbek 1978.
- 6) **Arendt**, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Bd. 3 Totale Herrschaft, Frankfurt/M. - Berlin - Wien 1975.
- 7) **Arnsberg**, Paul: Die jüdischen Gemeinden in Hessen, 2 Bde, Frankfurt/M. 1971.
- 8) **Backman**, Carl W.: Soziale Normen, in: Die Psychologie des 20. Jahrhunderts, Bd. VIII, Zürich 1979, S. 316-325.
- 9) **Berger**, Peter Ludwig; **Berger**, B.; **Kellner**, Hansfried: The Homeless Mind. Modernization and Consciousness. New York 1973. Deutsch: Das Unbehagen in der Modernität, Frankfurt/M. - New York 1975.
- 10) **Bitsch**, Heinrich: Gießen-Report, Gießen 1967.
- 11) **Böhles**, Hans-Jürgen u.a.: Frontabschnitt Hochschule. Die Gießener Universität im Nationalsozialismus, Gießen 1982.

- 12) **Böhles**, Hans-Jürgen u.a.: Gießener Universität und Nationalsozialismus - Erfahrungen mit einer Ausstellung. Soziologisches Forum Heft 2/1982, Institut für Soziologie, Gießen 1982.
- 13) **Bracher**, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln - Berlin 1969.
- 14) **Buchheim**, Hans: Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale, 3. Aufl., München 1967.
- 15) **Buchheim**, Hans; **Broszat**, Martin; **Jacobsen**, Hans-Adolf; **Krausnick**, Helmut: Anatomie des SS-Staates, 2 Bde, 2. Aufl., München 1979, S. 349-357.
- 16) **Canetti**, Elias: Masse und Macht, 2. Aufl., München 1976.
- 17) **Caruso**, Igor A. und **Englert**, Ewald H.: Autoritäts- und Macht-ausübung, in: Die Psychologie des 20. Jahrhunderts, Bd. VIII, Zürich 1979.
- 18) **Dahrendorf**, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.
- 19) **Demant**, Ebbo (Hg.): Auschwitz - "Direkt von der Rampe weg ...", Reinbek bei Hamburg 1979.
- 20) **Ehlers**, Dieter: Technik und Moral einer Verschwörung, 20. Juli 1944, Frankfurt/M. - Bonn 1964.
- 21) **Elias**, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation, 2 Bde., Frankfurt/M. 1976.
- 22) **Erdmann**, Karl Dietrich: Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933-1939, München 1980, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 20.
- Wir benutzten noch die Formulierung im Gebhardt Bd. IV, 1959 -
- 23) **Focke**, Harald; **Reimer**, Uwe (Hg.): Alltag der Entrechteten, Reinbek bei Hamburg 1980.
- 24) **Galinski**, Dieter; **Herbert**, Ulrich; **Lachauer**, Ulla (Hg.): nazis und nachbarn, schüler erforschen den alltag im nationalsozialismus, Reinbek bei Hamburg 1982.
- 25) **Geiger**, Theodor: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932.
- 26) **Geißler**, Rainer: Öffentliche Meinung und Meinungsbildungsprozesse, in: Die Psychologie des 20. Jahrhunderts, Bd. VIII, Zürich 1979, S. 519-526.
- 27) **Genschel**, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.

- 28) **Gilbert, Martin:** Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas. Reinbek 1982.
- 29) **Gundel, Hans Georg; Moraw, Peter; Press, Volker:** Gießener Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Veröffentlichungen der Histor. Kommission Hessen 35, Marburg 1982.
- 30) **Heimatgeschichtlicher Wegweiser** zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945 in Hessen, Köln 1984.
- 31) **Heinemann, Christiane (Bearb.):** Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, Wiesbaden 1983.
- 32) **Herde, Peter:** Gestaltung und Krisis. Juden und Nichtjuden in Deutschland vom Mittelalter bis zur Neuzeit, in: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen, a.a.O., S. 1-40.
- 33) **Höhne, Heinz:** Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967.
- 34) **Hofstätter, Peter R.:** Gruppendynamik. Kritik der Massenpsychologie, durchges. u. erw. Neuauflage, Hamburg 1971.
- 35) **Jacoby, Henry:** Die Bürokratisierung der Welt. Ein Beitrag zur Problemgeschichte, Neuwied - Berlin 1969.
- 36) **Jakobi, Helga; Chroust, Peter; Hamann, Matthias:** Aeskulap & Hakenkreuz. Zur Geschichte der Medizinischen Fakultät in Gießen zwischen 1933 und 1945, Gießen 1982.
- 37) **Jatho, Jörg-Peter:** Zur Durchsetzung des Nationalsozialismus in der Provinz Oberhessen - unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Gießen, in: Hessen unterm Hakenkreuz, Frankfurt/M. 1984, S. 180-198.
- 38) **Jung, Karl Heinrich:** Die Reichstags- und Bundestagswahlen von 1871 bis 1980 in den sechs Dörfern der Gemeinde Pohlheim in Oberhessen, Gießen 1982.
- 39) **Kahmann, Wolfgang:** Das Gießener Stadttheater im Nationalsozialismus, Selbstverlag Wolfgang Kahmann, Gießen 1983.
- 40) **Kater, Michael H.:** Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1975.
- 41) **Knauß, Erwin:** Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre. In: Mitteilungen des Oberhess. Geschichtsvereins, NF 45, Gießen 1961.

- 42) **Knauß, Erwin:** Der politische Antisemitismus im Kaiserreich (1871-1900) unter besonderer Berücksichtigung des mittelhessischen Raumes, in: Mitteilungen des Oberhess. Geschichtsvereins, NF 53/54, Gießen 1969.
- 43) **Knauß, Erwin:** Zwischen Kirche und Pforte, 1200 Jahre Wieseck, Gießen-Wieseck 1975.
- 44) **Knauß, Erwin:** Die jüdische Bevölkerung Gießens 1933-1945, 3. Aufl., Wiesbaden 1982.
- 45) **Kogon, Eugen:** Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, 6. Aufl., München 1979.
- 46) **Kralovitz, Rolf und Brigitte:** Da war nachher nichts mehr da. Ein Dokumentarbericht, Gießen 1983.
- 47) **Kralovitz, Rolf und Brigitte:** Hedwig Burgheim oder Die Reise nach Gießen. Bericht über das Leben einer Lehrerin, Gießen 1981.
- 48) **Kropat, Wolf Arno:** Die hessischen Juden im Alltag der NS-Diktatur 1933-1939, in: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen, a.a.O., S. 411-441, Wiesbaden 1983.
- 49) **Lademacher, Horst:** Geschichte der Niederlande, Darmstadt (Wiss. Buchges.) 1983.
- 50) **Lipset, Seymour Martin:** Der Faschismus - die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Theorien über den Faschismus, hg. v. E.Nolte, Köln - Berlin 1967.
- 51) **Luhmann, Niklas:** Macht. Stuttgart 1975.
- 52) **Martin, Bernd; Schulin, Ernst (Hg.):** Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1981.
- 53) **Metzger, Hartmut:** Kristallnacht, Stuttgart 1978.
- 54) **Milgram, Stanley:** Das Milgram-Experiment. Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität, Reinbek bei Hamburg 1983
- 55) **Mitscherlich, Alexander:** Das Ich und die Vielen. Ausgew. u. eingel. von Gert Kalow, dtv München 1981.
- 56) **Moritz, Klaus; Noam, Ernst:** NS-Verbrechen vor Gericht 1945-1955. Dokumente aus hessischen Justizakten, Wiesbaden 1978, ersch. i. d. Reihe Justiz und Justizverfolgung Bd. II.
- 57) **Niekisch, Ernst:** Das Reich der niederen Dämonen, Hamburg 1953.
- 58) **Noam, Ernst; Kropat, Wolf-Arno:** Juden vor Gericht 1933-1945. Dokumente aus hessischen Justizakten, Wiesbaden 1975, ersch. in der Reihe Justiz und Justizverfolgung Bd. I.

- 59) **Rehme, Günther; Haase, Konstantin:** ... mit Rumpf und Stumpf ausrotten ... Zur Geschichte der Juden in Marburg und Umgebung nach 1933, Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 6, Marburg 1982.
- 60) **Reitlinger, Gerald:** Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas, 5. Aufl. Berlin 1979.
- Wir benutzten die 4. Aufl., Berlin 1969. -
- 61) **Richter, Horst Eberhard:** Flüchten oder Standhalten. Reinbek bei Hamburg 1982.
- 62) **Steinert, Heinz:** Etikettierung im Alltag, in: Die Psychologie des 20. Jahrhunderts, Bd. VIII, S. 388-404.
- 63) **Scheffler, Wolfgang:** Judenverfolgung im Dritten Reich 1933-1945, Berlin 1960.
- 64) **Schmidt, Heinrich:** Dokumentation über das jüdische Grundvermögen in Gießen in der Zeit vom 30. Jan. 1933 bis 8. Mai 1945 (unveröffentl., den Teilnehmern am Wettbewerb überlassen), Gießen nach 1980.
- 65) **Stern, Helmut Josef:** Die Gießener Juden in Israel, in: Mitteilungen des Oberhess. Geschichtsvereins, NF 65. Bd., Gießen 1980.
- 66) **Sperber, Manès:** Sieben Fragen zur Gewalt. Leben in dieser Zeit, 4. Aufl., München 1983.
- 67) **Trepp, Leo:** Das Judentum, Geschichte und lebendige Gegenwart, Hamburg 1970.
- 68) **Walk, Joseph (Hg.):** Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien - Inhalt und Bedeutung, Heidelberg-Karlsruhe 1981.

Briefe

von

- 1) Karla David, Haifa, vom 26.6.1984
- 2) Eva Farrer, geb. Steinreich, Hollywood, Florida/USA vom 3.11.83
- 3) Lilli Aaron an Hans Immel vom 26.6.1937
- 4) Henny Getzler, Tel Aviv/Israel vom 23.10.1983
- 5) Gertrude Katz, geb. Rosenthal, New York/USA vom 22.1.1983
- 6) Gretel B.Katz, Washington/USA vom 29.12.1982
- 7) Jehudith Kallner (Irmgard Sonneborn), Kfar Pinnes/Israel vom 21.1.1983
- 8) Franz Kirchheimer, Freiburg vom 17.1.1983
- 9) Ilse Rothenberger an Hans Immel vom 15.10. und 9.12.1933
- 10) Marg. Rothenberger an Hans Immel vom 9.12.1933

- 11) Ilse Rothenberger, verh. Strauss an Hans Immel vom 25.8.1950
- 12) Hannelore Schwarz, geb. Jacob, Minusio/Locarno vom 24.1.1983
und 9.12.1983
- 13) Alexander Solberg, Tel Aviv/Israel vom 5.11.1983
- 14) Josef Stern, Haifa/Israel vom 20.12.1982 und 26.12.1982
- 15) Julius Wertheim, New York/USA vom 21.1.1983
- 16) Edith I. Wingens, Cliffside Park N.J./USA vom 9.10.1983
- 17) Walter Wright (vorher Weissenberg), Haifa/Israel vom 21.1.1983
- 18) Irmgard Christ, geb. Würzburger, Hamburg an Dr. Knauß vom
25.8.1982 und 31.7.1983

Adreßbücher

Adreßbuch Stadtkreis und Landkreis Gießen 1933, 1939, 1941,
Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen.